

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1960 · TEIL II

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN  
ZU BERLIN

INSTITUT FÜR GESCHICHTE  
ABTEILUNG WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

JAHRBUCH  
FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

# JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTS- GESCHICHTE

1960 · TEIL II



---

AKADEMIE - VERLAG · BERLIN · 1961



Copyright 1961 by Akademie-Verlag GmbH, Berlin

Alle Rechte vorbehalten

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, Berlin W 8, Leipziger Straße 3-4

Lizenz-Nr. 202 · 100/149/61

Satz, Druck und Bindung: IV/2/14 · VEB Werkdruck Gräfenhainichen · 1420

Bestellnummer: 2103/2

Printed in Germany

ES 5 B 2 · 14 D

# INHALT

## I. MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

MARTIN KAUDERS

Westdeutsche Werkzeugzeiungen und ihre Rolle als Instrument zur Verbreitung der „human relations“ in den Monopolbetrieben nach 1945 . . . . . 9

KARL OBERMANN

Die Rolle der ersten deutschen Aktienbanken in den Jahren 1848 bis 1856 . . . . . 47

Zs. P. PACH

Die Entstehung der kapitalistischen Grundrente in der westeuropäischen Agrarentwicklung . . . . . 77

JÜRGEN KUCZYNSKI

Zwei Studien über Handels- und Marktprobleme . . . . . 113

## II. GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE

Thesen. Aufgabe und Bedeutung der Geschichte unserer Fabriken, Werke und Güter . . . . . 145

HANS RADANDT

Der Stand der Geschichte der Fabriken und Werke in der Deutschen Demokratischen Republik . . . . . 153

EBERHARD WÄCHTLER

Einige Bemerkungen zur besonderen Stellung der Betriebsgeschichtsschreibung innerhalb der Heimatgeschichtsschreibung und ihre Tradition in Deutschland . . . . . 201

## III. BERICHTE DER ARBEITSGRUPPEN

WOLFGANG JONAS

Bericht über die Tätigkeit des Arbeitskreises „Geschichte der Produktivkräfte“ . . . . . 223

## IV. QUELLEN UND MATERIALIEN

WALTER STEGLICH

Eine Streiktabelle für Deutschland 1864 bis 1880 . . . . . 235

HORST THIEME

Statistische Materialien zur Konzessionierung von Aktiengesellschaften in Preußen bis 1867 . . . . . 285

HANS RADANDT

Deutsche Monopole raubten polnisches Erdöl . . . . . 301

## V. LITERATURBERICHTE UND REZENSIONEN

RUDOLF LEHMANN

Die Verhältnisse der niederlausitzischen Herrschafts- und Gutsbauern in der Zeit vom Dreißigjährigen Kriege bis zu den preußischen Reformen (Jan Šolta) . . . . . 315

RUDOLF LEHMANN

Die Niederlausitz in den Tagen des Klassizismus, der Romantik und des Biedermeier (Jan Šolta) . . . . . 315

GERHARD GEBHARD

Ruhrbergbau — Geschichte, Aufbau und Verflechtung seiner Gesellschaften und Organisationen (Eberhard Wächtler) . . . 329

KURT BÜTTNER

Die Anfänge der deutschen Kolonialpolitik in Ostafrika (Manfred Nussbaum) . . . . . 342

## VI. BIBLIOGRAPHIE

ALFRED FISCHER

Bibliographie von Veröffentlichungen zur Geschichte der kapitalistischen Unternehmen, die nach 1945 in Westdeutschland und Westberlin erschienen sind . . . . . 355

I.

MONOGRAPHIEN

STUDIEN UND REFERATE

# WESTDEUTSCHE WERKZEITUNGEN UND IHRE ROLLE ALS INSTRUMENT ZUR VERBREITUNG DER „HUMAN RELATIONS“ IN DEN MONOPOLBETRIEBEN NACH 1945\*)

VON MARTIN KAUDERS

Vorwort . . . . .	10
A. Die Verbreitung der „human relations“ durch die Werkzeitungen – eine spezielle Form der Führung des Kampfes gegen die Arbeiterklasse durch das Monopolkapital. . . . .	11
I. Was sind „human relations“ und warum bedient man sich ihrer in Westdeutschland? . . . . .	11
II. Die besondere Rolle der Werkzeitungen bei der vom Monopolkapital gestellten Aufgabe der Propagierung der „human relations“. . . . .	18
1. Umfang und Verbreitung der Werkzeitungen . . . . .	18
2. Die Werkzeitungen – Organe der Unternehmer . . . . .	19
3. Zentrale Lenkung und Ausrichtung der Werkzeitungen . . . . .	20
4. Die speziell den Werkzeitungen zugeordneten Aufgaben bei der Propagierung der „human relations“. . . . .	21
B. Verschiedene Seiten der „human relations“ und die Methoden ihrer Verbreitung in den Werkzeitungen . . . . .	23
I. Inhalt, Aufmachung und Ausgestaltung der Werkzeitungen . . . . .	23
II. Die Förderung eines für die verschärfte Ausbeutung günstigen „Betriebsklimas“ durch die Werkzeitungen . . . . .	25
1. Das Einwirken auf die Arbeiter und deren Beziehungen zum Unternehmen und zu den Vertretern des Monopolkapitals . . . . .	25

\*) Der Veröffentlichung liegt eine Arbeit des Verfassers für das Institut für Arbeitsökonomik der Karl-Marx-Universität Leipzig zugrunde, die im Mai 1959 abgeschlossen wurde.



2. Das Einwirken auf die Beziehungen zwischen Arbeitern und Beauftragten des Monopolkapitals . . . . .	32
3. Das Einwirken auf die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Betriebsräten bzw. den anderen gewählten Vertretern der Arbeiter in den Monopolbetrieben . . . . .	33
III. Die Beeinflussung der außerbetrieblichen Sphäre der Arbeiter – ein Mittel zur Entpolitisierung und zur Ablenkung vom Klassenkampf . . . . .	36
C. Die Notwendigkeit des Kampfes gegen die „human relations“ und deren Verbreitung . . . . .	39
I. Die Stellung der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer zu den „human relations“ und den Werkzeugungen – ein Ausdruck ihrer Korruption und der völligen Abkehr vom Marxismus . . . . .	39
1. Die Stellung der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer zu den „human relations“ . . . . .	39
2. Die Stellung der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer zu den Werkzeugungen . . . . .	42
II. Der Kampf der klassenbewußten, revolutionären Kräfte der Arbeiter gegen die „human relations“ und deren Verbreitung . . . . .	43

## VORWORT

Das internationale Monopolkapital wendet seit einiger Zeit neue Formen des Kampfes gegen die Arbeiterklasse an. Sie sind sowohl aus der inneren Entwicklung der kapitalistischen Länder wie aus den tiefgreifenden Veränderungen der letzten Jahrzehnte im internationalen Maßstab zu erklären. Es handelt sich dabei um den Komplex der sogenannten „human relations“ – der „menschlichen Beziehungen“. Mit der vorliegenden Arbeit versucht der Verfasser einige dieser neuen Formen herauszuarbeiten, was speziell unter dem Aspekt ihrer Propagierung in den Werkzeugungen geschieht.

Angesichts des Erstarkens des sozialistischen Weltlagers auf der einen Seite und der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus auf der anderen, wird diese neue Taktik für die Bourgeoisie in den nächsten Jahren noch an Bedeutung gewinnen.

Ganz besonders gilt das für Westdeutschland. Mit vollem Recht befürchtet das deutsche Monopolkapital, die Errungenschaften der Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik, vor allem aber die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe, könnten einen immer stärkeren Eindruck auf die Arbeiterklasse Westdeutschlands machen und sie zum Handeln für eine fortschrittliche Gesellschaftsordnung veranlassen; im Gegensatz zu Westdeutschland sind

in der Deutschen Demokratischen Republik nämlich auf Grund der sozialistischen Produktionsverhältnisse menschliche Beziehungen keine Fiktion. Das allein zeigt, wie notwendig es ist, die neuen Formen des Kampfes der Monopole und ihre Anwendung in allen Sphären gründlich zu untersuchen — zumal das bisher noch nicht ausreichend geschehen ist —, um sie dadurch besser entlarven und ihnen wirksamer entgegentreten zu können. In diesem Zusammenhang müssen deshalb auch die ideologischen Hilfsdienste der rechten SPD- und DGB-Führung eingeschätzt werden. Mit der vorliegenden Arbeit hofft der Verfasser, einen bescheidenen Beitrag in dieser Richtung zu leisten. Im Rahmen des beschränkten Umfanges ist es allerdings nicht möglich, auf alle Aspekte der „human relations“ einzugehen; es werden nur einige wesentliche und im Hinblick auf ihre Propagierung in den Werkzeugzeiungen besonders relevante behandelt. Nicht untersucht werden die verschiedenen Formen des „Miteigentums“, der Gewinnbeteiligung usw. wie auch der Komplex sogenannter „freiwilliger Sozialleistungen“, die mehr die materielle Seite der „human relations“ ausmachen, während in vorliegender Arbeit die immateriellen Methoden den Vorrang haben sollen.

Leider standen dem Verfasser nur einige allerdings repräsentative Jahrgänge westdeutscher Werkzeugzeiungen zur Verfügung. Es wäre im Rahmen dieser Arbeit hingegen in keinem Falle möglich gewesen, auch nur eine größere Zahl der etwa 450 westdeutschen Werkzeugzeiungen zu bewältigen. Immerhin ist zu hoffen, daß die Auswertung der Literatur und die angestellten Untersuchungen Typisches erbrachten und die Ergebnisse entsprechend aussagekräftig sind.

## A. DIE VERBREITUNG DER „HUMAN RELATIONS“ DURCH DIE WERKZEITUNGEN — EINE SPEZIELLE FORM DER FÜHRUNG DES KAMPFES GEGEN DIE ARBEITERKLASSE DURCH DAS MONOPOLKAPITAL

### *I. Was sind „human relations“ und warum bedient man sich ihrer in Westdeutschland?*

„Human relations“ sind eine in den USA entstandene Ideologie des Monopolkapitals, die dort in großem Umfang verbreitet und mit den von ihren Exponenten empfohlenen Methoden weitgehend praktiziert wird. Vielfach wird auch von „Public relations“ gesprochen, wobei hierunter die Beziehungen der Unternehmen zur Öffentlichkeit verstanden werden, aber es gibt offensichtlich keine genaue Abgrenzung. Uns interessiert in dieser Arbeit in erster Linie der betriebliche Aspekt der „human relations“, der außerbetriebliche nur insoweit, als er die Arbeiter bzw. deren Familien betrifft.

Mörtzsch – ein westdeutscher Adept der „human relations“-Ideologie – schreibt sichtlich beeindruckt über seine Erfahrungen in den USA: „Wer die Vereinigten Staaten bereist, oder gar in der amerikanischen Industrie gearbeitet hat, wird den Gedanken der ‚partnership‘ im weitesten Sinne des Wortes als stärksten Eindruck mitnehmen; ‚partnership‘ nicht nur auf den Betrieb allein bezogen, sondern genauso auf die Gemeinde, die Staaten wie die USA schlechthin. An der Verbreitung des Leitmotivs ‚Wir sitzen alle in einem Boot!‘ haben Fach- und Tagespresse, Rundfunk und Fernsehen einen ausschlaggebenden Anteil. Es hat sich zum beherrschenden Gedanken des amerikanischen Wirtschaftssystems entwickelt.“<sup>1)</sup>

Im begrenzten Sinne beinhaltet diese Doktrin also die Pflege „menschlicher Beziehungen“ in den Monopolbetrieben, d. h. eine enge Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit, unter Verschleierung des wirklichen Verhältnisses zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten; im weiteren das Zusammenwirken der gesamten Bevölkerung im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unter Leugnung ihres antagonistischen Charakters.

Um das zu erreichen, versucht die Bourgeoisie im Gegensatz zur objektiven Wirklichkeit eine Ideologie der Interessengleichheit zwischen Unternehmern und Arbeitern hervorzurufen und zu verbreiten, die für die antagonistische Klassengesellschaft niemals Gültigkeit haben kann. Eben weil sie die unüberbrückbaren Gegensätze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht aus der Welt zu schaffen in der Lage ist, „bleibt ihr (der Bourgeoisie, M. K.) nichts anders übrig, als ihr (der Arbeiterklasse, M. K.) zu beweisen, daß ihre berechtigten Interessen auf lange Sicht gesehen mit den unseren identisch sind.“<sup>2)</sup> Die bürgerlichen Apologeten stützen sich dabei insbesondere auf die Theorie von Burnham. Sie stellt die Behauptung auf, daß im gegenwärtigen Stadium des Kapitalismus nicht mehr die Kapitaleigentümer, sondern die Manager über die Produktionsmittel verfügen – was durch die Trennung von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion lediglich an der Oberfläche so erscheint (Marx) –, um zu erklären, eine Eigentumsänderung wäre damit überflüssig geworden. Das Unternehmen wird nach diesen Ideologen der Bourgeoisie – daraus abgeleitet – zur „gesellschaftlichen“ Institution<sup>3)</sup> und der sich infolge der Verschärfung des Grundwiderspruchs gleichfalls zuspitzende Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit in eine „Neue Epoche zwischen Kapital und Arbeit“ umgewandelt, denn: „Die menschliche Natur (lies das Monopolkapital, M. K.) verlangt Zusammenarbeit.“<sup>4)</sup> Um diese „Zusammenarbeit“ herzustellen, gilt es nach Mayo,

1) Mörtzsch, Friedrich, *Offenheit macht sich bezahlt*. Düsseldorf 1956, (1. Auflage), S. 25.

2) Cronin, J. F. (*John Francis*), *Human Relations im Wirtschaftsleben von heute*. Bad Nauheim 1952, 1. Auflage, S. 55.

3) Vgl. Drucker, Peter Ferd., *Gesellschaft am Fließband*. Frankfurt a. M. (1950), S. 74.

4) Cronin, J. F., a. a. O., S. 12.

„die gesellschaftlichen Spannungen“, die im Ausbeutungsprozeß unausbleiblich sind (u. a. Folgen der Rationalisierung und Automatisierung) durch die Beseitigung persönlicher Differenzen zwischen den Individuen und zwischen den „Gruppen“ zu überwinden, d. h. also objektive Auswirkungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die Bereinigung subjektiver Schwierigkeiten, Reibungen usw. beseitigen zu wollen. Da das faktisch unmöglich ist, sind eben auch menschliche Beziehungen im kapitalistischen Ausbeutungsprozeß nicht zu erreichen.<sup>5)</sup>

Es ist also keineswegs ein Wandel im Bewußtsein der Kapitalisten eingetreten, die jetzt plötzlich vorgeben, den Arbeiter als Menschen sehen und behandeln zu wollen und den Anschein zu erwecken suchen, als sei die Sorge um den Menschen im Kapitalismus größer als in den sozialistischen Ländern. Weil sich heute „antagonistische Lehren verhängnisvoll auswirken“<sup>6)</sup>, scheuen sie sich nicht, ihre Begriffe der sozialistischen Terminologie zu entlehnen, um die Arbeiter von den Ideen des Marxismus-Leninismus fernzuhalten und auf ihre Seite zu ziehen. „Human relations“ sind jedoch nicht nur ideologisch gefährlich; die von ihren Vertretern empfohlenen Maßnahmen der „Integration“ der Arbeiter im Betrieb – auf die noch eingegangen wird – zeigen auch, wie sich die Ausbeutungsmethoden der Bourgeoisie vervollkommen.

Wenn die „menschlichen Beziehungen“ nicht nur in den USA weiter an Boden gewonnen haben, sondern in die meisten größeren und auch in viele kleinere kapitalistische Staaten eingeführt wurden (auf Westdeutschland wird noch besonders eingegangen), so deshalb, weil sich das internationale Monopolkapital davon eine Festigung seiner Position verspricht. Sowohl in den einzelnen Ländern selbst als auch international wirksame Faktoren geben hierfür den Ausschlag.

Zu den inneren Faktoren zählen

1. die wachsende Vergesellschaftung der Produktion, die auf Grund der privatkapitalistischen Aneignung eine Verschärfung des Grundwiderspruchs und der sich daraus ergebenden Widersprüche, in unserem Falle besonders die zwischen Produktion und Markt und Kapital und Arbeit, hervorruft, und
2. die inzwischen weiter vorangegangenen technischen, technologischen und arbeitsorganisatorischen Veränderungen als Folge der verstärkten Einführung von automatisierten Maschinensystemen, mit den sich hieraus unausbleiblich ergebenden schwerwiegenden sozialen Folgen für die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern,
3. das größere Gewicht und die verstärkte Aktivität der kommunistischen und Arbeiterparteien und der fortschrittlichen Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern.

<sup>5)</sup> Vgl. *Klein, Alfred*, Die amerikanische Human Relations-Doktrin und die Ideologie der Sozialpartner der SPD. In: Zur ökonomischen Konzeption der SPD. Kollektivarbeit, Berlin 1957, S. 196 ff.

<sup>6)</sup> *Cronin, J. F.*, a. a. O., S. 61.

Auf internationalem Gebiet sind es

1. die stürmische Entwicklung des sozialistischen Weltlagers, des sozialistischen Weltmarktes und die sich immer deutlicher zeigende Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen – auf politischer, ideologischer, ökonomischer und sozialer Ebene. Idee und Wirklichkeit des Sozialismus. Auch für Millionen werktätiger Menschen in den kapitalistischen Ländern übt er eine ständig größere Anziehungskraft aus. Demgegenüber
2. die zunehmende Labilität des Kapitalismus im Weltmaßstab als Ausdruck der zweiten Etappe der allgemeinen Krise und
3. der Wettbewerb zwischen den beiden Systemen mit dem realen Ziel der Sowjetunion, in historisch kürzester Frist die USA, das am weitesten entwickelte kapitalistische Land, in der Pro-Kopf-Produktion zu überholen sowie die große Perspektive des gesamten sozialistischen Lagers, bis 1965 über die Hälfte der Weltproduktion zu stellen.<sup>7)</sup>

Unter vorgenannten erheblich verschlechterten Bedingungen sucht das internationale Monopolkapital nunmehr nach Wegen, um dennoch den Maximalprofit bzw. weitere beträchtliche Profitreserven mittels verstärkter Ausbeutung der Arbeiter zu sichern. Die „menschlichen Beziehungen“ scheinen ihnen hierzu das geeignetste Mittel; darüber lassen die Ideologen der Bourgeoisie in ihren freilich nicht für die Arbeiter bestimmten Publikationen keinen Zweifel. Cronin empfiehlt die Anwendung der „human relations“ mit dem Hinweis: „Die Arbeiter arbeiten mit dem Unternehmer, nicht gegen ihn. Leistung und Arbeitsmoral steigen. Geringere Verluste treten auf. Der Arbeitgeber hat einen greifbaren Beweis dafür, daß *gute menschliche Beziehungen zugleich ein gutes Geschäft sind*“<sup>8)</sup> (von mir hervorgehoben – M. K.).

Die Vertreter des Monopolkapitals wissen das ebenfalls zu schätzen. Einer ihrer markantesten (Henry Ford II), erklärte dazu in einer Rede: „Wenn wir das Problem der menschlichen Beziehungen in der Industrieproduktion lösen können, werden wir meines Erachtens innerhalb der nächsten zehn Jahre den gleichen Erfolg in der Senkung der Produktionskosten erreichen, wie den Erfolg, den wir innerhalb des letzten Vierteljahrhunderts durch die Entwicklung des Mechanismus der Massenproduktion erzielten . . . Mithin sind die menschlichen Beziehungen in der Industrie eine neue und verhältnismäßig unerforschte Grenze. Jenseits dieser Grenze liegen weitaus größere Möglichkeiten als sich einer von uns wohl vorstellen kann.“<sup>9)</sup> Deutlicher kann es sicherlich nicht gesagt werden.

<sup>7)</sup> Vgl. auch *Chruschtschow, N. S. (Nikita, S.)*, Bericht an den XXI. Parteitag der KPdSU „Über die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1959–1965“, Sonderbeilage „Neues Deutschland“ vom 29. I. 59, S. 24.

<sup>8)</sup> *Cronin, J. F.*, a. a. O., S. 34.

<sup>9)</sup> Zitiert nach „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 1/1959, 2. Jahrgang, S. 85.

Die mit der Einführung der neuen Technik verbundene weitere Rationalisierung und die damit einhergehende maßlose Steigerung der Arbeitsintensität, besonders auch in den nichtautomatisierten Bereichen, die drohende massenweise Freisetzung von Arbeitern und der hieraus resultierende verstärkte Lohn- und Preisdruck, die Umsetzungen, die Dequalifikation sollen danach mit „human relations“ getarnt und die Arbeiter dafür gewonnen werden, „freiwillig“ ihre verschärfte Ausbeutung zu unterstützen. Denn sich gegenseitig bedingende Freisetzung physischer und psychischer Kräfte und Arbeitsfreude führen zur Leistungssteigerung.<sup>10)</sup>

Weiterhin will man durch die „human relations“ die sich verschärfenden Klassengegensätze verwischen, Lohnkämpfe und Streiks verhindern, die Arbeiter also vom Kampf gegen die Ausbeuterordnung abhalten.

Ferner sollen die Arbeiter gegenüber dem Sozialismus – seinen Ideen und seiner Wirklichkeit – immunisiert werden, über die sich immer stärker entfaltende Krise des Kapitalismus hinweggetäuscht und mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ausgesöhnt werden. Die Bourgeoisie will gleichzeitig damit die Arbeiterbewegung schwächen und die Gewerkschaften „neutralisieren“. Schließlich erhofft sich das Monopolkapital auf diese Weise – wenn auch vergeblich –, seine Übrerrundung durch das sozialistische Weltlager wenigstens noch eine Zeit hinausschieben zu können und seine Position im ökonomischen Wettbewerb zu verbessern.

Das dürften die Hauptgesichtspunkte sein, die das Monopolkapital veranlassen, nach den „human relations“ zu greifen (auf eine Reihe weiterer Gesichtspunkte wird später noch eingegangen).

Um deren Durchsetzung zu ermöglichen, wurden auf der Grundlage der bereits dargelegten Ideologie Methoden ausgearbeitet, die sich von den bisher durch die Bourgeoisie angewandten in mancher Beziehung unterscheiden, teilweise mit ihnen einhergehen, sich überschneiden usw. Grundsätzlich ist es so, daß die Taktik der Bourgeoisie immer Veränderungen unterworfen war. Lenin wies auf die verschiedenartigen Kombinationen von Methoden der Gewalt, der Verweigerung jeglicher Zugeständnisse, der Ablehnung von Reformen mit denen des „Liberalismus“, der Gewährung politischer Rechte, Zugeständnisse usw., hin, die der gegebenen Situation angepaßt, von der Bourgeoisie angewandt werden.<sup>11)</sup> Immer ist ihre jeweilige Taktik der Erhaltung bzw. Festigung ihrer Herrschaft untergeordnet. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die neuen Formen und Methoden der „human relations“ zu sehen.

Bei der Anwendung dieser Doktrin wird – im Gegensatz zum Taylor-Ford-System und den verfeinerten REFA-Methoden, die keineswegs völlig aufgegeben werden, und bei denen Zwang und finanzieller Anreiz unter Aufschluß

<sup>10)</sup> Vgl. *Friedmann, Georges*, *Der Mensch in der automatisierten Produktion*. Köln 1952, (1. Auflage), S. 361.

<sup>11)</sup> Vgl. *Lenin, Wladimir Iljitsch*, *Marx-Engels-Marxismus*. Berlin 1957, 1. Auflage, S. 274/75.

physischer und physiologischer Reserven des Arbeiters die Hauptrolle spielen – größeres Gewicht auf ideologische und psychologische Beeinflussung gelegt. Die Bourgeoisie will diese Faktoren ökonomisch wirksam machen. Das bedeutet, daß der Arbeiter aus „Einsicht in den gemeinsamen Vorteil“ mehr leisten soll, man seinen „Arbeitsenthusiasmus“ entfachen, seine „Initiative“ wecken will, indem Unzufriedenheit, Unsicherheit, „Unterlegenheitsgefühle“ und Spannungen scheinbar aus dem Wege geräumt werden. Allerdings ist das unmöglich, da wir es hier mit objektiv bedingten Erscheinungen des kapitalistischen Ausbeutungssystems zu tun haben. (Der Arbeiter wird zum Anhängsel der Maschine, er wird isoliert, dequalifiziert, er wird seine Existenzangst nicht los usw.)

Aber auch deshalb wird so großer Wert auf die immaterielle Seite gelegt – ohne die materielle völlig zu vernachlässigen –, weil die Arbeiter immer deutlicher den Zweck jener „Großzügigkeit“ der Monopole durchschauen. Cronin schreibt: „Hauptgrund für ihr Versagen (Gewinnbeteiligung, Prämien und andere Lohnaufgliederungssysteme – M. K.) lag meist in dem ihnen von den Arbeitern entgegengebrachten Mißtrauen, die darin lediglich ein Mittel sahen, bei *gleichbleibender Bezahlung eine größere Arbeitsleistung* zu erreichen: (von mir hervorgehoben – M. K.) zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herrschte kein Vertrauen.“<sup>12)</sup>

Dieses Vertrauensverhältnis vermochte offenbar auch der traditionelle Paternalismus nicht herzustellen, wenngleich meiner Meinung nach einige seiner Formen im anderen Gewand auch in den „human relations“ zu erkennen sind. Die von den Ideologen der „human relations“ empfohlenen Maßnahmen, mit denen man hofft, zu besseren Resultaten zu kommen, sind äußerst vielseitig. Im Unterschied zu früheren Methoden will man einen *allseitigen Einfluß* auf die Arbeiter, seine Familie und Umgebung ausüben. Hierzu dienen „Gemeinsame Konsultationen“ über Produktionsfragen, Einführung von Ausschüssen für Vorschlagswesen, Wettbewerbe;

das System der sogenannten Berater, die auf psychologischem Wege die Schwierigkeiten der Arbeiter behandeln sollen (Psychotechnik, Eignungs-, Leistungs- und Betriebspsychologie);

engere Verbindung zwischen leitendem und mittlerem Betriebspersonal und zwischen diesen und den Arbeitern, eine entsprechende Information des Arbeiters auf allen Ebenen;

von der materiellen Seite her gesellschaftliche, kulturelle und sportliche Veranstaltungen, die soziale Betreuung, die Prämierung von Verbesserungsvorschlägen usw.

Mit all diesen Mitteln soll die Persönlichkeit der Arbeiter „gepflegt“, ihr Selbstvertrauen gehoben, der Kollektivgeist im Betrieb gestärkt und die Arbeiter so beeinflußt werden, daß sie „freiwillig“ die Sache des Unternehmers zu ihrer eigenen machen.

<sup>12)</sup> Cronin, J. F., a. a. O., S. 28/29.

Es gibt jedoch meines Erachtens nach einige besondere Gründe, warum die „human relations“ eine so starke Verbreitung gerade in Westdeutschland fanden. Nach der völligen Zerschlagung des Staates und der militärischen Macht des deutschen Faschismus durch die Antihitlerkoalition, woran die Sowjetunion den Hauptanteil hatte, war auch das deutsche Monopolkapital in den Augen der Arbeiterklasse diskreditiert. Die KPD, aber auch die SPD und die Gewerkschaftsführung, forderten die Verstaatlichung der Grundstoffindustrien. Nachdem die Westmächte, an ihrer Spitze die USA, die Entmachtung der Monopole durch ihre Intervention verhindert und dem deutschen Monopolkapital wieder auf die Beine geholfen hatten, hing seine Festigung und die Verwirklichung seiner expansiven Bestrebungen in Europa und auf den Weltmärkten nicht zuletzt davon ab, wie sich die Arbeiterklasse zu der Restaurierung stellen würde. Neben dem Marshall-Plan waren es zweifellos auch die ideologischen Einflüsse der „human relations“ (auf die Zusammenhänge mit der Sozialpartnerschaftsideologie der SPD wird später noch eingegangen), die, von den USA exportiert, dazu beitrugen, dem deutschen Monopolkapital seine Bemühungen wesentlich zu erleichtern. Die Verbreitung der bürgerlichen Ideologie im Gewand des diktatorischen Zwanges der faschistischen Arbeitsfront sollte durch die Propagierung eines Systems der „freiwilligen“ Zusammenarbeit abgelöst werden. Damit beabsichtigte man, den Arbeitern eine angebliche Änderung der Grundkonzeption der deutschen Bourgeoisie zu suggerieren. Angesichts der unmittelbaren territorialen Berührung Westdeutschlands mit der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR, wo die Potsdamer Beschlüsse konsequent verwirklicht und der Sozialismus aufgebaut wurden, sah das deutsche Monopolkapital in den „human relations“ darüber hinaus eine Möglichkeit, um, wie sich der westdeutsche Großindustrielle Spindler in seinem Buch „Partnerschaft statt Klassenkampf“ ausdrückte, „eine Schranke gegen den vom Osten drohenden Bolschewismus zu errichten“. <sup>13)</sup>

Die USA-Imperialisten gaben dabei jegliche Unterstützung, organisierten unzählige Studienreisen interessierter Kreise aus Wirtschaft und Wissenschaft nach den USA und schleusten die umfangreiche amerikanische Literatur über „human relations“ in großem Maße in Westdeutschland ein. Besonders nahmen sie Einfluß auf die westdeutschen Universitäten, so daß sich nach Goossens gegenwärtig „34 Universitäts- bzw. Hochschulinstitute von der psychologischen und soziologischen Seite her mit dem Problem ‚Mensch und Arbeit‘ beschäftigen“. <sup>14)</sup> Nicht zuletzt ist es darauf zurückzuführen, daß auch eine erhebliche Anzahl westdeutscher Publikationen erschienen ist, die sich speziell mit der Anwendung der „human relations“ in den Werkzeitungen befassen, Ratschläge und Anleitung auf diesem Gebiet vermitteln.

<sup>13)</sup> Zitiert nach Probleme des Friedens . . . , a. a. O., S. 84.

<sup>14)</sup> Zitiert nach Klein, Alfred, Die amerikanische Human Relations-Doktrin . . . , a. a. O., S. 191.



## II. Die besondere Rolle der Werkzeitungen bei der vom Monopolkapital gestellten Aufgabe der Propagierung der „human relations“

### 1. Umfang und Verbreitung der Werkzeitungen

In Westdeutschland erscheinen gegenwärtig 441 Werkzeitungen mit einer Auflage von 5 Millionen Exemplaren im Monat<sup>15)</sup>, davon 10 überbetriebliche. Sie stellen über die Hälfte der z. Zt. in Westeuropa herausgegebenen Werkzeitungen dar, deren Gesamtauflage mit 8 Millionen angegeben wird.<sup>16)</sup> Nach einer Repräsentativerhebung wurden 76,4 Prozent davon in den Jahren 1949–1952 gegründet<sup>17)</sup> bzw. neu gegründet, also zu einer Zeit, wo der Prozeß des Wiedererstehens des deutschen Imperialismus bereits einen gewissen Abschluß fand und dieser eine gewisse selbständige Rolle zu spielen begann. Berücksichtigt man, daß es im Jahre 1925 etwa 150 Werkzeitungen in Deutschland gab<sup>18)</sup>, 1938 im faschistischen Deutschland 326<sup>19)</sup> mit etwa 3 Millionen Exemplaren Monatsauflage, gegenwärtig jedoch bereits 441 in dem territorial kleineren Westdeutschland, so spiegelt sich hierin die große Bedeutung wider, die das deutsche Monopolkapital gerade heute diesen betrieblichen Publikationsorganen beimißt. Dabei ging das rapide Anwachsen der Werkzeitungen mit der zunehmenden Verbreitung der „human relations“ einher. Die Folgerung liegt nahe, daß hierbei unmittelbare Zusammenhänge bestehen, zumal die Werkzeitungen zwar nicht als einziges, wohl aber als eines der wichtigsten Propagandainstrumente der „human relations“ anzusehen sind.

Nach einer Untersuchung des Werkpressedienstes in Bonn von 313 Werkzeitungen werden diese vorwiegend in den Monopolbetrieben herausgegeben; davon in der Metallurgie 56, Chemie 36, Berg- und Hüttenindustrie 34, Textil- und Bekleidungsindustrie 52, Druck und Papier 22, Elektroindustrie und Energiebetriebe 21, Banken und Versicherungswesen 36.<sup>20)</sup> Die Auflagenhöhe bewegt sich nach der gleichen Quelle bis zu 165 000.<sup>21)</sup> Monatlich erscheinen 45 Prozent, zweimonatlich 15,2 Prozent, vierteljährlich 12,2 Prozent, ein- bis zweimonatlich 6,9 Prozent, 3 Prozent häufiger als monatlich und 17,6 Prozent in zwangloser Reihenfolge.<sup>22)</sup> Nach Simons liegt der durchschnittliche Umfang bei 20 Seiten.<sup>23)</sup> Die Werkzeitungen werden kostenlos abgegeben.

<sup>15)</sup> Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Jahresbericht, Köln 1957, S. 255.

<sup>16)</sup> Sozialarchiv, Dokumente sozialwirtschaftlicher Betriebsgestaltung, Essen, (1953 ff.) 12 Db.

<sup>17)</sup> Ebenda.

<sup>18)</sup> Klomen, Hans, Die Werkzeitschriften als Mittel betrieblicher Sozialpraxis – Eine Analyse. München 1952, (1. Auflage), S. 11.

<sup>19)</sup> Ebenda, S. 6. <sup>20)</sup> Sozialarchiv..., a. a. O., 12Db, Bl. 7. <sup>21)</sup> Ebenda. <sup>22)</sup> Ebenda.

<sup>23)</sup> Simons, Josef, Handbuch der betrieblichen Publizistik. München 1955, (1. Auflage), S. 210.

## 2. Die Werkzeugzeiungen – Organe der Unternehmer

Die bereits genannten praktischen Erwägungen, sich von der Arbeitsfrontideologie<sup>24)</sup> zu distanzieren und den „human relations“ zuzuwenden, veranlaßte die im Dienste der Bourgeoisie stehenden Wissenschaftler auch, von der Tatsache abzulenken, daß die Werkzeugzeiungen Organe der Unternehmer sind und die Interessen des Monopolkapitals vertreten. Die Bemühungen gehen dahin, diese als unabhängig hinzustellen, damit die Arbeiter den Inhalt möglichst „unvoreingenommen“ aufnehmen. Simons spricht z. B. von der „Zeitschrift des Unternehmens“ statt des Unternehmers, wie es augenfälliger wäre.<sup>25)</sup> Auch der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft westdeutscher Werkzeitschriftleiter erklärt, „die Werkzeitschrift ist und kann nicht ‚Sprachrohr des Unternehmers‘ sein, sondern sie ist ‚Sprachrohr des Unternehmens‘; zum Unternehmen aber gehören beide, der Unternehmer und die Mitarbeiter . . .“<sup>26)</sup> Die Ideologen der Bourgeoisie werden jedoch in dem Augenblick von ihren Auftraggebern desavouiert, wenn diese eine Klarstellung für angebracht halten. Als das Vorstandsmitglied der IG Metall, Brandels, unlängst die Frage der Mitgestaltung der Werkzeugzeiungen durch die Mitglieder der Gewerkschaft aufwarf, weil diese Organe ja von Bonn mit Steuergeldern subventioniert würden, äußerte das Sprachrohr der Ruhrmonopole, der „Industriekurier“, unmißverständlich, daß die Werkzeitschriften „*Führungsinstrumente der Unternehmensleitung*“ (hervorgehoben vom „Industriekurier“. – M. K.) seien. „Daß sie keine quasi unabhängigen Belegschaftsorgane sind, die über den Kopf der Unternehmensleitung hinweg gemacht werden könnten, darüber gebe sich niemand Irrtümern hin.“<sup>27)</sup>

Nicht weniger deutlich hatte zuvor bereits der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, H. C. Paulssen, die Meinung der Monopole vertreten. Er erklärte: „Ich habe ausdrücklich abgelehnt, daß die Werkzeugzeiungen neutrale Organe sind, d. h. Organe, die nur Nachrichten oder irgendwelche Feststellungen bringen und sich der Kommentare enthalten. Wir können uns in politischen Dingen ruhig äußern, nur dürfen wir nicht den Ast durchsägen, auf dem der ganze Betrieb ruht, nämlich unsere heutige soziale Ordnung.“<sup>28)</sup>

Halten wir also fest: Die Werkzeugzeiungen sind nach den eigenen Worten ihrer Herausgeber Unternehmerorgane, die den Standpunkt der Monopole ver-

<sup>24)</sup> Anordnung des Präsidenten der faschistischen Reichspressekammer aus dem Jahre 1936: „Für die vom Betrieb herausgegebene Werkzeitschrift trägt grundsätzlich der Betriebsführer die Verantwortung . . .“ usw., zitiert nach Klomen, Hans, a. a. O., S. 12.

<sup>25)</sup> Simons, Josef, a. a. O., S. 189.

<sup>26)</sup> Zitiert nach „Industriekurier“, Düsseldorf, vom 4. 10. 58.

<sup>27)</sup> Ebenda v. 12. 7. 59.

<sup>28)</sup> Zitiert nach „Die ‚freiwilligen Sozialleistungen‘ in westdeutschen Industriebetrieben“, Deutsches Wirtschaftsinstitut, Bericht 17/58, S. 11 (295).

treten, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung verteidigen; sie sind nicht neutral, doch die Arbeitgeberverbände, die eine Neutralität der Werkzeitungen ablehnen, fordern sie bezeichnenderweise von den Gewerkschaften, wobei sie sich auf das halbfaschistische Betriebsverfassungsgesetz stützen, das sie für sich – wie sich zeigt – als absolut unverbindlich betrachten.

### 3. Zentrale Lenkung und Ausrichtung der Werkzeitungen

Die Bedeutung der Werkzeitungen als meinungsbildendes Instrument wird vom Gesamtunternehmer und dem ihn repräsentierenden Staat so hoch eingeschätzt, daß sie deren Inhalt und Gestaltung nicht dem betreffenden Werk, geschweige dem jeweiligen verantwortlichen Redakteur, überlassen. Die zentrale Lenkung geht sogar weiter. In der Gestalt des „International Council of Industrial Editors, Inc.“ in New York hat sich das internationale Monopolkapital ein Gremium geschaffen, dessen spezielles Anliegen es ist, die großen Erfahrungen der amerikanischen Konzerne auf dem Gebiet der Massenbeeinflussung, besonders der „human relations“, den westeuropäischen Kapitalisten zu übermitteln und diese in der Herausgabe der Werkzeitungen in jeder Beziehung zu unterstützen.<sup>29)</sup> Unter ihrer Anleitung wurden in den meisten kapitalistischen Ländern „Werkzeitschrift-Vereinigungen“ ins Leben gerufen; als westdeutscher Ableger fungiert der „Arbeitsausschuß der deutschen Werkzeitschriften“, der sich in 14 regionale Arbeitskreise gliedert. In diese haben die führenden westdeutschen Konzerne ihre Vertreter entsandt. Sie halten regelmäßig Tagungen mit den ihnen angehörenden Werkzeitungsredakteuren ab, in denen diese eine entsprechende Ausrichtung erfahren. Darüber hinaus werden die Werkzeitungsredakteure von den Spitzenorganisationen der Arbeitgeberverbände der einzelnen Wirtschaftszweige von Zeit zu Zeit zusammengerufen.<sup>30)</sup> Von den mehr oder weniger getarnten Organisationen des deutschen Monopolkapitals werden zahlreiche Pressedienste und insgesamt 14 Korrespondenzen herausgegeben, die geeignete Artikel zusammenstellen, fertige Kommentare liefern und so den Werkzeitungen das von den Unternehmern gewünschte Material vermitteln.<sup>31)</sup>

Bei der Förderung und Dirigierung der Werkzeitungen nimmt die Bonner Regierung eine besondere Stellung ein, die unzweideutig zeigt, wessen Interessen sie vertritt und das Argument von der Neutralität dieser Publikationen vollends ad absurdum führt. Die Werkzeitungsredakteure werden in Bonn von Zeit zu Zeit zusammengefaßt und von den einzelnen Ministern persönlich mit der Politik des Kabinetts und seiner Auftraggeber vertraut gemacht. Die behandelten Themen (Lohn-Preis-Spirale, „Infiltration“ der Betriebe mit kommu-

<sup>29)</sup> Vgl. auch *Seckbacher, Peter*, Wer spricht für wen. „Die Wirtschaft“, Jahrgang 11, Nr. 52/56.

<sup>30)</sup> Vgl. hierzu auch *Simons, Josef*, Handbuch . . . , a. a. O., S. 176/77.

<sup>31)</sup> Ebenda, S. 173/174.

nistischem Ideengut, Private Eigentumsbildung, Fragen der Bundeswehr usw.)<sup>32)</sup> sprechen für sich.

Die entscheidende Unterstützung der Betriebsorgane der Unternehmer liegt jedoch auf materiellem Gebiet. Daß die Aufwendungen für die Werkzeugungen steuerabzugsfähig sind und zudem noch in die Kalkulation eingehen, ist hinreichend bekannt. Weniger bekannt sein dürften die Zuwendungen aus Adenauers Reptilienfonds. unlängst gestand der „Industriekurier“ in einer Polemik gegen die Streichung von Sondervergünstigungen für die Beförderung der Werkzeugungen unfreiwillig ein, es zerstöre „eine Bundesbehörde auf dem Rücken der Wirtschaft das, was eine andere mit großem Aufwand unterstützt“, und zwar, wie ausdrücklich unterstrichen wird, „ideell und materiell“<sup>33)</sup>.

Hiermit schließt sich der Kreis. Die westdeutschen Werkzeugungen sind also von den Organisationen der Monopole und ihrem Staat zentral gelenkte und ausgerichtete Propagandaschriften der Unternehmer, die ausschließlich deren Interessen vertreten, nicht aber, wie die Ideologen der Bourgeoisie glauben machen wollen, gleichzeitig die der Arbeiter.

#### *4. Die speziell den Werkzeugungen zugeordneten Aufgaben bei der Propagierung der „human relations“*

Die Werkzeugungen sind im Betrieb das wichtigste, wenn auch nicht das einzige Mittel zur Verbreitung der „human relations“. Daraus erklärt sich, daß die Unternehmer keine Mühe scheuen, die Aufgaben dieser Publikationen eindeutig zu bestimmen. Nicht alle Seiten der „menschlichen Beziehungen“ werden in ihnen behandelt. Bevor in folgendem Kapitel auf die meines Erachtens wichtigsten näher eingegangen wird, zuvor einige allgemeine Gesichtspunkte.

Untersucht man die in den verschiedenen Veröffentlichungen westdeutscher Adepten der „human relations“-Doktrin enthaltenen Weisungen für Inhalt und Gestaltung der Werkzeugungen, so findet man, daß hier vorwiegend auf amerikanische Erfahrungen zurückgegriffen wird. Angesichts der vom USA-Monopolkapital stark forcierten Übernahme dieser Methoden für Westdeutschland ist das nicht weiter verwunderlich. Daher wird auch den weiter unten zitierten Aufgaben in ihren Publikationen breiter Raum gegeben. Howard Stephenson, der Präsident der Community Relations Inc., eine sich speziell mit diesen Fragen befassende amerikanische Organisation, stellte für die Verbreitung „menschlicher Beziehungen“ in den Werkzeugungen nachfolgende Grundsätze auf:

„1. Die Unterrichtung der Mitarbeiter über die Maßnahmen und die Entwicklung der Firma.

<sup>32)</sup> Vgl. auch „Die Feder“, Zeitschrift der IG Druck und Papier im DGB, Berufsgruppe der Journalisten, Frankfurt/Main, 5. Jahrgang, Heft 5/57.

<sup>33)</sup> Vgl. „Industriekurier“ vom 26. 7. 58.

2. Die Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses und die Behebung von Mißverständnissen zwischen Unternehmensleitung und Belegschaft.
3. Die Bekämpfung von Gerüchten.
4. Die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls innerhalb der Belegschaft.
5. Die Eindämmung unkorrekter und irreführender Propaganda von außerhalb.
6. Vertiefung der Anteilnahme am Betriebsgeschehen.
7. Stärkung des Ansehens der Firma innerhalb der Werkstandortgemeinde.
8. Die Vertiefung der Beziehungen zur lokalen Presse und den Rundfunkstationen.
9. Mitwirkung an der Verminderung von Arbeitszeitausfall wegen Unfällen, Krankheiten und Interesselosigkeit.
10. Die Hebung des Firmenansehens bei den Eltern und Ehefrauen der Werkangehörigen.“<sup>34)</sup>

Die von den Beauftragten der Monopole solchermaßen dargelegten Aufgaben für die Werkzeitungen sind auf ihre Wirkung hin sorgsam durchdacht. Sie dienen – wie die „human relations“-Doktrin in ihrer Gesamtheit – der Erhöhung der Profite, kurz, sie sollen zu einer wesentlichen Leistungssteigerung beitragen. „Eine Werkzeitschrift ist nicht nur dazu da, um der Geschäftsleitung eine Möglichkeit zur Information ihrer Arbeiter zu geben, . . . es (ist) ihre Aufgabe, den ‚esprit de corps‘ zu stärken und damit zwangsläufig die Tüchtigkeit des Gesamtbetriebes und dessen Produktionsausstoß zu vergrößern.“<sup>35)</sup>

Damit auch kein Irrtum darüber entstehen kann, wem diese Produktionssteigerung ausschließlich zugute kommt, formuliert Klomen, ähnlich wie unlängst Wirtschaftsminister Erhard in seiner Angst vor dem nachhaltigen Eindruck, den eine Überrundung Westdeutschlands im Pro-Kopf-Verbrauch durch die DDR auf die westdeutschen Arbeiter machen würde: „Die materielle Bedürfnisbefriedigung (der Arbeiter natürlich, an die sich die Werkzeitung wendet, M. K.), kann also nicht der letzte Sinn menschlicher Erfüllung sein. Endziel auch in der Wirtschaft und im Betriebsleben ist die *qualitative Persönlichkeit* (von mir hervorgehoben. – M. K.).“<sup>36)</sup>

Von der so entdeckten „qualitativen Persönlichkeit“ des Arbeiters hat die Bourgeoisie ganz bestimmte Vorstellungen. Der Arbeiter soll von seiner Eigentumslosigkeit abgelenkt werden, die sich verschärfenden Klassengegensätze übersehen lernen, sich nicht in Lohnkämpfe und Streiks einlassen. Simons bezeichnet es somit als „Hauptstreben der Werkzeitschrift, den Betriebsfrieden zu wahren und zu stärken . . .“<sup>37)</sup> Damit die Jagd nach immer höherem Profit nicht gestört wird, soll also Kirchhofsruhe in die Betriebe einziehen, wobei als

<sup>34)</sup> Müller, Norbert, Das betriebliche Informationswesen. München 1959 (1. Auflage), S. 144.

<sup>35)</sup> Mörtzsch, Friedrich, a. a. O., S. 129.

<sup>36)</sup> Klomen, Hans, a. a. O., S. 20.

<sup>37)</sup> Simons, Josef, a. a. O., S. 98.

„Ersatz“ für höhere Löhne die Werkzeugung „der Bedeutung des Geldes als Wertung der Persönlichkeit der Leistung und des Standes den ihr zukommenden Rang geben“<sup>38)</sup> soll.

Den fundamentalen Gegensatz zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten gedenkt man also dadurch zu verwischen, daß sich der Arbeiter mit dem Unternehmer als „Persönlichkeit“ auf eine Stufe gestellt sieht. Hierdurch erhofft man sich, nicht nur die kapitalistischen Eigentums- und die entsprechenden Verteilungsverhältnisse im Betrieb, sondern die der Gesellschaftsordnung schlechthin zu konsolidieren. Und, so meint Klomen, „gerade die Werkzeitschrift ist in besonderem Maße dazu angetan, über die Darbietungen und Darstellungen des Werkes hinaus eine positive Wirtschaftsgesinnung, wie wir sie als freie Marktwirtschaft verstehen, zu vermitteln und zu fördern“<sup>39)</sup>.

Unter dem Deckmantel der „Partnerschaft“, mittels „Pflege der Persönlichkeit“ des Arbeiters durch die Werkzeugung ist man bestrebt, über die zunehmende Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems hinwegzutäuschen. An Stelle der objektiv bedingten Unzufriedenheit der Arbeiter<sup>40)</sup>, dem „Minderwertigkeitskomplex“, wie es Simons<sup>41)</sup> nennt, soll subjektiv ein Vertrauensverhältnis und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen ökonomisch und sozial Ungleichen erzeugt werden. Man gibt dabei vor, „daß das Lohn- und Kapitalinteresse des Arbeiters meist hinter dem Wunsch nach entsprechender Behandlung, Umgebung usw. im Betrieb zurücksteht“<sup>42)</sup>. Genau danach handelt man bei der Anwendung der „human relations“, was mit folgenden Worten charakterisiert wird: „Die WZ in den Händen der Betriebsführung, auch der demokratischsten Betriebsführung, ist ein Mittel der Menschenführung.“<sup>43)</sup>

## B. VERSCHIEDENE SEITEN DER „HUMAN RELATIONS“ UND DIE METHODEN IHRER VERBREITUNG IN DEN WERKZEITUNGEN

### I. Inhalt, Aufmachung und Ausgestaltung der Werkzeugungen

Eine inhaltliche Analyse westdeutscher Werkzeugungen zeigt, daß man bemüht ist, alle Seiten des Lebens der Arbeiter zu erfassen, ganz im Sinne der „human

<sup>38)</sup> Ebenda, S. 139.      <sup>39)</sup> Klomen, Hans, a. a. O., S. 21.

<sup>40)</sup> Vgl. Mörtzsch, Friedrich, a. a. O., S. 153: Nach einer Untersuchung bei General Motors in den USA stellte sich trotz weitgehender Korruption heraus: „Ein Viertel aller Arbeiter machte sich fortwährend Sorgen um eine evtl. Entlassung, die Hälfte dachte gelegentlich an den Verlust des Arbeitsplatzes. Nur ein Viertel der nach Ansicht der Unternehmer in guten Verhältnissen lebenden Arbeiter hielt seinen Job für dauerhaft und sicher.“

<sup>41)</sup> Simons, Josef, a. a. O., S. 139.

<sup>42)</sup> Ebenda, S. 137.

<sup>43)</sup> Ebenda.

relations“. Schon die Titel vieler Werkzeugzeiungen lassen erkennen, wie man die Terminologie der „menschlichen Beziehungen“ in den Betrieb hineinzutragen versucht. „Werk und Wir“ (Hoesch-Konzern), „Unser Werk“ (Farbenfabrik Bayer, IG Farben-Konzern), „Mein Werk“ (Chemische Werke Kalk, GmbH), „Der Kontakt“ (Brown, Boveri & Cie AG) und ähnliche Bezeichnungen sollen den Arbeitern eine nicht bestehende Identität der Interessen suggerieren, und „Menschen und Werk als lebendige Gemeinschaft in ihrer Werkzeitschrift widerspiegeln“<sup>44</sup>).

Aus Repräsentativerhebungen von westdeutscher Seite ist ersichtlich, daß sich die Werkzeugzeiungen im wesentlichen an einen ganz bestimmten, von den Ideologen der Bourgeoisie empfohlenen Inhalt halten und eine entsprechende Proportionierung vornehmen; lediglich die Zuordnung ist unterschiedlich. Es handelt sich um die Gruppen „Das Werk“, „Werk und Mensch“ und „Werk und Außenwelt“, wobei man sich auch hier wieder ganz bewußt der bereits skizzierten Terminologie bedient. Die einzelnen Gruppen sind zu etwa einem Drittel am Inhalt beteiligt.<sup>45</sup>)

In der ersten Gruppe findet man solche Untergruppen wie unsere Gesellschaften berichten, Neue Anlagen, Die Geschäftslage des Unternehmens;

in der zweiten Gruppe Personelles (es nimmt einen relativ großen Raum ein), Aus der Sozialarbeit, Verbesserungsvorschläge und Unfallverhütung, Belegschafts- und Betriebsratsangelegenheiten, Ausbildung und Fortbildung;

in der dritten Gruppe Unterhaltung und Belehrung, Freizeit, Sport, Betriebsfeste, Für die Frau, Aus Wirtschaft und Politik, die Beteiligung des Konzerns an Ausstellungen und die Hebung seines Ansehens durch gelieferte Anlagen im In- und Ausland.<sup>46</sup>) Es erübrigt sich an dieser Stelle, bereits eine Wertung vorzunehmen, da das im folgenden noch ausführlich geschieht.

Eine Reihe von Werkzeugzeiungen bringt auch in Kommentaren wirtschaftspolitische, einige rein politische Themen, wie über Kapital und Arbeit, Löhne und Preise, Die soziale Marktwirtschaft, Die EWG (die kleineuropäische Wirtschaftsgemeinschaft) usw. — alles natürlich unter dem Mantel strengster „Objektivität“, d. h. in Wirklichkeit eindeutig den Standpunkt der Großbourgeoisie vertretend. In den meisten Werkzeugzeiungen vermeidet man jedoch diese Thematik. Das geschieht nicht etwa, weil das Betriebsverfassungsgesetz solche Fragen aufzuwerfen untersagt, sondern aus der einfachen Erwägung heraus, daß damit das wahre Gesicht des Monopolkapitals bloßgestellt wird und die „human relations“ von vornherein an Wirksamkeit verlören. Denn oberstes Prinzip des Werkzeugzeiungsredakteurs, der vielfach nicht ohne Grund zu den bestbezahlten unter den Publizisten Westdeutschlands zählt, ist es, „seine Informationen in Form und Inhalt so abzufassen, daß sie vom Arbeitnehmer gern

<sup>44</sup>) Klomen, Hans, a. a. O., S. 69.

<sup>45</sup>) Vgl. auch Sozialarchiv . . . , a. a. O., Abschn. C, 12 Dc.

<sup>46</sup>) Vgl. auch „Werk und Wir“, Eine Zeitschrift für die Mitarbeiter und Freunde der Hoesch Werke AG, Jahrgang 5 und 6, 1957 und 1958.

zur Hand genommen werden. Es ist eine gefährliche, aber leider sehr oft gehörte Auffassung, daß die äußere Form für betriebliche Informationen nebensächlich sei, weil der Gemeinschaftssinn der Mitarbeiter stark sei und dafür garantiere, daß die Publikationen gelesen und aufgenommen werden.“<sup>47)</sup>

Was die äußere Form anbelangt, sind tatsächlich viele westdeutsche Werkzeugungen auf sehr teurem Kunstdruckpapier und in Vier- bis Sechsfarben- druck hergestellt, oftmals besser als manche Illustrierte. Auch hierin ist ein Stück „human relations“ zu sehen. Der Arbeiter soll schon vom Äußeren her den Eindruck erhalten, seine „Persönlichkeit“ würde damit im Werk anerkannt, und nichts sei für ihn zu kostbar. Simons schreibt: „Es ist kein Text zu aufwendig konzipiert, es ist kein Foto zu umständlich herangeholt, es ist keine Zeichnung zu teuer bezahlt, es ist kein Klischee und keine Druckart zu kostspielig, wenn es auf den Leser wirkt.“<sup>48)</sup>

Diese Überlegungen liegen auch dem hohen Anteil der Bilder am gesamten Raum zugrunde – ein Viertel bis ein Drittel –, wobei besonderer Wert auf die „menschlich gefühlsgebundenen“ Bilder gelegt wird. Sie sollen die „entscheidende“ Stellung des Arbeiters im Werk und für das Werk würdigen, ihn damit, wie der ganze Inhalt der Werkzeugungen, von seiner Eigentumslosigkeit an den Produktionsmitteln ablenken und zum verstärkten Einsatz seiner Arbeitskraft für „sein“ Unternehmen gewinnen, das sich in Wirklichkeit unverändert in den Händen des Monopolkapitals befindet.

## *II. Die Förderung eines für die verschärfte Ausbeutung günstigen „Betriebsklimas“ durch die Werkzeugungen*

### *1. Das Einwirken auf die Arbeiter und deren Beziehungen zum Unternehmen und zu den Vertretern des Monopolkapitals*

Die Exponenten der „human relations“-Doktrin betrachten die Werkzeugung als geeignetes Instrument, um unter den Arbeitern eine „unternehmerische Einstellung“ zu verbreiten, die sie zur aktiven Zusammenarbeit mit den Vertretern der Kapitalisten bei der verschärften Rationalisierung, der Erhöhung der Arbeitsintensität und damit der Sicherung von Maximalprofiten veranlassen soll, also zum Mitwirken an ihrer eigenen Ausbeutung. Gross gibt das ganz offen zu, wenn er schreibt: „Die Werkzeitschrift . . . dient der langfristigen Erfolgssicherung des Unternehmens und soll durch Aufklärung auch in den Mitarbeitern eine ‚unternehmerische Einstellung‘ erzeugen. Sie soll sich deshalb mit Verbesserungsvorschlägen und anderen Formen der Mitarbeit beschäftigen. Sie wird damit auch zu einem Organ der Kostensenkung und Rationalisierung und Ertragssteigerung zugunsten von Management und Be-

<sup>47)</sup> Zit. bei Müller, Norbert, a. a. O., S. 42.

<sup>48)</sup> Simons, Josef, a. a. O., S. 85.



legschaft.“<sup>49)</sup> (Im Hinblick auf das Kapitalverhältnis ist die angeblich auch zugunsten der Belegschaft erfolgende Ertragssteigerung natürlich reine Demagogie.)

Wie man sieht, soll die „Mitbestimmung“ mittels Beteiligung sogenannter Arbeitnehmervertreter an den Sitzungen der Aufsichtsräte und Vorstände durch das Hervorrufen einer „unternehmerischen Einstellung“ eine entsprechende Ergänzung erfahren. Diese Einstellung soll sich unmittelbarer als die „Mitbestimmung“ in erhöhtem Profit auswirken.

Die sogenannte unternehmerische Einstellung wird allgemein auf drei Wegen zu erreichen versucht:

- a) Über eine regelmäßige und systematische Berichterstattung, die Stand und Entwicklung der Produktion und des betreffenden Konzerns allgemein beinhaltet, mit dem Ziel, das Interesse des Arbeiters für seine Arbeit zu wecken.
- b) Über spezielle Veröffentlichungen, die den Werkstolz und ein „persönliches Verhältnis“ der Arbeiter zum Werk hervorrufen bzw. fundieren sollen.
- c) Über die Vortäuschung der Möglichkeit einer echten Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit im monopolistischen Betrieb auf der Basis gegenseitigen Vertrauens und zu einem angeblich gemeinsamen Nutzen.

Die untersuchten westdeutschen Werkzeugzeitungen widmen der Berichterstattung über den Stand und die Entwicklung der Produktion und des betreffenden Konzerns allgemein etwa ein Drittel ihres Raumes. Das Bild spielt hierbei eine wichtige Rolle. Sowohl technische, arbeitsorganisatorische wie auch wirtschaftspolitische Fragen werden behandelt. Aufschluß wird darüber gegeben, welchen Zwecken die produzierten Güter dienen. (Natürlich keineswegs vollständig.) Neue Anlagen werden ausführlich beschrieben, Pläne für künftige Entwicklungen skizziert (soweit man nicht vor der Konkurrenz bangt). Bewußt legt man dabei Schwierigkeiten technischer, aber auch absatzmäßiger Natur dar, informiert sogar manchmal über Mißerfolge der Firma, wenngleich selten. Mit diesen Informationen, die der theoretischen Konzeption der „human relations“ von den sogenannten „Kommunikationslinien von oben nach unten“ entsprechen, soll den Arbeitern glaubhaft gemacht werden, man ziehe sie tatsächlich ins Vertrauen, sie seien „gleichberechtigte Mitarbeiter“ und die Produktion geschehe nicht wegen der Profite des Konzerns, vielmehr um der Bedürfnisbefriedigung der Gesellschaft und damit auch ihrer eigenen willen.

Die erwähnten Darlegungen werden durch regelmäßig erscheinende Kommentare unterstützt, die in der gleichen Richtung wirken sollen. So schreibt „Das Werkblatt“<sup>50)</sup>, das Bild eines Schachspiels zeigend, unter der Überschrift „Den richtigen Zug tun“, u. a.: „Unternehmerisches Denken darf nicht auf die Direktionszimmer beschränkt bleiben! Es muß den Betrieb von oben nach

<sup>49)</sup> Müller, Norbert, a. a. O., S. 122.

<sup>50)</sup> „Das Werkblatt“, Werkzeugzeitung der Rhein-Elbe-Bergbau-AG.

unten durchdringen. An Millionen Arbeitsplätzen fällt die Entscheidung. Die Wirtschaft braucht unternehmerische Köpfe.“<sup>51)</sup>

Von einer solchen in vielen Variationen und beständig geführten „Argumentation“ verspricht man sich die Ablenkung der Arbeiter von ihrer klassenbedingten Lage und erhofft sich, bei ihnen Interesse für die kapitalistische Lohnarbeit zu erwecken, was allein der Inhalt ihrer „unternehmerischen Einstellung“ sein kann.

Eine wichtige Rolle bei der Schaffung eines für die verstärkte Ausbeutung günstigen „Betriebsklimas“ spielen zweitens die Veröffentlichungen, die speziell darauf gerichtet sind, das Verhältnis der Arbeiter zu dem jeweiligen Konzern zu festigen. Es ist eine Tatsache, daß es nicht nur bei Krupp, der vielfach als hierfür typisches Beispiel angeführt wird, gelungen ist, einen gewissen Werkstolz zu züchten.

Bei den Publikationen, die diese Einstellung fördern sollen, und bei denen im übrigen auch das Bild besondere Anwendung findet, handelt es sich nach meinen Feststellungen um solche,

die den Einfluß des jeweiligen Konzerns auf den betreffenden Industriezweig bzw. die gesamte Wirtschaft darlegen; auch Messen und Ausstellungen in Westdeutschland fallen darunter;

die die Ausführung spezieller Aufträge, welche nur in diesem Konzern oder zum ersten Mal überhaupt gefertigt wurden, zeigen sollen, hierunter auch die qualitative Wertung von Spitzenerzeugnissen, von Großbauten im Inland usw.;

die das Ansehen des Konzerns bei staatlichen und kommunalen Stellen im Ausland zum Ausdruck bringen, z. B. Besuche oder Einladungen hochgestellter Personen;

die die Bedeutung des Konzerns auf internationalen Märkten unterstreichen, z. B. auf ausländischen Messen und Ausstellungen, oder die von den Tochtergesellschaften im Ausland berichten und schließlich

die sich mit Großbauten des Werkes in den verschiedensten Ländern befassen.

Wir haben es bei der Frage des Werkstolzes nicht ausschließlich mit einem Element der „human relations“ zu tun. Es wurde meines Erachtens vom Paternalismus übernommen. Von den Ideologen der „menschlichen Beziehungen“ wird ihm jedoch eine große Bedeutung beigemessen und viel Papier beschrieben, wie man noch besser und vor allem systematischer vorgehen sollte, um die Arbeiter auf diese Weise enger an den Konzern, d. h. an den Platz ihrer Ausbeutung, zu ketten.

Ähnliche Absichten liegen auch der Entdeckung der „Persönlichkeit des Arbeiters“ zugrunde. Zahlreiche Kommentare haben diese Thematik zum Inhalt, z. B. „Massengesellschaft“, wo man um der Pflege der Persönlichkeit des Arbeiters willen glaubt, gegen die Tatsache polemisieren zu müssen, daß der

<sup>51)</sup> Ebenda, Jahrgang 2, Nr. 3/57.

Arbeiter im kapitalistischen Großbetrieb zwangsläufig zum Anhängsel der Maschine wird. Es heißt dort u. a.: „Gewiß, in unserem Industriezeitalter ist oft auch der ohne geistigen oder körperlichen Zwang arbeitende Mensch scheinbar nur ein Teil eines großen Räderwerkes. So ergeben sich leicht Erschwernisse und Spannungen, die aber niemals den Blick für das Wesentliche trüben dürfen: Das Wertbewußtsein im einzelnen arbeitenden Menschen zu wecken und zu fördern, damit sich die Wertschätzung für die schaffende Persönlichkeit vertieft und das Gespenst einer ‚industriellen Massengesellschaft‘ einmal gebannt werden kann.“<sup>52)</sup>

Auch den Artikelserien unter dem Leitmotiv „Der richtige Mann an den richtigen Platz“<sup>53)</sup>, „Dem Arbeiter mehr Verantwortung“<sup>54)</sup>, „Durch eigene Anstrengungen zum Erfolg“<sup>55)</sup>, liegt die „Pfleger der Persönlichkeit“ des Arbeiters zugrunde.

Durch sie soll der Arbeiter ein persönliches Verhältnis zu „seinem“ Konzern bekommen, damit seine Klassenhaltung aufgeben und statt dessen eine „unternehmerische Einstellung“ einnehmen. Ausschließlich deshalb wird seine Persönlichkeit durch die Werkzeitung gepflegt. Simons bestätigt das, wenn er mit unverhohlenem Zynismus erklärt: „Der Arbeiter, der seit Generationen in der Arme-Leute-Ideologie erzogen ist und seine Tätigkeit als ‚Sklaverei‘ bezeichnen und betrachten gelehrt wurde, erlebt durch die Werkzeitung, daß sich diese seine bisher angeblich so minderwertige Tätigkeit als fotografisch und textlich in sehr respektabler Weise darstellbar zeigt. Damit wird dem Minderwertigkeitskomplex die Existenzbasis entzogen.“<sup>56)</sup>

Faktisch wird hier nicht mehr und nicht weniger gesagt, als daß die Arbeiter über die soziale Ungleichheit hinweggetäuscht und von einer Veränderung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung abgebracht werden sollen, indem man den Ausbeutungsprozeß auf Kunstdruck als respektabel erscheinen läßt, und, wie auch jener „human relations“-Exponent empfiehlt, scheinbar die Persönlichkeit des Arbeiters anerkennt. Die ganze Verlogenheit der Bourgeoisie kommt dabei schon allein darin zum Ausdruck, daß man seinen „Partner“ für so primitiv hält — „in der ‚Arme-Leute-Ideologie‘ erzogen“ —, zu glauben, ihn mit solch primitiven Mitteln einfangen zu können. Damit soll diesen und ähnlichen Methoden nicht etwa jegliche Wirksamkeit abgesprochen werden.

Unter diesem Gesichtswinkel erfolgt auch die Pflege der Beziehungen zu den Jubilaren, die Berichte über Hochzeiten von Werksangehörigen, Geburten, Geburtstage, die beispielsweise in der Werkzeitung der Olympia AG unter der bezeichnenden Rubrik „Aus der Olympia-Familie“<sup>57)</sup> gebracht werden. In

<sup>52)</sup> „Das Werkblatt“, Nr. 4/57.

<sup>53)</sup> Vgl. auch „Der richtige Mann“, ebenda, Nr. 3/57.

<sup>54)</sup> Vgl. auch „Verantwortung abschieben?“ ebenda, Nr. 7/57.

<sup>55)</sup> „Ein Schritt nach oben“, „Das Werkblatt“, Jahrgang 3, Nr. 12/58.

<sup>56)</sup> Simons, Josef, a. a. O., S. 139.

<sup>57)</sup> Vgl. „Olympia Ring“, Werkzeitschrift für die Angestellten der Olympia-Werke AG, Wilhelmshaven, Jahrgänge 57/58.

allen Werkzeugzeiungen wird diesem Komplex große Bedeutung beigemessen, und er nimmt mit den entsprechenden Bildern mindestens 10 Prozent des Raumes der jeweiligen Ausgabe ein. Dabei werden systematisch die Klassenunterschiede zu verwischen versucht, indem wenigstens auf dem Papier der Werkzeugzeitung die Vertreter der Kapitalisten neben die einfachen Arbeiter gestellt werden. Ein solches Prinzip wird von den Ideologen der „human relations“ als unabdingbar für die richtige Anwendung „menschlicher Beziehungen“ betrachtet; sonst könne man nicht von Partnerschaft sprechen<sup>58)</sup>, d. h. die Arbeiter nicht irreführen.

Besondere Beachtung finden die Jubilare mit langer Betriebszugehörigkeit. Sie besitzen natürlich als erfahrene Stammarbeiter für das betreffende Monopolunternehmen einen gewissen Wert. Abgesehen von geringfügigen materiellen Vergünstigungen, die die Bindung an den Arbeitsplatz noch verstärken sollen, läuft die „Würdigung“ der Jubilare darauf hinaus, die übrige Belegschaft im Sinne der Schaffung eines persönlichen Verhältnisses zu dem betreffenden Konzern wirksam zu beeinflussen. Wenn Alfred Krupp den Jubilaren persönlich gratuliert<sup>59)</sup>, so liegt hierin zwar ein gutes Stück Paternalismus, das jedoch – wie man sieht – auch von den „human relations“ für ihre Zwecke nutzbar gemacht wird. Und daß der Baron von Thyssen-Bornemisza von sich berichten läßt, eigens von New York nach Duisburg gekommen zu sein, um an der Jubelfeier des Pförtners seiner Gas- und Wasserwerke teilzunehmen<sup>60)</sup>, zeigt nur, wie dabei auch nach der bewährten Methode der Bourgeoisie verfahren wird: keine Lüge ist zu groß, als daß man sie nicht anzubringen versuchen könnte.

Der dritte Weg zur Erzielung einer „unternehmerischen Einstellung“ basiert auf der Verbreitung der für den Betrieb zugeschnittenen Partnerschaftsideologie. Über sie wurde Grundlegendes bereits in vorangegangenen Kapiteln gesagt. Alle Ausgaben der Werkzeugzeiungen befassen sich in der einen oder anderen Form ständig mit diesem Gedanken. Im wesentlichen reduzieren sich die vorgebrachten „Argumente“ auf

1. das Hervorrufen eines Zusammengehörigkeitsgefühls zwischen Arbeitern und Unternehmern und
2. das Auftreten gegen den „Gruppenegoismus“.

In zahlreichen Artikeln wird eine angeblich gegenseitige Abhängigkeit von Arbeitern und Unternehmern konstruiert, die in Wirklichkeit nur beim Unternehmer besteht, der ohne Ausbeutung der Arbeiter keine Profite erzielen könnte. Gleichzeitig wird unterstellt, daß eine entsprechende Zusammenarbeit zwischen beiden einen größeren Nutzen auch für die Arbeiter bringen würde, obwohl in Wahrheit der Arbeitslohn, ob aufgegliedert oder nicht,

<sup>58)</sup> Vgl. Müller, Norbert, a. a. O., S. 131/32.

<sup>59)</sup> Vgl. „Krupp-Mitteilungen“, Herausgeber Fried. Krupp, Essen, Jahrgang 42, Nr. 4/58.

<sup>60)</sup> Vgl. „Der Spiegel“, Hamburg, Ausgabe Berlin, 12. Jahrgang, Nr. 52/58.

günstigenfalls dem Wert der Ware Arbeitskraft entspricht. Gedanken vorgenannter Art werden u. a. in den Artikeln „Zusammenspiel ist alles“<sup>61)</sup>, „Unsere Führungskräfte brauchen eine Mannschaft“ (Was tun die führenden Männer)<sup>62)</sup>, „Sprecht miteinander“<sup>63)</sup>, „Moment mal“ (Jede Kette ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied)<sup>64)</sup>, „Wir können nur miteinander besser leben“<sup>65)</sup> vertreten. Solche Beiträge sollen die Zusammenarbeit, den „Corpsgeist“ im kapitalistischen Produktionsbetrieb fördern und die sich zwangsläufig ergebenden antagonistischen Widersprüche zumindest abschwächen.

Beim Auftreten gegen den „Gruppenegoismus“ werden im allgemeinen unter dem Terminus „Gruppen“ die Arbeiter und die Unternehmer verstanden, obwohl hierunter auch gegen bestimmte politische Gruppierungen und sogenannte Cliques Stellung bezogen wird. Pro forma wird dabei manchmal auch gegen Kapitalisten, die nach „egoistischen“ Gesichtspunkten handeln, polemisiert, was diesen ja nicht weiter weh tun dürfte. Beeinflusst werden sollen dagegen die Arbeiter, die man auf solche Weise zum Verzicht auf Lohnerhöhungen und für eine „freiwillige“ Mehrarbeit zu gewinnen hofft. Im Interesse des Profitstrebens des Konzerns will man sie dazu bewegen, eine „unternehmerische Einstellung“ einzunehmen und sich nicht an den Aktionen der Gewerkschaften und anderer politisch fortschrittlicher Organisationen zu beteiligen. Man argumentiert, es sei ein Trugschluß, daß „auf die Dauer einer (der Arbeiter, M. K.) auf Kosten des anderen (des Unternehmers, M. K.) leben könne“<sup>66)</sup>; daß „echte Zufriedenheit nur durch den selbst bestimmbaren Erfolg des eigenen Tuns erworben wird, durch die Freiheit des persönlichen Handelns“<sup>67)</sup> also nicht etwa durch Anschluß an eine politische „Gruppe“. Als Schlußfolgerung findet man ausgesprochen oder unausgesprochen: der Gruppenegoismus müsse eben der Zusammenarbeit zum Nutzen von Unternehmern und Arbeitern weichen, was für letztere unter den Bedingungen der Ausbeutung niemals zutreffen kann.

Jene Bemühungen, eine „unternehmerische Einstellung“ hervorzurufen, gipfeln in dem Versuch, mittels der Werkzeugzeiungen eine Vorschlags- und Wettbewerbsbewegung zu entfalten. Weil nunmehr das Ziel der „human relations“, durch das Mitwirken der Arbeiter weitere wesentliche Quellen zur maximalen Profitsteigerung zu erschließen, deutlicher denn je zum Ausdruck kommt, ist hierbei auch die Anlehnung an die Terminologie des Sozialismus am ausgeprägtesten. Die „Hüttenzeitung“ bezeichnet z. B. alle Verbesserungsvorschläge als „die positive Kritik im Betrieb“<sup>68)</sup>. Darüber hinaus werden die Organisationsformen teilweise übernommen und damit Verhältnisse anti-

61) „Olympia Ring“, Nr. 8/58.

62) „Das Werkblatt“, Nr. 9/58.

63) Ebenda, Nr. 10/58.

64) Ebenda, Nr. 17/57.

65) Ebenda, Nr. 25/57.

66) Ebenda, S. 2.

67) „Das Werkblatt“, Nr. 11/58.

68) „Hüttenzeitung“, Herausgeber: Bochumer Verein für Guß-Stahl-Fabrikation AG, Jahrgang 24, Folge 2/55.

zipiert, die denen mit gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln entsprechen. Müller läßt gar einen Werkjournalisten zu Worte kommen, der alle betrieblichen Vorgänge zu sportlichen Wettbewerben zu machen empfiehlt.<sup>69)</sup>

Daß die Kapitalisten mit solchen Mitteln ihre wahren Absichten zu tarnen gezwungen sind, zeigt den wachsenden Einfluß des sozialistischen Lagers auf die Arbeiter der kapitalistischen Länder. Bewußt wird bei der Propagierung der Vorschlags- und Wettbewerbsaktionen nicht nur Wert auf die materielle Seite, die in den meisten Fällen recht dürftigen Prämien, gelegt. Diese Mitarbeit geschähe weniger in Erwartung des klingenden Lohnes, vielmehr zeige sich hier der aktive Geist technisch interessierter Menschen, die sich über die ihnen obliegende Verantwortung hinaus Gedanken machen, schreibt der „Olympia Ring“<sup>70)</sup>, sich frei seinen Wunschträumen hingebend. Aber es gibt auch offene Drohungen, die beinhalten, daß ein Mangel an Ideen zu wirtschaftlichen und politischen Krisen führen könnte (Arbeitslosigkeit!). Deshalb sollte jeder Arbeiter ständig ein Büchlein bei sich tragen, seine Gedanken niederlegen, um sie dann dem Werk zur Verfügung zu stellen.<sup>71)</sup>

Die Werkzeugzeiungen führen regelrechte Kampagnen, die das Vorschlags- und Wettbewerbswesen fördern sollen, so die „Denke mit“-Aktion der „Hüttenzeitung“ (Bochumer Verein), der Ideenwettbewerb von „Werk und Wir“ (Hoesch), der der „Krupp-Mitteilungen“, u. a. Als Ziel werden solche Vorschläge genannt, durch die die Qualität der Erzeugnisse verbessert, neue Erzeugnisse entwickelt, die Produktion gesteigert, die Arbeit oder die Organisation vereinfacht, Material, Energie, Zeit oder Transportwege eingespart, die Arbeitsbedingungen, ja sogar das „Betriebsklima“ verbessert werden könnten.<sup>72)</sup> Alle Werkzeugzeiungen bringen Fotos – manchmal ganzseitige – von denjenigen, die verwertbare Vorschläge eingereicht haben, von Verantwortlichen für das Vorschlags- und Prämienwesen, die die Betreffenden am Arbeitsplatz aufsuchen, um mit ihnen über die Verwirklichung ihrer Ideen zu sprechen usw. Dennoch findet man ständig Aufforderungen in den Werkzeugzeiungen, sich stärker am Vorschlagswesen zu beteiligen, weil das „Mitdenken“ unzureichend sei. So lamentieren beispielsweise die „Krupp-Mitteilungen“, es wären in diesem Riesenunternehmen im ersten Halbjahr 1958 nur 287 Vorschläge eingegangen. Viele Arbeiter hätten offenbar noch nicht den Wert des Vorschlagswesens erkannt.<sup>73)</sup> Die Arbeiter können eben unter kapitalistischen Verhältnissen kein Interesse an einer aktiven Mitarbeit haben. Die „unternehmerische Einstellung“ verträgt sich schlecht mit der objektiven Wirklichkeit, dem Unternehmereigentum an den Produktionsmitteln. Damit soll nicht

<sup>69)</sup> Müller, Norbert, a. a. O., S. 105.    <sup>70)</sup> „Olympia Ring“, a. a. O., Folge 1/58.

<sup>71)</sup> „Das Werkblatt“, Nr. 20/57.

<sup>72)</sup> Vgl. auch „Mein Werk“, Werkzeitschrift der Chemischen Werke Kalk GmbH, Jahrgang 7, Nr. 3/57, S. 13.

<sup>73)</sup> „Krupp-Mitteilungen“, a. a. O., Nr. 5/58, S. 135.

gesagt sein, daß die „human relations“-Ideologen und deren Organe überhaupt keine Erfolge in dieser Richtung aufzuweisen hätten oder ihre Bemühungen aufgeben werden.

## 2. Das Einwirken auf die Beziehungen zwischen Arbeitern und Beauftragten des Monopolkapitals

Die Exponenten der „human relations“ konzentrieren ihre Anstrengungen zur Schaffung eines „günstigen Betriebsklimas“ für die verschärfte Ausbeutung zwar in erster Linie auf die Arbeiter und deren Beziehungen zu dem jeweiligen Unternehmen. In der Betriebspraxis spielen jedoch hierbei die Beauftragten des Monopolkapitals auf der mittleren Ebene eine wesentliche Rolle, weil die Arbeiter ständig und unmittelbar mit ihnen zu tun haben und die zwangsläufig auftretenden „Spannungen“ vor allem hier zum Ausdruck kommen. Die Ideologen der „menschlichen Beziehungen“ haben aus diesen Gründen den Meistern bedeutsame Aufgaben in ihren Plänen zgedacht.

Die Möglichkeit, diese zu übernehmen, ergibt sich in erster Linie aus dem Funktionswandel jener Kräfte, die, wie Marx feststellte, einerseits produktiv tätig sind und daher den Arbeitern nahestehen, zum anderen als Beauftragte der Kapitalisten deren Interessen wahrnehmen und somit in Gegensatz zu den Arbeitern geraten.<sup>74)</sup> Durch die tiefgreifenden technischen und arbeitsorganisatorischen Veränderungen der letzten Zeit geht der Meister immer mehr seiner produktiven Funktion verlustig. Ausgehend von diesem Wandel werden ihm nunmehr politische, disziplinarische und Betreuungsfunktionen übertragen, d. h. direkte Aufgaben des Managements, das sich an ihn hält, sich seiner bedient, um Höchstleistungen aus den Arbeitern herauszuholen. Sein Hauptauftrag soll künftig lauten, die ihm unterstellten Arbeiter mit ideologisch-psychologischen Mitteln dahin zu bringen, „daß sie ergiebig, produktiv und tüchtig arbeiten“<sup>75)</sup>. Um ihre neue Funktion zu konsolidieren, wurde den Meistern in vielen Großbetrieben Westeuropas jetzt das Recht eingeräumt, Unterstützungen, Darlehen, Prämien usw. zu gewähren und die Arbeiter somit von der materiellen und moralischen Seite her unter Druck zu setzen.<sup>76)</sup>

In den Werkzeituren findet man deshalb zahlreiche Beiträge, die dem „mittleren Personal“ seine neue Aufgabe erleichtern sollen. Symptomatisch für die Methoden der „human relations“ ist hierbei vielfach der Versuch, die objektiv dem kapitalistischen Ausbeutungsprozeß entspringenden Spannungen auf subjektive psychologische Ursachen zurückführen zu wollen. So schreibt zum Beispiel „Das Werkblatt“, industrie-psychologische Untersuchungen hätten ergeben, „daß innere Auflehnung gegen Vorgesetzte einer der Hauptgründe für

<sup>74)</sup> Vgl. Marx, Karl, Das Kapital, Berlin 1953, 3. Auflage, Bd. III, S. 419.

<sup>75)</sup> Drucker, Peter, Die Praxis des Management, Düsseldorf 1956, (1. Auflage), S. 384.

<sup>76)</sup> Vgl. „Probleme des Friedens . . .“, a. a. O., S. 87.

fehlerhafte Produktion, Schlamperei und Betriebsunfälle ist“.<sup>77)</sup> Als Rezept wird dann den Arbeitern empfohlen, nicht in beleidigten Gefühlen zu schwelgen und auch nicht die eigenen Fehler und Schwächen zu übersehen.<sup>78)</sup> Andere Beiträge werben um Verständnis für das mittlere Personal, wie „Vorgesetzte sind auch nur Menschen“<sup>79)</sup>, oder fördern Illusionen wie in dem Artikel „Die Mitarbeiter wünschen sich im neuen Jahr einen Vorgesetzten, der . . .“<sup>80)</sup>, und dann folgen die einzelnen Wünsche. Weitere wieder wollen dem „mittleren Personal“ Anregungen vermitteln, wie mit den Arbeitern umzugehen sei, z. B.: „Man kommt weiter mit guten Manieren.“<sup>81)</sup>

Natürlich werden verschiedene Wege beschritten, um die Vorgesetzten für ihre neuen Aufgaben reif zu machen. Die „human relations“-Ideologen befürworten eine ständige und ausreichende Information des mittleren Personals seitens des Managements. „Die Vorgesetzten können ihre Aufgabe um so besser erfüllen, je mehr sie von den Zusammenhängen im Betrieb und vom wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Leben wissen.“<sup>82)</sup>

Vor allem aber soll ein umfangreiches Ausbildungsprogramm im Sinne der „menschlichen Beziehungen“ die gewünschten Resultate zeitigen. Gerade infolge ihrer gesellschaftlich zwieschlächtigen Position und der abnehmenden Bedeutung ihrer produktiven Funktion sind besonders die Meister für eine Beeinflussung in diesem Sinne ausgesprochen empfänglich. Das Monopolkapital verspricht sich hiervon Millionen neuer Agitatoren, die den Klassenfrieden predigen und die Arbeiter dafür gewinnen, „freiwillig“ ihre Leistungen zu steigern, durch aktive Mitarbeit und Initiative dem Unternehmen zu noch größeren Profiten zu verhelfen.

Mit gewissem Recht vertraten deshalb einige Teilnehmer der marxistischen Konferenz über Fragen der „menschlichen Beziehungen“ im Kapitalismus, die Ende 1958 in Rom stattfand, die Auffassung, die Ausbildung des mittleren Personals für diese neue Funktion stelle „den grundlegenden und besonders gefährlichen Teil der Methode der ‚menschlichen Beziehungen‘ dar“.<sup>83)</sup>

### *3. Das Einwirken auf die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Betriebsräten beziehungsweise den anderen gewählten Vertretern der Arbeiter in den Monopolbetrieben*

Die „human relations“-Ideologen betrachten es als besonderes Anliegen ihrer Doktrin, auf die Beziehungen zwischen den Arbeitern und ihren gewählten Vertretern, vor allem den Betriebsräten, einzuwirken. Sie sehen in einer solchen Einflußnahme offenbar den Angelpunkt der Frage, ob die von ihnen propagierte „Zusammenarbeit“ zwischen Kapital und Arbeit zustande kommt oder nicht.

<sup>77)</sup> „Gekränkt sein lohnt nicht“, „Das Werkblatt“, Nr. 8/58.

<sup>78)</sup> Ebenda. <sup>79)</sup> Ebenda Nr. 2/58.

<sup>80)</sup> „Olympia Ring“, Nr. 1/58. <sup>81)</sup> „Mein Werk“, Heft 1/58

<sup>82)</sup> Müller, Norbert, a. a. O., S. 253/54.

<sup>83)</sup> Vgl. „Probleme des Friedens . . .“, a. a. O., S. 87.



Wenn man berücksichtigt, daß die 150 000 Betriebsräte in Westdeutschland<sup>84)</sup> trotz aller Infiltrationsversuche, Spaltungsmanöver und Ausschaltungsbemühungen der Reaktion und ihrer Helfershelfer gegenüber fortschrittlichen Kollegen, insbesondere auch ehemaligen Mitgliedern der KPD, nach wie vor eine bedeutende Kraft darstellen, so sind die Anstrengungen der Bourgeoisie durchaus verständlich.

Eine wesentliche Hilfe erhalten die Exponenten der Unternehmer durch das 1952 von der Reaktion durchgesetzte halbfaschistische Betriebsverfassungsgesetz, mittels dessen die Betriebsräte faktisch verpflichtet werden, eine Politik der Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Unternehmern durchzuführen und alles zu unterlassen, was den „Betriebsfrieden“ gefährden könnte.<sup>85)</sup> Gerade die Ideologen der „human relations“ stützen sich auf dieses Gesetz und sind bestrebt, die zwiespältige Position, in die die Betriebsräte gebracht werden sollen, für ihre Zwecke voll nutzbar zu machen. Müller gibt ein angebliches Gespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden eines Unternehmens wieder, in dem dieser erklärt, seine Aufgabenstellung sei vor Inkrafttreten des Betriebsverfassungsgesetzes viel leichter gewesen, er habe nur die Arbeiter zu vertreten gehabt. Jetzt zwingt ihn das Gesetz, das „Wohl des Betriebes“, also des Unternehmers, ebenso zu berücksichtigen wie das Wohl der Arbeiter.<sup>86)</sup> Daraus, folgert Müller, müßten die richtigen Schlüsse gezogen werden. Man täte gut daran, den Betriebsräten mehr Verantwortung zu übertragen<sup>87)</sup>, sie also noch weitgehender für die Ziele des Unternehmers einzuspannen.

Die Propagierung der „human relations“ in den Werkzeugzeiungen erfolgt ganz auf dieser Linie. Bereits 1951, also vor der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes, wurde auf einer Tagung der „Arbeitsgemeinschaft für soziale Betriebsgestaltung e. V.“ für Werkschriftleiter eine enge Zusammenarbeit zwischen Werkzeugzeiungsredaktionen und Betriebsräten befürwortet und davor gewarnt, etwa die Werkzeugzeitung ohne oder gegen die Betriebsräte zu machen.<sup>88)</sup> Man sieht also schon hier das Bestreben, die gewählten Vertreter der Arbeiter im Betrieb in die nunmehr gesetzlich sanktionierte Linie der „human relations“-Ideologen zu zwingen und sie außerdem zu veranlassen, einen entsprechenden Einfluß auf die Arbeiter auszuüben.

Der Schwerpunkt bei der Anwendung der „human relations“ in Verbindung mit der Arbeit der Betriebsräte liegt darauf, diese in den Werkzeugzeiungen zu Äußerungen zu veranlassen, die sie auf eine möglichst weitgehende Zusammenarbeit mit den Unternehmern festlegen; eine solche Zusammenarbeit soll gleichzeitig auch den Arbeitern als wünschenswert erscheinen. Bei besonderen

<sup>84)</sup> Vgl. Gross, Willi, „Widerstand gegen die Diktatur der Konzerne“. „Die Weltgewerkschaftsbewegung“, Nr. 1/59, S. 27.

<sup>85)</sup> Vgl. Bundesgesetzblatt (BGBl.) I, Nr. 43 v. 11. 10. 52.

<sup>86)</sup> Müller, Norbert, a. a. O., S. 218.

<sup>87)</sup> E b e n d a, S. 217.

<sup>88)</sup> „Die Werkzeugzeitung, ihre Aufgaben, ihre Bedeutung und ihre Technik“, Düsseldorf 1951, S. 47.

Anlässen wird vielfach auf die Bedeutung hingewiesen, sich „gemeinschaftlich – jeder an seinem Platz – für eine stetigere Entwicklung (des Unternehmens – M. K.) in der Zukunft einzusetzen“, und daß „die gestellten Aufgaben nur in aufrichtiger Zusammenarbeit zu lösen“<sup>89)</sup> seien. Diese Äußerungen im Sinne der von den „human relations“ angestrebten Verwischung der Klasseninteressen werden meist vom Vorstand und den Betriebsräten gemeinsam unterschrieben. Oftmals erscheinen auch spezielle Gespräche der Werkzeugzeugenredakteure mit den Betriebsräten<sup>90)</sup>, die nicht immer zu den fortschrittlichsten zählen.

Zweifellos fehlt es auch nicht an Versuchen, die Betriebsräte direkt zu korrumpieren, um sie dann publizistisch mehr für die Propagierung der „menschlichen Beziehungen“ ausnutzen zu können<sup>91)</sup>, wie das bereits bei zahlreichen Aufsichtsratsmitgliedern aus sogenannten Arbeitnehmerkreisen der Fall ist. In einem Rundschreiben der „Gemeinschaft zur Förderung des Sozialen Ausgleichs e. V.“, „Die Waage“, bezeichnet es deren Präsident, Franz Greiss, ein Intimus von Adenauer, als dringliche Aufgabe, „eine möglichst große Anzahl von Anhängern der gegnerischen Front auf die Seite der Unternehmer zu ziehen, . . . in ihnen das Gefühl einer sinnvollen Mitarbeit am Unternehmertum – ohne Einmischung in die Direktionsbefugnisse – sowie auch materieller Geborgenheit zu erwecken . . . so daß, ganz abgesehen von der Gewinnung nützlicher Parteigänger, sehr tiefe Einbrüche in das Führungsreservoir der sozialistischen Parteien ganz von selbst erfolgen“<sup>92)</sup>.

In einer Reihe von Artikeln wird andererseits versucht, das Vertrauen der Arbeiter zu den gewählten Funktionären zu untergraben oder auch die Betriebsräte zu diskreditieren. Die Exponenten der „human relations“ scheuen sich nicht, hierfür Anweisungen zu geben. Die bereits genannte „Arbeitsgemeinschaft für soziale Betriebsgestaltung“ will die Werkzeugzeitung so bearbeitet haben, daß sie „funktionärhafte Einwirkungen ausschließt“<sup>93)</sup>. In diesem Sinne empfiehlt die „Phoenix-Rundschau“ den Arbeitern, man solle sagen, schreiben, tun was man wolle und sich nicht um die Organisationen kümmern. „Sage dem Verbandsfunktionär, du dächtest über Löhne und Preise anders. Schreibe dem Vereinsvorstand, du teilstest seine Meinung nicht.“<sup>94)</sup>

Wie man bemerkt haben wird, gehen die „human relations“ auch hier verschiedene Wege. An dieser Stelle kann nur auf die Besonderheiten hingewiesen werden, die sich gerade im Einwirken auf die Arbeiterklasse in Westdeutsch-

<sup>89)</sup> Vgl. „Zum Weihnachtsfest und zum Neuen Jahr“, „Das Werkblatt“, Nr. 25/57.

<sup>90)</sup> Vgl. auch „Unser Betriebsrat und seine Arbeit“, „Hüttenzeitung“, Folge 3/56.

<sup>91)</sup> Vgl. hierzu „Der Volkswirt“, Frankfurt/Main, 10. Jahrgang, Nr. 13/56, Beilage: „Spannungsfeld Wirtschaft und Öffentlichkeit“, S. 61.

<sup>92)</sup> Zitiert nach „Die Wirtschaft“, Nr. 48/56, S. 8.

<sup>93)</sup> Vgl. „Die Werkzeugzeitung“ . . . , a. a. O., S. 18.

<sup>94)</sup> „Phoenix-Rundschau“, Werkzeugzeitung der Phoenix Gummiwerke AG, Ausgabe 5/6/1957.

land aus der engen Verbindung zwischen „menschlichen Beziehungen“, Katholischer Soziallehre, Sozialer Marktwirtschaft und ähnlichen Doktrinen ergeben. Ihre Methoden und ihr Wirkungsbereich überschneiden sich nicht nur teilweise, in vielem ergänzen sie sich auch.

### *III. Die Beeinflussung der außerbetrieblichen Sphäre der Arbeiter — ein Mittel zur Entpolitisierung und zur Ablenkung vom Klassenkampf*

Eine der Besonderheiten der „human relations“ besteht — wie eingangs schon dargelegt wurde — darin, auf alle Seiten des Lebens der Arbeiter einzuwirken. Auch die außerbetriebliche Sphäre der Arbeiter wird zu erfassen versucht. Ganz allgemein geschieht das unter den gleichen Aspekten wie auf betrieblicher Ebene, aber mit dem umfassenderen Ziel, die bestehende Gesellschaftsordnung zu bewahren und eine „Zusammenarbeit“ der Klassen im Rahmen des monopolkapitalistischen Staates herzustellen.

Indessen hat das außerbetriebliche Leben der Arbeiter auch mittelbare Auswirkungen auf den Ausbeutungsprozeß, woraus sich ein verstärktes Interesse der Unternehmer an einer ihrem Profitstreben untergeordneten Einflußnahme erklärt. Ausgesprochen akut wurde für sie diese Frage, seitdem sich die westdeutschen Arbeiter durch Arbeitszeitverkürzungen, in vielen Fällen mit einer 5-Tage-Woche verbunden, ein längeres Wochenende, mehr Freizeit erkämpft hatten. Die Monopole gingen nämlich unverzüglich dazu über, das verlorene Terrain durch eine weitere maßlose Intensivierung der Arbeit wiederzugewinnen, wodurch der Wert der verlängerten Freizeit faktisch wieder zunichte gemacht werden sollte.

Die ganze Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihre Auswirkung auf die Arbeits- und Freizeit der Arbeiter spitzte sich gerade in den Nachkriegsjahren auch in Westdeutschland derart zu, daß vom DGB ein „Europäisches Gespräch“ nach Recklinghausen (Ruhrgebiet) einberufen werden mußte, um die Problematik zu diskutieren. Selbst die daran teilnehmenden bürgerlichen Wissenschaftler, deren Sympathien für die sie unterhaltende Gesellschaftsordnung außer Zweifel stehen dürften, waren dort zu höchst bewerkenswerten Eingeständnissen gezwungen. Die industrielle Produktionsweise (womit die kapitalistischen Produktionsverhältnisse schamhaft umschrieben wurden) böte zwar mehr Freizeit als die vorindustrielle, bemerkte der holländische Sozialwissenschaftler und Hauptreferent Prof. Dr. Ariaan v. Biemen, fordere aber „eine so angestrengte Konzentration während der Arbeit, daß sehr viele Menschen völlig erschöpft nach Hause fahren. Sie sind geistig zu nichts imstande, sei es aktiver, sei es passiver Art. Es bleibt für sie nur eine Möglichkeit übrig: sich stumpf und duseelig unterhalten zu lassen.“<sup>95)</sup> Mit anderen Worten, aus den Arbeitern wird auch das Letzte herausgeholt,

<sup>95)</sup> Vgl. „Werk und Wir“, Nr. 9/57, S. 302.

was im übrigen in der erschreckenden Zunahme der Frühinvalidität zum Ausdruck kommt. Genau das sind die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung in Westdeutschland in den Jahren nach 1945.

Die eine Seite des „Problems“ für die Unternehmer besteht also darin, die bei ihnen beschäftigten Arbeiter so zu beeinflussen, daß diese sich in ihrer Freizeit nicht zu sehr „strapazieren“, weil sonst der Verwertungsprozeß des Kapitals nicht ungestört fortgesetzt werden könnte; die andere, gleichzeitig eine solche Lenkung der Freizeit vorzunehmen, die verhindern soll, daß die Arbeiter auf Gedanken kämen, den für sie untragbaren Zustand zu ändern. Wenn die untersuchten Werkzeugzeiungen regelmäßig gegen das „anstrengende Wochenende“, gegen die mordende Hast und Kraftvergeudung auftreten<sup>96)</sup> und eine sogenannte Lebensberatung auf medizinischem, psychologischem und ernährungswissenschaftlichem Gebiet betreiben, so geschieht das fast ausschließlich unter erstgenanntem Gesichtspunkt.

Natürlich soll damit auch bei den Arbeitern der Eindruck hervorgerufen werden — man beachte hier die „human relations“-Optik —, als gehe es den Unternehmern um die Gesundheit und das Wohlbefinden der Beschäftigten an sich. In der bereits zitierten „human relations“-Beilage des „Volkswirt“, die freilich nicht für die Augen der Arbeiter bestimmt ist, wird ganz offen ausgesprochen, daß dem nicht so ist. Dort heißt es, ein Mensch, der in seiner Freizeit unzufrieden sei und sich zersplittere, „wird auch unzufrieden und unlustig seine Arbeit tun . . .“<sup>97)</sup> Es ist also ausschließlich der Ausbeutungsprozeß, der die Monopole interessiert, nicht etwa der Mensch.

Das Hauptgewicht bei der Beeinflussung der außerbetrieblichen Sphäre der Arbeiter liegt jedoch auf der Entpolitisierung und Ablenkung vom Klassenkampf. Nach Meinung des Heidelberger Soziologen Prof. Alfred Weber wirkt die längere Freizeit „vor allem auflösend“<sup>98)</sup>, also gefährlich für die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Durch die Werkzeugzeiungen publizistisch unterstützt, wird deshalb versucht, diese Freizeit in eine ganz bestimmte Richtung zu lenken.

Ein Weg, den man hierbei beschreitet, ist die vom Werk organisierte Freizeitgestaltung. Mit kulturellen und sportlichen Veranstaltungen, gemeinsamen Ferienfahrten, besonders der Jugend<sup>99)</sup>, mit Wanderungen, Ausflügen, Besichtigungen von Ausstellungen, Steckenpferd-Turnieren und Fotowettbewerben, will man vor fortschrittlichen politischen Einflüssen abschirmen und die „Werkgemeinschaft“ festigen. Über solche Veranstaltungen wird in den Werkzeugzeiungen laufend und sehr ausführlich berichtet mit dem Ziel, immer mehr Arbeiter und ihre Familienangehörigen für dieserlei „Aktivität“ zu gewinnen.

<sup>96)</sup> Vgl. z. B. „Endlich mal zu uns selbst kommen“, „Das Werkblatt“, Nr. 12/57.

<sup>97)</sup> „Der Volkswirt“, Nr. 13/56, Beilage, S. 93. <sup>98)</sup> Ebenda.

<sup>99)</sup> „Die heutige Jugend soll eines Tages bei uns die überkommenen Vorstellungen des Klassenkampfes endgültig beseitigen“, „Können wir aufholen?“, „Das Werkblatt“, Nr. 15/58.

Auf einem anderen Weg soll die Freizeitgestaltung durch unterhaltende Beiträge der Werkzeitungen beeinflußt werden. Romane, Kurzgeschichten, Mode- und Jugendseiten, Reiseberichte, Film- und Buchkritiken u. a. dienen unter dem Deckmantel einer scheinbaren Objektivität ebenfalls der Ablenkung vom Klassenkampf. Selbst das Interesse der Werktätigen an guten Beiträgen der Weltliteratur, wie Twain, Tschekow, auch Tucholsky u. a., wird ausgenutzt, um die übrigen an den Mann zu bringen. Von dem Bemühen, zu einer wirklich allseitigen Bildung der arbeitenden Menschen beizutragen, kann ohnehin keine Rede sein. Das verbietet sich in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aus dem Profitstreben heraus von selbst, auch wenn einige Soziologen solche Empfehlungen geben<sup>100)</sup>, um der „auflösenden Tendenz“ der Freizeit entgegenzuwirken.<sup>101)</sup> Am verbreitetsten ist die Propagierung der sogenannten „Hobbies“ in den Werkzeitungen. Sie werden von den bürgerlichen Soziologen und den Exponenten der „human relations“-Doktrin zum Allheilmittel gegen die Auswirkungen bestimmter Widersprüche im Kapitalismus auserkoren und systematisch gefördert, um die Arbeiter zu entpolitisieren. Unmittelbar einher damit geht eine publizistische Kampagne, sich aus der Öffentlichkeit, aus dem politischen Leben, zurückzuziehen und sich im Kreise der Familie ganz seinen Neigungen hinzugeben. Beispielsweise schreibt der „Olympia Ring“: „Je mehr in unserem Jahrhundert Kräfte für die Arbeit und die Steigerung der Produktion gebraucht werden, um so zwingender ist die Notwendigkeit zur rechten Ausspannung . . . Sie ziehen sich zurück ins Persönliche, in Familie und Heim, in eine eigene Welt, wo nicht viel passiert, die aber überschaubar ist und beruhigend wirkt.“<sup>102)</sup> In diese illusionäre Welt möchten die westdeutschen Monopole und ihre ideologischen Beauftragten die Arbeiter verbannen, um um so ungestörter ihren verbrecherischen Bestrebungen nachgehen zu können. Deshalb soll den Arbeitern auch weisgemacht werden, man könnte sich durch die Steckenpferde „gegen die allzu rationelle Welt (des Kapitals – M. K.) und die Spezialisten zur Wehr setzen. Gäbe es mehr Steckenpferde in der Welt, wie viel einträchtiger würden wir miteinander leben. Vielleicht ist das Hobby noch eines der wenigen Ventile, die den unter Hochdruck arbeitenden Mechanismus unserer Gesellschaft vor der Explosion bewahren können . . . Das Hobby besänftigt die Gemüter . . .“<sup>103)</sup>

<sup>100)</sup> Vgl. „Der Volkswirt“, Nr. 13/56, Beilage, S. 93.

<sup>101)</sup> Vgl. ebenda, S. 98; nur 1% der Beschäftigten seines Konzerns brauchten akademische Bildung, während für 93% der Beschäftigten Volksschulbildung völlig ausreichen würde, erklärte ein Vertreter eines großen Industrieunternehmens. Er beschwert sich darüber, daß ein erheblicher Schulungsaufwand unnütz vertan würde. Viele, die trotz ihres Bildungseifers nicht zum Ziel kämen, würden der Gesellschaftsordnung ihren Mißerfolg zuschreiben. — Mit vollem Recht, kann man nur sagen, denn statt besserer Bildung gibt es sogar starke Tendenzen der Dequalifikation.

<sup>102)</sup> Vgl. „Mehr freie Zeit“, „Olympia Ring“, Nr. 1/2/1957.

<sup>103)</sup> „Ein Steckenpferd reiten“, „Werk und Wir“, Nr. 12/57.

In den Werkzeugzeiungen findet man daher viele Hinweise auf Liebhabereien, Abhandlungen von Ärzten und Soziologen über die Notwendigkeit, einem Steckenpferd nachzugehen, und vor allem, wie man seine Freizeit mit einem Hobby „sinnvoll“ verbringen kann. Auch durch die Veröffentlichungen sogenannter Meinungsforschungen in den Werkzeugzeiungen will man die Leser in die gewünschte Richtung lenken. Eine solche Umfrage sollte zeigen, daß sich z. B. 31 Prozent der befragten Männer und 5,4 Prozent der Frauen mit Garten- und Blumenpflege, 14,8 bzw. 31,4 Prozent mit Basteln usw. beschäftigen.<sup>104)</sup>

Das gleiche Ziel verfolgte eine Ausstellung „Der Zeit Gewinn“, über die die Werkzeugzeiungen ausgiebig publizierten. Indem dort die von den Arbeitern erzwungene Freizeit als Gewinn der Technik hingestellt wurde<sup>105)</sup>, sollte gleichzeitig darüber hinweggetäuscht werden, daß es notwendig ist, eine solche Gesellschaftsordnung zu erkämpfen, in der Arbeit, Bildung und Freizeit nicht mehr vom Profitstreben bestimmt sind. Es ist im übrigen bezeichnend für die Demagogie der „human relations“-Exponenten, daß man jene individualistische, von der Gesellschaft völlig losgelöste Freizeitgestaltung anzupreisen versucht, indem man ihr als Schreckgespenst eine frei erfundene „organisierte Betriebsamkeit als Freizeitgestaltung“ in der DDR und den anderen sozialistischen Staaten gegenübergestellt.<sup>106)</sup>

So sehr sich eben auch die Ideologen der Bourgeoisie bemühen, die Flucht ins Persönliche, in die eigenen vier Wände, und damit eine Isolierung vom politischen Geschehen im eigenen Lande und auf internationaler Ebene, als im Interesse der Arbeiter erscheinen zu lassen, das eigentliche Ziel der außerbetrieblichen Beeinflussung der Arbeiter, die Herrschaft der Monopole zu verlängern, läßt sich schwerlich verbergen.

## C. DIE NOTWENDIGKEIT DES KAMPFES GEGEN DIE „HUMAN RELATIONS“ UND DEREN VERBREITUNG

### *I. Die Stellung der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer zu den „human relations“ und den Werkzeugzeiungen – ein Ausdruck ihrer Korruption und der völligen Abkehr vom Marxismus*

#### *1. Die Stellung der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer zu den „human relations“*

Wenn man die Haltung maßgeblicher rechter SPD- und Gewerkschaftsführer betrachtet, wird man zu der Feststellung gelangen, daß sie sowohl von der „human relations“-Doktrin beeinflußt wurden als auch durch ihr Handeln in diesem Sinne zu deren Verbreitung in Westdeutschland wesentlich beitrugen.

<sup>104)</sup> Vgl. „Olympia Ring“ 7/8/1957.

<sup>105)</sup> Vgl. „Werk und Wir“ Nr. 8/57.

<sup>106)</sup> Vgl. ebenda, Nr. 12/57.

Obgleich solche Begriffe wie Sozialpartnerschaft, Wirtschaftsdemokratie und Soziale Marktwirtschaft von den rechtssozialistischen Theoretikern Deist, Weisser, Landshut und Schiller nicht immer selbst geprägt wurden, griffen sie diese in jedem Falle bereitwilligst auf, ergänzten sie und führten sie in Form und Inhalt systematisch in die SPD und den DGB ein. Die angewandten Termini und Methoden sind zwar mit den in den USA praktizierten nicht immer identisch – was im übrigen auch auf die von den westdeutschen Adepten der „human relations“ propagierten zutrifft –, in der Gesamtkonzeption gibt es jedoch außerordentlich viele Berührungspunkte. Nur einige können hier skizziert werden.

a) Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse beruhten nicht mehr auf dem Kapitaleigentum, seitdem angeblich die Manager und nicht mehr die Kapitaleigentümer über die Produktionsmittel verfügten. Deshalb wäre nicht eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel und damit eine wirkliche Veränderung der Machtverhältnisse, sondern nur eine differenzierte Kontrolle der Monopolunternehmen notwendig. Deist kleidet das in die folgenden Worte: „Das zentrale Problem der modernen Gesellschaft ist nicht das Eigentum an den Produktionsmitteln, sondern die wirtschaftliche Macht, die sich auf die Verfügung über große wirtschaftliche Vermögen stützt. Darum steht im Mittelpunkt sozialdemokratischer Forderungen nicht die Beseitigung privaten Eigentums, sondern die Kontrolle wirtschaftlicher Macht.“<sup>107)</sup>

Wie man sieht, besteht fast völlige Übereinstimmung mit Burnhams „Managerial Revolution“, die eine der ideologischen Grundlagen der „human relations“ bildet. Die von Deist angestrebte Kontrolle soll mittels staatlicher Organe erfolgen, also, unter den Verhältnissen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, durch Beauftragte der führenden Monopole. Die rechtssozialistischen „Theoretiker“ gehen im Gegensatz zur Wirklichkeit davon aus, daß der Staat über den Klassen steht, ein Klassenkampf also nicht mehr nötig sei, was nichts anderes bedeuten kann als die Anerkennung der Herrschaft des Monopolkapitals. Ihre Schlußfolgerung hieraus ist die auch von den „human relations“ propagierte „Zusammenarbeit“ zwischen den Sozialpartnern.

b) Mittels einer sogenannten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, dem Nationalbudget, so behaupten die rechtssozialistischen Führer, ließe sich die kapitalistische Wirtschaft planen und durch eine aktive Konjunkturpolitik (Keynes!) Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit vermeiden. Die Staatsbetriebe (die im übrigen gegenwärtig eifrig verschachert werden<sup>108)</sup>, kommunale und genossenschaftliche Unternehmen würden bereits Elemente einer künftigen sozialistischen Entwicklung darstellen. Diese sind hingegen der Herrschaft des Monopolkapitals absolut untergeordnet und müssen ganz nach kapitalistischen Prinzipien wirtschaften.

<sup>107)</sup> „Der Spiegel“, Nr. 35/57, S. 14.

<sup>108)</sup> Vgl. auch „Die Wirtschaft“, Jahrgang 14, Nr. 15/59, S. 6.

Es werden also Möglichkeiten im Kapitalismus vorgetäuscht, die einzig und allein unter sozialistischen Verhältnissen gegeben sind. Auch in dieser Frage können die engen Beziehungen dieser „Theorien“ zu den „human relations“ mühelos erkannt werden.

c) Aus dem Genannten ergibt sich für die rechtssozialistischen Führer die Schlußfolgerung, gemeinsam mit den Unternehmern die Rationalisierung zu fördern, eine höhere Produktivität anzustreben. In demagogischer Weise wird diese gleichzeitig als Voraussetzung für eine Vollbeschäftigung und für Lohnerhöhungen hingestellt – ebenso wie es die Kapitalisten tun –, obgleich der aus der verstärkten Ausbeutung resultierende Profit ausschließlich diesen zugute kommt. „Volle Teilnahme an der Unternehmerschaft setzt also Teilnahme am Unternehmensziel (Profit! – M. K.) voraus. Es ist daher nötig, Berechtigung und Notwendigkeit einer Teilnahme am Unternehmenszweck (= Unternehmenserfolg) zu erkennen.“<sup>109)</sup>

Diese Konzeption veranlaßt die rechten SPD- und DGB-Führer auch, in dem sogenannten Produktivitätsrat und in ähnlichen Organisationen und Gremien des Monopolkapitals in Westdeutschland mitzuarbeiten. Damit unterstützen sie in jeder Weise das Hauptziel der „human relations“, die Arbeiter für eine weitgehende Teilnahme an ihrer eigenen verstärkten Ausbeutung zu gewinnen. Durch ihre völlige Abkehr vom Marxismus und die Propagierung eines „dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und wissenschaftlichem Sozialismus fördern solche rechten Führer wie Deist, Carlo Schmid, Weisser und Schiller das Eindringen der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie in die Arbeiterklasse, leisten der Verwischung der Klassegegensätze und der Vernebelung des Klassenbewußtseins durch die „human relations“-Doktrin Vorschub bzw. helfen aktiv dabei.<sup>110)</sup> Mit ihrer Hetze gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten befinden sie sich gleichfalls in völliger Übereinstimmung mit den Ideologen der „menschlichen Beziehungen“, die eine Abschirmung gegen das immer stärker ausstrahlende Beispiel eines wirklichen sozialistischen Aufbaus in diesen Ländern vorzunehmen bemüht sind.

Die soziale Basis der von jenen rechten SPD- und DGB-Führern vertretenen reformistischen, rechtsopportunistischen und vielfach einfach bürgerlichen Theorien ist die Arbeiteraristokratie. In den Jahren nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus wurden neben der neuen Arbeiterbürokratie im Apparat der SPD und des DGB zahlreiche Spitzenfunktionäre im Verlaufe der Einführung des sogenannten Mitbestimmungsrechtes Arbeitsdirektoren, Aufsichtsratsmitglieder oder Vertreter der „Arbeitnehmer“ in den „supranationalen“ Gremien der Montanunion, der EWG usw., d. h. sie wurden von den Großaktionären bzw. deren Staat regelrecht gekauft. Wie in solchen Fällen vorgegangen wird, plauderte „Der Volkswirt“ aus:

<sup>109)</sup> „Gewerkschaftliche Monatshefte“, Köln, Nr. 3/57, S. 162f., zitiert nach „Sozialarchiv“ . . . , a. a. O., Abschn. 4 III, A b.

<sup>110)</sup> Vgl. auch *Reinhold, Otto*, Schiffbruch der Theorie des ‚dritten Weges‘. „Die Wirtschaft“, Jahrgang 12, Nr. 45/57, S. 12.



„Wir hörten von dem populären Arbeitnehmersprecher eines Betriebes, der sich bis vor einiger Zeit noch radikal gebärdete und Parolen voll wirtschaftlichen Unsinn auf der Betriebsversammlung von sich gab. Heute, nachdem er schon einige Zeit Funktionen in Aufsichtsrat und Wirtschaftsausschuß der Unternehmung bekleidet, denkt, spricht und handelt er anders. Er würde – so erklärte man uns – radikale, unüberlegte Tendenzen und Forderungen energisch zurückweisen. Hier kann durchaus von einem Wandel im Denken gesprochen werden. Warum? Weil man diesen Arbeitnehmervertreter aus der Isolierung, aus der Verbannung herauslöste und ihm Vertrauen und Verantwortung übertrug. Früher kannte er den Unternehmer nur von Bildern aus der Werkzeugzeitung, heute hat er mit ihm in Sitzungen zu tun, so daß er zwangsläufig feststellt: Mein betrieblicher Partner ist ja gar nicht so unmenschlich und ausbeuterisch, wie es in der Propaganda allzuoft dargestellt wird.“<sup>111)</sup>

Nunmehr führen solche „Arbeitnehmersprecher“ praktisch die Politik des Monopolkapitals gegen die Arbeiterklasse mit durch und geraten auch ideologisch völlig in dessen Fahrwasser. Jene faktisch zu kapitalistischen Beauftragten gemachten rechten SPD- und DGB-Führer wie Deist, Schmid, Potthoff, Schiller u. a., die ihre Tantiemen aus einer großen Anzahl von Aufsichtsratsfunktionen<sup>112)</sup> beziehen, werden den Arbeitern in den Werkzeugzeitungen als Vorbilder der Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Unternehmern hingestellt, und ihren Elaboraten wird breiter Raum gegeben.<sup>113)</sup>

## 2. Die Stellung der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer zu den Werkzeugzeitungen

Wie nicht anders zu erwarten, ist die Stellung der rechten Gewerkschafts- und SPD-Führer zu den Werkzeugzeitungen von den gleichen Gesichtspunkten bestimmt wie die zu den „human relations“. So schreibt die „Welt der Arbeit“: „Die Gewerkschaften sind weit davon entfernt in den Werkzeugzeitungen Veröffentlichungen zu sehen, die sich gegen die Arbeitnehmer und damit auch gegen die Gewerkschaften richten bzw. in denen einer antigewerkschaftlichen Einstellung das Wort geredet wird.“<sup>114)</sup> Lediglich einige Unternehmer werden einer lendenlahmen Kritik unterzogen, die sich ausschließlich auf deren „mangelnde Wirklichkeitskenntnis“ bezieht. Die oftmals nur schlecht verborgenen Angriffe gegen die Arbeitsorganisationen, die „Neutralisierungs“bestrebungen gegenüber den Gewerkschaften, die besonders die amerikanischen Vorbilder der westdeutschen „human relations“-Adepten empfehlen, werden geflissentlich übersehen, oder man ist sogar einverstanden.

<sup>111)</sup> Vgl. „Aus Saulus wurde ein Paulus“, „Der Volkswirt“ Nr. 13/56, Beilage, S. 61.

<sup>112)</sup> Vgl. auch Reinhold Otto, Arbeiterinteressen gegen Manager durchsetzen. „Die Wirtschaft“, Nr. 20/58, S. 8.

<sup>113)</sup> Vgl. z. B. „Werk und Wir“, Nr. 7/1958, die „Hüttenzeitung“ Folge 1/55, und Folge 8/9/1956.

<sup>114)</sup> Zitiert nach „Der Journalist“, Neuwied, Jahrgang 8, Heft 3/58, S. 10.

Es gibt jedoch einige Faktoren, die zu einer zwiespältigen Haltung bei der Beurteilung der Werkzeugzeiungen führen. Einmal muß man sehen, daß die Millionenaufgabe dieser Publikationen der Gewerkschafts- und SPD-Presse Abbruch tut, die finanzielle Basis des SPD- und DGB-Apparates – wenn auch nicht erheblich – beeinträchtigt (Anzeigen), und damit vom Standpunkt der eigenen Position zu einer gewissen Gegenwehr veranlaßt. Man kann deshalb im „Vorwärts“ lesen, die Werkzeugzeiungen wären ein Mittel der großindustriellen Schicht gegen die „nicht gleichgeschalteten freien Zeiungen und Zeitschriften . . .“<sup>115)</sup>.

Andererseits gibt es viele Mitglieder und Funktionäre in der SPD und im DGB, die eine völlig klassenmäßige Einstellung zu diesen Organen haben und sie als Unternehmerpresse ablehnen und bekämpfen. Selbst Simons muß zugeben, daß viele Gewerkschaftsfunktionäre die Werkzeugzeiungen „als ‚gelbe Sumpfb Blüten‘, die für einen ‚klassenbewußten Gewerkschafter‘ sowieso außerhalb der Diskussion ständen“<sup>116)</sup>, betrachten. Gegenüber diesen zweifellos die Mehrheit verkörpernden SPD- und DGB-Mitgliedern und den einfachen Funktionären müssen die rechten Führer eben doch ab und zu das Gesicht wahren. Allein das macht die Worte des früheren SPD-Pressechefs, Heine, verständlich, der unlängst erklärte, die Mehrzahl der Werkzeugzeiungen seien „ihrer Zweckbestimmung nach unfreie, ausgehaltene Propagandaschriften für die Interessen einer kleinen Schicht, gegen die Interessen der Mehrheit dieser Nation.“<sup>117)</sup> Es handelt sich hierbei also keinesfalls um eine prinzipielle Ablehnung der Werkzeugzeiungen aus ideologischen Gründen; die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer haben sich ja durch ihre Haltung zu den „human relations“ bereits hinreichend festgelegt.

## *II. Der Kampf der klassenbewußten, revolutionären Kräfte der Arbeiter gegen die „human relations“ und deren Verbreitung*

Die direkte und indirekte Unterstützung, die die rechten SPD- und DGB-Führer der Verbreitung der bürgerlichen Ideologie unter der Arbeiterklasse Westdeutschlands geben, die Hilfe, die sie vor allem auch der Anwendung der verschiedenen Seiten der „human relations“ angedeihen lassen, unterstreichen nur die Dringlichkeit eines konsequenten Kampfes der klassenbewußten revolutionären Kräfte gegen diese Doktrin.

Die Ausbreitung der „human relations“ während der letzten Jahre in Westdeutschland ist zweifellos nicht ohne Einfluß auf die Arbeiterklasse geblieben. Dabei muß, wie schon bemerkt, die enge Verbindung zwischen „menschlichen Beziehungen“ und Katholischer Soziallehre beachtet werden. Die Absichten

<sup>115)</sup> „Werkpresse oder freie Presse?“, „Vorwärts“ vom 1. August 1958.

<sup>116)</sup> Simons, Josef, a. a. O., S. 187.

<sup>117)</sup> Zitiert nach „Der Arbeitgeber“, Zeitschrift der „Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“, Düsseldorf, Jahrgang 10, Nr. 17/58, S. 501.

der reaktionärsten Kreise in der Adenauer-CDU laufen ja nicht nur darauf hinaus, die westdeutschen Arbeiter durch Entpolitisierung und Ablenkung vom Klassenkampf zur aktiven „Zusammenarbeit“ bei ihrer eigenen verstärkten Ausbeutung zu veranlassen; sie sind ebenso darauf gerichtet, die Arbeiter zu willigen Werkzeugen bei den aggressiven und expansiven Kriegsplänen der deutschen Imperialisten zu machen, sie also nicht nur von der Klassenposition im inneren, sondern auch im internationalen Rahmen abzubringen. Ganz besonders soll auch mit der Isolierung vom politischen Geschehen die Anti-Atombewegung getroffen werden.

Dieser Offensive der Unternehmer gegen die deutsche Arbeiterklasse ist nur durch Aktionseinheit wirksam entgegenzutreten.<sup>118)</sup> Den revolutionären Kräften in Westdeutschland obliegt dabei die große Aufgabe, den Marxismus-Leninismus konsequent unter die Massen zu tragen, die Methoden der „human relations“ gründlich zu erforschen und zu entlarven. Die bereits erwähnte internationale marxistische Konferenz über „human relations“ hielt dabei eine unterschiedliche Taktik gegenüber den verschiedenen Erscheinungsformen dieser Doktrin für angebracht. Was die materielle Seite der „menschlichen Beziehungen“ anbelangt, die in dieser Arbeit nur gestreift wurde, müßten diese „Vergünstigungen“ als notwendiger Bestandteil des Arbeitslohns angesehen werden. Da bei ihrer Verteilung politische Erwägungen eine Rolle spielen, wäre es notwendig, ein Höchstmaß an Kontrolle darüber zu erlangen und die Einbeziehung der Arbeiter bei der Verteilung durchzusetzen, um Diskriminierungen zu vermeiden. Gegen alle anderen Seiten, die organisatorische, disziplinarische und psychologische, auf die im Zusammenhang mit ihrer Verbreitung in den Werkzeugzeigungen vorstehend ausführlich eingegangen wurde, müßte ein energischer Kampf geführt werden, weil sie darauf gerichtet sind, das Klassenbewußtsein der Arbeiter abzustumpfen, sie zu isolieren und so der Herrschaft der Bourgeoisie unterzuordnen.<sup>119)</sup>

Auch aus dieser Arbeit wurden die großen Anstrengungen der Bourgeoisie ersichtlich, im Sinne der „human relations“ auf die Betriebsräte einzuwirken und dabei die Werkzeugzeigungen einzuschalten. Die fortschrittlichen Kräfte müssen deshalb alles tun, um dem entgegenzuwirken und die Stellung der Betriebsräte zu festigen. Ebensovienig wird man die Meister sich selbst überlassen können, denn die Versuche des Monopolkapitals, sie für seine Zwecke einzuspannen, ändern nichts an der Tatsache ihrer klassenmäßigen Zugehörigkeit zum Proletariat.

Bei der Entlarvung der „human relations“-Doktrin und der damit verfolgten Absichten des Monopolkapitals spielen die illegal kämpfende KPD und ihre Betriebszeigungen eine bedeutende Rolle, indem sie auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus die Arbeiter aufklären und im Klassenkampf anleiten.

<sup>118)</sup> Vgl. auch den „Brief des ZK der SED an den Parteivorstand der SPD und an alle sozialdemokratischen Organisationen und Mitglieder“, „Neues Deutschland“ vom 5. April 1959.

<sup>119)</sup> Vgl. „Probleme des Friedens . . .“, a. a. O., S. 90.

Es ist bezeichnend, daß Simons<sup>120)</sup> in seinem Buch, das vor dem Verbot der KPD erschienen ist, ausdrücklich davor warnte, die seiner Schätzung nach in die Million gehende Auflage der überbetrieblichen und betrieblichen kommunistischen Presse in ihrer Wirkung zu unterschätzen. Die kommunistischen Betriebszeitungen, die sich besonders auf 600 westdeutsche Großunternehmen konzentrierten und in beständiger Aufwärtsbewegung seien, würden gerade „wegen ihrer anspruchslosen äußeren Gestaltung, die eigentlich mehr an eine Bierzeitung als an eine Betriebszeitung erinnert, den Arbeiter oft unmittelbarer packen als die im Sonntagsgewand erscheinenden betrieblichen Werkzeitschriften“<sup>121)</sup>. Natürlich geht diesem Ideologen der „human relations“-Doktrin nicht auf, daß es eben nicht auf die Aufmachung, sondern auf den Inhalt ankommt, der bei den Betriebszeitungen der KPD dem Klasseninteresse der Arbeiter und nicht wie bei den Werkzeugzeiungen, dem des Monopolkapitals entspricht. Immerhin ist seine Einschätzung über die Wirksamkeit der kommunistischen Betriebszeitungen auf die Arbeiter auch symptomatisch für die Beweggründe der Bourgeoisie, die KPD und ihre Presseorgane zu verbieten.

Natürlich gelang es dem Monopolkapital und seinen Beauftragten im Staatsapparat nicht, die Kommunisten zum Schweigen zu bringen. Wutentbrannt registriert das „Deutsche Industrieinstitut“ im August 1958 in einer „Warnmitteilung“ 166 regelmäßig herauskommende Betriebs- und Ortszeitungen der KPD (von dem ebenfalls illegal erscheinenden „Freien Volk“ wurde die genannte Zahl als viel zu gering bezeichnet), und das „Bulletin“ spricht in seiner ersten Ausgabe im Oktober von 15 neuen illegalen Betriebszeitungen der KPD.<sup>122)</sup>

Die „Neue Deutsche Presse“ nennt eine ganze Zahl von illegal erscheinenden kommunistischen Betriebszeitungen mit Namen, dem Werk, der Zahl der bisherigen Ausgaben und veröffentlicht Faksimiles einzelner Kopfblätter. Verschiedene Betriebszeitungen der KPD sind nach dem Verbot der Partei ohne Unterbrechung weiter erschienen.<sup>123)</sup> Die zunehmende Aktivität der widerrechtlich verbotenen KPD und ihrer Presse veranlaßte den sogenannten „Koordinierungsausschuß für psychologische Verteidigung“ bei seiner Gründungssitzung im Herbst 1958 zu der Erklärung, die illegale Propagandaarbeit der KPD zwingt zu „drastischen Abwehrmaßnahmen“<sup>124)</sup>.

Währenddessen ist es charakteristisch für den Inhalt der vom DGB meist zentral herausgegebenen überbetrieblichen Publikationen, daß sie von den Organen des Monopolkapitals nicht behelligt werden. Offenbar hält sie die Bourgeoisie für ungefährlich. Hingegen wird die IG Metall scharf angegriffen, weil sie beschlossen hat, ihre Publikationen auf betriebliche Verhältnisse einzurichten. 53 Betriebszeitungen dieser Gewerkschaft seien bereits erschienen,

<sup>120)</sup> Simons, Josef, a. a. O., S. 221.

<sup>121)</sup> Ebenda, S. 222.

<sup>122)</sup> Vgl. Rubitzsch, Rudi, Die KPD-Presse lebt und kämpft. „Neue Deutsche Presse“, Jahrgang 13, Nr. 2/1959, S. 6.

<sup>123)</sup> Ebenda, S. 4, 5, 6 und 7.

<sup>124)</sup> Ebenda, S. 3.

zahlreiche weitere in Vorbereitung. „Die IG Metall rüstet zum Kampf um die Betriebe“, empört sich der „Industriekurier“<sup>(125)</sup>. Im Zusammenhang mit Äußerungen maßgeblicher Funktionäre der Gewerkschaft, die die Notwendigkeit einer Überführung der Monopolunternehmen in die Hände des Volkes hervorhoben, verrät das Blatt der Schwerindustrie, wie und wo die Monopolisten empfindlich getroffen werden können. Etwa zur gleichen Zeit weiß „Der Volkswirt“ von einem internen Aufruf des Vorstandes der IG Metall im DGB an die betrieblichen Funktionäre zu berichten, in der eine völlig richtige, von den Interessen der westdeutschen Arbeiter ausgehende Stellung zu den Werkzeitungen bezogen wird, die sich wohlthuend von der Meinung der „Welt der Arbeit“ unterscheidet. Es soll dort u. a. heißen: „Lest aufmerksam die Werkzeitung Eures Betriebes, duldet nicht, daß dort offen oder versteckt antigewerkschaftliche Auffassungen propagiert werden. Aufgabe der Betriebe ist es, Maschinen, Werkzeuge, Autos usw. zu produzieren, aber nicht Politik zu treiben und die berechtigten Bestrebungen der Arbeiter und Angestellten in der Werkzeitung in Mißkredit zu bringen. Nehmt dort, wo derartige Versuche unternommen werden, in Sitzungen der Betriebsräte-Vertrauensleute oder in Betriebs- oder Mitgliederversammlungen Stellung und fordert eine gründliche Änderung der Schreibweise derartiger Werkzeitungen.“<sup>(126)</sup>

Es ist in diesem Zusammenhang beachtenswert, daß es der Bourgeoisie bisher nur in beschränktem Maße gelungen ist, die „human relations“ in die Werkzeitungen einzuführen. Die Durchdringung der betrieblichen Publikationsorgane des Monopolkapitals mit dieser Doktrin ist außerordentlich unterschiedlich, und die Exponenten der „menschlichen Beziehungen“ sind sich dieser Tatsache durchaus bewußt.<sup>(127)</sup> Die Ursache hierfür liegt einmal in der Widersprüchlichkeit dieser „Theorie“ und ihrer Nichtübereinstimmung mit der kapitalistischen Betriebspraxis; zum anderen in der bewußtseinsbedingten Reaktion der Arbeiter, Betriebsräte und anderen Gewerkschaftsfunktionäre auf die Werkzeitungen.

Eine klassenmäßige Haltung gegenüber den betrieblichen Unternehmerblättern und die Herausgabe eigener gewerkschaftlicher Betriebszeitungen, die den Standpunkt der Arbeiterklasse verfechten, ist aus der Analyse der Situation heraus ohne Zweifel der richtige Weg, den „human relations“ und dem wichtigsten Instrument ihrer Verbreitung auch in Westdeutschland wirksam entgegenzutreten. Der Vertreter der KPD auf der bereits mehrfach erwähnten Konferenz in Rom<sup>(128)</sup> bezeichnete es daher als unerläßlich, daß die Kommunisten in aktivster Weise an der Herausgabe von Betriebszeitungen der Gewerkschaften mitwirken.

<sup>125)</sup> „Der Industriekurier“ vom 8. 11. 58.

<sup>126)</sup> Vgl. „Maulkorb für Werkzeitschriften“, „Der Volkswirt“, Nr. 48/58.

<sup>127)</sup> Vgl. z. B. „Der Volkswirt“, Nr. 13/56, Beilage, S. 67 ff.

<sup>128)</sup> „Probleme des Friedens . . .“, a. a. O., S. 90.

# DIE ROLLE DER ERSTEN DEUTSCHEN AKTIENBANKEN IN DEN JAHREN 1848 BIS 1856

VON KARL OBERMANN

## I. Das Verhalten der angehenden Großbourgeoisie 1848

In den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts zeigte sich eindeutig, „daß die kapitalbesitzende und industrielle Klasse“ Deutschlands „einem Zustand entgegenreifte, der ihr nicht länger gestattete, den Druck eines halbfeudalen, halb-bürokratischen monarchischen Regimes apathisch und passiv hinzunehmen“<sup>1)</sup>. Daher setzte sich die liberale Bourgeoisie in ihrem eigenen wirtschaftlichen Interesse immer stärker für die Beseitigung aller Hemmnisse und Hindernisse ein, die der kapitalistischen Entwicklung entgegenstanden. Infolge der allgemeinen Handels- und Industriekrise 1847, die auch Deutschland erfaßte, verschärfte sich hier die revolutionäre Situation. Nach einer Schilderung der Lage in Deutschland gegen Ende des Jahres 1847 stellten Marx und Engels zum Schluß fest: „Befand sich die Bourgeoisie irgendeines Landes jemals in einer glänzenderen Position bei ihrem Kampf um die Macht gegen die bestehende Regierung?“<sup>2)</sup> Die bevorstehende Umwälzung mußte in jedem Falle zunächst die bürgerlichen Interessen zur Geltung bringen, den Boden säubern für eine breite und schnelle Entwicklung des Kapitalismus. Dessen war sich die deutsche Bourgeoisie durchaus bewußt. Sie war jetzt „entschlossen, nicht länger die Fesseln zu tragen, mit denen ein feudaler und bürokratischer Despotismus ihre Handelsgeschäfte, ihre industrielle Leistungsfähigkeit, ihr gemeinschaftliches Auftreten als Klasse einengte“<sup>3)</sup>. Aber die deutsche Bourgeoisie befand sich in einer eigenartigen Lage. Karl Marx schrieb am 18. November 1847 in der „Deutschen Brüsseler Zeitung“: „In diesem Land, wo die politische Misere der absoluten Monarchie noch besteht mit einem ganzen Anhang verkommener halbfeudaler Stände und Verhältnisse, existieren andererseits partiell auch schon infolge der industriellen Entwicklung und Deutschlands Abhängigkeit vom Weltmarkt die modernen Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Arbeiter-

1) *Marx, Karl/Engels, Friedrich*, Revolution und Konterrevolution in Deutschland, Berlin 1951, S. 33.

2) *Ebenda*, S. 51.

3) *Ebenda*, S. 50/51.

klasse und der daraus hervorgehende Kampf — Beispiele: die Arbeiteraufstände in Schlesien und Böhmen. Die deutsche Bourgeoisie befindet sich also schon im Gegensatz zum Proletariat, ehe sie noch als Klasse sich politisch konstituiert hat.“<sup>4)</sup> Die deutsche Bourgeoisie verfolgte daher die Taktik, die revolutionäre Situation und die revolutionäre Volksbewegung zu benutzen, um die Regierung zu Konzessionen zu zwingen, bzw. konstitutionelle Reformen durchzusetzen. Sie erschrak gewaltig, als sie in der französischen Februarrevolution erlebte, welche Kraft die Volksmassen, namentlich die Arbeiterklasse, entwickelten. „Sie können sich denken, welchen Schrecken in der vorigen Nacht die furchtbaren Nachrichten aus Paris hier verursacht haben. Ein Blumenmann (d. h. ein Arbeiter — K. O.) unter den Häuptern einer republikanischen Regierung! Alle Besitzenden sind besorgt.“ So schrieb die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ in einer Meldung aus Köln vom 27. Februar 1848.<sup>5)</sup>

Die rheinischen Industriellen verstärkten jetzt ihre Anstrengungen, von der preußischen Regierung Zugeständnisse bzw. Reformen zu erlangen. Der rheinische Industrielle August von der Heydt schrieb an den Großkapitalisten Gustav Mevissen am 27. Februar 1848: „Die Umstände in Paris sind sehr beunruhigend. Wir werden alles aufzubieten haben, um auf gemäßigtem, gesetzmäßigem Wege die jetzt nicht mehr zweifelhaften Erfolge zu erringen . . . Auf jenem Wege kommen wir bei freimütiger Festigkeit doch sicher vorwärts. Jede illegale Demonstration aber würde die Besitzenden gegen sich haben.“<sup>6)</sup>

Gustav Mevissen schrieb am 28. Februar 1848 aus Köln dem führenden Vertreter der liberalen Bourgeoisie David Hansemann: „Hier ist die Stimmung der niederen Volksklassen derart, daß ich glaube, daß innerhalb weniger Tage die Stände der Rheinlande der Regierung ihre volle Unterstützung anbieten müssen, wenn zeitig den Wühlereien der Kommunistenkliquen vorgebeugt werden soll.“<sup>7)</sup> Die Bourgeoisie sah in der Ausbreitung der Volksbewegung in den letzten Februartagen und den ersten Märztagen 1848 „kommunistische Wühlereien“. Nach der ersten großen Arbeiterdemonstration in Köln vom 3. März 1848 schrieb Gustav Mevissen an seine Familie (9. März 1848), daß „sich hier Spuren einer kommunistischen Bewegung sehr drohend und unverhüllt gezeigt haben“. Er stellte dazu fest, daß „diese Bewegungen sehr bald gefährlich werden können, wenn nicht rasch der Weg der Reformen eingeschlagen wird“<sup>8)</sup>. Führende Vertreter der rheinischen Bourgeoisie waren am 11. März 1848 in Bonn zu einer Beratung zusammengekommen und forderten den preußischen König in einer Adresse auf, an die Spitze von Deutschland zu treten, den Vereinigten Landtag schleunigst einzuberufen und Preßfreiheit zu

<sup>4)</sup> *Marx/Engels*, Werke, Berlin 1959, Bd. 4, S. 351.

<sup>5)</sup> „Augsburger Allgemeine Zeitung“, Nr. 62, vom 2. März 1848.

<sup>6)</sup> *Hansen, Joseph*, Gustav von Mevissen, Ein rheinisches Lebensbild 1815–1899, II. Band. Abhandlungen. Denkschriften, Reden und Briefe, Berlin 1906, S. 331/332.

<sup>7)</sup> Ebenda, S. 334.

<sup>8)</sup> Ebenda, S. 339.

gewähren.<sup>9)</sup> Doch noch bevor es zu der von der Bourgeoisie angestrebten Verständigung mit der Krone gekommen war, hatten die Volksmassen, vor allem die Arbeiter in Berlin, auf den Barrikaden am 18./19. März einen großen Sieg gegen das feudal-absolutistische Regime errungen. Die Arbeiterklasse „hatte gekämpft und gesiegt und gelangte mit einem Schlag zum Bewußtsein der eigenen Kraft“<sup>10)</sup>. Die Bourgeoisie beeilte sich, diesen Sieg für sich auszunutzen und sich gleichzeitig mit der Krone gegen die Arbeiterklasse zu verbünden. Mevissen schrieb am 21. März 1848 an Hansemann: „Wir müssen jetzt den Augenblick ergreifen und eine Konstitution mit der Krone vereinbaren.“<sup>11)</sup> Die liberale Bourgeoisie schloß ein Bündnis mit der preußischen Krone, um als Gegenleistung für die Anerkennung der politischen Macht des Königs und des Adels wirtschaftliche Vorteile zu erlangen. „Die liberale Bourgeoisie in Person zweier reicher Kaufleute“, Camphausen und Hansemann, übernahm in Preußen die Regierung und tat alles, um die „zwar besiegten, aber nicht vernichteten feudalen und bürokratischen Elemente“ wieder zu versöhnen.<sup>12)</sup> Rudolph Delbrück, ein führender Vertreter der liberalen Bourgeoisie, der spätere Präsident des Bundes- resp. Reichskanzleramtes, sagt in seinen „Lebenserinnerungen“: „Durch die März-Ereignisse war die politische Entwicklung Preußens gewaltsam unterbrochen. Das erfolgreiche Auftreten des populären Elements hatte den Schwerpunkt der Macht verschoben, bis zu den letzten Tagen des Jahres ließ sich nicht sagen, wo derselbe zu finden sei. Die Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung war die dringendste Aufgabe, hinter ihr trat jede andere zurück.“<sup>13)</sup>

„Die Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung“, betrachtete die Regierung Camphausen-Hansemann als ihre vornehmliche Aufgabe. Der Bourgeoisie ging es in erster Linie darum, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beseitigen, die durch die Krise entstanden waren. Gustav Mevissen schrieb am 2. April 1848 aus Berlin an seine Familie: „Die Finanzangelegenheiten drängen die Politik in den Hintergrund. Kann der Kredit nicht wiederhergestellt werden, so ist die bestehende Ordnung rettungslos verloren.“<sup>14)</sup>

So erklärt sich, daß von den neuen liberalen Ministern der „ganze alte Staatsapparat in Bewegung gesetzt“ wurde, „um die ‚Ordnung‘ wiederherzustellen“. Karl Marx und Friedrich Engels stellten fest: „Nicht ein einziger Bürokrat oder Offizier wurde entlassen; nicht die leiseste Änderung im alten bürokratischen Verwaltungssystem vorgenommen. Diese trefflichen konstitutionellen verantwortlichen Minister setzten sogar jene Beamten wieder in ihre

<sup>9)</sup> Vgl. ebenda, S. 347; Springer, A., Friedrich Christoph Dahlmann, Leipzig 1872, II. S. 207.

<sup>10)</sup> Marx, Karl|Engels, Friedrich, Revolution und Konterrevolution in Deutschland, S. 66.

<sup>11)</sup> Hansen, J., a. a. O., Bd. II, S. 348.

<sup>12)</sup> Marx|Engels, Revolution und Konterrevolution in Deutschland, S. 71.

<sup>13)</sup> v. Delbrück, Rudolph, Lebenserinnerungen, Leipzig 1905, Bd. I, S. 212.

<sup>14)</sup> Hansen, J., a. a. O., Bd. II, S. 362.



Stellen ein, die das Volk in der ersten Hitze des revolutionären Eifers wegen ihres früheren bürokratischen überheblichen Verhaltens davongejagt. Nichts wurde in Preußen geändert außer der Person der Minister.“<sup>15)</sup>

Den politischen Erfolg, den die Bourgeoisie errungen hatte, nutzte sie in erster Linie zur Erlangung wirtschaftlicher Vorteile, bzw. zur Förderung der kapitalistischen Entwicklung. Als David Hansemann am 29. März 1848 preußischer Finanzminister geworden war, sah er seine Aufgabe darin, die Bargeldkrise zu beseitigen, von der Friedrich Engels 1847 schon sagte, daß sie die bürgerlichen Klassen „in eine sehr unangenehme Lage“ brachte.<sup>16)</sup> Hansemanns erste Handlung als Finanzminister war, aus dem preußischen Staatsschatz eine Million Taler zur Gründung von Diskontokassen anzuweisen und die Kölner Privatbank Abraham Schaaffhausen in enger Zusammenarbeit mit Gustav Mevissen in eine Aktienbank umzuwandeln.<sup>17)</sup>

Zwei Tage, nachdem D. Hansemann das preußische Finanzministerium übernommen hatte, am 1. April 1848, machte ihm Mevissen kurz folgende Finanzvorschläge: „Die dem Bankkontor in Köln (dem Finanzzentrum der rheinisch-westfälischen Industrie – K. O.) zur Verfügung gestellten 3 Millionen Taler reichen nicht aus; noch 2 Millionen nötig. – 500000 Taler müssen für Aktienankäufe, um die Kurse zu heben, verfügbar gemacht werden. Die Eisenbahnaktien sind entsetzlich gefallen. Außer den 1847 bestimmten 2500000 Taler zur Ausstattung neuer Provinzialzettelbanken sind noch 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Taler für diesen Zweck zu bewilligen. In Berlin sofort 5 Millionen Banknoten auszugeben. Schnelles Handeln erforderlich!“<sup>18)</sup>

In weiteren ausführlicheren Finanzvorschlägen forderte Mevissen von Hansemann, vor allen Dingen die Errichtung von Aktienbanken zu unterstützen.<sup>19)</sup>

<sup>15)</sup> Marx, Karl/Engels, Friedrich, Revolution und Konterrevolution in Deutschland, S. 67.

<sup>16)</sup> Engels, Friedrich, Deutsche Zustände, in: Marx/Engels, Werke, Berlin 1959, Bd. 4, S. 33.

<sup>17)</sup> Dr. Däbritz, Walther, Gründung und Anfänge der Disconto-Gesellschaft Berlin, Ein Beitrag zur Bank- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands in den Jahren 1850 bis 1875, München und Leipzig 1931, S. 5.

<sup>18)</sup> Hansen, J., a. a. O., Bd. II, S. 361.

<sup>19)</sup> Vgl. ebenda, S. 361. In einem Vorschlag, den Mevissen im Anschluß an obigen Brief machte, heißt es: „Errichtung von Diskontokassen in Berlin, Breslau, Königsberg, Danzig und Köln durch anonyme Gesellschaften, beaufsichtigt in ihren Operationen durch einen Kommissarius des Staates, dem ein statutengemäß beschränktes Veto zuzugestehen. Beteiligung des Staates bei jeder Kasse mit 1 Million Taler in Staatsschuldscheinen, welche dem Tilgungsfonds mit 5 Millionen Taler entnommen werden. Dieser Beteiligung steht eine mindestens gleiche Einlage von Privaten in bar zur Seite. Die Einlage des Staates garantiert bis zu ihrem vollen Betrage gegen alle Verluste der Privaten und bezieht erst einen Anteil am Gewinn, nach dem die Privaten 6% von ihrem Kapital bezogen haben werden.“

Die Bourgeoisie strebte mit allen Mitteln nach Vermehrung des Kapitals zur stärkeren Entfaltung der kapitalistischen Produktion. Der preußische Staat sollte ihr mit Geld helfen, über die ersten Schwierigkeiten bei der gesteigerten Kapitalvermehrung hinauszukommen. Das Kapital ist, wie der Bankfachmann Dr. Riesser sagt, der Bourgeoisie „fast mehr als Wasser, Dampf und Elektrizität, welches die Maschine in Bewegung setzt“<sup>20)</sup>.

Nur mit Hilfe großer Banken konnte aber das vorhandene freie Geldkapital erfaßt und konzentriert und damit zur Steigerung der Akkumulation des Kapitals ausgenutzt werden.

Karl Marx sagt über die Rolle der Banken: „Eine Bank stellt auf der einen Seite die Zentralisation des Geldkapitals, der Verleiher auf der anderen die Zentralisation der Borger dar. . . . Mit der Entwicklung des Banksystems und namentlich, sobald sie Zins für Depositen zahlen, werden ferner die Geldersparnisse und das augenblicklich unbeschäftigte Geld aller Klassen bei ihnen deponiert. Kleine Summen, jede für sich unfähig als Geldkapital zu wirken, werden zu großen Massen vereinigt und bilden so eine Geldmacht.“<sup>21)</sup>

Die deutsche Bourgeoisie war bestrebt, mit Hilfe der Banken eine „Geldmacht“ zu errichten. Dieser Bourgeoisie, die sich bis 1848 infolge der Zersplitterung Deutschlands und unter dem feudal-absolutistischen Regime nicht frei entfalten konnte, sich jedoch bereits im Gegensatz zum Proletariat befand, erschien nicht eine siegreiche bürgerlich-demokratische Revolution als das Mittel zur Erlangung der Macht, sondern die Förderung der kapitalistischen Entwicklung, die Errichtung von Banken mit Unterstützung des Staates. Der Staat sollte ihr nicht nur helfen, die verstärkte Ausbeutung der Arbeiterklasse zu ermöglichen, sondern auch dabei mitwirken, das Tempo der kapitalistischen Entwicklung durch Gründung von Aktienbanken zu beschleunigen. Denn wie Dr. Riesser erklärt, ist „die Aktiengesellschaft die schärfste und sicherste und deshalb bevorzugteste Waffe, welche die kapitalistische Wirtschaftsordnung zur Durchfechtung ihrer Konzentrationstendenzen zur Verfügung hat“<sup>22)</sup>.

Als die liberale deutsche Bourgeoisie 1848 auf Errichtung von Aktienbanken drängte, war sie sich dessen bewußt, daß sie damit eine scharfe und sichere Waffe zur Beschleunigung der kapitalistischen Entwicklung erhalten würde. Mevissen und andere führende Liberale sahen in den Aktiengesellschaften und namentlich in den Aktienbanken „das eigentliche Instrument des Fortschritts“ der kapitalistischen Wirtschaft.<sup>23)</sup> Der Bankier Carl Fürstenberg schreibt in seiner Lebensgeschichte: „Ich darf aber feststellen, daß es die deutschen Banken gewesen sind, die durch ein wohlverstandenes Unternehmertum den grandiosen Aufbau der deutschen Industrie in finanzieller Hinsicht überhaupt

<sup>20)</sup> Dr. Riesser, Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Großbanken mit besonderer Rücksicht auf die Konzentrationsbestrebungen, Jena 1905, S. 2.

<sup>21)</sup> Marx, Karl, Das Kapital, Bd. III, Berlin 1951, S. 439.

<sup>22)</sup> Dr. Riesser, a. a. O., S. 151.

<sup>23)</sup> Vgl. Hansen, J., a. a. O., Bd. I, S. 618–620.

erst ermöglicht haben. Länder wie Frankreich und England liefern Beispiele dafür, wie langsam sich industrielle Betriebe ohne die aktive Unterstützung von Banken weiterbildeten.“<sup>24)</sup>

Die Geschichte Deutschlands und der deutschen Bourgeoisie ist von 1848 an mit der Entwicklung des Banksystems eng verbunden. Die in den Jahren 1848—1856 gegründeten Aktienbanken sind zu den bedeutendsten Machtinstrumenten der deutschen Bourgeoisie geworden. An der Niederschlagung der Revolution von 1848/49 und der „Revolution von oben“ unter der Führung Preußens ist die preußische Finanzbourgeoisie nicht unbeteiligt. Sie hat es verstanden, noch während der Revolution von 1848 mit Hilfe der preußischen Regierung die erste große Aktienbank zu gründen, den Schaaffhausen'schen Bankverein.

## II. Der „A. Schaaffhausen'sche Bankverein“

Als am 29. März 1848 das alte und bedeutende Kölner Bankhaus A. Schaaffhausen, dessen Inhaber damals W. L. Deichmann war, seine Zahlungen einstellen mußte, bemächtigte sich der liberalen Bourgeoisie eine große Unruhe. Das Bankhaus hatte 1847 den bedeutenden Umsatz von 50 Millionen Taler. Fast die gesamte Industrie des Rheinlands war auf den Kredit dieses Unternehmens angewiesen. Daher bestand die Gefahr, daß die Zahlungseinstellung dieser Bank zu größeren Bewegungen im Rheinland führen würde. Besonders aufschlußreich ist der Brief, den Oberbürgermeister, Beigeordnete und Gemeindeverordnete der Stadt Köln am 31. März 1848 an den neuen preußischen Finanzminister A. Hansemann richteten. Dieser Brief läßt die Haltung und die Absichten der rheinischen Bourgeoisie deutlich erkennen. In knappen Worten wird in aller Eindringlichkeit dargelegt, daß es nichts Wichtigeres geben könne, als der Industrie, dem Kapitalismus, weiterzuhelfen. Hier heißt es: „Während die Provinz alles aufbietet, den beklagenswerten Zustand, in welchem Handel und Gewerbe sich befinden, nach Möglichkeit zu erleichtern und erträglich zu machen, ist ein neues Ereignis hinzugetreten, welches über die Stadt Köln und die ganze Rheinprovinz, ja selbst über die Grenzen derselben hinaus, unzähliges Unheil herbeizuführen droht. Das Bankierhaus Abr. Schaaffhausen hat sich genötigt gesehen, seine Zahlungen einzustellen.

Dies Ereignis würde, wenn es nicht wieder abgewendet wird, den Sturz unzähliger Handlungshäuser und, was am nachteiligsten ist, die Einstellung sehr vieler Industrie-Anstalten der Rheinprovinz und Westfalens zur gewissen Folge haben. Das daraus hervorgehende Elend ist unabsehbar.

Nicht ein zerrütteter Vermögens-Zustand des gedachten Hauses, sondern nur der augenblickliche Mangel an disponiblen Fonds, hat jenes traurige Ereignis herbeigeführt. Man hat die Überzeugung gewonnen, daß ein Vorschub von

<sup>24)</sup> *Fürstenberg, Carl*, Die Lebensgeschichte eines deutschen Bankiers, hrsg. von Fürstenberg, Hans, Berlin 1931, S. 195.

2 Millionen Taler im Anschlusse an die vorhandenen großartigen Mittel des Schaaffhausen'schen Hauses ausreicht, das drohende Elend vom Lande abzuwenden. Die Stadt Köln ist zunächst bei der Sache interessiert, sie hat vor allen andern Gemeinden die nachteiligen Folgen am meisten zu fürchten.

Die unterzeichneten Vertreter der Stadt halten es daher für ihre Pflicht, vereint mit einer Deputation des Handelsstandes an Ein Königliches hohes Finanz-Ministerium die Bitte zu richten, jenen Vorschuß von 2 Millionen Taler mit denjenigen Modifikationen zu bewilligen, die geeignet befunden werden, um den Zweck des gegenwärtigen Gesuches, der einzig auf das Fortbestehen der Industrie unserer Provinz gerichtet ist, zu erreichen.“<sup>25)</sup>

Die nationalen Interessen der Bourgeoisie waren identisch geworden mit den kapitalistischen Geldinteressen. Offen erklärte die „Deutsche Zeitung“ in Heidelberg, das führende Organ der propreußischen liberalen Bourgeoisie in Südwestdeutschland am 11. April 1848 in einer Meldung aus Köln vom 5. April: „Für den Augenblick treten hier alle Interessen in den Hintergrund gegen das Ereignis, auf welches ich auch heute nochmals zurückkommen muß: — die Zahlungseinstellung des Hauses Schaaffhausen. Je mehr man Einsicht gewinnt in den Umfang der Geschäfte dieses Hauses, desto höher steigt die Besorgnis von den Folgen seines Sturzes. Nicht weniger als 170 Fabriken hatten ihren gesamten Kredit bei A. Schaaffhausen, und diese 170 Fabriken beschäftigten zusammen eine Anzahl von 40000 Arbeitern.“<sup>26)</sup>

Joseph Hansen bestätigt in seiner Mevissen-Biographie, daß die Zahlungseinstellung des Hauses A. Schaaffhausen ein Ereignis war, „dessen verhängnisvolle Bedeutung in diesem Augenblick darin lag, daß zahlreiche industrielle Etablissements der Rheinprovinz auf die Vorschüsse dieses Bankhauses unbedingt angewiesen waren, unabsehbare Kalamitäten standen in Aussicht, wenn hier nicht geholfen wurde“<sup>27)</sup>.

Zur Rettung des Bankhauses Schaaffhausen, also zur Abwendung der ange deuteten „unabsehbaren Kalamitäten“, beanspruchte die liberale Bourgeoisie die Unterstützung der preußischen Minister, denen das Volk auf den Barrikaden am 18. März ihre Posten erobert hatte. Die Kölner Bankiers beauftragten den Industriellen Gustav Mevissen, die notwendigen Verhandlungen zu führen. Der rheinische Industrielle und preußische Finanzminister Hansemann begann seine Tätigkeit am 30. März 1848 mit Verhandlungen darüber, was zur Rettung des Bankhauses Schaaffhausen unternommen werden könne. Bei diesen Besprechungen war auch Minister Rother zugegen, der bis zum 5. April als Leiter der Königlichen Bank und der Seehandlung im neuen Ministerium verblieb. Mevissen entwarf mit Hansemann umfassende Pläne, wie durch Staatshilfe die wirtschaftlichen Schwierigkeiten beseitigt werden könnten.

<sup>25)</sup> DZA, Merseburg, Rep. 120 A, Abt. XI, Fach 13, Nr. 2, Bd. 1, fol. 1.

<sup>26)</sup> „Deutsche Zeitung“, Heidelberg, Nr. 102, v. 11. April 1848, S. 811.

<sup>27)</sup> Hansen, J., Gustav von Mevissen, Ein rheinisches Lebensbild, 1815–1899, Berlin 1906, Bd. 1, S. 538.

Am 27. April teilten die Minister Hansemann und v. Patow (Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten) dem Eigentümer des Bankhauses A. Schaaffhausen, Kommerzienrat Deichmann, mit, daß „mit Rücksicht auf die umfassenden Verbindungen des Handlungshauses Schaaffhausen zu Köln mit einer großen Anzahl von industriellen Unternehmungen in der Rheinprovinz und Westfalen und in Betracht, daß eine gezwungene Liquidation der Masse dieses Hauses zur Stockung vieler Fabrik- und Handelsgeschäfte folglich zur Vermehrung des Mißkredits, zur starken Verminderung der Gewerbtätigkeit und zur Nahrungslosigkeit eines großen Teils der Bevölkerung führen müßte“, die Regierung bereit sei, „das Zustandekommen einer Aktiengesellschaft zwischen den Gläubigern und den Teilnehmern des Handlungshauses A. Schaaffhausen zu Köln zu erleichtern“. Die Gläubiger sollten die Hälfte ihrer Forderungen in Aktien A, d. h. Vorzugsaktien erhalten mit einer festen Dividende von  $4\frac{1}{2}\%$  jährlich; die andere Hälfte der Forderungen sollte in Aktien B beglichen werden, bei denen keine feste Dividende festgesetzt war. Der Staat übernahm gleichzeitig die Garantie für die feste Dividende.<sup>28)</sup> Diese Vorschläge entsprachen vollständig den Interessen der rheinischen Bankiers und Industriellen. Kaum ein Monat war vergangen, und schon war mit Hilfe des Finanzministers Hansemann jede Gefahr für das Kapital im Rheinland beseitigt. Hansemann, der auch im Ministerium Auerswald Finanzminister blieb, erlangte schließlich auch die Zustimmung des gesamten Ministeriums für seine Vorschläge. Am 8. August 1848 beschloß das Ministerium: „Nach Anhörung der Minister Milde und Hansemann und nach Einsicht der Verhandlungen des 2. Vereinigten Landtags beschließt das Staats-Ministerium, daß die früher eingeleitete Garantie, in Beziehung auf ein aus der Masse des Hauses A. Schaaffhausen zu bildendes Aktien-Unternehmen, jetzt zur Ausführung gebracht werde.“ Der Beschluß trägt die Unterschrift aller Minister, von Auerswald, Hansemann, Freiherr v. Schreckenstein, Maercker, Kühlwetter, Milde, Gierke.<sup>29)</sup>

In einem Memorandum vom 26. August unterbreitete Hansemann die Bankangelegenheit dem preußischen König, wobei er betonte, daß die Gründung der Aktienbank nach einem von ihm als Finanzminister vorgeschlagenen Plan erfolge.<sup>30)</sup>

Am 28. August 1848 erteilte Friedrich Wilhelm IV. dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein die Konzession.<sup>31)</sup>

Der A. Schaaffhausen'sche Bankverein war die erste Aktienbank in Preußen. Durch eine 10jährige Garantie des Staates wurde diese erste Aktienbank in Preußen ohne Risiko für die Bourgeoisie in Gang gebracht. § 10 des am 28. August 1848 von Friedrich Wilhelm IV. bestätigten Statuts lautet: „Der Staat garantiert die Zahlung sowohl der Dividenden, als des Kapitals der Aktien L<sup>a</sup>A (Bezeichnung der Aktien, die an die Gläubiger über die Hälfte ihrer For-

<sup>28)</sup> DZA, Merseburg, Rep. 120 A, Abt. XI, Fach 13, Nr. 2, Bd. 1, fol. 3.

<sup>29)</sup> Ebenda, fol. 9.      <sup>30)</sup> Ebenda, fol. 10f.

<sup>31)</sup> Ebenda, fol. 14, vgl. auch *Hansen, J.*, a. a. O., Bd. I, S. 603/604.

derungen ausgegeben wurden – K. O.) in den durch § 8 festgesetzten Terminen, (d. h. jeweils am 31. Dezember – K. O.) und leistet erforderlichen Falles vier Wochen nach Verfall die Zahlung.“<sup>32)</sup> Der Staat verlangte dafür allerdings auch ein Mitbestimmungsrecht bei der Leitung der Aktienbank. In § 73 des Statuts heißt es über das „Verhältnis des Staates zur Gesellschaft“: „Zur Wahrnehmung der mehrseitigen Interessen des Staates an dem Gedeihen der Gesellschaft, ernennt derselbe außer dem Direktor, dessen Wahl nach Rückzahlung der Aktien L<sup>a</sup>A an den Administrationsrat übergeht, einen Kommissar des Staates, welcher alle Beziehungen der Gesellschaft zum Staate zu vermitteln hat, von der Direktion jede schriftliche Auskunft verlangen kann, und zu allen Geschäften des Administrations-Rates und den Generalversammlungen zugezogen werden muß.“<sup>33)</sup> Hansemann unterbreitete im Namen der Regierung Mevissen am 31. August 1848 den Vorschlag, den Posten des 1. Direktors des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins zu übernehmen. Der Vertrauensmann der Kölner Bankiers, der in ihrem Namen die Verhandlungen mit der Regierung geführt hatte, sollte also gleichzeitig der Vertreter des preußischen Staates bei der Leitung des größten Finanzinstituts der Rheinprovinz und der ersten Aktienbank Preußens werden.<sup>34)</sup>

Mevissen befand sich als Abgeordneter der Nationalversammlung in Frankfurt, als ihn der Brief Hansemanns erreichte. Von den Abgeordneten der Nationalversammlung erwartete das deutsche Volk gerade in diesen Tagen große Entscheidungen. Es galt zum Vorgehen Preußens in der Frage Schleswig-Holsteins Stellung zu nehmen, durch die der deutschen Sache ein schwerer Schaden zugefügt worden war.

Aus einem Brief Mevissens vom 3. September 1848 an seine Familie geht hervor, daß er dem Bankdirektor-Posten mehr Wert beimaß als den notwendigen politischen Entscheidungen in der Nationalversammlung. G. Mevissen schrieb: „Ich bin in bezug auf die Annahme des fraglichen Postens gar nicht schwankend, wenn die Ernennung eine dauernde ist. Für eine jeder ministeriellen Laune unterworfenen muß ich natürlich danken. Ich wünsche, daß sich dieses Projekt realisiere. Die Wirksamkeit ist eine meinen Neigungen gemäß und erlaubt mir, dir und der Familie mehr zu leben als dies auf dem bewegten Ozean der Politik der Fall sein wird.“<sup>35)</sup>

Das Projekt realisierte sich. Am 15. September wurde vom Ministerium die Ernennungsurkunde für Gustav Mevissen ausgefertigt.<sup>36)</sup> Mevissen trat als Beauftragter des preußischen Staates und als Vertrauensmann der liberalen Bourgeoisie an die Spitze der ersten bedeutenden Aktienbank in Preußen. Josef

<sup>32)</sup> Sammlung der Statuten aller Actien-Banken Deutschlands mit statistischen Nachweisen und Tabellen. Herausgegeben von *Dr. Hocker, Nicolaus*, Köln 1858, S. 566.

<sup>33)</sup> Ebenda, S. 572.      <sup>34)</sup> Vgl. *Hansen, J.*, a. a. O., Bd. I, S. 582.

<sup>35)</sup> *Hansen, J.*, a. a. O., II., S. 425.

<sup>36)</sup> DZA, Merseburg, Rep. 120 A, Abt. XI, Fach 13, Nr. 2, Bd. 1, fol. 24.

Hansen sagt in der Mevissen-Biographie: „Die Bahn war frei für die Durchführung der seit Jahren schon von Mevissen begonnenen, aber durch den Widerstand der Behörden verzögerten Unternehmungen. . . . Durch ein großes Bankinstitut konnte, wenn es in Mevissens Sinn als dirigierender und befruchtender Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lebens der beiden Westprovinzen verwaltet wurde, zur Wirklichkeit erweckt werden, was ihn seit Jahren an Projekten auf dem Gebiete des Verkehrswesens, des Versicherungswesens, der Industrie und des Bergbaues beschäftigt hatte.“<sup>37)</sup>

Der A. Schaaffhausen'sche Bankverein, unter der Leitung von Gustav Mevissen, der als die „bedeutendste kaufmännische Kapazität Deutschlands“ 1848/49 galt, war von Anfang an führend bei der Schaffung der deutschen Großindustrie. In der Fachliteratur wird offen zugegeben, daß diese Bank die Aufgabe hatte, „die entstehende Großindustrie mit den erforderlichen Kapitalien zu versorgen, den Unternehmungsgeist zu beleben und neue Gründungen anzuregen“. In der Biographie des Industriellen und preußischen Handels- und Finanzministers von der Heydt wird festgestellt: „Zum ersten Mal wurden hier Beteiligungen an industriellen und Verkehrsunternehmungen, das Gründungs- und Emissionsgeschäft und die Kreditgewährung in laufender Rechnung zielbewußt und planmäßig zu jenem System bankgeschäftlicher Wirksamkeit verbunden, das heute die Eigenart der deutschen Großbanken ausmacht.“<sup>38)</sup>

In dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein hatte sich also die Bourgeoisie im Laufe der Revolution von 1848 mit Hilfe des preußischen Junker-Staates das Organ geschaffen, das ihr Möglichkeiten bot, die Entwicklung der Schwerindustrie zu beschleunigen. Die Industrialisierung, die mit der Leichtindustrie beginnt, war namentlich im Rheinland 1848 so weit fortgeschritten, daß der in der Leichtindustrie akkumulierte Profit durch die Banken in die Schwerindustrie hinübergepumpt werden konnte. Dieses „Hinüberpumpen des akkumulierten Kapitals in die Schwerindustrie“ wurde von dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein systematisch eingeleitet und dabei von vornherein eine enge Beziehung zwischen Bank und Schwerindustrie hergestellt, die für die Entwicklung der Schwerindustrie in Deutschland typisch geworden ist. An diesem Beispiel zeigt sich deutlich, wie von der Bourgeoisie der im März 1848 errungene politische Erfolg „ausgebeutet wird in einem industriellen Aufschwung“<sup>39)</sup>. Die Bourgeoisie hatte nach dem 18. März 1848 kein anderes Interesse mehr, als diesen „industriellen Aufschwung“ mit Hilfe der Junker zu sichern. Karl Marx und Friedrich Engels haben mehrmals darauf hingewiesen, daß dem in Deutschland 1848 beginnenden industriellen Aufschwung maßgebende Bedeutung für die weitere politische Entwicklung zukommt. Am 24. Januar 1873 stellte Karl Marx im Nachwort zur zweiten Auflage des ersten Bandes des „Kapital“ fest:

<sup>37)</sup> Hansen, J., a. a. O., Bd. I, S. 582/583.

<sup>38)</sup> Bergengrün, Alexander, Staatsminister August Freiherr von der Heydt, Leipzig 1908, S. 231.

<sup>39)</sup> Engels, Friedrich, Über die Gewaltstheorie, Berlin 1952, S. 16.

„Seit 1848 hat sich die kapitalistische Produktion rasch in Deutschland entwickelt und treibt heutzutage bereits ihre Schwindelblüte.“<sup>40)</sup> Friedrich Engels sprach am 11. Oktober 1884 in einem Brief an August Bebel davon, daß „von 1848 eine industrielle Revolution in Deutschland datiert“<sup>41)</sup>.

Am 8. November 1884 hat Friedrich Engels in einem Brief an Karl Kautsky darauf hingewiesen, daß die seit 1848 in Deutschland emporblühende große Industrie als „das größte Vermächtnis dieses Jahres“ betrachtet werden muß.<sup>42)</sup> Seit 1848 waren, wie sich Karl Marx am 14. April 1856 in seiner „Rede auf der Jahresfeier des ‚People’s Paper‘“ in London erklärte, „industrielle und wissenschaftliche Kräfte zum Leben erwacht, von der keine Epoche der früheren menschlichen Geschichte je eine Ahnung hatte“<sup>43)</sup>.

### *III. Die Anfänge der großen rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und der A. Schaaffhausen'sche Bankverein*

Die kapitalistische Entwicklung Deutschlands wird gekennzeichnet durch die Errichtung eines schwerindustriellen Zentrums in Rheinland/Westfalen, bzw. an der Ruhr. Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie wurde später der Hauptstützpunkt des aggressiven deutschen Imperialismus. Unter der Führung des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins und Gustav Mevissens begann 1849 der Aufbau dieses Zentrums der deutschen Schwerindustrie. Der Beginn der Tätigkeit des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins, dieses praktische Beispiel der Zusammenarbeit zwischen Bourgeoisie und der preußischen Krone, fiel zusammen mit den ersten größeren Erfolgen der Konterrevolution unter Führung Preußens im September 1848. Der Bankdirektor Gustav Mevissen war Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung; er und andere Vertreter der Bourgeoisie in der Nationalversammlung waren keineswegs besorgt wegen des Vorgehens Preußens, sondern sie diskutierten im volkswirtschaftlichen Ausschuß die Eisenfrage, bzw. wie die Schaffung einer starken deutschen Eisenindustrie zu ermöglichen wäre. Im Frühjahr 1849, als die Frankfurter Nationalversammlung sich langsam auflöste, gelang es auf Grund zahlreicher Nachforschungen im Ruhrgebiet in der Gegend von Dortmund, reiche Lager von Kohleneisenstein in den dortigen Kohlenflözen zu entdecken. Wenige Jahrzehnte vorher hatte das Auffinden dieses Erzes, des sogenannten Blackband, in Schottland, den gewaltigen Aufschwung der englischen Eisenindustrie eingeleitet. Diese Entdeckung reicher Eisenerzvorkommen im Ruhrgebiet und die gleichzeitige blutige Niederschlagung der Révolution durch preußische Truppen

<sup>40)</sup> Marx, Karl, Das Kapital, Berlin 1947, Bd. I, S. 11.

<sup>41)</sup> Marx, Karl/Engels, Friedrich, Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht u. a., Moskau 1933, S. 362.

<sup>42)</sup> Ebenda, S. 372.

<sup>43)</sup> Marx, Karl/Engels, Friedrich, Ausgewählte Schriften, Bd. I, S. 333.



leitete in Deutschland den Aufschwung der Schwerindustrie ein.<sup>44)</sup> Durch Gustav Mevissen wurden mit Hilfe des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins kurz hintereinander zwei Unternehmen geschaffen: 1. der „Kölner Bergwerksverein“, 2. der „Hörder Bergwerks- und Hüttenverein“. Dem „Kölner Bergwerksverein“ wurde am 22. Oktober 1849 als eine der ersten Aktiengesellschaften im Ruhrkohlengebiet die Konzession erteilt. J. Hansen erklärt in seiner Mevissen-Biographie: „Das Unternehmen selbst wirkte für Deutschland bahnbrechend und beteiligte sich hervorragend an der damals beginnenden Erschließung des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers im Großen.“<sup>45)</sup> Der „Kölner Bergwerksverein“ hatte nicht nur einen bedeutenden Besitz an Kohlenfeldern, sondern auf seinen Schächten bei Essen wurden mit Erfolg die bis dahin vorhandenen Schwierigkeiten beim Hinabtreiben und Abteufen überwunden und damit die reichhaltigen tieferen Flöze des Ruhrgebiets erschlossen. Damit wurde dem schnellen Aufschwung des Ruhrbergbaus durch den „Kölner Bergwerksverein“ der Weg gebahnt.<sup>46)</sup> Diese tieferliegende Kohle erwies sich als ausgezeichnet für die Koksbereitung, und damit war die Voraussetzung für die Entwicklung der Eisenindustrie gegeben. Es war aber gleichzeitig notwendig, daß dieser Entwicklung der Produktivkräfte die Produktionsverhältnisse angepaßt wurden, d. h. eine Beseitigung der feudalen Beschränkungen im Bergbau war dringend erforderlich.

Bis Mai 1851 war der Bergbau rechts des Rheins noch königliches Regal. Das war ein bedeutendes Hindernis für die Entwicklung der Schwerindustrie. Dem Vertreter der liberalen Bourgeoisie im reaktionären preußischen Ministerium, dem Industriellen und Handelsminister von der Heydt gelang es, am 12. Mai 1851 durch zwei Gesetze dieses Hindernis zu beseitigen. Das eine Gesetz ermöglichte die Übernahme der Bergbaubetriebe in Privatbesitz, beseitigte also das königliche Regal und gab den Kapitalisten endlich die Möglichkeit, die Ausbeutung der Gruben nach eigenem Ermessen vorzunehmen. Das zweite Gesetz verminderte die von den Bergbaubetrieben zu leistenden Abgaben (Steuern) um die Hälfte. Mevissen schrieb am 18. Mai 1851, also wenige Tage nach Erlaß dieser Gesetze an G. Mallinckrodt, dem Direktor des „Kölner Bergwerksvereins“: „Das Bergwerksgesetz wird sehr wohlthätig auf unsere Essener Unternehmung wirken. Ich verspreche mir von diesem Gesetze in Verbindung mit einer sich entwickelnden Eisenproduktion im Inlande eine bedeutende Steigerung des Kohlenkonsums; von der Heydt hat sich durch dieses Gesetz ein bedeutendes Verdienst um das Land erworben . . .“<sup>47)</sup>

Alexander Bergengrün schreibt in seiner Von-der-Heydt-Biographie: „Mit diesen Gesetzen war erst die Bahn für eine großartige Entwicklung des Berg-

<sup>44)</sup> Vgl. Hansen, J., a. a. O., Bd. I, S. 636/637.

<sup>45)</sup> Ebenda, Bd. I, S. 635.

<sup>46)</sup> Vgl. von Carnall, R., Die Bergwerke in Preußen und deren Besteuerung, Berlin 1850, S. 6/7.

<sup>47)</sup> Hansen, J., a. a. O., Bd. I, S. 634.

baus freigegeben . . . Der nun eintretende Aufschwung der Kohlen- und Eisenindustrie, die sich jetzt imstande sah, die günstige Konjunktur im vollen Maß auszunutzen, übertraf alle Erwartungen.“<sup>48)</sup>

Die Bergwerksgesetze vom 12. Mai 1851 gaben dem Schaaffhausen'schen Bankverein bessere Möglichkeiten, das schon länger geplante Hüttenwerk zur Verhüttung und Verarbeitung des 1849 entdeckten Kobleneisensteins bei Dortmund zu errichten. Beim Minister von der Heydt war bereits am 26. April 1851 die Gründung einer Aktiengesellschaft „Hörder Bergwerks- und Hüttenverein“ beantragt worden. In diesem Antrag, der Deichmann und Mevissen vom Schaaffhausen'schen Bankverein als wichtigste „Mitstifter“ nennt, wird dargelegt, daß der Bau einer großen Hochofenanlage bei Dortmund beabsichtigt ist; die Eisen-Großproduktion aber „nur durch angemessene Vereinigung großer Kapitalien zu erreichen“ sei.<sup>49)</sup> „Die Angelegenheit ist, so viel tunlich, zu beschleunigen“, vermerkte v. d. Heydt am 30. April am Rand des Antrags. In seinem und des Justizministers Memorandum an den preußischen König vom 7. Februar 1852, in dem die Zweckmäßigkeit einer solchen Aktiengesellschaft dargelegt wird, äußerten beide die Hoffnung, „daß durch dasselbe (das Unternehmen — K. O.) dem inländischen Bergbau und Hüttenbetrieb nicht unerhebliche Kapitalien zufließen werden“<sup>50)</sup>. Der preußische König erteilte daraufhin am 16. Februar 1852 die Konzession für die Aktiengesellschaft „Hörder Bergwerks- und Hüttenverein“, die sich die Aufgabe gestellt hatte, Eisen, Kohlen, Galmei und andere Metalle und Erze aufzusuchen, auszubeuten und zu verarbeiten.<sup>51)</sup>

Von dem Grundkapital in Höhe von 2 Millionen Taler hatte der Schaaffhausen'sche Bankverein, seine Direktoren und Verwaltungsratsmitglieder einen erheblichen Teil übernommen. Die drei Direktoren des Bankvereins, Mevissen, Deichmann und Wendelstadt, gehörten zu den Hauptaktionären des „Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins“. Im Verwaltungsrat dieser großen Hütten-Aktiengesellschaft, die eine führende Stellung in der deutschen Schwerindustrie erlangte, saßen zahlreiche Mitglieder des Verwaltungsrates des Bankvereins, und der Bankdirektor Mevissen war gleichzeitig Präsident des Verwaltungsrates des Bergwerks- und Hüttenvereins.

Der Schaaffhausen'sche Bankverein nahm 1852 bereits eine hervorragende Stellung in der deutschen Wirtschaft ein. Am 16. April 1852 äußerte sich der Regierungs-Kommissar, Advokat Forst, in seinem Bericht an die Ministerien der Finanzen und für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten sehr anerkennend über das Ansehen, daß der Schaaffhausen'sche Bankverein erlangt habe, und wies besonders darauf hin, „daß der Kurs der eigentlichen, bisher

<sup>48)</sup> *Bergengrün, Alexander*, a. a. O., S. 215/216.

<sup>49)</sup> DZA, Merseburg, Rep. 120 A, Abt. XII, Fach 7, Nr. 117, fol. 6.

<sup>50)</sup> Ebenda, fol. 28.

<sup>51)</sup> Extra-Beiblatt zum 10. Stücke des Amtblattes der Königlichen Regierung, Arnsberg, den 6. März 1852, in: Rep. 120 A, Abt. XII, Fach 7, Nr. 117, fol. 37 f. Vgl. auch *Hansen, J.*, a. a. O., Bd. I, S. 638 f.

noch vierprozentigen Aktien (B) seit dem Anfange des Jahres von 100 auf 106% und höher gegangen ist“.<sup>52)</sup> In ihrem ausführlichen Bericht über die Entwicklung des Schaaffhausen'schen Bankvereins vom 27. November 1852 an den neuen Regierungskommissar, Oberregierungsrat Birck, bemerkten die Direktoren Mevissen und Wendelstadt zum Schluß, daß nach ihrer Überzeugung „kein Bankhaus der Monarchie besser in der Lage gewesen sein kann, unvorhergesehenem Andringen seiner Gläubiger zu begegnen, als der Bankverein, so lange die Voraussetzung aller Bankier-Operationen in Preußen, — die Königliche Bank, — sich in der Lage befindet, uneingeschränkt zu diskontieren und zu beleihen“<sup>53)</sup>.

Mevissens Äußerungen aus dieser Zeit enthalten nicht wenige Hinweise, die über das Verhalten der Bourgeoisie wertvolle Aufschlüsse geben. Besonders bemerkenswert ist der Brief, den Mevissen am 27. Januar 1851 an den Bergwerksdirektor und Verwaltungsratsmitglied des Bankvereins, G. Mallinckrodt, schrieb, der damals als Abgeordneter der ersten Kammer in Berlin weilte. „Wie die Dinge liegen und bei der totalen Ohnmacht der Kammer in den politischen Fragen glaube ich, daß die materiellen Interessen die einzige Stelle bilden, von wo aus eine bessere Zukunft sich zu gestalten vermag.“<sup>54)</sup> Den „materiellen Interessen“ wandte die Bourgeoisie ihre ganze Aufmerksamkeit zu. Als im Mai 1852 die ersten größeren „materiellen“ Erfolge sichtbar wurden, schrieb Mevissen: „Ich bin in einer Periode voll Tätigkeit und Schaffenslust.“<sup>55)</sup>

Das Jahr 1852 wurde von der Bourgeoisie „als das Jahr des wiedererwachenden Unternehmungsgeistes“ gefeiert. Gustav Mevissen erhob für die mit Hilfe der preußischen Regierung geschaffene Aktienbank, für den A. Schaaffhausen'schen Bankverein, den Anspruch, wesentlich dieses „Wiedererwachen des Unternehmungsgeistes“ gefördert zu haben. Er erklärte auf der Generalversammlung des A. Schaaffhausenschen Bankvereins am 3. September 1853 in Köln: „Nach dem Vorschritt Frankreichs und Englands haben auch in Deutschland bei beruhigteren politischen Zuständen die Kapitalien wieder in größerem Maße, als in den Jahren 1848 bis 1851, sich neuen industriellen Schöpfungen zugewandt. Die Direktion des Bankvereins hat es stets als eine ihrer wesentlichsten Aufgaben betrachtet, mit aufmerksamem Auge die Bedürfnisse und die Mittel der Rheinlande zu beobachten und im geeigneten Moment die Initiative zu gesunden und lebensfähigen großen industriellen Schöpfungen zu ergreifen.“

Unter ihrer Mitwirkung trat die durch den Druck der Vorjahre lange niedergehaltene ‚Kölnische Rückversicherung‘ im Jahre 1852 ins Leben. Andere Versicherungsgesellschaften, bestimmt, sehr fühlbare Lücken dieses Zweiges kon-

<sup>52)</sup> DZA, Merseburg, Rep. 120 A, Abt. XI, Fach 13, Nr. 2, Bd. 1, fol. 99.

<sup>53)</sup> Ebenda, fol. 160/161.

<sup>54)</sup> Hansen, J., a. a. O., Bd. I, S. 616.

<sup>55)</sup> Ebenda, I, S. 645.

servativer Tätigkeit in Preußen auszufüllen, wurden projiziert und haben es lebhaft zu beklagen, daß denselben bis heute noch die landesherrliche Genehmigung nicht zuteil geworden.

Im ‚Hörder Bergwerks- und Hüttenvereine‘ wurde die erste Aktiengesellschaft in Rheinland und Westfalen geschaffen, welche die Hebung der noch so wenig entwickelten Eisenproduktion und -verarbeitung in großartigem Maßstabe und mit großartigen Mitteln zum Zwecke hat. Im ‚Kölner Bergwerksverein‘ wurde eine Aktiengesellschaft zur Ausbeutung der so reichhaltigen Kohlenminen des Essener Reviers ins Leben gerufen. Zu gleichen Zwecken wurde ein der Konzession noch entgegensehender ‚Alsdorf-Höngener Kohlenverein‘ begründet.

In der ‚Alliance‘ und in der ‚Eschweiler Concordia‘ traten zwei Aktiengesellschaften zur Produktion von Zink, Blei und Eisen ins Leben.

Auf einem anderen Gebiet der industriellen Tätigkeit war die ‚Kölnische Baumwollspinnerei und -weberei‘ der Vorläufer eines Aufschwunges, welcher bald durch heimische Produktion den Bedarf des Inlandes in diesem Zweige zu decken verspricht.

Die Direktion des Bankvereins hat die Genugtuung, daß in fast allen Fällen, in welchen sie die Initiative ergriffen, bald anderweitige vielfache Nachfolge sowohl das Vorhandensein des Bedürfnisses wie die dadurch gebotene Aussicht auf Rentabilität dokumentiert hat.<sup>56)</sup>

Noch vor der Fertigstellung der ersten Hochöfen war der „Hörder Bergwerks- und Hüttenverein“ bestrebt, sich durch den Erwerb von Hütten und Gruben, besonders Eisensteingruben, weiter auszudehnen. Im Juli 1852 erwarb der Verein die „Hermannshütte“, damals das größte Hüttenwerk in Deutschland, ja sogar in Europa, das 1700 Arbeiter an 37 Puddel- und 38 Schweiß- und Glühöfen, in Walzwerken, Gießereien, Schmieden und den dazugehörigen Werkstätten beschäftigte. Durch Ankauf weiterer Kohleneisensteingruben bezweckte der Verein, sich das Monopol auf die Ausbeutung und Verarbeitung dieser Erze zu sichern. Die Erweiterungspläne veranlaßten bereits die erste Generalversammlung vom 28. September 1852 zu dem Beschluß, das Aktienkapital zu verdoppeln, also auf 4 Millionen Taler zu erhöhen. Diesem Antrag wurde von der Regierung nicht sofort stattgegeben, sondern dem Verein aufgegeben, erst den Nachweis zu erbringen, daß das Aktienkapital vollständig angelegt sei. Dieser Nachweis konnte im Februar 1854 erbracht werden, so daß die Erhöhung des Aktienkapitals nunmehr genehmigt wurde. Auf der dritten Generalversammlung des „Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins“ am 28. September 1854 kündigte der Präsident des Verwaltungsrates, Mevissen, die Fertigstellung der ersten Hochöfen an; die ersten beiden Hochöfen würden

<sup>56)</sup> A. Schaaffhausen'scher Bankverein in Köln, Protocoll der am 3. September 1853 gehaltenen General-Versammlung, In: Rep. 120 A, Abt. XI, Fach 13, Nr. 2, Bd. 1, fol. 211f.

Hansen, J., a. a. O., Bd. II, S. 519–521.

täglich etwa 80000 Pfund Roheisen liefern, der dritte sei gerade in Betrieb genommen worden und der vierte werde bis Ende des Jahres angeblasen, so daß alsdann etwa zwei Drittel des Roheisenbedarfs der Hütten des Vereins durch die eigene Produktion gedeckt werden könne. Mevissen forderte eine ständige Erweiterung des Unternehmens und betonte: „So dringend wie vor wenigen Jahren die Konzentration der Eisenproduktion und Eisenfabrikation in einer Hand, eben so dringend und unabweislich ist es heute durch den Fortschritt der Zeit geboten, das dritte Element, die eigene Produktion der Kohlen, damit zu verbinden.“ Sechs Kohlefelder sollten sofort erworben werden.<sup>57)</sup>

Wenige Tage vorher, am 20. September 1854, auf der Generalversammlung des Schaaffhausen'schen Bankvereins in Köln, hatte Mevissen in seinem Rechenschaftsbericht „die Entwicklung des deutschen Unternehmungsgeistes als eine höchst erfreuliche, den kräftigen Aufschwung des gesamten Deutschlands verbürgende Tatsache bezeichnet“. Er sprach davon, daß die deutsche Wirtschaft „in dem angesammelten Kapital und der an reichen Erfolgen großgezogenen Spekulation die mächtigen Hebel gesteigerten Fortschritts auf der betretenen Bahn besitze“<sup>58)</sup>.

Mevissen war einer der ersten mächtigen Vertreter des deutschen Finanzkapitals, der also bereits 1854 fordert, diesem als den entscheidenden Faktor in Wirtschaft und Politik die notwendige Achtung zu schenken. Schon jetzt zeigt sich immer deutlicher die Tendenz des Bankkapitals, sich durch seinen Einfluß in der Industrie als Finanzkapital eine Monopol- und Machtstellung zu verschaffen. Noch deutlicher wurde diese Tendenz in den Jahren 1855/56 sichtbar. In seinem Rechenschaftsbericht, den er am 29. September 1855 der Generalversammlung des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins vorlegte, erklärte Mevissen, daß der Augenblick gekommen sei, dem „Bankverein, als die einzige, bis jetzt in Preußen mit größeren Mitteln ausgerüstete Aktiengesellschaft für Bankiergeschäfte“ zu gestatten, seinen Geschäftsbereich auf das Ausland auszudehnen, eine Filiale in Berlin und Agenturen im Ausland zu gründen und zu diesem Zwecke das Grundkapital zu verdoppeln.<sup>59)</sup>

Dem Regierungskommissar, Oberregierungsrat Birk, legten die Direktoren Mevissen und Wendelstadt in ihrem Schreiben vom 12. November 1855 nahe, nicht zu übersehen, daß der Bankverein sich inzwischen als große Kraft ent-

<sup>57)</sup> Hörder Bergwerks- und Hütten-Verein. Auszug aus den Verhandlungen der am 28. September 1854 in Hörde abgehaltenen dritten regelmäßigen General-Versammlung, in: Rep. 120 A, Abt. XII, Fach 7, Nr. 117, fol. 62f.

<sup>58)</sup> A. Schaaffhausen'scher Bankverein in Köln, Protocoll der am 20. September 1854 gehaltenen General-Versammlung, in: Rep. 120 A, Abt. XI, Fach 13, Nr. 2, Bd. 1, fol. 232f.

<sup>59)</sup> A. Schaaffhausen'scher Bankverein in Köln, Protocoll der am 29. September 1855 abgehaltenen General-Versammlung, in: Rep. 120 A, Abt. XI, Fach 13, Nr. 2, Bd. 1, fol. 238f.

wickelt habe und ihm die „leitende Rolle“ „bei Begründung neuer großartiger Schöpfungen der rheinischen Industrie zugefallen ist“<sup>60)</sup>.

Das war keineswegs übertrieben. Der Regierungskommissar stellte in seinem Bericht an das Ministerium vom 11. Oktober 1856 fest, es sei bei dem Ansehen des Bankvereins kein Wunder, „daß die Aktien der Gesellschaft bei einem lebhaften Verkehr mit derselben selbst bis über 160<sup>0</sup>/<sub>0</sub> gestiegen sind und sich auch noch gegenwärtig nach eingetretener Geldkrise zu dem Course bis 145<sup>0</sup>/<sub>0</sub> erhalten“<sup>61)</sup>. Aber Preußen hatte noch immer ein „junckerlich-bürokratisches Ministerium“, das zwar „in konstitutionellen Formen regieren mußte“, sich jedoch darin gefiel, die Bourgeoisie in typisch junckerlich-bürokratischer Weise zu schikanieren. Noch immer unterlagen die Aktiengesellschaften der Kontrolle durch die Regierung, die sich immer wieder sträubte, Statutenänderungen, bzw. Kapitalerhöhungen, Filialgründungen usw. zu genehmigen.<sup>62)</sup>

Doch die deutsche Finanzbourgeoisie ließ sich keineswegs mehr von ihrem Streben nach ökonomischer Macht abbringen. Auf der Generalversammlung des Schaaffhausen'schen Bankvereins am 25. September 1856 beschwerte sich Mevissen über die Schwierigkeiten, die Preußen der Ausdehnung des Unternehmens bereite und warnte, „daß außerhalb Preußens Bank-Institute creiert werden, welche durch Gründung von Commanditen und Agenturen in kürzester Frist den preußischen Geldmarkt stark influenzieren werden“. Zum Schluß betonte er, daß sich mit der Zeit auch die Ausdehnung des Schaaffhausen'schen Bankvereins nicht verhindern ließe; sie würde sich als eine mächtige Finanzinstitution schon durchsetzen.<sup>63)</sup>

Die Finanzbourgeoisie war sich ihrer Kraft bewußt; die Zeit war gekommen, da sie sich an der Aktienbörse Junker und Fürsten zu Untertanen machte.

#### IV. Die Darmstädter „Bank für Handel und Industrie“

Der A. Schaaffhausen'sche Bankverein war nicht das einzige Bankunternehmen Mevissens geblieben. Er hatte auf der Generalversammlung des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins in Köln, am 3. September 1853, erklärt: „Schon seit längeren Jahren ist es in Deutschland ein anerkanntes Bedürfnis, daß dem aufstrebenden Unternehmungsgeiste der Nation durch die Schöpfung großartiger Kreditinstitute die Wege geebnet und der steigenden industriellen Bewegung durch die Expansionskraft und Elastizität großer Geldinstitute ein wirksamer Schutz gegen die von den Fortschritten der Industrie unzertrennlichen vorübergehenden Krisen geboten werden müsse. Jeder Blick auf die

<sup>60)</sup> Ebenda, fol. 245f.      <sup>61)</sup> Ebenda, fol. 285.

<sup>62)</sup> Vgl. Engels, F., Gewalt und Ökonomie bei der Herstellung des neuen deutschen Reichs, Berlin 1952, S. 33.

<sup>63)</sup> A. Schaaffhausen'scher Bankverein in Köln, Auszug aus den Verhandlungen der am 25. September 1856 abgehaltenen Generalversammlung, in: Rep. 120 A, Abt. XI, Fach 13, Nr. 2, Bd. 1, fol. 289f.

großen Geldinstitute der industriellen Staaten des Auslandes zeigt das Un-  
genügende der heimischen Einrichtungen.“<sup>64</sup>)

Mevissen dachte dabei vor allem an die von der deutschen Bourgeoisie sehr  
beachtete französische Bankgründung der Pariser Bankiers Emile und Isaak  
Pereire, die „Société générale de Crédit mobilier“ (Allgemeine Gesellschaft des  
Mobilier-Kredits) und an seine bereits genehmigte Bankneugründung, die das  
französische Beispiel nachahmte, die „Bank für Handel und Industrie“ in  
Darmstadt.

Die französische Bankgründung vom November 1852, die „Société générale de  
Crédit mobilier“ fand das besondere Interesse der deutschen Bourgeoisie. Das  
Thema „Crédit mobilier“ bildete jahrelang einen beliebten Diskussionsgegen-  
stand in den Kreisen der Bourgeoisie und der Volkswirtschaftler. „Crédit mobi-  
lier“ bedeutete für die Bourgeoisie ein Programm. In einem anonymen Artikel der  
„Deutschen Vierteljahrsschrift“ 1856 über „Die modernen Kreditbanken“  
wird festgestellt: „Der Begründung der Reportbank oder des Crédit mobilier  
lag ein tiefer und wahrer Gedanke zu Grunde, der unserer Zeit ganz eigentüm-  
lich angehört.“<sup>65</sup>) Crédit mobilier hieß Vereinigung der Kapitalisten und des  
Kapitals, um Großunternehmen aufzubauen und sich größere Macht zu  
sichern. Diese Vereinigung des Kapitals erforderte die Gründung von Banken  
in der Form von Aktiengesellschaften. Was Mevissen im A. Schaaffhausen'schen  
Bankverein begonnen hatte, war in Frankreich in weit größerem Umfange im  
Crédit mobilier weitergeführt worden. Crédit mobilier wurde ein neuer Begriff,  
der auch bei den Bankgründungen in Deutschland eine Rolle spielte. Das  
Aktiengeschäft, die Schaffung, Übernahme und der Verkauf von Aktien galt  
nunmehr als die Haupttätigkeit der Banken. Die Aktiengesellschaft war nicht  
möglich ohne die Unterstützung der Bank, namentlich der großen kapital-  
kräftigen Aktienbank.

Der bekannte Tübinger Professor der Nationalökonomie, der Nationalökonomie  
der deutschen Bourgeoisie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Albert  
Schäffle (1831–1903) schrieb 1856 in der „Deutschen Vierteljahrsschrift“, daß  
„die Aktien, deren Zahl Legion ist, die Angel bilden, in welcher die jetzige Welt  
sich zu drehen scheint“. Er erklärt weiter: „Die Form der Aktiengesellschaft  
ist es, in welcher sich die bedeutendste Tatsache der Zeit, der beispiellose Auf-  
schwung des Industrie- und des Kreditwesens mit Vorliebe oder besser gesagt,  
mit einer gewissen inneren Notwendigkeit vollzieht.“ Die Bedeutung der  
Aktiengesellschaft und der mit ihnen eng verbundenen Aktienbanken beruhte,  
wie er sagt, auf der „entscheidenden wirtschaftlichen Tatsache“, daß sich hier  
„der Umschwung vom Klein- zum Großbetrieb“ vollzieht.“<sup>66</sup>)

Die deutsche Bourgeoisie schenkte auch der politischen Bedeutung der Kapital-  
konzentration im Crédit mobilier große Beachtung. In dem anonymen Artikel

<sup>64</sup>) Hansen, J., a. a. O., Bd. II, S. 522.

<sup>65</sup>) „Deutsche Vierteljahrsschrift“, Stuttgart und Augsburg, 3. Heft 1856. S.  
281/282.

<sup>66</sup>) „Deutsche Vierteljahrsschrift“, 4. Heft 1856, S. 259–261.

über „Die modernen Kreditbanken“ in der „Deutschen Vierteljahrsschrift“ 1856 wurde darauf hingewiesen, daß es bei der Gründung des *Crédit mobilier* der französischen Bourgeoisie darauf ankam, das Kapitalmonopol des Privat-Bankhauses Rothschild zu brechen, weil es die Orléanisten und Bourbonen unterstützte. Indem die französische Bourgeoisie dem großen Kapital der Rothschilds, das nicht ihren politischen Interessen diente, ein noch größeres durch Vereinigung vieler Kapitale entgegensetzte, erlangte sie den von ihr gewünschten politischen Einfluß, stützte sie das ihren materiellen Interessen dienende Regime Napoleons.<sup>67)</sup>

Die deutsche Bourgeoisie verfolgte ebenfalls die Absicht, durch Kapitalkonzentration, d. h. durch Gründung großer Aktienbanken und großer Industrie-Aktiengesellschaften, größeren politischen Einfluß zu erlangen. Doch die preußische Regierung versagte 1853 den deutschen *Crédit mobilier*-Projekten Mevissens die Genehmigung. Die Junker wollten sich nicht von der Bourgeoisie ihren politischen Einfluß beschneiden lassen. Aber auch in Deutschland konnte die zunehmende kapitalistische Akkumulation und das damit verbundene Streben nach Erweiterung der Produktion und Zentralisation des Kapitals nicht aufgehalten werden. Karl Marx sagt im „Kapital“: „Im Maß wie die kapitalistische Produktion und Akkumulation, im selben Maß entwickeln sich Konkurrenz und Kredit, die beiden mächtigsten Hebel der Zentralisation. Daneben vermehrt der Fortschritt der Akkumulation den zentralisierbaren Stoff, d. h. die Einzelkapitale, während die Ausweitung der kapitalistischen Produktion, hier das gesellschaftliche Bedürfnis, dort die technischen Mittel jener gewaltigen industriellen Unternehmungen schafft, deren Durchführung an eine vorgängige Zentralisation des Kapitals gebunden ist. Heutzutage ist also die gegenseitige Attraktionskraft der Einzelkapitale und die Tendenz zur Zentralisation stärker als je zuvor.“<sup>68)</sup>

Die deutsche Bourgeoisie war durch den Kölner Bankier Abraham Oppenheim direkt am *Crédit mobilier* beteiligt. Eine Schwester A. Oppenheims war die Gattin des Bankiers Benoit Fould, der zu den führenden Finanziers des *Crédit mobilier* gehörte. Die Kölner Bankiers verfolgten daher mit besonders großem Interesse die Entwicklung des *Crédit mobilier*. Bereits im Dezember 1852 fanden die ersten Besprechungen zwischen A. Oppenheim und G. Mevissen statt über die Möglichkeit einer ähnlichen Gründung in Deutschland. Mevissen und Oppenheim planten die Gründung von zwei Aktienbanken, eine Kreditbank zur Förderung der Industrie, eine Notenbank zur Verstärkung des Geldumlaufs. Mevissen entwarf die Statuten beider Gesellschaften, wobei er sowohl das Beispiel des *Crédit mobilier* wie des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins zugrunde legte. Gute Beziehungen zur hessischen Regierung veranlaßten Mevissen und Oppenheim, die Konzessionierung der beiden Aktienbanken in Darmstadt zu beantragen. Große Anstrengungen von seiten G. Me-

<sup>67)</sup> Vgl. ebenda, 3. Heft 1856, S. 281/282.

<sup>68)</sup> Marx, Engels, Das Kapital, Berlin 1947, Bd. I, S. 660.



vissens und A. Oppenheims waren erforderlich, um die Genehmigung durchzusetzen. Am 25. März 1853, als die Konzessionierung der Banken kurz bevorstand, schrieb G. Mevissen: „Gelingt die Bank für Handel und Industrie, so wird dies die bedeutendste, weit in die Zukunft hinausreichende meiner Schöpfungen.“<sup>69)</sup>

Am 2. April 1853 wurde das Statut genehmigt, das der Bank weitgehende Befugnisse gab. Im § 10 des Statuts hieß es u. a.: „Sie ist befugt, Staats-, Communal- und ständische Papiere, Aktien oder Obligationen anonymer Gesellschaften insbesondere Aktien und Obligationen industrieller oder Kredit-Unternehmungen, zu soumissionieren oder zu erwerben, so wie die erworbenen Effekten, Aktien und Obligationen wieder zu verkaufen, gegen andere zu vertauschen oder dieselben zu verpfänden; sie ist befugt, alle Anleihen oder öffentliche Unternehmungen ganz oder teilweise für eigene Rechnung zu übernehmen, sie weiter zu cedieren und zu realisieren oder sich bei deren Übernahme zu beteiligen, so wie bis zum Belaufe ihrer Übernahme oder Beteiligung Schuldscheine, auf den Namen oder Inhaber lautend, in Umlauf zu setzen; sie ist befugt, die Vereinigung oder Konsolidierung verschiedener anonymer Gesellschaften, so wie die Umgestaltung von industriellen Unternehmungen in anonyme Gesellschaften zu vermitteln und zu bewirken, so wie die auf den Namen oder Inhaber lautenden Aktien und Obligationen solcher neu creierten Gesellschaften zu emittieren.“<sup>70)</sup>

Die „Darmstädter Bank für Handel und Industrie“ stellte sich also die Aufgabe, Großunternehmen bzw. Aktiengesellschaften zu schaffen und Staats- und Kommunal-Anleihen zu übernehmen. Die wirtschaftliche, aber auch die politische Bedeutung dieses Unternehmens lag klar auf der Hand. J. Hansen sagt in seiner Mevissen-Biographie: „Ein leitender Gedanke der Darmstädter Unternehmung war, ebenso wie bei der Gründung des Crédit mobilier, durch ein korporatives Unternehmen ein Gegengewicht gegen die Alleinherrschaft der privaten Rothschildischen Geldmacht zu schaffen.“<sup>71)</sup> Diese „Alleinherrschaft der privaten Rothschildischen Geldmacht“ war die beste politische Untersützung der österreichischen Monarchie und des feudalen Großgrundbesitzes, und hatte die Aufrechterhaltung des „Deutschen Bundes“ unter der Führung Österreichs zum Ziel. Die Darmstädter „Bank für Handel und Industrie“ aber war das wirtschaftliche und politische Instrument der preußischen Bourgeoisie und sollte zugunsten der wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Bourgeoisie den Einfluß Rothschilds zurückdrängen. Rothschild bot daher alles auf, um die „Bank für Handel und Industrie“ und die am 28. April 1853 genehmigte Notenbank, die Darmstädter Bank für Süddeutschland, zum Scheitern zu bringen. Die Mehrzahl der Frankfurter Ban-

<sup>69)</sup> Hansen, J., a. a. O., Bd. I, S. 648—650.

<sup>70)</sup> Sammlung der Statuten aller Actien-Banken Deutschlands, Hrsg. von Dr Hocker, Nicolaus, Köln 1858, S. 105.

<sup>71)</sup> Hansen, J., a. a. O., Bd. I, S. 650.

kiers hielt zu Rothschild. Es erwies sich als unmöglich, die erste Emission von 40000 Aktien zu 250 Gulden der „Bank für Handel und Industrie“ gegen den Widerstand Rothschilds an der Frankfurter, Berliner oder Hamburger Börse unterzubringen. Die „Bank für Handel und Industrie“ mußte sich der Hilfe des *Crédit mobilier* bedienen, um ihre Aktien an der Pariser Börse plazieren und ihre Tätigkeit beginnen zu können. Diese Hilfe wurde vertraglich festgelegt. Der Vertrag vom 12. April 1853 übertrug dem *Crédit mobilier* auf sechs Monate das alleinige Verkaufsrecht der ersten Emission, wobei sich die französische Bourgeoisie die Hälfte alles Agiogewinnes und gewisse Vorrechte für die zweite Emission sicherte. Rothschild bereitete auch an der Pariser Börse große Schwierigkeiten. Am 30. April 1853 schrieb A. Oppenheim aus Paris an G. Mevissen: „Rothschild und die Deutschen wenden hier alles an, um dem Unternehmen zu schaden und die Aktien zu drücken; dennoch behaupten Pereire und mein Schwager (B. Fould), daß sie den Sieg davontragen würden unter der Bedingung, daß sie die Kurse nicht weichen lassen.“<sup>72)</sup>

An der Pariser Börse fand ein regelrechter Kampf zwischen Rothschild und dem *Crédit mobilier* wegen der Aktien der „Bank für Handel und Industrie“ statt, wobei auch *Crédit mobilier* zu Börsenmanövern Zuflucht nahm, mit denen sich G. Mevissen nicht immer einverstanden erklären konnte. Am 13. Mai 1853 schrieb Mevissen dem in Paris weilenden A. Oppenheim: „Die Darmstädter Sache hat mir bis jetzt mehr Ärger und Verdruß bereitet, als irgend ein Geschäft, das ich je betrieben habe . . . Ich wiederhole meinen früheren Wunsch, daß ein besserer Weg gefunden werden möge, die deutschen Anschauungen mit den französischen zu vereinigen, ich müßte es sonst vorziehen, mich gewaltsamen aus einer Position zu befreien, die mir unerträglich wird.“<sup>73)</sup>

Im Oktober 1853 war die Bank aus den ersten Gründungsschwierigkeiten heraus. G. Mevissen trachtete nun danach, die Bank über ganz Deutschland auszubringen und sie zur führenden Gründerbank zu machen. Am 9. November 1853 sprach G. Mevissen in einem Brief von seinem Plan, „ein System von Kommanditen und Filialen“, „aufzubauen, das uns auf allen Haupthandelsplätzen Freunde schafft und die Vertretung erleichtert, wenn früh oder spät unser Verkehr sich weiter ausdehnt“<sup>74)</sup>.

Im Bericht auf der ersten Generalversammlung der Darmstädter Bank am 22. Mai 1854 sprach G. Mevissen von den „wertvollsten und für die künftige Entwicklung wie für die künftige Rentabilität des Instituts am meisten versprechenden Rechten der Bank . . ., in allen Staaten des Deutschen Bundes sowie des Auslandes für die Zwecke der Bank Filialen zu errichten oder Kommanditen und Agenturen zu begründen“<sup>75)</sup>.

Die „Darmstädter Bank für Handel und Industrie“ hat die Lage der Aktienbanken in Deutschland gefestigt und damit die schwerindustrielle Entwicklung

<sup>72)</sup> Hansen, J., a. a. O., Bd. I, S. 654/655.

<sup>73)</sup> Ebenda, Bd. I, S. 655.

<sup>74)</sup> Ebenda, Bd. I, S. 656.

<sup>75)</sup> Ebenda, Bd. II, S. 531.

beschleunigt. Während sich die im April gegründete Darmstädter Bank nur mit Hilfe des französischen Kapitals durchsetzen konnte, wurde bei der am 11. Mai 1853 gegründeten, „Braunschweigischen Bank“ das Gründungskapital in Höhe von 2 Millionen Talern innerhalb von drei Stunden um das Einhundertzwölfwache überzeichnet.<sup>76)</sup>

Diese Gründung war vom Vorstand des Braunschweigischen Kaufmann-Vereins ausgegangen und sollte, wie in § 1 der Statuten erklärt wurde, der „Belebung des Geldverkehrs und zur Hebung des Handels und der Fabrikätigkeit, sowie des Ackerbaues und der Gewerbe“ dienen.<sup>77)</sup>

Die „Darmstädter Bank für Handel und Industrie“ verstand es, noch vor Ablauf des Jahres 1853, für die deutsche Industrie auch den „kalifornischen Goldregen“ nutzbar zu machen, der gerade begann, in der amerikanischen Bank- und Industrieentwicklung seine Auswirkungen zu zeigen. Im November 1853 trat die Darmstädter Bank in ein Kommanditbeteiligungsverhältnis zur New Yorker Bank G. vom Baur u. Comp. Das war die erste Kommandite der Darmstädter Bank, auf die sie große Hoffnungen setzte. G. Mevissen erklärte auf der ersten Generalversammlung am 22. Mai 1854: „Die unaufhaltsam steigende deutsche Auswanderung nach Nordamerika und die mit derselben gleichen Schritt haltende Steigerung des Exports und Imports der deutschen Industrie nach und aus diesem Lande, bedeutender als nach irgend einem anderen, lassen lebhaft und gewinngebende Wechselbeziehungen zwischen dem Bankhause in New York und der Bank für Handel und Industrie mit vollem Rechte erwarten.“<sup>78)</sup>

Der Geschäftsbericht des Jahres 1854 hob ebenfalls die Kommandite in New York besonders hervor, da sie „zu der gedeihlichen Entwicklung“ der „Bank für Handel und Industrie“ beigetragen habe.<sup>79)</sup>

Am 22. Mai 1854 hatte G. Mevissen noch von der „Unzulänglichkeit der in Deutschland bestehenden Bank- und Kreditinstitute“ gesprochen, als eine seit Jahren von fast allen Organen der öffentlichen Meinung anerkannte, in den Verhandlungen der Parlamente und Kammern niedergelegte, von tausendfachen Vorschlägen zur Abhilfe begleitete Tatsache.<sup>80)</sup>

Zwei Jahre später, im Mai 1856 konnte G. Mevissen mit Befriedigung feststellen: „Die Darmstädter Bank für Handel und Industrie hat in vielen deutschen Staaten Nachahmung gefunden, und Deutschland, das ein Jahrhundert auf dem Gebiete des Bankwesens gegen Frankreich und England zurückgeblieben war, wird dank dem gewaltigen Impuls, den die Gründung der Bank für Handel und Industrie gegeben, im Laufe weniger Jahre die

<sup>76)</sup> *Rosenberg, Hans*, Die Weltwirtschaftskrisis von 1857–1859, Beiheft 30 zur Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart-Berlin 1934, S. 100/101.

<sup>77)</sup> *Dr. Hocker, Nicolaus*, a. a. O., S. 56.      <sup>78)</sup> *Hansen, J.*, a. a. O., Bd. II, S. 531.

<sup>79)</sup> *Dr. Hocker, Nicolaus*, a. a. O., S. 114.

<sup>80)</sup> *Hansen, J.*, a. a. O., Bd. II, S. 525.

anderen Länder an Zahl und Großartigkeit seiner Bankinstitute überflügelt haben.“<sup>81)</sup>

Doch nicht nur weitere Bankgründungen waren durch die Darmstädter Bank unterstützt worden, sondern die Bank entfaltete auch eine umfangreiche Industrie-Gründungstätigkeit. Sie übernahm Aktien der Österreichischen Staatsbahn sowie der Rheinischen Bahn, ferner die Finanzierung der Eisenbahn Bingen–Aschaffenburg über Mainz.<sup>82)</sup> Sie kreditierte 1854 sowohl die Badische wie die Bayerische Staatsanleihe, wodurch sich diese Länder bereits in die Abhängigkeit des Bankkapitals begaben. Aktien neugegründeter, vielversprechender Unternehmungen fanden nun auch in Deutschland schon bei der Ausgabe sofort mit Agio (Zuschlag) guten Absatz. Friedrich Engels schrieb am 14. April 1856 an Karl Marx: „Der Schwindel in Deutschland ist wirklich so brillant wie noch nie. Mevissen ist König der Rheinprovinz . . .“<sup>83)</sup> In einem Artikel, den Karl Marx unter dem Datum 11. Januar 1859 in der New York Tribune veröffentlichte, heißt es über den gewaltigen Aufschwung in Deutschland in den 50er Jahren: „Wenn man durch Rheinpreußen und das Herzogtum Westfalen reist, wird man an Lancashire und Yorkshire erinnert. Kann sich Preußen auch nicht eines Isaak Péreire rühmen, so besitzt es doch Hunderte von Mevissens an der Spitze von mehr Crédit-Mobiliers, als der Deutsche Bund Fürsten zählt.“<sup>84)</sup>

Im Jahre 1856 hatten die Geschäfte der Darmstädter Bank einen solchen Umfang angenommen, daß eine außerordentliche Generalversammlung am 20. Januar 1857 die Verdoppelung des Grundkapitals der Bank beschloß, von 25 Millionen auf 50 Millionen Gulden.<sup>85)</sup> Überhaupt ist das Jahr 1856 in der Geschichte deshalb bemerkenswert, weil vier der deutschen Großbanken, die in entscheidender Weise die monopolkapitalistische Entwicklung und die Politik des Monopolkapitalismus in Deutschland bestimmt haben, bereits in dem Jahr 1856 als die maßgebenden Großbanken in Erscheinung traten. Es handelt sich um den bereits erwähnten A. Schaaffhausen'schen Bankverein und die Darmstädter Bank sowie um die 1856 von einer Anzahl namhaften Bankiers (unter ihnen der Bismarck-Bankier Bleichröder) gegründete Berliner Handelsgesellschaft und die Diskontogesellschaft, ebenfalls 1856 nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten in der Weise reorganisiert, daß es ihr möglich war, bald eine führende Stellung zu erlangen.

## V. Die Diskonto-Gesellschaft

Eine der bedeutendsten Bankgründungen nach der Revolution von 1848 war die der „Diskonto-Gesellschaft“ im Jahre 1851 durch den ehemaligen preußi-

<sup>81)</sup> Ebenda, Bd. I, S. 663.      <sup>82)</sup> *Dr. Riesser*, a. a. O., S. 47.

<sup>83)</sup> *Marx-Engels*, Briefwechsel, Bd. II, S. 157.

<sup>84)</sup> MELST, Zur deutschen Geschichte, II/1, S. 684.

<sup>85)</sup> *Dr. Hocker*, N., a. a. O., S. 115/116.

schen Finanzminister von 1848, David Hansemann. Er befaßte sich bereits kurz nach seinem Rücktritt mit Entwürfen für die Gründung einer Bank, die in der Lage war, dem Kapitalmangel in der Industrie abzuhelfen und die Entwicklung von Großbetrieben zu fördern. Diese Aufgabe war nicht mit einer Privatbank zu lösen. Hansemann war bestrebt, zahlreiche kleine Fabrikanten und Kaufleute für die Gründung eines Kreditinstituts zu gewinnen, d. h. er beabsichtigte, den Zusammenschluß kleiner und mittlerer Kapitalien zu organisieren, die Akkumulation und Zentralisation des Kapitals zu beschleunigen. Den ersten Entwurf zur Gründung einer „Berliner Kredit-Gesellschaft“ legte Hansemann bereits im Mai 1849 vor. Er hatte sich die in Brüssel 1848 gegründete „Société de l'Union du Crédit“ zum Vorbild genommen, an der 246 Unternehmer beteiligt waren.<sup>86)</sup> In seinem Schreiben vom 9. Mai 1849 an den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, von der Heydt, und den Finanzminister, von Rabe, legte Hansemann dar, daß die Verbesserung der Kreditmöglichkeiten äußerst dringend sei. „Wer die Geld- und Kredit-Verhältnisse des hiesigen Platzes einigermaßen kennt, dem ist es auch bekannt, wie schwierig es schon früher dem mittleren und kleinen Handelsstande und dem Gewerbetreibenden war, sich auf eigenen persönlichen Kredit die zu seinem Geschäftsbetriebe vorübergehend benötigten Geldmittel zu verschaffen und wie sehr diese Schwierigkeit nach den Ereignissen des abgewichenen Jahres, die den persönlichen Kredit fast ganz vernichteten, zugenommen hat.“<sup>87)</sup>

Der führende Liberale Hansemann war im Mai 1849, als sich die Volksmassen in Sachsen, im Rheinland, in Baden und in der Pfalz gegen die Konterrevolution wandten, um die liberalen und demokratischen Errungenschaften der Revolution zu verteidigen, in erster Linie daran interessiert, die Bourgeoisie finanziell zu stärken, die kapitalistische Entwicklung zum Großbetrieb voranzubringen. So schreibt Hansemann weiter: „Ich habe mir es daher, um jene Lücke auszufüllen, zur Aufgabe gestellt, die Errichtung einer ‚Berliner Kredit-Gesellschaft‘, wie solche bereits seit etwa einem Jahre mit günstigem Erfolge in Brüssel besteht und gewissermaßen auf Gegenseitigkeit gegründet, zu vermitteln.“ Um die bestehenden Schwierigkeiten, namentlich das weitverbreitete Mißtrauen zu überwinden, hoffte Hansemann auf die Unterstützung des Ministers von der Heydt. Im Brief wird dargelegt: „Die Ausführung wird durch die jetzige allgemeine Wechselfähigkeit wesentlich erleichtert, findet einstweilen aber darin noch einige Schwierigkeiten, daß die angesehenen Handlungshäuser, wenn auch von der Nützlichkeit des Unternehmens überzeugt, demselben sich noch nicht anschließen mögen, weil dabei nicht sowohl ein großer Gewinn für die Teilnehmer als vielmehr eine Förderung des Gemeinwohls in Aussicht steht.“

<sup>86)</sup> DZA, Merseburg, Rep. 120 A, Abt. XI, Fach 2, Nr. 5, Bd. 1, fol. 72/73.

<sup>87)</sup> Ebenda, fol. 2.

Es ist aber, um dem Unternehmen von Hause aus eine solide Grundlage zu geben und das öffentliche Vertrauen dafür zu erwecken, wünschenswert, daß wenigstens eine gewisse Zahl der angesehenen Handlungshäuser demselben von Anfang an beitrete und würde es nur darauf ankommen, inwiefern etwa durch Bewilligung besonderer Vorteile die Teilnahme dafür zu erregen wäre.“<sup>88)</sup>

Die Verhandlungen über das Hansemannsche Projekt dauerten bis 1851. Die preußische Regierung zog zunächst beim preußischen Generalkonsul in Antwerpen Erkundigungen über die Brüsseler Kredit-Gesellschaft ein, die sehr günstig ausfielen.<sup>89)</sup> Hansemann hatte im Frühjahr 1850 die weiteren Verhandlungen mit der Regierung einem aus acht Fabrikanten bestehenden „Verwaltungskomitee der Berliner Kredit-Gesellschaft“ übertragen, das sich eifrig bemühte, die Konzession schnellstens vom Minister von der Heydt zu erlangen. Dieser Verwaltungsrat konnte im November 1850 das Protokoll der Aufnahme-Kommission der Berliner Kredit-Gesellschaft vom 2. November 1850 vorlegen, aus dem hervorging, daß bereits 500 Unternehmer ihre Beteiligung angemeldet hatten und mithin mit einem Kapital von einer Million Taler gerechnet werden könne.<sup>90)</sup>

Die von der zweiten Kammer des preußischen Landtags mit der Untersuchung der Bankverhältnisse beauftragte Kommission erstattete am 8. Mai 1851 einen von Friedrich Harkort verfaßten Spezialbericht über den Hansemannschen Bankplan, in dem betont wurde: „Faßt die Abteilung ihr Urteil zusammen, so muß zugegeben werden, daß die vorliegenden Statuten nebst Erläuterungen und Berechnungen einen sehr gründlich durchdachten Plan enthalten, der einem großen Bedürfnis entspricht, dessen Wichtigkeit und Gemeinnützigkeit selbst von der Behörde nicht verkannt wird. Unser Publikum ist in Banksachen häufig noch sehr unaufgeklärt und muß erst durch lange Übungen und Erfahrungen dahin geführt werden, wo Schottlands Bewohner bereits stehen. Die Kreditgesellschaft schlägt dazu den rechten Weg ein: die Assoziation der Interessen tüchtiger Geschäftsleute, welche mit der Führung solcher Angelegenheiten vertraut sind.“<sup>91)</sup>

Hier zeigte sich eindeutig das Bestreben der Bourgeoisie, den Banken eine führende Rolle im wirtschaftlichen und politischen Leben zu verschaffen. Als die preußische Regierung, veranlaßt durch die Einwände des Oberpräsidenten von Flottwell, ihre Bedenken gegen die von David Hansemann geplante Vereinigung von Kapitalisten zu einer Kreditgesellschaft nicht fallen ließ, wählte er kurz entschlossen für sein Unternehmen eine neue Form und einen neuen Namen, so daß er nicht der Regierungs-Genehmigung bedurfte. Am 2. Juni 1851 war in einer Generalversammlung aller bereits für die „Berliner Kredit-Gesellschaft“ gemeldeten Interessenten beschlossen worden, den Abänderungs-

<sup>88)</sup> Ebenda, fol. 2/3.

<sup>89)</sup> Ebenda, fol. 36.

<sup>90)</sup> Ebenda, fol. 38.

<sup>91)</sup> Die Disconto-Gesellschaft 1851 bis 1901, Denkschrift zum 50jährigen Jubiläum, Berlin 1901, S. 6.

vorschlägen der Regierung nicht zu entsprechen, namentlich die Beaufsichtigung der Gesellschaft durch einen Regierungskommissar abzulehnen. Alle stimmten der Auflösung und der Gründung einer Handelsgesellschaft zu, falls sich weitere Verhandlungen mit der Regierung als aussichtslos erweisen sollten.<sup>92)</sup> Schon am 6. Juni 1851 gründete Hansemann die „Diskonto-Gesellschaft“. 200 Unternehmen fanden sich sofort bereit, als sogenannte stille Teilhaber ihr Kapital gegen Gewinnbeteiligung zur Verfügung zu stellen. Ein aus den stillen Teilhabern gewählter Verwaltungsrat entsprach dem Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft.<sup>93)</sup> In der Denkschrift zum 50jährigen Jubiläum der Diskonto-Gesellschaft wird ihre Gründung als ein Ereignis gefeiert, „durch welches der Unternehmungslust neue Bahnen eröffnet, dem kaufmännischen Geiste neue Ziele gesetzt wurden“. David Hansemann wird in der Bankliteratur unter den Männern, die die Entwicklung des Bankwesens in Deutschland zu Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beeinflußt haben, an erster Stelle genannt.

Von seinen Bestrebungen wird gesagt: „Sein Streben war übrigens, so verschieden auch die Formen waren, in denen es sich jeweilig einhüllte, unablässig auf denselben Punkt gerichtet, nämlich auf die Schaffung einer großen Kapitalassoziation, deren Fäden womöglich in seiner Hand zusammenliefen.“<sup>94)</sup>

An David Hansemann wird besonders gerühmt, daß er als Geschäftsmann zugleich Staatsmann war, der die Form fand, „die Kapitalkraft weiter Kreise zu gemeinsamen Handelsunternehmungen zu vereinen“, das Kapital zusammenzufassen zu Unternehmungen, für die die Kraft des einzelnen nicht ausreichte.<sup>95)</sup> Bei dieser Gründung ging es genau wie bei dem Schaaffhausen'schen Bankverein um die Erfassung des akkumulierten Kapitals zur Förderung der Großindustrie bzw. des kapitalistischen Zentralisations- und Konzentrationsprozesses. Darin liegt die Bedeutung dieser Gründung.

Die 1851 gegründete Diskonto-Gesellschaft war aber erst eine Kreditgesellschaft und noch keine Kreditbank. Die Geschäftstätigkeit war auf die Mitglieder bzw. Teilhaber beschränkt. Die Zahl der Teilhaber stieg allerdings schnell. Am 15. Oktober 1851 zählte die Gesellschaft 236 Mitglieder, Ende 1853 jedoch bereits 1583 Mitglieder.<sup>96)</sup> Am 22. April 1855 schlug Hansemann den Gesellschaftsmitgliedern vor, Maßnahmen zu ergreifen, um „ein nicht unerhebliches, an Gewinn und Verlust partizipierendes Kapital“ zu schaffen „und hierdurch die Übernahme größerer und lukrativerer Bankgeschäfte, als des bloßen Kommissionsgeschäftes auf sicherer Basis“ zu ermöglichen. Auf zwei außerordentlichen Generalversammlungen, am 9. Januar und am 13. No-

<sup>92)</sup> DZA, Merseburg, Rep. 120 A, Abt. XI, Fach 2, Nr. 5, Bd. 1, fol. 204f.

<sup>93)</sup> Denkschrift, a. a. O., S. 7/8.

<sup>94)</sup> Vgl. Bankwesen und Bankpolitik in Preußen. Nach amtlichen Quellen bearbeitet von Dr. v. Poschinger, H., Berlin 1879, Bd. III, S. 99.

<sup>95)</sup> Die Disconto-Gesellschaft 1851 bis 1901, a. a. O., S. 11.

<sup>96)</sup> Rep. 120 A, Abt. XI, Fach 2, Nr. 5, Bd. 1, fol. 302f.

vember 1856, erfolgte schließlich die Überführung der Diskontogesellschaft in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien mit einem Aktienkapital von 20 Millionen Taler, die als Effektenbank das Recht hatte, „Bergwerkseigentum und industrielle Etablissements aller Art mit Einschluß der zum Betriebe dienenden Nebengrundstücke“ zu erwerben.<sup>97)</sup>

David Hansemann erklärte auf der letzten Generalversammlung zur Begründung der von der Diskontogesellschaft in Aussicht genommenen Tätigkeit: „Die Diskontogesellschaft verdankt ihr Dasein und ihre Entwicklung keiner vorübergehenden Stimmung, sondern einem bleibenden Interesse . . . Wir dürfen uns neben der Erfahrung auf die *patriotische Seite* unserer Geschäftsführung berufen, indem wir das angesammelte Kapital für *vaterländische Produktionen* und überhaupt zur Förderung solcher Erwerbszweige verwenden, die unseren Mitbürgern mittelbar oder unmittelbar zugute kommen.“<sup>98)</sup> Die „patriotische Seite“ der Geschäftsführung bestand darin, daß David Hansemann, wie der bekannte Publizist der Bismarck-Zeit Dr. H. von Poschinger schreibt „unablässig . . . auf die Schaffung einer großen Kapitalassoziation“, hinarbeitete, „deren Fäden womöglich in seiner Hand zusammen liefen“<sup>99)</sup>, d. h. also auf Konzentration und damit Herrschaft des Kapitals. Das Streben nach Herrschaft lag der Reorganisation der Diskontogesellschaft zugrunde. Von diesem Standpunkt aus wurde auch 1856 diese Reorganisation von der Bourgeoisie gefeiert. Die damals führende Finanzzeitschrift Deutschlands, der „Aktionär“ in Frankfurt a. M., schrieb anläßlich der Reorganisation der Diskonto-Gesellschaft: „Die Diskonto-Gesellschaft ist unter allen neueren Bankinstituten dasjenige, welches zuerst den Impuls zu kräftiger Förderung des Handels und der Industrie gegeben hat . . . man darf mit Zuversicht erwarten, daß die vermehrten Kapitalkräfte und die erweiterten Befugnisse von der Direktion der Anstalt benutzt werden, um die Geschäfte derselben . . . einer stets wachsenden Ausdehnung zuzuführen.“<sup>100)</sup> Der „Syndikus der Handelskammer für das Herzogtum Sachsen-Altenburg“, Dr. Ludwig Metzler, bestätigte 1911 in seinen Studien zur Geschichte des deutschen Effektenbankwesens: „Das Effektenbankgeschäft der Diskontogesellschaft trat bald dominierend in den Vordergrund und in wenigen Jahren schon nahm die Gesellschaft auf diesem Gebiete, namentlich in der Übernahme von Staatsanleihen

<sup>97)</sup> Dr. Metzler, Ludwig, Studien zur Geschichte des deutschen Effektenbankwesens vom ausgehenden Mittelalter bis zur Jetztzeit, Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Bankwesens, Leipzig 1911, S. 119–121.

<sup>98)</sup> Dr. Däbritz, Walther, Gründung und Anfänge der Disconto-Gesellschaft Berlin, Ein Beitrag zur Bank- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands in den Jahren 1850 bis 1875, München und Leipzig 1931, S. 58.

<sup>99)</sup> Bankwesen und Bankpolitik in Preußen. Nach amtlichen Quellen bearbeitet von Dr. v. Poschinger, H., Berlin 1879, Bd. III, S. 99.

<sup>100)</sup> „Der Aktionär“, Frankfurt a. M. Jahrg. 1856, S. 370, zitiert nach H. Münch, Adolph von Hansemann, München/Berlin 1932, S. 34/35.



und in der Gründung von Eisenbahnunternehmungen, eine führende Rolle ein.“<sup>101)</sup>

Die Kapital-Expansions- bzw. Herrschaftsbestrebungen der Diskonto-Gesellschaft wandten sich 1856 sofort der Schwerindustrie zu. Der erste Schritt war im Frühjahr 1857, nachdem am 1. Mai 1857 der Sohn David Hansemanns, Adolph, als zweiter Geschäftsinhaber eingetreten war, der Erwerb der Henrichshütte bei Hattingen an der Ruhr. Dieser Erwerb bildete den Ausgangspunkt für die Expansion der Diskontogesellschaft in der Schwerindustrie. Techniker und hochstehende preußische Bergbeamte, die als Sachverständige der Diskontogesellschaft die Möglichkeiten im Ruhrgebiet untersucht hatten, bestätigten, „daß sich hier für die Erzeugung von Roheisen und dessen Veredelung besonders günstige Verhältnisse vereinigten, durch die ein sehr rentabler Betrieb dauernd gesichert erschien“<sup>102)</sup>. Zwischen der Reorganisation der Diskontogesellschaft und der Beteiligung dieser Bank an der Schwerindustrie besteht also ein direkter Zusammenhang. Die preußische Junker-Regierung äußerte 1856 große Bedenken, weiteren Anträgen auf Genehmigung von Aktienbanken zuzustimmen, mit der Begründung, daß die Herrschaft des Bankkapitals bei den Eisenbahnunternehmungen ohnehin schon große Ausmaße erlangt habe. In einem Bericht der preußischen Regierung wird erklärt, „daß der Assoziationsgeist (der kapitalbesitzenden Bourgeoisie — K. O.) es verstanden hat, . . . die gesammelten Kapitalien in solche Kanäle zu leiten, in denen sie fruchtbringende Verwendung finden . . . Das allein in Eisenbahnen angelegte Kapital hat sich vom Jahre 1840 bis 1850 von 19 Millionen auf 154 Millionen, und bis 1855 auf 215 Millionen (Taler — K. O.) vermehrt; andere Bahnen zu einem Kostenbetrage von 54 Millionen sind im Bau begriffen; auch andere, deren Kosten auf 57 Millionen berechnet, können gleichfalls als gesichert betrachtet werden, und es fehlt nicht an den solidesten Anerbietungen, noch anderweitige Bahnen in Angriff zu nehmen. An Aktien-Gesellschaften anderer Art sind seit dem Jahre 1849 nicht weniger als 87 mit einem Kapital von 83 Millionen genehmigt und in das Leben getreten, darunter an Bergwerksunternehmungen 27 mit einem Kapital von 40 Millionen. An Versicherungsgesellschaften sind bloß in den letzten 3 Jahren 9 mit einem Kapital von 22 Millionen entstanden, von Aktien-Gesellschaften zum Betriebe von Spinnereien in demselben Zeitraum 6 mit einem Kapital von 10½ Millionen“<sup>103)</sup>. Mit dem Jahr 1856 trat ein noch stärkerer Fortschritt in der Kapitalkonzentration ein. Allein in Preußen erhielten 1856 Aktiengesellschaften für Eisenbahn-, Chausseebau-, Bergwerks-, Hütten- und andere industrielle Unternehmungen im Kapitalbetrage von 116 Millionen Talern die staatliche Genehmigung. Die 1856 allein in Preußen gegründeten Banken repräsentierten

<sup>101)</sup> Dr. Metzler, Ludwig, a. a. O., S. 121.

<sup>102)</sup> Dr. Däbritz, W., a. a. O., S. 103/104.

<sup>103)</sup> Dr. v. Poschinger, H., a. a. O., Bd. II, S. 221.

ein Kapital von 43 Millionen Talern.<sup>104)</sup> Vor allem muß die im Juli 1856 von Berliner Bankiers gegründete Berliner Handelsgesellschaft genannt werden.<sup>105)</sup>

Die „Diskonto-Gesellschaft“ entwickelte sich sehr schnell zu einer jener deutschen Großbanken, die, wie W. I. Lenin sagt, „fast über das gesamte Geldkapital aller Kapitalisten und Kleinunternehmer sowie über den größten Teil der Produktionsmittel und Rohstoffquellen des betreffenden Landes oder einer ganzen Reihe von Ländern verfügen“<sup>106)</sup>.

Aus einem 1851 bescheiden auftretenden „Vermittler“ wurde ein „allmächtiger Monopolinhaber“, der einen weitgehenden Einfluß auf die verderbliche Entwicklung Deutschlands ausgeübt hat. 1929 vereinigte sich die „Diskonto-Gesellschaft“ mit der „Deutschen Bank“ zur „Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft“, die als führende Bank des deutschen Finanzkapitals die blutige Gewaltherrschaft des Hitlerfaschismus stützte, welche das deutsche Volk an den Rand des Abgrunds brachte.

<sup>104)</sup> Vgl. ebenda, Bd. II, S. 48.

<sup>105)</sup> Vgl. *Engelberg, Ernst*, Deutschland von 1849 bis 1871. Berlin 1959, S. 41–43. Hier wird die Bedeutung der Gründung der Aktienbanken, der Darmstädter Bank, der Diskontogesellschaft und der Berliner Handelsgesellschaft, betont. Vgl. auch *Thieme, Horst*, Die ökonomischen und politischen Widersprüche bei der Erteilung von Konzessionen zur Gründung von Aktiengesellschaften in Preußen von 1850 bis 1857. Leipzig 1957 (Masch.).

<sup>106)</sup> *Lenin, W. I.*, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: *Ausgewählte Werke in 2 Bänden*, Bd. I, S. 789.

# DIE ENTSTEHUNG DER KAPITALISTISCHEN GRUNDRENTE IN DER WESTEUROPÄISCHEN AGRARENTWICKLUNG

*Zum 47. Kapitel des III. Bandes des „Kapital“<sup>1)</sup>*

VON Zs. P. PACH

Die kapitalistische Grundrente unterscheidet sich radikal von den vorkapitalistischen Formen der Grundrente. Bei feudalen Produktionsverhältnissen ist die Grundrente die normale und vorherrschende Form von Mehrarbeit, unter kapitalistischen Verhältnissen dagegen wird nur der Überschuß des Mehrwertes über den kapitalistischen Profit (Durchschnittsprofit) zur Rente des Grundeigentümers.<sup>2)</sup>

Wie aber ist aus der vorkapitalistischen Grundrente die kapitalistische Grundrente entstanden? Diese Frage wurde von Marx im 47. Kapitel des III. Bandes des „Kapital“ aufgeworfen und beantwortet.

In den vorliegenden Darlegungen sind wir bestrebt, diese Erörterungen von Marx zu interpretieren, indem wir kurz überblicken, wie sich die von Marx aufgedeckten Gesetzmäßigkeiten in der westeuropäischen Agrarentwicklung, namentlich in den hauptsächlichen Varianten dieser Entwicklung, durchgesetzt haben, zugleich aber werden wir bemüht sein, einzelne – unsere Wissens bisher nur wenig beachtete – Feststellungen von Marx hervorzuheben.

## I.

Marx bezeichnet als einfachste Form der feudalen Grundrente die Arbeitsrente, die Form also, die unmittelbar als unbezahlte Mehrarbeit in Erscheinung tritt. Diese Mehrarbeit hat der Produzent mit seinen eigenen Arbeitsmitteln an bestimmten Tagen der Woche auf dem Gute des Grundherrn (also auf dem Boden, der nicht nur Eigentum, sondern auch Besitz des Grundherrn ist, auf dem

<sup>1)</sup> Diese Abhandlung entstand ursprünglich als Vortrag, der am 29. Oktober 1958, auf der wissenschaftlichen Tagung der Karl-Marx-Universität für Wirtschaftswissenschaften in Budapest gehalten wurde. Der Text wurde für die vorliegende Veröffentlichung vom Verfasser überarbeitet und übersetzt.

<sup>2)</sup> Vgl. *Marx, Karl*, Das Kapital. Berlin 1949, Bd. III, S. 845, 851 usw.

Boden, den er in Eigenbewirtschaftung hält) zu leisten, im Gegensatz zu der notwendigen Arbeit, die er an den übrigen Tagen der Woche auf dem von ihm benutzten Boden (auf der Fronbauernhufe) verrichtet. Schon hier, auf dieser Stufe der Arbeitsrente besteht allerdings eine gewisse Möglichkeit, daß der Fronbauer über die dem Grundherrschaft geleistete Rente und über die unentbehrlichen Produkte, über seinen „Arbeitslohn“ hinaus für sich einen gewissen Überschuß produziert, den „Keim dessen, was in der kapitalistischen Produktionsweise als Profit erscheint“<sup>3)</sup>. Ob sich aber diese Möglichkeit auch verwirklicht, und wenn ja, in welchem Maße, dies hängt davon ab, wie groß die Arbeitsrente (die Fronarbeit, die Robot) ist, die der Grundherr aus dem Fronbauern herauspreßt, wieviel Zeit er ihm läßt, für sich selbst zu arbeiten. Mit anderen Worten besagt dies, daß hier das Vorhandensein und das Maß des Keimes des Profits durch die Größe der Grundrente bestimmt ist, und dies im Gegensatz zum Kapitalismus, wo gerade der Profit das Ausmaß der Grundrente bestimmt.

Die entwickeltere Form der feudalen Rente, die Produktenrente, unterscheidet sich von der vorhergehenden Form nur darin, daß sie nunmehr nicht unmittelbar in Form der Mehrarbeit, die auf dem eigenbewirtschafteten Boden des Feudalherrn zu leisten ist, in Erscheinung tritt, sondern daß sie sich in Form der durch die Mehrarbeit erzeugten Produkte realisiert. Dieses Mehrprodukt wird vom Fronbauern auf seiner Fronhufe über die für seine Selbsterhaltung notwendigen Produkte, über seinen „Arbeitslohn“ hinaus produziert. Auf der Stufe der Produktenrente ist dem Produzenten, „verglichen mit der Arbeitsrente, ein größerer Spielraum gegeben, um Zeit für überschüssige Arbeit zu gewinnen, deren Produkt ihm selbst gehört, so gut wie das Produkt seiner Arbeit, das seine unentbehrlichsten Bedürfnisse befriedigt“<sup>4)</sup> – d. h. es besteht ein weiterer Spielraum dafür, daß sich der Profit im Keime „hinter dem Rücken“ der Produktenrente entfalte.

Wie aus dem Formwechsel der Arbeitsrente die Produktenrente hervorgeht, so entsteht aus der Wandlung der Produktenrente die nächstfolgende neuere Form der feudalen Grundrente, nämlich die Geldrente. Auf dieser Stufe leistet der Fronbauer seinem Grundherrschaft das Produkt seiner Mehrarbeit nicht mehr in ihrer natürlichen, naturgegebenen Form, sondern in Form von Geld, d. h. er liefert an den Grundherrschaft statt des Mehrprodukts den Preis des Mehrprodukts ab. Diese weitere Formwandlung der Grundrente läßt zwar ihr Wesen unberührt (es handelt sich auch weiterhin um eine feudale Rente, die nicht einen Überschuß über dem Profit, sondern die normale und dominierende Form der Mehrarbeit darstellt), bedingt jedoch bedeutende wirtschaftliche Veränderungen. Die vorhergehenden Formen der Rente sind nämlich an die Naturalwirtschaft gebunden, während das Aufkommen der Geldrente bereits mit der fortschreitenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung, mit der Entstehung und Entfaltung der Waren- und Geldverhältnisse zusammenhängt; denn damit der unmittelbare

<sup>3)</sup> Ebenda, S. 840.

<sup>4)</sup> Ebenda, S. 846.

Produzent (der Fronbauer) seinem Grundherrn die Geldrente leisten kann, muß er bereits in der Lage sein, einen Teil seiner Produkte auf den Markt zu bringen, d. h. diese in Ware umzuwandeln. Dementsprechend setzt „die erst sporadisch, sodann auf mehr oder minder nationalem Maßstab vor sich gehende Verwandlung der Produktenrente in Geldrente . . . eine schon bedeutendere Entwicklung des Handels, der städtischen Industrie, der Warenproduktion überhaupt, und damit der Geldzirkulation“<sup>5)</sup> voraus. Die Wandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse, der Übergang der Naturalrente in Geldrente zeitigt auch hinsichtlich der rechtlichen Beziehungen zwischen Grundherrn und Bauern eine Veränderung: Das auf der Naturalwirtschaft beruhende „traditionelle gewohnheitsrechtliche Verhältnis“ verwandelt sich zu einem der Waren- und Geldwirtschaft entsprechenden kontraktlichen, „zu einem reinen Geldverhältnis. Der bebauende Besitzer wird daher der Sache nach zum bloßen Pächter“<sup>6)</sup>.

## II.

Es sei uns gestattet, die Interpretation der grundlegenden theoretischen Erörterungen von Marx an diesem Punkte kurz zu unterbrechen und auf den historischen Ablauf der Entwicklung der Agrarverhältnisse in Westeuropa, aus deren Untersuchung Marx die umrissene Analyse abstrahiert hat, einen Blick zu werfen.

Wir sehen den mittelalterlichen Großgrundbesitz, dessen Eigentümer der feudale Grundherr ist, vor uns. Nur ein Teil dieser Grundherrschaft befindet sich — als Herrenland — in der direkten Bewirtschaftung durch den Grundherrn selbst; der übrige Teil ist — als Bauernland, als Fronbauernhufe — im Besitz, im Gebrauch der Fronbauern. Außer den an die Fronbauern verteilten Hufen (mansus, manse, virgate, yardland) benützen die Bauern — gemeinsam mit dem Grundherrn — die unaufgeteilten Gemeindeländer (communia, warescapia), die zur Dorfgemarkung gehörigen Weiden, Wälder, Gewässer u. ä. m.<sup>7)</sup>

Unter diesen aufgezeigten Voraussetzungen wurden die Produktions- und Ausbeutungsverhältnisse des Feudalismus so verwirklicht, daß die Fronbauern, die der Gewalt des Grundherrn unterworfen und von ihm persönlich abhängig waren, das Herrenland in Robot, durch Leistung der Arbeitsrente bestellten und nach dem in ihrer Nutzung befindlichen Boden (Hufe) dem Grundherrn die Produkten- bzw. Geldrente leisteten. Unter den konkreten Verhältnissen der mittelalterlichen Grundherrschaft traten demnach die verschiedenen Formen der feudalen Rente — wie darauf Marx selbst im Rahmen der abstrakt-theo-

<sup>5)</sup> Ebenda, S. 848.      <sup>6)</sup> Ebenda, S. 849.

<sup>7)</sup> Vgl. z. B. *Kötzschke, R.*, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters. Jena 1924, S. 228–231; *Pirenne, H.*, Economic and Social History of Medieval Europe. London 1936, S. 61–62.

retischen Abhandlung dieser Probleme hinweist<sup>8)</sup> — nicht einander ausschließend, sondern überwiegend nebeneinander in Erscheinung: es bestanden gewöhnlich nicht nur beide Naturalformen der Rente nebeneinander und miteinander verbunden, sondern es gingen sehr häufig Produkten- und Geldrente, ja sogar alle drei Rentenformen Hand in Hand. So überwogen auf dem frühmittelalterlichen Großgrundbesitz (z. B. in karolingischer Zeit) die Naturalformen der Rente und innerhalb dieser bei weitem die Arbeitsrente, doch kam bereits auch die Geldrente auf, und zwar in Form des Kopfzinses (*capaticum*) der persönlich abhängigen Fronbauern, der Leibeigenen; auf dem spätmittelalterlichen Großgrundbesitz (z. B. in Frankreich im 16.—18. Jahrhundert) war die Geldrente vorherrschend, ohne daß die Überreste der Naturalformen der Rente, insbesondere der Produktenrente, völlig verschwunden wären.

Zugleich aber entspricht der Gang der theoretischen Erörterungen bei Marx hinsichtlich der Hauptrichtung in der Entwicklung der Agrarverhältnisse der westeuropäischen Länder einer historischen Folge, insofern sich das verhältnismäßige Schwergewicht der feudalen Rentenformen in den Jahrhunderten des Mittelalters, der aufgezeigten Richtung entsprechend, wesentlich gewandelt und verlagert hat (wenngleich diese Formen sehr oft auch gemeinsam auftreten mochten). Diesen historischen Prozeß der Formwandlungen der feudalen Grundrente in den Ländern Westeuropas wollen wir hier bis zum 15. Jahrhundert nur ganz kurz umreißen und uns hierbei nur auf die Zusammenfassung der wichtigsten Momente beschränken, darauf, was zum Verständnis der weiteren Entwicklung im 16.—18. Jahrhundert unbedingt notwendig ist.<sup>9)</sup>

In den frühen Jahrhunderten des Feudalismus finden wir im Rahmen des englischen manor bzw. der französischen seigneurie — wir gehen in der vorliegenden Abhandlung nur auf die für die westeuropäische Entwicklung am meisten charakteristischen Länder, auf England und Frankreich ein — im Anschluß an den Herrenhof (*curtis, court, cour*), der den Mittelpunkt des Großgrundbesitzes bildet, vielenorts umfangreiches Herrenland (*terra dominicalis, terra salica, demesne, domaine*) und zur Bestellung dieses Landes beträchtliche Leistungen an Fronarbeit, so daß — neben der gleichzeitigen Bedeutung der Produktenrente und neben dem vereinzelt aufkommen der Anfänge der Geldrente — die Arbeitsrente überwiegend oder zumindest vor allem zur Geltung kam.<sup>10)</sup> Das Kloster Saint Germain de Prés bei Paris besaß über 36000 Hektar Ländereien, die sich am Anfang des IX. Jahrhunderts annähernd in gleichem

<sup>8)</sup> Marx, Karl, a. a. O., S. 842—843, 845, 848.

<sup>9)</sup> S. ausführlicher Pach, Zs. P., A feudális földjádék formaváltozásai a nyugateurópai agrárfejlődésben (Die Formwandlungen der feudalen Grundrente in der westeuropäischen Agrarentwicklung). A Marx Károly Közgazdaságtudományi Egyetem Évkönyve (Jahrbuch der Karl-Marx-Universität für Wissenschaften), Budapest, 1959.

<sup>10)</sup> Ashley, W. J., Englische Wirtschaftsgeschichte. Leipzig 1896, Bd. I, S. 5—6, Bd. II, S. 283; Séé, H., Französische Wirtschaftsgeschichte. Jena 1930, Bd. I, S. 9—10 usw.

Maße auf Länder in herrschaftlicher Eigenbewirtschaftung und auf die Bauernhufen verteilt. Demzufolge lastete die Arbeitsrente schwerer als die Produktenrente auf den Bauern: einerseits bestand sie in unbeschränkten Robotlasten (*manoperae, quantum ei iubetur*), andererseits in Fronarbeiten, die zeitlich (zwei bis drei Tage in der Woche) und schließlich quantitativ (z. B. die Bestellung eines Ackers von bestimmtem Ausmaß) bemessen waren.<sup>11)</sup> In England belief sich das *demesne* meistens auf ein Drittel oder zwei Fünftel der Gesamtackerfläche eines *manor*.<sup>12)</sup> So gab es z. B. auf den Ländereien des Bistums Worcester 5500 Acre Herrenland gegenüber 8200 Acre Bauernland, auf den Ländereien der St.-Paul-Kathedrale 9000 Acre *terra dominicalis* gegenüber 15000 Acre an Bauernhufen, (obwohl aus verschiedenen *manor* auch Belege für den geringeren Anteil des *demesne* ( $\frac{1}{9}$ ), ja für das völlige Fehlen des Herrenlandes vorliegen).<sup>13)</sup> Neben dem bedeutenden Gewicht der Eigenwirtschaft des Lords lasteten auf dem englischen Fronbauern im allgemeinen drei Wochentage an regelmäßiger Fronleistung (*week work*), dann im Sommer eine Art Sonderfron (*boom work*), so daß in der Zeit nach der Normanneneroberung zweifellos die Arbeitsrente die Hauptform der feudalen Ausbeutung darstellte.<sup>14)</sup>

In diesem Zusammenhang muß aber – wenn auch die frühmittelalterliche feudale Grundherrschaft vielfach umfangreiches Herrenland miteinbegriff – bemerkt werden, daß die Herrenäcker zumeist nicht eine kompakte Bodenmasse bildeten, sondern zwischen den Bauernhufen verteilt lagen und der Flurzwang der Dorfgemeinschaft auch die Äcker des *Seigneur* erfaßte.<sup>15)</sup>

<sup>11)</sup> *Kulischer, J.*, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit. München-Berlin 1928, Bd. I, S. 53–54. – Daß die verschiedenen Arten der Fronarbeit auf den Großgrundbesitzen der Karolingischen Zeit den verschiedenen Kategorien der Fronbauern entsprachen, darüber vgl. *Kosminski, E. A.*, – *Skashkin, S. D.*, *Istorija srednych vekow*. Moskwa 1952, Bd. I, S. 137 bis 138.

<sup>12)</sup> *Ashley, W. J.*, a. a. O., Bd. I, S. 5–6, Bd. II, S. 283.

<sup>13)</sup> *Brodnitz, G.*, Englische Wirtschaftsgeschichte. Jena 1918, Bd. I, S. 27–28, S. 32–33; *Lipson, E.*, *The Economic History of England*. London 1947, Bd. I<sup>o</sup>, S. 33–34.

<sup>14)</sup> *Ashley, W. J.*, a. a. O., Bd. I, S. 7–9; *Brodnitz, G.*, a. a. O., Bd. I, S. 35–39; *Lipson, E.*, a. a. O., Bd. I<sup>o</sup>, S. 36–41; *Kosminski, E. A.*, *Ewoljuzija form feodalnoi renty w Angli w XI–XV vekach*. „*Woprossy Istorii*“ 1955, Nr. 2, S. 47.

<sup>15)</sup> Übrigens war – wie es im Gegensatz zu den früheren Ansichten von Maurer und Inama-Sternegg schon Lamprecht nachgewiesen hat – die Zerstretheit der Grundstücke nicht nur für die *terra dominicalis* (bzw. für die einzelnen Fronbauernhufen), sondern zumeist für die ganze Grundherrschaft charakteristisch. Zu dieser Zeit fanden sich territorial geschlossene, einheitliche Besitzkomplexe nur noch sehr selten: Die Fronbauernhufen eines Grundherrn waren auf zahlreiche Dörfer verstreut, – wie denn auch oft mehrere Grundherren über rentenpflichtige Fronbauernfamilien in ein- und derselben Ortschaft verfügten (*Kulischer, J.*, a. a. O., Bd. I, S. 55; *Kosminski-Skashkin*, a. a. O., S. 134; usw.).

Andererseits unterschied sich das Herrenland, das ja von den Bauern in Fronarbeit und mit bäuerlichen Arbeitsmitteln bestellt wurde<sup>16)</sup>, weder hinsichtlich der Bestellungstechnik noch in bezug auf die Produkte in keiner Weise von den Fronbauernhufen. Schließlich aber — und dies sei besonders hervorgehoben — dienten die Früchte der Herrenäcker so wie die von den Bauernhufen als Rente im Herrenhof abgelieferten Früchte (und handwerklichen Produkte) zu dieser Zeit überwiegend oder ausschließlich zur Befriedigung der Bedürfnisse des Grundherren und seines Hausstandes: Die in Form der Arbeits- und Produktenrente realisierte feudale Ausbeutung war also mit der Naturalwirtschaft verbunden und basierte auf ihr. Bezeichnend hierfür ist, daß in England die terra dominicalis mitunter boardland, d. h. zur Versorgung des Tisches des Grundherrn (ad mensam suam) bestimmtes Land hieß.<sup>17)</sup>

Später, beginnend mit dem 12. Jahrhundert, in der Blütezeit des Feudalismus, als sich der noch vorherrschenden Naturalwirtschaft gegenüber in Westeuropa die Verhältnisse der Warenproduktion und Geldwirtschaft von Schritt zu Schritt durchsetzten, wandelte sich allmählich das Produktions- und Rentensystem des manor, bzw. der seigneurie. Das Herrenland verlor immer mehr an Bedeutung: Im Laufe des 12.—15. Jahrhunderts wurde die terra dominicalis wesentlich eingeschränkt, mitunter völlig beseitigt und teilweise oder ganz — ähnlich den bis dahin unbedeutenden Feldstücken — in bäuerliche Nutzung und bäuerliche Pacht übergeben.<sup>18)</sup> In England kann man die Einengung des demesne bereits im 12. Jahrhundert, sodann am Ende des 13. Jahrhunderts (z. B. auf dem Gut des Klosters Ramsay), besonders aber im 14. Jahrhundert (hauptsächlich im ausgehenden 14. Jahrhundert) beobachten, als z. B. das Merton College in Oxford, das Trinity College in Cambridge, das Bistum Worcester, der Prior und der Konvent von Durham die bis dahin in Eigenbewirtschaftung bestellten Länder zum Großteil oder völlig an die Bauern verpachten, d. h. ähnlich handeln wie viele weltliche Großgrundbesitzer, z. B. das Geschlecht der Berkeley, deren Beispiel „die übrigen großen Lords weit und breit im ganzen Königreich“<sup>19)</sup> nachfolgen. Im 15. Jahrhundert war der englische Boden — schreibt Marx — „besät von kleinen Bauernwirtschaften, nur hier und da durchbrochen von größeren herrschaftlichen Gütern“.<sup>20)</sup>

<sup>16)</sup> Auch die Gesindeleute und Knechte, die am Hofe des Grundherrn lebten (servi cottidiani, dagescalci), nahmen an der Bestellung des Herrenlandes teil, doch hatte ihre Feldarbeit eine viel geringere Bedeutung als die Robot der Fronbauern. (Vgl. *Kulischer, J.*, a. a. O., Bd. I, S. 52; *Pirenne, H.*, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im Mittelalter. Bern, S. 63).

<sup>17)</sup> *Kulischer, J.*, a. a. O., Bd. I, S. 114.

<sup>18)</sup> *Brodnitz, G.*, a. a. O., Bd. I, S. 63, 81—82, 95—96; *Sée*, a. a. O., Bd. I, S. 38—39, usw.

<sup>19)</sup> *Ashley, W. J.*, a. a. O., Bd. I, S. 25—27; *Brodnitz, G.*, a. a. O., Bd. I, S. 63, 81—83, 95—96; *Lipson, E.*, a. a. O., Bd. I<sup>9</sup>, S. 118—121.

<sup>20)</sup> *Marx, Karl*, Das Kapital. Bd. I, S. 756.



Ähnliches zeigt sich in Frankreich, wo der Bischof von Rouen schon im Jahre 1268 seinen Äbten rät, sie mögen ihre Güter verpachten<sup>21)</sup>; im Laufe des 14. Jahrhunderts — stellt Marx fest — „kamen die Pachten, fermes oder terriers auf. Ihre Zahl wuchs beständig, weit über 100000“. <sup>22)</sup> Hier ist zu bemerken, daß unter den Pächtern neben den Bauern bzw. den Dorfgemeinschaften auch Bürger, Adlige, Kleriker zu finden waren, und zwar — ähnlich wie einzelne reichere Bauern — manchmal als Pächter größerer Grundstücke und damit als Ausbeuter fremder Arbeitskräfte.

Die Einengung oder Aufhebung der Eigenwirtschaft bedeutete zugleich, daß die Grundherren immer weniger an der Beibehaltung der schweren Fronlasten interessiert blieben; in diese Richtung zwang sie übrigens auch der Klassenkampf der Bauern. Sie schränkten also allmählich die Arbeitsrente ein bzw. wandelten sie — gestützt auf die Entwicklung der Waren- und Geldverhältnisse und diese ausnützend — in wachsendem Maße in Geldleistungen um. Die Verringerung des Herrenlandes, das Umsichgreifen der Geldrente wurzelte in der Entwicklung der Produktivkräfte: Einerseits bedurfte der Herrenhof zur Versorgung mit Naturalgütern nicht mehr der in Eigenbewirtschaftung befindlichen Herrenäcker, denn diese war auch durch die Leistung der Bauernhufen an Produkten gesichert; andererseits begann sich mit der fortschreitenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung die landwirtschaftliche Warenproduktion zu entfalten, und auf diesem Gebiet, auf dem Gebiet der Marktbeziehungen zur Stadt, schritt die Bauernwirtschaft voran. Für den Grundherrn war es einfacher, dadurch Geld zu erwerben, daß er die Beziehungen des Bauern auf dem Gebiet des Warenhandels ausnützte, d. h. sich seine Mehrarbeit in Form von Geldrente aneignete, als seine Eigenwirtschaft zu erweitern und die Produkte des Herrenlandes als Ware feilzubieten.

Auch hinsichtlich der Produktenrente können wir bis zu einem gewissen Maße einen ähnlichen Prozeß verfolgen. Diese andere Naturalform der feudalen Grundrente spielte — wie wir gesehen haben — in den frühen Jahrhunderten des Feudalismus neben der vorherrschenden Arbeitsrente eine beachtliche Rolle, um dann mit der Einengung der herrschaftlichen Eigenwirtschaft als Ersatzform für die Arbeitsrente vielerorts noch größere Verbreitung zu finden und als Hauptform der feudalen Rente in Erscheinung zu treten. Doch mit dem Fortschreiten der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Warenwirtschaft wandelte sich auch die Produktenrente, anfangs erst vereinzelt, später in immer weiteren Kreisen, in bedeutendem Maße in Geldleistungen um.

Der Prozeß der sog. Kommutation (d. h. die Ersetzung der Arbeitsrente durch die Geldrente) läßt sich in England schon mit dem 12. Jahrhundert beginnend verfolgen. Die Zahl der Frontage wurde festgesetzt, und man begann alsbald, die Straf gelder, die für einzelne versäumte Frontage bemessen waren, als fron-

<sup>21)</sup> *Pirenne, H.*, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte . . . , a. a. O., S. 85, 220.

<sup>22)</sup> *Marx, Karl*, Das Kapital. Bd. I, S. 784, Fußnote 229. Vgl. *Sée, H.*, a. a. O., Bd. I, S. 38–39.

ersetzende Geldleistungen zu betrachten. Die vielen Pflichtlisten aus dem 13. Jahrhundert führen sowohl die Fronlasten als auch ihren Geldwert an. Wieviel der Lord an Leistungen in der einen und wieviel er in der anderen Form verlangte, war ihm anheimgestellt. Aber die Hauptrichtung dieser Entwicklung führte – trotz der im 13. Jahrhundert nachhaltig wirkenden, entgegengesetzten Tendenz<sup>23)</sup> – zur teilweisen, und später – besonders nach dem Bauernaufstand im Jahre 1381 – zur massenweisen Umwandlung der Fronleistungen in die Geldrente. Hand in Hand mit dieser Entwicklung ging die in Geld ausgedrückte Bewertung und Kommutation der anderen Form der Naturalrente, der Produktenrente. Vom Ende des 14. und Anfang des 15. Jahrhunderts an kann in England schon von der völligen Vorherrschaft der Geldrente gesprochen werden.<sup>24)</sup> – In Frankreich wurden die anfangs oft unumschränkten Fronlasten (*corvées à merci*) festgesetzt, später wesentlich verringert (in Roussillon auf jährlich höchstens acht, in Languedoc, in der Normandie, in Aquitanien und in Burgund auf jährlich höchstens vier, später auf einen bis drei Tage), manchenorts völlig aufgehoben und größtenteils durch Geldrenten ersetzt. Desgleichen wurde die Produktenrente zuerst auch im Geldwert angegeben und wechselweise in Naturalien oder in Geld gefordert, später im 13.–14. Jahrhundert wurden einzelne Formen der Produktenrente (*coutumes*) durch bestimmte Geldleistungen ersetzt, obgleich die Produktenrente auch weiterhin in bedeutendem Maße beibehalten wurde.<sup>25)</sup>

Mit dem umrissenen Prozeß ging in den westeuropäischen Ländern auch die spürbare Wandlung der rechtlichen Stellung des Bauern, seiner Abhängigkeit vom Feudalherrn, einher. In den frühen Jahrhunderten des Feudalismus wiesen die Fronbauern, die Leibeigenen, die drückende Fronlasten zu tragen hatten, hinsichtlich ihrer Rechtsstellung noch zahlreiche Elemente der Sklaverei auf. Die persönliche Unfreiheit des englischen *villain*, des französischen *serf* äußerte sich in sehr scharfer Form. Nicht nur war seine Hufe, sein Land, Eigentum des Feudalherren, sondern dem Recht nach zumeist auch seine bewegliche Habe, seine Arbeitsmittel. Beim Tode des Leibeigenen erhob sein Grundherr Anspruch auf seine Verlassenschaft oder zumindest auf das Beste, was der Bauer besessen hatte (*caput optimum*, *main-morte*, *herriot*). Der Leibeigene war nicht freizügig, durfte nur mit Erlaubnis seines Herrn bzw. gegen bestimmte Leistungen (*maritagium*, *formariage*, *merchetum*) eine Freie oder die Leibeigene eines an-

<sup>23)</sup> *Kosminski, E. A.*, Osnownyje problemy sapadnoevropeiskowo feodalizmæ w sowjetskom istoritscheskom nauke. Moskwa 1955, S. 21–25. Der Verfasser beruft sich hier auf seine Werke: *Angliiskaja derewnja w XIII weke*. Moskwa-Leningrad 1935 und *Issledowanija po agrarnoi istorii Anglii XIII weke*. Moskwa-Leningrad 1947, in denen er die detaillierte marxistische Analyse dieser Frage dargelegt hat.

<sup>24)</sup> *Ashley, W. J.*, a. a. O., Bd. I, S. 27–30; *Lipson, E.*, a. a. O., Bd. I<sup>9</sup>, S. 89ff.; *Kosminski, E. A.*, *Evoljuzija . . .*, a. a. O., S. 60.

<sup>25)</sup> *Kulischer, J.*, a. a. O., Bd. I, S. 119–120; usw.

deren Grundherrn ehelichen, mußte den Kopfzins (capaticum, cavagium, chavage) zahlen usw.<sup>26)</sup>

Diese schwerdrückende persönliche Unfreiheit wurde mit der Entwicklung der Waren- und Geldverhältnisse sowie im Laufe der Formwandlungen der Grundrente – und auch als Ergebnis der Klassenkämpfe des Bauerntums – durch abgeschwächtere Formen der Abhängigkeit, durch „bloße Tributpflichtigkeit“<sup>27)</sup>, durch pachtähnliche Verhältnisse ersetzt. Bis zum 15. Jahrhundert ergab sich in England praktisch das end of villainage<sup>28)</sup>; ein beträchtlicher Teil der Leibeigenen entledigte sich im wesentlichen der Fesseln der persönlichen Unfreiheit und wurde zum Erbzinsmann, copy-holder, der dem Lord eine Geldrente von bestimmter Summe schuldete. Der Besitz der copy-holder beruhte nicht mehr auf dem Gewohnheitsrecht (custom), sondern auf einem schriftlichen Dokument, auf der Eintragung in die Bücher des Patrimonialgerichtes (copy of the court roll), gleichsam auf einem Kontrakt, der jedoch durch das königliche Gericht (common law) nicht gewährleistet war und bei dessen Vererbung der Lord Anspruch auf bestimmte Dienstleistungen erheben konnte.<sup>29)</sup> Neben den copy-holder gab es zahlreiche echte Pächter, lease-holder, farmer (im ursprünglichen Sinne des Wortes<sup>30)</sup>), mit Pachtverträgen für mehrere Generationen oder auf Lebensdauer, gegebenenfalls auch mit wann immer kündbaren Pachtverträgen<sup>31)</sup>; des weiteren gab es bereits Freibauern, free-holder, hauptsächlich Bauern, die sich von ihrer Rentenpflicht ein für allemal freigekauft und damit zu gemeinrechtlich anerkannten, dem Lord bloß nominell zinspflichtigen Eigentümern des in ihrem Besitz befindlichen Landes geworden waren.<sup>32)</sup> Bis zur Zeit der Tudor wurde dann das Villain-Verhältnis zu einem Rechtskuriosum; die Zahl der Villain dürfte sich damals bereits kaum auf mehr als 1 v. H.

<sup>26)</sup> *Kötzschke, R.*, a. a. O., S. 235–238; *Kosminski-Skaskin*, *Istoria . . .*, a. a. O., Moskwa 1952, Bd. I, S. 138, 151, 165 usw.

<sup>27)</sup> *Marx, Karl*, *Das Kapital*. Bd. III, S. 849.

<sup>28)</sup> „In England war die Leibeigenschaft im letzten Teil des 14. Jahrhunderts faktisch verschwunden.“ (Ebenda, Bd. I, S. 755).

<sup>29)</sup> *Brodnitz, G.*, a. a. O., Bd. I, S. 96; *Brentano, L.*, *Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands*. Jena 1927, Bd. I, S. 328–329; *Lipson, E.*, a. a. O., Bd. I<sup>9</sup>, S. 154–155.

<sup>30)</sup> Farmer (fermor, firmarius) hießen ursprünglich Leute, die einen Teil des Herrenlandes oder das ganze Herrenland gegen kontraktlich festgesetzte Rente (firma) pachteten. (Vgl. *Ashley, W. J.*, a. a. O., Bd. II, S. 284, 307–308; vgl. *Brentano, L.*, a. a. O., Bd. I, S. 346).

<sup>31)</sup> *Brodnitz, G.*, a. a. O., Bd. I, S. 81–82; *Lipson, E.*, a. a. O., Bd. I<sup>9</sup>, S. 150.

<sup>32)</sup> *Lipson, E.*, a. a. O., Bd. I<sup>9</sup>, S. 153–154; *Kosminski-Skaskin*, *Istoria . . .*, a. a. O., S. 391. – Über die Hauptprobleme der Agrarverhältnisse im England des 15. Jahrhunderts siehe deren marxistische Erörterung bei *Kosminski, E. A.*, *Woprossy agrarnoi istorii Anglii w XV weke*. „Woprossy Istorii“ 1948, Nr. 1, S. 59–76.

der Gesamtbevölkerung belaufen haben.<sup>33)</sup> Auch in Frankreich wies die Entwicklung in Richtung der Befreiung der serf von der persönlichen Gewalt des Seigneur; sie setzte auf den königlichen Domainen ein, griff alsdann auf die Ländereien der privaten Grundherren über und führte über den Zustand der vilain (vilain-franc) zum Verhältnis des persönlich freien, zur Leistung der Rente (cens) verpflichteten Erbzinsmanns (censitaire) bzw. zu dem des faktischen Pächters (fermier) über, obschon diese Entwicklung in Frankreich langsamer als in England vor sich ging. Jedenfalls stieg bis zum 15. Jahrhundert der Großteil der Leibeigenen in Nord- und Westfrankreich in den Stand der persönlich Freien auf, wengleich in Mittel- und Ostfrankreich die servage auch weiterhin eine bedeutende Rolle spielte.<sup>34)</sup>

Hier muß jedoch bemerkt werden, daß der hier kurz charakterisierte Prozeß der westeuropäischen Agrarentwicklung vom 12. bis zum 15. Jahrhundert im allgemeinen keine „Bauernbefreiung“ herbeiführte — wie dies bei den bürgerlichen Historikern nicht selten zu lesen ist<sup>35)</sup> —, sondern überwiegend nur den Aufstieg der Fronbauern, der Leibeigenen, von der drückenderen feudalen Abhängigkeit, vom Stand der vilain und serf in eine verhältnismäßig freiere Lage, in ein erbpachtähnliches Verhältnis (oder wirkliches Pachtverhältnis), bedeutete. Für diesen Aufstieg war grundlegend das Verschwinden oder zumindest die starke Zurückdrängung der Arbeitsrente, die allgemeine Verbreitung oder zumindest das Vordringen der Geldrente und damit im Zusammenhang die Aufhebung des Großteils der persönlichen Einschränkungen und Dienstleistungen kennzeichnend. Mit dem Übergang zur Geldrente wandelte sich auch die main morte, die formariage u. ä. m. zu einfachen Geldleistungen bzw. konnte ein für allemal abgelöst werden, und der Bauer wurde zum Eigentümer seiner beweglichen Habe, seiner Arbeitsmittel.<sup>36)</sup> Aber trotz dieses Aufstiegs verblieb die große Masse der westeuropäischen Bauern — abgesehen von den englischen free-holder — auch weiterhin unter der feudalen Ausbeutung, war auch weiterhin zur Leistung der feudalen Rente verpflichtet. Sie wurde nicht zum freien Eigentümer des Bodens, sondern blieb auch weiterhin auf Grund des Bodens, der sich in ihrem Besitz oder in ihrer Pacht befand, vom Feudalherrn abhängig, wengleich diese Abhängigkeit bei weitem lockerer war als früher.

Obschon die Formwandlungen der Grundrente in dem bis zum Ende des 15. Jahrhunderts überblickten Verlauf sowie das Vordringen der Geldrente in Westeuropa — wie wir gesehen haben — nicht das völlige Verschwinden der Produktenrente, ja nicht einmal das der Fronarbeit, der Robot, herbeiführten,

<sup>33)</sup> *Brodnitz, G.*, a. a. O., Bd. I, S. 97–98, 439; *Brentano, L.*, a. a. O., Bd. I, S. 345 bis 346; *Lipson, E.*, a. a. O., Bd. I<sup>o</sup>, S. 130–132.

<sup>34)</sup> *Sée, H.*, a. a. O., Bd. I, S. 38–39; *Kulischer, J.*, a. a. O., Bd. I, S. 147–150; *Kosminski-Skaskin*, a. a. O., S. 314–335.

<sup>35)</sup> Vgl. z. B. *Pirenne, H.*, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte... a. a. O., S. 184, 196; *Brodnitz, G.*, a. a. O., Bd. I, S. 47.

<sup>36)</sup> *Marx, Karl*, Das Kapital. Bd. III, S. 848.

nicht einmal den grundlegenden, feudalen Charakter der Produktions- und Rentenverhältnisse verändern konnten, zeigten sie nichtsdestoweniger höchst wichtige Entwicklungsprozesse an. In der Agrarstruktur der westeuropäischen Länder wurde das Übergewicht der Klein- und Mittelwirtschaft in entscheidendem Maße, wenn auch nicht ausschließlich, der Bauernwirtschaft, zum Hauptcharakteristikum. Die Hauptroute in der Entfaltung der landwirtschaftlichen Warenproduktion ergab sich aus der Warenproduktion des auch weiterhin feudal ausgebeuteten, aber in einen freieren Stand aufsteigenden Bauern. Mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, des städtischen Handels und Gewerbes, verwirklichte sich die Warenmarktbeziehung zwischen Stadt und Dorf größtenteils über die Bauernwirtschaft. Die Grundherrschaft, der herrschaftliche Großgrundbesitz (*manor, seigneurie*), blieb zwar erhalten, aber nicht als landwirtschaftlicher Großbetrieb, sondern überwiegend oder mitunter auch völlig als ein Konglomerat von einer Reihe bäuerlicher Kleinbetriebe, als Organisation zur Gewährleistung der feudalen Rente von einem großen Gebiet, als Substrat der vom Bauern eingetriebenen Dienstleistungen, die zu einem Großteil aus Geldleistungen bestanden.

### III.

Das Vordringen der Geldrente auf Grund der Entwicklung der Waren- und Geldverhältnisse ändert somit nichts am grundlegenden Charakter der Produktions- und Rentenverhältnisse, insofern es sich auch weiterhin um feudale Verhältnisse, um eine feudale Art der Rente, handelt.

Nichtsdestoweniger ist die Geldrente – wie dies Marx in Fortsetzung seiner oben angeführten prinzipiellen Analyse nachdrücklich hervorhebt – „die letzte Form und zugleich die Form der Auflösung“<sup>37)</sup> der vorkapitalistischen Rente. Warum stellt sie sich als letzte Form und zugleich als die Auflösungsform dieser Art der Rente dar? Sie erweist sich als solche Form, weil sie – im Zusammenhang mit den größeren Entstehungsmöglichkeiten des Profits „hinter dem Rücken“ der Grundrente – die Grundlage von Veränderungen bildet, die bereits über den Feudalismus, über die feudale Grundrente, hinausweisen. „In ihrer weiteren Entwicklung“, stellt Marx fest, „muß die Geldrente führen . . . entweder zur Verwandlung des Bodens in freies Bauerneigentum oder zur Form der kapitalistischen Produktionsweise, zur Rente, die der kapitalistische Pächter zahlt.“<sup>38)</sup> Und etwas später wiederholt er diese wichtige These in folgender Fassung: „Diese Verwandlung (nämlich die Entfaltung der Geldrente, die Umwandlung des Verhältnisses von Gutsherr und Fronbauer in ein kontraktliches Pachtverhältnis) wird einerseits, unter sonst geeigneten allgemeinen Produktionsverhältnissen, dazu benutzt, die alten bäuerlichen Besitzer nach und nach zu expropriieren und an ihre Stelle einen kapitalistischen Pächter zu

<sup>37)</sup> Ebenda, S. 849.

<sup>38)</sup> Ebenda.

setzen; andererseits führt sie zum Loskauf des bisherigen Besitzes von seiner Rentpflichtigkeit und zu seiner Verwandlung in einen unabhängigen Bauer, mit vollem Eigentum an dem von ihm bestellten Boden.“<sup>39)</sup> Marx leitet somit aus der feudalen Geldrente, aus ihrer weiteren Entwicklung und Auflösung — bei entsprechenden historischen Voraussetzungen — den weiteren Verlauf der landwirtschaftlichen Entwicklung in Westeuropa, und zwar zweierlei Varianten dieser weiteren Entwicklung ab.

Welches sind diese beiden Varianten? Die eine besteht im Aufkommen des kapitalistischen Pachtsystems, des vor allem für England charakteristischen Typs der Agrarentwicklung. Hier, in England, waren im 15. Jahrhundert die Verhältnisse der Pächter und die Ausmaße ihrer Produktion im allgemeinen zwar erst mittelmäßig.<sup>40)</sup> Später aber, von den letzten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts an, nachdem sich die allgemeinen Produktionsverhältnisse auch ansonsten als geeignet erwiesen hatten, d. h. die Expropriierung der kleinbäuerlichen Besitzer und Pächter eingesetzt hatte und in immer neueren Wellen fortgeschritten war, die kapitalistische Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft begonnen hatte und in raschem Tempo vor sich ging, erlangten die kapitalistisch wirtschaftenden Großpächter eine stetig größere Bedeutung, wurde im Laufe von zwei bis drei Jahrhunderten das kapitalistische Pachtsystem zur vorherrschenden Betriebsform in der Landwirtschaft.

Inwiefern bestand zwischen dem Aufkommen und der Verbreitung der kapitalistischen Pacht in England und der feudalen Geldrente sowie ihrer weiteren Entwicklung bzw. Auflösung ein Zusammenhang? Einerseits ergab sich dieser Zusammenhang durch die materielle Schichtung des Bauerntums, die — wie Marx darauf hinweist — schon auf der Stufe der Produktenrente einsetzt<sup>41)</sup> und auf der Stufe der Geldrente entscheidende Ausmaße annimmt. „Die Verwandlung der Naturalrente in Geldrente wird ferner nicht nur notwendig begleitet, sondern selbst antizipiert durch Bildung einer Klasse besitzloser und für Geld sich verdingender Tagelöhner . . . daher“ hat sich „bei den besser gestellten rentepflichtigen Bauern die Gewohnheit entwickelt, auf eigene Rechnung ländliche Lohnarbeiter zu exploitiern . . . So entwickelt sich nach und nach bei ihnen die Möglichkeit, ein gewisses Vermögen anzusammeln und sich selbst in zukünftige Kapitalisten zu verwandeln. Unter den alten, selbstarbeitenden Besitzern des Bodens selbst entsteht so eine Pflanzschule von kapitalistischen Pächtern . . .“<sup>42)</sup>

Im englischen Dorf, wo die Anfänge der Waren- und Geldverhältnisse verhältnismäßig früh, früher als im kontinentalen Westeuropa aufkamen, hat schon in den Jahrhunderten der Blütezeit des Feudalismus eine ziemlich starke Differenzierung des Bauerntums stattgefunden. Schon das Domesday Book vom Ende des 11. Jahrhunderts erwähnt die Schicht der cottes, die bloß über einen geringen Bodenbesitz (etliche Acre) verfügten und deren Zahl im 13. Jahr-

<sup>39)</sup> Ebenda, S. 849–850.

<sup>40)</sup> Ebenda, Bd. I, S. 670–671.

<sup>41)</sup> Ebenda, Bd. III, S. 846.

<sup>42)</sup> Ebenda, S. 850.

hundert mit der Entwicklung der Warenwirtschaft weiterwuchs.<sup>43)</sup> Und wenn damals die große Mehrzahl der villain 30 Acre große Hufen (virgate) – gegebenenfalls 15 Acre große Halbhufen – besaß, dann trat an die Stelle dieser bäuerlichen Grundbenutzung im Laufe der folgenden Jahrhunderte eine bunte Vielfalt der Größe der Bauernhufen: Diese umfaßten von einigen Acre Land bis zu 60 Acre und darüber hinaus. So wurden in Aspley Guise noch im Jahre 1275 40 Halbhufenbauern gezählt, dagegen gab es 1542 nurmehr drei Bauern mit 15 Acre Land, dagegen einen mit 30, zwei mit 60 und drei mit 75 Acre Boden. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts lassen sich in den manor von Duddelwell, Wimbledown und Richmond 62 großbäuerliche, 122 mittelbäuerliche und 113 armbäuerliche Wirtschaften nachweisen, wobei über die ersteren hauptsächlich free-holder, über die letzteren copy-holder verfügten. Und alsbald treten die sich bereichernden Elemente des Dorfes als Ausbeuter der zu Lohnarbeitern gewordenen verarmten Bauern in Erscheinung: In den Rentenlisten (rentals) der Ländereien können wir nicht selten von Bauern lesen, die auch selbst drei oder noch mehr Arbeiter beschäftigten. Diese sich bereichernden bäuerlichen Elemente wurden zugleich zu lease-holder, zu farmer von größeren herrschaftlichen Grundstücken, betrieben auf dem gepachteten Land eine kapitalistische Wirtschaft und zahlten an den Grundeigentümer eine dem Wesen nach schon kapitalistische Grundrente.<sup>44)</sup>

Andererseits muß darauf hingewiesen werden, daß im Zusammenhang mit der Entwicklung der Waren- und Geldverhältnisse sowie der Entfaltung der Geldrente nicht nur sich bereichernde Bauern und die aus ihren Reihen stammenden Pächter im englischen Dorf kapitalistische Verhältnisse einzuführen beginnen, sondern auch Grundherren, vor allem die Grundherren mit kleinerem und mittlerem Grundbesitz, deren Güter mit dem Markt in Verbindung getreten waren und die im Übergang zur Geldrente voranschritten. Gerade aus der von den Bauern erhaltenen Geldrente resultierte das Kapital, das diese Grundherren in der Produktion anzulegen und zur Entlohnung der Lohnarbeiter aus der Reihe der landarmen Bauern anzuwenden begannen. Wir wissen, daß schon im 13.–14. Jahrhundert die Ausbeutung der cotter halb auf Grund von Lohnarbeit, halb durch ihr fronbäuerliches Verhältnis, besonders auf diesen kleineren herrschaftlichen Gütern, keine unbedeutende Rolle gespielt hat. Im 15. Jahrhundert entsteht dann, hauptsächlich auf den kleinen und mittleren Grundbesitzern basierend, der sog. neue Adel (gentry), der – ständig ergänzt durch die Nachkommen der begüterten bäuerlichen free-holder und der zu Grundbesitz gelangten städtischen Bürger – bereits mehr von der Ausbeutung der Lohnarbeiter als von der der Fronbauern lebt: Er ist am meisten an den Korn-

<sup>43)</sup> *Kosminski, E. A.*, *Isledowanija . . .*, a. a. O., Moskwa-Leningrad 1947.

<sup>44)</sup> *Brentano, L.*, a. a. O., Bd. II, S. 71–72; *Archangelski, S. I.*, *Agrarnoje zakonodatelstwo anglijskoj revoljuzii 1649–1666*. Moskwa 1940, S. 107, 119, 122; *Granat, I.*, *K woprossu ob obessemelenyi krestjan w Anglii*. Moskwa 1908, S. 59–60.

und Wollpreisen, am Niveau des Arbeitslohnes und an der Steigerung der Einträglichkeit seines Grundbesitzes interessiert.<sup>45)</sup> „... der neue (Adel)“, charakterisiert Marx diese Gesellschaftsschicht, „war ein Kind seiner Zeit, für welches Geld Macht aller Mächte“<sup>46)</sup>.

Gerade dieser neue Adel, der immer mehr den Charakter der Bourgeois annahm, begann in den letzten Jahrzehnten des 15. und in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts unter dem Einfluß der durch die Entwicklung der flandrischen und später der englischen Tuchindustrie bedingten Wollkonjunktur seine Äcker in Weideland für die Schafherden umzugestalten, zu diesem Zweck die kleinbäuerlichen Besitzer und Pächter zu vertreiben, die mit den Bauern gemeinsam genutzten Gemeinheiten (commons) aufzuteilen bzw. zu enteignen, die zusammengelegten umfangreichen Ländereien als monopolistisches Eigentum in Besitz zu nehmen, die „Einhegungen“, die berüchtigten inclosures durchzuführen – und zwar unter Nichtachtung der Verordnungen der Regierung, die diese Entwicklung aus finanziellen und militärischen Gründen zu verhindern bzw. einzuschränken versuchte. Auf den solcherweise enteigneten und eingehetzten Ländereien nahm die großbetriebliche Schafzucht zum Teil als eigenes Unternehmen der Neuadligen, zum Teil als das der Großpächter einen großen Aufschwung; die letzteren waren an Stelle der Kleinbauern und Kleinpächter getreten, und hatten – wie die zeitenössischen Quellen berichten – „10-12-14 oder auch 16 Pachten an sich gebracht . . . ,fügen Pacht an Pacht und bringen die anderen um ihren Lebensunterhalt“<sup>47)</sup>. Damit war die Loslösung der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln, die erste große Welle der sog. ursprünglichen Akkumulation, eingetreten, deren proletarisierende Auswirkungen Marx auf Grund zeitgenössischer Quellen im 24. Kapitel des I. Bandes seines „Kapital“ so erschütternd vor Augen führt.

Neben den sich bereichernden Bauern und neben dem neuen Adel müssen wir schließlich auf Grund des massenweisen Übergangs zur Geldrente eine dritte Tendenz der Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse in der englischen Landwirtschaft erwähnen: es ist dies das Eindringen des Kapitals von außen, von der Stadt her, und zwar im Wege der Grundpacht oder des Landkaufs. Denn neben der „Pflanzschule von kapitalistischen Pächtern“ in dem Dorfe, „sobald die Rente die Form der Geldrente und damit das Verhältnis zwischen Rente zahlendem Bauer und Grundeigentümer die eines kontraktlichen Verhältnisses annimmt . . .“, erläutert Marx die hier zur Frage stehende Entwicklungstendenz, „tritt notwendig auch Verpachtung des Bodens an Kapitalisten ein, welche bisher außerhalb der ländlichen Schranken standen und welche nun städtisch erworbenes Kapital und die in den Städten bereits ent-

<sup>45)</sup> *Tawney, R.*, The Rise of the Gentry. „The Economic History Review“ 1941; *Kosminski, E. A.*, Osnownyje problemy . . . , a. a. O., S. 25; *Kosminski-Shaskin*, a. a. O., S. 284, 371, 381–392.

<sup>46)</sup> *Marx, Karl*, Das Kapital. Bd. I, S. 756.

<sup>47)</sup> Angeführt bei *Lipson, E.*, a. a. O., Bd. I<sup>o</sup>, S. 164.



wickelte kapitalistische Betriebsweise, die Herstellung des Produkts als bloßer Ware, als bloßen Mittels zur Aneignung von Mehrwert, auf das Land und die Landwirtschaft übertragen.“<sup>48)</sup> Andererseits dringt das städtische Kapital auf der Stufe der Geldrente neben der Grundpacht auch im Wege des Ankaufs von Grundstücken auf dem Lande ein. Wie Marx darlegt, „... ist noch bei der Verwandlung der Produktenrente in Geldrente zu bemerken, daß mit ihr die kapitalisierte Rente, der Preis des Bodens, und damit seine Veräußerlichkeit und Veräußerung ein wesentliches Moment wird, und daß damit . . . auch städtische und andere Geldbesitzer Grundstücke kaufen . . .“<sup>49)</sup> Obwohl die feudale Gebundenheit des Grundeigentums noch in beträchtlichem Maße bestand, war es in England schon im 15. Jahrhundert eine ziemlich häufige Erscheinung, daß städtische Kaufleute und Geldbesitzer Grundstücke kauften, um einerseits das politische Gewicht zu erwerben, das der Grundbesitz verlieh, andererseits, um ihr Geld gewinnbringend anzulegen. Die wirtschaftsgeschichtliche Forschung in England hat, angefangen mit Fitz-Aylwin, dem ersten Lordmajor von London, über die berühmte Familie de la Pole eine lange Reihe städtischer Kaufleute nachgewiesen, die durch Kauf Eigentümer von beträchtlichen Ländereien geworden waren. „Land zu kaufen – dies ist all ihre Sorge und all ihr Wissen, worauf sie sich verstehen“ – schreibt über diese Art der Grundbesitzer ein zeitgenössischer Verfasser. Besonders in den 30er Jahren des 16. Jahrhunderts, im Zusammenhang mit der Reformation, nahm dieser Prozeß einen großen Aufschwung, als auf die eingezogenen Klostergüter – bis dahin hatte es in England über 300 Klöster gegeben – eine wahre Jagd begann, an der vor allem gerade die reichen städtischen Bürger beteiligt waren. Der Bodenkauf bedeutete einen weiteren wichtigen Schritt zur Verbreitung kapitalistischer Verhältnisse im englischen Dorf und zur Umwandlung des feudalen Grundeigentums in bürgerliches Grundeigentum. Die städtischen Bürger, die Land erworben hatten, ließen nämlich auf ihren Gütern die herkömmlichen Verhältnisse der landwirtschaftlichen Produktion nicht weiter bestehen, sondern begannen – ähnlich wie der neue Adel – auch selbst schonungslos mit der Expropriierung, mit den Einhegungen, um aus ihren Äckern im Rahmen der kapitalistischen Eigenwirtschaft oder der kapitalistischen Pacht den größtmöglichen Gewinn herauszuschlagen. „Möchte doch der Handelsherr nur Handel betreiben und den Boden denen lassen, die davon leben“ – meint ein zeitgenössischer Klagespruch über die Kaufleute, die Grundstücke erwerben und Einhegungen vornehmen.<sup>50)</sup> Diese neue Welle der Expropriation trug in nicht unbedeutendem Maße dazu bei, daß „England Ende des 16. Jahrhunderts eine

<sup>48)</sup> *Marx, Karl*, Das Kapital. Bd. III, S. 850.

<sup>49)</sup> Ebenda, S. 853.

<sup>50)</sup> *Brentano, L.*, a. a. O., Bd. II, S. 76–80; *Lipson, E.*, a. a. O., Bd. I<sup>9</sup>, S. 143 bis 149; *Skaskin, S. D. – Samojlo, A. S. – Tschistoswonow, A. N.*, Istorija srednjich wekow. Moskwa, Bd. II, 1954, S. 247–251; *Hill, Ch.*, Die gesellschaftlichen und ökonomischen Folgen der Reformation in England. (Beiträge zum neuen Geschichtsbild) Berlin 1956, S. 88–104; usw.

Klasse für die damaligen Verhältnisse reicher ‚Kapitalpächter‘ besaß“, andererseits, daß die Existenz und das Elend der besitzlosen Massen, der Pauperismus, wie Marx dies ausdrückt, im englischen Königreich zu einem offiziell anerkannten Faktum wurde.<sup>51)</sup>

Der Prozeß der „Agrarrevolution“, der im englischen Dorf – besonders in den wirtschaftlich entwickelteren sog. mittleren Grafschaften (midland counties), so in Leicestershire, Northamptonshire, Warwickshire, Bedfordshire, Buckinghamshire, Middlesex, Oxfordshire sowie in einzelnen Gegenden der Grafschaften in Süd- und Ostengland<sup>52)</sup> – schon im Laufe des 16. Jahrhunderts weitgehend vorangeschritten war, mußte auch von zahlreichen bürgerlichen Wirtschaftshistorikern mehr oder minder entsprechend dem 24. Kapitel des I. Bandes von Marx’ „Kapital“ dargestellt werden.<sup>53)</sup> Höchstens, daß einzelne entschlossene Apologeten des Kapitalismus, wie z. B. E. Gay im Gegensatz zu Marx und zur historischen Wirklichkeit diesen Prozeß in seinen Details „abzuschwächen“ bzw. auf eine spätere Zeit zu verlegen versuchten. Gay maß etwa der Phase dieser Umwandlung, die ins 16. Jahrhundert fiel, eine geringere Bedeutung bei und argumentierte in diesem Zusammenhang damit, daß die Einhegungen dazumal keine gewalttätige Expropriierung bedeutet hätten, insofern sie „ohne direkten Verstoß gegen das gültige Privatrecht“ erfolgt seien.<sup>54)</sup> Solchen Ansichten gegenüber hat die neuere historische Forschung in der Sowjetunion – wir denken in diesem Zusammenhang vor allem an Semjonows Monographie – auf Grund gewissenhafter Analyse der Quellen nachgewiesen, daß die Agrarumwälzungen in England, die in engem Zusammenhang mit den damaligen Bauernbewegungen untersucht wurden, schon im 16. Jahrhundert einen stürmischen Charakter annahmen und schwerwiegende, nachhaltige Folgen zeitigten.<sup>55)</sup>

Schon die Wellen der Enteignungen und Einhegungen, die im Laufe des 16. Jahrhunderts das englische Dorf erfaßten, riefen den heftigen Protest der Bauernmassen hervor, ja lösten Bauernaufstände von bedeutendem Ausmaß aus, was allerdings zahlreiche bürgerliche Wirtschaftshistoriker kaum zur Kenntnis nehmen wollen. Um aber nur die wichtigsten dieser Bewegungen zu erwähnen, erinnern wir daran, daß im Jahre 1549 zwei große Bauernaufstände ausbrachen, der eine in Südwestengland, der andere in Ostengland, und 1607 wurden die mittleren Grafschaften Englands zum Schauplatz einer

<sup>51)</sup> Marx, Karl, Das Kapital. Bd. I, S. 784, 759.

<sup>52)</sup> Ashley, W. J., a. a. O., Bd. II, S. 302–305, 326; Johnson, A. H., The Disappearance of the Small Landowner. London 1909, S. 164.

<sup>53)</sup> Vgl. Kulischer, J., a. a. O., Bd. II, S. 61–72.

<sup>54)</sup> Gay, E. F., Inclosures in England in the Sixteenth Century. „The Quarterly Journal of Economics“ 1903, S. 581 ff.

<sup>55)</sup> Semjonow, W. F., Ogorashiwanija i krestjanskije dwishenija w Anglii w XVI weke. Moskwa-Leningrad 1949.

heftigen Bauernbewegung, die sich gegen die Einhegungen wandte und zugleich bezeugt, daß am Ende des 16. und im 17. Jahrhundert die Einhegungen – im Gegensatz zur früheren Auffassung Ashleys und anderer Wirtschaftshistoriker – fortgesetzt wurden. Diese neuere Welle der Expropriation hing vor allem damit zusammen, daß das Wachstum der industriellen Bevölkerung des Landes, die Entwicklung der kapitalistischen Manufaktur, den inneren Markt beträchtlich erweitert hatte, was die Bourgeoisie und den neuen Adel zu weiterem Bodenerwerb, zur Steigerung der Warenproduktion und zur kapitalistischen Bewirtschaftung ihrer Güter anspornte. So führten diese neueren Einhegungen nicht so sehr zur Ausbreitung der Schafzucht, sondern eher zum Vordringen der entwickelteren Formen des Ackerbaus.<sup>56)</sup>

Vor allem die Forschungen des sowjetischen Wissenschaftlers Archangelski haben die langwierigen und zähen Kämpfe aufgedeckt, die von den englischen Bauern in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts einerseits in Ostengland gegen die zur Trockenlegung der Moore eingeleiteten Unternehmen der Kapitalisten und der Neuadligen geführt wurden – die sog. Moorleute (*marsh-man*) wollten ihre versumpften Gemeindeländer gegen das Vordringen der Kapitalisten verteidigen – bzw. andererseits in Südwestengland, wo die Widerstand leistenden Bauern an ihrer Waldtrift und Holzgerechtsame festhielten und sich gegen die Einhegung der gewaltigen königlichen Waldungen (*disafforestation*) wandten. Diese immer wieder auflodernden Kämpfe mündeten in die außerordentlich heftigen Bauernbewegungen zur Zeit der bürgerlichen Revolution in den 40er und 50er Jahren des 17. Jahrhunderts: Die englischen Dorfgemeinden antworteten auf die Ereignisse in London mit dem entschlossenen Auftreten gegen die Einhegungen und gegen die Trockenlegung der Moore, mit dem Kampf um die Gemeindeländer, um die Waldungen und Parks, die sich in den Händen des Königs und der Grundherren befanden, mit der Niederreißung der Einhegungen und mit der Verweigerung der Renten. Da der Großteil des Bodens in England um die Mitte des 17. Jahrhunderts trotz des bedeutenden Fortschreitens der kapitalistischen Umgestaltung der Landwirtschaft noch immer feudales Eigentum war, richteten sich die erwähnten Bauernbewegungen zu gleicher Zeit gegen das Grundeigentum alten Typs wie auch gegen das neuen Typs, gegen das Grundeigentum der Bourgeoisie und des neuen Adels. Diese Bauernbewegungen – die von den englischen bürgerlichen Historikern, die sich mit dieser Periode am gründlichsten befassen, wie Gardiner und Trevelyan, aus der Geschichte der englischen Revolution sozusagen völlig beiseite gelassen werden, obwohl sie ein außerordentlich wesentliches Moment der Geschichte der englischen Revolution darstellen – bedeuteten den spontanen, von unten, aus den Massen kommenden Kampf der Bauern, sowohl gegen die feudalen Verhältnisse als auch gegen die bauernfeindliche, antidemokratische

<sup>56)</sup> Ashley, W. J., a. a. O., Bd. II, S. 303; Lipson, E., a. a. O., Bd. I<sup>9</sup>, S. 182, Bd. II<sup>4</sup>, S. 398–407.

Agrarrevolution — den Kampf um den Boden, um die Reinigung des Bodens durch den Bauern, um die demokratisch-bäuerliche Agrarrevolution.<sup>57)</sup>

Diese Bestrebungen der Bauern konnten jedoch von der führenden Klasse der englischen Revolution, von der Bourgeoisie, die sich auf das Bündnis mit dem neuen Adel stützte, zurückgeschlagen werden. Dieses Hauptkennzeichen der englischen bürgerlichen Revolution, das Bündnis der Bourgeoisie und des neuen Adels gegen die feudal-absolutistischen Kräfte, beruhte — worauf Marx anderenorts hinweist — gerade auf der wirtschaftlichen Basis, daß das Grundeigentum des neuen Adels „kein feudales, sondern ein bürgerliches Eigentum war. Diese Grundbesitzer stellten einerseits der industriellen Bourgeoisie die für ihre Manufakturen nötigen Arbeiterhände zur Verfügung, andererseits vermochte sie der Landwirtschaft eine Richtung zu geben, die dem Stand der Industrie und des Handels entsprach“<sup>58)</sup>. So konnte die englische Bourgeoisie in engem Bündnis mit dem neuen Adel die Agrarfrage zur Zeit der bürgerlichen Revolution auf Kosten der Bauern „lösen“.

Damit war ein bedeutender Schritt in Richtung auf die Mobilisierung des Bodens, auf die Umwandlung des feudalen Grundeigentums in ein bürgerliches Grundeigentum vollzogen. Der Großteil, nach Archangelskis Angaben rund 80 v. H., der von den „Delinquenten“, den königstreuen Grundherren eingezogenen bzw. zum Kauf angebotenen Länder wurde von Londoner Geschäftsleuten und anderen bürgerlichen Elementen erworben; bäuerliche Käufer hatten an diesen Erwerbungen nur geringen Anteil. Im Interesse der neuen Eigentümer wurden die gutsherrlichen Länder durch die Gesetze vom Jahre 1646 und 1656 von allen Gebundenheiten, von den feudalen Abgaben an den König befreit, zugleich aber die feudale Rentepflichtigkeit, die auf den copy-holder lastete, unangetastet belassen.<sup>59)</sup> Und wenn auch im Zuge der Restauration unter den Stuarts die Agrargesetzgebung der Revolution aufgehoben wurde und die alten Eigentümer einen Teil ihrer während der Revolution verlorenen Länder zurückerhielten, so mußten die grundlegenden Veränderungen, die sich in der Verteilung und im Charakter des Grundeigentums vorher vollzogen hatten, praktisch anerkannt werden: Die Güter, die während der Revolution durch Zwangsveräußerung den Besitzer gewechselt hatten, blieben in Händen der neuen Eigentümer, wie denn auch die Abschaffung der Abgaben zugunsten der Krone bestätigt wurde.<sup>60)</sup>

<sup>57)</sup> *Archangelski, S. I.*, Wstuplenije w borbu selskich maß w natschale anglijskoj rewoljuzii. „Isztoritscheskije Sapiski“ 1938, Nr. 3, S. 161–180; *Archangelski, S. I.*, Dwishenije krestjan-obščtschinnikow w Vostotschnoj Anglii w 40–50 godach XVII weka. „Iswestija AN SSSR Serija Istorii i filosofii“ 1948, Nr. W. 4, S. 355–367; usw.

<sup>58)</sup> K. Marx i F. Engels ob Anglii. Moskwa 1952, S. 308.

<sup>59)</sup> *Archangelski, S. I.*, Agrarņoje zakonodatjelstwo i agrarņoje dwishenije w Anglii wo wremja rewoljuzii. XVII weka. Moskwa 1955, S. 14–43.; usw.

<sup>60)</sup> Ebenda, S. 44–45. Vgl. *Archangelski, S. I.*, Poloshenije i borba narodnich mass Anglii w 60-e godi XVII weka. „Woprossy Istorii“ 1958, Nr. 6, S. 129 bis 141.

Unter solchen Verhältnissen bedeutete der Regierungswechsel von 1688/1689 — der die Sympathie der bürgerlichen Historiker gefunden hat und von ihnen zur „glorreichen Revolution“ erklärt wurde, weil er ohne jedwede Teilnahme der Volksmassen erfolgte, dieser Regierungswechsel, der der Bourgeoisie und dem kapitalistisch wirtschaftenden neuen Adel zur Herrschaft verhalf, dieser Regierungswechsel und alle seine Folgen — die Verschleuderung der Staatsdomänen zu Spottpreisen und ihre Umwandlung in bürgerliches Eigentum, sodann die neue, bisher größte Welle der Expropriation von Gemeindeländern im 18. Jahrhundert, die berüchtigten „parlamentarischen Einhegungen“, die im Unterschied zu solchen Maßnahmen in früheren Zeiten nunmehr mit der aktiven Unterstützung der Staatsgewalt durchgeführt wurden — dieser Regierungswechsel also und alle diese seine Folgen bedeuteten bloß den Abschluß der Agrarumwälzung, die am Ende des 15. Jahrhunderts eingesetzt hatte und deren Richtung von der bürgerlichen Revolution im 17. Jahrhundert besiegelt worden war. Dies war eine revolutionäre Umwälzung, insofern sie mit rücksichtsloser Gewalt die mittelalterlichen Agrarverhältnisse liquidierte und den Weg für das Eindringen des Kapitals, für die Entfaltung der kapitalistischen Landwirtschaft völlig freilegte<sup>61)</sup>, zugleich aber eine durch und durch antidemokratische, bauernfeindliche Umwälzung, denn — wie Lenin sagt — „die Gewalt wurde zum Vorteil der Großgrundbesitzer angewandt, sie wurde den Bauernmassen angetan, die durch Steuereintreibungen ausgepreßt, von ihrer Scholle, aus ihren Dörfern vertrieben wurden, ausstarben, auswanderten“<sup>62)</sup>

Infolge dieser Agrarrevolution verschwand die yeomanry — dies war der Sammelname für die klein- und mittelbäuerlichen free-holder, copy-holder und lease-holder<sup>63)</sup> —, die „noch in den letzten Dezennien des 17. Jahrhunderts“, wie Marx feststellt, „noch zahlreicher als die Klasse der Pächter“ war, um 1750 als Klasse aus dem englischen Dorf.<sup>64)</sup>

Als dann die kleinbäuerlichen Besitzer und Pächter auf englischem Lande sozusagen ausgestorben waren, breitete sich zugleich notwendigermaßen der kapitalistische Großbetrieb in der Landwirtschaft aus, wuchsen die gewaltigen Pachtländereien — im 18. Jahrhundert hießen sie capital-farms oder merchant-farms —, die eine große Anzahl von landwirtschaftlichen Lohnarbeitern ausbeuteten, entwickelte Arbeitsgeräte und Anbauverfahren anwandten und eine bedeutende Hebung der Ernteerträge erzielten. In den Quellen aus dem 18. Jahrhundert finden sich zahlreiche Belege, die bezeugen, daß das kapitalistische

<sup>61)</sup> *Marx, Karl*, Theorien über den Mehrwert. Stuttgart 1905, Bd. II, Teil 2, S. 5–7.

<sup>62)</sup> *Lenin, W. I.*, Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905–1907. Moskau 1949, S. 74.

<sup>63)</sup> Vgl. z. B. *Lipson, E.*, a. a. O., Bd. II<sup>4</sup>, S. 378–386.

<sup>64)</sup> *Marx, Karl*, Das Kapital. Bd. I, S. 761.

Pachtsystem das Übergewicht erlangte.<sup>65)</sup> Dasselbe bezeugt aber auch das Englische: Die Wörter *farm*, *farmer*, die auf die lateinischen Wörter *firma*, *firmarius* zurückgehen und ursprünglich Pacht bzw. Pächter bedeuteten, wurden im Laufe der Zeit im gesamten englischen Sprachgebiet gleichbedeutend mit *Wirtschaft* bzw. *Landwirt*.<sup>66)</sup>

Aus all dem erhellt: Die Entwicklung der Geldrente, der letzten Form der feudalen Rente, führt notwendigermaßen zur Auflösung der feudalen Rente und zu den Anfängen der Entstehung der kapitalistischen Rente und unter entsprechenden historischen Voraussetzungen zur völligen Umwandlung der Renten- und Profitverhältnisse, letztlich zur Vorherrschaft des kapitalistischen Profits und der kapitalistischen Grundrente. Nunmehr wird der Pächter „der wirkliche Kommandant dieser Ackerarbeiter und der wirkliche Exploiteur ihrer Mehrarbeit, während der Grundeigentümer in einem direkten Verhältnis, und zwar einem bloßen Geld- und Kontraktverhältnis, nur noch zu diesem kapitalistischen Pächter steht. Damit verwandelt sich auch die Natur der Rente, nicht nur tatsächlich und zufällig, was sie zum Teil schon unter den früheren Formen getan, sondern normal, in ihrer anerkannten und herrschenden Form . . . Es ist nur noch ein überschüssiger Teil dieses von ihm (dem kapitalistischen Pächter), vermöge seines Kapitals, durch direkte Exploitation der Landarbeiter extrahierten Mehrwerts, den er als Rente an den Grundeigentümer weggibt . . . Statt der Rente ist jetzt der Profit die normale Form des Mehrwerts geworden . . .“<sup>67)</sup>, und wenn bisher der Profit „hinter dem Rücken“ der Grundrente gewachsen war, so wurde von nun an die Grundrente „hinter den Rücken“ des Profits gedrängt.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der kapitalistischen Grundrente, die wir hier überblickt haben, veränderte sich die Agrarstruktur Englands im Laufe des 16. bis 18. Jahrhunderts von Grund auf. Die Masse der bäuerlichen Klein- und Mittelwirtschaften verschwand. Der Großgrundbesitz blieb bestehen, wandelte sich jedoch in Hinsicht auf Lage, Charakter und Struktur völlig: Infolge der Einhegungen und der übrigen gewalttätigen Methoden der Expropriation nahmen die Güter auch territorial eine andere Lage ein als die einstigen *manor*; sie waren nicht mehr Substrate der feudalen Grundrente, dieser alles verschlingenden Form der Mehrarbeit, sondern sie waren für den Grundeigentümer, für den *Landlord* die Quelle der kapitalistischen Grundrente, d. h. bloß des Überschusses des Mehrwerts über dem Durchschnittsprofit; sie waren nicht mehr das Konglomerat einer Reihe von bäuerlichen Kleinbetrieben, sondern durch Pacht bewirtschaftete Großbetriebe, die dem

<sup>65)</sup> Ebenda, S. 763–766; s. noch *Lawrowski, W. M.*, *Parlamentskije ogorashiwanija obschtschinnich semelj w Anglii XVIII – natschala XIX ww.* Moskwa-Leningrad 1940.

<sup>66)</sup> Vgl. *Ashley, W. J.*, a. a. O., Bd. II, S. 284, 307–308; *Brentano, L.*, a. a. O., Bd. I, S. 81–82.

<sup>67)</sup> *Marx, Karl*, *Das Kapital*, Bd. III, S. 850–851.

Pächter kapitalistischen Profit abwarfen. So wurde in England der teils aus ländlichen, teils aus städtischen Kapitalisten aufgekommene Großpächter zum Hauptvertreter der zur kapitalistischen Produktion übergehenden landwirtschaftlichen Warenerzeugung.

Die Entwicklung der Waren- und Geldverhältnisse, die Entwicklung der Geldrente, führt — wie dies Marx historisch und logisch nachgewiesen hat — notwendigermaßen zur Entstehung der kapitalistischen Grundrente, zum Auftreten der kapitalistischen Pächter. Das System der kapitalistischen Großpachten wird jedoch mit Auflösung der feudalen Geldrente nur dann zur herrschenden Form, zur Haupttroute der Agrarentwicklung, wenn — wie wir darauf öfters hingewiesen haben — die kapitalistische Umwandlung der gesamten Volkswirtschaft in raschem Tempo fortschreitet. „Allgemeine Regel kann diese Form nur in den Ländern werden, die beim Übergang aus der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise den Weltmarkt beherrschen“<sup>68)</sup> — so umreißt Marx direkt die historischen Voraussetzungen dieser Entwicklung. Und solch ein Land war England, wo nicht nur die Geldrente bis zum 15. Jahrhundert vorherrschend geworden war, sondern die ursprüngliche Akkumulation bereits am Ende des 15. Jahrhunderts eingesetzt und im 16. Jahrhundert stürmisch fortgeschritten war, wo bereits um die Mitte des 17. Jahrhunderts die bürgerliche Revolution erfolgte, wo die Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise und innerhalb dieser die Entstehung der kapitalistischen Landwirtschaft „in ihrer klassischen Form“<sup>69)</sup> vor sich ging, — all dies in engem Zusammenhang damit, daß sich England zur Zeit des Überganges aus der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise auf dem Weltmarkt die Vorherrschaft gesichert hatte. Die kapitalistische Landwirtschaft, das System der Großpachten kam im Inselreich bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts zur vollen Entfaltung, bis zu dem Zeitpunkt also, als England bereits alle seine rivalisierenden Gegenspieler verdrängt hatte und zur führenden Kolonialmacht und zur „Werkstatt der Welt“ geworden war.

#### IV.

In den westeuropäischen Ländern, die die Stufe der Geldrente zwar erreicht hatten, aber im 16. bis 18. Jahrhundert auf dem Weltmarkt keine beherrschende Stellung erlangten, erschien das System der kapitalistischen Pacht ebenfalls, wurde aber nicht zur vorherrschenden Form. In diesen Ländern bestand die Hauptrichtung der Agrarentwicklung in der von Marx umrissenen zweiten Variante: Die Entwicklung und Auflösung der Geldrente führte hier

<sup>68)</sup> Ebenda, S. 850.

<sup>69)</sup> Ebenda, Bd. I, S. 754–755; Bd. III, S. 727–728 usw.

überwiegend nicht „zur Rente, die der kapitalistische Pächter zahlt“, sondern „zur Verwandlung des Bodens in freies Bauerneigentum“.<sup>70)</sup>

„Diese Form des freien Parzelleneigentums selbstwirtschaftender Bauern . . .“, schreibt Marx etwas später im 47. Kapitel, „finden wir . . . bei den modernen Völkern als eine der Formen vor, die aus der Auflösung des feudalen Grundeigentums hervorgehen. So die yeomanry in England, der Bauernstand in Schweden, die französischen und westdeutschen Bauern.“<sup>71)</sup> In England wurde jedoch die Klasse der yeomen im Laufe des 16. bis 18. Jahrhunderts mit Gewalt expropriert, so daß an Stelle des bäuerlichen Kleinbetriebes alsbald die vorherrschende Form des Systems der Großpachten trat. In den Ländern des westeuropäischen Festlandes, vor allem in Frankreich, wo gerade im Gegensatz zur englischen Entwicklung das feudale Großeigentum der Grundherren, wenngleich nur am Ende des 18. Jahrhunderts, von der Revolution zerschlagen wurde, wurde die Wirtschaft der freien Bauern, die ihren Acker selber bestellten, also das bürgerliche Kleineigentum, zu der überwiegenden Form der Landwirtschaft.

Was die Agrarentwicklung im vorrevolutionären Frankreich anbelangt, verlief diese — wie wir gesehen haben — bis zum 15. Jahrhundert im großen und ganzen übereinstimmend mit der Entwicklung in England, um aber dann, beginnend mit dem 16. Jahrhundert, von dieser völlig abzuweichen. Es handelt sich nicht darum, daß man die Tendenzen und Prozesse, die man in der englischen Entwicklung auf der Stufe der Geldrente beobachten kann — wie die Differenzierung und Expropriierung des Bauerntums, das Eindringen des Kapitals auf das Land von außen her usw. —, nicht auch in der französischen Landwirtschaft des 16. bis 18. Jahrhunderts feststellen könnte; nur daß diese Tendenzen bei weitem nicht so weit gediehen und nicht solche Folgen zeitigten wie im zeitgenössischen England. Wir wollen diese miteinander aufs engste verknüpften Tendenzen und Prozesse etwas näher untersuchen.

Es wird hier notwendig, die Differenzierung innerhalb des Bauerntums zu verfolgen, die mit der Entwicklung der Waren- und Geldverhältnisse selbstverständlich auch in Frankreich im Fortschreiten begriffen war. Einerseits begann sich über der entscheidenden Masse der Klein- und Mittelwirtschaften, deren Besitzer, besonders diejenigen, welche ausschließlich von den Erträgen ihrer Wirtschaft lebten, in den Quellen *laboureux* genannt werden, eine dünne Schicht der Großbauern herauszubilden, die auch als Pächter von umfangreicheren Ländern (z. B. Wiesen, Weiden) sowie von grundherrlichen Renten und Zehnten (*fermiers, généraux de seigneuries, fermiers des dîmes*) auftraten und gleichsam selbst zu *seigneurs* der Bauern in der Umgegend wurden. Solche begüterten Bauern, die sich manchenorts von der Rentenpflicht losgekauft hatten, also frei wurden — man nannte sie im Gegensatz zu den Adeligen (*gentilhommes*) *honnêtes hommes* —, gab es im vorrevolutionären Frankreich nur in geringer Zahl; sie wurden von der monographischen Forschung vor allem

<sup>70)</sup> Ebenda, Bd. III, S. 849.

<sup>71)</sup> Ebenda, S. 858.



in der Normandie und in Poitou beschrieben.<sup>72)</sup> Andererseits zeitigte die Differenzierung das Absinken von nur unbedeutenden Bodenbesitz aufweisenden Schichten; diese wurden manouvriers oder journaliers genannt, zum Zeichen dessen, daß sie in ihrer Kleinstwirtschaft nicht ihr Auskommen finden konnten und neben dieser auf landwirtschaftliche oder industrielle Lohnarbeit angewiesen waren. Ihre Zahl war nach Landstrichen verschieden: Der russische Forscher Loutchitsky, der sich bis heute am gründlichsten mit den Bodenverhältnissen im ancien régime befaßt hat, setzt die Zahl dieser Schicht im vorrevolutionären Mittel- und Südfrankreich durchschnittlich mit etwa ein Sechstel der bäuerlichen Bevölkerung, in mehreren Provinzen West- und Nordfrankreichs etwas höher fest. In Frankreich zeigt somit der bedeutend niedrigere zahlenmäßige Anteil die beachtliche Abweichung von den englischen Verhältnissen an, denn in England verschwand bis zur Zweithälfte des 18. Jahrhunderts die bäuerliche Mittel- und Kleinwirtschaft, wie wir bereits gesehen haben, sozusagen völlig; andererseits erhellt dies auch daraus, daß gewöhnlich selbst die journaliers einen geringen Grundbesitz und an der Nutzung der gemeinsamen Weide und des Waldes usw. teilhatten, d. h., daß eine völlig besitzlose, vom Grundbesitz gänzlich enteignete, ausschließlich auf Lohnarbeit angewiesene Klasse, wie sie uns infolge der stürmisch fortschreitenden Expropriation in England entgegentritt, in Frankreich weit weniger aufgekommen war.<sup>73)</sup>

Was nun die Expropriation der Bauern betrifft, so handelt es sich nicht darum, daß sich in Frankreich zu dieser Zeit bei den Grundherren nicht Bestrebungen bemerkbar gemacht hätten, um die traditionellen Agrarverhältnisse zu beseitigen, vor allem um die Gemeinheiten (communaux) aufzuteilen und einzuhegen. Im 16. bis 17. Jahrhundert wurde manchenorts auf Wunsch der seigneurs mit der Aufteilung der Gemeinländer begonnen, wobei die Herrschaft allein ein Drittel (triage) oder zwei Drittel (cantonement) von diesem Boden erhielt; gerade auf solchen, zu monopolistischem Eigentum umgewandelten einstigen Gemeinländern erschienen einzelne Großbauern als kapitalistische Pächter der Herrschaft. Zu dieser Zeit trat der Staat, wie in England im 16. Jahrhundert, noch gegen die Enteignung auf, veränderte jedoch, dem englischen Beispiel folgend, von der Mitte des 18. Jahrhunderts an seinen Standpunkt und gestattete mit einer Reihe von Provinzverfügungen die Aufteilung der Gemeinländer. Von nun an nahm in einzelnen, hauptsächlich nordfranzösischen Landstrichen wie in der Bretagne und in der Normandie die Einhegung größere Ausmaße an; doch zu einer ähnlichen Maßnahme wie die „parlamentarische Form“ des Landraubs in England kam es nicht. Bis zur

<sup>72)</sup> *Bernier, N.*, Essai sur le tiers-état et les paysons de Basse-Normandie au XVIII. siècle. 1892, S. 172–174. — Die einschlägigen Ergebnisse der Monographie über Poitou mitgeteilt bei *Sée, H.*, a. a. O., Bd. I, S. 86–87.

<sup>73)</sup> *Loutchitsky, J.*, L'état des classes agricoles en France a la veille de la Revolution. Paris 1911, S. 30ff.; *Lefebvre, G.*, Les paysans du Nord pendant la Revolution française. Paris 1924, Bd. I, S. 45–46.

Revolution blieben in Frankreich mit entscheidendem Gewicht die alte feudale Agrarkonstitution und die vorkapitalistischen Agrarverhältnisse bestehen. So blieben auch die Gemeinheiten zum Großteil erhalten; vielerorts bestand auch weiterhin das *droit de glanage*, die Stoppelgerechtsame, das Gewohnheitsrecht, nach der Ernte die auf der Stoppel auffindbaren Ähren aufzulesen; und noch mehr blieb das Recht der *vaine pâture* bestehen, die Gewohnheit, das Vieh nach dem Schnitt auf den Gemeindeäckern gemeinsam zu weiden (ja, im Falle des *droit de parcours* auch auf den Feldern der benachbarten Dorfgemeinden), was selbstverständlich alles die Einführung der entwickelteren Ackerbauformen, die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft hemmte.<sup>74)</sup> Nachdem die kapitalistische Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft beträchtlich langsamer vor sich ging, war die Expropriation bei weitem nicht so allgemein und so ungestüm wie in England.

An diesem Punkt müssen wir darauf hinweisen, daß die Expropriation des Bauerntums im Inselreich — schon seit dem Ende des 15. Jahrhunderts — in beträchtlichem Maße vom „neuen Adel“ begonnen worden war, der im Gegensatz zur alten Feudalaristokratie, wie wir gesehen haben, immer mehr zur kapitalistischen Wirtschaftsweise überging und allmählich Bourgeoisiecharakter annahm. Für Frankreich ist es dagegen nicht kennzeichnend, daß der Adel zu Bourgeois wurde. Mit dem Ausbau der absolutistischen Monarchie veränderte sich zwar auch die Lebensweise des französischen Adels, doch bestand diese Veränderung hauptsächlich darin, daß die Vornehmsten vom Lande an den Hof des Herrschers eilten, von dem sie überreich entlohnte Sinekuren, große Lebensrenten erhielten und das berüchtigte Parasitenleben des Hofadels führten; ein anderer Teil des Adels drängte in die Armee, deren Kommando- und Offiziersstellen er für sich in Anspruch nahm.<sup>75)</sup> Aber selbst die Seigneurs, die daheim im Dorfe geblieben waren, betrieben größtenteils auch nicht die Eigenbewirtschaftung ihrer Güter, und noch weniger unternahmen sie Schritte zum Übergang zur kapitalistischen Produktion. Im Rahmen der Seigneurie blieben nicht nur die alten Bauernhufen als rentepflichtiges Land (*censive*) im Besitz der Bauern, sondern infolge des beschränkten inneren Absatzmarktes der landwirtschaftlichen Produkte kam auch der Großteil des einstigen Herrenlandes, der *domaine proche* (*réserve seigneuriale*) in bäuerliche Nutzung, in der Masse als Kleinpacht, gegen Pachtleistungen in Geld oder Naturalien bzw. gegen gemischte Pachtleistungen, wobei die Pachtverträge im 18. Jahrhundert hauptsächlich auf 6–9 Jahre geschlossen wurden.<sup>76)</sup> In den zeitgenössischen Gutsbeschreibungen finden sich häufig Wendungen, wie „der Seigneur besitzt in der Ortschaft weder ein Schloß, noch eigenes Land, er er-

<sup>74)</sup> *Sée, H.*, a. a. O., S. 171–172, 183; *Lefebvre, G.*, a. a. O., Bd. I, S. 62–64, 92–93 usw.

<sup>75)</sup> *Skaskin-Semojlo-Tschistoswonow*, a. a. O., S. 282–283; *Birjukowitsch, W. W.* — *Porschnew, B. F.* — *Skaskin, S. D.*, *Nowaja istorija*. I. Moskwa 1951, S. 173 bis 176.

<sup>76)</sup> *Sée, H.*, a. a. O., Bd. I, S. 84–85, 90, 156–158; usw.

hält nur den Zins“, oder „der Seigneur hat kein Stückchen Land, nicht einmal für seinen Landsitz“ usw.<sup>77)</sup> Auf Grund detaillierter Forschungen kann festgestellt werden, daß in den verschiedenen Landstrichen wie in Berry, Querca, in Limousin die Adelsgüter im engeren Sinne, die *domaines*, zu dieser Zeit nur bis zu 2–4 Prozent in Eigenbewirtschaftung waren.<sup>78)</sup> Im vorrevolutionären Frankreich blieb die Eigenwirtschaft des Grundherrn und innerhalb dieser die kapitalistische Produktionsform überaus beschränkt.

Wie aber stand es um die englische Hauptform der Entwicklung, um die kapitalistische Pacht? Diese wies etwas größere Ausmaße auf – wir haben auf die infolge der Differenzierung im Dorfe aufgekommenen großbäuerlichen Pächter bereits hingewiesen –, sie blieb aber weit hinter der Verbreitung im Inselreich zurück, und zwar gerade darum, weil das Eindringen des Kapitals von außen in mehrfacher Hinsicht verschieden war. Wir müssen wiederum hervorheben, daß es sich hier nicht darum handelt, als wäre mit der Entwicklung der Waren- und Geldverhältnisse städtisches Kapital auch in Frankreich nicht auf das Land vorgedrungen. Das Vordringen des Kapitals in die Landwirtschaft steigerte sich vom 16. Jahrhundert an, zum Teil dadurch, daß reiche Städter den in Not geratenen Bauern Darlehen gewährten. Dieses Darlehen war mit der Verpfändung des bäuerlichen Landes verbunden, wurde oft gegen die sog. konstituierte Rente (*rente constitué à prix d'argent*) geboten, wobei die dem Gläubiger pflichtgemäß in Geld oder Naturalien zu zahlenden Zinsen nicht selten Generationen hindurch erblich – wie die feudale Rentepflicht gegenüber dem Seigneur – den Schuldner und sein Land belasteten; solche Wucherrenten nannte man bezeichnenderweise *surcens*. Es konnte vorkommen, daß ein und dasselbe Grundstück mehrfach verpfändet, mit mehreren *surcens* belastet war. Durch solche Wucherverschuldung wurde die Bauernwirtschaft zugrunde gerichtet, ohne daß dies zur raschen Enteignung geführt hätte; das Eindringen des Wucherkapitals in die Landwirtschaft war nicht von der kapitalistischen Umgestaltung der Produktionsweise begleitet, sondern führte eher zur parasitären Konservierung der feudalen Verhältnisse.

Eine ähnliche Lage ergab sich gewöhnlich auch dann, wenn das Eindringen des Kapitals in das Dorf in der Form erfolgte, daß reiche städtische Bürger Grundbesitz käuflich erwarben. In der Umgebung der Großstädte kam im 17. Jahrhundert nahezu der ganze Boden in ihre Hand: Die reichen Bourgeois waren auch in Frankreich bestrebt, Land zu erwerben. Aber diese neuen Grundherren organisierten die traditionelle Ordnung der Landwirtschaft nicht in kapitalistischer Weise um, sondern betrieben im allgemeinen die Bewirtschaftungsform ihrer Vorgänger, der Seigneur: Nach den rentepflichtigen Grundstücken trieben sie die bis dahin entrichteten Leistungen ein, und die *domaines* verpachteten sie auf Grund von termingebundenen Kleinpachten, oft im Rahmen von Halbpachten (*métayage*) an Bauern. Mit solchen Boden-

<sup>77)</sup> Angeführt bei *Loutchitsky, J.*, a. a. O., S. 45–47, 51–53.

<sup>78)</sup> Siehe bei *Kulischer, J.*, a. a. O., Bd. II, S. 79.

erwerbungen sowie durch den Kauf administrativ-richterlicher Ämter — im bürokratischen Apparat der französischen Monarchie konnte eine Reihe von Ämtern geldlich erworben werden — kamen zahlreiche bürgerliche Elemente auch zu feudalen Adelstiteln; der größtenteils aus reichen Bürgern entstandene Amtadel (gens de robe) wurde neben dem alten Adel (gens d'épée) zu einer wichtigen Schicht der herrschenden Klasse. Unter Verhältnissen, die mit Hinblick auf die Entstehung der kapitalistischen Produktion weit weniger günstig waren als in England, im Rahmen des feudalen Absolutismus in Frankreich wurde ein Teil der Adelligen nicht so sehr zu Bourgeois, sondern eher ein Teil der Bourgeoisie „zu Adelligen“.<sup>79)</sup>

Man kann also feststellen, daß selbst das Eindringen des Geldkapitals in das Dorf von außen, von der Stadt her der Entfaltung der kapitalistischen Verhältnisse in der französischen Landwirtschaft des 16. bis 18. Jahrhunderts keinen besonderen Anstoß gab, insofern es kaum zum Kapital im engeren Sinne, kaum in der Produktion angelegt wurde. Die Auflösung der feudalen Grundrente, die Entstehung der kapitalistischen Grundrente (und des kapitalistischen Profits) im Rahmen der Großpachtwirtschaft erfolgte nur ziemlich vereinzelt. Während in England das System der Großpachten bereits zur dominierenden Betriebsform geworden war, erklärt Loutchitsky, war sie in Frankreich am Vorabend der Revolution gerade erst im Aufkommen. Sie fand nur auf den Kirchen- und Klostersgütern Eingang, und zwar nur in Nordfrankreich. Zu dieser Feststellung können wir auf Grund der Darlegungen von Sée noch hinzufügen, daß in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, im Zusammenhang mit der bereits erwähnten Belebung der Einhegungen und der Aufteilung von Gemeinländern, die Entstehung kapitalistischer Pachtbetriebe in Artois, in der Picardie und in einigen anderen, ebenfalls nordfranzösischen Bezirken einen bestimmten Aufschwung nahm. Die von den Bauern dieser Landstriche im Jahre 1789 unterbreiteten Beschwerdehefte (cahiers de doléances) — diese wertvollen Quellen der Wirtschaftsgeschichte — verleihen wiederholt den Klagen der Kleinpächter Stimme, denen man ihre Pachtländer entzogen hatte, um diese nach englischem Vorbild zu Großpachten zu vereinen.<sup>80)</sup> Trotz all diesen Tendenzen wurde aber die kapitalistische Pacht vor der Revolution selbst in Nordfrankreich keineswegs vorherrschend.

Die Schranken der kapitalistischen Agrarentwicklung hemmten einerseits das Wachstum der Produktivkräfte in der französischen Landwirtschaft. Wenn auch in einzelnen kapitalistischen Wirtschaften Nordfrankreichs, die Lohnarbeit anwandten, der Boden so gut bestellt wurde, daß seine Fruchtbarkeit selbst einem englischen Reisenden, so z. B. Arthur Young, auffiel, so war nichtsdestoweniger für die französischen Dorfgemeinden des ancien régime im allgemeinen die Rückständigkeit der Produktion, das Dreifeldersystem und der

<sup>79)</sup> Lefebvre, G., a. a. O., Bd. I, S. 31–33; Skaskin-Samojlo-Tschistoswonow, a. a. O., S. 277–278; Birjukowitsch-Porschnew-Skaskin, a. a. O., S. 180–181.

<sup>80)</sup> Loutchitsky, J., a. a. O., S. 30–32; Sée, H., a. a. O., Bd. I, S. 158–159.

mittelalterliche Flur- und Saatzwang charakteristisch. Andererseits aber hatte die Beibehaltung der herkömmlichen Agrarverhältnisse in weiten Kreisen zur Folge, daß der Bauer den Großteil des französischen Bodens in seinen Händen zu behalten vermochte, daß die Masse des Ackerlandes in bäuerlichen Klein- und Mittelwirtschaften bestellt wurde.

Wie stand es nun mit der Verteilung des Grundbesitzes, genauer gesagt, mit der tatsächlichen Verteilung der Bodennutzung in Frankreich am Vorabend der Revolution? In dieser Hinsicht dürfen die Forschungen von Loutchitsky wiederum als grundlegend betrachtet werden. Aus diesen erhellt, daß sich die rentenpflichtigen – größtenteils – bäuerlichen Länder (*censive*) auf den westlichen Provinzen (Bretagne, Normandie, Poitou) auf etwa ein Fünftel der Gesamtfläche, im Norden: an Artois, in der Picardie sowie im Umkreis von Orleans, in Burgund auf rund ein Drittel der Gesamtfläche, in Mittelfrankreich wie in Limousin, Quercy, Auvergne sowie im Süden in Guyenne, Béarn, Languedoc und in der Provence dagegen auf 50 bis 60 Prozent der Gesamtfläche beliefen.<sup>81)</sup>

Doch erhellt aus diesen Angaben – obwohl sie hauptsächlich mit Hinblick auf Mittel- und Südfrankreich an sich schon das große Gewicht des Bauernbesitzes ausweisen – noch keineswegs die tatsächliche Verteilung der Bodennutzung. Wir dürfen nämlich nicht vergessen, daß in der Praxis nicht nur die rentenpflichtigen Grundstücke (*censive*) in der Nutzung der Bauern waren, sondern auch der Großteil der juristisch auch weiterhin gesonderten *domaine*, insofern – wie wir gesehen haben – die kapitalistische Pacht ziemlich selten war, und noch seltener die gutsherrliche Eigenbewirtschaftung, um so mehr aber die zahlreichen Arbeiten der bäuerlichen Kleinpacht verbreitet waren, mag es sich nun um Güter der alten Seigneurs oder aber um die der Neuedeligen oder Bourgeois gehandelt haben. „In Frankreich wurde kleine Agrikultur getrieben trotz des großen Grundeigentums“<sup>82)</sup> – schreibt Marx einmal im Zusammenhang mit den vorrevolutionären Verhältnissen in Frankreich.

Wenn sich auch der Großteil des Bodens in Frankreich in der Nutzung der Bauern befand, konzentrierte sich das Grundeigentum sozusagen ausschließlich in den Händen des Adels, der Kirche und neben ihnen in denen des städtischen Bürgertums. Bauern, die sich von ihrer feudalen Rentepflicht losgekauft und Grundeigentum erworben hatten, gab es nur in sehr geringer Zahl. Was die *censitaires* anbelangt, so besaßen sie weitgehende Rechte, um über ihren Boden frei zu verfügen, ihn fest in ihrem Besitz zu halten und an ihre Nachkommen zu vererben. Den *censitaire* konnte man nach dem Gewohnheitsrecht nicht seines Landes berauben. Diese Form des Besitzes galt in den Augen einzelner Rechtswissenschaftler des 18. Jahrhunderts als Eigentumsrecht, und dieser An-

<sup>81)</sup> *Loutchitsky, J.*, a. a. O., S. 18–20, 42–43; vgl. *Lefebvre, G.*, a. a. O., Bd. I, S. 10–25.

<sup>82)</sup> *Marx, Karl*, Einleitung zu einer Kritik der politischen Ökonomie. In: *Zur Kritik der politischen Ökonomie*. Berlin 1947, S. 254.

sicht schlossen sich auch zahlreiche bürgerliche Historiker an<sup>83</sup>), höchstens mit der Abänderung, daß sie von bedingtem Eigentumsrecht sprachen. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß diese Besitzform dem Eigentumsrecht bestenfalls nur nahekam, aber keineswegs damit identisch war, daß diese Bauern den kleinbürgerlich-freibäuerlichen Eigentümern höchstens nahestanden, ohne jedoch ihre Lage zu erreichen.<sup>84</sup>) Man darf nicht vergessen, daß selbst die Bauern, die am festesten in ihrem Besitz saßen, zur Leistung der feudalen Rente verpflichtet waren und daß bis zur Revolution der bei weitem überwiegende Teil des französischen Bauerntums zur feudal ausgebeuteten Klasse zählte.

Neben der Geldrente (*cens, rente seigneuriale*), der Hauptform der an den Seigneur zu leistenden Feudalrente, deren Wert sich seit dem 16. Jahrhundert verringert hatte, nachdem sie jahrhundertlang mit der gewohnheitsrechtlich fixierten Summe geleistet wurde, fiel die Produktenrente oft ungleich schwerer ins Gewicht. Als Champart wurde z. B. manchenorts nach der Ernte die Abgabe eines Vierzehntels, eines Neuntels oder eines Sechstels der Korngarben gefordert. Die Arbeitsrente war höchstens mit jährlich zwei bis drei Frontagen erhalten geblieben, um so drückender erwiesen sich die Geld- oder Naturalleistungen für die Zwangsbenutzung der grundherrlichen Mühle, Brauerei, Weinpresse usw. (*banalités*), die verschiedenen Gelegenheitsleistungen (*droits casuels*) sowie der Zehnt, der prinzipiell der Kirche zustand, praktisch jedoch zumeist von den Grundherren eingetrieben wurde (*dime infeodée*), nicht zu reden von den immer größeren staatlichen Steuern, die die Quelle für die Aufrechterhaltung des bürokratischen und militärischen Apparates der absolutistischen Monarchie sowie für das kostspielige Leben des Hofadels darstellten.<sup>85</sup>) Gerade mit Hinblick auf die verschiedenen Voraussetzungen des Übergangs zur kapitalistischen Grundrente ist es beachtenswert, daß in England schon bis zum 15. bis 16. Jahrhundert nicht nur die Arbeitsrente auf ein unbedeutendes Maß zusammengeschrumpft war, sondern sich auch die Produktenrente in Geldform kommutiert hatte, während in Frankreich noch im 18. Jahrhundert die Produktenabgaben neben der Geldrente eine bedeutende Rolle spielten. Wie Marx feststellt, war die feudale Geldrente im vorrevolutionären Frankreich infolge der nur verhältnismäßigen Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit mit Resten der Produktenrente verquickt.<sup>86</sup>) Dem entsprach auf dem Gebiet der Pacht die Verbreitung der *métayage* in weiten Kreisen, die in England alsbald verschwand, um der kapitalistischen Pacht Platz zu machen<sup>87</sup>); in Frankreich zeigte sie dagegen im 16. bis 18. Jahrhundert

<sup>83</sup>) Siehe bei *Kulischer, J.*, a. a. O., Bd. II, S. 86–87; *Sée, H.*, a. a. O., S. 81 usw.

<sup>84</sup>) Vgl. Ob osnovnom ekonomitscheskom sakone feodalnoj formazii (k itogam djiskussii). „Woprossy Istorii“ 1955, Nr. 5.

<sup>85</sup>) *Sée, H.*, *Les classes rurales en Bretagne du XVI<sup>e</sup>me siecle a la Revolution*. Paris 1906, S. 31, 83–85, 118; *Lefebvre, G.*, a. a. O., Bd. I, S. 126–148 usw.

<sup>86</sup>) *Marx, Karl*, *Das Kapital*. Bd. III, S. 849.

<sup>87</sup>) Ebenda, Bd. I, S. 782.

offensichtlich eine wachsende Tendenz und diente kaum als Übergangsform zur kapitalistischen Großpacht.<sup>88)</sup>

Die französischen Bauern führten jahrhundertlang immer wieder erneute Kämpfe gegen die feudale Ausbeutung, um die persönliche Freiheit, um den freien Boden, um das bäuerliche Eigentum. Diesem Kampf war es in bedeutendem Maße zu verdanken, daß die französischen Bauern – abgesehen von den sogenannten mainmortablen Elementen, auf denen noch die Überreste des einst so drückenden Verhältnisses der serf lasteten, die aber im Laufe der Zeit eine stetig seltenere Ausnahme darstellten<sup>89)</sup> – persönlich frei wurden und den Großteil des französischen Landes, wenn auch nicht in ihrem Eigentum, so doch in ihrem festen Besitz, in ihrer stetigen Nutzung hielten. Diesem Kampf der französischen Bauern hat die bürgerliche Geschichtsschreibung keine Aufmerksamkeit geschenkt. Zahlreiche wichtige Etappen in der Geschichte der Kämpfe des französischen Bauerntums wurden einmal mehr von der sowjetischen Geschichtsschreibung aufgedeckt. Wir wollen in diesem Zusammenhang nur auf die Arbeiten von Skaskin und Porschnew verweisen.<sup>90)</sup> Dieser Kampf spitzte sich besonders in den 70er und 80er Jahren des 18. Jahrhunderts, in den Jahrzehnten der sogenannten feudalen Reaktion, zu, als die Grundherren bemüht waren, alle feudalen Lasten und Leistungen neu zu beleben, die im Laufe der Zeit verschwunden oder vergessen worden waren, in der Zeit also, in der die seigneurale Willkür besonders scharfe Formen annahm. Den Höhepunkt dieses Kampfes aber bedeuteten 1789 und die Jahre der Revolution.

Die große französische bürgerliche Revolution ging – unter abweichenden historischen Bedingungen – beträchtlich weiter als vor anderthalb Jahrhunderten die bürgerliche Revolution in England. Im Inselreich trat die Bourgeoisie im Bündnis mit dem neuen Adel auf, und so konnte sie die Bestrebungen der Bauernmassen unterdrücken; in Frankreich dagegen konnte sich die Bourgeoisie gegen den Feudalismus nur auf die Massen der Bauern und der städtischen Plebejer als Bundesgenossen stützen, d. h. die bürgerliche Revolution mußte sich demokratisch gestalten und die demokratische Lösung der Agrarfrage herbeiführen.<sup>91)</sup> Dies wurde selbstverständlich nicht sogleich, sondern erst auf dem Höhepunkt der Revolution, in der Zeit der Jakobinerdiktatur, verwirklicht. Wenn die Konstituierende Nationalversammlung in der berühmten Nacht vom 4. zum 5. August 1789 vorerst nur die Überreste der persönlichen Unfreiheit (mainmorte usw.) ohne Ablösung abschaffte, dagegen die

<sup>88)</sup> Loutchitsky, J., a. a. O., S. 74–76; Skaskin-Samojlo-Tschistoswonow, a. a. O., S. 278 usw.

<sup>89)</sup> Sée, H., a. a. O. (1930), Bd. I, S. 161–162; Kulischer, J., a. a. O., Bd. I, S. 151–152; Bd. II, S. 80–81 usw.

<sup>90)</sup> Skaskin, S. D., Starij porjadok wo Francii. Moskwa-Leningrad 1925; Porschnew, B. F., Narodnije woŕstanija wo Francii pered Frondoŕj. Moskwa-Leningrad 1948.

<sup>91)</sup> Vgl. Marx, Karl, Die Bourgeoisie und die Konterrevolution. In: Marx-Engels, Ausgewählte Schriften. Moskwa 1949, Bd. I, S. 55–56.

Aufhebung der feudalen Renten, die auf den Bauernländern lasteten, nur gegen Geldablösung erklärte, und wenn sie im Frühjahr 1790 die Ablösung nur in einer sehr komplizierten, für die Bauern höchst nachteiligen Form festsetzte, wenn dann die Gesetzgebende Versammlung im August des Jahres 1792 beträchtlich weiterging, aber ohne Ablösung nur die feudalen Pflichten für null und nichtig erklärte, für die die Seigneurs den Rechtstitel nicht dokumentarisch nachweisen konnten, so hat schließlich der Nationalkonvent im Juli 1793 „alle Dienstleistungen und Geldleistungen, alle Feudal- und Rentenrechte, sowohl die ständigen, als auch die gelegentlichen . . . völlig unwiderruflich“, ohne jedwede Ablösung abgeschafft und damit die Bauern zu vollrechtlichen, von jeder feudalen Last befreiten Eigentümern des von ihnen bestellten Landes gemacht. Der Unterschied im Vergleich zur englischen bürgerlichen Revolution des 17. Jahrhunderts, der sich aus den abweichenden wirtschaftlichen Verhältnissen und Klassenverhältnissen ergab, springt hier sogleich ins Auge: Die englische Revolution hob die feudale Gebundenheit des Grundeigentums nur zugunsten der Bourgeoisie und des neuen Adels auf, die französische Revolution liquidierte dagegen alle Formen des feudalen Grundeigentums zugunsten des bürgerlichen Eigentums, zum Großteil zugunsten des bäuerlich-kleinbürgerlichen Grundeigentums. Auch die übrigen, auf die Landwirtschaft bezüglichen Maßnahmen der französischen Revolution weichen beträchtlich von denen der englischen Revolution ab. Die Konstituierende Nationalversammlung hatte den Grundherren das Recht zur triage entzogen, die Gesetzgebende Versammlung hatte alle Rechtstitel für nichtig erklärt, auf Grund deren die Gemeinländer seit 1669 in die Hand der Seigneurs übergegangen waren, der Nationalkonvent aber beschloß im Juni 1793 die Aufteilung der Gemeinländer unter den ortsansässigen Bauern in der Weise, daß jeder Einwohner „ohne Anbetracht an Geschlecht und Alter“ gleiche Parzellen erhalten und an der Aufteilung Grundeigentümer und Pächter, laboueurs und journaliers gleicherweise teilhaben mögen. Obschon diese Aufteilung praktisch ziemlich beschränkt verwirklicht wurde, trug sie — in scharfem Gegensatz zu dem Schicksal der Gemeindeländer in England — nichtsdestoweniger bis zu einem gewissen Maße zur Überhandnahme des Parzelleneigentums bei. Was schließlich die vom Staate eingezogenen Grundstücke anbelangt, hier handelte es sich teils um Kirchengüter, teils um Ländereien der hochverräterischen Emigranten, die zum „Nationalvermögen“ erklärt wurden und sich schätzungsweise auf ein Fünftel bis ein Viertel der Gesamtackerfläche Frankreichs beliefen, so zeigte sich in dieser Hinsicht bereits eine größere Ähnlichkeit zu der in der englischen Revolution durchgeführten Mobilisierung des Bodens. Obschon mehrere Dekrete, vor allem der Beschluß des Nationalkonvents vom Juni 1793, den Verkauf des Nationalvermögens in kleinen Parzellen und auf mehrjährige Abzahlung vorschrieben, brachten städtische Bourgeois und Spekulanten den Großteil der Kirchen- und Emigrantengüter, im Departement Seine-et-Oise z. B. rund sechs Siebentel dieser Ländereien, an sich. Nichtsdestoweniger traten in einzelnen Landstrichen — so z. B. nach den Forschungen von Lefebvre in Nordfrankreich —



auch die Bauern (vor allem selbstverständlich die besser gestellte Oberschicht des Bauertums) in größerer Zahl (in Nordfrankreich etwa bis zu 50 Prozent) in der Reihe der Käufer des „Nationalvermögens“ auf.<sup>92)</sup>

Der Höhepunkt der großen französischen bürgerlichen Revolution, die revolutionär-demokratische Diktatur der Jakobiner, zerschlug die feudale Agrarstruktur bis in ihre Grundlagen, schuf tatsächlich die Klasse der unabhängigen Kleineigentümer und erzielte damit, daß das freie bäuerliche Parzelleneigentum in Frankreich das Übergewicht erlangte. Lenin kennzeichnet diese Umwälzung folgendermaßen: „Die wirklich revolutionäre Abrechnung mit dem überlebten Feudalismus, der mit einer Schnelligkeit, Entschlossenheit, Energie und Hingabe, die wahrhaft revolutionär-demokratisch waren, erfolgte Übergang des Landes zu einer höheren Produktionsweise, zum freien bäuerlichen Grundbesitz . . .“<sup>93)</sup>

Aus all dem geht hervor, daß in Frankreich, das zur Zeit des Übergangs von der feudalen Produktionsweise zur kapitalistischen Produktionsweise keine führende Rolle auf dem Weltmarkt erlangte, wo die kapitalistische Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft schwieriger vor sich ging, wo sich die kapitalistischen Verhältnisse in der Stadt, in der Industrie, beträchtlich langsamer entwickelten als in England, wo bis zum Ende des 18. Jahrhunderts der Feudalabsolutismus die Herrschaft behielt, daß sich in diesem Frankreich die Feudalrente von den Überresten der Naturalformen der Rente weit weniger als in England loslösen und sich im Rahmen des seigneurialen Großgrundbesitzes viel länger halten konnte und die Liquidierung der feudalen Grundrente – infolge der von England verschiedenen wirtschaftlichen Voraussetzungen und Klassenverhältnisse – nicht unmittelbar zur Vorherrschaft der kapitalistischen Grundrente (und des kapitalistischen Profits), nicht unmittelbar zur Vorherrschaft des kapitalistischen Pacht- und des Landlord-Systems führte, sondern dazu, daß die Masse der Ackerfläche in Kleinparzellen zum Eigentum freier Bauern wurde. Hatte in Frankreich schon zur Zeit des seigneurialen Systems der den Großteil des Landes nutzende Bauer in der Entwicklung der landwirtschaftlichen Warenproduktion die Hauptrichtung vertreten, so wurde mit der Revolution, mit der Zerschlagung des seigneurialen Großeigentums, das Parzelleneigentum des freien Bauern zum Hauptcharakteristikum der französischen Landwirtschaft.

Die auf dem Parzelleneigentum beruhende Landwirtschaft der Kleinproduzenten stellt noch keine kapitalistische Landwirtschaft dar; wie Marx nachgewiesen hat, existiert beim Übergewicht des bäuerlichen Parzelleneigentums noch keine absolute kapitalistische Grundrente.<sup>94)</sup> Aber das freie Eigen-

<sup>92)</sup> *Lefebvre, G.*, a. a. O., S. 495–503; *Kulischer, J.*, a. a. O., Bd. II, S. 427–433; *Manfred, A. Z.*, Velikaja francuskaja burshuasnaja rewoljuzija. Ungarische Übersetzung. Budapest 1958, S. 70–71, 76–77, 124–125, 141–142, 151, 167 usw.

<sup>93)</sup> *Lenin, W. I.*, Ausgewählte Werke. Moskau 1947, Bd. II, S. 127–128.

<sup>94)</sup> *Marx, Karl*, Das Kapital. Bd. III, S. 857.

tum der selbstwirtschaftenden Bauern, das „die normalste Form des Grundeigentums für den kleinen Betrieb“ darstellt, ist bloß – wie Marx hervorhebt – „für die Entwicklung der Agrikultur selbst ein notwendiger Durchgangspunkt“<sup>95)</sup> zum Großbetrieb, unter den Verhältnissen der kapitalistischen Ordnung eben zum kapitalistischen Großbetrieb. Diese Richtung war auch für die Entwicklung der französischen Landwirtschaft in der nachrevolutionären Periode charakteristisch, denn diese Revolution war – ungeachtet ihres demokratischen Charakters – eine Revolution der Bourgeoisie, die den Feudalismus durch eine neue, bürgerliche Form der Ausbeutung ersetzte. Dies zeigte sich einerseits darin, daß zur Zeit der Revolution und später, zur Zeit Napoleons, der Großteil des „Nationalvermögens“ von den Bourgeois aufgekauft wurde; daß zur Zeit der Restauration der Bourbonen ansehnliche Ländereien in das Eigentum der Aristokraten, der einstigen Seigneurs, zurückgingen, und daß auf diesen Großgrundbesitzen später, vor allem im Norden, neben den weiterbestehenden Formen der Kleinpacht, die kapitalistische Bewirtschaftungsweise, die kapitalistische Pacht, eine wachsende Bedeutung erlangte.<sup>96)</sup> Andererseits aber gerieten die Parzellenbauern, die zahlenmäßig im Übergewicht waren, im Laufe von einigen Jahrzehnten notwendigerweise in immer elendere Verhältnisse, indem sich ihre Wucherschulden nach einigen Generationen in bestürzendem Maße anhäuferten. Ihnen gegenüber trat, schreibt Marx im „18. Brumaire“, „im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts an die Stelle des Feudalen der städtische Wucherer, an die Stelle der Feudalpflichtigkeit des Bodens die Hypothek, an die Stelle des aristokratischen Grundeigentums das bürgerliche Kapital“<sup>97)</sup>, das sub titulo Zins nicht nur die Rente, nicht nur den „Profit“, sondern auch einen Teil des „Arbeitslohnes“ des Kleinbauern herauspreßte. Schließlich schritt unter den Verhältnissen der kapitalistischen Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft – obwohl sich die konservierenden Auswirkungen des parasitären Wucherkapitals dieser Entwicklung entgegensetzten – die Differenzierung des Bauerntums, die bereits zur Zeit der seigneurialen Ordnung eingesetzt hatte, in wachsendem Maße fort und führte zur Herausbildung der Dorfbourgeoisie und des Agrarproletariats bzw. der Massen landwirtschaftlicher Arbeiter mit dem Besitz von Elendsparzellen.<sup>98)</sup> Im Zuge der nachrevolutionären Entwicklung unterwarf sich somit das Kapital immer mehr den französischen Bauern. Obschon das zahlenmäßige Übergewicht des Parzelleneigentums auch weiterhin bestehen blieb, nahmen die

<sup>95)</sup> Ebenda, S. 858.

<sup>96)</sup> Vgl. z. B. *Schnejevson, A. I.*, *Agrarnyj woproß wo Franzii*. Moskwa 1948, S. 35ff.

<sup>97)</sup> *Marx, Karl*, *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. In: Marx-Engels, *Ausgewählte Werke*. Moskwa 1949, Bd. I, S. 311. – Vgl. *Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1849*. – Ebenda, Bd. I, S. 196–197 und *Kapital*, Bd. III, S. 857–858.

<sup>98)</sup> *Engels, Friedrich*, *Die Bauernfrage in Frankreich und in Deutschland*. In: Marx-Engels, *Ausgewählte Schriften*. Moskwa 1949, Bd. II, S. 396–397.

kapitalistische Ausbeutung, die kapitalistische Rente und der kapitalistische Profit auch in der französischen Landwirtschaft immer breitere Ausmaße an. Diese Entwicklung jedoch bedarf schon einer besonderen Untersuchung.

## V.

Worin besteht somit das Wesen der prinzipiellen Analyse, die Marx im 47. Kapitel des III. Bandes seines „Kapital“ als sein Hauptanliegen dargelegt hat? Unseres Erachtens umfaßt dies weit mehr, als worauf man sich im allgemeinen zu berufen pflegt.

Marx begreift und bestimmt hier die Kategorie der feudalen Grundrente als „die normale, alles absorbierende, sozusagen legitime Form der Mehrarbeit“<sup>99)</sup> im Feudalismus und deckt das ökonomische Grundgesetz des Feudalismus, das Gesetz der Grundrente auf.<sup>100)</sup>

Marx bestimmt die Formen der feudalen Rente und zeigt die Hauptrichtung der Formwandlungen der feudalen Rente in den westeuropäischen Ländern auf.

All dies aber ist sozusagen nur das Nebenprodukt dessen, was das Wesentliche dieses Kapitels ausmacht und was sich auch in der Überschrift dieses Kapitels ausdrückt: nämlich die Untersuchung der Genesis der kapitalistischen Grundrente, die Erörterung des Problems, wie der kapitalistische Profit und die kapitalistische Rente in der Landwirtschaft in Erscheinung tritt und vorherrschend wird. Marx hat im 47. Kapitel des III. Bandes seines „Kapital“ nicht – was man zumeist hervorzuheben pflegt – die Entstehung und Entwicklung der *feudalen* Grundrente, sondern die Genesis der *kapitalistischen* Grundrente erhellen wollen; die zuvor erwähnten Probleme hat er nur in dem Maße in seine Darlegungen einbezogen, wie er dies zur Beantwortung der Hauptfrage für unerlässlich erachtet.

Diese Frage aber beantwortet Marx folgendermaßen: Die kapitalistische Grundrente entsteht aus der Auflösung der höchstentwickelten Form der feudalen Grundrente, nämlich der Geldrente, indem mit der Auflösung der Geldrente das kapitalistische Pachtsystem aufkommt und – wenn die allgemeinen Produktionsverhältnisse hierfür auch ansonsten günstig sind – vorherrschend und zur Hauptform wird; dies ist der klassische, englische Verlauf der Agrarentwicklung. Unter anderen historischen Voraussetzungen führt dagegen die Auflösung der Geldrente zur Vorherrschaft des Grundeigentums der freien Bauern, das sich später – unter den Verhältnissen des Kapitalismus – auch selbst in kapitalistischer Richtung entwickelt; dies ist die Hauptrichtung der Agrarentwicklung in den Ländern des westeuropäischen Festlandes, vor allem in Frankreich. Das Wesentliche besteht demnach darin, daß Marx die

<sup>99)</sup> Marx, Karl, Das Kapital. Bd. III, S. 843.

<sup>100)</sup> Vgl. „Woprossy Ekonomiki“ 1957, Nr. 11, S. 109.

Genesis der kapitalistischen Rente, die Entstehung der kapitalistischen Landwirtschaft – im Falle des Vorhandenseins der entsprechenden historischen Voraussetzungen – aus der Geldform der feudalen Rente ableitet, und zwar so, daß er – und dies eben wird im Zusammenhang mit dem Studium des 47. Kapitels des III. Bandes von Marx' „Kapital“ bzw. in bezug auf die Wege der kapitalistischen Agrarentwicklung nicht hervorgehoben<sup>101)</sup> – zwei Varianten dieses Prozesses bestimmt, zwei Spielarten der westeuropäischen Agrarentwicklung in ihren großen und wesentlichen Zügen nachzeichnet.

Wie verhalten sich nun diese beiden Varianten der westeuropäischen Agrarentwicklung zu den von Lenin charakterisierten beiden Haupttypen der kapitalistischen Entwicklung in der Landwirtschaft, zum amerikanischen und zum preußischen Weg?<sup>102)</sup> Bei der Klarstellung dieser Frage – die weit über den Rahmen der gegenwärtigen Darlegungen hinausführen würde – muß eine Reihe von Gesichtspunkten erwogen werden: sowohl der Klassencharakter als auch der soziale und politische Gehalt der Agrarumwälzung, alsdann die ökonomischen Prozesse selbst, der Prozeß der Formwandlungen der feudalen Grundrente und der Entstehung der kapitalistischen Grundrente sowie der Verlauf der Entwicklung der Produktivkräfte. Es sei uns gestattet, uns dieser Frage jetzt nur von einem einzigen Gesichtspunkt aus, gerade auf Grund des 47. Kapitels im III. Bande des „Kapital“ zu nähern: nämlich vom Gesichtspunkt der Auflösung der feudalen Grundrente und der Genesis der kapitalistischen Rente. Im Falle der Entwicklung auf dem amerikanischen Weg – was eine seiner Hauptgrundlagen, die freien, kolonisierbaren Ländereien betrifft<sup>103)</sup> – bestand vorhergehend keinerlei Grundeigentum, weder ein feudales, noch ein anderes Grundeigentum, so daß auch keinerlei Form der feudalen Grundrente existierte. Im Falle der Entwicklung auf preußischem Wege, in der sich das feudale gutsherrliche Eigentum allmählich in ein bürgerliches Junkereigentum umwandelte, war vor dem Beginn der kapitalistischen Entwicklung nicht die Geldrente, sondern die Arbeitsrente, die Fronarbeit die Hauptform der feudalen Grundrente und wuchs – wie Lenin ausführlich nachgewiesen hat<sup>104)</sup> – gerade die auf der Fron beruhende Wirtschaft der Gutsherren in die kapitalistische Junkerwirtschaft hinüber. Kurz: Im Gegensatz zu der sich auf freiem Boden vollziehenden Entwicklung amerikanischen Typs bzw. im Gegensatz zu der gutsherrlich-junkerlichen Entwicklung preußischen Typs, wo die

<sup>101)</sup> Nach der Abfassung des Grundtextes dieser Veröffentlichung sind zwei Artikel erschienen, die – wenn auch nur per tangente – auf die vorliegende These von Marx hindeuten. Vgl. *Lawrowski, W. M.*, Nekotorye spornye woprossy perwonatschalnowo nakoplenija. „Woprossy Istorii“ 1959, Nr. 8, S. 100; *Werner, E.*, Formen der Feudalrente auf dem Balkan. „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ 1959, Heft 2, S. 344.

<sup>102)</sup> Siehe z. B. *Lenin, W. I.*, Das Agrarprogramm . . . a. a. O., S. 29–34.

<sup>103)</sup> Ebenda, S. 48–49; *Lenin, W. I.*, Die Agrarfrage in Rußland am Ende des 19. Jahrhunderts. Berlin 1920, S. 79–80 usw.

<sup>104)</sup> *Lenin, W. I.*, Sämtliche Werke. Wien-Berlin 1929, Bd. III, S. 150ff. usw.

kapitalistische Grundrente, die kapitalistische Landwirtschaft nicht aus der Auflösung der feudalen Rente bzw. nicht aus der Auflösung der feudalen *Geld*-rente zustande kommt, im Gegensatz zu diesen beiden Entwicklungstypen stellt der im 47. Kapitel des III. Bandes von Marx' „Kapital“ charakterisierte klassische englische Entwicklungsprozeß bzw. dessen kontinentale, französische Variante gerade solche Entstehungsweise des landwirtschaftlichen Kapitalismus dar, wo dieser aus der Auflösung des feudalen Eigentums, und zwar aus der Auflösung seiner in der feudalen *Geld*rente realisierten Form resultiert. Hier, in der westeuropäischen Entwicklung, ist die höchstentwickelte Form der feudalen Grundrente, die Geldrente, der Boden, aus der – bei entsprechenden Voraussetzungen – die kapitalistische Rente sprießt; die Auflösung der Geldrente ist der Prozeß, in deren Verlauf – bedingt durch die allgemeine Entwicklung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse – einerseits die klassische, englische Form der kapitalistischen Landwirtschaft zustandekommt, andererseits aber als Variante, die für die Agrarentwicklung der Länder des westeuropäischen Festlandes, vor allem Frankreich, charakteristisch ist, das Übergewicht des Parzelleneigentums freier Bauern aufkommt, das des weiteren selbstverständlich ebenfalls in die Strömung des Kapitalismus hineingerissen wird. Dies aber drückt Marx kurz und bündig mit der These aus, die wir abschließend und zusammenfassend wiederholen wollen: „In ihrer weiteren Entwicklung muß die Geldrente führen . . . entweder zur Verwandlung des Bodens in freies Bauerneigentum, oder zur Form der kapitalistischen Produktionsweise, zur Rente, die der kapitalistische Pächter zahlt.“<sup>105)</sup>

<sup>105)</sup> Marx, Karl, Das Kapital. Bd. III, S. 849.

# ZWEI STUDIEN ÜBER HANDELS- UND MARKTPROBLEME

VON JÜRGEN KUCZYNSKI

## I. DIE ENTWICKLUNG DES WELTHANDELS VON ANBEGINN BIS ZUR GEGENWART<sup>1)</sup>

Zahlreich waren die Stufen der ökonomischen Entwicklung, die notwendigerweise überschritten werden mußten, ehe sich der Tausch zwischen zwei Stämmen in der Übergangsperiode von der Urgemeinschaft zur Sklavenhaltergesellschaft bis zum Welthandel der kapitalistischen Gesellschaft entfalten konnte.

Selbstverständliche Voraussetzung für den Welthandel war die Entwicklung der Warenwirtschaft auf Grund der Arbeitsteilung, die den gelegentlichen Tausch zum echten Handel machte. Dabei förderten sich die Entwicklung von Warenwirtschaft in einer steigenden Zahl von Ländern und zunehmender Handel von Land zu Land gegenseitig.

Die Grundlage des Welthandels ist der Weltmarkt, auf dem zu Weltmarktpreisen Waren mit Weltgeld bezahlt werden.

Fernhandel und internationaler Handel sind Erscheinungen bereits der Sklavenhalterwirtschaft. Aber noch weit ist der Weg vom Fernhandel und vom internationalen Handel bis zum Welthandel.

Betrachten wir den internationalen Handel zu einer Zeit, als er einen ersten Höhepunkt erreichte, zu Ende des 3. Jahrhunderts vor unserer Zeitrechnung. Heichelheim, der eine große Sammlung von Wirtschaftsdaten aus der Antike zusammengebracht hat<sup>2)</sup>, berichtet aus dieser Zeit<sup>3)</sup>: „Als 211/210 v. Chr. nach Polybios . . . römische Gesandte nach Ägypten zum Getreideeinkauf gingen, weil in Italien der sizilische Medimnos auf 15 Drachmen, d. i. die Artabe auf 15 ptolemäische Drachmen kam, fanden sie auch dort verhältnismäßig hohe

1) Erschien ursprünglich in der Festaussgabe zum 80. Geburtstag von E. S. Varga, Moskau 1959.

2) Vgl. vor allem Heichelheim, *Fr. M.*, Wirtschaftsgeschichte des Altertums. Leiden 1938.

3) Heichelheim, *Fr. M.*, Wirtschaftliche Schwankungen der Zeit von Alexander bis Augustus. Jena 1930, S. 73.

Preise, die aber immerhin um einhalb bis zwei Drittel geringer waren, also bei genügendem Schutz des Transportes durch die römische Kriegsflotte, der das Risiko der langen Seefahrt stark vermindern mußte, immer noch die Transportkosten wohl gelohnt hätten.“

Diese Mitteilung des Polybios besagt einmal, daß es damals noch keinen Weltmarktpreis für Getreide gab, nicht einmal im beschränkten Sinne zwischen den beiden durchaus relativ beachtlichen Handel treibenden Staaten Rom und Ägypten, daß vielmehr der Handelsverkehr, in diesem Falle der Kauf von Getreide in Ägypten durch römische Gesandte, sehr wesentlich durch außerökonomische Faktoren (Risiko: Raub durch Piraten und Schutz durch die römische Kriegsflotte) bestimmt wurde.

Bedenken wir weiter, daß zahlreiche Waren schon sogleich am ersten Ort ihrer Erwerbung nicht nur nicht zu ihrem Äquivalent bezahlt, sondern vielfach durch Raub eingebracht wurden (nicht zum wenigsten die „Grundware“ der Sklavenhalterwirtschaft, die Sklaven), dann ist offenbar, daß trotz des keineswegs geringen Ausmaßes des internationalen Handels in dieser Zeit von einem Weltmarktpreis, ohne den man nicht von Welthandel sprechen kann, nicht die Rede sein darf.<sup>4)</sup>

Und nun werfen wir einen Blick auf die Zeit eines anderen Höhepunktes des internationalen Handels, auf die Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert. Ein keineswegs erstes italienisches Handelshaus wie das von Marco Datini unterhielt Korrespondenz mit Paris, London und Brüssel, mit Lissabon, Tunis und Alexandrien; seine Handelsbriefe waren in Lateinisch, Italienisch, Spanisch, Französisch, Englisch, Griechisch, Hebräisch, Arabisch und dazu auch in Dialekten wie Flämisch, Catalanisch, Provencialisches usw. geschrieben. Und doch – als in London die Nachricht eintraf, daß ein Genueser Schiff im Kanal mit Alaun und Baumwolle untergegangen war, stiegen die Preise dieser Waren dort auf das Doppelte.<sup>5)</sup> Ja mehr: Als Richard II. von England 1399 abgesetzt wurde und man zu spekulieren begann, daß sein Nachfolger Henry of Lancaster nun wohl heiraten würde, schrieb eine toscanische Firma in ihrer Geschäftskorrespondenz: „Wann immer er heiraten möge, es wird große Festlichkeiten

4) Das schließt nicht aus, daß es damals gelegentlich größere Preisbewegungen für einzelne Waren wie Getreide gab, die, sagen wir, den wichtigsten Ländern um das Mittelmeer herum gemeinsam waren – wie etwa die vor allem durch Mißernten verursachten enormen Getreidepreissteigerungen um 330 vor unserer Zeitrechnung. Auf der anderen Seite geht es viel zu weit, wie es Rostovtzeff in seiner „Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte der Hellenistischen Welt“ (deutsche Übersetzung Darmstadt 1955, Bd. II, S. 829) tut, zu formulieren: „Alle Teile der hellenistischen Welt standen untereinander durch lebhafteste, fast ununterbrochene Handelsbeziehungen in Verbindung, und dieser internationale Handel bestimmte letztlich die Preise für die wichtigsten Waren, vor allem für Getreide.“

5) Erwähnt in *Origo, I.*, The Merchant of Prato Francesco di Marco Datini. London 1957, S. 85.

in England geben, und Seidenstoffe wie Juwelen werden im Preis heraufgehen.“<sup>6)</sup>

In dieser Zeit hatte der internationale Handel also noch einen so beschränkten Umfang, daß von der Herausbildung eines Weltmarktpreises nicht die Rede sein darf, da Einzelereignisse, wie der Untergang eines einzigen Schiffes kurz vor London, die Preise in England auf das stärkste beeinflussen konnten, während umgekehrt die Hochzeit eines Königs die internationale Exportpreisbildung beeinflusste (es lohnt sich für einige Wochen oder Monate in das Land der Hochzeit Juwelen zu exportieren), ohne daß deswegen der nationale Markt in den nicht von der Hochzeit betroffenen Ländern irgendwie ernstlich berührt wurde.

Noch immer kann nicht von einem Weltmarkt die Rede sein, noch immer können wir nicht von Weltmarktpreisen sprechen, noch immer handelt es sich um Fernhandel, um internationalen Handel, aber nicht um Welthandel.

Erst unter dem Kapitalismus wurde eine hinreichende Menge von Waren produziert, erst unter dem Kapitalismus wurde die Warenwirtschaft stark genug, um eine Basis für den Welthandel und damit für eine Weltwirtschaft abzugeben. „Die Zunahme des Warenaustausches sowohl innerhalb des Landes wie auch insbesondere des internationalen Warenaustausches ist ein charakteristisches Merkmal des Kapitalismus.“<sup>7)</sup> „Die große Industrie hat den Weltmarkt hergestellt . . .“<sup>8)</sup>

Erst unter dem Kapitalismus haben wir eine „einheitliche“ Ausplünderung und Ausbeutung in der ganzen Welt, und damit wird auch im Laufe der Zeit der Austausch von Äquivalenten häufiger.

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, Verbindungen herstellen.

Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet . . . Die Bourgeoisie . . . zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich einzuführen, d. h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.“<sup>9)</sup>

Erst unter dem Kapitalismus können wir eine so enge wirtschaftliche Verflechtung der einzelnen Länder miteinander finden, daß z. B. der Ausbruch einer zyklischen Krise in einem Lande ernste Erschütterungen in allen übrigen Ländern der Welt hervorruft. „Die große Industrie hat . . . alle Völker der Erde, und namentlich die zivilisierten, in eine solche Verbindung miteinander

<sup>6)</sup> *Livi, G.*, Dall' Archivio di Francesco Datini, mercante pratese. Florenz 1910, S. 7.

<sup>7)</sup> *Lenin, W. I.*, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Berlin 1951, S. 67.

<sup>8)</sup> *Karl Marx/Friedrich Engels*, Manifest der Kommunistischen Partei. Berlin 1951, S. 8.

<sup>9)</sup> Ebenda, S. 10/11.



gebracht, daß jedes einzelne Volk davon abhängig ist, was bei einem andern geschieht.“<sup>10)</sup>

Erst unter dem Kapitalismus können wir mit der Entwicklung eines Welthandels und eines Weltmarktes die Herausbildung von spezifischen internationalen Wirtschaftskategorien, wie Weltmarktpreisen oder Weltgeld, beobachten. Erst „im Welthandel entfalten die Waren ihren Wert universell. Ihre selbständige Wertgestalt tritt ihnen daher hier auch gegenüber als Weltgeld.“<sup>11)</sup>

\*

Die Entwicklung zum Welthandel unter dem Kapitalismus geht langsam vorwärts. Der Manufakturkapitalismus war noch nicht in der Lage, genügend Waren zu produzieren, um einen Weltmarkt zu schaffen. Überdies gehören zum Weltmarkt auch in seiner embryonalen Form mindestens zwei kapitalistische Partner. Vor der amerikanischen und der französischen Revolution konnte von einem Weltmarkt also überhaupt nicht die Rede sein. Ihnen folgten jedoch Jahrzehnte des Krieges, in denen sich ein Weltmarkt ebenfalls nicht entwickeln konnte.

Das heißt, die wirklichen Anfänge eines Weltmarktes datieren nach den Kriegen gegen Napoleon. Doch noch hat natürlich niemand eine Ahnung, daß eine qualitative Änderung des internationalen Handels, sein Umschlag zum Welthandel, einsetzt. Die Kaufleute und Industriellen jener Zeit sind vielmehr der Ansicht, daß man endlich dort wieder anknüpfen könne, wo der Krieg die Fäden zerrissen hatte. „Die unglücklich verlebten Zeiten, die beschwerliche Wendung, welche die Geschäfte genommen haben“, seien überstanden, schrieb 1814 eine französische Weinhandlung an den deutschen Industriellen Harkort. Jetzt aber könne man wieder, wie seit fast einem Vierteljahrhundert nicht mehr, „friedlich Handel treiben“.<sup>12)</sup>

Doch die Situation hatte sich grundlegend geändert. Aus dem internationalen Handel des 18. Jahrhunderts entwickelte sich jetzt mit der Intensivierung der Warenproduktion im Verlaufe der industriellen Revolution und der ihr nachfolgenden Jahrzehnte langsam ein Welthandel.

Die Herausbildung des Weltmarktes wurde dabei nicht nur durch die Intensivierung des Warenverkehrs zwischen West- und Mitteleuropa sowie Nordamerika, sondern auch durch die dominierende Rolle Londons als Welteinkaufs- und Weltverkaufszentrum zahlreicher Kolonialwaren und Metalle gefördert.

\*

<sup>10)</sup> Engels, Friedrich, Grundsätze des Kommunismus. Zitiert nach K. Marx, Fr. Engels, Kleine ökonomische Schriften. Berlin 1955, S. 215.

<sup>11)</sup> Marx, Karl, Das Kapital. Bd. I, Berlin 1951, S. 148.

<sup>12)</sup> Vgl. dazu Soeding, E., Die Harkorts. II. Halbband, Münster 1957, S. 538.

Im folgenden geben wir eine Übersicht der Entwicklung des Welthandels seit 1815 — wir sprechen von Welthandel, sind uns aber darüber klar, daß es zunächst im Grunde vor allem noch um internationalen, erst im Laufe der Zeit mehr und mehr um Welthandel geht.

*Die Entwicklung des Welthandels, 1815 bis 1958*

Mengenindex, 1913 = 100

Jahr	Index	Jahr	Index	Jahr	Index	Jahr	Index
1815	3	1851	10	1887	47	1923	91
1816	3	1852	10	1888	47	1924	102
1817	3	1853	11	1889	48	1925	109
1818	3	1854	11	1890	49	1926	110
1819	3	1855	11	1891	49	1927	122
1820	3	1856	13	1892	50	1928	125
1821	3	1857	14	1893	50	1929	130
1822	3	1858	14	1894	53	1930	119
1823	4	1859	15	1895	56	1931	111
1824	4	1860	16	1896	61	1932	97
1825	4	1861	16	1897	61	1933	98
1826	4	1862	16	1898	62	1934	102
1827	4	1863	17	1899	63	1935	106
1828	4	1864	18	1900	62	1936	109
1829	4	1865	19	1901	63	1937	122
1830	4	1866	22	1902	63	1938	112
1831	4	1867	22	1903	67	1939	} etwa 100
1832	4	1868	23	1904	69	1940	
1833	4	1869	24	1905	74	1941	
1834	5	1870	23	1906	80	1942	
1835	5	1871	26	1907	81	1943	
1836	5	1872	27	1908	77	1944	
1837	5	1873	28	1909	80	1945	
1838	6	1874	29	1910	84	1946	} 99 <sup>13)</sup>
1839	5	1875	30	1911	93	1947	
1840	6	1876	31	1912	97	1948	116
1841	6	1877	31	1913	100	1949	118
1842	6	1878	34	1914	83	1950	124
1843	6	1879	36	1915	72	1951	144
1844	7	1880	37	1916	76	1952	162
1845	7	1881	38	1917	66	1953	160
1846	7	1882	40	1918	60	1954	170
1847	7	1883	41	1919	69	1955	178
1848	7	1884	43	1920	80	1956	193
1849	9	1885	43	1921	80	1957	210
1850	9	1886	44	1922	87	1958	222
							214

<sup>13)</sup> Ab 1946 nur Handel auf dem kapitalistischen Weltmarkt.

Fassen wir die Zahlen alle zehn Jahre in Zwanzigjahresdurchschnitten zusammen, so ergibt sich folgendes:

*Die Entwicklung des Welthandels, 1815 bis 1954*

Mengenindex, 1913 = 100

Jahrzehnt	Index	Jahrzehnt	Index
1815—1834	4	1885—1904	55
1825—1844	5	1895—1914	74
1835—1854	7	1905—1924	82
1845—1864	12	1915—1934	95
1855—1874	20	1925—1944	108
1865—1884	30	1935—1954	121
1875—1894	42		

Je stärker sich der Kapitalismus der freien Konkurrenz entwickelt, desto stärker sind die Auftriebendenzen des Welthandels — bis in die 60er und 70er Jahre des 19. Jahrhunderts, die Lenin „die höchste Stufe der Entwicklung der freien Konkurrenz“ nennt.<sup>14)</sup> Mit dem Herannahen der Herrschaft der Monopole beginnt sich das Tempo der Steigerung des Welthandels zu vermindern und im Stadium des Imperialismus, in dem die Weltkriege eine so furchtbare Rolle spielen, ist das Zunahmetempo ganz außerordentlich zurückgegangen.

*Zunahme des Welthandels*

gegenüber dem jeweiligen vorangehenden Zwanzigjahresdurchschnitt

	%		%
1825/1844	25	1885/1904	30
1835/1854	40	1895/1914	35
1845/1864	70	1905/1924	11
1855/1874	70	1915/1934	16
1865/1884	50	1925/1944	14
1875/1894	40	1935/1954	12

Vor mehr als 20 Jahren veröffentlichte ich zum ersten Male einen weit in das 19. Jahrhundert zurückgehenden Index des Welthandels. Die Überschrift

<sup>14)</sup> Lenin, W. I., ebendort, S. 24.

jener Studie lautete „Die Erschlaffung des Welthandels“<sup>15)</sup>, und ich faßte die Darlegung der Entwicklung für die Jahre 1834 bis 1933 so zusammen:

„Der Rückgang im Tempo der Zunahme des Welthandels war ein ganz deutlicher und teilweise sehr starker während des hier betrachteten Jahrhunderts. Die Bewegung ist eine ganz ausgesprochene, aber natürlich wie bei fast allen wirtschaftlichen Vorgängen keine gleichmäßige. Um die Jahrhundertwende scheint ein Stillstand eingetreten zu sein, dem aber bald eine erneute scharfe Senkung des Tempos folgt.

In dem letzten hier betrachteten Zwanzig-Jahres-Durchschnitt scheint der Rückgang wiederum zum Stillstand gekommen zu sein – jedoch ist zu beachten, daß gerade in den letzten 20 Jahren der Welthandel hätte stark steigen müssen, da die Zahl der Grenzen und Länder beträchtlich zugenommen hat. Statt also (infolge der Schaffung zahlreicher neuer Länder und damit der Umbenennung des Binnenhandels vieler ehemaliger Landesteile in Außenhandel zwischen neuen selbständigen Staaten) eine Steigerung aufzuweisen, sehen wir, daß die Wachstumsrate des Außenhandels stagniert hat, die Stagnation ist also nur ein Zeichen für einen tatsächlichen weiteren Rückgang im Tempo der Zunahme des Außenhandels.<sup>16)</sup>

Heute, ein Vierteljahrhundert später, ist dieser Feststellung hinzuzufügen, daß gegenüber dem letzten damals betrachteten Zwanzig-Jahres-Durchschnitt 1915/34 die beiden folgenden Zwanzig-Jahres-Durchschnitte eine weitere, wenn auch nur unbedeutende Tendenz zur Senkung des Tempos der Steigerung des Welthandels aufzeigen. Hierfür spielen allerdings im letzten Zwanzig-Jahres-Durchschnitt noch ganz andere Gründe als zuvor eine entscheidende Rolle: Nach dem Kriege, mit der Bildung eines sozialistischen Lagers, entstand ein sozialistischer Weltmarkt, der in den Zahlen seit 1946 in der oben gegebenen Tabelle nicht berücksichtigt ist.

Es ergibt sich also:

In der Periode der stärksten Entwicklung des Kapitalismus der freien Konkurrenz: eine Steigerung der Zunahme des Außenhandels um bis zu 70 Prozent.  
In der Periode des Heranreifens des monopolistischen Kapitalismus: eine Halbierung im Tempo der Steigerung.

In der Periode der Allgemeinen Krise des Kapitalismus: eine erneute Senkung im Tempo der Steigerung.

In diesem Zusammenhang ist es von Nutzen, die Entwicklung noch einmal unter folgendem Gesichtspunkt zu betrachten:

<sup>15)</sup> *Kuczynski, J.*, Weltproduktion und Welthandel in den letzten 100 Jahren. Liepaja 1935, S. 26ff. Der oben gegebene Index ist meinem alten, 1935 veröffentlichten, für die Jahre bis 1870 weit überlegen; u. a. bezieht er Deutschland mit ein, für das damals kaum Angaben vorlagen, und geht insgesamt bis 1815 zurück, während der alte Index nur bis 1834 zurückreichte.

<sup>16)</sup> *Kuczynski, J.*, ebendort, S. 44f.

*Höchster und niedrigster Stand des Mengenindex des Welthandels innerhalb von je 20 Jahren, 1815 bis 1954*

1913 = 100

Jahrzehnt	Höchster Stand	Niedrigster Stand
1815—1834	5	3
1825—1844	7	4
1835—1854	11	5
1845—1864	18	7
1855—1874	29	11
1865—1884	43	19
1875—1894	53	30
1885—1904	69	43
1895—1914	100	56
1905—1924	102	60
1915—1934	130	60
1925—1944	130	höchstens 90 <sup>17)</sup>
1935—1954	178	85 <sup>17)</sup>

Der höchste Stand hat zunächst die Tendenz, sich immer mehr vom vorangehenden Höchststand zu entfernen. Das bedeutet nichts anderes, als daß das Wachstumstempo des Außenhandels laufend zunimmt. Mit dem Ende der Entfaltung der freien Konkurrenz hört diese Tendenz auf, und seit der Allgemeinen Krise des Kapitalismus beobachten wir eine deutliche Abnahme des Abstandes von einem Höhepunkt zum anderen, ja zweimal ist der Höhepunkt praktisch der gleiche — 1895/1914 und 1905/24 sowie 1915/34 und 1925/44.

Der Abstand zwischen Tiefpunkt und Höhepunkt hat dagegen keine Tendenz, sich in der einen oder der anderen Richtung zu verändern: er betrug sowohl 1835—1854 wie 1935—1954 über 100 Prozent.

Wenn aber der Abstand der Höhepunkte die Tendenz hat abzunehmen und der Abstand von Höhepunkten und Tiefpunkten keine Tendenz zeigt, sich zu verändern, dann ergibt sich, daß der Außenhandel die Tendenz entwickelt, in einzelnen Jahren besonders stark abzusinken. Die Schlußfolgerung, die ich 1935 aus der Bewegung des Welthandels zog, ist auch heute noch gültig:

„Diese allmähliche Lähmung im Laufe der letzten Jahrzehnte steht übrigens in schärfstem Kontrast zur Bewegung der Weltwirtschaft, wenn wir sie nicht über Jahrzehnte, sondern von Jahr zu Jahr beobachten. Dann können wir nämlich

<sup>17)</sup> Im Jahr seines geringsten Ausmaßes während des Krieges lag der Außenhandel zweifellos niedriger als die in der oben gegebenen Tabelle auf S. 117 notierte Durchschnittszahl von etwa 100 — etwa bei 85 für 1945 und nicht viel höher im Jahre 1941.

feststellen, daß die Bewegungen in der Weltwirtschaft niemals so lebhaft, an Fieberkurven erinnernde waren wie in der letzten Zeit.

Produktionssteigerungen, wie wir sie von dem Tiefpunkt der Krise in den Jahren 1921 und 1922 bis zum Höhepunkt des konjunkturellen Aufschwungs in den Jahren 1928 und 1929 feststellen konnten, und neue Abstürze von Produktion und Handel, wie sie in den Jahren 1928/29 bis 1933/34 stattfanden, stehen einzig in der Wirtschaftsgeschichte der letzten 100 Jahre da.“<sup>18)</sup>

Seitdem haben Abstürze und Steigerungen von Produktion und Handel in der kapitalistischen Welt teilweise noch größeres Ausmaß angenommen.

Dabei verdeckt die Statistik des Welthandels zum Teil noch die ganze Enormität der Schwankungen des Außenhandels der einzelnen Länder. Für einzelne Länder entwickelte sich zum Beispiel während des zweiten Weltkrieges der Außenhandel so:

*Ausfuhr während des zweiten Weltkrieges, 1938 bis 1946*

Mengenindex, 1938 = 100

Jahr	USA	England	Frankreich	Deutschland
1938	100	100	100	100
1939	106	94	96	105
1940	124	73	44	67
1941	146	56	34	80
1942	192	36	48	81
1943	282	30	45	82
1944	272	31	26	54
1945	184	45	10	1
1946	192	100	40	4

Die Ausfuhr der USA war im Jahre 1943 fast dreimal so hoch wie im Jahre 1938. In England betrug die Ausfuhr 1943 noch nicht ein Drittel der von 1938, war aber bis 1946 wieder auf das Niveau von 1938 gestiegen. In Frankreich lag die Ausfuhr 1945 um neun Zehntel niedriger als 1938. In Deutschland war die Ausfuhr 1942 und 1943 nur wenig niedriger als 1938, lag aber 1945 und 1946 praktisch still; es gab so gut wie keine Ausfuhr.

Für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg aber ist als von entscheidender historischer Bedeutung festzustellen: In einem Teil der Welt, in den sozialistischen Ländern, nimmt der Außenhandel von dem Tage an, an dem zuerst zwei solche Länder Handel trieben, einen steten Aufschwung.

Wie die ökonomische Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus im Stadium des Imperialismus die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Außenhandels der einzelnen kapitalistischen Länder außerordentlich verschärft hat und gleichzeitig das Tempo der Zunahme des Umsatzes auf dem kapitalistischen Weltmarkt ganz bedeutend gesenkt hat, so wandelt die ökonomische Gesetzmäßigkeit

<sup>18)</sup> *Kuczynski, J.*, ebendort, S. 46 f.

keit des Sozialismus die vergangene Ungleichmäßigkeit in eine allseitige und umfassende Steigerung des Außenhandels jedes einzelnen und aller sozialistischen Länder um, und an die Stelle eines erschlafenen Außenhandels tritt ein schnelles und stetes Wachstum des Außenhandels der einzelnen sozialistischen Länder und des Gesamtumsatzes auf dem im Gefolge der Schaffung des sozialistischen Lagers im Entstehen begriffenen sozialistischen Weltmarkt.

\*

Jedoch erhebt sich die Frage: Kann man heute überhaupt noch mit Recht von einem kapitalistischen Welthandel sprechen?

Natürlich gilt auch heute noch die These von Marx, daß Welthandel, Weltmarkt und Weltmarktpreis unauflöslich miteinander verbundene Kategorien der kapitalistischen Produktionsweise sind.

Können wir nicht aber feststellen, daß mehr und mehr Waren im Welthandel zu Preisen verkauft werden, die nicht mehr den Charakter von Weltmarktpreisen haben, also Preisen, zu denen jeder, der die notwendige Kaufkraft hat, die Waren erwerben kann?

Schon das bestehende Embargo gegen die Länder des Sozialismus gibt dem Preis der betroffenen Waren etwas Künstliches.

Weiter: Ein beachtlicher Teil der im Außenhandel vertriebenen Waren erscheint überhaupt nicht mehr auf dem Weltmarkt. So führen zum Beispiel heute die Vereinigten Staaten für mehrere Milliarden Dollar jährlich militärische Güter aus, für die es keinen Weltmarktpreis gibt. Der früher relativ echte Welthandel mit Waffen begann bereits nach dem ersten Weltkrieg an Marktcharakter zu verlieren — heute ist dieser Charakter praktisch verschwunden.

Schließlich — um hier nur die wichtigsten Tatsachen zu nennen: Eine Reihe von Ländern führen Nahrungsmittel bzw. deren Rohstoffe zu völlig verschiedenen Preisen, die ohne Beziehung zueinander bzw. in nicht marktmäßig bestimmter Beziehung nebeneinander stehen, aus. Die USA exportieren zum Beispiel Getreide:

1. auf normale kapitalistische Weise über einen „Welthandelsmarkt“;
2. über das internationale Weizenabkommen in einem für ein Jahr festgelegten Preisrahmen;
3. aus den staatlichen Aufkauffonds zu vom „Weltmarktpreis“ abweichenden Preisen;
4. zu willkürlich und individuell festgelegten Preisen über das „Mutual aid“-Programm.

Auch Kanada gibt Weizen zu Preisen ab, die oft recht verschieden sind von denen, die auf dem Weltmarkt oder von den USA auf ihre „4 Verkaufsweisen“ erzielt werden. Dieser Zersetzungsprozeß der Preisbildung im Außenhandel, der dazu führt, daß der Weltmarkt an Bedeutung verliert, daß mehr und mehr Waren der „freien Preisbildung“ entzogen und damit dem Einfluß des Marktes

nicht mehr ausgesetzt werden, ist kennzeichnend für den Fäulnisprozeß der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Natürlich setzt sich trotzdem das Wertgesetz durch. Wenn zum Beispiel die USA Lebensmittel zu politischen Korruptionszwecken an ein arabisches Land „umsonst“ liefern, zahlen dafür die Werktätigen in den USA in Form von überhöhten Preisen (bzw. höheren Steuern).

Aber wenn die Waren in zunehmendem Maße am Weltmarkt „vorbegehen“ und die Weltmarktpreise sich mehr und mehr „auf dem Binnenmarkt realisieren“, dann muß man über die Entwicklung des Welthandels sagen:

Konnte man schon mit dem Beginn der Ära der Monopole, die ihrer Herrschaft um einiges voranging, also seit den späten achtziger Jahren, eine gewisse Erschlaffung des Welthandels feststellen, die in der Periode der Allgemeinen Krise zunahm, so können wir insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg eine zunehmende Zersetzung des Weltmarkts, einmal natürlich durch die allgemein bekannte Herausbildung eines sozialistischen Weltmarktes mit sozialistischer Gesetzmäßigkeit, sodann aber durch das bisher noch nicht ausreichend untersuchte „Umgehen“ des Weltmarktes von seiten des Monopolkapitals selbst, beobachten.

#### *Quellen und Methoden der Berechnung des Welthandels*

*1815 bis 1881:* 1815 bis 1830 Zahlen für England, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich jährlich und für Deutschland für 1820 und 1830. 1830 bis 1881 Zahlen für England, die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und Belgien jährlich, für Deutschland jährlich ab 1834, für Schweden jährlich ab 1836.

#### *Quellen:*

Für England wurden die offiziellen Außenhandelsstatistiken betreffend den Gesamthandel, also einschließlich der Wiederausfuhr auf beiden Seiten der Handelsbilanz, benutzt. Für die Jahre 1815 bis 1853 vergleiche die Angaben in „Customs Tariffs of the U. K. from 1800 to 1897“ Parliamentary Publications, London 1897; für die Jahre 1854 bis 1881 benutzte ich „Statistical Tables and Charts relating to British Foreign Trade and Industry 1854–1908“ London 1909 Cd 4954. Die Zahlen für die Jahre 1815 bis 1853 sind im Original praktisch „Mengenangaben“; für die späteren Jahre wurde der Index des Außenhandels durch den Index der Preise, wie sie Sauberbeck und der Statist berechnet haben, dividiert, um ein Bild der mengenmäßigen Ausfuhr zu gewinnen. Die Angaben über den Außenhandel bis 1853 und ab 1854 wurden entsprechend der Entwicklung von 1853 bis 1854 der „tonnage of ships cleared, ports of the U. K.“ verbunden.

Für die Außenhandelsentwicklung in den USA benutzte ich die amtlichen Angaben im „Statistical Abstract of the United States“. Die Zahlen sind in „species values“ gegeben. Der Index des Außenhandels wurde durch den von



Warren und Pearson konstruierten Index der Großhandels-Gold-Preise dividiert.

Der Außenhandel Frankreichs wurde für die Jahre 1815 bis 1827 auf Grund der Angaben in Francs und der Preisangaben von A. Chabert „Essai sur les Mouvements des Revenues et de l'Activité économique en France des 1798 à 1820“ und „Essai sur les Mouvements des Prix et des Revenues en France de 1798 à 1820“ sowie von P. E. Levasseur, „Histoire du Commerce de la France“ und schließlich des „Annuaire Statistique“ berechnet; für die Jahre 1827 bis 1881 lag ausschließlich die letztgenannte Quelle zugrunde.

Der belgische Außenhandel ist nach den Angaben des „Tableau Annuel du Commerce“ berechnet. Der Index der mengenmäßigen Entwicklung des Außenhandels wurde für die Jahre 1831 bis 1860 mit Hilfe des französischen Großhandelsindex, für die Jahre 1860 bis 1881 mit Hilfe des von Hector Denis konstruierten Großhandelsindex für Belgien berechnet.

Die Angaben über das Volumen des schwedischen Außenhandels sind dem „Statistik Arsbok for Sverige“ entnommen. Der Index des mengenmäßigen Außenhandels wurde für die Jahre 1836 bis 1860 mit Hilfe des Großhandelsindex für England von Jevons und für die Jahre 1860 bis 1881 mit Hilfe des Index für Schweden von Amark berechnet.

Der Deutsche Außenhandelsindex basiert für die Jahre 1820 bis 1872 auf den Berechnungen von Bondi, „Deutschlands Außenhandel 1815 bis 1870“, für die Jahre 1872 bis 1881 auf der Reichsstatistik. Zur Ausschaltung der Preisschwankungen wurde der Großhandelsindex von Jacobs und Richter benutzt.

Jeder Statistiker weiß, wie unbefriedigend die Benutzung eines allgemeinen Großhandelsindex an Stelle eines Außenhandelspreisindex ist. Solange aber ein Außenhandelspreisindex nicht vorliegt, scheint mir als Notbehelf die Benutzung eines allgemeinen Großhandelsindex erlaubt.

*1881 bis 1900:* Wertangaben des Instituts für Konjunkturforschung für den gesamten Welthandel nach „Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung“ 1. Jahrgang 1926, Ergänzungsheft 2. Der Wertindex wurde, um zu einer Mengenbewegung zu kommen, mit den amtlichen Großhandelspreisindices von USA, Deutschland und Frankreich und dem Statist-Index für England umgerechnet.

*1900 bis 1958:* Mengenberechnungen des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich bzw. für die Bundesrepublik sowie der „United Nations“ im Monthly Bulletin of Statistics. Angaben betreffend die Ausfuhr für einzelne Länder 1938 bis 1946 vgl. „United Nations“, „Statistical Yearbook“; die Zahlen für Deutschland 1945 und 1946 beruhen auf Schätzungen.

## II. DER NATIONALE MARKT

Während die theoretischen Grundfragen der Voraussetzungen der Entwicklung eines nationalen Marktes im Kapitalismus von den Klassikern aufgeworfen

und gelöst wurden, steht es um die Erforschung der konkreten Entwicklung des nationalen Marktes durch uns noch recht schlecht, insbesondere um statistische Untersuchungen. Ja, es ist noch nicht einmal eine Methodologie, ein System von Maßstäben zur Überprüfung des Werdens eines nationalen Marktes entwickelt worden.

Ähnlich steht es um die wissenschaftliche Erforschung entsprechender Probleme im Sozialismus.

Im folgenden werden wir versuchen, eine konkrete Untersuchung der Entwicklung des nationalen Marktes in Deutschland zu geben und dabei eine Methodologie statistischer Untersuchung benutzen, die auch auf andere Länder angewandt werden kann.

Abschließend werden wir einiges zur Weiterentwicklung des nationalen Marktes unter sozialistischen Produktionsverhältnissen sagen.

### 1. Der innere Markt

Bei einer Untersuchung des Entstehens eines inneren Marktes in England in dem für alle Wirtschaftshistoriker so überaus wichtigen 24. Kapitel des I. Bandes des „Kapital“, das von der sogenannten ursprünglichen Akkumulation handelt, kommt Marx zu folgender Feststellung:

„In der Tat, die Ereignisse, die die Kleinbauern in Lohnarbeiter und ihre Lebens- und Arbeitsmittel in sachliche Elemente des Kapitals verwandeln, schaffen gleichzeitig diesem letztern seinen innern Markt. Früher erzeugte und bearbeitete die Bauernfamilie die Lebensmittel und Rohstoffe, die sie nachher größtenteils selbst verzehrte. Diese Rohstoffe und Lebensmittel sind jetzt *Waren* geworden; der Großpächter verkauft sie, in den *Manufakturen* findet er seinen Markt. Garn, Leinwand, grobe Wollenzeuge, Dinge deren Rohstoffe sich im Bereich jeder Bauernfamilie vorfanden und von ihr zum Selbstgebrauch versponnen und verwebt wurden — verwandeln sich jetzt in Manufakturartikel, deren Absatzmarkt grade die Landdistrikte bilden. Die zahlreiche zerstreute Kundschaft, bisher bedingt durch eine Menge kleiner, für eigne Rechnung arbeitender Produzenten, konzentriert sich jetzt zu einem großen, vom industriellen Kapital versorgten Markt. So geht Hand in Hand mit der Expropriation früher selbstwirtschaftender Bauern und ihrer Losscheidung von ihren Produktionsmitteln die *Vernichtung der ländlichen Nebenindustrie, der Scheidungsprozeß von Manufaktur und Agrikultur*. Und nur die Vernichtung des ländlichen Hausgewerbes kann dem inneren Markt eines Landes die Ausdehnung und den festen Bestand geben, deren die kapitalistische Produktionsweise bedarf.“<sup>19)</sup>

„Jedoch“, fährt Marx fort, „bringt es die eigentliche Manufakturperiode zu keiner radikalen Umgestaltung. Man erinnert sich, daß sie sich der nationalen Produktion nur sehr stückweis bemächtigt und immer auf städtischem Hand-

<sup>19)</sup> Marx, Karl, Das Kapital. Bd. I, Berlin 1947, S. 787.

werk und *häuslich-ländlicher Nebenindustrie* als breitem Hintergrund ruht . . . *Erst die große Industrie liefert mit den Maschinen die konstante Grundlage der kapitalistischen Agrikultur, expropriert radikal die ungeheure Mehrzahl des Landvolkes und vollendet die Scheidung zwischen Ackerbau und häuslich-ländlichem Gewerbe, dessen Wurzeln sie ausreißt – Spinnerei und Weberei.*

Sie erobert daher auch erst dem industriellen Kapital *den ganzen innern Markt.*<sup>20)</sup>

Der innere Markt in wirklicher Durchbildung ist also das Produkt bürgerlich-kapitalistischer Entwicklung.

Lenin, der die grundlegende und ausführlichste Untersuchung der konkreten Entwicklung eines inneren Marktes durchgeführt hat, schreibt:

„Der innere Markt entsteht, wenn die Warenwirtschaft entsteht; er wird durch die Entwicklung dieser Warenwirtschaft geschaffen, und die Höhe seiner Entwicklung wird bestimmt durch den Entwicklungsgrad der gesellschaftlichen Arbeitsteilung; er erweitert sich mit der Übertragung der Warenwirtschaft von den Produkten auf die Arbeitskraft, und nur in dem Maße, wie die Arbeitskraft zur Ware wird, erfaßt der Kapitalismus die gesamte Produktion des Landes, wobei er sich hauptsächlich auf der Linie der Produktionsmittel entwickelt, die in der kapitalistischen Gesellschaft einen immer bedeutenderen Platz einnehmen. Der ‚innere Markt‘ für den Kapitalismus wird durch den sich entwickelnden Kapitalismus selbst geschaffen, der die gesellschaftliche Arbeitsteilung vertieft und die unmittelbaren Produzenten in Kapitalisten und Arbeiter scheidet. Die Entwicklungsstufe des inneren Marktes ist die Entwicklungsstufe des Kapitalismus im Lande. Die Frage der Schranken des inneren Marktes getrennt von der Frage der Entwicklungsstufe des Kapitalismus zu stellen (wie es die Volkstümmer-Ökonomen tun), ist falsch.“<sup>21)</sup>

Im abschließenden Kapitel seines Werkes über die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, das auch die Überschrift „Die Bildung des Inneren Marktes“ trägt, untersucht Lenin im einzelnen:

„I. Das Wachstum der Warenzirkulation“ – die Entwicklung des Verkehrs, des Handels, der Banken.

„II. Die Zunahme der in Handel und Industrie beschäftigten Bevölkerung.

1. Das Wachstum der Städte

2. Die Bedeutung der inneren Kolonisation.

3. Das Wachstum der Fabrikorte und der Handels- und Industrieflecken und -dörfer.

4. Die nichtlandwirtschaftlichen Wandergewerbe.

III. Die steigende Verwendung von Lohnarbeit.

<sup>20)</sup> *Marx, Karl*, ebendort, S. 788f.

<sup>21)</sup> *Lenin, W. I.*, Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. Der Prozeß der Bildung des inneren Marktes für die Großindustrie. Werke, Bd. 3, Berlin 1956, S. 57f.

IV. Die Entstehung des inneren Marktes für Arbeitskraft.

V. Die Bedeutung der Randgebiete. Innerer oder äußerer Markt?“

Das Entstehen eines inneren Marktes ist die selbstverständliche Voraussetzung eines nationalen Marktes.

## 2. Innerer und Nationaler Markt

Der innere Markt ist die Sphäre, in der auf Grund stärkerer Arbeitsteilung Waren verkauft werden. Mit seiner Erweiterung erfaßt er immer größere Teile einer Wirtschaft. Seine Vollendung findet er erst im vormonopolistischen, nach-manufakturrellen Kapitalismus, der eine intensivere Warenwirtschaft hat als irgendeine andere vorangehende Gesellschaftsform.

Wenn wir Lenins Geschichte der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland daraufhin durchsehen, was er zur Entwicklung der Preise sagt, so finden wir, daß Lenin sich mit dieser Frage nicht beschäftigt hat. Nun hat es seinen tiefen Sinn und eine entscheidende Bedeutung für uns, daß Lenin die Frage der Entwicklung der Preise nicht im Zusammenhang mit dem inneren Markt speziell untersucht hat.

Die Frage der Bewegung oder des Verhältnisses der Preise verschiedener Waren zueinander hat nämlich gar keine Bedeutung für die Herausbildung des inneren Marktes. Sie hat aber die größte Bedeutung für die Frage des nationalen Marktes. Dem nationalen Markt ist nämlich eine nationale Preisbewegung und später ein nationaler Preis eigentümlich. Nationale Preisbewegung und nationaler Preis sind Symptome der Herausbildung eines nationalen Marktes.

Unabdingliche Voraussetzung für die Herausbildung eines nationalen Marktes sind natürlich die Existenz einer Nation und der Bestand eines Staates, bzw. zumindest einer ökonomischen Einheit, wie sie der deutsche Zollverein seit 1834 darstellte.

Das wichtigste Mittel zur Schaffung eines nationalen Marktes ist die Existenz bzw. die Fortentwicklung eines relativ starken Verkehrsnetzes. Dabei spielt neben dem technischen Faktor auch der geographische eine sehr beachtliche Rolle: Es ist viel leichter gewesen, in England, in dem kein Ort wesentlich mehr als 100 km von der Küste entfernt ist, mit Hilfe von Segelschiffen einen nationalen Markt zu schaffen zu beginnen, als in einem kontinentalen Lande, wo ganz andere Verkehrsmittel, zumeist die Eisenbahnen, dafür notwendig waren.

## 3. Ein Nationaler Markt in Preußen vor 1850?

Betrachten wir zunächst die folgende Entwicklung der Preise von Mauersteinen in Preußen. Sie zeigt die preußischen Städte, die in jedem Jahr nach der amtlichen Statistik<sup>22)</sup> die größte Preissteigerung und Preissenkung aufweisen.

<sup>22)</sup> Vgl. Jahrbuch für die Amtliche Statistik des Preußischen Staats. Hrsg. vom Königlichen Statistischen Bureau. II. Jahrg., Berlin 1867.

*Preise von Mauersteinen von 1811 bis 1848*

Von Jahr zu Jahr	Größte Preissteigerung		Größte Preissenkung	
	Stadt	Prozent	Stadt	Prozent
1811/12	Berlin	23	Breslau	4
1812/13	Danzig	8	Breslau	29
1813/14 <sup>23)</sup>	Breslau	17	Königsberg	5
1814/15	Berlin	36	Danzig	19
1815/16	Breslau	22	Berlin	22
1816/17	Berlin	53	Aachen	1
1817/18	Stettin	10	Aachen	17
1818/19	Danzig	11	Berlin	37
1819/20	Posen	31	Berlin	20
1820/21	Danzig	6	Stettin	30
1821/22	Stettin	19	Magdeburg	23
1822/23	Berlin	3	Königsberg	21
1823/24	Breslau	4	Königsberg	15
1824/25	Berlin	2	Danzig	29
1825/26	Berlin	9	Posen	18
1826/27	Magdeburg	12	Aachen	10
1827/28	Aachen	11	Königsberg	10
1828/29	Posen	20	Breslau	6
1829/30	Königsberg	20	Posen	9
1830/31	Breslau	21	Danzig	4
1831/32	Königsberg	33	Berlin	21
1832/33	Breslau	9	Königsberg	25
1833/34	Breslau	7	Köln	14
1834/35	Danzig	20	Breslau	10
1835/36	Berlin	12	Köln	8
1836/37	Köln	10	Danzig	23
1837/38	Berlin	13	Posen	8
1838/39	Danzig	23	Königsberg	20
1839/40	Königsberg	23	Münster	5
1840/41	Magdeburg	10	Danzig	8
1841/42	Königsberg	16	Magdeburg	17
1842/43	Berlin	37	Köln	7
1843/44	Münster	6	Köln	23
1844/45	Königsberg	23	Berlin	21
1845/46	Berlin	10	Posen	4
1846/47	Magdeburg	14	Posen	9
1847/48	Münster	6	Berlin	11

Von den insgesamt zehn untersuchten Städten erscheinen alle unter den größten Preissteigerungen, ebenso unter den größten Preissenkungen. Während Berlin am häufigsten die größten Preissteigerungen anzeigt (10), zeigt es wesentlich

<sup>23)</sup> Unter Annahme, daß die Zahl für Stettin ein Druckfehler ist.

weniger größte Preissenkungen (5); hier ragt Königsberg (8) hervor; Köln ist nur einmal unter den größten Preissteigerungen vertreten, dagegen viermal unter den größten Preissenkungen.

Stellen wir die Frage, ob wir in dieser Zeit in Preußen – um von Deutschland gar nicht zu reden – von einem nationalen Markt sprechen können, so ist sie natürlich zu verneinen. Wenn ein so allgemein gebräuchlicher und auf Schiffen gut transportabler Artikel wie Mauersteine eine so verschiedene Preisbildung anzeigt, dann kann natürlich von einem nationalen Markt nicht die Rede sein. Man beachte nur die folgenden Zahlen:

*Preisbewegung für Mauersteine*

Jahre	Stadt	%	Stadt	%
1814/15	Berlin	+ 36	Danzig	- 19
1815/16	Breslau	+ 22	Berlin	- 22
1816/17	Berlin	+ 53	Aachen	- 1
1819/20	Posen	+ 31	Berlin	- 20
1831/32	Königsberg	+ 33	Berlin	- 21
1838/39	Danzig	+ 23	Königsberg	- 20
1844/45	Königsberg	+ 23	Berlin	- 21

Ein innerer Markt, auf dem so verschiedene Preisbewegungen möglich sind, ist noch weit davon entfernt, sich zu einem nationalen Markt zu entwickeln – auch wenn durch Überbauaktionen wie die Schaffung eines einheitlichen Zollsystems unbedingt notwendige Voraussetzungen eines nationalen Marktes bereits gegeben waren. Das heißt, weder in Preußen noch gar in Deutschland, die durchaus über einen inneren Markt für ihre kapitalistische Entwicklung verfügten, kann man von einem nationalen Markt sprechen.

Untersuchen wir im folgenden, wiederum nach der Preußischen Statistik, zur Bestätigung des soeben Festgestellten nach einer anderen Methode, die Preisentwicklung für Getreide und Kartoffeln.<sup>24)</sup> Dabei setzen wir die Stadt mit dem niedrigsten Getreidepreis gleich 100 und berechnen den entsprechenden Indexwert der Stadt mit dem höchsten Getreidepreis. Wir nehmen Zehnjahresdurchschnitte, um Einzelschwankungen auszuschneiden.

Wir stellen weder für Weizen noch für Kartoffeln im Laufe der Zeit eine Annäherung der Tiefst- und Höchstpreise fest – nur für Roggen macht sich eine solche Annäherung bemerkbar.

Fast stets ist Aachen die teuerste Stadt, und wenn Köln an seine Stelle tritt, so handelt es sich um eine andere westliche Stadt. Die billigsten Städte sind Posen, Königsberg, Danzig, Breslau, alle im Osten gelegen.

<sup>24)</sup> Vgl. dazu Engel, E., Die Getreidepreise, die Ernteerträge und der Getreidehandel im Preußischen Staate. Zeitschrift des Preußischen Statistischen Bureaus, 1861, S. 257 ff.

*Differenzen zwischen den niedrigsten und höchsten Preisen in preußischen Städten*

Jahre	Städte	Differenz
<i>Weizen</i>		
1821/30	Königsberg : Aachen	100 : 136
1831/40	Königsberg : Aachen	100 : 128
1841/50	Breslau : Aachen	100 : 135
<i>Roggen</i>		
1821/30	Königsberg : Aachen	100 : 179
1831/40	Danzig — Königsberg : Aachen	100 : 153
1841/50	Posen : Aachen	100 : 145
<i>Kartoffeln</i>		
1821/30	Posen : Köln	100 : 169
1831/40	Danzig : Aachen	100 : 174
1841/50	Posen : Aachen	100 : 174

Das heißt, wir haben in Preußen ein Preisgefälle vom Westen zum Osten, und die Kurve dieses Preisgefälles ist in der ganzen Zeit, mit den oben gegebenen Einschränkungen, sich praktisch gleich geblieben.

Das ist eine weitere Stützung für die These, daß man vor 1850 nicht von der Herausbildung eines nationalen Marktes in Preußen oder Deutschland sprechen kann.

Bei der Auswahl der Waren, die man zu solchen Untersuchungen heranziehen kann, muß man sich möglichst auf Waren des Massenverbrauchs stützen. Wenn solche Waren vor allem lokal hergestellt werden, dann wirkt sich die Entwicklung eines nationalen Marktes so aus, daß die Konkurrenz zu einer nationalen Preisbewegung bzw. zu Nationalpreisen führt.

Wenn solche Waren in den meisten Teilen des Landes nur mittels längeren Transports auf dem lokalen Markt erscheinen, weil sie nur an wenigen Orten produziert werden, dann wirkt sich der nationale Markt so aus, daß es unmöglich ist, die gleiche Ware an verschiedenen Orten zu stärker differenzierten Preisen bzw. zu sich verschieden bewegendenden Preisen auf den Markt zu bringen. Bei den hier behandelten Waren handelt es sich um solche, die zu einem beachtlichen Teil lokal produziert werden.

Leider besitzen wir für Deutschland für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts kaum Preisstatistiken von Waren, die vornehmlich an einigen bestimmten Orten hergestellt und dann in größeren Mengen über das Land verteilt werden, wie Eisen, Bauholz usw. Eine Ausnahme ist die Notierung für Harzer Blei in Hamburg und Berlin, auf die ich später eingehe und die die Resultate der Untersuchung für Mauersteine, Getreide und Kartoffeln bestätigt.

Auch muß man beachten, daß die Herausbildung eines nationalen Marktes in zweierlei Weise vor sich geht: einmal auf breiter Front, langsam — und gleichzeitig so, daß einzelne Waren, zum Beispiel leicht transportable industrialisierte Lebensmittel wie Zucker aus Rübenfabriken, schnell in der Bildung eines nationalen Marktes vorauseilen, während andere, wie bestimmte Gemüse, etwa frische Tomaten, es niemals unter dem Kapitalismus zu einer nationalen Preisbildung bringen.

Bedenken wir unter solchem Gesichtspunkt die Zurückgebliebenheit der Preisstatistik für Deutschland, dann wird besonders klar, in welchem frühem Anfangsstadium der Untersuchung sich die vorliegende Studie noch befindet.

#### 4. Der vormonopolistische nationale Markt in Deutschland

Wenn wir die soeben für Preußen gebrauchte Methode für Roggen, Weizen und Hafer in ganz Deutschland (allerdings für weniger Orte, da weniger Daten vorliegen) und für das ganze 19. Jahrhundert anwenden, so ergeben sich folgende Resultate<sup>25)</sup>:

Jahre	Städte	Differenz
<i>Weizen</i>		
1811/20	Königsberg : München	100 : 146
1821/30	Königsberg : Berlin	100 : 128
1831/40	Königsberg : Mannheim	100 : 131
1841/50	Königsberg : Mannheim	100 : 131
1851/60	Königsberg : Mannheim	100 : 111
1861/70	Königsberg : Mannheim	100 : 114
1871/80	Königsberg : Mannheim	100 : 118
1881/90	Königsberg : Mannheim	100 : 120
1891/1900	Königsberg : München	100 : 116
<i>Roggen</i>		
1811/20	Königsberg : München	100 : 161
1821/30	Königsberg : Köln	100 : 167
1831/40	Königsberg : Mannheim	100 : 166
1841/50	Königsberg : Mannheim	100 : 144
1851/60	Königsberg : Köln	100 : 124
1861/70	Königsberg : Köln	100 : 126
1871/80	Königsberg : Mannheim	100 : 127
1881/90	Königsberg : Mannheim	100 : 125
1891/1900	Königsberg : München	100 : 118

<sup>25)</sup> Als Basis für die Berechnungen diente: Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 1935, Heft I, Die Getreidepreise in Deutschland seit 1792.



*Hafer*

1811/20	Königsberg : Berlin	100 : 140
1821/30	Königsberg : Berlin	100 : 153
1831/40	Königsberg : Berlin	100 : 145
1841/50	München : Mannheim	100 : 128
1851/60	München : Berlin	100 : 132
1861/70	München : Köln	100 : 121
1871/80	Königsberg : Hamburg	100 : 121
1881/90	Königsberg : Hamburg	100 : 124
1891/1900	Königsberg : München	100 : 117

Fassen wir die ersten und die letzten vier Jahrzehnte zusammen, so ergibt sich folgendes:

		Preisdifferenz
Weizen	1811/1850	100 : 134
	1861/1900	100 : 117
Roggen	1811/1850	100 : 160
	1861/1900	100 : 124
Hafer	1811/1850	100 : 142
	1861/1900	100 : 121

Ganz deutlich erkennbar nähern sich die Höchst- und Tiefstpreise in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einander. Ganz deutlich bildet sich ein nationaler Preis heraus.

Gleichzeitig beobachten wir, wie, mit wenigen Ausnahmen, der Osten die niedrigeren und der Westen die höheren Preise aufweist. Das heißt, auch wenn das Preisgefälle infolge der Herausbildung eines nationalen Marktes wesentlich flacher wird, die Steilheit der Kurve sich etwa halbiert, so bleibt auf der anderen Seite die Richtung des Gefälles die gleiche von Westen zum Osten zu.<sup>26)</sup>

Überprüfen wir die Entwicklung jetzt für vier andere Lebensmittel: Kartoffeln, Butter, Ochsenfleisch und Schweinefleisch. Dabei stützen wir uns auf sehr interessante Berechnungen von Laspeyres, einem wahren Helden der Preisberechnungen und einem sonderbar beschränkten Denker, wenn es sich darum handelt, mit unendlicher Mühe aufgestellte Statistiken zu interpretieren. Die Berechnungen beruhen für jedes der vier genannten Lebensmittel auf ca. 6000 Preisnotierungen in etwa 60 und für die letzten 25 Jahre in etwa 120 Städten Preußens. Aus den Preisnotierungen für jedes Jahrzehnt (seit 1871 jedes Jahrfünft) hat Laspeyres nach der Höhe der Preise, beginnend mit den niedrigsten und endend mit den höchsten, Dreißiger-Gruppen, und zwar je 20 für jedes Jahrzehnt bzw. Jahrfünft gebildet. Indem ich nun die Jahrfünfte von 1871 bis 1890 zu Jahrzehnten zusammenzog und für jedes Jahrzehnt die 1. und die 20. Drei-

<sup>26)</sup> Welche Bedeutung ein solches Gefälle hat, ob zum Beispiel das ideologisch-kulturelle oder das technische Niveau im Zusammenhang mit dem Preisniveau innerhalb eines Landes steht, ist noch nicht untersucht worden.

Biger-Gruppe gegenüberstellte, erhielt ich, die 1. Gruppe gleich 100 setzend, folgende Preisentwicklungsreihen<sup>27)</sup>:

*Höchste Preise für*

Jahre	<i>Kartoffeln</i>	<i>Butter</i>	<i>Ochsenfleisch</i>	<i>Schweinefleisch</i>
	(niedrigster Preis jeweils = 100)			
1821/30	436	228	240	260
1831/40	342	210	229	237
1841/50	437	186	230	245
1851/60	345	191	268	284
1861/70	336	172	240	225
1871/80	277	183	202	186
1881/90	308	168	191	183
1891/95	318	161	165	168

Bilden wir wieder zwei Jahresgruppen — 1821/50 und 1861/95 —, so ergibt sich folgendes:

Jahre	<i>Kartoffeln</i>	<i>Butter</i>	<i>Ochsenfleisch</i>	<i>Schweinefleisch</i>
1821/50	405	208	233	247
1861/95	310	171	199	191

Natürlich sind die Preisdifferenzen größer als auf den vorangehenden Tabellen, da weit mehr Orte untersucht wurden — aber auch diese Zahlen zeigen bis in die fünfziger Jahre keine wesentliche Veränderung — dagegen eine merkliche Verminderung der Spanne nach 1860, mit der Herausbildung eines nationalen Marktes.

Überprüfen wir nun abschließend die gleiche Entwicklung an Hand der Gestaltung eines Metallpreises, und zwar für Harzer Blei in Hamburg und Berlin, und kehren wir zur Methode des Bewegungsvergleichs, die wir zunächst für Mauersteine verwandten, in simplifizierter Form zurück. Dabei bedeutet +++ und --- eine Steigerung bzw. Senkung um mehr als 20<sup>0</sup>/<sub>0</sub>; ++ und -- eine entsprechende Bewegung um mehr als 10 bis zu 20<sup>0</sup>/<sub>0</sub>; sowie + und - eine Bewegung um bis zu 10<sup>0</sup>/<sub>0</sub>; +- bedeutet keine Preisbewegung.<sup>28)</sup>

<sup>27)</sup> *Laspeyres, E.*, Einzelpreise und Durchschnittspreise vegetabilischer und animalischer Produkte in Preußen während der 75 Jahre 1821 bis 1895. Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus, 1901, S. 51 ff.

<sup>28)</sup> Die Zahlen basieren auf den Angaben in *Jacobs, A. und Richter, H.*, Die Großhandelspreise in Deutschland von 1792 bis 1934. Berlin 1935, S. 64 f. Die meisten Metallpreis-Notierungen von Jacobs und Richter für die Jahre vor 1850 beziehen sich nicht auf deutsche Produkte, sondern auf Importe. Sie werden vielfach als Preise für deutsche Produkte angesehen; aber die Preise zum Beispiel für schwedisches und schottisches Eisen in Hamburg haben nicht viel zu tun mit denen für oberschlesisches oder rheinisches Eisen und noch viel weniger mit ihrer Bewegung.

## Die Bewegung der Preise für Harzer Blei

Jahre	Hamburg	Berlin	Jahre	Hamburg	Berlin
1810/11	+++	+	1849/50	++	--
1811/12	-	--	1850/51	-	-
1812/13	-	+	1851/52	-	-
1813/14	---	--	1852/53	+++	+++
1814/15	-	--	1853/54	+	+
1815/16	-	+	1854/55	. <sup>29)</sup>	++
1816/17	--	+	1855/56	. <sup>29)</sup>	-
1817/18	+++	+	1856/57	+	-
1818/19	+	+	1857/58	-	-
1819/20	+	-	1858/59	-	+
1820/21	+	+	1859/60	+	-
1821/22	-	+-	1860/61	-	-
1822/23	-	+	1861/62	-	-
1823/24	-	+	1862/63	-	+
1824/25	-	+-	1863/64	+	+
1825/26	-	+-	1864/65	-	-
1826/27	-	-	1865/66	+	+
1827/28	--	--	1866/67	-	-
1828/29	--	--	1867/68	-	-
1829/30	--	-	1868/69	-	-
1830/31	--	--	1869/70	-	-
1831/32	+	-	1870/71	--	-
1832/33	++	-	1871/72	+	++
1833/34	+++	++	1872/73	++	++
1834/35	+	+	1873/74	-	-
1835/36	+++	+++	1874/75	--	+
1836/37	-	++	1875/76	--	-
1837/38	--	-	1876/77	-	-
1838/39	-	--	1877/78	--	--
1839/40	-	-	1878/79	--	--
1840/41	++	+	1879/80	++	+
1841/42	-	+-	1880/81	--	-
1842/43	--	-	1881/82	-	-
1843/44	-	-	1882/83	-	-
1844/45	+	+-	1883/84	--	--
1845/46	+	+-	1884/85	+	-
1846/47	-	+	1885/86 <sup>30)</sup>	++	++
1847/48	-	+			
1848/49	--	+-			

<sup>29)</sup> Für 1855 liegt keine Hamburger Notierung vor.

<sup>30)</sup> Weitere Notierungen liegen nicht vor.

Fassen wir die Resultate der Bewegungen zusammen, so ergibt sich für die 74 vergleichbaren Jahre:

Die Preise in Hamburg und Berlin bewegten sich genau entgegengesetzt in Richtung und Tempo

1810 bis 1848	8 mal
---------------	-------

1848 bis 1886	7 mal
---------------	-------

entgegengesetzt nur in Richtung

1810 bis 1848	11 mal
---------------	--------

1848 bis 1886	7 mal
---------------	-------

genau übereinstimmend in Richtung und Tempo

1810 bis 1848	10 mal
---------------	--------

1848 bis 1886	25 mal
---------------	--------

übereinstimmend nur in Richtung

1810 bis 1848	21 mal
---------------	--------

1848 bis 1886	28 mal
---------------	--------

Die Hauptwandlung von der ersten zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts trat in der dritten Gruppe ein — gegenüber einer Übereinstimmung in Richtung und Tempo von nur 10 mal zwischen 1810 und 1848, beobachteten wir zwischen 1848 und 1886 25 mal eine solche Übereinstimmung.

Untersuchen wir allein die letzten 16 Jahre von 1870 bis 1886, so finden wir überhaupt nur 2 mal keine Übereinstimmung in der Richtung gegenüber 6 mal in den ersten hier betrachteten 16 Jahren.

Auch die Bleipreise zeigen klar die Tendenz zu einer nationalen Preisbildung, das heißt, zur Herausbildung eines nationalen Marktes.

Zugleich aber zeigen diese, wie auch die vorangehenden Preisdaten, daß die Herausbildung eines nationalen Marktes im vormonopolistischen Kapitalismus noch keineswegs ihren Abschluß gefunden haben kann.

##### 5. *Der nationale Markt unter den Verhältnissen des monopolistischen Kapitalismus*

Es ist offenbar daß das Monopolkapital die unter kapitalistischen Verhältnissen stärkstmögliche Ausbildung des nationalen Marktes, und zwar zum Teil mit Mitteln des ökonomischen Terrors, bringt.

Auf der einen Seite geht der Prozeß in der alten Weise weiter. Die Verkehrsmittel werden verbessert. Kühlwagen, neue Verfahren, wie das Tieffrieren von Obst und Gemüse usw., ermöglichen eine starke Ausdehnung des Verkaufsradius für zahlreiche Waren, so daß immer häufiger die Herrschaft des lokalen Marktes gebrochen werden und damit die lokale Preisbildung unterbunden werden kann.

Untersuchen wir zum Beispiel die Kleinhandelspreise einiger wichtiger Lebensmittel. Dabei wählen wir aus den im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche

Reich veröffentlichten Daten die jeweils zwei niedrigsten und höchsten Preise in den jeweils 17 untersuchten Städten aus; sollte der niedrigste bzw. höchste oder zweitniedrigste bzw. zweithöchste Preis für mehrere Städte gelten, wird er entsprechend der Zahl der Städte, für die er gilt, gewichtet. Es ergibt sich dann folgender Vergleich:

*Höchster Preis für einige Lebensmittel*

niedrigster Preis = 100

Ware	1913	1936
Ortsübliches Roggen- oder Mischbrot, 1 kg	154	143
Gemahlener Haushaltszucker (Mehlis) 1 kg	119	111
Eßkartoffeln (mittlere Sorte, ab Laden) 1 kg	149	120
Schweinefleisch (Bauchfleisch, frisches) 1 kg	125	128

Mit Ausnahme der Preise für Schweinefleisch hat eine beachtliche Annäherung der Preise stattgefunden — dabei ist der Preisunterschied am geringsten bei der am stärksten industrialisierten und zumeist nicht lokal produzierten Ware, dem Zucker.

Der wichtigste Faktor für die Annäherung der Preise, der auch beim Zucker eine Rolle spielt, ist jedoch die Herausbildung von Monopolpreisen, im Einzelhandel von Einheitspreisen. Monopolpreise brauchen nicht unbedingt das geographische Gefälle eines Preises zu verändern; das Monopol mag aus Profitgründen verschiedene Preise für verschiedene Gegenden festsetzen. Aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß im ganzen Monopolpreise dahin tendieren, die Verschiedenheit der Preisgestaltung des vormonopolistischen Kapitalismus zu verringern und nationale Preise festzulegen. Jetzt erreicht die Herausbildung nationaler Preise ihren Höhepunkt im Kapitalismus.

Jedoch darf man nicht vergessen, daß Monopolpreise nicht echte Preise sind, sondern im Durchschnitt über dem Wert der Waren liegen, während nicht-monopolistische Waren im Preisdurchschnitt entsprechend unter dem Wert liegen. Mit ökonomischem Druck bzw. sogar mit offenem Terror legen Monopole im Rahmen der ökonomischen Möglichkeiten für die von ihnen angebotenen Waren Monopolpreise fest und halten sie, auch auf Kosten der Produktion, solange wie möglich.

Das mindert nicht die Tendenz zur Herausbildung von nationalen Preisen. Das nimmt aber den nationalen Preisen einen Teil ihres echten Preischarakters. Den neuen, so voll wie nur unter dem Kapitalismus möglich ausgebildeten nationalen Preisen mangelt die Eigenschaft, im Zyklendurchschnitt auch den Wert bzw. den Produktionspreis einer Ware zu repräsentieren.

Das heißt, in dem Moment, wo der nationale Markt die unter dem Kapitalismus relativ vollste Ausbildung erfährt, mit nationalen Preisen für viele Waren, verliert jeder einzelne nationale Preis die Eigenschaft, den Produktionspreis einer

Ware im Zyklendurchschnitt darzustellen und so seine höchste, seine klassische ökonomische Funktion im Kapitalismus zu erfüllen.

\*

Die Festlegung von Monopolpreisen, insbesondere von Einzelpreisen im Einzelhandel, bedeutet eine besondere Verschlechterung der Lage der Werktätigen auf dem Lande und in ganzen Gebieten, einschließlich großer Städte, in denen „traditionell“ die Waren, einschließlich der Ware Arbeitskraft, billiger sind. Solche Gegenden halten sich auch unter dem Kapitalismus mit erstaunlicher Hartnäckigkeit. Zu diesen Gebieten gehören zum Beispiel in den Vereinigten Staaten von Amerika seit über 100 Jahren die Südstaaten – in den Vereinigten Staaten, die doch einen Höhepunkt der Mobilität von Menschen und Kapital im Kapitalismus darstellen!

Auch in Deutschland hat sich das, was wir das geographische Preisgefälle vom Westen zum Osten nannten, bis in die Zeit des Hitlerfaschismus gehalten. Der Osten war von Beginn bis zum Ende der Herrschaft des Kapitalismus immer billiger als der Westen.

Besonders deutlich wird das aus folgender Tabelle, die in gewisser Weise alle Preise umfaßt, einschließlich des Preises der Ware Arbeitskraft.

Ganz klar erkennen wir, daß in gleichen Industriezweigen der Umsatz pro Beschäftigten im Osten kleiner ist als im Westen. Das mag die verschiedensten Gründe haben – Waren von geringerer Qualität, zum Beispiel einfachere Textilwaren, niedrigere Löhne, technische Nachteile usw. Entscheidend aber ist, daß der Umsatz pro Beschäftigten entsprechend der Gesamtpreissituation im Osten niedriger ist als im Westen.

Das heißt, auch unter der Herrschaft des Monopolkapitals zeigen sich sehr feste Grenzen für die Herausbildung von nationalen Preisen. Das Monopolkapital deformiert die Preise, die jetzt nur noch im Durchschnitt ihrer Gesamtheit und nicht mehr als Durchschnittspreise jeder Warengattung im Zyklendurchschnitt den Produktionspreis bzw. den Wert repräsentieren – und auf der anderen Seite gelingt es auch der Herrschaft des Monopolkapitals nicht, das geographische Preisgefälle zu überwinden.

## *6. Zwei neue Gesetze der Lohnbewegung in der kapitalistischen Gesellschaft*

Aus dem, was allgemein über die Entwicklung des nationalen Marktes festgestellt wurde, lassen sich zwei Gesetze der Entwicklung des Preises der Ware Arbeitskraft ableiten:

Das erste Gesetz besagt: Es gibt in der kapitalistischen Gesellschaft eine Tendenz zur Herausbildung eines nationalen Preises der Ware Arbeitskraft.

*Umsatz pro Beschäftigten in Westdeutschland (einschließlich Saargebiet) und Ostdeutschland (heutiges Gebiet der DDR ohne Demokratischen Sektor von Groß-Berlin) im Jahre 1936 in Reichsmark<sup>31)</sup>*

	Umsatz pro Beschäftigten		Ostdeutschland in Prozent von Westdeutschland
	West- Deutschland	Ost- Deutschland	
Bergbau	6 452, —	7 706, —	119,4
Kraftstoffindustrie (Mineralölverarbeitung, Kohlenwertstoffindustrie)	31 321, —	15 000, —	47,9
Industrie der Steine und Erden	4 438, —	3 726, —	84,0
Eisenschaffende Industrie	11 857, —	11 430, —	96,4
NE-Metallindustrie einschl. Ferrolegierungswerke	22 256, —	21 866, —	98,2
Gießereindustrie	6 726, —	5 651, —	84,0
Eisen- und Stahlwarenindustrie, Stahlverformung, Zieherei u. Kaltwalzwerke	7 607, —	5 679, —	74,7
Maschinenbau, Kesselbau	7 703, —	6 354, —	82,5
Stahl- und Eisenbau (ohne Kesselbau)	7 167, —	6 764, —	94,4
Fahrzeugindustrie	10 525, —	10 060, —	95,6
Elektroindustrie	7 804, —	6 349, —	81,4
Feinmechanik und optische Industrie	4 867, —	5 062, —	104,0
Metallwarenindustrie und verwandte Industrien	5 753, —	5 890, —	102,4
Keramische und Glasindustrie	4 632, —	3 877, —	83,7
Sägeindustrie	7 188, —	7 055, —	98,1
Holzverarbeitende Industrie	5 178, —	4 525, —	87,4
Chemische Industrie (ohne Ferrolegierungswerke)	13 199, —	11 218, —	85,0
Chem.-techn. Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	14 885, —	15 091, —	101,4
Kautschuk- und Asbestindustrie	8 678, —	6 690, —	77,1
Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie	11 460, —	11 052, —	96,4
Druck- und Papierverarbeitung	6 075, —	5 520, —	90,9
Lederindustrie	8 150, —	7 900, —	96,9
Textilindustrie (einschl. Chemiefaserindustrie)	7 584, —	6 866, —	90,5
Bekleidungsindustrie	6 119, —	4 883, —	78,9
Industrie der Öle und Fette, Futtermittel	32 569, —	23 283, —	71,5
Spiritusindustrie	22 772, —	16 211, —	71,2
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	13 193, —	12 812, —	97,1
Elektrizitäts- und Gasversorgung	14 135, —	13 878, —	98,2
Baugewerbe u. sonstige Industriezweige	5 867, —	5 847, —	99,7
Industrie insgesamt	8 288, —	7 270, —	87,7

<sup>31)</sup> Berechnet vom Deutschen Wirtschaftsinstitut auf Grund der Angaben in: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland.

Das zweite Gesetz besagt: Es gibt in der kapitalistischen Gesellschaft eine Tendenz für geographische Lohndifferenzierungen, sich zu erhalten.

Um das Wirken dieser beiden Gesetze zu exemplifizieren, geben wir im folgenden eine Tabelle der Löhne von Maurern und Handlangern bzw. Bauhilfsarbeitern für die Jahre 1818 und 1929<sup>32)</sup>:

*Tagesverdienste von Maurern und Handlangern beziehungsweise Bauhilfsarbeitern, 1818 und 1929*

Städte bzw. Kreise bzw. Tarifgebiete	1818 – Gute Groschen		1929 – Mark und Pfennig	
	Maurer	Handlinger	Maurer	Bauhilfsarbeiter
Bielefeld	9 <sup>o</sup> )	7 <sup>o</sup> )	10,44 <sup>+</sup> )	8,71 <sup>+</sup> )
Bitterfeld	8–10 <sup>o</sup> )	6–7 <sup>o</sup> )	9,85	8,25
Breslau	14 <sup>+</sup> )	9 <sup>+</sup> )	11,14 <sup>+</sup> )	9,20 <sup>+</sup> )
Düsseldorf	10–14 <sup>+</sup> )	8–10 <sup>+</sup> )	11,72 <sup>+</sup> )	9,98 <sup>+</sup> )
Essen	11 <sup>1/6</sup> –15 <sup>1/12</sup> <sup>o</sup> )	6 <sup>5/6</sup> –8 <sup>1/4</sup> <sup>o</sup> )	11,76 <sup>+</sup> )	9,84 <sup>+</sup> )
Frankfurt a. O.	17 <sup>o</sup> )	9 <sup>o</sup> )	9,27	8,30
Görlitz	8–9 <sup>o</sup> )	6 <sup>o</sup> )	8,52	7,33
Grünberg	10–14 <sup>o</sup> )	6 <sup>o</sup> )	8,26	7,09
Halberstadt	10 <sup>o</sup> )	8 <sup>o</sup> )	10,44	8,90
Halle	12 <sup>+</sup> )	7 <sup>+</sup> )	10,65	9,06
Königsberg	19 <sup>1/6</sup> <sup>o</sup> )	8 <sup>o</sup> )	11,19	10,33
Magdeburg	14 <sup>o</sup> )	7 <sup>o</sup> )	11,26	9,33
Naumburg	11–12 <sup>o</sup> )	6–7 <sup>o</sup> )	9,50	7,91
Stettin	14 <sup>+</sup> )	7 <sup>+</sup> )	11,82 <sup>+o</sup> )	9,75 <sup>+o</sup> )
Trier	14 <sup>+</sup> ) <sup>o</sup> )	9 <sup>+</sup> ) <sup>o</sup> )	10,42	8,70
Weißenfels	12 <sup>o</sup> )	7 <sup>o</sup> )	9,98	8,75
Zeitz	10 <sup>o</sup> )	6 <sup>o</sup> )	9,58	8,42
Berlin	14–32	8–18	18,17 <sup>+o</sup> )	11,16 <sup>+o</sup> )

<sup>o</sup>) Kreis.

<sup>+</sup>) Stadt und Vertragsgebiet identisch.

<sup>+o</sup>) Groß-Berlin bzw. Groß Stettin.

Untersuchen wir zunächst, wo 1818 und 1929 die höchsten und niedrigsten Löhne gezahlt wurden. Dabei ist es richtiger, um Einzelungenauigkeiten nicht zu stark in den Vordergrund treten zu lassen, die drei Fälle der höchsten bzw. niedrigsten Lohnzahlungen zusammenzufassen und Berlin als Sonderfall sowohl 1818 als auch 1929 auszuschließen.

<sup>32)</sup> Vgl. zu diesem und dem folgenden den Anhang I in Bd. 1 meiner Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, Berlin 1961.



Dann ergibt sich:

<i>Höchster Maurerlohn</i>				<i>Niedrigster Maurerlohn</i>			
1818		1929		1818		1929	
Frankfurt	17	Düsseldorf	11,72	Bielefeld	9	Frankfurt	9,27
Königsberg	19 <sup>1/6</sup>	Essen	11,76	Bitterfeld	9	Görlitz	8,52
Trier <sup>o)</sup>	14	Stettin	11,82	Görlitz	8-9	Grünberg	8,26
Durchschn.: 16,72		11,77		8,83		8,68	

<sup>o)</sup> Ebenfalls Breslau, Magdeburg, Stettin.

In Stettin wurden sowohl 1818 als auch 1929 besonders hohe Maurerlöhne gezahlt, in Görlitz sowohl 1818 als auch 1929 besonders niedrige. Auf der anderen Seite ist Frankfurt a. O. nicht nur aus der Gruppe der 1818 die höchsten Löhne zahlenden Gebiete ausgefallen, sondern 1929 in die Gruppe der die niedrigsten zahlenden abgesunken. Dabei handelt es sich jedoch um einen Sonderfall. Nehmen wir die 6 Gebiete mit den höchsten Löhnen 1818 und 1929, dann finden wir sogar 3, die 1818 und 1929 in dieser Gruppe enthalten sind – zu Stettin kommen noch Königsberg und Magdeburg hinzu. Und bei den 6 Gebieten mit den niedrigsten Lohnzahlungen finden wir neben Görlitz noch Naumburg, Zeitz, Bitterfeld – also 4 von 6 sind die gleichen. Das heißt: in dieser Beziehung können wir eine erstaunliche geographische Stabilität der Lohnstruktur im Zeitraum von 111 Jahren feststellen. Rechnen wir noch Berlin hinzu, dann ergibt sich: Von 18 Gebieten, für die wir vergleichbare Daten haben, gehörten 4 sowohl 1818 als auch 1929 zu der Gruppe von 6 mit den höchsten Löhnen, 4 sowohl 1818 als auch 1929 zu der Gruppe von 6 mit den niedrigsten Löhnen.

Im Rahmen dieser geographischen Stabilität hat jedoch eine starke Annäherung der höchsten und der niedrigsten Löhne stattgefunden.

1818 verhielten sich die Löhne in den drei niedrigst zahlenden Gebieten zu den Löhnen in den drei höchst zahlenden Gebieten wie

100:189,

1929 verhielten sie sich wie

100:136.

Überprüfen wir nun die entsprechenden Verhältnisse für die Handlanger bzw. Bauhilfsarbeiter:

<i>Höchster Handlanger- bzw. Bauhilfsarbeiterlohn</i>				<i>Niedrigster Handlanger- bzw. Bauhilfsarbeiterlohn</i>			
1818		1929		1818		1929	
Breslau	9	Düsseldorf	9,98	Görlitz	6	Görlitz	7,33
Frankfurt	9	Essen	9,84	Grünberg	6	Grünberg	7,09
Trier	9	Königsberg	10,33	Zeitz	6	Naumburg	7,91
Durchschn.: 9		10,05		6		7,44	

Unter den je 3 die höchsten Löhne 1818 und 1929 zahlenden Gebieten sind keine 1818 und 1929 identisch – unter den 3 die niedrigsten Löhne zahlenden jedoch 2! Nehmen wir die 6 Städte mit den höchsten Lohnzahlungen – ausschließlich von Berlin – dann sind 3, Breslau, Düsseldorf und Königsberg, 1818 und 1929 identisch – und im entsprechenden Fall der niedrigsten Löhne sind es 5: Bitterfeld, Görlitz, Grünberg, Naumburg, Zeitz – eine wirklich überraschende Stabilität der geographischen Struktur in einem Zeitraum von mehr als einem Jahrhundert!

Wie verhielten sich die Löhne der niedrigst zahlenden Gebiete zu denen der höchst zahlenden?

1818 wie 100 : 150

1929 wie 100 : 135

Das Ergebnis ist in mannigfacher Weise interessant.

1. Es hat, wie zu erwarten, eine Abnahme der geographischen Differenzierung der Löhne stattgefunden.
2. Während aber der Grad der geographischen Differenzierung sowohl für Maurer als auch für Handlanger bzw. Bauhilfsarbeiter 1929 der gleiche war – um etwa 35 Prozent lagen die Löhne der am höchsten zahlenden Gebiete über denen der am niedrigst zahlenden – war 1818 die Differenzierung für die Maurer mit 100 : 189 wesentlich höher als für die Handlanger mit 100 : 150.
3. Als Konsequenz aus Punkt 2: Die geographische Differenzierung hat bei den Maurern wesentlich stärker abgenommen als bei den Handlangern, ohne an sich 1929 bei den Maurern einen niedrigeren Grad als bei den Handlangern zu erreichen. Während der Preis der Ware Arbeitskraft 1818 bei den Handlangern schon ein „echterer“ kapitalistischer Preis war, steckte in dem Preis der Arbeitskraft der Gelernten noch ein ganzes Stück „Kunstwert“ in dem Sinne, als die Arbeitskraft der Gelernten noch nicht in dem Maße zur Ware geworden war, daß sie beliebig austauschbar in Mengen auf dem Markt erschien.<sup>33)</sup>

Es ist nicht erstaunlich, wenn wir feststellen können, daß die Preisgestaltung der Ware Arbeitskraft sich im allgemeinen der Preisgestaltung aller anderen Waren anschließt.

Jedoch muß die Problematik des ganzen Fragenkomplexes noch wesentlich eingehender erforscht werden. Wir betrachten unsere Ausführungen zum Problem Preisentwicklung im Kapitalismus nur als einen ersten Anfang – und das gilt noch viel mehr betreffend unserer folgenden kurzen Bemerkungen zu den entsprechenden Fragen im Sozialismus.

<sup>33)</sup> Diese Tatsache hängt mit einem dritten hier nicht weiter zu diskutierenden Gesetz der Lohnentwicklung zusammen, dem Gesetz der abnehmenden Differenzierung der Löhne von Gelernten und Ungelernten.

II.

GESCHICHTE  
DER FABRIKEN UND WERKE

*Das Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin veranstaltet am 3. und 4. Dezember 1960 eine Arbeitstagung mit dem Thema „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“. Auf dieser Tagung werden der Vorsitzende des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Bergbau im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, Herr Lucas sowie Herr Dr. Radandt und Herr Dr. Wächtler vom Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin Referate zu den Themen*

*Aufgabe und Bedeutung der Geschichte unserer Fabriken, Werke und Güter*

*Der Stand der Geschichte der Fabriken und Werke in der Deutschen Demokratischen Republik*

*Die besondere Stellung der Betriebsgeschichtsschreibung innerhalb der Heimatforschung und ihre Tradition in Deutschland*

*halten.*

*Im vorliegenden Teil des Jahrbuches veröffentlichen wir die Thesen des Referats von Herrn Lucas sowie die Referate von Herrn Dr. Radandt und Herrn Dr. Wächtler.*

*Die Redaktion*

## THESEN. AUFGABE UND BEDEUTUNG DER GESCHICHTE UNSERER FABRIKEN, WERKE UND GÜTER

1. Lenin schrieb im Jahre 1919 in seiner Schrift „Die Große Initiative“:  
„Um zu siegen, um den Sozialismus zu schaffen und zu festigen, muß das Proletariat eine doppelte oder zweieinige Aufgabe lösen: erstens die ganze Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten mitreißen durch seinen grenzenlosen Heroismus im revolutionären Kampf gegen das Kapital, sie mitreißen, sie organisieren, sie führen, um die Bourgeoisie niederzuwerfen und jeden Widerstand von ihrer Seite vollständig zu brechen; zweitens die ganze Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten sowie alle kleinbürgerlichen Schichten auf den Weg eines neuen wirtschaftlichen Aufbaus führen, auf den Weg der Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Bindung, einer neuen Arbeitsdisziplin, einer neuen Arbeitsorganisation, die das letzte Wort der Wissenschaft und der kapitalistischen Technik vereinigt mit dem Massenzusammenschluß bewußt arbeitender Menschen, die die sozialistische Großproduktion ins Leben rufen. Diese zweite Aufgabe ist schwieriger als die erste, denn sie kann keinesfalls durch den Heroismus eines einzelnen Ansturms gelöst werden, sondern erfordert den andauernsten, hartnäckigsten, schwierigsten Heroismus der alltäglichen Massenarbeit. Diese Aufgabe ist aber auch wesentlicher als die ersten, denn in letzter Instanz kann die tiefste Kraftquelle für die Siege über die Bourgeoisie und die einzige Gewähr für die Dauerhaftigkeit und Unumstößlichkeit dieser Siege nur eine neue, eine höhere gesellschaftliche Produktionsweise sein, nämlich die Ersetzung der kapitalistischen und der kleinbürgerlichen Produktion durch die sozialistische Großproduktion.“<sup>1)</sup>

Bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik geht es auf Grund einer anderen materiellen und technischen Basis nicht nur um das letzte Wort der kapitalistischen Technik, sondern um die stürmische Entwicklung der Produktivität auf der Grundlage eines gewaltigen Vormarsches der Wissenschaft und Technik und der breiten Entfaltung des sozialistischen Bewußtseins.

<sup>1)</sup> *Lenin, W. I., Ausgewählte Werke in 2 Bänden. Bd. II, Moskau 1947, S. 572f.*

Unter Berücksichtigung dieses Unterschiedes müssen wir feststellen, daß wir heute mitten im Kampf um die Lösung der von Lenin gekennzeichneten, so schwierigen und grundlegend wichtigen zweiten Aufgabe stehen. Will man die Bedeutung der „Geschichte der Fabriken, Werke und Güter“ beurteilen, so muß man sie in erster Linie daran messen, wie diese besondere Art der Geschichtsschreibung dazu beiträgt, diese Aufgabe zu lösen.

Man muß die Vergangenheit kennen, man darf sie nicht in Vergessenheit geraten lassen, weil man einen klaren Blick für die Zukunft gewinnen und ihn sich erhalten muß, damit man sich der großen Errungenschaften der revolutionären Umwälzung unseres gesamten gesellschaftlichen Lebens vollauf bewußt wird und sich stark und immun gegen den Einfluß kapitalistischer bürgerlicher Ideologie macht. Stoßen wir nicht heute noch auf Menschen, für die sich die Vergangenheit unter dem Kapitalismus zu der „guten alten Zeit“ verklärt hat? Aber eine solche, von dem Gift kapitalistischer Ideologie verfälschte Erinnerung steht der Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins im Wege, ja macht sogar aufgeschlossen gegenüber dem Eindringen einer uns fremden Klassenideologie. Aber kennen wir unsere Vergangenheit genügend, wie sie tagtäglich in das Leben eines jeden eintrat, ist sie genügend tief und fest im Bewußtsein der Werktätigen verankert?

Zweifellos ist diese Erinnerung oft schon stark verwischt, verschwommen und unklar. Man muß sie aber in ihrem wahren und wirklichen Bild wachhalten in den Menschen, die heute den Sozialismus aufbauen und auch für die, die in späteren Generationen erfahren sollen, wie die Menschen kämpften, um als Menschen zu leben.

Die Geschichte der Fabriken und Werke und unserer volkseigenen Güter und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften muß ein vielfältiges Bild des Lebens der Arbeiter, Bauern und Werktätigen in der Zeit des Kapitalismus und des Aufbaus des Sozialismus geben. Wie lebte früher eine Arbeiterfamilie, wie wuchs das Kind eines Arbeiters auf, welch ein Los hatte eine Arbeiterfrau, wie wurde die Gesundheit durch die immer schärfere Ausbeutung zerrüttet? – Aber auch, wie wehrten sich die Arbeiter gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter, wie entwickelten sie ihren organisierten Kampf und formierten sich die bewußtesten und besten im Vortrupp der Arbeiterklasse, in der Partei, wie half die Partei der Arbeiterklasse den Arbeitern, den Bauern und den Werktätigen, ja der ganzen Nation in ihrem Ringen um den Fortschritt, um ein menschliches Leben?

Gewiß, wir haben allgemeine Kenntnisse von diesen Dingen – und gute und richtige. Aber das allein genügt noch nicht. Die „Geschichte der Fabriken und Werke“ hat die Aufgabe, das unmittelbar konkrete Leben aufzuzeichnen, ein lebendiges Bild zu geben davon, was es z. B. heißt, daß der Kapitalismus eine ständige Massenarbeitslosigkeit schafft, zu zeigen, was das für eine Arbeiterfamilie bedeutet, die ständig in den Ängsten ihrer sozialen Unsicherheit lebt und täglich damit rechnen muß, bei der nächsten Gelegenheit arbeitslos auf der Straße zu sitzen.

Gorki schrieb: „Wir haben Bücher über die Geschichte der Partei, aber sie berichten nur über den politischen Kampf zwischen Arbeit und Kapital, über das Wachsen der Partei, über ihre Kämpfe mit den Menschewiki und den Sozialrevolutionären — den Feinden des Proletariats —, aber sie schildern nicht oder fast nicht die Lebensbedingungen, unter denen sich dieser Kampf entfaltete; sie sprechen nicht vom Alltagsleben der Arbeiter, von ihrem kulturellen Niveau vor der Oktoberrevolution, und sie berühren nicht die gesamte Arbeitermasse als rechtloses Werkzeug der Kapitalisten und gleichzeitig faktischen Motor der Industrie, als Bereicherer des ganzen Landes.“<sup>2)</sup>

Die Arbeiterklasse verjagte die Herren der Zechen und Gruben und nahm die Betriebe in ihre eigene Hand. Die Aktivisten der ersten Stunde legten den Grundstein für den gewaltigen wirtschaftlichen Aufbau in unserer Republik. Wissen wir heute genügend, welch aufopferungsvoller Kampf dazu gehörte, kennen wir die großen Helden, die oft aus Trümmern unsere volkseigene Industrie aufbauten, erinnern wir uns noch immer, wie die gewaltigen schöpferischen Kräfte der Volksmassen, die befreit waren von dem Joch des Kapitalismus, wuchsen und erstarkten, wie sie, die bisher zu den Ärmsten und Unterdrücktesten der Menschheit gehörten, zu den Herren der Betriebe wurden und zu Meistern der Produktion? Aber wie wichtig ist es, all das zu wissen — nie zu vergessen, nicht zuletzt deshalb, weil wir aus diesem Wissen immer wieder Kraft für die Bewältigung der neuen, immer größeren Aufgaben schöpfen können.

Das sozialistische Eigentum ist die Grundlage unserer Produktion; neue gesellschaftliche Beziehungen der Menschen zueinander sind geschaffen worden. Aber dieser neuen gesellschaftlichen Beziehungen müssen sich die Menschen zutiefst bewußt werden. Ein neues, ein sozialistisches Bewußtsein muß in den Köpfen der Werktätigen Platz ergreifen. An die Stelle der Knute der kapitalistischen Arbeitsdisziplin tritt die bewußte sozialistische Arbeitsdisziplin. Eine neue Arbeitsmoral entwickelt sich — neue Beziehungen der Menschen zueinander, die nicht mehr bestimmt sind von dem unerbittlichen Konkurrenzkampf des Kapitalismus „jeder gegen jeden“, sondern von dem Geist der sozialistischen Hilfe, der gemeinsamen Sorge um die schnelle und stürmische Entwicklung des gemeinsamen Lebens. Und je schneller sich dieses Bewußtsein entwickelt, um so größer und gewaltiger werden unsere Fortschritte sein, und die „Geschichte der Fabriken, Werke und Güter“, sie wird ein bedeutender Hebel sein, das alte, noch rückständige Bewußtsein zu überwinden und dem Neuen zum Siege zu verhelfen. Denn das richtige Erkennen der Vergangenheit, das Nievergessen, wie unmenschlich die Menschen früher lebten, hilft und ist Bedingung für ein klares Erkennen des Fortschritts.

2. Die Darstellung der Geschichte unserer großen Betriebe und Industriewerke in den vielfältigsten Formen hat eine wichtige Bedeutung für die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins auf dem Lande. Die bäuerliche Bevölkerung

<sup>2)</sup> Gorki, Maxim, An die Arbeit. „Prawda“ vom 28. November 1931.

wird durch sie vertraut mit den Arbeits- und Lebensbedingungen, mit dem Fühlen und Denken der städtischen Industriearbeiter. Sie lernt ihre Kämpfe kennen und das verstehen, was die Arbeiterklasse befähigt, Führer im Kampf um die Befreiung von der Ausbeutung zu sein. Sie wird aber auch vor allem das Gemeinsame ihrer Lage als Ausgebeutete und ihre gemeinsamen Klassenfeinde und das Gemeinsame ihrer Interessen beim Aufbau des Sozialismus erkennen. So werden diese Darstellungen ganz wesentlich mit dazu beitragen, die zahlreichen Vorurteile und Schranken, die der Kapitalismus zwischen Stadt und Land errichtet hat, zu beseitigen und helfen, das Bündnis zwischen den Arbeitern und Bauern zu festigen.

Besondere Aufmerksamkeit muß aber auch der Aufzeichnung der Geschichte unserer volkseigenen Güter und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gewidmet werden. Diese Darstellungen müssen das elende, geknechtete Leben der Landarbeiter auf dem ehemaligen Gut des Großgrundbesitzers schildern, wie an den Klein- und Kleinstbauern sich die verschiedensten Blutsauger vollzogen und wie die Mittelbauern, zwar stets zum Großbauern strebend, von den Großen selbst aber meist an den Rand des Ruins gebracht wurden und nicht selten in den Abgrund stürzten. Man muß zeigen, wie die Industriearbeiter auf das Land gingen und den Landarbeitern und Kleinbauern halfen, den Widerstand zu organisieren. Und dann die Befreiung von den Junkern und Großgrundbesitzern; wie die Landarbeiter und armen Bauern unter der Führung der Arbeiterklasse Land bekamen – Land, von dem Generationen geträumt haben – und wie die Arbeiter in die Dörfer kamen und ihnen halfen mit der Kraft ihrer Arme, mit den Erfahrungen ihrer Arbeit und mit den Maschinen ihrer Produktion. Man muß zeigen, wie sich die ersten Formen der Gemeinschaftsarbeit entwickelten und wie die Arbeiter und ihre Partei halfen. Wie kam es zur Gründung der LPG, was gab es für Auseinandersetzungen in der LPG, wie vollzog sich der Entwicklungsprozeß vom Einzelbauer zum Mitglied des Kollektivs der LPG, wie führten die Mitglieder den Kampf um die Entwicklung ihrer LPG? – Wie unendlich viele Fragen mußten gestellt und gelöst werden – alte Fragen, die auf neue Art gelöst werden mußten und ganz neue Fragen. Nicht selten beschritt man einen falschen Weg, dann mußte man einen anderen suchen, aber die Fragen wurden gelöst. Welch ein großer Schatz von Erfahrungen, wieviel Klugheit und Weisheit liegt in der Geschichte einer LPG. Aber diesen wertvollen Schatz muß man aufschreiben für sich selbst, weil auch Erfahrungen in Vergessenheit geraten können und vor allem für die, die den Weg noch vor sich haben.

3. Die Jugend, die heute in unserer Deutschen Demokratischen Republik heranwächst, hat den Kapitalismus, den Faschismus nicht mehr kennengelernt. Das führt nicht selten zu einer erstaunlichen Ahnungslosigkeit von den glücklichen Bedingungen, unter denen sie aufwächst, und birgt die Gefahr eines leichtfertigen, oberflächlichen und sorglosen Verhaltens zu unseren Errungenschaften und den weiteren Aufgaben des Aufbaus des Sozialismus. Sie be-



kommt zwar in der Schule und auf anderen Wegen ein wahrheitsgemäßes Bild der politischen und allgemeinen Geschichte vermittelt. Aber das allein genügt noch nicht. Wissen heute die jungen Menschen, wie ein Arbeiterjunge früher gelebt hat, kennen sie die Qualen eines vierzehnjährigen Jungen, der acht Stunden lang im Schacht das Erz trecken mußte, wissen sie, wieviel Blut geflossen ist, wieviel Opfer gebracht wurden, um ihr heutiges glückliches Leben zu erkämpfen? Und alles das vermittelt ihnen die „Geschichte der Fabriken und Werke“ nicht als eine trockene, nüchterne Theorie, sondern lebendig, plastisch dargestellt an den Betrieben ihrer eigenen Stadt, an der LPG ihres Dorfes, an dem Leben ihrer eigenen Väter und Großväter. Sie hilft, die Ideale und Vorbilder junger Sozialisten zu formen. Die jungen Menschen lernen, die Arbeit und die Errungenschaften unseres sozialistischen Aufbaus zu achten und zu schätzen. Sie bekommen ein lebendiges Bild von dem Ringen der fortschrittlichen Arbeiter und Werktätigen ihres Betriebes, ihrer Stadt um die großen Fragen unserer Nation.

Maxim Gorki schrieb in seinem Aufruf: „Unsere Jugend, . . . kennt die Vergangenheit überhaupt nicht und unterschätzt daher die Bedeutung der Gegenwart und sieht die Ziele der Zukunft noch unklar. Das muß tausendmal wiederholt werden, und dagegen muß man kämpfen, bis es der Vergangenheit angehört. Unsere Jugend ist nicht wie früher dem Druck einer ihr fremden Klasse ausgesetzt; denn diese ist zusammen mit ihrem Kampfgefolge – den Pfaffen, der kleinbürgerlichen Presse und anderem Kehrlicht, den die Kapitalisten schufen, auf den sie sich stützten, der ihren Schutz bildete, vernichtet. Der Kehrlicht wurde ausgefegt; jedoch nicht vollständig, und es blieb sehr viel Giftstaub zurück. Man muß die Vergangenheit mit ihrer finsternen Unmenschlichkeit kennen, mit ihrem gemeinen Zynismus und ihrer erstaunlichen Heuchelei. Das ist notwendig, um sich den Abscheu vor der kapitalistischen Vergangenheit anzuerziehen; um ein feines Gefühl für die ätzende Wirkung des zurückgebliebenen Giftstaubes zu haben, um historisch denken zu lernen, um die kämpferische Theorie des Leninismus durch Tatsachen zu erhärten und zu vertiefen, um sich den Geist des Bolschewismus, seine Unversöhnlichkeit und seine Weisheit anzueignen.“<sup>3)</sup>

Aber noch eine andere Seite ist für die Bildung und Erziehung der Jugend von großer Bedeutung. Die heranwachsende Jugend von heute soll die stürmisch sich entwickelnde Technik von morgen meistern. Und auch hier in dieser Frage werden die Darstellungen der „Geschichten unserer Fabriken, Werke und Güter“ einen wesentlichen Beitrag leisten. Die jungen Menschen werden vertraut mit der Atmosphäre und den Problemen unserer großen Produktionsbetriebe, sie lernen die Bedeutung der verschiedensten Industrien in der Gesamtwirtschaft kennen und erhalten Einblick in die gewaltigen Probleme des Ringens um den größten Fortschritt in der Anwendung und Meisterung der modernen Technik. Sie werden bekannt mit den Neuerern und Rationali-

<sup>3)</sup> Ebenda.

satoren. So werden diese Darstellungen gleichfalls eine große Hilfe sein für die breite lebendige Gestaltung des polytechnischen Unterrichts in den allgemeinbildenden Schulen, den jungen Menschen die Gestaltung ihrer Zukunft, die Wahl des Berufes erleichtern und sie begeistern für die großen Aufgaben, die der Aufbau des Sozialismus ihnen stellt.

4. Was in unserer Deutschen Demokratischen Republik zur Vergangenheit, zur Vorgeschichte gehört, ist heute noch Zeitgeschichte, Gegenwart in Westdeutschland, und deshalb ist die Darstellung der Vergangenheit unserer großen Betriebe eine unmittelbare Hilfe für den Kampf der Arbeiter und Werktätigen in Westdeutschland gegen die Herrschaft des Monopolkapitals und in ihrem täglichen Kampf in den Betrieben. Uns stehen unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht all die Quellen und Geheimnisse zur Verfügung, die das Monopolkapital in seinen Archiven vor jedem Blick der Öffentlichkeit gehütet hat und die uns erlauben, die nackte Wahrheit der Brutalität der Herrschaft der Reaktion auf Grund ihrer eigenen Dokumente zu entlarven. Dieser Seite der Betriebsgeschichten kommt nicht zuletzt deshalb eine so wichtige Bedeutung zu, da das westdeutsche Monopolkapital in den letzten Jahren in wachsendem Maße sich der Werksgeschichte zur politischen und ideologischen Beeinflussung der westdeutschen Arbeiter bedient. Die Anzahl derartiger Publikationen in Form von Zeitschriften-, Presseartikeln und Büchern, zum Teil in kostbaren Aufmachungen, hat ganz erheblich zugenommen. Sie nehmen heute einen wichtigen Platz im System der monopolkapitalistischen Propaganda ein. Mit ihnen versucht das Monopolkapital, das Klassenbewußtsein der westdeutschen Arbeiter zu untergraben und die reaktionäre Ideologie der Klassenharmonie, ja des Nicht-mehr-Existierens von Klassen, zu deren Wortführer sich heute auch die rechten SPD-Führer gemacht haben, in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Apologetisch wird in ihnen die Geschichte verfälscht. Der Großbourgeois wird als genialer Wissenschaftler, Techniker oder Wirtschaftsorganisator dargestellt, rührselig wird meist seine „soziale Fürsorge“ gegenüber seinen Betriebsangehörigen geschildert. Breit läßt man sich über die sozialen Einrichtungen des Werkes aus, die entweder von den Arbeitern hart erkämpft wurden oder vom Konzern als Zuckerbrot, finanziert mit einem kleinen Teil aus den Millionen der Monopolprofite, den Arbeitern vorgesetzt wurden. Raffiniert versucht man, dem westdeutschen Arbeiter einzureden, daß sein Schicksal auf Gedeih und Verderb mit dem des Werkes verbunden ist. Es ist daher eine dringende Notwendigkeit, dem Eindringen dieses ideologischen Giftes unsere wahrheitsgemäße, marxistische Geschichtsschreibung über die Entwicklung der Betriebe entgegenzusetzen.

Andererseits werden unsere Darstellungen helfen, den westdeutschen Arbeitern ein klares Bild über die großen Errungenschaften des Aufbaus des Sozialismus in unserer Deutschen Demokratischen Republik zu vermitteln und sie unterstützen in dem Kampf gegen die Hetze der Verleumdung unserer Republik und damit ganz wesentlich dazu beitragen, die Werktätigen in Westdeutschland zum Kampf um ein einheitliches, demokratisches Deutschland zu mobilisieren.

5. Die Erforschung und Darstellung der „Geschichte unserer Betriebe und Güter“ wird ein bedeutender Beitrag zur Bereicherung unserer Gesellschaftswissenschaften sein. Es wird damit eine große Lücke geschlossen werden, die bisher in der Erkenntnis und Darstellung der gesellschaftlichen Entwicklung klaffte. Die Kenntnis der Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen unmittelbar an der Basis in den Betrieben, in den landwirtschaftlichen Gütern und Produktionsgenossenschaften wird Grundlage sein für die Möglichkeit der Vertiefung unseres Wissens von den zahlreichsten allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhängen. Es sei hier nur hingewiesen auf die große Bedeutung der Untersuchung der Lage der Arbeiter eines Großbetriebes und ihres Kampfes für die Vertiefung und Erweiterung unserer Kenntnisse von der Geschichte der Arbeiterbewegung. Zahlreiche Quellen, die bisher nur sehr gering zur Forschungsarbeit der Gesellschaftswissenschaftler herangezogen wurden, werden erschlossen, wie z. B. die äußerst wertvollen Betriebsarchive oder die Berichte der Veteranen aus ihrem eigenen Erleben.

Die „Geschichte der Fabriken, Werke und Güter“ wird zu einem wichtigen Instrument in den Händen des Propagandisten und Agitatoren werden. Diese Darstellungen werden ganz entscheidend dazu beitragen, Erscheinungen des Formalismus und der Lebensfremdheit in unserer Propagandaarbeit zu überwinden, sie lebensnah, konkret und verbunden mit den Menschen und ihrer Arbeitsstätte zu gestalten und sie damit unvergleichlich wirkungsvoller und überzeugender zu machen. Es sei nur darauf hingewiesen, welche große Bedeutung solche Geschichtswerke für die Erziehungsarbeit unter den Jugendlichen haben. Wie eindrucksvoll und lebensnah läßt sich mit der Geschichte des Betriebes, der eigenen Stadt oder der Geschichte des eigenen sozialistischen Dorfes die Vorbereitung auf die Jugendweihe gestalten. Wie eng kann man den Lehrling, der in einem Großbetrieb die ersten Schritte in eine ihm noch fremde und neue Umgebung macht, mit seinem Betrieb verbinden und welche wichtige Funktion in der Erziehungsarbeit in den Berufsschulen können die Darstellungen der Geschichte der Werke ihres Berufszweiges und ihrer Stadt einnehmen. Wie sehr wird es einem Industriearbeiter, der aufs Land geht, um den Genossenschaftsbauern zu helfen, die Geschichte der LPG erleichtern, schnell den Kontakt zu den Bauern zu finden, sich mit den Problemen der Entwicklung vertraut zu machen. Und auch umgekehrt – welche Hilfe wird es für den Sohn eines Bauern sein, der seine Arbeit in einem Großbetrieb der Industrie aufnimmt, um die neuen Probleme seines Lebens kennen und verstehen zu lernen. Die Geschichte der Fabriken und Werke wird dazu beitragen, in dem Bewußtsein vieler Arbeitskräfte, die täglich in die stürmisch wachsenden Großbetriebe unserer sozialistischen Industrie strömen, schnell das Gefühl des Vertrautseins und der Verbundenheit mit dem Betrieb zu erzeugen. Das sind nur einige der wenigen Gedanken, die die große erzieherische und propagandistische Bedeutung der Geschichte der Fabriken, Werke und Güter umreißen.

Die Geschichtsschreibung der Fabriken, Werke und Güter muß eine breite Bewegung werden, indem die Arbeiter ihre Geschichte, die Geschichte ihres

Lebens und ihres Kampfes, die Geschichte ihres Betriebes selber schreiben. Es muß eine Bewegung sein, die sowohl die Wissenschaftler, die Historiker der Universitäten und Schulen, die Techniker des Betriebes, die Lehrer der allgemeinbildenden Schulen, die Heimatforscher und viele andere erfaßt, ja auch die Freie Deutsche Jugend und die Pionierorganisation können an diesem Werk mithelfen, indem sie z. B. die Erlebnisse ihrer Väter und Großväter sammeln und aufschreiben. Gorki sagte in seinem Aufruf: „Jetzt ist die Zeit gekommen, da ihr, Genossen, die neue Geschichte schaffend, sie auch selbst mit Hilfe eben jener Hand und jenes Verstandes schreiben müßt, die euch zum Herrn des riesigen und reichen Landes gemacht haben.“<sup>4)</sup>

<sup>4)</sup> *Gorki, Maxim*, Geschichte der Fabriken und Werke. „Prawda“ vom 7. September 1931.

# DER STAND DER GESCHICHTE DER FABRIKEN UND WERKE IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

VON HANS RADANDT

## 1. Allgemeines

Wenn wir über den Stand der Geschichte der Fabriken und Werke<sup>1)</sup> in unserer Republik sprechen, dann kann das nicht allein den Sinn haben, in Form einer Inventur festzustellen, was vorhanden ist. Vielmehr gilt es zu sagen, was zu tun bleibt und auf dem Vorhandenen aufbauend auch die Wege zu zeigen, wie eine nächsthöhere Stufe zu erreichen ist.

In einer unserer heutigen Situation in der DDR ähnlichen Phase des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion schrieb Gorki: „Die Arbeiterklasse der Sowjetunion baut in ihrem riesigen Lande die sozialistische Gesellschaftsordnung auf.

Sind wir auch genügend über die Erfolge des sozialistischen Aufbaus informiert? Wissen wir wirklich genau, was in unseren Fabriken und Werken, in unseren Schächten und Gruben vor sich geht? Auf diese Frage gibt es nur eine Antwort: Wir sind äußerst schlecht darüber informiert, was in der Sowjetunion durch das Werk der konzentrierten Energie von Millionen Menschen der Arbeiterklasse geschaffen wird.

Eine allgemein zugängliche Literatur, die uns ausführlich und gründlich mit dem grandiosen Prozeß des Aufbaus vertraut machen könnte, ist fast noch gar nicht vorhanden.“<sup>2)</sup>

In bezug auf die allgemein zugängliche Literatur müssen wir in unserer Republik ähnliches sagen. Die Veröffentlichungen zur Betriebsgeschichte werden zum überwiegenden Teil, soweit sie z. B. von den Betrieben und Betriebsparteiorganisationen herausgegeben werden, nicht über den Buchhandel

<sup>1)</sup> Im folgenden wird, um diesen langen Ausdruck zu vermeiden, hierfür immer von Betriebsgeschichten bzw. von Geschichten der Betriebe gesprochen werden.

<sup>2)</sup> Gorki, Maxim, Die Geschichte der Fabriken und Werke, Prawda vom 7. September 1931.

verbreitet, stehen nicht in den allgemeinbildenden Bibliotheken – mit Ausnahme derer des Kreises, in dem das jeweilige Werk liegt – und sind daher nicht allgemein zugänglich. Bevor wir auf Einzelheiten eingehen, muß vermerkt werden, daß in dieser Untersuchung lediglich die Schriften zur Geschichte der volkseigenen Industriebetriebe einer näheren Betrachtung unterzogen werden sollen. Schriften zur Geschichte des volkseigenen Handels und Verkehrswesens, der volkseigenen Banken und Versicherungen, der staatlichen Dienststellen und Einrichtungen bleiben hier unberücksichtigt. Ebenso werden nicht einbezogen die Schriften zur Geschichte der volkseigenen Güter sowie der genossenschaftlichen Einrichtungen. Vorwiegend werden in dieser Untersuchung selbständige Veröffentlichungen zur Betriebsgeschichte bzw. Sammeldarstellungen zur Betriebsgeschichte betrachtet. Nur in Ausnahmefällen werden wir, um plastischere Beispiele geben zu können, auf Darstellungen zur Geschichte einzelner Betriebe in den von den volkseigenen Betrieben bzw. deren Parteileitungen der SED herausgegebenen Betriebszeitungen zurückgreifen.

Insgesamt erschienen im Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik nach 1945 etwa 150 selbständige Schriften zur Geschichte der Betriebe. Davon sind 10 Prozent von außerhalb der Betriebe stehenden Wissenschaftlern, meist über die Geschichte kapitalistischer Konzerne, 10 Prozent wurden von kapitalistischen Betrieben veröffentlicht und 70 Prozent wurden von Arbeitern und Angestellten volkseigener Betriebe geschrieben. In den letzteren sind 6 Prozent enthalten, die von Schriftstellern geschrieben wurden.<sup>3)</sup> Als Herausgeber der restlichen 10 Prozent zeichneten der FDGB, einzelne Industriegewerkschaften, die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die Nationale Front, um nur einige zu nennen.

Wir können also zunächst feststellen, daß die Zahl der Betriebsgeschichten volkseigener Betriebe, entsprechend unserer gesellschaftlichen Entwicklung in den letzten 15 Jahren, die der kapitalistischen Festschriften bei weitem übertrifft.

Die Festschriften der kapitalistischen Betriebe erschienen, besonders in den Jahren 1946 bis 1950, zum Teil von Betrieben, die nachdem in die Hände des Volkes übergingen.

Die bedeutendste Firmenfestschrift eines Privatbetriebes erschien im Jahre 1953; es war keine Schrift eines Industriebetriebes, sondern die eines großen privaten Verlagsunternehmens, Gustav Fischer, Jena, das inzwischen auch in Volkseigentum übergegangen ist. Damit kann für die DDR die Periode der kapitalistischen Firmenfestschriften im wesentlichen als abgeschlossen gelten. Das heißt auf der anderen Seite natürlich nicht, daß sich nicht hier und da in die Betriebsgeschichten volkseigener Betriebe Darstellungsarten einschleichen,

<sup>3)</sup> Eine „Bibliographie selbständiger Schriften zur Geschichte der Fabriken und Werke, die nach 1945 im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik erschienen sind“, wurde im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Bd. I, Berlin 1960, veröffentlicht.

die an die kapitalistischen erinnern und oftmals auf eine objektivistische Berücksichtigung früherer kapitalistischer Veröffentlichungen zurückzuführen sind.

Im Jahre 1958 wurde die erste Schrift zur Geschichte eines Unternehmens mit staatlicher Beteiligung vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland herausgegeben.<sup>4)</sup>

Die Betriebsgeschichten der volkseigenen Betriebe erschienen zum überaus größten Teil erst in den Jahren 1956 bis 1958, meist aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens als volkeigener Betrieb. Unter den vor 1956 erschienenen Veröffentlichungen zur Betriebsgeschichte sind besonders der Teil I der sehr guten Dokumentation „Briefe und Dokumente zur Geschichte des VEB Jenaer Glaswerk Schott & Genossen“, Jena 1953 (Teil II, Jena 1957) sowie die beispielgebende Betriebsgeschichte „Fünf Jahre Jenapharm, fünf Jahre Friedensarbeit für die Volksgesundheit“, Jena 1954, zu erwähnen.

In Umfang und Aufmachung sind die Betriebsgeschichten sehr unterschiedlich. Besonders großzügig aufgemacht ist z. B. das von der Betriebsparteiorganisation des VEB Braunkohlenwerkes „Erich Weinert“ herausgegebene, 234 Seiten umfassende Buch „Entwicklung des Bergbaues und der Arbeiterbewegung im Grubenrevier Deuben“, Deuben 1956. Es ist in Leinen gebunden mit vielen Bildern, graphischen Darstellungen, Lageplänen und Faksimiles versehen. Es ist eine Freude, feststellen zu können, daß der gut dargebrachte Inhalt dieser Betriebschronik übereinstimmt mit dieser guten, aber natürlich auch teuren Aufmachung.

Sehr geschmackvoll ausgestattet ist auch eine kleine Broschüre von nur 10 Seiten „10 Jahre VEB Ratsdruckerei Dresden 1945–1955“. Der sehr magere Inhalt der Darstellung enttäuscht allerdings etwas.

Soweit sich aus den entsprechenden Angaben in den Veröffentlichungen ersehen läßt, sind etwa 30 Schriften zur Geschichte volkseigener Betriebe von Kollektiven geschrieben worden. Diese setzten sich unter anderem zusammen aus Partei- und Arbeiterveteranen, Arbeitern, Angehörigen der wissenschaftlichen Intelligenz, Betriebsarchivaren, Mitgliedern der Kommissionen zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung bei den Kreis- bzw. Bezirksleitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Gerade unter den von Kollektiven erarbeiteten Betriebsgeschichten befinden sich nicht nur die umfangreichsten, sondern, was viel wichtiger ist, die in bezug auf Aufbau und Inhalt besten. Diese Erkenntnis sollte uns veranlassen, noch im Laufe des Siebenjahrplanes in allen unseren volkseigenen Betrieben die Bildung solcher Kollektive anzustreben. Es muß auf diesem Wege erreicht werden, daß mit der Zeit alle Betriebe eine Betriebsgeschichte erhalten, die von Arbeitern geschrieben ist. Die Arbeiterklasse als entscheidende geschichtsbildende Kraft muß ihr eigenes Erleben in Form von vielen Einzelerlebnissen und Einzel-

<sup>4)</sup> Unternehmer Kurt Thiele KG auf neuen Wegen. Berlin 1958.

schicksalen im Rahmen der großen historischen Ereignisse der gesellschaftlichen Entwicklung selbst schildern, um damit Lehrer zu sein und selbst daraus zu lernen.

Gorki rief im Jahre 1931 die Arbeiter der Sowjetunion auf: „Jetzt ist die Zeit gekommen, da ihr, Genossen, die neue Geschichte schaffend, sie auch selbst mit Hilfe eben jener Hand und jenes Verstandes schreiben müßt, die euch zum Herrn des riesigen und reichen Landes gemacht haben. Ihr müßt mit dem gleichen Enthusiasmus, mit dem die Kämpfer des Bürgerkrieges bei der Schaffung der ‚Geschichte des Bürgerkrieges‘ Hilfe leisteten, an die Herausgabe der ‚Geschichte der Werke‘ herangehen. ‚Die Geschichte der Fabriken und Werke‘ – das wird die Geschichte eurer Arbeit in Vergangenheit und Gegenwart sein. Diese Arbeit muß das Bewußtsein der Tatsache entwickeln und festigen, daß ihr allein die Herren eures Landes seid, daß alles, was ihr baut, von euch, für euch selbst gebaut wird – für die volle Befriedigung aller eurer Bedürfnisse, für die Entwicklung der neuen, von euch geschaffenen sozialistischen Kultur in der Sowjetunion. Diese ‚Geschichte der Fabriken und Werke‘ muß der Bauernschaft die große und entscheidende Bedeutung der Arbeiter veranschaulichen, sie muß dem Kolchosbauern das Bewußtsein einflößen, daß seine Gleichstellung mit dem Arbeiter, die Umgestaltung seiner Psyche entsprechend dem Niveau des Arbeiters für ihn historisch notwendig ist – das Bewußtsein der Notwendigkeit einer völligen Verschmelzung mit dem Arbeiter.

Im Verlaufe der Arbeit an der ‚Geschichte der Werke‘ erhalten die jungen Schriftsteller die Möglichkeit, jene hohe literarisch-technische Qualifikation zu erlangen, die für sie erforderlich und für das Land unentbehrlich ist. Gleichzeitig damit werden die Mitglieder der Literatur-Zirkel in den Fabriken und Werken, wenn sie sich mit der Vergangenheit ihrer Großväter und Väter bekannt machen, auch selbst ihr Klassenbewußtsein festigen müssen. Den fortschrittlichen Schriftstellern steht ein vielfältiges Material für ihre literarische Arbeit zur Verfügung, auf Grund dessen es den Zellen des Schriftstellerverbandes leichter und bequemer sein wird, mit den angehenden Autoren einen Literatur-Unterricht abzuhalten.

Die Arbeiter, das technische Personal und die Werksdirektoren müssen die Herausgabe der ‚Geschichte der Fabriken und Werke‘ sowohl moralisch als auch materiell unterstützen. Auch die wissenschaftlichen Kräfte unserer Kulturzentren müssen Hilfe leisten – die Akademie der Wissenschaften, der Oberste Volkswirtschaftsrat sowie die Mitarbeiter der wissenschaftlichen Forschungsinstitute und Hochschulen. Bei der Redaktion und der Zusammenstellung der Sammelwerke wird ihre Mitarbeit unerläßlich sein. Es wäre sehr gut, wenn die Arbeiter der Papierfabriken eine gewisse Menge Papier für den Fonds der ‚Geschichte der Fabriken und Werke‘ zusätzlich herstellen würden. Sicherlich finden sich auch noch andere Formen der Unterstützung für diese überaus wichtige Angelegenheit.



Man muß nur verstehen, daß, wie alles in der Sowjetunion Geschaffene, so auch die Herausgabe der ‚Geschichte der Werke‘ eine Sache der Arbeiter selbst ist.“<sup>5)</sup>

Hier hat Gorki klar entwickelt, daß die Arbeiterklasse unter der Führung einer marxistisch-leninistischen Partei die Hauptträgerin der Arbeit an den Betriebsgeschichten sein muß. Selbstverständlich beinhaltet das, wie es auch in anderen Absätzen der Artikel von Gorki zum Ausdruck kommt, daß auch Wissenschaftler und Schriftsteller sich der Arbeit an Betriebsgeschichten, die vom Standpunkt der Arbeiterklasse geschrieben sind, widmen sollen.

Bevor wir ausführlicher besonders auf die von Kollektiven erarbeiteten Betriebsgeschichten eingehen, wollen wir kurz einige Beispiele für solche Arbeiten von Schriftstellern und Wissenschaftlern geben.

Im Institut für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin wurde unter Leitung von Prof. Dr. Jürgen Kuczynski im Jahre 1954 die systematische Beschäftigung mit Problemen der Betriebsgeschichte in Angriff genommen. Hier wurden z. B. vier Dissertationen zu Einzelproblemen aus der Geschichte des Mansfeld-Kombinats „Wilhelm Pieck“ fertiggestellt, die später zum Teil im Rahmen des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin für die Veröffentlichung bearbeitet wurden und inzwischen erschienen sind. Diese Beschäftigung mit Problemen der Betriebsgeschichte fand in der ebenfalls von Prof. Dr. Jürgen Kuczynski geleiteten Abteilung Wirtschaftsgeschichte beim Akademie-Institut für Geschichte in erweiterter Form ihre Fortsetzung. Ihr widmen sich insbesondere die beiden Arbeitskreise „Imperialismus“ und „Bergbau“. Der Arbeitskreis „Imperialismus“ wird in diesem Jahr unter anderem eine Arbeitsgruppe bilden, die sich speziell mit Problemen der Geschichte des IG Farben-Konzerns beschäftigen wird. Sie wird zu diesem Zweck eng mit den in Halle und Jena bestehenden Arbeitsgruppen, die sich ebenfalls mit der Geschichte des IG Farben-Konzerns beschäftigen, zusammenarbeiten. Selbstverständlich muß die Arbeit auch abgestimmt werden mit der des Autorenkollektivs des Lehrstuhls für Geschichte der Arbeiterbewegung am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, das in Zusammenarbeit mit der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung das ausgezeichnete und beispielgebende Buch „Befreites Leuna (1945–1950)“ (Geschichte der Fabriken und Werke, Bd. VIII, Berlin 1959) ausgearbeitet hat. Weiterhin wird diese Arbeitsgruppe enge Verbindungen halten mit der Forschungsstelle der Chemischen Hochschule Leuna-Merseburg in Halle, welche sich die Aufgabe gestellt hat, die Geschichte der Arbeiterbewegung in der Chemischen Industrie zu erforschen bzw. diese Forschungsarbeiten voranzutreiben. An diesem Beispiel wird deutlich, wie an den verschiedensten wissenschaftlichen Instituten der DDR sich das Interesse an den Problemen der Betriebsgeschichte von den verschiedensten Seiten heraus entwickelt hat und wie jetzt aber zwischen allen

<sup>5)</sup> Gorki, Maxim, a. a. O.

diesen Instituten eine Zusammenarbeit nicht nur unbedingt notwendig wird, sondern bereits angebahnt ist. Natürlich sind die genannten Institute nicht die einzigen, die sich mit Problemen der Betriebsgeschichte beschäftigen. So z. B. erarbeitet in Jena unter der Leitung von Dr. Schumann eine Gruppe junger Wissenschaftler eine Geschichte des Zeiss-Konzerns. An vielen Hochschulen und Universitäten unserer Republik sind bereits Diplomarbeiten zu Problemen der Geschichte einzelner Betriebe geschrieben worden. Unter den schriftstellerischen Arbeiten ist der Tatsachenbericht von Regina Hastedt „Die Tage mit Sepp Zach“ zu erwähnen. Hierin sind wesentliche Ausschnitte aus der Geschichte eines Betriebes enthalten. Alexander Ott und Freimut Kessner legten eine gut und anschaulich geschriebene Studie zur Geschichte des VEB Stahl- und Walzwerk Brandenburg vor. Von der Bezirksleitung Magdeburg wurde eine Broschüre unter dem Titel „Die große Kraft“ veröffentlicht, die aus der Feder von D. Brennecke stammt und einige wesentliche Punkte der Entwicklung von großen volkseigenen Betrieben in Magdeburg umreißt. Es wäre sehr wünschenswert, wenn in Zukunft die Schriftsteller mehr als bisher die Geschichte von Betrieben schreiben würden. Allerdings muß hier gesagt werden, daß im Rahmen dieses Vortrages ja nur die Betriebsgeschichten behandelt werden, die als selbständige Veröffentlichungen erschienen sind. Eine ganze Reihe von feuilletonistischen Artikeln, Kurzgeschichten bzw. Tatsachenberichten aus der Feder von Schriftstellern sind in der Tagespresse oder in Zeitschriften veröffentlicht worden. Gerade diese berechtigen aber, weil sie zum großen Teil so gut gelungen sind, die Forderung nach größeren Veröffentlichungen dieser Art. Hier liegt eine große Aufgabe vor unseren Schriftstellern, die keineswegs bedeutet, daß sie die Betriebsgeschichten künftig selbst schreiben sollen. Viel mehr wird erreicht, wenn sie im Rahmen der Entwicklung von Arbeiterschriftstellern unter dem Motto „Kumpel greif zur Feder“ auch in den Kollektiven zur Erarbeitung von Betriebsgeschichten den Arbeitern helfen, die Geschichte ihres Betriebes selbst zu gestalten.

Wenn sich auch in Zukunft Wissenschaftler der verschiedensten Disziplinen, Lehrer, Schriftsteller und Journalisten mehr als bisher dem Abfassen von Betriebsgeschichten widmen sollten, so liegt eine ihrer wichtigsten Aufgaben jedoch darin, die Arbeiter in den Betrieben bei der Darstellung ihrer Betriebsgeschichte zu unterstützen.

Wenn im folgenden einzelne Darstellungen aus verschiedenen Betriebsgeschichten einander gegenübergestellt werden, wird auch festgestellt werden müssen, dieses oder jenes ist in der einen oder anderen Betriebsgeschichte besser dargestellt. Das bedeutet aber nicht etwa gleichzeitig, daß die andere Betriebsgeschichte deshalb schlecht ist bzw. nicht vielleicht ebenso gut ist, wie die, deren Darstellung hervorgehoben wurde. Erstens kann die eine Betriebsgeschichte in vielen Punkten besser sein als die andere, was hier selbstverständlich nicht alles im einzelnen untersucht werden kann und soll. Zweitens aber, und das ist noch viel bedeutungsvoller, gibt es in jeder Betriebsgeschichte hier und da Passagen, für die beim besten Willen der Verfasser kein anschau-

liches Material, weder aus den Akten des Betriebsarchivs oder anderer Archive noch aus der Literatur, aus Zeitungen und Zeitschriften oder in Erlebnisberichten von Arbeitern vorfand. Die hier gegebene Analyse muß immer wieder als Beispiel gute Schilderungen herausstellen. Sie darf aber keineswegs so aufgefaßt werden, als sollte dort, wo die Verfasser wegen Materialmangels nur lapidare Sätze formten, ihnen der Vorwurf gemacht werden: Das habt ihr schlecht gemacht.

Das aber hat wieder nichts zu tun damit, daß wir uns andererseits kritisch mit den Kommentaren zu dem gegebenen Material auseinandersetzen müssen. Dieses geschieht jedoch aus dem Gedanken heraus, helfen zu wollen, und zwar sowohl denen, die gewissermaßen als Pioniere vorangingen in der Schaffung von Betriebsgeschichten, wie sie in einem Arbeiter-und-Bauern-Staat erforderlich sind und die sich in einer späteren Neubearbeitung hier Rat holen können, wie auch all denen einen Wegweiser zu geben, welche vielleicht noch unerfahren in einer solchen Arbeit künftig erstmalig an die Abfassung einer Betriebsgeschichte herangehen. Die Bedeutung einer solchen erstmaligen zusammenhängenden Darstellung zur Betriebsgeschichte wird unschwer ersichtlich aus dem folgenden Satz, den wir dem Vorwort des Verfasserkollektivs einer der besten bisher erschienenen Betriebsgeschichten entnehmen:

„Wir hatten kein Muster, nach welchem wir unsere Arbeit abfassen konnten. Es gibt unseres Wissens noch keine Darstellung einer Betriebsgeschichte von Werktätigen für Werktätige geschrieben, auf die wir uns hätten stützen können.“<sup>6)</sup>

Niemand wird den Angehörigen des Verfasserkollektivs ihre Bemerkung übelnehmen, daß es ihres Wissens nach von Werktätigen geschriebene Betriebsgeschichten noch nicht gab. Woher sollten sie denn auch erfahren, daß zu der Zeit, als sie noch an ihrer Chronik arbeiteten, bereits Dutzende solcher Betriebsgeschichten erschienen waren, aus denen sie vielleicht recht wertvolle Anregungen hätten entnehmen können. Dem hier aufgezeigten Mangel abzuhelpen, soll die folgende Untersuchung dienen.

## *2. Zur Methodik der Erarbeitung von Betriebsgeschichten*

Wir haben bereits mehrmals betont, daß es zweckmäßig ist, Betriebsgeschichten in Kollektiven zu erarbeiten.

Werkleitung, Betriebsparteileitung der SED und Betriebsgewerkschaftsleitung sollten in gemeinsamen Absprachen die Mitglieder sowie den Leiter des Kollektivs benennen. Dabei sollte berücksichtigt werden, daß möglichst ein Mitglied der Kommission der SED zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung bzw. ein Parteiveteran, der Betriebsarchivar und in der

<sup>6)</sup> 60 Jahre Arbeit 1898–1958, VEB Kraftfahrzeugwerk „Ernst Grube“. Werdau 1958, S. 1.

Mehrzahl fortschrittliche Arbeiter, die bereits eine Anzahl von Jahren in dem betreffenden Betrieb tätig sind, in das Kollektiv aufgenommen werden. Zu bedenken ist weiterhin, daß die meisten Mitglieder des Kollektivs, und zwar besonders die Arbeiter, in der Lage sein sollten, einzelne Abschnitte der Betriebsgeschichte zu erarbeiten. Die Leitung des Kollektivs übernimmt ein von der Betriebsparteileitung der SED dazu Beauftragter, möglichst der Leiter oder ein Mitarbeiter der Bildungsstätte, sofern eine solche vorhanden ist, sonst ein Mitglied der Parteileitung.

Die Zahl der Kollektivmitglieder sollte möglichst klein gehalten werden und selbst bei Großbetrieben nicht mehr als zehn betragen. Das Kollektiv zieht sich zur Beratung und Mithilfe bei der Ausarbeitung der Betriebsgeschichte ständig oder von Fall zu Fall Betriebsangehörige, aber auch nicht im jeweiligen Betrieb Beschäftigte, wie fortschrittliche Heimatforscher, Schriftsteller, Journalisten, Lehrer und Wissenschaftler heran, letztere vielleicht von Hoch-, Fach- und Oberschulen, mit denen Patenschaftsverträge bestehen.

In regelmäßigen, nicht zu lang gewählten Zeitabständen tritt das Kollektiv gegebenenfalls mit eingeladenen Gästen zu Beratungen über die geleistete bzw. zu leistende Arbeit zusammen. An der ersten Sitzung sollten der Werkleiter, der Parteisekretär und der BGL-Vorsitzende teilnehmen, um ihre Ansichten über besondere Aufgabenstellungen für die Geschichte des jeweiligen Betriebes darzulegen und mit den Mitgliedern des Kollektivs darüber zu diskutieren. Bereits in dieser Sitzung sollten einige Mitglieder des Kollektivs Aufträge übernehmen zur Beschaffung bzw. Erkundung allgemeiner Literatur, wie z. B. Mohr-Hühns, Einführung in die Heimatgeschichte, Berlin 1959 und Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Bd. I, Berlin 1960, und spezieller Literatur zur Betriebsgeschichte, wie z. B. Schriften über die Geschichten anderer Betriebe, die schriftlich von diesen erbeten werden können. Andere Mitglieder des Kollektivs sollten den Auftrag erhalten, bei den verschiedensten Organisationen Ratschläge einzuholen und Hilfe zu erbitten, wie z. B. bei der Kommission der SED zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, bei der Bildungsstätte der Bezirksleitung der SED, beim Zentralvorstand der zuständigen Industriegewerkschaft, beim Kulturbund, bei der Historiker-Gesellschaft, bei der zuständigen Vereinigung Volkseigener Betriebe, bei dem bzw. den Heimatmuseen, bei historischen, wirtschaftshistorischen und wirtschaftswissenschaftlichen Instituten. Hierbei können, soweit das nicht vorher geschehen, Mitarbeiter dieser Organisationen und Institutionen für die Mitarbeit gewonnen werden.

Auf weiteren Sitzungen des Kollektivs sollte über die Ergebnisse der übernommenen Aufgaben berichtet und beraten werden. Die beschaffte Literatur wird untereinander ausgetauscht bzw. allen angegeben, in welcher Bibliothek sie zu haben ist, damit alle Mitglieder des Kollektivs sich zunächst darin informieren können.

Nach einem vorangehenden Gedankenaustausch zur Bedeutung und den Aufgaben der Betriebsgeschichte allgemein ist es notwendig, im Kollektiv eine

grobe Disposition der Betriebsgeschichte zu entwerfen und schon jetzt eingehend über Form der Darstellung, Periodisierung und Quellen zu sprechen. (Letztere werden weiter unten behandelt.) Hierbei erarbeiten sich die Mitglieder des Kollektivs selbst gewisse Grundlagen für ihre Arbeit an der Betriebsgeschichte, obwohl endgültige Festlegungen dieser Fragen erst später, wenn die Materialsammlung abgeschlossen ist, getroffen werden sollten.

Von vornherein muß allen auch der Unterschied einer Betriebsgeschichte und einer Betriebschronik klar sein. Eine Betriebschronik, die in vielen Betrieben vom Werkleiter oder dem Betriebsarchivar geführt wird, ist eine tagebuchartige Aufzeichnung von Zeitereignissen, die sich im Betrieb abspielen bzw. von Wichtigkeit für den Betrieb sind. Es ist eine reine Tatsachensammlung, die natürlich, ebenso wie die Betriebsgeschichte, durch Statistiken, Diagramme, Fotos ergänzt werden kann. Die Betriebsgeschichte dagegen ist eine systematisch gegliederte, verallgemeinernde und theoretisch verarbeitete Darstellung der historischen Entwicklung des Betriebes. Die Begriffe Betriebsgeschichte und Betriebschronik werden im Sprachgebrauch oft als Synonyme verwendet – viele Betriebe nennen ihre Veröffentlichungen zu ihrer Geschichte direkt im Titel Chronik –, sollten aber künftig sorgfältig getrennt benutzt werden. Eine weitere Verwischung der Begriffe ergibt sich oft daraus, daß in vielen Betriebschroniken genauso wie in Chroniken zur Heimatgeschichte zu dem Zeitpunkt, da der Chronist anfangt, sie zu schreiben, von diesem ein historischer Vorspann gegeben wurde. Von besonderer Wichtigkeit ist es, noch vor Beginn der Materialsammlung unter den Kommissionsmitgliedern Verantwortliche für bestimmte Abschnitte der Arbeit zu benennen, welche es übernehmen, das Material hierfür zu sammeln und Entwürfe dieser Abschnitte zu schreiben. Ferner sollte ein Plan ausgearbeitet werden, der die Termine, zu denen die einzelnen Arbeiten abgeschlossen sein sollen, festlegt. Zur Materialsammlung aus den nicht im Betrieb selbst vorhandenen Quellen sind besonders die Nichtbetriebsangehörigen heranzuziehen. Bei der Materialsammlung unterstützen sich die einzelnen Mitglieder des Kollektivs gegenseitig, indem sie sich ständig Hinweise auf die für sie in Frage kommenden Quellen geben. Bei der Materialsammlung sollten alle Betriebsangehörigen zur Mithilfe herangezogen werden. Alle Möglichkeiten, sie dazu zu gewinnen, sind auszunutzen. Betriebszeitung, Betriebsfunk bzw. Wandzeitung sollten ständig kurze Berichte über den Fortgang der Vorbereitungsarbeiten für die Betriebsgeschichte bringen. Wettbewerbe mit Sachpreisen sollten veranstaltet werden für die beste Reportage, Erzählung, Kurzgeschichte, Anekdote usw., die für den jeweiligen Betrieb typische Ereignisse und Erlebnisse in Fragen der sozialistischen Erziehung, des sozialistischen Aufbaus, der Steigerung der Arbeitsproduktivität usw. beinhalten. Ein Wettbewerb, in dem Fotos, Zeichnungen, Gemälde, Plastiken, Lieder prämiert werden, sollte die gleichen Ziele verfolgen. Diese Wettbewerbe müssen von Betriebszeitungen, Betriebsfunk und Wandzeitung sowie den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten propagiert werden. Selbstverständlich sind in diesen Wettbewerben besonders auch Kollektivleistungen anzustreben, z. B.

das Tagebuch einer Brigade. Aber nicht nur die Kollektive in Produktion und Verwaltung sind anzusprechen. Die historischen Seminare der Betriebsakademien gilt es genauso wie die Zirkel junger Künstler bzw. junger Schriftsteller heranzuziehen.

Selbstverständlich genügt der Wettbewerb allein oft nicht, um manche Betriebsangehörige zur Mitarbeit zu bewegen. Manch einer scheut sich zu schreiben, weil er meint, zu ungenau im Ausdruck oder zu ungeschult in der Rechtschreibung zu sein. Die Kaderleitung des Betriebes kann eine genaue Liste von Betriebsangehörigen zusammenstellen, die schon lange Jahre im Betrieb arbeiten. Zu diesen sollten Mitglieder des Kollektivs zur Erarbeitung der Betriebsgeschichte bzw. ihre Helfer, die sie sich dazu heranziehen, gehen, um Erlebnisberichte zu sammeln. Auf die Sammlung von Erlebnisberichten wird später ausführlicher eingegangen werden.

Selbstverständlich sollten sich die Parteileitung der SED und die Leitungen aller demokratischen Organisationen im Betrieb verpflichten, über ihre Mit Hilfe bei der sozialistischen Erziehung und der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu schreiben.

Die Werkleitung sollte Abteilungsleiter und Meister verpflichten, die Geschichte der Entwicklung ihrer Bereiche zu schreiben.

Nach abgeschlossener Materialsammlung werden von den Mitgliedern des Kollektivs, die für einzelne Abschnitte verantwortlich sind, Dispositionen ausgearbeitet und im Kollektiv beraten, ebenso werden die daraufhin geschriebenen Abschnitte im Kollektiv diskutiert. Dabei ist unbedingt notwendig, daß Dispositionen und Abschnitte vor der Sitzung, auf der diskutiert werden soll, von jedem Mitglied des Kollektivs durchgearbeitet worden sind.

Grundlage für die Abfassung von Betriebsgeschichten sind die Quellen, d. h. schriftliche Unterlagen, aus denen authentische Fakten über Ereignisse der Geschichte eines Betriebes entnommen werden können. Zum Schreiben einer jeden Betriebsgeschichte sind solche Unterlagen notwendig. Seien es auch nur solche Kurzdarstellungen, wie wir sie zu Reklamezwecken z. B. in der nur zwei Blätter umfassenden Schrift „Fünfzig Jahre Calbe-Erzeugnisse“ vom VEB Gelatinewerk Calbe, 2. Mai 1955) oder in „Zehn Jahre VEB Stern-Radio Rochlitz“ (1956) auf zwölf Schmalseiten finden. Immer müssen bestimmte Daten, bestimmte Ereignisse aus Unterlagen herausgesucht werden, um sie für die Darstellung einer Betriebsgeschichte zu verwenden.

Welche Quellen stehen für diesen Zweck zur Verfügung und wie sind sie von den bisher erschienenen Betriebschroniken ausgewertet worden? Die hauptsächlichsten Unterlagen finden sich zweifellos in den Betriebsarchiven, und wir können feststellen, daß es wohl keine Betriebsgeschichte gibt, die aus diesen Quellen nicht geschöpft hat. Vielfach sind die Dokumente der Betriebsarchive sogar recht ausführlich zitiert worden, und es gibt nicht wenige Darstellungen, in denen die bedeutendsten Dokumente sogar im Faksimile veröffentlicht worden sind. Eine solche Darstellungsweise, d. h. sowohl das ausführliche Zitieren als auch der Faksimile-Druck sollte aber noch öfter angewendet werden.

Hierbei ist besonders an die Veröffentlichung einmaliger Dokumente aus der Geschichte der Arbeiterbewegung des Betriebes zu denken, z. B. Auszüge aus Betriebszeitungen der Betriebszellen der KPD aus der Zeit der Weimarer Republik bzw. aus illegalen Flugblättern aus der Zeit des Faschismus, aber auch Dokumente, welche besonders kraß die kapitalistische Ausbeutung in der Zeit vor 1945 in dem betreffenden Betrieb charakterisieren.

Manche Dokumente der verschiedensten Art, die für die Darstellung der Betriebsgeschichte von Wichtigkeit sein könnten, befinden sich nicht im Betriebsarchiv, sondern in Privathand, sei es in den Händen von Arbeitern des Betriebes bzw. von Angehörigen früher in diesem Betrieb tätiger Arbeiter oder anderen ortsansässigen Personen. Rührige Betriebsarchivare haben sich meist schon danach umgesehen und Abschriften oder Fotokopien solcher Dokumente ihrem Betriebsarchiv einverleibt. Immer wieder aber zeigt es sich, daß es noch viel Schriftgut aus der kapitalistischen Zeit gibt, das noch nicht den Weg in die Archive genommen hat, in die es gehören würde. Es bedarf aller Umsicht und Sorgfalt sowohl der Archivare der staatlichen Archive als auch derer in den Betriebsarchiven, um dieses Material aufzuspüren und sicherzustellen bzw. wenigstens Fotokopien oder, wenn gar nicht anders möglich, Abschriften davon anzufertigen. Bei der Abfassung einer Betriebsgeschichte sollte immer noch einmal sorgfältig sondiert werden, ob nicht irgendwo solche Dokumente aus Privathand zu erhalten sind. So lesen wir z. B. in einem sehr wertvollen Sammelband von Betriebsgeschichten:

„Mehr zufällig gelang es in Altenfeld, bei Herrn Wiegand mehrere Glashüttenurkunden jüngerer Datums vom Boden zu holen, die inzwischen in Verwahrung des Ortspfarrers übergegangen sind. In diesen Orten, in alten Glasmacherhäusern, sind wahrscheinlich noch wertvolle Funde zu bergen. Das sollte überall beachtet werden.“<sup>7)</sup>

Wie in Altenfeld sind vielerorts noch Akten oder Dokumente auf Böden, in Kellern, unter dem Nachlaß alter Handwerksmeister, ehemaliger Betriebsangehöriger usw. zu finden. Oftmals ist das Schriftgut kapitalistischer Betriebe während des Krieges verlagert und nicht wieder zurückgeführt worden. So fand sich z. B. im Jahre 1955 in der Nähe Berlins ein größerer Teilbestand des früheren Archivs einer ehemaligen Berliner Bank, der Berliner Handelsgesellschaft, der mehrere Lastwagenladungen umfaßte! Wie groß dieser Bestand aber auch sein mag, und wenn es sich nur um ein Blatt handelt, grundsätzlich gehören solche Materialien nicht in die Verwahrung von Privatpersonen, sondern in die Archive des Staates bzw. der Betriebe. Das betrifft selbstverständlich nicht jene persönlichen Dokumente wie z. B. Schreiben von antifaschistischen Kämpfern an ihre Familien, Dokumente, die den Arbeitern eines Betriebes von der Partei der Arbeiterklasse, vom Staatsapparat bzw. Arbeiterorganisationen zugestellt worden sind usw. Um die Zurverfügungstellung solcher Dokumente für die Erarbeitung einer umfassenden Betriebs-

<sup>7)</sup> Menschen und Werke unserer Heimat. Ilmenau 1956, S. 14/15.

geschichte bittet z. B. der Parteisekretär des VEB Metall- und Kunststoffbeschläge, Döbeln, im Vorwort einer Veröffentlichung zur Geschichte dieses Betriebes:

„Die vorliegende Broschüre ist keinesfalls eine umfassende Dokumentation der Geschichte unseres Werkes. Unsere Aufgabe ist es deshalb, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß innerhalb eines Jahres die Betriebschronik erarbeitet wird. Wir rufen alle Mitarbeiter unseres Werkes auf, dabei mitzuhelfen. Wer im Besitze alter Dokumente, Fotos und anderer Materialien ist, kann sie der Parteileitung als Unterlagen zur Verfügung stellen.“<sup>8)</sup>

Eine solche Bitte, die wir in ähnlicher Form auch in anderen Veröffentlichungen zur Betriebsgeschichte finden, ist von großem Wert für ihre Erarbeitung und zeigt gleichzeitig, daß die Verfasser und Herausgeber sich bereits eingehende Gedanken gemacht haben darüber, wie die Arbeit daran ständig weitergeführt werden soll.

Eine weitere wichtige Quelle sind die schriftlich festgehaltenen Erlebnisberichte der Arbeiter des Betriebes bzw. auch der ehemaligen Arbeiter und der Ortsbewohner, besonders aber die der Parteiveteranen. Letztere sind häufig schon von den Kommissionen zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung bei den Kreis- und Bezirksleitungen der SED gesammelt worden. Vielfach sind sie von diesen bereits für die in fast allen Kreisen unserer Republik erschienenen Broschüren anlässlich des 40. Jahrestages der Novemberrevolution verwendet bzw. zur Verfügung gestellt worden. In verhältnismäßig geringem Maße aber sind sie in die bisher erschienenen Betriebsgeschichten aufgenommen worden, obwohl es unter diesen manche gibt, die sich sehr stark auf Erlebnisberichte, besonders die der Parteiveteranen, stützen. Aber es gilt nicht nur, Erlebnisberichte von Parteiveteranen zu sammeln.

Aufgabe der Kollektive zur Erarbeitung der Betriebsgeschichte ist es unter anderem auch, die Erlebnisberichte aller Arbeiter zu sammeln, auch der jungen Arbeiter und aller derjenigen, die nicht der Partei der Arbeiterklasse angehört haben bzw. ihr auch heute nicht angehören. Die letzteren können z. B. aus der Zeit des Kapitalismus viele eigene Erlebnisse, welche die kapitalistische Ausbeutung deutlich werden lassen bzw. die Anstrengungen und die Erfolge aus der Zeit des Wiederaufbaus der Betriebe nach 1945 veranschaulichen, für die Betriebsgeschichte beisteuern. In manchen Betrieben sind die Erlebnisse von Arbeiter- und Parteiveteranen schriftlich festgehalten worden, liegen im Manuskript im Betriebsarchiv oder sind schon in der Betriebszeitung erschienen, aber in der Betriebsgeschichte sind sie nicht oder nur teilweise zu finden. Erfreulich ist es daher, im Vorwort des Verfasserkollektivs der Geschichte des VEB Kraftfahrzeugwerk „Ernst Grube“ zu lesen:

„Alle in der Schrift enthaltenen Dokumente über Ereignisse im Betrieb sind im Betriebsarchiv vorhanden. Die hier wiedergegebenen Erinnerungen der

<sup>8)</sup> Geschichte der Arbeiterbewegung des VEB Metall- und Kunststoffbeschläge Döbeln/Sa. Döbeln 1956, S. 1.



Parteiveteranen wurden erstmalig ausgewertet. Wir wollen damit auch zeigen, daß es notwendig ist, viele wertvolle Erlebnisse und Erinnerungen unserer Parteiveteranen nicht in den Schubladen der Kommissionen zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung schmoren zu lassen, sondern sie unserer Jugend und den kommenden Generationen als Kampfmittel, als Waffe in die Hand zu geben.“<sup>9)</sup>

Die Verfasser der „Chronik des VEB Gummiwerk ‚John Schehr‘“, Heinz Döschner und Horst Howald, richten im Vorwort die Bitte nach Erlebnisberichten an ihre Kollegen:

„... Diese Chronik des Betriebes ist noch nichts Endgültiges, es fehlt noch dieses und jenes. Jedoch wir halten sie vorerst einmal für soweit gediehen, daß wir sie euch vorlegen können. Wir hoffen dabei jedoch, daß wir durch eure aktive Mithilfe diese Chronik bald vervollständigen und in einigen Teilen ergänzen können, wo wir über mehrere Jahre hinweg kein Material vorfanden und zu denen der eine oder andere von euch vielleicht instande ist, uns wertvolle Hinweise und Fingerzeige zu geben, oder aus seinem eigenen Erleben zu berichten.“<sup>10)</sup>

So gut ein solcher Aufruf, Erlebnisberichte einzusenden, ist, sowenig sollte sich aber ein Verfasserkollektiv einer Betriebsgeschichte auf die Wirksamkeit dieser Bitte verlassen. Längst nicht jeder Arbeiter ist zu schreiben gewöhnt. Manche Arbeiter glauben auch nur, nicht schreiben zu können oder nehmen an, ihre Erlebnisse wären zu unwichtig. Darum ist es unbedingt notwendig, daß die Mitglieder des Kollektivs bzw. ihre Helfer mit vielen Arbeitern persönlich sprechen und das, was sie erzählen, im Stenogramm oder besser noch mit dem Tonband aufzeichnen.<sup>11)</sup>

Wenn so verfahren wird, dann werden wir in Zukunft nicht mehr eine solche enttäuschte Feststellung im Vorwort einer Betriebsgeschichte finden, wie folgende:

„Es wäre möglich gewesen, diese Schrift lebendiger zu gestalten, wenn mehr Erlebnisberichte von seiten unserer älteren ehemaligen Kollegen und von Einwohnern des Grubengebietes vorgelegen hätten. Nur wenige Kollegen sind unserer Bitte, die wir im ‚Fortschritt‘ veröffentlichten, nachgekommen, . . .“<sup>12)</sup>

So gut und richtig es bisher war und noch für einige Zeit sein wird, das Hauptaugenmerk bei der Sammlung von Erlebnisberichten auf die älteren Arbeiter zu lenken, speziell auf jene, die noch aus der Zeit des Kapitalismus und über die

<sup>9)</sup> 60 Jahre Arbeit 1898–1958, Werdau 1958, S. 1.

<sup>10)</sup> Unser Gummiwerk gestern und heute, Eine Chronik des VEB Gummiwerk „John Schehr“, Jugendbetrieb (Schönebeck/Elbe). 1959, S. 3.

<sup>11)</sup> Wächtler, Eberhard und Bartl, Willy, Über Formen der Zusammenarbeit des Arbeitskreises Bergbau mit Veteranen der Bergarbeiterbewegung. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, Teil I, Berlin 1960.

<sup>12)</sup> Entwicklung des Bergbaues und der Arbeiterbewegung im Grubenrevier Deuben. Deuben 1956, S. 3.

Periode der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung berichten können, so falsch wäre es aber auch, sich auf sie allein zu konzentrieren. Auch von jungen und jugendlichen Arbeitern sollten Erlebnisberichte gesammelt werden, die von der jüngsten Entwicklung der Zeitgeschichte des Betriebes, seiner Abteilungen und Brigaden künden. Denken wir nur daran, wie ungeheuer wichtig das z. B. in unseren Jugendbrigaden und Jugendobjekten ist. Durchaus zweckmäßig wäre es auch, Kollektive, z. B. eine sozialistische Brigade, gemeinsam darüber berichten zu lassen, wie sie sich entwickelte, welche Schwierigkeiten und Diskussionen es gab, wie die Brigademitglieder sich gegenseitig erzogen haben und dabei manchen auch hart, aber doch mit dem besten Willen, kameradschaftlich zu helfen, anpackten.

Meistens hat es sich als vorteilhaft erwiesen, die Sammlung von Erlebnisberichten nicht individuell vorzunehmen, sondern eine kleine Gruppe derer, die über ihre Erlebnisse berichten wollen, zusammenzufassen. Oftmals ergänzt und korrigiert hierdurch im Laufe des Gesprächs einer den anderen. Alle Erlebnisberichte sollten möglichst in Maschinenschrift den Berichtenden zum Lesen gegeben werden. Häufig werden dadurch Ungenauigkeiten beseitigt. Zweckmäßig ist es, auf Grund neu gesammelten Materials noch mehrmals mit denen zu sprechen, welche bereits einen Bericht gegeben haben. Vielfach werden dadurch gute Ergänzungen zu ihren Berichten bzw. zu denen von anderen erzielt. Meist können die Berichtenden gute Hinweise geben auf Kollegen, die über eine bestimmte Periode, über bestimmte Vorfälle berichten können und inzwischen evtl. nicht mehr in diesem Betrieb arbeiten.

Jedem Erlebnisbericht sollte ein Lebenslauf des Berichtenden beigelegt werden (aus diesem kann beim Schreiben der Betriebsgeschichte evtl. auch noch manche Angabe entnommen werden) und beides von ihm unterschrieben sein. Die Originale der Erlebnisberichte und Lebensläufe sowie der bei den weiter oben erwähnten Wettbewerben eingegangenen schriftlichen Einsendungen sollten im Betriebsarchiv aktenmäßig erfaßt und aus diesen Akten zitiert werden. Beim Zitieren bzw. auch, wenn diese Unterlagen sinngemäß zusammengefaßt wiedergegeben werden, muß unbedingt der Name des Berichtenden bzw. des Verfassers angegeben werden.

In die Erlebnisberichte können sich manchmal Irrtümer einschleichen, wenn z. B. eine Jahreszahl oder ein Name, die Dauer eines Streiks oder die bei einem bestimmten Ereignis als anwesend angegebenen Personen nicht richtig im Gedächtnis des Berichtenden haften geblieben sind. Daher ist es notwendig, die Angaben in den Erlebnisberichten, soweit irgend möglich, besonders vor der Veröffentlichung, an Hand anderer Erlebnisberichte oder anderer Quellen zu überprüfen.

Von Wichtigkeit wäre es künftig, eine Art von Erlebnisberichten in den Betriebsgeschichten zu veröffentlichen, die uns bisher völlig fehlen: Berichte der Kollektive zur Erarbeitung der Betriebsgeschichte. Sie sollten uns schildern, wie sie an ihre Arbeit herangegangen sind, welche Schwierigkeiten sie gemeistert haben, welche guten und schlechten Erfahrungen sie sammelten und auch,

was sie anders und besser gemacht haben, als es in dieser Untersuchung zum Stand der Betriebsgeschichte dargestellt oder vorgeschlagen wurde. Solcherart Berichte würden eine gewiß sehr geschätzte Quelle und Hilfe für andere Kollektive bedeuten, die ihrerseits darauf aufbauend, wiederum Gelegenheit nehmen sollten, ihre Erfahrungen schriftlich niederzulegen. Auf diese Weise wird einmal vorzugsweise von Arbeitern eine Historiographie der Betriebsgeschichte geschrieben werden.

Weitere Quellen für die Betriebsgeschichte bieten die staatlichen Archive, wie z. B. das Deutsche Zentralarchiv in Potsdam und Merseburg, die Landeshauptarchive, Landesarchive und Kreisarchive, aber auch die Verwaltungsarchive bei den Räten der Bezirke und Kreise bzw. die Archive von Städten und Gemeinden. Leider ist von diesen Archiven bei der Darstellung der Betriebsgeschichten noch sehr wenig Gebrauch gemacht worden. Eine gute Auswertung der Akten staatlicher Archive ist z. B. ersichtlich aus „10 Jahre VEB Papierfabrik Greiz“, Greiz 1958, und der Veröffentlichung des VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerke „40 Jahre Novemberrevolution und Gründung der KPD 1918 bis 1958“, Leipzig 1958.

Wesentlich für die Erarbeitung einer Betriebsgeschichte ist auch die Benutzung der Literatur. Hierzu gehören die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus und andere theoretische Schriften ebenso wie die Schilderungen der Entwicklung von Industriezweigen, Handbücher und kapitalistische Firmengeschichten, um nur einige zu nennen. Aus einem ganzen Teil der bisher erschienenen Betriebsgeschichten ist ersichtlich, daß Literatur in größerem oder geringerem Umfange verwendet worden ist.

Das letzte, aber keineswegs unwichtige Gebiet der Quellen, die zur Gestaltung einer Betriebsgeschichte beizutragen vermögen, sind die Zeitungen und Zeitschriften. Viele Betriebschroniken haben die Zeitungen der Betriebszellen der KPD aus der Zeit vor 1933 und eventuell erschienene illegale Betriebszeitungen in der Zeit des Faschismus erwähnt. Sie zitieren auch aus ihnen und geben Teile von ihnen im Faksimile wieder. In den allermeisten Fällen aber wurden die Betriebszeitungen der volkseigenen Betriebe bzw. ihrer Parteileitungen der SED noch zuwenig für die Ausarbeitung von Betriebsgeschichten benutzt.

Alle die benutzten Quellen wollen aber nicht nur bei der Darstellung der Betriebsgeschichte berücksichtigt werden, indem aus ihnen zitiert wird oder indem ihr Inhalt in eigenen Worten vom Verfasser bearbeitet wird. Sehr wichtig ist auch, daß diese Quellen angegeben werden. Dabei genügt es nicht, wenn wir nur, wie wir es bei vielen Betriebsgeschichten finden, ein Verzeichnis der benutzten Quellen anzufügen. Wir müssen uns angewöhnen, mindestens all das, was wörtlich zitiert ist, mit einer Fußnote zu versehen und in dieser Fußnote eine genaue Quellenangabe machen. Das ist bisher leider nur in ganz wenigen Fällen geschehen, wie z. B. in der Betriebsgeschichte des VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerke und in der „Chronik des VEB Rafena-Werke“. Mit einer solchen Maßnahme erleichtern wir uns selber und anderen die Arbeit. Wie oft wollen

wir selber oder wollen andere nachschlagen, in welchem Zusammenhang z. B. das Zitierte gesagt worden ist. Viel Zeit mühseligen Suchens wird dann vergeudet, weil eben niemand mehr so recht weiß, woraus das eigentlich zitiert ist. Deshalb genügt es auch nicht, etwa anzugeben, daß das zitierte Dokument aus dem Betriebsarchiv stammt. Es gibt viele tausende, oft zigtausende Akten in den Betriebsarchiven. Wir aber müssen wissen, in welcher Akte und unter welchem Datum bzw. welcher Blattnummer wir das betreffende Dokument finden können.

Die Quellenmaterialien wurden in den bisher erschienenen Betriebsgeschichten der volkseigenen Betriebe in der verschiedensten Weise verarbeitet. Für gewöhnlich finden wir einfache Schilderungen der historischen Entwicklung, die in chronologischer Reihenfolge nach bestimmten Hauptgesichtspunkten gegliedert sind. Aber auch die verschiedensten anderen Formen der Darstellung treffen wir an, zum Beispiel:

*Bildband mit geringem Kommentar*

Unser Werk, VEB Hydrierwerk, Zeitz 1955

*Erlebnisbericht*

Ein Vater erzählt – und ein Sohn stellt Fragen, VEB Großdrehmaschinenwerk „7. Oktober“, Berlin 1958

*Erzählung*

Die Stärkeren, Alexander Ott, Freimut Kessner, Brandenburg 1957, VEB Stahl- und Walzwerk Brandenburg

*Reportage*

Auftrag 006 erfüllt, Fritz Noack, Horst Rosenthal, Zur Geschichte des VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau“, Wildau, Berlin 1956

*Dokumentation*

Briefe und Dokumente zur Geschichte des VEB Optik Jenaer Glaswerk Schott & Genossen, 1. und 2. Teil – bearbeitet von Herbert Kühnert, Jena 1953 und 1957.

Schließlich sind auch bereits Betriebsgeschichten erschienen, die den *Charakter einer wissenschaftlichen Untersuchung* haben, z. B. 40 Jahre Novemberrevolution und Gründung der KPD 1918 bis 1958, zusammengefaßte Materialien über die Entwicklung des Betriebes und die revolutionären Traditionen des VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerke, Leipzig 1958.

Ein Teil der Schriften zur Betriebsgeschichte behandelt besonders bzw. ausschließlich die technische Entwicklung des betreffenden Betriebes.<sup>13)</sup> Diese

<sup>13)</sup> Solche Schriften sind z. B.:

Zur Technisch-Industriellen Entwicklung Dresdens. Dresden 1956; Dr. *Jobst, Rudolf*, 110 Jahre Carl Zeiss Jena. Jena 1956; *Eule, Wilhelm*, 75 Jahre Falz- und Heftmaschinen. Leipzig 1954; 50 Jahre Kalibergbau Volkenroda 1906–1956. Volkenroda 1956.

sind meist – wenn auch nicht ausschließlich – als Geschenkgabe an Kunden z. B. auf der Leipziger Messe gedacht. In der Broschüre „Uns gehören die Betriebe“, Leipzig 1958, die vom FDGB, Verwaltung der Sozialversicherung, herausgegeben wurde, wird ausschließlich Entwicklung und Stand der sozialen Errungenschaften des VEB Textilwerke Hartha behandelt.

Aus vielen Betriebsgeschichten ist deutlich zu erkennen, daß sich die Verfasser in Kollektiven, bevor sie an die Verarbeitung der Quellen gingen, ja – sehr wahrscheinlich sogar, bevor sie diese sammelten, gründliche Gedanken über Bedeutung und Aufgaben einer Betriebsgeschichte gemacht haben. So lesen wir z. B.:

„Unsere Schrift soll ein Lehrbuch sein. Sie soll Kenntnisse vermitteln, aus denen *Erkenntnisse* und Taten entstehen. Wir wollen nicht die Vergangenheit beschaulich an uns vorüberziehen lassen; wir wollen aus der *Geschichte* für die *Zukunft*, für unsere *sozialistische Zukunft* Lehren ziehen, zum Nachdenken auffordern und zum Kampf aufrufen.“<sup>14)</sup>

Noch ausführlicher schreibt dazu der Werkdirektor des VEB Reifenwerk Riesa, der unter anderem mit berechtigtem Stolz feststellt, „der Abriß unserer Betriebsgeschichte wurde nicht im Arbeitszimmer eines Historikers geschrieben, sondern ist in kollektiver Arbeit in unserem Werke selbst entstanden“, im Vorwort dieser Geschichte:

„Man muß die Vergangenheit kennen, um die große Bedeutung der Gegenwart richtig einzuschätzen. Jedes Belegschaftsmitglied soll sich der stolzen Entwicklung unseres Werkes vom einfachen Reparaturbetrieb zu einem der bedeutendsten reifenproduzierenden Betriebe unserer Republik bewußt sein. Alle müssen die Entwicklung unseres Betriebes, die Kämpfe zur Überwindung der Schwierigkeiten, die es gekostet hat, um den heutigen Stand zu erreichen, kennen, damit sie eine tiefe Verbundenheit zu ihrem Werk und dem betrieblichen Geschehen empfinden. Dieses Verbundenheitsgefühl wiederum wird Ansporn sein, in der Produktion, im Labor oder im Büro große Arbeitserfolge zu erreichen, die geeignet sind, unsere Wirtschaft immer weiter zu stärken. Jeder, der die Vergangenheit unseres Werkes kennt, wird sich auch über den richtigen Weg in eine glückliche Zukunft im klaren sein. Dies ist um so mehr notwendig, da zum Aufbau des Sozialismus Menschen gebraucht werden, die klar die Vergangenheit und die Zukunft vor Augen haben und entsprechend den daraus gezogenen politischen Schlüssen ihr gegenwärtiges Handeln bewußt sozialistisch gestalten. Vor allem die Jugend, die von der Vergangenheit des Werkes durch eigenes Erleben wenig weiß, soll durch die vorliegende Festschrift an diese herangeführt werden. Die Jugend ist der Träger der Zukunft; sie muß in der Vergangenheit Geschaffenes übernehmen und weiterentwickeln, wofür hohe ideologische Anforderungen gestellt werden.

Deshalb sollen durch unsere Betriebsgeschichte vor allem zwei politische Ziele erreicht werden: die Werktätigen unseres Betriebes zu Menschen zu erziehen,

<sup>14)</sup> 60 Jahre Arbeit 1898–1958. Werdau 1958, S. 1.

die auf das von ihnen Geschaffene stolz sind und mit diesem Stolz und Selbstbewußtsein an die Lösung der Aufgaben gehen, die ihnen der Aufbau des Sozialismus stellt; einen Schlag gegen die Nörgler und Kleingläubigen zu führen, die an die schöpferischen Kräfte unserer Arbeiterklasse und ihrer Partei nicht glauben wollen.“<sup>15)</sup>

Beispiele für guten Aufbau der Betriebsgeschichten sind unter anderem folgende Schriften:

Entwicklung des Bergbaues und der Arbeiterbewegung im Grubenrevier Deuben, Deuben 1956.

40 Jahre Novemberrevolution und Gründung der KPD 1918 bis 1958, zusammengefaßte Materialien zur Chronik über die Entwicklung des Betriebes und die revolutionären Traditionen des VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerke, Leipzig 1958.<sup>16)</sup>

60 Jahre Arbeit 1898 bis 1958, VEB Kraftfahrzeugwerk „Ernst Grube“, Werdau 1958.

Fünf Jahre VEB Jenapharm – 5 Jahre Friedensarbeit für die Volksgesundheit, Jena 1954.

10 Jahre Riesareifen, Festschrift des VEB Reifenwerk Riesa, Riesa 1958.

Die Darstellung „Zur Geschichte des Betriebes VEB Waggonbau Niesky“, die im ganzen sehr gutes Material verarbeitet hat, vermag in ihrem Aufbau leider nicht als Beispiel zu dienen. In ihrem Hauptteil ist diese Betriebsgeschichte nach einzelnen Jahren bzw. nach kurzen Perioden aufgeteilt. Zwar ist in den einzelnen Abschnitten jeweils das wesentliche zu der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung in dieser Zeit gesagt worden. Leider aber wird das betriebliche Geschehen, das sich unter Umständen auf viel längere Perioden erstreckt, auch in diese kurzen Zeiträume gepreßt, und die Darstellung erweckt dadurch einen falschen Eindruck. So steht z. B. unter dem Jahr 1923 nach einer kurzen allgemeinen Einführung als Unterüberschrift: „Die Arbeiter von Christoph & Unmack unterstützten den Kampf der Landarbeiter“. Soll damit aber gesagt sein, daß die Arbeiter dies nur im Jahre 1923 taten? Es ist doch etwas anderes, wenn man Material darüber nur aus dem Jahre 1923 besitzt, aus einer Zeit, in der diese Unterstützung der Landarbeiter zur Zeit ihres Streiks einen besonderen Ausdruck gefunden hat. Noch auffälliger ist es, wenn wir ebenfalls im Jahre 1923 die Unterüberschrift lesen: „Die Parteien und Gewerkschaften wachsen an Zahl und Kampfwillen“. Sie wuchsen doch nicht allein im Jahre 1923.

<sup>15)</sup> 10 Jahre Riesa-Reifen. Riesa 1958, S. 6.

<sup>16)</sup> Hierbei muß bemerkt werden, daß aus dem Vorwort hervorgeht, daß diese Veröffentlichung nicht als Betriebsgeschichte angesehen werden soll, da eine solche erst später zu erarbeiten ist.

Andererseits aber bietet gerade diese Betriebsgeschichte ein gutes Beispiel dafür, wie wir die Periodisierung der allgemeinen Geschichte mit der Periodisierung der Geschichte des Betriebes verbinden können. Es kommt nicht nur darauf an, die Geschichte des Betriebes innerhalb der einzelnen historischen Etappen zu schildern, sie mit den bedeutenden Geschehnissen und einzelnen Zeiträumen zu verknüpfen, sondern vielmehr auch darauf, bedeutende Ereignisse des betrieblichen Geschehens hervorzuheben. Sie fallen vielfach nicht mit dem allgemeinen Geschehen zusammen. Ein Beispiel: Lenin sagt mit Recht, daß die Epoche des Imperialismus um 1900 begann. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß einzelne Konzerne gewisse von Lenin entwickelte typische Merkmale des Imperialismus bereits einige Jahre vorher voll entfaltet hatten oder aber auch erst Jahrzehnte später entwickelten. In solchen Fällen würde z. B. das Abweichen von der Periodisierung der allgemeinen Geschichte notwendig sein. Nicht etwa in dem Sinne, daß der Imperialismus in diesen Betriebsgeschichten mit 1890 oder 1920 datiert wird, daß aber gesagt wird, 1890 bildete sich der und der Konzern mit den für den Imperialismus typischen Eigenschaften. In einem solchen Falle wäre für diesen Betrieb das Jahr 1890 selbstverständlich der Anfang einer neuen Periode.

In der Betriebsgeschichte des VEB Waggonbau Niesky<sup>17)</sup> sind unter anderem folgende Jahre besonders hervorgehoben worden. (Die folgende Aufstellung benutzt die Jahreszahlen, welche von den Autoren gewissermaßen als Kapitelüberschriften gewählt worden sind, und es wird dazu in Stichworten angegeben, wie es aus dem Text hervorgeht, warum gerade diese Jahre von den Autoren ausgewählt wurden):

1848	Bürgerlich-Demokratische Revolution
1857	Betriebserweiterung
1861	Eintritt des Sohnes des Besitzers in die Betriebsleitung
1863	Erste Dampfmaschine in Betrieb
1865	Verbindung mit dem Großkapitalisten Strousberg gibt Anstoß zu neuer Produktion
1863 bis 1867	Niesky kämpft um Bahnanschluß beim Bau der Bahnstrecke Berlin—Görlitz
1870 bis 1871	Deutsch-Französischer Krieg
1874 bis 1875	Niesky bekommt Bahnanschluß
1885	Massenentlassungen von Arbeitern
1887 bis 1892	Neuer Produktionszweig: Barackenbau. 1892 wurde die Abteilung Barackenbau durch Großfeuer zerstört
1895	Massenentlassungen von Arbeitern
1898	Maschinenfabrik J. E. Christoph wird Aktiengesellschaft
1902	Betriebskapital geht zurück, in späteren Jahren Ansteigen der Belegschaft und der Produktion sowie auch des Aktienkapitals

<sup>17)</sup> Zur Geschichte des VEB Waggonbau Niesky. Niesky 1957.

1914	Ausbruch des ersten Weltkrieges, Christoph & Unmack AG wird fast ausschließlich für Heereslieferungen beschäftigt
1917	Entstehung des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates der Welt
1918	Novemberrevolution in Deutschland
1918/1919	Gründung der KPD, Gründung der USPD in Niesky.

Aus dieser Aufstellung können wir bereits ersehen, daß einerseits wichtige allgemeine politische Ereignisse und andererseits wichtige Ereignisse aus der Geschichte des Betriebes für die Auswahl bestimmter Jahre bzw. Perioden den Ausschlag gegeben haben. Andererseits aber wird an diesem Beispiel auch klar, daß hier die Zusammenfassung in großen Zeiträumen fehlt. Dadurch muß zwangsläufig der sonst in dieser Geschichte gut eingearbeitete Verlauf der allgemeinen Geschichte auch zerrissen werden. Eine solche Zusammenfassung in großen Zeiträumen finden wir in der „Entwicklung des Bergbaues und der Arbeiterbewegung im Grubenrevier Deuben“. Der Hauptteil dieser Schrift ist folgendermaßen gegliedert:

Die politische Entwicklung des Grubenreviers Deuben von 1848 bis 1900.

Die Arbeiterbewegung von 1900 bis 1925.

1925 bis 1933.

1933 bis 1945.

1945 bis 1955.

Wir erkennen auf den ersten Blick eine Periodisierung, die sich mit Ausnahme der Zäsur im Jahre 1925 an die Periodisierung der allgemeinen Geschichte hält. Vollauf berechtigt ist aber auch die Einteilung der Perioden 1900 bis 1925 und 1925 bis 1933, da hierfür ein wichtiges betriebliches Ereignis im Jahre 1925 die Grundlage bildet. In diesem Jahre entstand der Großtagebau Deuben. Den großen Perioden wurden in dieser Darstellung dann kleinere Abschnitte untergeordnet. Wie dabei vorgegangen wurde, erkennen wir aus dem Beispiel der Periode von 1900 bis 1925 an den gewählten Unterüberschriften:

Die Arbeiterbewegung von 1902 bis 1905 – Der erfolgreiche Bergarbeiterstreik im Jahre 1906 – Die Arbeiterbewegung von 1906 bis 1910 – Der große Bergarbeiterstreik 1911 – Die Arbeiterbewegung von 1912 bis 1917 – Die Behandlung der Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter – Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter 1917/1918 – Die Revolution 1918 – Bildung von Betriebsräten und Ortsorganisationen der KPD – Sozialisierung – Kapp-Putsch – Die Arbeiterbewegung 1921 bis 1933 – Inflation – Stinnes-Unternehmen.

Die Betriebsgeschichte des VEB Braunkohlenwerk „Erich Weinert“ bietet auch in anderer Weise ein gutes Beispiel. Der erste Teil umfaßt die Schilderung der geologischen Verhältnisse im Zeitz-Weißenfelder Revier, die erdgeschichtliche Entwicklung des Reviers, die Anfänge des Braunkohlenbergbaues und schließlich die bergbauliche Entwicklung in diesem Revier sowie die Entwicklung des Werkes von 1945 bis 1955. Die Periodisierung der bergbaulichen Entwicklung wurde in der gleichen Weise vorgenommen wie im Teil 2, der die



Arbeiterbewegung behandelt, wofür wir bereits obiges Beispiel gegeben haben. Eine solche Art der Darstellung ist vollauf berechtigt, zumal hierdurch einerseits die betriebliche Entwicklung und andererseits die Geschichte der Arbeiterbewegung im Betrieb eindeutiger herausgearbeitet werden können. Andererseits ist aber zu überlegen, ob bei anderen Werken auch in dieser Form vorgegangen werden kann, da vielfach ja die Arbeiterbewegung in engem Zusammenhang mit der betrieblichen Entwicklung steht und entsprechend geschildert werden muß.

### *3. Zur Darstellung der Zeit des Kapitalismus*

In den meisten Betriebsgeschichten ist der Geschichte der Arbeiterbewegung in den Betrieben zur Zeit des Kapitalismus besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden. Einige Darstellungen aber und besonders darunter diejenigen, welche fast ausschließlich die Entwicklung der Technik im Betrieb umreißen, erwähnen die Arbeiterbewegung mit keinem Wort. Manche dieser Schriften wie z. B. Weltgeltung der Textima-Maschinen, Leipzig 1956, sind — wie aus ihnen hervorgeht — ausschließlich für die Kundenwerbung auf der Leipziger Messe bestimmt. Wenn eine Schrift zur Betriebsgeschichte nicht für unsere Werktätigen bestimmt ist, dann liegt natürlich keine besondere Notwendigkeit vor, die Arbeiterbewegung breit zu behandeln. Andererseits aber ist auch nicht einzusehen, warum in einer solchen Schrift sehr wohl die „Großtaten“ des Kapitalisten Richard Hartmann<sup>18)</sup> auf technischem Gebiet in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts erwähnt werden, aber mit keinem Wort auf die Lage der Arbeiter in der damaligen Zeit hingewiesen wird und die Kämpfe der Arbeiter so völlig unerwähnt bleiben. Wenn aber der Kampf der Arbeiter im Betrieb in der sonst mit großer Liebe und Sorgfalt gestalteten Werks Geschichte des VEB Papierfabrik Greiz, die gerade den Titel trägt „Die Greizer Papiermacher einst und jetzt“, völlig fehlt, dann gibt es dafür keine vernünftige Erklärung.

Andererseits sollte man in dem ehrlichen Bemühen, der Geschichte der Arbeiterbewegung einen würdigen Platz im Rahmen der Betriebsgeschichte einzuräumen, nicht über das Ziel hinausschießen, indem man in der ganzen Geschichte nur noch die Geschichte der Arbeiterbewegung sieht, damit nicht folgende Schildbürgerei des Autors einer Geschichte des VEB Eisen- und Hüttenwerk Thale Schule macht:

„Gehen wir zurück auf die Gründung des Werkes und die Gründer, so gibt uns die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Auskunft, daß der Raubgraf von Regenstein bei Blankenburg das Recht erhielt, Erze aus unseren heimatlichen Bergen zu schürfen und für kriegerische Zwecke zu verwenden.

<sup>18)</sup> Weltgeltung der Textima-Maschinen. Leipzig 1956, S. 11/12.

Dadurch wurde im Jahre 1686 am Eingang des Bodetales eine Werkzeug- und Nagelschmiede erbaut . . .<sup>19)</sup>

Viele Betriebsgeschichten aber bringen hervorragende Beispiele aus der Geschichte des Kampfes der Arbeiter in dem jeweiligen Betrieb. In der, wie aus dem Vorwort hervorgeht, innerhalb von acht Wochen geschaffenen Geschichte des VEB Kraftfahrzeugwerk „Ernst Grube“ wird unter anderem ein gutes Beispiel aus dem Kampf des Arbeiterfunktionärs Ernst Grube gegeben. Hier nur ein kurzer Auszug aus der Zeit der Novemberrevolution:

„Bald war in Werdau wieder Ruhe und Ordnung eingekehrt. Dank der umsichtigen Leitung von Ernst Grube kam es auch zu keinen ernsthaften Zwischenfällen. Während aber die Arbeiter untereinander uneinig und in verschiedene politische Gruppen zersplittert waren, gingen die Unternehmer langsam wieder daran, ihre Positionen zu festigen.

Hin und wieder versuchte einer von ihnen die alten Ausbeutermethoden wieder herzustellen, den Arbeitstag zu verlängern oder den Lohn zu kürzen. In solchen Fällen wandte man sich an den Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates Ernst Grube. Besonders in der Sächsischen Waggonfabrik, wo Generaldirektor Kozlowsky den Versuch unternahm, die frühere Macht des Unternehmertums wieder herzustellen, wußten die Arbeiter, daß für sie Ernst Grube arbeiten wird . . .

Kozlowsky selbst lief einmal katzbuckelnd und flehend vor Ernst Grube her und unter dem Gelächter der Arbeiter betonte er immer wieder, daß er lieber nach Ostpreußen gehen will, um Kartoffeln auszubuddeln, nur solle man ihm nichts tun. Wenn dann Ernst Grube aus dem Verwaltungsgebäude der Waggonfabrik zurückkam und das Ergebnis der Verhandlungen verkündete, wies er stets darauf hin, daß die Forderungen nur erfüllt worden sind, weil die Arbeiter eine einheitliche Front gegen die Unternehmer gebildet hatten.

„Wenn wir stets geschlossen auftreten und keine Zersplitterung innerhalb der Arbeiterklasse dulden, wird es stets möglich sein, die Früchte unserer Arbeit zu ernten. Unser oberstes Gesetz muß es sein, alle Versuche zu zerschlagen, die auf Erhaltung der bürgerlichen Ordnung hinzielen, wir sind Arbeiter und erstreben die sozialistische Ordnung, in welcher die werktätigen Massen den entscheidenden Anteil an der Gestaltung der Politik des Landes haben. Um das zu erreichen, dürfen wir keine Abweichungen von den Forderungen der Novemberrevolution dulden, selbst wenn einflußreiche sozialdemokratische Führer für solche Abweichungen plädieren.“<sup>20)</sup>

Oftmals werden für den Kampf der Arbeiter im Betrieb nur für wenige Jahre Materialien vorliegen, unter Umständen wird für ein Jahrzehnt kein Material vorhanden sein. Allerdings erscheint es ausgeschlossen, daß bei einem 1874 gegründeten Betrieb, wie dem VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerke für die

<sup>19)</sup> Geschichte und demokratische Gegenwart im Kreise Quedlinburg. Quedlinburg 1956, S. 24.

<sup>20)</sup> 60 Jahre Arbeit 1898–1958. Werdau 1958, S. 11.

Zeit von 1919 bis 1945 überhaupt kein Material vorliegt. Für die Zeit von der Gründung des kapitalistischen Betriebes an bis 1919 ist eine beispielhafte Schilderung des Kampfes der Arbeiterklasse in enger Verbindung mit der Geschichte des Betriebes auf Grund vieler Dokumente, die vielfach im Faksimile veröffentlicht wurden, gegeben worden. Dann bricht aber diese Darstellung auf der Seite 66 mit dem Jahre 1919 plötzlich ab und auf den folgenden 35 Seiten wird die Entwicklung von 1945 bis 1958 wiedergegeben. Im Vorwort wird zwar ausdrücklich betont, daß die hier zusammengefaßten Materialien erst später zu einer eigentlichen Betriebsgeschichte verarbeitet werden sollen. Dann aber ist es nicht sehr ratsam, diese Veröffentlichung unter dem Titel „40 Jahre Novemberrevolution und Gründung der KPD 1918 bis 1958“ herauszugeben, zumal der größte Zeitraum dieser genannten Zeitspanne überhaupt nicht erwähnt wird, dagegen aber ausführlich auf 44 Jahre vor 1918 eingegangen wird.

In der Betriebsgeschichte des VEB Mimosa werden zwei gute Beispiele für den Kampf der KPD-Genossen im März 1933 gebracht. Es heißt dort: „Anläßlich des letzten Wahlkampfes im März 1933 wehte die rote Fahne der Arbeiterklasse zum letzten Male auf dem hohen Schornstein des Betriebes; dieselbe war nachts angebracht worden. . . . In der gleichen Nacht wurde auf dem leicht abfallenden Dach des Kesselhauses, sichtbar für alle in den oberen Etagen arbeitenden Werktätigen, die Parole ‚Wählt Liste 3, die KPD‘, angebracht.“

Vor diesen Beispielen aber finden wir den Satz: „Der Einfluß der Organisationen der Arbeiterklasse war bis 1933 im Betrieb beachtlich.“ Wie schade, daß hier nicht mehr darüber gesagt worden ist. Zumindest müßte es möglich sein, aus Erlebnisberichten von Partei- und Arbeiterveteranen konkrete Einzelheiten über diesen Einfluß der Organisationen der Arbeiterklasse zu erfahren. Verhältnismäßig wenig werden in den Betriebsgeschichten die für die Organisation des Kampfes der Arbeiterklasse überaus wichtigen Betriebszeitungen der KPD erwähnt, die zum großen Teil bereits in den 20er Jahren erschienen und manchmal sogar nach 1933 in illegalen Zeitungen ihre Fortsetzung fanden. Wir erfahren, daß die erste Ausgabe des „Roten Hammers“ am 1. November 1928 im Stahl- und Walzwerk Riesa erschien, bei den Arbeitern von Hand zu Hand wanderte und bei den Direktoren ohnmächtige Wut auslöste.<sup>21)</sup> Wir lesen ein Faksimile des in der Grube „von Voss“ erschienenen Organs „Das rote Sprachrohr“.<sup>22)</sup> Eine ganz treffliche Schilderung der Bedeutung der Betriebszeitung „Die Profitwalze“, die im Stahl- und Walzwerk Brandenburg erschien und die nach 1933 von der „Roten BZ“ abgelöst wurde, geben uns die Autoren der Geschichte des VEB Stahl- und Walzwerks Brandenburg.<sup>23)</sup> Im

<sup>21)</sup> 10 Jahre arbeiten wir ohne Flick. Riesa 1955, S. 16.

<sup>22)</sup> Entwicklung des Bergbaues und der Arbeiterbewegung im Grubenrevier Deuben. Deuben 1956, S. 155 ff.

<sup>23)</sup> Ott, Alexander und Kessner, Freimut, Die Stärkeren. Berlin 1957, S. 29 ff.

großen und ganzen ist die Schilderung der Arbeiterbewegung in der Zeit des Kapitalismus in den Betriebsgeschichten gut. Es fehlt jedoch oftmals ein genaueres Eingehen auf die Lage der Arbeiter im Kapitalismus. Es wird zuwenig auf die Fragen geantwortet, was verdiente der Arbeiter, was konnte er sich dafür kaufen, unter welchen Bedingungen mußte er arbeiten und leben?

Viel zu wenig wird der Inhalt der Arbeitsordnungen aus der kapitalistischen Zeit wiedergegeben wie z. B. in den Veröffentlichungen des VEB Stahl- und Walzwerk Riesa und des VEB Metall- und Kunststoffbeschläge Döbeln.<sup>24)</sup> Zuwenig noch werden Erlebnisberichte der Arbeiter veröffentlicht, die über ihre Lage Auskunft geben, wie z. B. jener von Otto Duldhardt aus dem VEB Ernst-Thälmann-Werk, Magdeburg:

„Im Jahre 1908 begann ich meine Lehrzeit als Dreher. Das war aber bei Schäffer & Budenberg gar nicht mal so einfach. Selbst an uns Lehrlingen wollten sie noch verdienen. Jeder Lehrling mußte darum, ehe er seine eigentliche Lehrzeit von 4 Jahren antrat, erst mal ein Jahr als Laufbursche täglich zehn bis elf Stunden arbeiten. Dafür kriegten wir zwölf Mark im Monat. Als Dreherlehrling ging es mir auch nicht viel besser. Auf die Gewerbeschule schickten sie uns ja, aber nach Feierabend – zweimal wöchentlich von 19.30 bis 21.30 Uhr und jeden Sonntag von 8 bis 12 Uhr. Urlaub kannten wir gar nicht, und da wir ja auch sonntags zur Berufsschule mußten, hatten wir in der ganzen Lehrzeit nicht einen freien Sonntag. Als Lehrling bekam ich einen Wochenlohn von drei Mark. Die wurden mir aber nicht etwa ausgezahlt, bewahre. Davon wurde die Hälfte als sogenanntes Spargeld zwangsweise vom Unternehmer einbehalten. Mir verblieben nach Abzug von Kranken- und Invalidengeld genau noch eine Mark und zwanzig Pfennig. Ich mußte, wie die meisten anderen Lehrlinge auch, schon dreizehn und vierzehn Stunden täglich in Akkord arbeiten. Dafür kriegte ich allerdings nur ein Viertel von dem, was die übrigen Facharbeiter bekamen und davon wurde wieder ein Teil als Spargeld einbehalten . . . Es sollte uns Lehrlingen sofort nach Beendigung der Lehrzeit ausgezahlt werden. Pustekuchen! Um es zu kriegen, mußten wir uns verpflichten, noch ein weiteres Jahr im Werk zu arbeiten. Als Facharbeiter bekamen wir dann fünfzig bis neunzig Pfennig die Stunde, Hilfsarbeiter kamen höchstens auf fünfzig Pfennig. Davon gingen dann die Strafen ab. Darin waren sie groß. Wer auch nur eine Minute später mit der Arbeit begann, dem wurden sofort fünfundzwanzig Pfennig vom Lohn abgezogen . . .“<sup>25)</sup>

Solche Erlebnisse sind durchaus geeignet, besonders den jugendlichen Arbeitern ein anschauliches Bild vom Kapitalismus zu vermitteln. Gewiß, sie haben in großen Zügen davon bereits in der Schule gehört, in manchen Romanen etwas gelesen, vielleicht auch in Filmen und Theaterstücken etwas darüber ge-

<sup>24)</sup> 10 Jahre arbeiten wir ohne Flick. Riesa 1955, S. 7; Die Geschichte der Arbeiterbewegung des VEB Metall- und Kunststoffbeschläge. Döbeln 1956, S. 6f.

<sup>25)</sup> Brennecke, Wolf D., Die große Kraft. Magdeburg 1956, S. 9f.

sehen. Wieviel wirksamer aber kann eine solche Erzählung eines alten Arbeiters, den sie selber kennen, sein, über die Verhältnisse eines Werkes in früherer Zeit, in dem sie heute selbst arbeiten.

Viel zuwenig wird auch das in vielen Betrieben vorliegende Aktenmaterial, das über die Lage der Arbeiter im Kapitalismus Auskunft gibt, zitiert. Sehr kraß geht der Mangel an sozialen Einrichtungen in einem Betrieb des Bulle-Konzerns aus einem „Ehrengerichtsurteil“ gegen den Besitzer Hermann Bulle aus dem Jahre 1938 hervor:

„In dem als Aufenthaltsraum bestimmten Raum befanden sich bei der Besichtigung im März 1938 weder Tische noch Stühle, keine Schränke, keine Kleiderhaken, keine Waschgelegenheit. Zum Sitzen konnten lediglich einige Kisten dienen. Die Sachen der Leute waren in offenen Kisten untergebracht. Die Leute schliefen auf Strohsäcken ohne Bettgestell auf dem Fußboden. Bei Einnahme der Mahlzeiten mußten sie sich mangels anderweitiger Sitzgelegenheiten auf die Strohsäcke setzen. Die Fenster waren ungeputzt. Als Waschgelegenheit dienten 2 Eimer und 1 Wasserzapfstelle . . . 18 auswärtige Arbeiter schliefen in zwei kleinen Räumen über der sog. Kantine. In 6 Betten schliefen öfters 10 Mann. Die Feldbetten standen dicht nebeneinander; zwischen den Betten war kein Zwischenraum. In dem Raum gab es keine Kleiderspinde, Tische und Stühle. Bis der Betriebsleiter Sorge im März 1938 einige Eimer verteilte, diente als Waschgelegenheit lediglich ein Wasserzapfhahn.

Die Aborte waren völlig verschmutzt. Die Aborttüren waren ausgehängt, weil sie als Sortiertische verwendet wurden. Dadurch zog es stark auf den Aborten, was für die von den heißen Öfen kommenden Arbeiter eine besondere Gesundheitsgefährdung bedeutete.“<sup>26)</sup>

Natürlich können wir nicht sagen, daß ein derartiger Mangel an sozialen Einrichtungen für den Kapitalismus der 30er Jahre dieses Jahrhunderts typisch war. Vielfach wurden schon weit früher in anderen Betrieben gewisse soziale Maßnahmen durchgeführt. Es hat keinen Sinn, diese Dinge unerwähnt zu lassen. Man muß aber dazu sagen, wie gering die „sozialen Aufwendungen“ der Kapitalisten im Verhältnis zu den Gewinnen der Kapitalisten waren, und daß es sich hierbei um das von Arbeitern erschuftete Geld handelte, von dem der Kapitalist ihnen das Zuckerbrot kaufte, um die Peitsche besser schwingen zu können. Wir lesen in einer Schrift vom VEB Rohr- und Kaltwalzwerk: „Die 6000 Mark, die im Jahre 1916 für Wohlfahrtszwecke ausgegeben wurden und mit denen der Unternehmer sich noch einen großen Namen machen wollte, gingen nicht von seinem Verdienst, sondern aus dem Reingewinn, der 1916 505395 Mark betrug. Von diesen 6000 Mark für Wohlfahrtszwecke wurden einige der dringendsten ‚sozialen Maßnahmen‘ finanziert. So standen zum Beispiel Gelder für Waschräume, Abortanlagen und Zuwendungen an ‚bevorzugte Kollegen‘ auf der Ausgabenseite des Geschäftsberichtes.“<sup>27)</sup>

<sup>26)</sup> Menschen und Werke unserer Heimat. Ilmenau 1956, S. 38.

<sup>27)</sup> Wo lebt es sich besser? Karl-Marx-Stadt 1956, S. 6.

In diesem kurzen Absatz erkennen wir zweifellos den richtigen Ansatz zur Kritik. Dennoch ist es wichtig, ausführlicher darauf einzugehen, so wie es z. B. in den „Materialien zur Chronik des VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerke“ geschieht:

„Arbeiterfürsorge, Angestelltenfürsorge, Kriegsunterstützung, Sonderunterstützung, Verpflegung durch die Großküche und die Kantinen, unmittelbare Abgabe von Lebensmitteln und Bekleidungsstücken, Verpachtung von Gartenanlagen und Freilandgärten, Weihnachts- und Konfirmationsgeschenke, Liebesgaben, Briefe oder Päckchen an die ‚braven Mitarbeiter in Feindesland‘ usw. – alles das bezeichneten die Meier & Weichelt mit dem schönklingenden und für die Arbeiter bestimmten Namen ‚Wohlfahrtswesen der Firma Meier & Weichelt‘. In Wirklichkeit war es jedoch ein ‚Wohlfahrtswesen‘ für die Kriegsgewinnler der Firma Meier & Weichelt, das den Arbeitern ein selbst erarbeitetes ‚Almosen‘ gab und den Kapitalisten erhöhte Gewinne sicherte. Dieses ‚Wohlfahrtswesen‘ verfolgte klar die Ziele:

1. Verstärktes Antreiben der Arbeiter zur ständigen Steigerung der Kriegsproduktion, äußerst rege Geschäftstätigkeit für direkte und indirekte Kriegslieferungen, laufende Vergrößerung des Warenumsatzes, erhöhte Kriegsgewinne und Bau neuer Betriebsanlagen;
2. Zusätzliche Verdienste für die Meier & Weichelt und ihre Helfer, die Kantineninhaber u. a.;
3. Sich-Aufspielen als den ‚guten sozialen Onkel‘ und Versuche, die Gegensätze zwischen Lohnarbeit und Kapital zu vertuschen;
4. Versuche, die Arbeiter und Angestellten von den ‚Sorgen des Alltags‘, d. h. vom Klassenkampf, vom Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen die kapitalistische Ausbeutung abzulenken;
5. sich trotz Hetztempo in der Arbeit und unmenschlicher Beanspruchung der Arbeitskraft einen ‚seßhaften und ergebenen Arbeiterstamm‘ zu sichern;
6. das ‚Durchhalten bis zum siegreichen Ende‘ an der Front und in der Heimat zu garantieren.“<sup>28)</sup>

Die Verfasser dieser Zeilen sind auf dem richtigen Wege. Der Kapitalist wird hier als Ausbeuter kritisiert, dem die sozialen Leistungen als ein Mittel zur erhöhten Ausbeutung dienen. Allerdings sollte das Verfasserkollektiv dieser Materialien, die ja nur eine Grundlage für die spätere Ausarbeitung einer Betriebsgeschichte sein sollen, versuchen, von dem dozierenden Stil fortzukommen, der sich durch die Aufzählung der Ziele ergibt; obwohl diese völlig richtig formuliert sind. Es besteht doch die Gefahr, daß darüber hinweggelesen wird. Viel eindrucksvoller könnten diese Tatsachen demonstriert werden, indem jedes einzelne dieser angeführten Ziele durch Dokumente aus den Betriebsarchiven, Ausschnitte aus Erlebnisberichten oder aus Zeitungsartikeln lebendig gestaltet wird.

<sup>28)</sup> 40 Jahre Novemberrevolution und Gründung der KPD 1918–1958. Leipzig 1958, S. 23.

Unter Umständen kann auch die Veröffentlichung einer Rede eines früheren kapitalistischen Fabrikbesitzers oder Direktors bzw. ein Auszug daraus sehr gut dazu dienen, bestimmte Seiten des Ausbeutungsverhältnisses zu charakterisieren. Sehr eindrucksvoll wurde das z. B. mit einer Rede des Bergbaukapitalisten A. Riebeck gemacht, in der dieser die kapitalistische Gesellschaftsordnung als ewige gottgewollte Ordnung hinstellte. Hier nur ein Auszug daraus:

„Tief zu beklagen ist es, wenn solche Menschen in ihrer Dummheit und ihrem Dünkel wähnen, es besser machen zu können als der allgütige Gott selbst. Verbrecherisch aber bleibt es, wenn sie mit Bewußtsein die Grundlage eines nach Gottes Ordnung geregelten Staatslebens untergraben, wenn sie die Ehe und das Eigentum aufheben und gleichen Genuß der äußeren Lebensgüter für alle einführen wollen. Zu gleichem Genuß möchten wohl alle bereit sein, aber wo bleibt die Arbeit, die gleiche Arbeit. Ohne den Trieb zur Arbeit, den Gottes Weisheit in den Erwerb der äußeren Lebensgüter gelegt hat, würde die Quelle des menschlichen Bestehens, die Arbeit selbst, sehr bald versiegen.“<sup>29)</sup>

In der Einschätzung dieser Rede wird von den Verfassern unter anderem gesagt:

„Diese Rede C. A. Riebecks, die er 1877 hielt, war dazu angetan, den größten Teil seiner Arbeiter zu verwirren. Sie waren noch zu stark in den patriarchalischen Verhältnissen befangen. Obwohl sie mit ihren Familien tagtäglich ihre Verelendung spürten, der sie unter den kapitalistischen Produktionsverhältnissen ausgesetzt waren, erkannten nur wenige unter ihnen, und zwar die besten Agitatoren der Sozialdemokraten, daß es ohne Kampf aller Arbeiter gegen die Kapitalisten, die Grubenherren, kein Entrinnen aus dem elenden Arbeiterdasein gibt. Die von Riebeck unter den Arbeitern genährte Hoffnung, daß sie es durch großen Fleiß und Aufwendung aller Anstrengungen in der Arbeit ebenso wie er zu Reichtum bringen könnten, wurde sehr oft geglaubt; und gerade das wollte Riebeck bezwecken.

Er wußte, daß nur er der Nutznießer der hohen Arbeitsleistung seiner Arbeiter sein konnte. . . . Von Jahr zu Jahr erkannten die Arbeiter aber besser die Demagogie, die in der Rede und im Handeln Riebecks lag. — Riebeck, der aus einer Beamtenfamilie stammte, hatte in jungen Jahren aktiv an der 1848er Revolution teilgenommen, um den Feudalismus und die Monarchie in Deutschland, besonders in Preußen, zu beseitigen. Dafür wurde Riebeck zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, die er in Zeitz verbüßt haben soll.

Diese politische Einstellung in seinen jungen Jahren mag ihn später als Unternehmer bei der Einrichtung einer Betriebskrankenkasse für seine Schwelerei- und Fabrikarbeiter geleitet haben. Diese Tat hebt ihn jedoch über die anderen Grubenherren in unserem Revier nicht hinaus.

<sup>29)</sup> Entwicklung des Bergbaues und der Arbeiterbewegung im Grubenrevier Deuben. Deuben 1956, S. 101.

Er war und blieb der kalt rechnende Unternehmer, der seine Rolle als Ausbeuter seiner fleißigen Arbeiter kannte, diese Rolle aber voller Demagogie verschleiern wollte.“<sup>30)</sup>

Die Bemerkungen zu der Rede sind völlig richtig, keineswegs glaubhaft ist aber, daß ihn seine „politische Einstellung in seinen jungen Jahren . . . später als Unternehmer bei der Einrichtung einer Betriebskrankenkasse für seine Schwelerei- und Fabrikarbeiter geleitet haben“ mag. Abgesehen davon, daß „seine Schwelerei- und Fabrikarbeiter“ eine kapitalistische Ausdrucksweise ist, die wir nicht übernehmen sollten, müßte hier gerade dargelegt werden, welche Vorteile Riebeck als Kapitalist durch diese Betriebskrankenkasse erwachsen.

Die Frage „wem nützt es?“ muß immer und überall bei der Darstellung der Betriebsgeschichte gestellt werden. So finden wir z. B. in der Geschichte des VEB Waggonbau Niesky eine gute Schilderung der Entwicklung eines Handwerkers zum Kapitalisten<sup>31)</sup>, aber wenige Seiten später finden wir über dessen Sohn die Sätze: „Der Sohn von Christoph, Friedrich-Johann Christoph, besucht in Zürich das Polytechnikum und wird als Ingenieur ausgebildet. Mit seinem Eintritt in den Betrieb wird die Leitung des Betriebes wesentlich verbessert.“<sup>32)</sup>

Für wen aber wird die Leitung des Betriebes verbessert? Für die Arbeiter doch nicht. Verbesserung der Leitung eines kapitalistischen Betriebes kann doch nur heißen, eine bessere Leitung für die kapitalistischen Interessen zu schaffen und damit die Ausbeutung zu erhöhen. Sorgen wir also dafür, daß solche, selbstverständlich unbeabsichtigten Fehler beim Schreiben der Betriebsgeschichte nicht unterlaufen.

Andererseits müssen wir uns vor jenen Übertreibungen hüten, in jedem Handwerker gleich einen Kapitalisten zu sehen. In einem Artikel zur Entwicklung des VEB Meßgeräte- und Armaturenwerk „Karl Marx“, Magdeburg, heißt es: „Man schrieb das Jahr 1850 . . . Mit einer kleinen Werkstatt im Keller auf dem Hinterhof der Stephansbrücke 15 fing man an. Die Kapitalisten Schäffer und Budenberg begannen mit drei Arbeitern, das nötige Geld zusammenzuscheffeln. Nach dem sie es verstanden hatten, erwarben sie sich bereits im Jahre 1858 den Gasthof ‚Zum Landhaus‘ und rüsteten ihn mit Dampfkraft aus. Durch die Ausbeutung der drei Arbeiter schafften sie sich das Kapital zu einem mit Dampfkraft ausgerüsteten Betrieb und erweiterten ihn auf 120 Arbeiter zur Vergrößerung ihres eigenen Geldbeutels.“<sup>33)</sup>

<sup>30)</sup> Ebenda.

<sup>31)</sup> Zur Geschichte des Betriebes VEB Waggonbau Niesky. Niesky 1957, S. 25 ff.

<sup>32)</sup> Ebenda, S. 36.

<sup>33)</sup> Das Sprachrohr, Organ der Betriebsparteileitung der SED im VEB Meßgeräte- und Armaturenwerk „Karl Marx“, Magdeburg, 8. Jahrgang, Nr. 14 vom 30. Juni 1956.



Der letzte Satz ist vollkommen richtig, jawohl, die drei Arbeiter wurden ausgebeutet. Aber Schäffer und Budenberg waren 1850 noch keine Kapitalisten, und sie hatten auch keine Möglichkeit, „Geld zusammenschneffeln“. Einen so „goldenen Boden“ hatte das Handwerk denn nun doch nicht.

Es ist erforderlich, die Entwicklung wahrheitsgetreu zu schildern. Das ist für die Zeit des 19. Jahrhunderts, in der sich das deutsche Bürgertum von einer fortschrittlichen in eine reaktionäre Klasse wandelte, nicht so einfach wie in der Zeit des Imperialismus. Diese Wandlung im Bürgertum gilt es, bei den Betrieben, deren Gründungsdatum weit genug zurückreicht, an den Beispielen ihrer ehemaligen Besitzer zu zeigen.

Mit aller Entschiedenheit aber müssen wir unmarxistischen Darstellungen in der Betriebsgeschichte entgegentreten, wie wir sie z. B. in einer Schrift des VEB Buchdruckereimaschinenwerk Leipzig finden. Hier ein längerer Abschnitt, der die Überschrift trägt, „Ein Buch der Arbeit“:

„Mit dem Leben und Werk Karl Krauses wird eines der bekenntnisreichsten Bücher schaffender Menschen des 19. Jahrhunderts aufgeschlagen. Er kam am 29. November 1823 in dem kleinen, nordöstlich von Leipzig gelegenen Dörfchen Liemehna zur Welt und war als jüngster Sohn einer kinderreichen, im Cholerajahr 1831 von hartem Verhängnis betroffenen Bauernfamilie schon in frühester Jugend auf sich allein angewiesen. Ein angeborener praktischer Sinn trieb ihn zu mechanischen Kunststücken, zu Überlegungen, wie die Arbeit auf dem Hof und Feld am zweckmäßigsten verrichtet werden könnte.

Aus der Dorfschule mit dem notdürftigsten Wissen entlassen, machte er im Leipziger Kaffeehaus Felsche bei seinen Botengängen die erste Bekanntschaft mit der Welt des Dampfes und der Maschine, die sich mit der Eröffnung der Leipzig-Dresdner Eisenbahn im Jahre 1839 ankündigte. Als Schlosserlehrling fand Karl Krause den Beruf, der ihm zur Lebensaufgabe werden sollte. Den Gesellen- und Wanderjahren folgte die Meisterwerdung in der berühmten Leipziger Eisenbahnbauwerkstatt der Gebr. Carl und Gustav Harkort. Hier gewann er die Freundschaft des Ingenieurs Gustav Goetz, der ihn in die Theorie des Maschinenbaues einführte. In diesem Kreise verkehrten auch Karl Alexander Hensel, August Fomm und Christian Mansfeld, die Mitbegründer der Leipziger Buchbindereimaschinenindustrie. Denkwürdig bleibt noch die Begegnung des jungen Krause mit dem Liederkomponisten Robert Schumann, der ihm als Leitmotiv seinen viel zitierten Ausspruch mit auf den Weg gab: Es ist des Lernens kein Ende! Lernen und Schaffen verschmolzen in seinem Leben zu einer Einheit, und so lassen wir auch heute die Worte seines Biographen Oskar Pache vom Jahre 1891 gelten: ‚Wer gesehen hat, wie Karl Krause sich energisch auf die Aufgabe seines Lebens beschränkte und gewissenhaft jede Minute der ihm vergönnten Zeit zum Lernen und Schaffen benutzte, der wird verstehen, daß solchem Manne Großes gelingen mußte.‘

Der Mensch hat keinen anderen Wert als seine Wirkung, heißt es bei Schiller. Hineingestellt in eine Zeit der stürmischen Aufwärtsentwicklung der Technik und Wirtschaft, steht das Leben Karl Krauses in unvergleichlicher Breiten-

und Tiefenwirkung auf die Buchbinderei und die papierverarbeitende Industrie vor uns. Mit bescheidenen Mitteln begann er vor einem Jahrhundert das Werk, aus dem bis zu seinem Tode am 3. März 1902 über 80000 Maschinen hervorgingen, die seinen Namen über Länder und Meere hinaustrugen. Schon damals beschäftigte das Werk an die Tausend Mitarbeiter. In Heinrich Biagosch, der als junger Reisender bei ihm anfang, fand Karl Krause den freudig vorwärtstrebenden Mitarbeiter und Teilhaber, der als einer der ersten die große Bedeutung des Exports für die graphische Maschinenindustrie erkannte.

Leipzig war der bewegende Mittelpunkt im Schaffen Karl Krauses. Indem er bei allem, was er errungen, der einfache, anspruchslose Mensch blieb, der es nie vergaß, daß er sich nur mit Hilfe anderer hat emporarbeiten können, bewahrt ihm, dem Gründer, das Buchbindereimaschinenwerk zu Leipzig, ein ehrendes Gedenken.<sup>33a)</sup>

In dieser Art wird Karl Krause in der ganzen 48 Seiten umfassenden Schrift mit uneingeschränktem Lob bedacht. Zugegeben, Karl Krause hatte sich Verdienste um die technische Entwicklung der Buchbindereimaschinen erworben. Um die Jahrhundertwende beutete der gleiche Karl Krause in seinem Werk über 1000 Arbeiter und Angestellte aus. Über diese Ausbeutung erscheint auch nicht ein Wort in der ganzen Schrift und kein Wort über die Lage der Arbeiter und ihre Kämpfe.

Bis auf den Namen des herausgebenden Betriebes „VEB Buchbindereimaschinenwerk Leipzig“ unterscheidet sich die gesamte Schrift nicht in einer Zeile von einer kapitalistischen Firmenfestschrift. Eine solche Art, die Geschichte eines volkseigenen Betriebes zu schreiben, dient dem klassenfeindlichen Standpunkt der ideologischen Koexistenz und muß auf das schärfste bekämpft werden. Besonders das eben gegebene Beispiel mahnt uns, in den Betriebsgeschichten auf das Profitinteresse der Kapitalisten einzugehen, das ihre Triebfeder zum Ausbau eines immer umfassenderen Systems der Ausbeutung ist. In einer Darstellung zur Geschichte des VEB Fahlberg-List wurde als Beispiel hierfür der Brief eines Geschäftsfreundes der ehemaligen Aktiengesellschaft vom Juni 1909 im Faksimile wiedergegeben, in dem es unter anderem heißt: „Bin jetzt glücklich mit dem Bau und der Inbetriebsetzung meiner eigenen Fabrik fast fertig. Die Hauptsache ist, daß wir jeden Sommer ordentlich die Cholera haben, dann geht's doppelt gut.“<sup>34)</sup>

Die menschenfeindliche Haltung, die bei diesem Besitzer einer Steinkohlenteer-Raffinerie zutage tritt, der dem Menschen die Pest an den Hals wünscht, nur um mit seinen Teerpräparaten ein profitables Geschäft machen zu können, ist typisch für den Kapitalismus.

Besonders zeigt sich diese Unmenschlichkeit im Rüstungsgeschäft und in den vom deutschen Finanzkapital aus Profit- und Machtgier entfesselten Weltkriegen.

<sup>33a)</sup> Ein Jahrhundert Buchbindereimaschinenbau 1855–1955. Leipzig 1955, S. 6.

<sup>34)</sup> Der Schwefelofen, Organ der Parteileitung der SED des VEB Fahlberg-List, Magdeburg, Nr. 6 vom Juni 1955.

Dies an konkreten Beispielen nachzuweisen, ist eine wichtige Aufgabe der Betriebsgeschichten. Dafür aber genügt nicht eine bloße Aufzählung der hergestellten Rüstungsgüter und die Bemerkung „Der Herr Kommerzienrat und sein Sprößling Erhard betrachteten diesen Krieg, wie alle anderen Kapitalisten, als ein fettes Geschäft.“<sup>35)</sup>

Das allein überzeugt nicht. Besser ist schon die Darstellung, wie sie beispielsweise für die Geschichte des Eisenhüttenwerkes Thale im ersten Weltkrieg gegeben wurde:

„Die gesamte Produktion wurde völlig auf Rüstung umgestellt, und es wurden hauptsächlich Torpedos, Seeminen und Bojen hergestellt. 1915 wurde der Stahlhelm eingeführt, im Stanzwerk zu Millionen angefertigt und an die deutsche Armee geliefert. Die alte Klempnerei wurde auf Aluminium-Kochgeschirr und Feldflaschenproduktion umgestellt. Zirka 300 Beschäftigte aus der Eisengießerei wurden Rüstungsarbeiter in den Abteilungen Behälter- und Apparatebau, Stanzwerk und Walzwerk. Die gesamte Produktion in der Eisengießerei wurde stillgelegt. Ungewöhnlich hoch waren die Gewinne, die durch die Kriegsproduktion erzielt wurden und die die Aktionäre in ihre Taschen steckten. Das Aktienkapital betrug im Jahre 1917 8333300,— Mark. Der Reingewinn belief sich im gleichen Jahr auf 6791000,— Mark und die Tantiemen für die Aufsichtsräte betrugen 615000,— Mark.“<sup>36)</sup>

In dieser Schilderung sprechen Tatsachen und überzeugen ohne langatmige Erklärungen. Der hohe Kriegsgewinn ist offensichtlich, doch hier fehlt die Relation zu den Vorkriegsgewinnen. Es genügt nicht, wenn von „ungewöhnlich hohen Gewinnen“ geschrieben wird.

Für den Konzern des „Glaskönigs“ des Thüringer Waldes Hermann Bulle ist folgende Tabelle wiedergegeben worden.<sup>37)</sup>

	Umsätze	Gewinne
1938	Mk. 5 166 000,—	101 000,—
1939	Mk. 5 997 000,—	335 000,—
1940	Mk. 8 450 000,—	1 539 000,—
1941	Mk. 10 419 000,—	2 946 000,—
1942	Mk. 10 546 000,—	3 516 000,—
1943	Mk. 11 457 000,—	4 386 000,—
1944	Mk. 11 112 000,—	4 418 000,—
1945	Mk. 3 232 000,—	1 422 000,—
1946 (Teiljh.)	Mk. 7 158 000,—	836 000,—
Umsätze und Gewinne in 9 Jahren	Mk. 73 537 000,—	19 499 000,—

<sup>35)</sup> Geschichte der Arbeiterbewegung des VEB Metall- und Kunststoffbeschläge. Döbeln 1956, S. 5.

<sup>36)</sup> Der Hüttenarbeiter, Betriebszeitung des VEB Eisen- und Hüttenwerk Thale, Nr. 37 vom 24. September 1954.

<sup>37)</sup> Menschen und Werke unserer Heimat, Ilmenau 1956, S. 37.

Dieser Tabelle, die doch die Grundlage bildet, um vieles zu klären, ließ der Verfasser des Artikels über den „Bulle-Konzern“ nichts weiter folgen als den ironischen Satz: „Das ist gewiß alles für die Wohlfahrt seiner Arbeiter verwendet worden.“

Zunächst einmal ist zu sagen, daß die Summierung am Ende der Tabelle ein falsches Bild gibt, denn hier werden die Gewinne aus den verschiedensten Perioden (Vorkriegszeit, zweiter Weltkrieg und Zeit des Aufbaus einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung) addiert. Übrigens zeigt das Jahr 1946, daß es unter der antifaschistisch-demokratischen Ordnung weit schlechter möglich war, Gewinne zu verschleiern, als im Jahre 1938, was der starke prozentuale Unterschied der Gewinnspanne beweist (1938 = 2%, 1946 = 11,7% des Umsatzes).

Außerdem widerlegt der ausgewiesene Gewinn für 1946 das Märchen, wie schlecht es den Kapitalisten in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone ging und weist die Berechtigung der Maßnahmen zur stärkeren Steuerleistung der Kapitalisten in der DDR in den späteren Jahren nach.

Setzen wir den Gewinn zum Umsatz der Jahre 1939 bis 1945 in ein prozentuales Verhältnis, so gewinnen wir folgende Zahlenreihe:

Prozentsatz des Gewinnes  
vom Umsatz

1939	6,5
1940	18,2
1941	28,3
1942	34,3
1943	38,3
1944	39,8
1945	44,0

Die von Jahr zu Jahr steigenden Prozentsätze weisen deutlich die enorme Steigerung der Gewinne nach. Von Jahr zu Jahr stiegen die Kriegsgewinne des Bulle-Konzerns, wozu 1945, im letzten Kriegsjahr, in dem nur wenige Monate Kriegsgewinne realisiert werden konnten, noch Kriegsfolgegewinne durch bedeutende Schiebergeschäfte traten. Hier ist auch der zahlenmäßige Beweis erbracht, daß in einem Industriezweig, der nicht zur Rüstungsindustrie gehörte, bedeutende Kriegsgewinne gemacht werden konnten.

Wir sagten eingangs bereits, es genügt nicht allein, eine Statistik der Kriegsgewinne zu geben. Es kommt unter anderem darauf an, die Kapitalisten mit ihren eigenen Worten, in ihren Briefen, Reden, Protokollen von Sitzungen, Aktennotizen, Geschäftsberichten u. a. m. zu entlarven. Eine Möglichkeit wurde z. B. in der Geschichte des VEB Waggonbau Gotha, die vielfach in gelungener Weise die allgemeine mit der betrieblichen Geschichte zu verbinden verstand, in guter agitatorischer Weise genutzt:

„Lassen wir nun Geschäftsberichte aus den Jahren 1914 bis 1918 sprechen:

„Das abgelaufene Geschäftsjahr fällt bis auf einen Monat mit dem ersten Kriegsjahr zusammen. Das Ergebnis darf, namentlich mit Rücksicht auf die Kriegslage, als ein durchaus erfreuliches bezeichnet werden.“

Reingewinn: 500 823,— Mark.

23 Angehörige des Betriebes starben für dieses ‚erfreuliche‘ Ergebnis den ‚Heldentod‘.

Zweites Kriegsjahr:

„Wir dürfen trotz des Krieges auf ein erfreuliches Geschäftsjahr zurückblicken.“

Reingewinn: 755 527,— Mark.

16 Männer starben für die Aktionäre und Aufsichtsratsmitglieder.

1917 bis 1918:

„Wie im vorhergehenden Jahr stellten auch im verflossenen unsere Lieferungen fast ausschließlich Heeres- und Staatsbedarf dar.“

Reingewinn: 2 284 962,— Mark.

An Dividenden und Tantiemen wurden 1 422 222,— Mark verteilt. 12 gefallene Arbeiter bluteten dafür.

1918 bis 1919:

„Die rege Arbeit der ersten Monate des abgelaufenen Geschäftsjahres wurde durch das plötzliche Kriegsende und die Revolution jäh unterbrochen. Wenn trotzdem noch eine Dividende zur Ausschüttung kommen kann, so ist dies lediglich als Ergebnis der ersten Monate des Geschäftsjahres zu betrachten.“

Reingewinn: 1 006 766,— Mark.

Anteil der Aktionäre: 811 111,— Mark.

Welch eine Klage über das ‚plötzliche Ende‘! Und die Witwen und Waisen, die Invaliden und weinenden Mütter? Davon kein Wort, denn es war ehrenhaft, fürs ‚Vaterland‘ (der Unternehmer, Aktionäre und Bankiers) zu sterben.“<sup>38)</sup> Die Darstellung der Zeit des Faschismus und damit verbunden auch des zweiten Weltkrieges ist in einzelnen Betriebsgeschichten, wie z. B. der des VEB Braunkohlenwerk „Erich Weinert“, des VEB Waggonbau Niesky, des VEB Rafena-Werke, des VEB Stahl- und Walzwerk Brandenburg, eindrucksvoll geschildert bzw. mit Dokumenten belegt. Bei einigen Betriebsgeschichten aber findet diese Zeit nur ungenügende Erwähnung. In der Festschrift des VEB Feinoptisches Werk Görlitz finden wir nicht einmal das Wort Faschismus, geschweige denn eine Einschätzung der betrieblichen Auswirkungen der in dieser Zeit von dem reaktionärsten Teil des deutschen Finanzkapitals betriebenen Rüstungs- und Kriegspolitik. Dagegen wird hier sogar gesagt:

„Voll Stolz kann 1936, also nach 40 Jahren erfolgreicher Tätigkeit, festgestellt werden, daß Meyer-Objektive zum damaligen Zeitpunkt in rund 1100 verschiedenen Ausführungen und mit etwa 380 unterschiedlichen Brennweiten (die

<sup>38)</sup> Zur Geschichte unseres Betriebes. Gotha 1956, S. 19 f.

längste beträgt 850 mm) hergestellt werden und daß nicht weniger als 1500000 Meyer-Objektive in Gebrauch sind.“<sup>39)</sup>

Das wird für das Jahr 1936 „mit Stolz“ festgestellt, für eine Zeit also, in der auch die Produktion dieses Werkes bereits auf ihrem Gebiet Rüstungszwecken diene. Über den zweiten Weltkrieg lesen wir in dieser Schrift lediglich:

„So kam es also, daß kurz vor dem unheilvollen Weltkriege noch einmal ein großzügiger Neubau ausgeführt wird, der – im Jahre 1939 vollendet – das Werk um mehr als die Hälfte des schon bestehenden Gesamtbetriebes vergrößert. Zum zweiten Male innerhalb weniger Jahrzehnte erschüttert ein Krieg von unvorstellbaren Ausmaßen die Welt. Die Großstadt Görlitz hat als eine der wenigen in Deutschland zumindest das Glück, daß nicht eine einzige der architektonischen Kostbarkeiten zerstört wird.“<sup>40)</sup>

Es gehört ein gut Teil politischer Naivität dazu, den 1939 vollendeten Neubau nicht mit der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges in Verbindung zu bringen. Brutaler Zynismus aber ist es gegenüber dem grauenvollen Tod von Millionen Menschen auf Grund der Profitinteressen einiger weniger, gegenüber der barbarischen Verwüstung tausender Städte und Dörfer, ja ganzer Landesteile – was alles überhaupt nicht erwähnt wird – das „Glück“ zu preisen, daß in Görlitz „nicht eine einzige der architektonischen Kostbarkeiten zerstört“ worden ist.

In vielen Betriebsgeschichten wird die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht nur auf das rein betriebliche Geschehen beschränkt, sondern es wird richtig auf den großen Zusammenhang im nationalen und internationalen Rahmen hingewiesen. Damit wird besonders der Kampf der deutschen Arbeiterklasse unter Führung der KPD gegen Imperialismus, Militarismus, Faschismus und Krieg für die Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Nation betont. Zuwenig werden dagegen in manchen Betriebsgeschichten früherer Konzernbetriebe die volksfeindlichen und antinationalen Ziele der Monopole entlarvt. Wenn das wahre Gesicht der früheren Monopole, die ja in Westdeutschland noch weiterbestehen, sowie ihrer Hintermänner und Mittelsmänner, den Kriegsverbrechern und Militaristen eindringlich gezeigt wird, dann ist das eine wirksame Hilfe im Kampf gegen die Reste der Konzernideologie, die heute noch in manchen Köpfen spuken.

#### 4. Darstellung der Entwicklung der volkseigenen Betriebe

In jedem Betrieb wurde nach Beendigung der Kampfhandlungen im Jahre 1945 von den Arbeitern unter schwersten Bedingungen ein entschiedener Kampf um die Wiederingangsetzung der Produktion geführt. In fast allen Betriebsgeschichten wird den verdienstvollen Aktivisten der ersten Stunde lobende

<sup>39)</sup> 60 Jahre Meyer-Optik. Görlitz 1956 (Seiten nicht nummeriert).

<sup>40)</sup> Ebenda.

Anerkennung gezollt. Auch auf die Schwierigkeiten des Aufbaus der ersten Jahre wurde vielfach eingegangen, und mit Stolz wurden die errungenen Erfolge in bezug auf den Ausbau der Betriebe und die Erweiterung des Produktionsprogramms dargestellt.

Sehr wenig erfahren wir aber über die Kämpfe, welche die besten Vertreter der Arbeiterklasse auf politischem und ideologischem Gebiet in den Betrieben zu führen hatten, um diese zu einer materiellen Basis der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu machen. Oftmals begnügen sich die Betriebsgeschichten mit dem Hinweis, daß der Volksentscheid im Land Sachsen am 30. Juni 1946 die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher beschlossen hatte. Daß diesem Volksentscheid aber eine breite ideologische Erziehungsarbeit der Partei gegen bürgerliche Auffassungen vorangehen mußte, wie die der „Gemeinsamkeit der Interessen von Arbeiter und Unternehmer“, davon erfahren wir in den Betriebsgeschichten kaum ein Wort. Dabei war es doch eine Tatsache, daß sich in etlichen Betrieben Gruppen von Arbeitern und Angestellten, zum Teil auch ganze Belegschaften, unter der Einwirkung solcher Auffassungen hinter den Unternehmer oder auch hinter die Konzerndirektoren stellten. Resolutionen gegen die Enteignung wurden verfaßt und darin erklärt, daß dieser Unternehmer oder jene Direktoren keine Naziaktivisten oder Kriegsverbrecher seien, daß sie immer „arbeiterfreundlich“ gewesen wären usw.

Dabei wäre es bei der großen Bedeutung dieser Kämpfe von besonderer Wichtigkeit, sie auch mit allen Einzelheiten in den Betriebsgeschichten darzustellen.

Leider aber erfahren wir in den Betriebsgeschichten oft herzlich wenig von der Erziehungsarbeit der Partei, die doch so unendlich wichtig und wirklich kein Parteigeheimnis ist. Auf zwei großen Seiten der Festschrift des RAW Berlin unter der Überschrift „Die führende Rolle der Parteiorganisation im Betrieb“ finden wir nur allgemeine Sätze, die für jeden Betrieb Geltung haben, aber nicht den kleinsten Hinweis, wie die Parteiorganisation gerade dieses Betriebes ihre führende Rolle durchgesetzt hat.<sup>41)</sup> Ähnlich geht es uns bei der Schrift des VEB Zittauer Kunstseiden- und Baumwollweberei. Hier erfahren wir lediglich, daß die Betriebsparteiorganisation 1955 zur 1. Ökonomischen Konferenz aufgerufen hat, deren Ergebnis 192 zum Teil gute Vorschläge waren, daß sie im Jahre 1956 zur 2. Technischen-Ökonomischen Konferenz aufgerufen hat und daß sie sich dafür einsetzte, die Nachtschicht für die überwiegende Mehrzahl der Frauen abzuschaffen.<sup>42)</sup>

Wie aber wurde es zum Beispiel bei der 1. Ökonomischen Konferenz erreicht, 192 Vorschläge zu bekommen? Welche Einzeldiskussionen mußten dazu geführt werden, welche Argumente wurden benutzt, welche Ansichten mußten bekämpft werden?

<sup>41)</sup> Festschrift zum neunzigjährigen Bestehen des Reichsbahnausbesserungswerkes Berlin-Warschauerstraße. Berlin 1957, S. 63 ff.

<sup>42)</sup> Unser Betrieb einst und jetzt. Zittau 1956, S. 43.

Auch die Geschichte des VEB Waggonbau Niesky nennt uns nur eine entscheidende Aufgabe dieser Betriebsparteiorganisation, nämlich in diesem Betrieb das richtige Verhältnis der Arbeiter zur Sowjetunion herzustellen und betont, daß das bei der Mehrzahl der Arbeiter erreicht worden ist.<sup>43)</sup>

Etwas mehr erfahren wir schon in der Festschrift des VEB Reifenwerk Riesa, die sich wirklich bemüht, einen klaren Abriß der Parteiarbeit in all ihrer Vielseitigkeit zu geben und auch die Bedeutung der ideologischen Erziehungsarbeit in den Mittelpunkt stellt. Wir lesen unter anderem:

„Die Belegschaft wurde über Fragen der Gegenwart aufgeklärt. Falsche Meinungen und vom Klassengegner verbreitete Lügen wurden in überzeugender Form zerschlagen . . . Im Wohngebiet Gröba entfaltete die Parteileitung einen großen Agitations- und Aufklärungsfeldzug . . . Seit dem Jahre 1951 wird 14tägig die Betriebszeitung ‚Unser Profil‘ herausgegeben. Der Betriebsfunk strahlt seine Sendungen in Produktions- und Speiseräume aus. Auf diese Weise hatte die BPO die Möglichkeit, ihre Aufklärungsarbeit im ganzen Werk zu verbessern . . .“<sup>44)</sup>

Aber auch hier erfahren wir nichts über die Schwerpunkte der Diskussionen, die einzeln oder im Kollektiv, in Zirkeln, bei Schulungen usw. geführt wurden, nichts über die Argumente, welche sich für bestimmte Fragen in diesen Diskussionen, im Betriebsfunk, in der Betriebszeitung als wirksam erwiesen. Wir wissen alle, daß die Partei der Arbeiterklasse und unter ihrer Führung die Gewerkschaften in den Betrieben unendlich viel taten, um eine neue, sozialistische Arbeitsdisziplin zu erreichen, um durch Hebung der Arbeitsmoral zu einer höheren Arbeitsproduktivität zu gelangen. Aber wie dies alles geschah, erfahren wir kaum aus den Betriebsgeschichten. Zwei Veröffentlichungen zur Betriebsgeschichte des VEB Elektromaschinenbau Sachsenwerk und des VEB Stahl- und Walzwerk Brandenburg, auf die wir später in anderem Zusammenhang ausführlicher eingehen wollen, machen hier eine Ausnahme, die besonders hervorgehoben zu werden verdient.

In engem Zusammenhang mit der ideologischen Erziehungsarbeit der Partei steht der Klassenkampf, der besonders in den ersten Jahren nach 1945 gegen die ehemaligen Besitzer der Betriebe, gegen die Konzerndirektoren und ihre Helfershelfer geführt werden mußte. Hierauf gehen nur die Betriebsgeschichten des VEB Reifenwerk Riesa und besonders die des VEB Kraftfahrzeugwerk „Ernst Grube“ etwas ausführlicher ein.

Gerade die letztgenannte demonstriert anschaulich die betrieblichen Ereignisse zu den an dieser Stelle auch zitierten Worten Walter Ulbrichts:

„Die Gefahr der Restaurierung der alten Kräfte und der Wiedererstarkung des Imperialismus und Militarismus bestand auch in der sowjetischen Besatzungszone noch fort. Die alten Kräfte hatten nicht wenige Agenten innerhalb der

<sup>43)</sup> Zur Geschichte des Betriebes VEB Waggonbau Niesky. Niesky 1957, S. 110.

<sup>44)</sup> 10 Jahre Riesa-Reifen. Riesa 1958, S. 71.



Parteien und in den Verwaltungsorganen in der sowjetischen Besatzungszone. Auch in den Betrieben hatten sich ihre Spießgesellen tarnen können.“<sup>45)</sup> Obwohl in dem betreffenden Abschnitt nichts direkt über die Diskussionen gesagt wird, welche die Mitglieder der KPD in dieser Zeit im Betrieb führen mußten, werden doch die Schwierigkeiten, mit denen sie sich auseinandersetzen mußten, klar aufgezeigt und der Verlauf des Klassenkampfes unter Einschätzung der verschiedenen im Betrieb wirkenden Kräfte geschildert. Hier ein Auszug über die Situation unter der amerikanischen Besatzungsmacht, die ja in diesem Gebiet erst Anfang Juli 1945 von der sowjetischen abgelöst wurde:

„Der erste Eindruck, als man in den Versammlungsraum kam, sah nicht nach einer neuen Zeit aus. Gerber (Geschäftsführer und einer der kapitalistischen Gesellschafter – H. R.) mit seinem Stab machte sich vor der Bühne breit. Sie fühlten sich noch sehr sicher und erhaben. Die Arbeiter standen noch ganz im Banne der alten weggefegten faschistischen Betriebsatmosphäre; sie suchten sich weiter hinten ihren Platz. Der Referent traf verspätet ein, so daß wir einstweilen begonnen hatten. Die Ausführungen, die uns der Genosse Dirnberger machte, halfen uns viel, die politische Arbeit in Gang zu bringen. Von der Militärverwaltung wurde kurz vor dem 1. Mai eine Zeitung herausgegeben, in der mitgeteilt wurde, daß am 1. Mai Demonstrationen und das Zeigen von roten Fahnen verboten sei. Die Amis gaben der Bevölkerung einen Rat, der so recht nach dem Geschmack der Spießier war – man solle in den Garten gehen und Gemüse anbauen. Wir wußten nun, was wir von diesen Befreiern zu halten hatten.“<sup>46)</sup>

Und hier eine Einschätzung der Lage im Jahre 1946, als Gerber bereits entlassen war und die kapitalistischen Gesellschafter von außen her gegen den eingesetzten Treuhänder hetzten mit dem Ziel, die Verfügungsgewalt über das Werk wieder zurückzuerlangen:

„Die Genossen der KPD bezogen eine klare und richtige Position. Sie unterstützten, wenn auch mit Schwankungen, den Treuhänder Lutze, weil sie sahen, daß es den Gesellschaftern, die zum Teil selbst Mitglieder der Nazi-Partei waren, nicht darum ging, gegen Lutze als ehemaligem NSDAP-Mitglied vorzugehen, sondern gegen Lutze als *objektiven Vollstrecker des historisch notwendig gewordenen Fortschritts*. Manche Mitglieder der SPD bezogen in diesem Klassenkampf der Unternehmer gegen die erkämpften Positionen der Arbeiterklasse im Betrieb keine Stellung im Sinne der Arbeiterinteressen. Hatten es doch die Unternehmer geschafft, einen der ihren, den Gesellschafter Heyn, in der SPD als Mitglied unterzubringen. Damit hatten sie entsprechend der Taktik des ‚trojanischen Pferdes‘ in einer Arbeiterorganisation ein Sprachrohr ihrer Unternehmerinteressen, und das nutzten sie sehr gut aus, um die übelsten Gerüchte

<sup>45)</sup> Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der neuesten Zeit. Bd. I, 1. Halbband, S. 274.

<sup>46)</sup> 60 Jahre Arbeit 1898–1958, Werdau 1958, S. 28.

durch die SPD-Genossen in den Betrieb zu lancieren. Es gelang ihnen, Verwirrung unter die Belegschaft zu bringen. Viele Arbeiter durchschauten die Machenschaften der Unternehmer noch nicht, und einige SPD-Genossen leisteten ihnen direkte Hilfe . . .“<sup>47)</sup>

Solche Einschätzungen der Lage im Betrieb könnten und müßten auch von anderen Betriebsgeschichten gegeben werden und wir empfehlen, nicht nur die hier zitierten Stellen, sondern die ganze Schilderung des Klassenkampfes in diesem Betrieb nach 1945 als Beispiel zu nehmen, in der selbst zum methodischen Vorgehen bemerkt wird:

„Bei der Untersuchung der Betriebsakten über diese Zeit und der Auswertung der Berichte der Arbeiterveteranen sind wir zu interessanten Erkenntnissen über den damaligen Klassenkampf im Betrieb gekommen.“<sup>48)</sup>

Ein wichtiges Problem, das in den Betriebsgeschichten entscheidende Beachtung verdient, ist der Kampf der Arbeiter beim Aufbau der sozialistischen Industrie, das Ringen um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Hierbei kommt es nicht in erster Linie darauf an, allgemein zu sagen, was getan und was erreicht wurde. Am wichtigsten ist, immer wieder festzuhalten, wie es getan wurde, damit den Angehörigen der volkseigenen Betriebe Vorbilder vermittelt werden, die sie anspornen und mitreißen zu besonderen eigenen Taten zum Aufbau des Sozialismus. Kalinin sagte einmal, „daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität der Durchschnittsarbeiter um lächerliche 10<sup>0</sup>/<sub>10</sub> eine Riesenangelegenheit ist, und daß man dafür tagtäglich agitieren muß“.<sup>49)</sup> Wie aber wird diese Agitation in unseren Betrieben geführt, wie kommt es in allen Einzelheiten dazu, daß die Arbeitsproduktivität gesteigert wird? Selbstverständlich verlangt niemand, daß dies umfassend für den ganzen Betrieb geschildert wird. Jedoch ist es unbedingt notwendig, die zwei oder drei treffendsten Beispiele aus den Betrieben in aller Ausführlichkeit darzustellen.

Daher kann es nicht genügen, wenn wir in einer Betriebsgeschichte lesen, daß sie eine Gegenüberstellung der Bedingungen des Kapitalismus und der der Arbeiter-und-Bauern-Macht geben will, auf Grund derer eindeutig zu erkennen ist, daß jeder „besser lebt als es im kapitalistischen Deutschland möglich war“<sup>50)</sup>.

Gewiß ist es eine Aufgabe der Betriebsgeschichte, dies unter anderem auszusagen. Doch diese Aussage wird erst dann umfassend, wenn wir dazu erfahren, wie die Arbeiter des Betriebes darum kämpften, daß jeder besser leben kann, wenn wir uns selber davon angesprochen fühlen und uns auf Grund dessen Gedanken machen, was wir eventuell aus den angegebenen Erfahrungen entnehmen könnten, was wir bisher versäumt haben und was wir in Zukunft tun müßten. Natürlich kann man in kleinen Darstellungen zur Betriebsgeschichte

<sup>47)</sup> Ebenda, S. 29.

<sup>48)</sup> Ebenda.

<sup>49)</sup> Kalinin, M. I., Über kommunistische Erziehung. Moskau 1949, S. 149.

<sup>50)</sup> Unser Traktorenwerk. Schönebeck 1955, S. 4.

wie z. B. der des VEB Schwermaschinenbau S. M. Kirow nur eine so zusammengedrückte Tatsachenfeststellung geben:

„1954 war der Durchschnittsverdienst bereits auf 5400 DM gestiegen. Das kam nicht von selbst. Alle haben mitgeholfen, Verbesserungsvorschläge gemacht, die Hinweise der sowjetischen Freunde beachtet und angewandt, von den sowjetischen Neuerern gelernt und ihre Methoden in der Praxis verwirklicht.

Es wurde mehr, besser und billiger produziert.

Unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse, unserer stolzen Sozialistischen Einheitspartei, entwickelte sich das Bewußtsein unserer Kolleginnen und Kollegen, wurden die Schwierigkeiten überwunden, wurden Fehler und Mängel beseitigt.“<sup>51)</sup>

Gewiß, diese Schrift mußte zu einem besonderen Zweck innerhalb recht kurzer Frist fertiggestellt werden. Sicher wird in diesem Betrieb selbst schon festgestellt worden sein, daß sie nicht ausreicht und daß man auch hier an die Ausarbeitung einer besseren Betriebsgeschichte gehen muß. Genauso ungenügend ist es, wenn wir in der Betriebsgeschichte nur mitgeteilt erhalten, daß der Betrieb siebenmal Sieger in den großen Republikwettbewerben der Stahlwerke unserer Republik wurde, wie es z. B. beim VEB Stahl- und Walzwerk Riesa der Fall ist. Hier lesen wir daneben eine Aufzählung, wieviel Nationalpreisträger, Helden der Arbeit, verdiente Aktivisten, Aktivisten usw. ausgezeichnet wurden.<sup>52)</sup>

Die Veröffentlichung des VEB Braunkohlenwerk „Erich Weinert“ gibt nicht nur eine Aufzählung der mit staatlichen Ehrentiteln ausgezeichneten Betriebsangehörigen, sondern auch eine kurze Charakteristik ihrer Leistungen.<sup>53)</sup> Ebenso werden die Leistungen der Aktivisten des VEB Papierfabrik Greiz gewürdigt.<sup>54)</sup> Viele Darstellungen veröffentlichen die Bilder ihrer Aktivisten und die Zahlen für die vorbildliche und vorfristige Erfüllung der Produktionspläne. Die Volkswerft Stralsund gibt, wie auch andere volkseigene Betriebe, Beispiele für Verbesserungsvorschläge und würdigt in guter Weise die Erfindungen, welche von ihren Betriebsangehörigen gemacht worden sind.<sup>55)</sup> In der Geschichte des VEB Hydrierwerk Zeitz wird zitiert, was Lenin über die Bedeutung der Arbeitsproduktivität sagte.<sup>56)</sup>

Die Betriebsgeschichte des VEB Reifenwerk Riesa schildert sorgfältig die Entwicklung der Produktionsstätten in enger Verbindung mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter.<sup>57)</sup> Die Geschichte des VEB Jenapharm,

<sup>51)</sup> VEB Schwermaschinenbau S. M. Kirow. Leipzig 1954, S. 7.

<sup>52)</sup> 10 Jahre arbeiten wir ohne Flick. Riesa 1955, S. 29f.

<sup>53)</sup> Die Entwicklung des Bergbaues und der Arbeiterbewegung im Grubenrevier Deuben. Deuben 1956, S. 72ff.

<sup>54)</sup> 10 Jahre VEB Papierfabrik Greiz. Greiz 1956, S. 10.

<sup>55)</sup> 10 Jahre Volkswerft Stralsund. Stralsund 1956, S. 12f.

<sup>56)</sup> Unser Werk. Zeitz 1956, S. 16.

<sup>57)</sup> 10 Jahre Riesa-Reifen. Riesa 1958.

die, was äußerst anerkennenswert ist, bereits nach fünfjährigem Bestehen dieses Werkes erschien, gibt darüber hinaus einen interessanten Einblick in die Entwicklung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit.<sup>58)</sup> Die Kreisleitung der SED Hüttenkombinat Wilhelm Pieck und Bergbau Betriebe Mansfeld gab eine Broschüre mit einem Überblick über den Stand der Mechanisierung im Kupferbergbau heraus, die „zur Anregung für eine weitere aktive Mitarbeit in der Mechanisierung unserer Volkseigenen Mansfelder Kupferbergbaubetriebe dienen“ soll.<sup>59)</sup>

Sehr anschaulich werden in fast allen Betriebsgeschichten die sozialen Er rungenschaften der volkseigenen Betriebe, die Klubhäuser und Speisesäle, die Polikliniken und Sanatorien, die Kindergärten, Kinderferienlager usw. ge schildert.

All das Genannte ist zweifellos wichtig, gehört unbedingt in die Darstellungen zur Geschichte der volkseigenen Betriebe hinein.

Aber bei allem lobenswerten Fleiß, mit dem die Betriebsgeschichten erarbeitet worden sind und bei Berücksichtigung der Liebe und Mühe, mit der sie vielfach mit Bildern, graphischen Darstellungen, Reproduktionen von Dokumenten ausgestattet worden sind, ist in ihnen ein falscher Bruch in der Darstellung zwischen der kapitalistischen Zeit und zwischen der Zeit des sozialistischen Aufbaus unverkennbar. Während die revolutionären Kämpfe der Arbeiter im kapitalistischen Betrieb, beim Kapp-Putsch, bei Massenstreiks, beim illegalen Kampf gegen den Faschismus oftmals bis in einzelne Details ausgeführt und mit gewiß mühsam gesammelten Dokumenten belegt sind, werden die großen Taten beim sozialistischen Aufbau nur als nackte Tatsachen gewürdigt. Immer bleibt die Frage offen, wie hat dieser verdiente Aktivist oder wie hat jene ausgezeichnete Brigade die geschilderten Leistungen vollbracht. In einer Zeit wie unserer, in der es von so besonderer Wichtigkeit ist, daß die Arbeitsproduktivität gesteigert wird, müßte gerade die Beantwortung der Frage des Wie auch in den Betriebsgeschichten einen entscheidenden Platz erhalten. Gewiß kann man sich bereits daran begeistern, wenn man liest, dieser Arbeiter oder jene Brigade sind für bestimmte Leistungen ausgezeichnet worden. Das allein vermag vielleicht schon den Willen zu wecken, ihnen nachzueifern. Aber ist es nicht wichtig, all denen, die nacheifern wollen, zu zeigen, welche Wege die anderen gegangen sind?

Kalinin sagt dazu:

„Spricht man von Tausendern, so soll man sagen, daß ein bestimmter Mensch in einem bestimmten Betrieb einen vernünftigen Rationalisierungsvorschlag gemacht hat, wodurch ein bestimmter Nutzeffekt in der Produktion erzielt worden ist. Es ist unvergleichlich wichtiger zu erzählen, wie ein bestimmtes Ergebnis erreicht wurde, als endlos das Wort ‚Tausender‘ zu wiederholen.“<sup>60)</sup>

<sup>58)</sup> Fünf Jahre VEB Jenapharm – Fünf Jahre Friedensarbeit für die Volksgesundheit. Jena 1954.

<sup>59)</sup> Mechanisierung Mansfeld. Eisleben, Januar 1957, S. 64.

<sup>60)</sup> Kalinin, M. I., a. a. O., S. 148.

In der Geschichte des VEB Maxhütte wird richtig darauf hingewiesen, daß in einer Zeit, in der es die Aufgabe der revolutionären Arbeiterpartei und der ihr zur Seite stehenden Gewerkschaften geworden ist, den Sozialismus aufzubauen, die revolutionären Kämpfe eben dieser Aufgabe gewidmet sind.

„Uns fehlt eine richtige Revolution“, sagte einmal einer. „Eine Revolution gleicht einem riesigen Hochofen, in dessen Glut das taube Gestein zu Schlacke verbrennt. Aber das Gestein des kleinbürgerlichen Denkens und des sozialen Reformlertums gibt dabei den Stahl des klaren Erkennens der Wahrheit frei. Und was ist das hier bei uns? Wir versuchen, behutsam die feinsten Metalläderchen mit bloßen Händen freizulegen. So ist das doch mit dem Klassenbewußtsein hier bei uns.“

„Du mußt die Glut der Revolution durch die Geduld und die Kraft der Überzeugung ersetzen“, antwortete ihm ein sowjetischer Genosse. „Auch das, was ihr jetzt durchlebt, ist eine Revolution. Es liegt an euch, ob sie für die deutsche Arbeiterklasse zum Siege geführt wird. Wir können euch dabei nur helfen, so wie sich Arbeiter auf der ganzen Welt gegenseitig helfen.“<sup>61)</sup>

In der Darstellung dieser Revolution in den Betriebsgeschichten sind wir jedoch noch ganz im Anfang. Dabei fehlt es nicht an guten Beispielen in der Tagespresse und in den Betriebszeitungen. Sie antworten oftmals auf die Frage „Wie wurden bestimmte Leistungen erreicht“. Erinnert sei hier nur an die im Neuen Deutschland erschienene in Form und Inhalt ausgezeichnete Reportage von Jeanne Stern „Kunstseidene Mädchen 1959“. Die Autorin gibt darin anschaulich die Entwicklung der Jugendbrigade der Sortiererei des VEB Kunstseidenwerke Premnitz zu einer sozialistischen Brigade wieder.<sup>62)</sup> Hingewiesen sei auch auf den Tatsachenbericht von Werner Bräunig und Peter Eckhardt „Wie der Brendel Schorsch dem Christstollenmonat zu Leibe rückte“. Die Verfasser berichten hierin, wie in einem Objekt der Wismut AG angefangen wurde, eine sozialistische Brigade zu bilden.<sup>63)</sup> Tausende andere Artikel und Berichte in Zeitungen und Zeitschriften geben ähnliche Beispiele.

In manchen Betriebsgeschichten gibt es bereits erste Anfänge von Schilderungen der durch die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse in unserer Republik in Verbindung mit der beharrlichen Aufklärungsarbeit der Partei der Arbeiterklasse und der demokratischen Organisationen erzielten neuen Einstellung zur Arbeit. In der Geschichte des VEB Maxhütte wird dargestellt, wie der Stahlwerker bei sorgfältigem Durchdenken des Arbeitsvorganges auf die Steigerung der Produktion einwirken kann.<sup>64)</sup> Der VEB Zittauer Kunst-

<sup>61)</sup> Der „Max“ singt das Lied unserer Zeit. Berlin 1956, S. 14.

<sup>62)</sup> Neues Deutschland, Kulturbeilage vom 21. März 1959. Abgedruckt in einer Anthologie des Verlages Neues Leben, Wir ändern die Zeit. Berlin 1960.

<sup>63)</sup> Junge Kunst, Nr. 3, 1959. Abgedruckt in einer Anthologie des Verlages Neues Leben, Wir ändern die Zeit. Berlin 1960.

<sup>64)</sup> Der „Max“ singt das Lied unserer Zeit. Berlin 1956, S. 40.

seiden- und Baumwollweberei zeigt an einem kleinen Beispiel einer Filmvorführung über die Kowaljow-Methode, wie unter anderem das Durchdenken des Arbeitsvorganges im Betrieb angeregt wird und zitiert die Äußerung einer Arbeiterin:

„Jetzt erst weiß ich so richtig, was die Kowaljow-Methode bedeutet. Ich dachte immer, man müsse sehr schnell und viel arbeiten. Der Film zeigte mir statt dessen, daß im Gegenteil durch den gut durchdachten Arbeitsvorgang alle überflüssigen Handgriffe ausgeschaltet werden und dadurch wohl eine Mehrleistung, aber keine Mehrarbeit entsteht.“<sup>65)</sup>

Der VEB Braunkohlenwerk Nachterstedt gibt ein gutes Beispiel, wie durch gemeinsame Überlegungen der Braunkohlenkumpel Verbesserungen in der Produktion erzielt werden können.<sup>66)</sup>

Dagegen enttäuscht die Darstellung der Geschichte des VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau“ in dem Abschnitt „Unsere Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung“:

„In den Produktionshallen kämpfen die Kollegen hartnäckig im sozialistischen Wettbewerb um die Erfüllung des Planes. Unser Weg führt zur Montagehalle 18, vorbei an der Werkstoffprüfung. Sofort, wenn man den ersten Blick in die Halle wirft, wird das Auge von dem riesigen Koloß der Rollenrichtmaschine gebannt. Von ihr werden wir noch später erzählen.

Meister Erwin Schulze treffen wir mit zurückgeschobener Schiebermütze, als er gerade seine Anweisungen erteilt.

„Na, Erwin, schafft ihr es mit dem Sorgenkind?“

„Dämliche Frage“, kommt es prompt zurück, „was denkt ihr denn, die Wettbewerbsprämie von 3000,— DM muß fallen.“

Er läßt uns stehen und wendet sich seiner Aufgabe zu. Ja, hier in dieser Halle spürt man die motorische Kraft des Wettbewerbs, hier wird der Kampf um Stunden und Minuten geführt, hier wird um die Ehre der Wildauer Schwermaschinenbauer gekämpft.

Nachdem wir in der Halle weitergegangen sind, stehen wir nun vor den Senkrechtwalzgerüsten, die ebenfalls ihrer Vollendung entgegensehen.

Hier arbeitet die Brigade Dohmen.

Jupp, der Brigadier, ist heute nicht gut zu sprechen; der Motor, den er für den Oberantrieb eines Gerüstes benötigt, ist immer noch nicht da.

Er flucht nicht schlecht, und wir registrieren nur einige Sätze wie:

„Mit ihrer Schlamperei, da hauen die uns noch den ganzen Wettbewerb über den Haufen, aber wehe, dann kracht's im Karton.“ Wir machen uns lieber aus dem Staub, sonst fällt noch irgendwo aus Versehen ein Hammer herunter.

Wir stehen vor dem Wettbewerbskiosk. Dargestellt in Form einer Bahnstation mit Lokomotiven, Güterwagen und Zubringer, die die Waggons bedaden, können hier alle Kollegen den Stand ihrer Abteilung erkennen. Dem je-

<sup>65)</sup> Unser Betrieb einst und jetzt. Zittau 1956, S. 24.

<sup>66)</sup> Ich und wir. Nachterstedt 1958, S. 13ff.

weiligen Stand entsprechend, gruppieren sich die einzelnen Abteilungen. Heute ist es die Kurbelwellendreherei, die mit Volldampf an der Spitze liegt.

So wurde bei uns der Wettbewerb zu einem Bestandteil der täglichen Arbeit. Schon viele ‚Beste Facharbeiter‘ in den einzelnen Berufsgruppen konnten ermittelt werden, die außer dem Titel noch eine Prämie von 100,— DM erhielten. So war es auch möglich, zum 1. Mai und zum 13. Oktober, dem Tag der Aktivisten, durch den Wettbewerb die Kollegen zu ermitteln, die durch ihre Leistungen in Produktion und Verwaltung entscheidend mithalfen, unsere Planaufgaben zu erfüllen.

Wir hoffen, daß es uns gelungen ist, über den sozialistischen Wettbewerb bei uns so viel zu sagen, daß du, lieber Leser, spürst, wie der Wettbewerb bei uns als Hebel für die Steigerung der Arbeitsproduktivität, für die Erfüllung unserer Planaufgaben und damit schließlich für den wachsenden Wohlstand unseres Volkes wirksam ist.“<sup>67)</sup>

Leider müssen wir feststellen, daß die Autoren, die zwar den besten Willen äußerten, dieses Vorhaben nicht bewältigten. Vom Wettbewerb selbst wird uns praktisch nichts berichtet.

Wir erfahren lediglich etwas über die Höhe der Prämien und über die Flüche eines Brigadiers. Wie aber ist der Wettbewerb zustande gekommen? Welche mühseligen Diskussionen mußten erst geführt werden? Welche falschen Anschauungen wurden dabei mit welchen Argumenten überwunden? Welche Überlegungen stellten die Brigademitglieder an, um den Wettbewerb zu gewinnen? Welche Verbesserungsvorschläge, welche neuen Arbeitsmethoden ergaben sich aus diesem Wettbewerb? Diese Fragen und viele andere mehr werden weder in dem zitierten Abschnitt noch in der sonstigen Darstellung dieses Buches beantwortet.

Der VEB Elektromaschinenbau Sachsenwerk hat 1958 eine Broschüre „Unser Werk von uns geleitet“ herausgegeben. Sie war überhaupt nicht als Betriebsgeschichte gedacht, sondern als Agitationsschrift für die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Hier wird kein historischer Rückblick gegeben, hier wird an praktischen Beispielen gezeigt, welche Anstrengungen gemacht werden, ein sozialistisches Bewußtsein zu entwickeln, wie der Produktionsplan entsteht, der Betriebsplan aufgeschlüsselt wird, wie die Stahlwerker aktiv in den Produktionsberatungen und ökonomischen Konferenzen mitarbeiten usw. Vieles was in dieser Schrift steht, macht sie von Bedeutung für die Geschichte des VEB Elektromaschinenbau Sachsenwerk. Wir erfahren z. B. von einer Produktionsberatung, die Mitte 1958 stattfand und in der die Stahlwerker über die Einführung der Christoph-, Seifert- und der Ludwig-Methode diskutierten. Sie entwickelten dabei einen Plan, wie die Anwendung dieser Formen der sozialistischen Neuererbewegung, zwischen denen ein enger Zusammenhang besteht, propagiert und entwickelt werden kann. Infolge der auf dieser Grundlage entwickelten Diskussionen verpflichteten sich die Kollegen Haufe und

<sup>67)</sup> Noack, Fritz und Rosenthal, Horst, Auftrag 006 erfüllt. Berlin 1956, S. 78ff.

Lohse, die Christoph-Methode anzuwenden. Das, was sie bei dieser Verpflichtung zum Ausdruck brachten, wird sinngemäß wiedergegeben, und dann heißt es weiter:

„Die Bewegung durfte natürlich nicht bei ihnen stehenbleiben. Sie mußte weitergehen. Damit die Nutzenfeiler ihre Produktion auf die Dauer bei gleichem Lohn steigern können, müssen die Läufersetzer und alle Berufsgruppen ihnen folgen, sonst kann es Produktionsstillstand geben, und die Kollegen kommen nicht auf ihren alten Lohn. Wir gingen also zu den Läufersetzern und sprachen mit dem Kollegen Ullrich. Kollege Ullrich war dagegen, und wir mußten mit ihm eine lange Diskussion führen. Im Laufe dieser Diskussion kam er immer wieder auf sogenannte objektive Schwierigkeiten zu sprechen. Er sah ein, daß die Einführung der Neuerermethoden für ihn keinen Verdienstausschlag bedeutet, wenn die Bereichsleitungen und die Kollegen in den vorfertigenden Abteilungen, z. B. der Stanzerei, die Voraussetzungen dazu schaffen. Aber gerade das bezweifelte er. Wir kamen auf die Produktionsbedingungen des ganzen Werkes zu sprechen, so z. B. auf die Frage der Materialversorgung. Kollege Ullrich meinte in diesem Zusammenhang, man müßte die Neuerermethoden zuerst in der Grundstoffindustrie anwenden. Selbstverständlich stehen auch dort die Kumpel im Wettbewerb, und dieser Wettbewerb hilft uns Maschinenbauern, die Pläne besser zu erfüllen. Ein großer Teil des Materials, das wir verarbeiten, muß jedoch von uns importiert werden. Durch die pünktliche und gewissenhafte Erfüllung unserer Exportverpflichtungen schaffen wir selbst dafür die nötigen Gegenwerte . . . Kollege Ullrich scheut sich, durch Neuerermethoden in der Mfb-Setzerei die Normen zu verändern.

Das Bewußtsein, das er damit an den Tag legt, ist nicht das, womit die Arbeiterklasse siegen kann. Der Kollege Ullrich ist kein schlechter Arbeiter. Auch in der Art, wie er seine Arbeit verrichtet und wie er spricht, kommt zum Ausdruck, daß er schon längst kein ausgebeuteter Knecht der Kapitalisten mehr ist. Auch in seiner äußeren Haltung spiegeln sich die Auswirkungen der neuen Produktionsverhältnisse wider. Er denkt über die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge nach und bildet sich sein Urteil, wenn es auch nicht immer richtig ist.

Für den weiteren Weg der Arbeiterklasse, für den Sieg des Sozialismus genügt das jedoch nicht. Arbeiter in einem volkseigenen Betrieb, also Herr der Produktionsmittel zu sein, birgt Pflichten in sich, die über die Erfüllung der täglichen Produktionsaufgaben hinausgehen, und wenn die Arbeiterklasse diese Pflichten nicht ausübte, weil sie ihr unbequem sind, wie dem Kollegen Ullrich, dann würde sie unweigerlich ihre Rechte verlieren und in das alte Los der kapitalistischen Ausbeutung zurückverfallen.

Du mußt vorwärtsschreiten, Kollege Ullrich, sonst handelst Du, ein Arbeiter, gegen die Interessen Deiner Klasse.

Man muß aber noch etwas sagen:

Der Kollege Ullrich ist ein parteiloser Arbeiter. Im Bereiche des Meisters Schönherr arbeiten jedoch noch viele Genossen, Mitglieder der Sozialistischen



Einheitspartei Deutschlands. Hierzu gehören die Genossen Haufe und Lohse, über die wir hier viel Gutes sagten, dann der Brigadier, Genosse Schmidt, der die Ehre hatte, am V. Parteitag selbst teilzunehmen, und noch andere. Sie dürfen nicht dulden, daß ein Arbeiter in ihrer unmittelbaren Nähe auf einem Standpunkt beharrt, der nicht mehr unseren Entwicklungsbedingungen entspricht. Es ist falsch, wenn sie sagen: ‚Mit ihm kann man nicht reden, er läßt sich nicht überzeugen.‘ Der Kollege Ullrich ist ein Arbeiter. Was bei uns in der DDR geschieht, geschieht im Interesse der Arbeiterklasse. Folglich kann man ihn überzeugen und muß ihn überzeugen.

Auf der Stadtdelegiertenkonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in diesem Jahre (Genosse Schmidt, Du entsinnst Dich) sprach Genosse Schön vom ZK der Partei. Er sagte: ‚Wenn die Arbeiterklasse in irgendeiner Situation versagt, wird in erster Linie die Partei sie dafür zur Verantwortung ziehen, denn die Partei ist ihre Führerin, ihr bewußter Vortrupp.‘

Wenn wir hier also den Kollegen Ullrich kritisieren und uns mit seinen Ansichten auseinandersetzen, ist das zugleich eine Kritik an der Arbeit der Partei in diesem Abschnitt ihres Kampfes. Die Partei führt und weicht vor nichts zurück. Deshalb dürfen auch die Genossen im Abschnitt des Meisters Schönherr nicht vor solchen Argumenten zurückweichen, wie sie der Kollege Ullrich vorbrachte.“<sup>68)</sup>

Es gibt in jedem Betrieb viele Beispiele, wie solche Diskussionen zur Hebung des sozialistischen Bewußtseins zum Zwecke der Steigerung der Arbeitsproduktivität in Gang gebracht und mit Erfolg geführt werden. Lebendige Darstellungen darüber müssen fester Bestandteil der Betriebsgeschichten werden.

Die Betriebsgeschichte des VEB Stahl- und Walzwerk Brandenburg gibt mit den Worten des Technischen Direktors, der den Autoren von der Entwicklung der Menschen im Betrieb erzählte, eine vorbildliche Schilderung, die hier zum Teil in einem längeren Auszug wiedergegeben werden soll:

„Die von der Tschechoslowakei gelieferte, 1955 gebaute Drahtstraße, die die erste in unserer Republik ist, sollte am 1. Januar 1956 provisorisch in Betrieb genommen werden. Die Inbetriebnahme verzögerte sich, hauptsächlich infolge der für die Bedienung und Leitung dieser stark mechanisierten Straße notwendigen Einarbeitungszeit. Die geplante Produktion wurde dann nicht erreicht. Dadurch kamen bei manchen Kumpeln pessimistische Stimmungen auf. Verschiedene sagten: ‚Die geplante Produktion ist mit dieser Straße nie zu schaffen!‘ Andere, die wohl noch niemals eine Konti-Straße gesehen hatten – bekanntlich werden alle modernen Drahtstraßen nicht als offene, sondern als kontinuierliche Straßen gebaut – also, andere sagten: ‚Die Drahtstraße ist veraltet, ist unmodern.‘ Es gab sogar Meinungen wie: ‚Unsere Drahtstraße ist ein alter Ladenhüter, den sich unser Betrieb hat aufschwätzen lassen . . .‘ Es versteht sich von selbst, daß solche Auffassungen eine Steigerung der Pro-

<sup>68)</sup> Unser Werk von uns geleitet. Dresden-Niedersedlitz 1958, S. 13 und 15f.

duktion verhindern ... Ob wir denn diesen Auffassungen nicht entgegengetreten sind?! Na ja, wir brachten unsere durchaus guten Argumente, aber vom Argumentieren bis zum Überzeugen ist ein weiter Schritt. Und letztlich kann man nur durch entschiedenes Handeln, nur durch die Tat überzeugen! Verschiedene Genossen traten den falschen Meinungen nicht energisch genug entgegen. Bevor die Partei zur Großoffensive rief, gab es Vorpostengefechte mit den falschen Auffassungen, beherzte Spähtrupps einzelner Genossen bei der Überwindung technischer Schwierigkeiten und der Aneignung der Besonderheiten einer solchen Drahtstraße. Hier und dort resignierte dieser und jener Kumpel; das bedeutete ein Zurückweichen, also Geländeverlust ... Natürlich erzielten wir auch kleine Erfolge, kleine Siege. Anfang August 1956: Zum ersten Mal seit dem Bestehen der Drahtstraße befanden sich die Kumpel dieses Betriebsabschnittes im Wettbewerb. Die Kampfverpflichtung lautete: Anstatt des Monatsplansolls von 3000 Tonnen je Schichtbrigade werden 3600 Tonnen gewalzt! Dadurch wurden die Zögernden mitgerissen. Einige Kumpel machten sich schon selbst Gedanken, wie man die Arbeit verbessern könnte. Der junge Manfred Görnitz, Schlosser in der Armaturenwerkstatt der Drahtstraße, beispielsweise, machte einen guten Verbesserungsvorschlag: Die vier Schrauben an den einzelnen Führungskästen an den Gerüsten der Drahtstraße sind durch einen Exzenter zu ersetzen! Ergebnis: eine bedeutende Zeiterparnis bei dem häufigen Wechseln der Führungsbuchsen – eine Prämie von 350 DM für den jungen Manfred.

Der Wettbewerb war der erste Sturmangriff ... aber der Angriff blieb teilweise stecken. Woher kam das? Vom Stab, ich meine von der Leitung des Walzwerkes wurde der Angriff ungenügend unterstützt und nicht gut geleitet. Die ‚eroberten Stellungen‘ wurden nicht ausgebaut, die Mobilisierung aller Kräfte vernachlässigt. Dann war da eine Produktionsbesprechung – ich glaube auch Anfang August 1956 –, die dies bestätigte. Anstatt einer Kampfbesprechung – gut vorbereitet, gemeinsam vorbereitet von der Abteilungsleitung und der Gewerkschaftsorganisation – rief diese ‚Beratung‘ bei den Kumpeln den Eindruck hervor: Wozu diskutieren; die zu bringende Tonnenzahl steht sowieso fest. Man muß versuchen, einen recht hohen Leistungslohn herauszuholen ... Ein schwerwiegender Fehler kam hinzu: Man hatte vorher mit den Kollegen nicht über die Planzahlen gesprochen ... Die Mängel dieser Produktionsbesprechung wurden uns signalisiert, u. a. von dem Kollegen Horst Gieler, der damals kurz zuvor aus Westdeutschland zu uns gekommen war. Kollege Gieler hatte richtig erkannt: Ich arbeite jetzt in einem Arbeiter- und Bauern-Staat, wo die Betriebe dem Volk gehören und die Werktätigen bestimmen. Er schrieb in dieser Sache auch einen offenen Brief an die Werkleitung, den er an unsere Betriebszeitung schickte. Sein Brief und die Antwort der Werkleitung wurden im ‚Stahlwerker‘ abgedruckt ... Aber auf einen Streich fällt keine Eiche.“<sup>69)</sup>

<sup>69)</sup> Ott, Alexander und Kessner, Freimut, Die Stärkeren. Berlin 1956, S. 158ff.

Hier wird die Darstellung unterbrochen durch einige Auszüge aus verschiedenen Nummern der Betriebszeitung, in denen besondere Leistungen der Walzer der Drahtstraße im Jahre 1956 gewürdigt wurden. Abschließend werden die Worte des Technischen Direktors wiedergegeben, der die Schlußfolgerungen aus diesem Kampf um die Steigerung der Produktion zieht:

„Besäßen wir damals die Kader, um an dem Kampfabschnitt Drahtstraße durchschlagende Erfolge zu erzielen? – Unbedingt! – Besäßen wir die Erfahrung: ‚Wenn die Partei die Menschen zielbewußt und energisch in den Kampf führt, dann gehört uns der Sieg. Und die Zweifler, die Schwankenden werden mitgerissen?!‘ – Unbedingt! . . . So wurde der entscheidende Durchbruch errungen, als die Partei die Offensive gegen die ‚objektiven‘ und subjektiven Schwierigkeiten begann – die Schwächen des ‚Feindes‘ aufzeigend, alle Reserven mobilisierend, an die Schöpferkraft des Kollektivs appellierend, siegesbewußt und unbeirrbar voranschreitend! . . . Die Partei führte vor der großen Offensive am Kampfabschnitt Drahtstraße eine gründliche Gefechtsberatung – eine Aktivtagung durch. Einige Ingenieure waren ebenfalls eingeladen worden. Die Parteiaktivisten, unter ihnen Horst Zweininger, Brigadier in einer Jugendbrigade, sprachen eindringlich und überzeugend zu ihren Kollegen: Unter sozialistischen Staaten gibt es kein gegenseitiges Übervorteilen! Das Parteiaktiv machte ebenfalls Vorschläge: Durch klügere Ausnutzung der Technik kann die Arbeitsproduktivität erheblich gesteigert werden . . . Und das Herrliche: Jeder, der an der kämpferischen Aktivtagung teilnahm, spürte die unbändige, gewaltige Kraft, die das einig und geschlossen vorwärtsstrebende Kollektiv unter Führung der Kampferprobtesten, unter Führung der Partei entfaltet!

Der Beweis: Von nun an stieg die Produktion immer schneller! Am 13. Februar 1957 wurden in jeder Schicht über 1000 Knüppel gewalzt. In einer Schicht wurde mit 1300 Knüppeln die bisher höchste Leistung erzielt.“<sup>70)</sup>

Diese Anfänge in der Beschreibung der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins und der sich daraus ergebenden Erfolge gilt es zu beachten. Es kommt darauf an, aus ihnen zu lernen und Besseres zu schaffen.

Sorgen wir dafür, daß die Betriebsgeschichten in ihrer Gesamtheit vorzugsweise von Arbeitern geschrieben werden und daß die Geschichte der Betriebe so plastisch und mitreißend, aber auch kritisch, dargestellt wird, daß das in ihnen gegebene Beispiel der Besten reiche Früchte trage für den weiteren gemeinsamen Aufbau des Sozialismus.

<sup>70)</sup> Ebenda, S. 172.

## EINIGE BEMERKUNGEN

# ZUR BESONDEREN STELLUNG DER BETRIEBSGESCHICHTS- SCHREIBUNG INNERHALB DER HEIMATGESCHICHTS- SCHREIBUNG UND IHRE TRADITION IN DEUTSCHLAND

VON EBERHARD WÄCHTLER

Seit der Zerschlagung des Faschismus in Deutschland im Jahre 1945 und beschleunigt durch die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik unter Führung der SED hat sich auf allen Gebieten unseres Lebens eine stürmische Entwicklung vollzogen. Wir bauen heute im ersten Arbeiter-und-Bauern-Staate der deutschen Geschichte den Sozialismus auf. Aufbau des Sozialismus, das ist ein Ziel, für das viele Jahre hindurch die besten Söhne des deutschen Volkes gelebt, gekämpft und gelitten haben.

„Wir haben es ersehnt! Wir haben es in uns getragen wie einen heiligen Schatz! Wir haben gekämpft! Wir haben gelitten und Opfer gebracht, wie sie ein einzelner für diese große, schönste und herrlichste Idee nur bringen kann“<sup>1)</sup>, sagte Otto Buchwitz auf der II. Parteikonferenz der SED und ließ mit diesen schlichten Worten noch einmal den heroischen Kampf der deutschen Arbeiterbewegung lebendig werden.

Seit dem Jahre 1952 haben wir unseren Staat weiter gefestigt, in oftmals harter Arbeit Neues geschaffen. Gegenwärtig stehen wir im Kampf um die Erfüllung des Siebenjahrplanes und ringen zusammen mit vielen Hunderten von Millionen Menschen auf der ganzen Erde um die Erhaltung des Friedens. Es ist ein wahrhaft historisches Zeitalter, in dem wir leben, das auch an die Historiker in unserer Republik große Anforderungen stellt. „Da im Sozialismus die Volksmassen erstmals in der Geschichte in die Lage versetzt sind, zu Herren ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse zu werden und diese planmäßig zu entwickeln, erhalten durch den Siebenjahrplan auch alle Gesellschaftswissenschaften wachsende Bedeutung. Nie lag auf den deutschen marxistischen und auf allen dem Frieden und der Wahrheit verpflichteten Historikern eine so große Verantwortung wie heute.“<sup>2)</sup> Unsere vornehmste Aufgabe als Histo-

<sup>1)</sup> Protokoll der II. Parteikonferenz der SED. Berlin 1952, S. 527.

<sup>2)</sup> *Diehl, Ernst*, Die Aufgaben der Parteihistoriker bei der Erfüllung des Siebenjahrplanes. In: „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Jahrg. 1960, Heft 1, S. 4.

riker dabei ist es, gleich welcher spezifischen Tätigkeit, ob als Universitätsprofessor oder als Lehrer, als Archivar oder als Bibliothekar, als Propagandist oder als Heimatforscher, als schreibender Arbeiter oder Journalist, jeder einzelne von uns nachgeht, die Wahrheit über unseren vergangenen und gegenwärtigen Kampf zu erforschen und zu lehren. Besonders im Mittelpunkt unserer Forschungen und Darstellungen muß daher der Kampf der Volksmassen, vor allem der Arbeiterklasse stehen. Denn letzten Endes ist es der Kraft dieser Klasse zu verdanken, daß wir heute unsere Revolution zu Ende führen können. Die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Genossenschaftsbauern und der schaffenden Intelligenz ist die entscheidende Triebkraft der historischen Entwicklung in unseren Tagen.

Unsere Republik ist heute „ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil“ des „großen sozialistischen Lagers, sie ist ein Stück des großen Oktober 1917, mit dem ein neues Kapitel in der Geschichte der Menschheit begann“.<sup>3)</sup> Die Ideen der proletarischen Revolution finden jedoch bei uns unter spezifischen historischen Voraussetzungen ihre Verwirklichung, nämlich unter den komplizierten Bedingungen der Existenz zweier deutscher Staaten. Dazu kommt: das deutsche Problem ist heute in der internationalen Arena zu einem politischen Problem ersten Ranges geworden, dessen Lösung entscheidend auf die Frage Krieg und Frieden einwirkt. Unsere historischen Arbeiten müssen deshalb in offener Parteinahme für den Fortschritt wirksame Waffen sein, die dazu beitragen, die Menschen für den Kampf um den Frieden zu begeistern. Wir müssen, wie Walter Ulbricht auf einer Beratung der Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED im Dezember 1958 ausführte, „bei allen Arbeiten von der nationalen Grundkonzeption, d. h. von der Notwendigkeit der demokratischen, friedlichen Lösung der deutschen Frage“ ausgehen, „davon, daß der Kern der nationalen Frage in Deutschland die Beseitigung des deutschen Imperialismus und Militarismus ist“.<sup>4)</sup>

Diese Aufforderung, die heute an die Geschichtswissenschaft gestellt ist, gilt es, auf allen Gebieten zu verwirklichen. Sie muß ihren Niederschlag in allen Spezialzweigen der historischen Disziplin finden, sowohl in der Literatur, die sich mit Problemen der allgemeinen Geschichte oder der unserer Nation auseinandersetzt, als auch in Arbeiten, die sich Untersuchungen der historischen Entwicklung einzelner Bezirke, Städte, Dörfer und Betriebe widmen. Kein Historiker, gleich, welchem Spezialgebiet er sich widmet, kann sich heute diesen Problemen verschließen. Die Anerkennung dieser Aufforderung setzt sich auch auf allen Gebieten der Geschichtsforschung und -lehre in unserer Republik immer mehr durch, und von großem Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Arbeiterklasse getragen, leisten die Historiker einen wachsenden

<sup>3)</sup> *Stern*, Leo, Zehn Jahre DDR – ihre geschichtliche und politische Bedeutung. In: „Sächsische Heimatblätter“, Jahrg. 1959, Heft 8, S. 483.

<sup>4)</sup> „Neues Deutschland“ (B) 28. 12. 1958.

Beitrag zur sozialistischen Bewußtseinsbildung, zur Festigung unseres Staates. Das wird den Historikern um so leichter, als der Kampf der siegreichen Arbeiterklasse in unserer Republik Voraussetzungen geschaffen hat, wie sie noch nie zuvor Wissenschaftlern in Deutschland gegeben waren. Es gibt darum auch keine antagonistischen Widersprüche mehr zwischen den führenden Historikern unseres Staates und den Interessen der deutschen Arbeiterklasse.

Zum ersten Male in der deutschen Geschichte sind auf den historischen Lehrstühlen der Universitäten und Hochschulen der Arbeiterklasse ergebene Wissenschaftler.

Ja noch weit mehr ist geschehen. Dem Ruf von Partei und Regierung folgend, verbinden sich die Historiker mit den schöpferischen Kräften, die sich ständig neu aus den Reihen der Arbeiter und Bauern entwickeln, und schaffen gemeinsam mit ihnen eine Massenbewegung der marxistischen Geschichtsforschung und Lehre.

In diesem festen Bündnis auf der Basis des Marxismus-Leninismus liegt die Kraft unserer Geschichtsschreibung begründet, liegt eine Begründung unserer Überlegenheit gegenüber jeder bürgerlichen Geschichtsauffassung, Geschichtsforschung, Geschichtslehre. Es ist eine richtige und in gewisser Beziehung natürliche Erscheinung, daß die Arbeiter, die Geschichte schreiben, sich besonders der Heimatgeschichtsforschung und Betriebsgeschichtsschreibung widmen. Tausende arbeiten heute an der Abfassung von Ortschroniken mit und viele haben sich zu Kollektiven innerhalb der Betriebe zusammengeschlossen, um Betriebsgeschichten zu schreiben. Damit soll weder gesagt werden, daß diese Kräfte etwa nur zur Lösung von Forschungsaufgaben im lokalen Maßstab brauchbar wären, noch daß die Universitäten und Akademien die Heimat- und Betriebsgeschichtsschreibung vernachlässigen dürfen.

Es gibt im Gegenteil genug Beispiele dafür, daß einzelne Heimatforscher, Arbeiterveteranen und andere Personen durch ihre Darlegungen lokalgeschichtlicher Vorgänge wesentlichen Anteil an der Klärung allgemeiner Probleme hatten bzw. sie selbst wesentliche Beiträge zur Diskussion von Problemen der deutschen Geschichte leisteten. Das war z. B. der Fall auf der Wissenschaftlichen Konferenz anläßlich des 10. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik, die der Bezirksvorstand IV der Deutschen Historiker-Gesellschaft in Dresden durchführte und auf der die Diskussionsbeiträge von Mitgliedern der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung in Karl-Marx-Stadt<sup>5)</sup> und Bautzen in dieser Beziehung besonders hervorzuheben sind. Es gibt in unserer Republik andererseits auch schon eine Anzahl von wissenschaftlichen Instituten, die die Zusammenarbeit mit Kollegen fördern, welche aktiv in der Heimat- und Betriebsgeschichtsforschung stehen und selbst wissenschaftliche Arbeiten zu dieser Problematik veröffentlichen.

<sup>5)</sup> Vgl. dazu „Sächsische Heimatblätter“, Heft 8/1959.

Trotz der nicht zu übersehenden Fortschritte stehen aber gerade auf diesem Gebiete noch große Aufgaben vor uns, die bewältigt werden müssen. Und darum hat die Arbeitstagung „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“ besondere Bedeutung. Sie wird vor allem, und das sei als erstes herausgestellt, den Kontakt zwischen den Historikern in zentralen wissenschaftlichen Instituten und den auf der örtlichen Ebene Arbeitenden festigen und so ein wichtiger Schritt vorwärts zur Schaffung der richtigen Formen der Zusammenarbeit sein. Kann man doch so manchen zentralen wissenschaftlichen Instituten den Vorwurf nicht ersparen, daß sie trotz verschiedentlich sporadischer Ansätze von sich aus eine systematische Zusammenarbeit mit der Heimatgeschichtsforschung bisher nicht gesucht haben.

Das betrifft nicht nur die organisatorischen Fragen, die damit im Zusammenhang auftauchen, sondern auch die Auseinandersetzung um die wissenschaftlichen Probleme der Heimat- und Betriebsgeschichtsschreibung sowohl in methodischer als auch in politisch-ideologischer Hinsicht.

Ein begrüßenswerter Anfang zu solcher Auseinandersetzung wurde im vergangenen Jahr mit dem Erscheinen des Buches „Einführung in die Heimatgeschichte“ gemacht; Hubert Mohr und Erik Hühns suchten als Herausgeber zusammen mit einem Kollektiv von Wissenschaftlern, Lehrern, Archivaren und Propagandisten einem dringenden Bedürfnis Rechnung zu tragen und entsprechend dem neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis, allen auf dem Gebiet der Heimatgeschichtsschreibung und -lehre tätigen Historikern eine nützliche Arbeitsgrundlage zu geben. Diese Veröffentlichung stellt auch, da sie die Betriebsgeschichte mit einbezieht, für alle die Kollektive ein wichtiges Hilfsmittel dar, die heute in unseren Betrieben an der Geschichte ihres Werkes, ihrer Fabrik, ihres Volkseigenen Gutes bzw. ihrer LPG arbeiten.

Die Kritik hob mit Recht die große positive Bedeutung des Buches hervor, verschwieg andererseits auch nicht die ihm noch anhaftenden Mängel und betonte nicht zuletzt, daß es die weitere „notwendige theoretische, politische und methodische Diskussion unter den Heimathistorikern anregen und befruchten wird“.<sup>6)</sup>

Mir erscheint es als notwendig und wünschenswert, daß die Arbeitstagung „Zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe“ von ihrem Gesichtspunkt aus zu dieser Diskussion beiträgt und sich dabei „des mit soviel Mühe und Akribie zusammengestellten Buches“ als guter Ausgangsbasis bedient.<sup>7)</sup>

„Die Heimatgeschichtsschreibung ist ebenso wie die Geschichtsschreibung überhaupt von jeher“, so stellt E. Hühns auf S. 7 des genannten Buches fest, „ein Mittel, die Menschen im Interesse der herrschenden Klasse zu beeinflussen

<sup>6)</sup> Schmiedt, R. F., Besprechung von Mohr Hühns. In: „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Jahrg. 1959, Bd. 4, S. 867.

<sup>7)</sup> Ebenda.

und zu erziehen.“<sup>8)</sup> Diese richtige Feststellung basiert auf der exakten wissenschaftlichen Erkenntnis des Marxismus-Leninismus und legt den Grundstein zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Heimatgeschichtsschreibung, die in Deutschland unter kapitalistischen Verhältnissen dominierte und noch heute in Westdeutschland im Vordergrund steht. Aber auch für die Bestimmung der Qualität der Heimat- und Betriebsgeschichtsschreibung in unserer Republik ist diese These von ausschlaggebender Bedeutung.

Einige Beispiele aus Betriebs- und Heimatgeschichten, die in verschiedenen Epochen der deutschen Geschichte entstanden, sollen das beweisen. In der 1940 erschienenen Festschrift „Hundert Jahre Geschichte der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg“ heißt es z. B.: „Die einhundertjährige Geschichte, deren die Maschinenfabriken Augsburg-Nürnberg in diesem Jahr gedenken kann, steht im Bilde der Technik . . . Rastlos vorwärtstrebender Ingenieurgeist und aufgeschlossener Unternehmerwille haben die Fülle der Fabrikationen im Laufe der Jahre wachsen lassen, die die Werkstätten der drei Werke füllen.“<sup>9)</sup>

Die geschichtsbildende Kraft wird in diesen Sätzen einzig und allein der Bourgeoisie und der in ihrem Auftrag arbeitenden Intelligenz zugeschrieben. Der Arbeiterklasse, überhaupt den Volksmassen wird ihre wirkliche Rolle als historische Triebkraft verschwiegen, sie wird verleugnet. Man spricht in erster Linie davon, daß die Entwicklung „im Bilde der Technik“ stand. Zweifellos ist das falsch. Das Wachsen dieses Betriebes steht im Zeichen des Profitstrebens. Die ausgebeuteten Arbeiter schafften für die Aktionäre Wert und Mehrwert! Freilich kann man von einer kapitalistischen Firmengeschichte nicht die Aufdeckung der Wahrheit verlangen, denn diese hätte der Bourgeoisie nichts genützt, da es galt, die Arbeiter im Interesse der Aktionäre zu beeinflussen.

Ein ebenso treffendes Beispiel dafür, wie die herrschende Klasse die Betriebs- und Heimatgeschichte in ihrem Sinne verfälscht, ist der folgende Auszug aus der anlässlich des sechzigjährigen Betriebsjubiläums im Jahre 1934 erschienenen Festschrift der Chemischen Fabrik von Heyden in Radebeul bei Dresden. Es heißt dort: „All diese Maßnahmen entsprechen zugleich in wirksamster Weise den Wünschen der Reichsregierung nach möglicher Förderung der Arbeitsbeschaffung. Seit Herbst 1932 sind für sie Aufträge in Höhe von rund 2,75 Millionen Mark vergeben worden; für weitere Projekte, über die zu sprechen heute verfrüht wäre, sind weitere erhebliche Summen vorgesehen . . . Der Arbeitsmarkt in den Wohnsitzgemeinden der Werke hat durch jene Arbeiten eine ansehnliche Entlastung erfahren. Im letzten Jahr wurden 224 Ar-

<sup>8)</sup> Mohr, H., Hühns, E., Einführung in die Heimatgeschichte. Berlin 1959, S. 7 (bei den folgenden Anmerkungen wird dieses Buch nur noch wie folgt zitiert: Mohr-Hühns, S. . . .).

<sup>9)</sup> Büchner, Fritz, Hundert Jahre Geschichte der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg. 1940, S. 9.



beiter und 19 Angestellte (hauptsächlich Chemiker und Techniker), d. h. 18% der Belegschaft, neu eingestellt. Außerdem werden das ganze Jahr hindurch betriebsfremde Arbeiter, in der Hauptsache Handwerker, beschäftigt, zur Zeit in Höhe von 323 Personen. Die Fabrik gibt somit außer ihrer 1600 Köpfe umfassenden Stammbeflegschaft auf geraume Zeit noch einer weiteren erheblichen Zahl von Volksgenossen Arbeit und Brot.“

In diesem Stil gehen die Ausführungen noch eine Weile fort. Das Ziel der Autoren ist offensichtlich: Man will der Arbeiterklasse einreden, daß das ganze Trachten der Unternehmer nur darauf abgestellt ist, für das Wohl der Arbeiter, insbesondere für ihr „Recht auf Arbeit“ zu sorgen.

Der Abschnitt, der uns die wirklichen Motive zur Produktionssteigerung der Aktionäre wenigstens ahnen läßt, ist demgegenüber kurz und knapp gehalten. Es heißt dort: „Daß die Firma mit all den geschilderten Maßnahmen den richtigen Weg geht, ergibt sich aus den Bilanzergebnissen des vergangenen Jahres, das trotz aller Schwierigkeiten und bei wesentlich höheren Zuwendungen an die Belegschaft und für Wohlfahrtszwecke ein erheblich besseres Bild aufweist, als dies in den vorausgegangenen Jahren der Fall war. Auch die Dividendenzahlung konnte wieder aufgenommen werden.“<sup>10)</sup> Womit vom Standpunkt der Verfasser aus nachgewiesen wäre, daß der Faschismus allen „Volksgenossen“ das gleiche glückliche Leben garantiere.

Auch dieses Beispiel beweist die Richtigkeit der von E. Hühns getroffenen Feststellung. Nichts wird unversucht gelassen, um den Arbeitern, den Menschen den Blick für die Wirklichkeit zu verschließen, sie im Sinne der Bourgeoisie zu beeinflussen.

In dem von der Bezirksgruppe Sachsen der Fachgruppe Steinkohlenbergbau 1936 herausgegebenen Buche „75 Jahre Gemeinschaftsarbeit der Sächsischen Steinkohlenbergwerke“ heißt es: „Nachdem das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 mit den zersetzenden Gedanken des Klassenkampfes und der Betriebsdemokratie aufräumte, hat sich das Vertrauensverhältnis zwischen Führer und Gefolgschaften auch auf den Steinkohlenwerken Sachsens gefestigt und ist eine allgemeine Befriedung der Betriebe festzustellen, die allen Beteiligten zugute kommt.“<sup>11)</sup>

Wieweit diese „Befriedung“ führte und was alles während des II. Weltkrieges besonders auf Grund der Beseitigung der Errungenschaften des Proletariats den Arbeitern zugute kam, konnten diese bis 1945 am eigenen Körper erfahren. Millionen Tote kamen auf das Konto der „Befrieder“ der sächsischen Steinkohlenwerke! — Wir dürfen es nicht vergessen: Dieses heimat- und betriebsgeschichtliche Buch trug mit dazu bei, den Massen die historische Wahrheit vorzuenthalten. Es lähmte die Aktionskraft gegen den Faschismus.

<sup>10)</sup> Dr. *Schlenk, O.*, Chemische Fabrik von Heyden, Aktiengesellschaft Radebeul-Dresden. Radebeul 1934, S. 85–87.

<sup>11)</sup> 75 Jahre Gemeinschaftsarbeit der Steinkohlenbergwerke. Zwickau 1936, S. 192 (im folgenden zitiert als: 75 Jahre Gemeinschaftsarbeit . . .).

So sah die Heimat- und Betriebsgeschichtsschreibung der alten herrschenden Klassen aus. Sie diente (und dient in Westdeutschland) dazu, die Klassenherrschaft, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufrechtzuerhalten und beschwor die nationale Katastrophe des deutschen Volkes von 1933 bis 1945 mit herauf.

Die Kollektive, Arbeiter, Lehrer, Archivare, Bibliothekare und Wissenschaftler, die heute in unserer Republik an die Ausarbeitung von Betriebsgeschichten gehen bzw. einzelne Probleme dieser in Spezialuntersuchungen abhandeln, haben die richtige Konsequenz aus der Vergangenheit der Betriebsgeschichtsschreibung gezogen, wenn sie solchen Gedanken Ausdruck verleihen, wie sie aus dem Vorwort der werdenden Betriebsgeschichte des VEB Braunkohlenwerkes Ammendorf mit den folgenden Worten sprechen:

„Die Geschichte unseres Werkes, das ist die Geschichte der werktätigen Menschen, ihrer Sorgen, ihrer Nöte, ihres Fleißes und ihres Ringens um die Verwirklichung der besten Ideale der Menschheit. Die Werktätigen sind die Schöpfer und Gestalter des modernen Produktionsprozesses. Sie haben sich diese Kräfte nutzbar gemacht zum Wohle aller. Es kommt darauf an, diese Geschichte vom Standpunkt der kämpfenden Arbeiterklasse dem gesamten deutschen Volke darzulegen.

Die kapitalistischen Soldschreiber haben die Geschichte von Konzernen geschrieben, vom Werden des Riebeck-Konzerns. Sie haben die Konzernherren, die Ausbeuter, als Helden der Industrie dargestellt. Ihre Geschichtsschreibung würdigt nicht die großen historischen Taten der breiten werktätigen Massen.“<sup>12)</sup>

Dies ist die Aufgabe, die wir zu realisieren haben! — Allerdings, und hier muß man die Autoren etwas berichtigen, auch wir können Konzerngeschichten schreiben. Spezialuntersuchungen verschiedener marxistischer und auch bürgerlich-kritischer Autoren<sup>13)</sup> entlarven das Finanzkapital, entlarven die volksfeindliche Politik der Machthaber, die heute noch in Westdeutschland herrschen. Man soll nicht prinzipiell dagegen sein, daß sich eine Arbeit vorwiegend z. B. mit der Geschichte einer Bourgeoisfamilie befaßt. Entscheidend ist vielmehr, daß der Autor den Standpunkt der Arbeiterklasse bezieht und in seiner ganzen Darstellung das Vermächtnis des kämpfenden Proletariats in Ehren erfüllt.

Auch wir erforschen heute die Geschichte im Interesse der herrschenden Klasse. Die herrschende Klasse in der Deutschen Demokratischen Republik aber sind die ehemals Ausgebeuteten, sind unsere Arbeiter und Genossenschaftsbauern, deren Interessen mit denen echt wissenschaftlicher Forschung zusammenfallen, ja sie direkt und laut fordern. Darum wäre es auch falsch, die

<sup>12)</sup> Betriebsgeschichte des VEB Braunkohlenwerkes Ammendorf. Manuskript, S. 2.

<sup>13)</sup> Erwähnt sei hier nur ein Buch wie: *Menne, Bernhard, Krupp — Deutschlands Kanonenkönige*. Zürich 1934.

Zielstellung – nämlich Interessenvertretung – unserer Geschichtsforschung mit der der bürgerlichen vor 1945 bzw. heute in Westdeutschland gleichzusetzen. Die Heimatgeschichtsforschung in unserer Republik muß deshalb eine andere Qualität darstellen, weil sie keine Ausbeuterordnung stützt, weil sie dem wissenschaftlich fundierten Kampf der Arbeiterklasse für Frieden und Sozialismus dient.

Natürlich gibt es in unserer Heimatgeschichtsschreibung seit 1945 auch noch bürgerliche Strömungen, die sich nur unwesentlich von denen vor 1945 unterscheiden. Doch wäre es falsch anzunehmen, daß diese Kräfte das Typische der Entwicklung der Heimatgeschichtsschreibung vertreten. Das Typische ist das Neue, das Ringen um die allseitige Durchsetzung des Marxismus als einziger wirklich wissenschaftlicher Grundlage der Heimatgeschichte in Lehre und Forschung.

Welches waren die Ausgangspositionen für diesen Prozeß, die Voraussetzungen, an die wir heute anknüpfen? Es ist wichtig, sich darüber Klarheit zu verschaffen, da kein Heimatforscher, kein Betriebshistoriker sein Vorhaben, die Geschichte seines Ortes oder Betriebes zu schreiben, realisieren kann, ohne sich mit den schon vorhandenen Arbeiten auseinanderzusetzen. Es ist wichtig, da die Heimatforscher eine kritische Benutzung dieser lokalpatriotischen, mit nationalistischen und chauvinistischen Tendenzen ausgestatteten Literatur erlernen müssen.

E. Hühns schreibt: „Die in der Vergangenheit im Vordergrund stehende Richtung heimatgeschichtlicher Forschung war die Landesgeschichte. Sie ist entstanden aus der Dynastien- und Territorialgeschichte und sah früher ihre Begrenzung im wesentlichen in der Erforschung von Gebieten, die eher zufällig zusammengekommen und vielfach in kultureller Beziehung sehr heterogen zusammengesetzt waren.“<sup>14)</sup> Wie richtig diese Feststellung ist, sei an folgendem Beispiel erläutert:

Im Jahre 1881 wurde an den höheren Schulen des Königreiches Sachsen ein Lehrbuch für den Geschichtsunterricht eingeführt, das die Zielstellung der alten deutschen Landesgeschichtsschreibung und -lehre sehr eindeutig dokumentiert. Der Verfasser dieses an sich wissenschaftlich unbedeutenden Buches, der Direktor der evangelischen Freischule in Dresden, formuliert diese mit den Worten: „Zunächst soll der vaterländische Geschichtsunterricht eine genaue Kenntnis der historischen Tatsachen, soweit sie Fürst und Volk berühren, vermitteln; – ihm ist aber eine noch höhere Aufgabe gestellt. Er soll auch in den Kindern Liebe zum Vaterland und zu seinem Fürstenhause wecken und pflegen; er soll die Kinder als künftige Staatsbürger zur Treue gegenüber Fürst und Vaterland ermuntern und ihnen Achtung vor dem Gesetz, Achtung vor den Staatseinrichtungen einflößen. Erzielt dies der Geschichtsunterricht, dann erst erhalten die historischen Kenntnisse ihre höhere Weihe.“<sup>15)</sup>

<sup>14)</sup> *Mohr-Hühns*, S. 8.

<sup>15)</sup> *Petermann, Karl*, Geschichte des Königreiches Sachsen. Leipzig 1881, S. VI.

Das Kriterium für richtiges oder falsches Verhalten in einer bestimmten historischen Situation sieht der Autor im weiten Verlaufe seiner Darstellung stets nur in der Stellung der handelnden Personen oder Menschengruppen gegenüber der wettinschen Dynastie. Er entblödet sich nicht, als logische Schlußfolgerung seiner aus obigem Zitat ersichtlichen Konzeption z. B. die Führer der demokratischen Kräfte während der Kämpfe im Mai 1849 in Dresden als „fremde Abenteurer und Aufrührer“<sup>16)</sup> zu bezeichnen. Richard Wagner und Gottfried Semper, um nur zwei Namen zu nennen, werden damit als faktisch ehrloses Gesindel bezeichnet, die Kämpfe des Volkes werden als gegen die bestehende geheiligte Ordnung gerichtet, verdammt.

Zweifellos wird sich heute in unserer Republik kaum jemand finden, der noch bereit ist, den Gedanken des christlich-dynastischen Schuldirektors aus dem Jahre 1881 zu folgen. Es ist auch wahr, daß zur damaligen Zeit bereits manche Historiker seinen Standpunkt als wissenschaftlich überholt betrachteten. Die Bedeutung dieses Lehrbuches und ähnlicher landesgeschichtlicher Veröffentlichungen lag auch weniger im Wissenschaftlichen. Dafür aber hatten sie ein um so größeres politisches Gewicht. Mit Hilfe dieses Buches wurden Generationen von jungen Menschen erzogen. Für deren politische Bewußtseinsbildung war die Darstellung der Landesgeschichte und der Geschichte der Dynastie ein wichtiger Baustein; sie nahm den größten Platz unter den Geschichtskennntnissen ein, die in der allgemeinbildenden Schule vermittelt wurden.

Die Landesgeschichtsschreibung entwickelte sich nicht unabhängig von Veränderungen in der Gesellschaft. Historische Veränderungen prägten ihr den Stempel auf. „Die Problematik dieser Aufgabenstellung wurde den Landeshistorikern insbesondere nach 1918 klar, als die territorialen Einheiten (im Gefolge der Revolution von 1918 – E. W.) verändert wurden, die Dynastien vertrieben waren und teilweise ganz neue Länder entstanden, die es vorher nicht gegeben hatte, wie zum Beispiel das Land Thüringen.“<sup>17)</sup>

Wenn aber auch die Verherrlichung der Dynastien in der Thematik landesgeschichtlicher Arbeiten daher rein quantitativ zurückging und ihr zahlenmäßiges Verhältnis gegenüber orts- und wirtschaftsgeschichtlichen Arbeiten relativ abnahm, blieb der Klassengehalt der Literatur jedoch der gleiche, ebenso wie Deutschland ein kapitalistischer Staat blieb. Und als der Faschismus an die Macht kam, diente zu guter Letzt die Landesgeschichtsschreibung, die offizielle Heimatgeschichtsforschung, dem Nationalsozialismus.

Hühns spricht davon, daß die Landesgeschichtsschreibung bis 1945 die vorherrschende Disziplin innerhalb der Heimatgeschichtsschreibung war. Offensichtlich unterscheidet er diese von anderen Spezialdisziplinen. Dieses Vorgehen ist richtig und es ist nützlich für uns, innerhalb des Oberbegriffs Heimatgeschichte weiter zu differenzieren. Man kommt sehr leicht zu einer Gliederung,

<sup>16)</sup> Ebenda, S. 447.

<sup>17)</sup> *Mohr-Hühns*, S. 8.

wenn man die vorhandene Literatur entsprechend den verschiedenen Forschungsgegenständen gruppiert. So kann man z. B. unterscheiden: Landesgeschichte, Ortsgeschichte, Betriebsgeschichte und anderes mehr.

Die Forschungsgegenstände, die den genannten Spezialdisziplinen zugrunde liegen, entwickeln sich nicht in jeder Beziehung gleich. Sie weisen im 19. und 20. Jahrhundert quantitative, wenn nicht gar qualitative Unterschiede auf.

Nehmen wir z. B. den Untersuchungsgegenstand der Landesgeschichte, die deutschen Länder. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren sie noch Feudalstaaten. Im Verlauf der Vollendung der Revolution von oben verbleiben sie in einem kapitalistischen Deutschland nach 1871 in ihrer Form mit vielen feudalen Zügen verbrämt bestehen und behaupten einige Reservatrechte aus der Feudalzeit, die erst nach 1918 grobenteils abgeschafft werden.

Wie steht es dagegen mit dem Forschungsgegenstand der Betriebsgeschichte? Betriebsgeschichten entstanden — abgesehen von einigen frühen zum Teil bisher nicht veröffentlichten Arbeiten<sup>18)</sup> — im Gegensatz zu Landesgeschichten in nennenswertem Umfang erst, als der Prozeß der industriellen Revolution auch in Deutschland einen relativ großen Fortschritt zu verzeichnen hatte. Nehmen wir als ein frühes Beispiel das 1858 erschienene Album der sächsischen Industrie.<sup>19)</sup> In ihm wird die Entwicklung der wichtigsten damals existierenden sächsischen Industriebetriebe, Manufakturen, Fabriken und Bergwerke beschrieben. Es ist eine Sammlung von kurzen historischen Abrissen, die jeweils nur wenige Jahrzehnte, oftmals auch nur Jahre, umfassen.

Fragen wir nun, welches die historische Hauptaufgabe war, die noch in diesen Jahrzehnten in Deutschland stand, so ergibt sich als eindeutige Antwort: die Lösung der nationalen Frage, die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise, die Vollendung der bürgerlichen Revolution.

Der Untersuchungsgegenstand der Betriebsgeschichte, der kapitalistische Betrieb, trägt in diesem Falle noch objektiv fortschrittliche Züge. Mußten sich doch die kapitalistischen Betriebe noch gegen unzählige feudale, reaktionäre Schranken durchsetzen.

Umgekehrt war die Existenz der aus dem Feudalismus überkommenen Länder in Deutschland bis 1870 ein Hemmnis für die Entwicklung des Kapitalismus und nach 1870 störend für die Entwicklung der Arbeiterbewegung: Eine (zum Teil bis 1945) unterschiedliche Gesetzgebung, Vereinsgesetze, Berggesetze und anderes mehr, hemmten die Einheitlichkeit des Handelns des Proletariats.

Ganz anders dagegen wirkte sich das Aufblühen der kapitalistischen Betriebe auf die Lage der Arbeiter, auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung aus — bis spät in das 19. Jahrhundert hinein. In seiner Rede auf einer sozial-

<sup>18)</sup> Z. B.: v. Schoenaich-Carolath, A. P., Geschichte der Königin Luise Grube 1789 bis 1855. Tarnowitz 1856. Das handschriftliche Exemplar befindet sich in den Beständen des Staatsarchivs Gliwice, Akten der Königl. Bergwerksdirektion zu Zabrze, Bgw-Zab 267.

<sup>19)</sup> Album der Sächsischen Industrie. 1858, 2 Bd. Druck und Verlag Louis Oeser in Neusalza.

demokratischen Versammlung in Berlin am 22. September 1893 formulierte Friedrich Engels: „Vor einem Menschenalter war Deutschland ein ackerbauendes Land mit einer zu zwei Dritteln ländlichen Bevölkerung; heute ist es ein Industrieland ersten Ranges, und den ganzen Rhein entlang, von der holländischen bis zur Schweizer Grenze, habe ich nicht ein einziges Fleckchen gefunden, wo man um sich schauen kann, ohne Dampfschlote zu sehen. Das scheint allerdings zunächst nur die Kapitalisten anzugehen. Aber die Kapitalisten, indem sie die Industrie steigern, schaffen nicht nur Mehrwert, sie schaffen auch Proletarier, sie zerstören die kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Mittelstände, sie treiben den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat auf die Spitze, und wer Proletarier schafft, der schafft auch Sozialdemokraten.“<sup>20)</sup> Eines der größten und bedeutendsten Ergebnisse der Industriellen Revolution war die Schaffung des modernen Industrieproletariats. Diese historische Kraft wuchs und erstarkte in den Betrieben. Die Entwicklung einer modernen Industrie, von Betrieben und Großbetrieben wurde eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der Arbeiterklasse, des modernen Industrieproletariats. Die Betriebe wurden zu harten, aber fruchtbaren Schulen des Proletariats, der Arbeiterbewegung. Ohne die moderne Industrie gäbe es keine kommunistischen und Arbeiterparteien in der ganzen Welt.

Entgegengesetzt in ihrer Bedeutung war die Entwicklung der Länder für die deutsche Arbeiterklasse. Sie waren Rudimente der feudalen Vergangenheit, die die Entwicklung der Arbeiterbewegung hemmten. Die ganze Kraft des Kampfes des Proletariats wurde von Anfang an auf die Beseitigung dieser Hindernisse konzentriert. Schon 1848 hieß es im Programm des Bundes der Kommunisten: „Ganz Deutschland wird zu einer einigen, unteilbaren Republik erklärt.“<sup>21)</sup>

Von der Seite des Forschungsgegenstandes her ist es leicht, in gewisser Beziehung scharf zwischen der Landesgeschichtsschreibung und der Betriebsgeschichte zu scheiden. Es gilt jedoch, darüber hinaus festzustellen, ob das auch von der bürgerlichen Historiographie in dem vergangenen Jahrhundert gilt. Untersuchen wir diese Fragen an Beispielen aus der Zeit unmittelbar nach der Revolution von 1848. Während noch das Volk auf den Barrikaden kämpfte, hatte die Bourgeoisie die Revolution verraten. Dem Gesetz der völligen Übereinstimmung des Charakters der Produktivkräfte mit den Produktionsverhältnissen konnte nicht zum Durchbruch verholfen werden. Ernst Engelberg bemerkt dazu:

„Alle menschlichen und technischen Produktivkräfte und alle konjunkturellen Voraussetzungen waren virtuell gegeben, damit die deutsche Bourgeoisie die

<sup>20)</sup> Engels, Friedrich (Rede in einer sozialdemokratischen Versammlung zu Berlin am 22. September 1893). In: *Marx, Engels, Lenin, Stalin, Zur Deutschen Geschichte*. Berlin 1954, Bd. II, 2, S. 1158.

<sup>21)</sup> Manifest der Kommunistischen Partei Deutschlands. Pkt. 1. Zitiert nach *Obermann, Karl, Einheit und Freiheit*. Berlin 1950, S. 331.

kapitalistische Industrialisierung vorantreiben und sich am Wettlauf auf dem kapitalistischen Weltmarkt beteiligen konnte.

Dem allen standen zunächst noch viele feudalbürokratische Hemmnisse entgegen, auf deren Beseitigung oder zunehmende Milderung sich die Bourgeoisie Anfang der 50er Jahre nach dem Scheitern der preußischen Unionspläne in erster Linie konzentrierte.

Dabei suchte sie – aus der Not eine Tugend machend – sogar aus der Kleinstateerei Nutzen zu ziehen, d. h., sie spielte die einzelnen deutschen Staaten mit ihrer verschiedenen wirtschaftspolitischen Gesetzgebung und bürokratischen Praxis gegeneinander aus.“<sup>22)</sup>

Ja, man kann sogar noch weiter gehen. Es stimmt, die Bourgeoisie war in ihrem Profitstreben gehemmt, weil sie die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht voll durchsetzen konnte, aber sie suchte das auszugleichen. Und zwar nicht nur, indem sie die verschiedenen halbfeudalen Ländergesetzgebungen gegeneinander ausspielte, sondern auch gegen die Arbeiterklasse ausnutzte, um diese erbarmungslos ausbeuten zu können. Auf diese Art und Weise suchte sie sich auf Kosten der Arbeiterklasse schadlos zu halten und so den geschmälernten Profit zu erhöhen.

In dem Buch „75 Jahre Gemeinschaftsarbeit der Sächsischen Steinkohlenbergwerke“ heißt es:

„Aus dem Jahr 1856 wird ein Bergfest aus dem Ölsnitzer Revier erwähnt, bei welchem ein Schacht auf Wunsch der Knappen in Vereinigungsschacht umgetauft wurde, ein Zeichen, daß die Betriebsverbundenheit zur Zeit der Großväter schon einmal stärker empfunden wurde, ehe das marxistische Gift die Brunnen vergiftete.

Mit dem nationalen Umschwung von 1933 fand eine Wiederbelebung des beruflichen Brauchtums auch im Bergbau statt. Bei den allgemeinen Maiaufzügen des Jahres 1933 sah man wieder größere Abteilungen von Bergknappen in Tracht mit ihren Fahnen.“<sup>23)</sup>

Der Inhalt dieser wenigen Zeilen ist eindeutig. Es ist die Sprache, die Brutalität, die Unverfrorenheit und Demagogie des Faschismus, die aus ihnen spricht. Aber die Methode des Vorgehens ist raffiniert. In diesen wenigen Zeilen wird zweimal gezeigt, wie man zu verschiedenen Zeiten eine gesellschaftliche Erscheinung, die ihre Existenzberechtigung vor allem zur Zeit des Feudalismus hatte, traditionell gegen die Arbeiterklasse auswertete, um damit den Profit steigern zu können.

Die „aus dem Mittelalter überkommenen Knappschaften – der mittelalterliche Humbug klebt ihnen noch an in den Einkleidungs- und Paradedienstordnungen, Bergfesten und Kirchenparaden –“<sup>24)</sup>, wie Friedrich Engels treffend

<sup>22)</sup> *Engelberg, Ernst*, Deutschland 1849–1871. Berlin 1959, S. 39.

<sup>23)</sup> 75 Jahre Gemeinschaftsarbeit . . . , S. 263.

<sup>24)</sup> *Marx-Engels*, Briefwechsel. Berlin 1950, Bd. II, S. 186. Engels an Marx am 21. II. 1869.

schrrieb, wurden in der 50er Jahren aus dem mit großen feudalen Traditionen behafteten Erzbergbau in den in Sachsen neu erstehenden kapitalistischen Steinkohlenbau importiert. Der Kampf um die Schaffung einer selbständigen Bergarbeiterbewegung entbrannte an der Knappschaftsfrage. Die Bourgeoisie wollte die aus dem Feudalismus überkommenen Knappschaften als einzige Organisation, in denen sich die Bergarbeiter zusammenfinden konnten, zulassen. Die Zechenherren waren selbst Mitglieder, und nicht nur das, sie hatten die Führung in den Knappschaftsvereinen! Also nutzten die Kapitalisten die feudalen Traditionen „ihrer Industrie“ für sich. Es verwundert nicht, daß die Nazis ein gleiches versuchten. Es verwundert demnach ebenfalls nicht, daß die Betriebshistoriker kapitalistischen Typs 1856 wie 1933 bei der Einschätzung der Geschichte des Betriebes ihre Verbeugung vor so vielen feudalen Überbleibseln machten. Ziel der bürgerlichen Betriebsgeschichtsschreibung konnte weder 1856 noch 1933 die Aufdeckung der Wahrheit sein, sondern nur die Rechtfertigung des von der Bourgeoisie beschrittenen Weges und der von ihr dabei angewandten Methoden, auch dann, wenn diese einen Verrat an den Interessen der Nation, also 1856 auch an ihren eigenen Klasseninteressen bedeuteten.

Das zitierte Beispiel zeigt weiterhin gut, worin die Gefährlichkeit solcher Methoden beruht, warum derartige heimat- und betriebsgeschichtliche „historische“ Darstellungen, sei es nun in Form von Büchern und Broschüren oder in Festzügen, bei irgendwelchen Feierlichkeiten besonders geeignet sind, breite Teile der Bevölkerung zu verführen. Deshalb, weil sich die Geschichte jeder Familie unmittelbar mit der Geschichte des Betriebes, des Ortes verknüpft und die Bourgeoisie mit heimat- und betriebsgeschichtlichen Fälschungen die Werktätigen unmittelbar anzusprechen sucht. Man verfälscht das konkrete, bisweilen noch persönlich oder vom Großvater miterlebte Beispiel und bringt es in einem falschen Zusammenhang, verkehrt Ursache und Wirkung.

Dieses und die vorangegangenen Beispiele zeigen gleichzeitig auch deutlich, daß wir die Betriebsgeschichten und die darin dargestellten historischen Erscheinungen zu Recht als einen wesentlichen Bestandteil der Heimatgeschichtsschreibung im allgemeinen ansehen müssen.

Auf der anderen Seite gibt es auch Betriebsgeschichten und lokale Wirtschaftsgeschichten, in denen die Interessen der Bourgeoisie als denen des Adels, der Junker bzw. der Fürsten, Kurfürsten oder Könige entgegengesetzt dargestellt werden. Dieser sozialkritische Zug ist in diesen Arbeiten oft stärker ausgeprägt als in solchen, deren Untersuchungsgegenstand die Geschichte eines ehemaligen Feudalstaates selbst ist.

Im 19. Jahrhundert und auch noch in der Zeit bis zum 1. Weltkrieg und sogar in den zwanziger Jahren sind bürgerliche lokale Wirtschaftsgeschichten und Betriebsgeschichten nicht selten (deshalb für uns heute besonders reizvoll), in denen der Kampf der Bourgeoisie gegen die Landesherren geschildert bzw. zumindest erwähnt wird. Welch kritikreiche Worte findet man z. B. bei vielen Autoren über staatliche und zünftlerische Bevormundungen, die die Bour-



geoisie noch an der völligen Durchsetzung der Gewerbefreiheit hinderten. In ihrer Arbeit „Die Wirkwarenindustrie in Zeulenroda“ schreibt z. B. Dr. Gerti Stahl: „Infolge der herrschenden Zunftverhältnisse, die die Einführung von Maschinenstühlen nicht duldeten, sah sich die Firma Schopper veranlaßt, ihre 1859 angeschafften Rundstühle zunächst in Sachsen (Chemnitz) aufzustellen.“<sup>25)</sup>

Es ist nur natürlich, d. h. klassenmäßig leicht verständlich, daß die bürgerliche heimatgeschichtliche Literatur, die sich vorwiegend der Darstellung einzelner Betriebe oder einzelner Wirtschaftszweige und -räume widmet, zumindest zeitweise (!) wenig Veranlassung hatte, kritiklos die Politik der alten Feudalgewalten zu schildern.

Zeitweise! Wir haben nämlich alle Veranlassung zu dieser vorsichtigen Formulierung. Gibt es doch in der heutigen westdeutschen Wirtschaftsgeschichts- und vor allem Betriebsgeschichtsschreibung ganz starke andersartige Tendenzen. So wird zum Beispiel in dem 1957 im Auftrag und unter Mitwirkung des westdeutschen Monopolkapitals herausgegebenen Buche „Ruhrbergbau“ wieder die fördernde Rolle Friedrichs II. übertrieben, die hemmende Wirkung der feudalen Berggesetzgebung im 19. Jahrhundert ungenügend dargestellt und der Kampf der Bourgeoisie um die Befreiung von feudalen Fesseln und Abgaben so gut wie verschwiegen.<sup>26)</sup> Darin zeigt sich zweifellos eine altbekannte die Dynastien verherrlichende reaktionäre Landesgeschichtspraxis. Diese Erscheinung hat einen ernsten und tiefen politischen Hintergrund. Man versucht in der westdeutschen Literatur heute mehr denn je, die Illusion „vom treusorgenden Vater Staat“ zu nähren. Gestrichen werden auch aus lokalgeschichtlichen, wirtschafts- und betriebsgeschichtlichen Darstellungen gern die historischen Etappen, in denen es gelang, gegen den Willen der herrschenden Klasse irgend etwas durchzusetzen. Auch dann, wenn die Triebkraft dazu in den Reihen der Ahnen der heutigen Monopolkapitalisten zu suchen ist. —

Die Darstellung der Entwicklung eines Betriebes, und das ist eine weitere Eigenart der Betriebsgeschichtsschreibung, zwingt den Autor viel stärker, als das ein Verfasser einer heimatgeschichtlichen Darstellung schlechthin tun muß, eine Vielzahl gesellschaftswissenschaftlicher und naturwissenschaftlicher Prozesse zu verfolgen und die enge Wechselbeziehung zwischen diesen herauszuarbeiten. Von der Geschichte der Technik und Naturwissenschaften angefangen, über die Problematik der ökonomischen Entwicklung, der Geschichte der Lage der Arbeiter bis zur Geschichte des Kampfes des Proletariats ergibt sich eine äußerst reichhaltige Aufgabenstellung. Vielfach sind

<sup>25)</sup> Dr. Stahl, Gerti, Die Wirkwarenindustrie in Zeulenroda (Thür.). Jena 1929, S. 35.

<sup>26)</sup> Vgl. dazu auch Wächler, Eberhard, Besprechung: Der Ruhrbergbau. Herausgegeben von Gerhard Gebhardt, Essen 1957. In: „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“, Berlin 1960, Teil II, S. 329.

daher unsere Autoren und Autorenkollektive dabei gezwungen, sich mit historischen Spezialproblemen auseinanderzusetzen, die in der sonstigen Heimatgeschichtsschreibung durchaus nicht in gleicher Breite behandelt zu werden brauchen.

Im Verlaufe des Prozesses der Konzentration und Zentralisation des Kapitals und der Produktion entwickelten sich aus den kleinen Betrieben immer größere, bildeten sich schließlich Monopole. So groß die Bedeutung einer Betriebsgeschichte als Darstellung der Heimatgeschichte ist, so rasch wächst der Betrieb in seiner Bedeutung vielfach über einen lokal begrenzten Rahmen hinaus.

Erik Hühns schreibt richtig, daß es notwendig ist, „in die Heimatgeschichte wichtige Entwicklungen der nationalen, in manchen Fällen sogar der allgemeinen Geschichte einzubeziehen, soweit sie für das Verständnis der Geschichte der engeren Heimat notwendig sind. Die Heimatgeschichte ist ein Teil der deutschen Geschichte und ist ohne diese unverständlich und unvollständig.“<sup>27)</sup> Das trifft voll und ganz auch für die Betriebsgeschichte zu.

Jedoch kommt es bei der Betriebsgeschichte nicht nur darauf an, Probleme der nationalen und allgemeinen Geschichte einzubeziehen, sondern auch darzustellen, wie die Eigentümer eines Betriebes nicht nur die Arbeiterklasse des Betriebes, des Ortes ausbeuteten, sondern wie sie gleiches an vielen Orten praktizierten. Auch das genügt nicht. Es muß dargestellt werden, wie die Sucht nach Profit die Monopolisten dazu trieb, Not und Elend über Millionen von Menschen aus und in vielen Ländern zu bringen. Es muß gezeigt werden, wie den örtlichen Rahmen sprengende, vielleicht sogar internationale Aktionen des Proletariats notwendig waren, um die verhaßten Ausbeuter zu schwächen, einen Streik gegen sie zu organisieren, sie zu vertreiben.

So ergibt sich von diesem Gesichtspunkt aus nicht selten für die Autoren einer Betriebsgeschichte ganz besonders der Zwang, die Beziehungen der Geschichte eines Unternehmens zur nationalen und internationalen Geschichte darzustellen. Monopole haben nicht nur das Bestreben, die Arbeiter eines Ortes, einer Stadt auszubeuten und zu unterdrücken. Die nationale und internationale Verflechtung des Kapitals gilt es aufzuzeigen. Die IG Farben verdienten z. B. nicht nur am Leiden unzähliger Menschen in Deutschland. Die IG Farben terrorisierten und beuteten Arbeiter in mehreren Kontinenten aus. Sie und viele andere Konzerne bestimmten mit die Kriegsziele und Kampfmethoden der Faschisten.

Man muß in den Betriebsgeschichten zeigen, wie die Monopole am Krieg und seiner Vorbereitung interessiert waren, wie sie daran verdienten, wie die ökonomischen Interessen der Monopolisten die Pläne des Generalstabes bestimmten. Gerade die bürgerliche Betriebsgeschichtsschreibung suchte und sucht diese Seite zu verschweigen und stellt sie heute in Westdeutschland in Abrede, zumindest sucht man zu verniedlichen.

<sup>27)</sup> *Mohr-Hühns*, a. a. O., S. 21.

Uns aber bietet so die Problematik der Darstellung vortreffliche Gelegenheit, die Arbeiter und Bauern zu proletarischen Internationalisten zu erziehen, sie zum Kampf gegen den deutschen Militarismus und das mit ihm verbündete Monopolkapital zu führen. Diese Gesichtspunkte spielen für die Geschichte eines Betriebes oft eine größere Rolle als bei der Abfassung einer Orts- geschichte bzw. einer Landesgeschichte.

Die bisherigen Darlegungen beschäftigten sich vorwiegend mit der bürgerlichen Literatur zur Heimat- und Betriebsgeschichte. Am Beispiel vor allem der Gegenüberstellung der Entwicklung des Forschungsgegenstandes der Landes- geschichte als der häufigsten Form der Heimatgeschichtsschreibung bis 1945 einerseits und dem der Betriebsgeschichte andererseits wurde versucht, einmal die enge Verwandtschaft beider nachzuweisen, zum anderen wurde auf einige Unterschiede hingewiesen, die es gilt, bei einer kritischen Verarbeitung der bürgerlichen Literatur zu beachten und die unserer Meinung nach eine brauchbare Ergänzung zu den Ausführungen von H. Mohr und E. Hühns in ihrer „Ein- führung in die Heimatgeschichte“ über die Benutzung der bürgerlichen heimat- und betriebsgeschichtlichen Literatur darstellen.

Es ist richtig, daß H. Mohr und E. Hühns auf die Position Kötzschkes, Tilles und Keyzers hinweisen und den Weg der bürgerlichen Heimatgeschichts- schreibung bis zum Faschismus verfolgen.<sup>28)</sup> Ein spürbarer Fehler schleicht sich jedoch dabei ein, wenn man damit die kritische Auseinandersetzung mit der Heimatgeschichtsschreibung vor 1945 abschließt. Eine derartige Analyse verwischt die wirkliche Problematik.

Wir haben in Deutschland auf dem Gebiete der Lokal-, Heimat- und Betriebs- geschichtsschreibung nicht nur reaktionäre auf Geheiß der herrschenden Aus- beuterklasse verfaßte Arbeiten. Im Gegenteil haben wir auf diesem Gebiet auch eine fortschrittliche, ja sogar eine marxistische Tradition, auf der wir heute auf- bauen können. Diese Tradition darf man nicht vergessen.<sup>29)</sup>

Der Marxismus-Leninismus gibt uns heute für die Heimat- und Betriebs- geschichtsschreibung nicht nur die wissenschaftliche Methode und weltan- schauliche Grundlage, sondern seine Begründer haben uns zugleich beispiel- hafte Arbeiten auf dem Gebiete der Lokalgeschichte hinterlassen, die nicht hoch genug in ihrer Bedeutung eingeschätzt werden können.

Schauen wir uns z. B. solch ein Werk von Marx und Engels wie „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“ an. Gewiß, und hier findet sich meiner Meinung nach auch die Ursache für das Übersehen der Klassiker des Marxismus- Leninismus als Vorbilder für die Heimatgeschichtsschreiber, dieses Werk ist nicht in der Absicht geschrieben worden, eine Sammlung stadt- und landes- geschichtlicher Artikel zu schaffen. Es kam Marx und Engels doch mit diesen

<sup>28)</sup> Ebenda, S. 8.

<sup>29)</sup> Vgl. dazu auch *Wächler, Eberhard*, Aufgaben der Heimatgeschichtsschreibung und -lehre in der Deutschen Demokratischen Republik. In: „Sächsische Heimatblätter“, Jahrg. 1958, Nr. 5.

ursprünglich in verschiedenen Nummern der „New York Herald Tribune“ abgedruckten Beiträgen darauf an, „die Ursachen auseinanderzusetzen, die mit Notwendigkeit die Revolution 1848 hervorriefen und ebenso unvermeidlich zu ihrer zeitweiligen Unterdrückung in den Jahren 1849 und 1850 führten“<sup>30)</sup>. Sie gestalten ein großes Ereignis der Geschichte der Nation. Aber indem sie dem besonderen Verlauf der Revolution im zersplitterten Deutschland Rechnung trugen, verfaßten sie zugleich mustergültige landes- und stadtgeschichtliche Beiträge. Ohne etwa die primäre erste Seite der Bedeutung dieser Arbeiten vernachlässigen zu wollen, muß man jedoch auf diese wichtige zweite Seite hinweisen. Wird doch dadurch die gewaltige Bedeutung dieser Schrift von Marx und Engels für uns nur noch mehr unterstrichen.

In diesem Buch allein erschöpft sich aber bei weitem nicht die Zahl der lokalgeschichtlich bedeutenden Beiträge von Marx und Engels. Man denke nur an die Artikel von Marx über die Lage der Moselbauern, an Engels' Briefe aus dem Wuppertal und vieles andere mehr.

Sicherlich wäre es eine für uns alle lohnende Aufgabe der Historiker der DDR, eine Bibliographie aller Schriften von Marx und Engels zu verfassen, die auch als lokalgeschichtliche Beiträge eine besondere Rolle spielen. Hierbei sollte man auch den Briefwechsel beider mit einbeziehen. Ein solches Werk könnte für alle Heimat- und Betriebshistoriker von großem Nutzen sein, denn Marx und Engels faßten, wenn sie lokalgeschichtliche und andere Detailstudien betrieben, diese nicht als Selbstzweck auf, sondern untersuchten mit ihnen jeweils die besondere konkrete Erscheinungsform einer allgemeinen gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeit und brachten diese in der auswertenden Analyse immer in Verbindung mit der Geschichte des ganzen Volkes, ja mit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft überhaupt.

Auch zur Betriebsgeschichte speziell, vor allem zu einzelnen Problemen, finden sich bei den Klassikern wertvolle Darstellungen und Hinweise. Man denke z. B. nur an den von Engels verfaßten Bericht über die Knappschaftsverhältnisse im Lugau-Ölsnitzer Steinkohlenbergbau im Jahr 1868/69<sup>31)</sup> oder an die Einschätzung der Dortmunder Union und der Königs- und Laurahütte in den Briefen an Bebel während der Schutzzolldebatte im Deutschen Reichstag im Jahre 1874 und an manches andere.<sup>32)</sup>

Diese marxistische Tradition der Lokalgeschichtsschreibung, der Landes-, Betriebs- und Heimatgeschichte ist nie in Deutschland verlorengegangen. Ein Blick in die Arbeiterpresse der Vergangenheit und Gegenwart bestätigt diese These. In solch traditionsreichen Organen wie z. B. der Leipziger Volkszeitung, der Bochumer Bergarbeiterzeitung und vielen anderen spiegelt sich das deutlich wider.

<sup>30)</sup> *Marx/Engels*, Revolution und Konterrevolution in Deutschland. Berlin 1949, S. 21.

<sup>31)</sup> *Marx, Engels, Lenin, Stalin*, Zur Deutschen Geschichte. Berlin 1954, S. 860.

<sup>32)</sup> Vgl. hierzu *Marx, Karl, Engels, Friedrich*, Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht, K. Kautsky und andere. Teil I, 1870–1886, Moskau-Leningrad 1933, S. 218.

Freilich, zeitweilig gelang es revisionistischen Kräften, in dieser Hinsicht die Zeitung zu mißbrauchen. Es finden sich auch in der Presse der Arbeiterbewegung und besonders unter den von der rechten Gewerkschafts- und Parteiführung herausgegebenen lokalgeschichtlichen Büchern und Broschüren viele schädliche heimatgeschichtliche Beiträge, die den heroischen Kampf der revolutionären Kräfte in allen Epochen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den Schmutz ziehen und die große Kraft der einzig handelnden Arbeiterklasse zu negieren suchen.

Auch aus diesem Grund erscheint uns darum die Einschätzung der Entwicklung der Heimat- und Landesgeschichtsschreibung, wie sie Mohr und Hühns geben, ungenügend.<sup>33)</sup> Sie vergessen die große revolutionäre Tradition und schildern ungenügend den Kampf der revolutionären Kräfte gegen die Verfälscher der Heimatgeschichte aller Schattierungen, vom Revisionismus bis zur offenen Reaktion! Sie sehen vor 1945 nur die historische Literatur der alten herrschenden Klasse. Damit werden die Betriebs- und Heimathistoriker unserer Tage ungenügend auf die in der Literatur vorhandenen guten Beispiele hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, welche Tradition wir heute weiter pflegen und welche hervorragenden Beiträge zur Heimat- und Betriebsgeschichte die Führer unserer Partei geliefert haben.

Wenn ich hier nur einige wenige Arbeiten des Genossen Walter Ulbricht nenne, so deshalb, um meine Worte zu unterstreichen. Ich bin mir im klaren, daß meine Aufzählung keinesfalls vollständig ist. Solche Arbeiten sind z. B. „Zur Politik der KPD in Thüringen“, „Die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen“, „Der Hamburger Aufstand unter Thälmann“, „Der mitteldeutsche Metallarbeiterkampf“, „Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik“, „Das erste Lenin-Denkmal Deutschlands“ und andere mehr.

Und noch von einem anderen Standpunkt aus ist ein Studium der von der Arbeiterklasse und ihren Führern geleisteten Beiträge zur Heimat- und Betriebsgeschichte besonders empfehlenswert. Ein großer Teil vor allem der stark betriebsgeschichtlich orientierten Aufsätze in Zeitungen oder auch in Broschürenform war und ist eigentlich zeitgeschichtliche Literatur. Das heißt, in diesen Beiträgen setzten sich die Autoren mit für sie brennenden zeitgenössischen Problemen auseinander. Sei es, daß bestimmte Aktionen der Arbeiterklasse, vielleicht Streiks oder ähnliches in einem Betrieb, in einem Ort, von den Autoren selbst miterlebt, aufgeschrieben und veröffentlicht wurden oder daß Arbeiter zur Rechtfertigung ihrer revolutionären Aktionen gegenüber Verleumdern Broschüren verfaßten. Diese Beiträge mit heimatgeschichtlicher Note hatten genauso wie die meisten derartigen Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels einen aktuellen politischen Wert, mobilisierten die Arbeiter zu neuen Aktionen. Die Zeitgeschichte war von jeher die politisch bedeutsamste

<sup>33)</sup> Allerdings werden von dem Autorenkollektiv unter dem Sammelbegriff „Quellen“ Biographien genannt und dabei besonders auf A. Bebels berühmtes Buch „Aus meinem Leben“ hingewiesen.

Geschichtsschreibung für die kämpfende Arbeiterklasse. Auch in den schon erschienenen und noch entstehenden Betriebsgeschichten gilt dem Zeitabschnitt nach 1945 unsere besondere Aufmerksamkeit. Beim Schreiben unserer Betriebsgeschichten müssen wir uns auch in dieser Beziehung der wertvollen revolutionären Tradition besinnen und diese anwenden.

H. Radandt kommt bei seinen Untersuchungen zu dem vorläufigen Ergebnis, daß in unserer Republik bis heute nach seinen Kenntnissen etwa 100 selbständige Schriften zur Betriebsgeschichte erschienen sind.<sup>34)</sup> Das ist eine beachtliche Zahl. Besonders bedeutungsvoll ist dabei die Tatsache, daß der größte Teil von Arbeitern selbst geschrieben worden ist.

Diese Betriebsgeschichten haben eine zahlreiche und interessierte Leserschaft gefunden und sind mitunter wertvolle Helfer des Lehrers in der Schule sowie des Lehrausbilders geworden. Wenn E. Hühns auf S. 9 schreibt: „Im Vordergrund der heutigen heimatgeschichtlichen Forschung stehen Siedlungskunde und Ortsgeschichte“<sup>35)</sup>, so müssen auch bei dieser Feststellung Zweifel aufkommen. Zweifellos ist die Zahl der betriebsgeschichtlichen Veröffentlichungen beachtlich. Und von besonderer Wichtigkeit ist, daß auf diesem Sektor der Geschichtsschreibung die Arbeiterklasse selbst sehr stark als Autor auftritt, stärker als auf anderen Gebieten.

Die Folge ist, daß wir auf dem Gebiete der Betriebsgeschichtsschreibung als Teil der Heimatgeschichtsschreibung relativ am weitesten fortgeschritten sind in der Durchsetzung des Marxismus-Leninismus.

Genauso wie es falsch wäre — H. Mohr und E. Hühns tun das auch nicht —, der Landesgeschichte heute jegliche Existenzgrundlage absprechen zu wollen, ist es andererseits notwendig, die Betriebsgeschichte als Spezialdisziplin stärker zu betonen und in den Vordergrund zu rücken. Zwischen beiden gibt es auf Grund der Verschiedenheit des Forschungsgegenstandes bestimmte Unterschiede, und letzten Endes hat sich die gegenwärtige gesellschaftliche Bedeutung beider verschoben.

Es gilt heute, unsere Menschen mit dem sozialistischen Heimatbegriff zu erfüllen. „Im Begriff unserer sozialistischen Heimat müssen also die Klassenbezogenheit und die aktive Tätigkeit des Menschen enthalten sein. In diesem Sinne ist Heimat das Gebiet, das der einzelne bewußt als Heimat erlebt und gestaltet — der soziale Lebensbereich, dessen Bild der Mensch selbst durch seine Arbeit und seinen Kampf für den gesellschaftlichen Fortschritt und die politische Befreiung der Arbeiterklasse und der Bauern mitbestimmt und dem er daher durch viele sachliche und gefühlsmäßige Bindungen verhaftet ist.“<sup>36)</sup>

<sup>34)</sup> Radandt, Hans, Der Stand der Geschichte der Fabriken und Werke in der Deutschen Demokratischen Republik. In: „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“, Berlin 1960, Teil II, S. 153.

<sup>35)</sup> Mohr-Hühns, a. a. O., S. 9.

<sup>36)</sup> Ebenda.

Für die Durchsetzung des sozialistischen Heimatbegriffs, der nicht mehr sich nur auf romantisierende und gefühlsbetonte Heimattümelei wie zu Zeiten des Kapitalismus beschränkt, spielen die Betriebsgeschichten eine ausschlaggebende Rolle.

Und noch ein weiterer Gesichtspunkt ist sehr wichtig. J. Kuczynski schreibt: „In Westdeutschland spielt sich heute die Vergangenheit als Zeitgeschichte ab. Wie können wir Historiker der Arbeiterklasse, wie allen fortschrittlichen Kräften in Westdeutschland besser im Kampf gegen die Monopolherren helfen, als durch Entlarvung der gegenwärtigen Feinde durch ihre Vergangenheit, zu deren verschwiegensten Verbrechen wir den Schlüssel in unseren Archiven besitzen!“<sup>37)</sup>

Stellen wir deshalb in der Heimatforschung neben die Siedlungskunde und Ortsgeschichte vollwertig die Betriebsgeschichte! Ein stärkeres Einbeziehen dieser, eine Verbesserung der Arbeit auf diesem Gebiet wird wesentlich dazu beitragen, die nationale Grundkonzeption des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse im gegenwärtigen Stadium schneller und erfolgreicher auch auf dem Gebiet der Heimatgeschichte durchzusetzen!

<sup>37)</sup> *Kuczynski, Jürgen*, in: *Jonas, Wolfgang*, Das Leben der Mansfeld-Arbeiter von 1924 bis 1945. Berlin 1957, Vorwort.

### III.

## BERICHTE DER ARBEITSGRUPPEN



# BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES ARBEITSKREISES „GESCHICHTE DER PRODUKTIVKRÄFTE“

VON WOLFGANG JONAS

Die Kenntnisse der Gesetze der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer Beziehungen zu anderen gesellschaftlichen Kategorien sind von größter Bedeutung für die Vertiefung unseres Wissens der Entwicklung der Gesellschaft. Marx sagt hierzu: „Dieselbe Wichtigkeit, welche der Bau von Knochenreliquien für die Erkenntnisse der Organisation untergegangener Tiergeschlechter, haben Reliquien von Arbeitsmitteln für die Beurteilung untergegangener ökonomischer Gesellschaftsformation“. (Kapital I, Seite 188).

Die Tatsache, daß die Produktionsweise der menschlichen Gesellschaft durch den Stand der Produktivkräfte und der ihnen entsprechenden Produktionsverhältnisse bestimmt wird, zwingt uns, der Erforschung der Geschichte der Produktivkräfte bedeutend mehr Aufmerksamkeit zu widmen, als ihr von seiten marxistischer Gesellschaftswissenschaftler in der DDR bisher zuteil wurde.

Eine endgültige Sicherung und Verankerung des Sieges des Sozialismus wird erst dann erreicht, wenn der Sozialismus eine höhere Produktivität erzielt als der Kapitalismus. In dieser Tatsache liegt die Notwendigkeit begründet, der schnellen Entwicklung der Produktivkräfte unsere vollste Aufmerksamkeit zu widmen.

Für das Gebiet der Produktivkräfte gilt es genauso wie für alle anderen Sphären des gesellschaftlichen Lebens, daß die Kenntnis der Geschichte und die aus ihr gezogenen Lehren die Menschen befähigt, schneller und richtiger die Wege in die Zukunft zu beschreiten. Diese Erfahrung ist in das Bewußtsein der großen Masse der Techniker und Ingenieure, aber auch großer Teile der Arbeiterklasse erst sehr schwach eingedrungen.

Zahlreiche Probleme der Wirtschaftsgeschichte und Geschichte erfordern dringend die Erforschung der Geschichte der Produktivkräfte. Solche für unseren heutigen Kampf so äußerst wichtigen Gebiete, wie die Geschichte der Lage der Arbeiter und der Arbeiterbewegung, werden bisher in den meisten

Fällen ohne irgendeine Berücksichtigung der Entwicklung der Produktivkräfte untersucht und dargestellt.

Darüber hinaus berührt die Geschichte der Produktivkräfte und insbesondere der Technik der letzten 150 Jahre zahlreiche Probleme unseres gegenwärtigen sozialistischen Aufbaus. Studien zur Geschichte der Produktivkräfte lehren unsere technischen Kader, die Technik unter dem Gesichtswinkel der Entwicklung und ihrer engen Zusammenhänge zur Ökonomik einer Gesellschaftsordnung zu sehen.

Die Technik verhält sich zwar zu den Klassen neutral, ihre Anwendung ist aber in der Klassengesellschaft stets bestimmten Klasseninteressen unterworfen und Richtung und Tempo ihrer Entwicklung werden von eben diesen Klasseninteressen entscheidend beeinflußt. Erst die Aufdeckung dieser Beziehungen und ihre konkrete historische Darstellung ermöglicht, ein wissenschaftlich gründliches Bild der Entwicklung der Produktivkräfte zu geben.

Die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte ergibt sich aus dem Zusammenwirken von technischen Gesetzmäßigkeiten und Gesetzen des gesellschaftlichen Lebens. Sie zu erforschen und zu popularisieren muß Mittelpunkt der Arbeit des Arbeitskreises sein. Damit leistet er einen wichtigen Beitrag zur Erweiterung unseres Wissens um wichtige Gesetze, die die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft bestimmen.

Gleichzeitig damit leistet die Geschichte der Produktivkräfte einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins; denn eine falsche und unrichtige Einstellung zur Technik und den Fragen der Beziehungen zwischen Technik und Gesellschaft hemmt bei Ingenieuren, Technikern, Wissenschaftlern, ja überhaupt bei allen Werktätigen die Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins. Außerdem erlaubt uns eine schnelle Entwicklung der Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Geschichte der Produktivkräfte, noch erfolgreicher, wissenschaftlich begründet, die bürgerlichen ideologischen Einflüsse, die auf dem Wege westlicher Fachliteratur, Fachzeitschriften, der Tätigkeit westlicher Fachverbände und vieler anderer Kanäle in die Kreise unserer Techniker und Ingenieure eindringen, zu bekämpfen und zur Herausbildung eines sozialistischen Bewußtseins beizutragen, nicht zuletzt dadurch auch den fortschrittlichen Kräften in den kapitalistischen Ländern Hilfe und Unterstützung zu geben.

Nicht zuletzt sei erwähnt, daß die Kenntnis der Geschichte der Technik und im weiteren Sinn der Geschichte der Produktivkräfte in einem Zeitalter solcher gewaltigen technischen Umwälzungen und im Zeitalter des Aufbaus des Sozialismus-Kommunismus ein nicht wegzudenkender Bestandteil der polytechnischen Erziehung und Bildung und der Kultur der breiten Massen der Werktätigen sein muß, weshalb auch der populärwissenschaftlichen Darstellung besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist.

Die Anzahl der Wissenschaftler, die auf dem Gebiet der Geschichte der Produktivkräfte arbeiten, ist verhältnismäßig noch sehr gering. Hinzu kommt noch, daß es sich in der Mehrzahl um in ihrer wissenschaftlichen Entwicklung sehr junge Mitarbeiter handelt. Um so notwendiger war es deshalb, die über die ganze Republik verteilten wissenschaftlichen Mitarbeiter dieses Gebietes zusammenzufassen. Diesem Bedürfnis entsprang Ende 1957 die Bildung des Arbeitskreises „Geschichte der Produktivkräfte“ beim Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Abteilung Wirtschaftsgeschichte. Die Besonderheiten des Gegenstandes dieser Disziplin machten es erforderlich, den Arbeitskreis von vornherein aus Wissenschaftlern der verschiedensten Gebiete zusammenzusetzen, wie z. B. Technik-Historiker, Wirtschaftshistoriker, Philosophen, Wissenschaftler aus den Gebieten der Geschichte der Naturwissenschaften, der Verkehrsgeschichte u. a. Von besonderer Bedeutung ist die enge Verbindung des Arbeitskreises zur Kammer der Technik, die einerseits durch ständige Mitarbeit eines Vertreters der Zentraleitung der Kammer der Technik im Arbeitskreis, wie auch durch die Mitarbeit von Angehörigen des Arbeitskreises in der Zentralen Arbeitsgemeinschaft Geschichte der Technik in der Kammer der Technik gesichert ist.

Diese Verbindung ist deshalb so wichtig, weil sie dem Arbeitskreis ganz wesentlich hilft, mit den aktuellen politischen und ideologischen Fragen der Gegenwart auf dem Gebiet der Technik und unter den Technikern und Ingenieuren bekannt zu werden. So wurden kürzlich z. B. im Arbeitskreis Forschungsarbeiten zur Geschichte des westdeutschen Vereins Deutscher Ingenieure auf Anregung der Kammer der Technik begonnen, mit denen der Arbeitskreis einen wichtigen Beitrag zur Auseinandersetzung und Bekämpfung der bürgerlichen und imperialistischen ideologischen Einflüsse von Westdeutschland leistet. Der Arbeitskreis setzt sich z. Z. aus Vertretern folgender Institute und Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik zusammen:

- 4 Mitarbeiter, Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Abt. Wirtschaftsgeschichte
- 8 Mitarbeiter, Technische Hochschule Dresden, Institut für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik
- 1 Mitarbeiter, Technische Hochschule Dresden, Fakultät für Luftfahrtwesen
- 1 Mitarbeiter, Verkehrsmuseum, Dresden
- 1 Mitarbeiter, Bergakademie Freiberg, Institut für Geschichte des Bergbaus
- 1 Mitarbeiter, Zentralarchiv Merseburg
- 1 Mitarbeiter, Verlag Technik, Berlin
- 1 Mitarbeiter, Zentraleitung der Kammer der Technik
- 2 Mitarbeiter, Humboldt-Universität Berlin, Institut für Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften

1 Mitarbeiter, Karl-Marx-Universität Leipzig, Karl-Sudhoff-Institut

1 Mitarbeiter, Technische Hochschule Dresden, Institut für Gesellschaftswissenschaften.

Die Tätigkeit des Arbeitskreises, der in Abständen von 6 bis 8 Wochen abwechselnd in Berlin, Dresden oder Leipzig regelmäßig zusammentrat, erstreckte sich von Anbeginn in zwei Richtungen. Einmal dienten die Sitzungen der Diskussion und Beratung der von den einzelnen Mitarbeitern durchgeführten individuellen Forschungsarbeiten und zum anderen der Diskussion von theoretischen Grundfragen, die von besonderer Bedeutung für die Ausarbeitung der Grundlagen einer marxistischen Geschichte der Produktivkräfte sind. Gerade diese Diskussionen zeigten, wie groß noch die einer Lösung harrenden Probleme auf dem Gebiet der Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Produktivkräfte sind.

Aus dem Rahmen dieser Diskussionen seien zwei hervorgehoben, die sich jeweils über mehrere Sitzungen ausdehnten. Angeregt durch das Buch von Gerhard Kosel „Produktivkraft Wissenschaft“, diskutierte der Arbeitskreis über die höchst aktuelle und wichtige Problematik der Beziehung zwischen den Produktivkräften und der Wissenschaft, sowohl in ihrer historischen Entwicklung als auch in ihrer gegenwärtigen Bedeutung. Als Ergebnis dieser Diskussion erschien im Bd. I des Jahrbuches für Wirtschaftsgeschichte 1960 ein Artikel, der jedoch nicht etwa die Auffassung aller Arbeitskreismitglieder widerspiegelt. Eine weitere ausführliche Diskussion wurde über das Problem der gesellschaftlichen Triebkräfte der Entwicklung der Produktivkräfte geführt, die sich in dem Artikel von Karl Lärmer im gleichen Band des Jahrbuches für Wirtschaftsgeschichte niederschlägt.

Im Zuge der Ausarbeitung des Siebenjahrplanes an den Universitäten, Hochschulen und Akademien entwickelte der Arbeitskreis gleichfalls einen Perspektivplan, der der weiteren Arbeit eine klare Richtung geben und alle Mitarbeiter auf die Schwerpunkte konzentrieren soll. Im folgenden seien die wichtigsten Teile des Arbeitsplanes angeführt.

### *Aufgabenstellung*

#### *I. Organisatorische Maßnahmen und Verbesserung des Arbeitsstils des Arbeitskreises:*

1. Im Verlauf des Jahres 1960 muß ein wesentlicher Umschwung in der Arbeit des Arbeitskreises erzielt werden, der zu einer Festigung des Kollektivs führt und einer bedeutend weitgehenderen Koordinierung gerecht wird. Der Arbeitsplan des Arbeitskreises muß die Grundlage für die weitere Arbeit sein.

2. Da sich der Arbeitskreis im wesentlichen aus jungen wissenschaftlichen Mitarbeitern zusammensetzt, die zu einem Teil an ihrer ersten größeren wissen-

schaftlichen Arbeit sitzen, ist besondere Aufmerksamkeit auf die kollektive und individuelle wissenschaftliche Hilfe durch Diskussion, Einzelaussprache und Beratungen zu legen.

3. Wie bisher, ist dafür zu sorgen, daß die Diskussion von theoretischen Grundproblemen kontinuierlich weitergeführt wird; dabei ist darauf zu achten, daß die Ergebnisse dieser Diskussion in dieser oder jener Form publiziert werden und Eingang in die wissenschaftliche Literatur finden.

4. Im Laufe der Jahre muß angestrebt werden, den Arbeitskreis zu erweitern, wobei in der Entwicklung der Zusammensetzung des Arbeitskreises die festgelegten Schwerpunkte der wissenschaftlichen Arbeiten besonders zu berücksichtigen sind.

Im Verlauf des Jahres 1960 ist mit der Bildung von spezielleren Unterarbeitskreisen zu beginnen, die sich bestimmten engeren Problemkreisen widmen. Der etwa sechswöchige Turnus der Sitzungen des gesamten Arbeitskreises darf dadurch aber nicht verändert werden.

## *II. Schwerpunkte der theoretischen Problematik*

Im Mittelpunkt der theoretischen Problematik der Arbeiten des Arbeitskreises müssen folgende Fragen stehen:

1. Die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte.
2. Die Beziehungen zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen.
3. Die Beziehungen zwischen den Produktivkräften und dem Überbau, insbesondere der Ideologie.

Diese theoretischen Probleme sollen besondere Beachtung bei allen einzelnen Forschungsarbeiten finden und gleichzeitig Gegenstand spezieller Untersuchungen und Diskussionen sein.

## *III. Historische Schwerpunkte*

Der Arbeitskreis konzentriert sich auf folgende historische Schwerpunkte:

1. Das 19. Jahrhundert unter dem Gesichtspunkt: Die Entwicklung der Produktivkräfte – Grundlage der industriellen Revolution des Kapitalismus.
2. Das 20. Jahrhundert unter dem Gesichtspunkt der historischen Vorbereitung und des Beginns der gegenwärtig sich vollziehenden technischen Umwälzung. Arbeiten dieses Schwerpunktes sind nach Möglichkeit zeitmäßig bis zur Gegenwart fortzusetzen, sowohl für die sozialistische als auch für die kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Bei allen Arbeiten ist darauf zu achten, daß die gerade für das Gebiet der Entwicklung der Produktivkräfte besonders gefährlichen Tendenzen des Provinzialismus überwunden bzw. vermieden werden und die Entwicklung der Produktivkräfte möglichst mit einem weiten Horizont ihrer internationalen Wechselwirkungen betrachtet wird.

#### IV. Thematische Schwerpunkte

Aus der umfangreichen Breite der Geschichte der Produktivkräfte sind folgende thematische Schwerpunkte in erster Linie in Angriff zu nehmen:

1. Die Entwicklung der Produktivkräfte in folgenden Industriezweigen:
  - a) Chemische Industrie
  - b) Elektroindustrie
  - c) Energiewirtschaft
  - d) Maschinenbau
  - e) Bauindustrie
  - f) Verkehrswesen
2. Folgende Querschnittsfragen:
  - a) Mechanisierung und Automatisierung
  - b) Standardisierung und Typisierung
  - c) die Arbeitskraft (Dequalifizierung, Qualifizierung).
3. Die Beziehungen zwischen Technik und Ideologie.

#### V. Populärwissenschaftliche Arbeiten:

Diesem Gebiet ist von seiten des Arbeitskreises ständig besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Im Verlaufe des Jahres 1961 sollte der Arbeitskreis für die Herausgabe einer Reihe von populärwissenschaftlichen Broschüren für die Jugend sorgen (jeweils etwa 2 bis 4 Druckbogen aus dem Gebiet der Geschichte der Produktivkräfte). Diese Reihe sollte die Aufgabe haben, die polytechnische Erziehung unserer Jugend durch interessante und spannende Darstellungen zu unterstützen. Ziel dieser Reihe muß es sein, die Jugendlichen mit Hilfe der Geschichte der Technik an technische Probleme heranzuführen, sie für sie zu begeistern als auch durch die breite Behandlung der Beziehungen zwischen Technik und Gesellschaft mit zu ihrer Erziehung zu jungen Sozialisten beizutragen.

Des weiteren ist darauf zu achten, daß die Anfertigung und Herausgabe von populärwissenschaftlichen Büchern beschleunigt wird. Zu diesem Zweck soll der Arbeitskreis auch den Kontakt zu Autoren populärwissenschaftlicher technikgeschichtlicher Bücher aufnehmen und pflegen.

#### VI. Unterstützung der Arbeit der Kammer der Technik

Eine wichtige Aufgabe des Arbeitskreises liegt in der Unterstützung der großen Massenorganisation der Techniker und Ingenieure unserer DDR, der Kammer der Technik. Diese Unterstützung erstreckt sich vor allem auf die Hilfe und Mitarbeit in der Arbeit der zentralen und bezirklichen Arbeitsgemeinschaften „Geschichte der Technik“ der Kammer der Technik sowie auf die aktive Beteiligung bei entsprechenden Tagungen und Konferenzen und die Publizierung wertvoller Artikel von Mitarbeitern des Arbeitskreises in den Fachorganen der Kammer der Technik.

Des weiteren muß der Arbeitskreis die Kammer der Technik im starken Maße in ihrer ideologischen Auseinandersetzung mit den Einflüssen bürgerlicher Ideologie auf die Techniker und Ingenieure unserer DDR unterstützen.

\*

Es sei nun noch eine Liste der Forschungsthemen, die von Mitarbeitern bzw. Instituten, die am Arbeitskreis „Geschichte der Produktivkräfte“ beteiligt sind, bearbeitet werden, gegeben.

Diese Liste erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit der Erfassung der Forschungsthemen dieses Gebietes, die in der Deutschen Demokratischen Republik bearbeitet werden, sondern erfaßt lediglich die Themen, die von den Mitarbeitern des Arbeitskreises genannt wurden. Sie ist damit aber ein erster Anfang des gegenseitigen Kennenlernens der verschiedensten Forschungsvorhaben und der erste Schritt zu einer Koordinierung. Es ist zu beachten, daß es sich in den meisten Fällen um die Formulierung von Arbeitstiteln handelt.

*Institut für Geschichte der Technik und Naturwissenschaften der Technischen Hochschule Dresden*

Folgende Forschungsaufträge sind im wesentlichen abgeschlossen:

Dr. H. Gleisberg, Technikgeschichte der Mühle, der Müllerei und des Mühlenbaues von den Anfängen bis zur Gegenwart.

R. Marschner, Die Entwicklung der Wasserwirtschaft in Deutschland in den letzten 100 Jahren.

Dr. H. Müller, Die Entwicklung des Stahl- und Walzwerkes Riesa von 1863 bis 1945.

O. Gromodka, Das technische Fachbuch und die technischen Fachzeitingen in Deutschland von 1850 bis 1900 (ein Beitrag zur Geschichte des Maschinenbaues).

Dr. W. Weiß, Handbuch der Wasserzeichenkunde als Hilfsmittel der historischen Forschung.

E. Winkler, Die Bedeutung technischer Denkmale für die Bildungs- und Erziehungsarbeit an künftigen polytechnischen Museen.

E. Henriot, Drehbuch zum Aufbau eines polytechnischen Museums zur Geschichte der Schifffahrt.

Folgende Forschungsaufträge werden zur Zeit bearbeitet:

F. Leuschner, Aufgaben und Inhalt polytechnischer Museen in der DDR.

R. Wagner, Untersuchungen zur Geschichte des Werkzeugmaschinenbaues.

Th. Riedel, Die Bedeutung der Geschichte der Technik für die polytechnische Erziehung.

Dr. A. Kauffeldt, Die Klassiker des Marxismus-Leninismus zur Geschichte der Technik und Naturwissenschaften.

W. Löser, Die Entwicklung der elektrischen Telegraphie in Preußen.

P. Kirschberg/Fritz Leuschner, Werkforschungsvertrag, Zweitakt, Zweirad, Museum.

### *Lehre*

Das Institut führt eine Lehrveranstaltung „Geschichte der Technik“ und eine Lehrveranstaltung „Geschichte der Naturwissenschaften“ durch für Berufspädagogen.

In Vorbereitung sind Spezialvorlesungen:

Geschichte der Elektrotechnik und Geschichte des Maschinenbaus sowie Geschichte der Chemie.

Der Schwerpunkt der Institutsarbeit liegt für jetzt und die nächsten Jahre im 19. Jahrhundert.

Im einzelnen bearbeiten die Kolleginnen und Kollegen folgende Schwerpunkte:

Dr. A. Kauffeldt: Geschichte der Technik, Geschichte der Naturwissenschaften – Grundsatzfragen.

R. Wagner: Geschichte der Technik – Maschinenbau.

W. Löser, Geschichte der Technik – Elektrotechnik.

W. Gruhnwald, Geschichte der Technik – Elektrotechnik.

P. Kirchberg, Geschichte der Technik – Verkehrswesen (Auswirkungen).

F. Leuschner, Geschichte der Technik – Technische Museen und technische Kulturdenkmale, Ausstellungsfragen.

G. Buchheim: Geschichte der Naturwissenschaften – Physik.

Dr. W. Krahe, Geschichte der Naturwissenschaften – Chemie.

*Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Abt. Wirtschaftsgeschichte, Arbeitsgruppe „Geschichte der Produktivkräfte“*

Dr. Wolfgang Jonas, 1. Geschichte des Vereins Deutscher Ingenieure. 2. Die Geschichte der Ideologie der Technik (vorwiegend zunächst 19. Jh.).

Dr. Karl Lärmer, Die Geschichte der Reichsautobahn. – Ihre politische und militärische Bedeutung.

Wolfgang Schlieder, Geschichte der Papierproduktion. Einführung der Papiermaschine und der Übergang vom Rohstoff Lumpen zu Holz.

Hans-Heinrich Müller, Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft (untersucht an der Entwicklung in Brandenburg von 1800 bis 1860).

### *Verkehrsmuseum Dresden*

Rudolf Seidel, Die Entwicklung des Kraftverkehrs zum selbständigen Verkehrsträger (Zeit etwa 1900 bis 1933).



*Karl-Sudhoff-Institut an der Karl-Marx-Universität Leipzig*

Wilhelm Strube, Die Rolle der Chemie zu Beginn der industriellen Revolution. Die Untersuchung erstreckt sich auch auf die Entwicklung der Chemie im 18. und 19. Jahrhundert und die Beziehungen, die zwischen der Entwicklung der Industrie, der chemischen Industrie und der Wissenschaft bestanden bzw. sich herausgebildet haben.

*Institut für Geschichte des Bergbaus und Hüttenwesens der Bergakademie Freiberg*

Baumgärtl

Julius Weisbach und die Einführung der „Neuen Markscheidkunst“ in die Praxis (Aufsatz für die „Technische Gemeinschaft“).

Der Bayreuther Bergbau unter dem Oberbergmeister Alexander von Humboldt 1793 bis 1795. (Diese Monographie soll evtl. als Dissertation ausgearbeitet werden.)

Die Reorganisation des sächsischen Bergwesens nach dem 7jährigen Krieg und die Anwendung neuer technischer Hilfsmittel. (Diese Arbeit wird vorwiegend die Zeit von 1766 bis 1816 umfassen und soll mit einer Quellenpublikation verbunden werden.)

Eine Untersuchung über den Einfluß deutscher Bergwerkskonzerne auf die deutsche Kolonialpolitik vor 1914. Das Thema ist noch näher zu bestimmen.

*Fakultät für Luftfahrtwesen an der Technischen Hochschule Dresden*

Gerhard Wissmann

1. Ausarbeitung und Durchführung einer Überblicksvorlesung über die Geschichte der Luftfahrt von Anbeginn bis zur Gegenwart.
2. Anfertigung eines Manuskriptes für eine Geschichte der Luftfahrt.
3. Eine Studie zu dem Problem Luftfahrt und Imperialismus.

*Deutsches Zentralarchiv, Abteilung Merseburg*

Dr. Heinz Welsch, Eine Übersicht über die Materialien zur Technikgeschichte des Deutschen Zentralarchivs Merseburg.

Kollege Waldmann, Veröffentlichung der Reiseberichte des Staatsrats Kunth. Die Berichte der in den Jahren 1815 bis 1830 von Kunth durchgeführten Reisen durch alle preußischen Provinzen vermitteln einen umfassenden Überblick über den Stand des Gewerbewesens in Preußen vor dem Einsetzen der industriellen Revolution.

*Institut für Gesellschaftswissenschaften, Technische Hochschule Dresden*

Das Institut für Gesellschaftswissenschaft bearbeitet als Komplexthema:

„Die Entwicklung neuer Beziehungen zwischen Mensch und Technik bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR und die Stellung des Technikers“.

Innerhalb dieses Komplexthemas werden von den Mitarbeitern des Instituts verschiedene Arbeitsthemen untersucht.

## IV.

# QUELLEN UND MATERIALIEN

# EINE STREIKTABELLE FÜR DEUTSCHLAND 1864 BIS 1880

VON WALTER STEGLICH

*Mann der Arbeit, aufgewacht,  
und erkenne deine Macht.  
Alle Räder stehen still,  
wenn dein starker Arm es will.*  
(Herwegh, Bundeslied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins).

Seit dem Beginn der deutschen Arbeiterbewegung sind Streiks ein wichtiges Mittel im Kampf des Proletariats gegen die kapitalistische Ausbeutung. Anfangs lokalisiert, dehnten sie sich mit der Revolution von 1848/49 vor allem bei den organisierten Arbeitern über die territorialstaatlichen Grenzen aus und gewannen 1857 nicht nur interregionale, sondern auch überberufliche Bedeutung.

Die Streiks nehmen den entscheidenden Platz auf der ökonomischen Ebene des Klassenkampfes ein, denn der „periodische Widerstand der Arbeiter gegen eine Lohnherabsetzung und ihre periodisch sich wiederholenden Versuche, eine Lohnsteigerung durchzusetzen“, sind „untrennbar vom Lohnsystem“.<sup>1)</sup> Bis zu einem gewissen Grade setzt sich die Streikbewegung daher spontan durch. Das beweisen die Arbeitseinstellungen der 50er und 60er Jahre des 19. Jahrhunderts, in denen es keine Koalitionsfreiheit gab und Streiks zunächst von den Arbeitervereinen vielfach abgelehnt oder lediglich als Palliative geduldet wurden.

Als Ausdruck der organisierten Auseinandersetzung mit den Unternehmern wurden die Streiks mehr und mehr Schulen der proletarischen Revolution. Ihr politischer Charakter verstärkte sich mit der Gründung der Gewerkschaften und erreichte in Forderungen auf gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse

<sup>1)</sup> *Marx, Karl*, Lohn, Preis und Profit. Ausgew. Werke in 2 Bänden, Bd. 1. Berlin 1957, S. 415.

sowie auf Anerkennung der Organisationen und ihrer Rechte die Ebene des politischen Kampfes.<sup>2)</sup>

Die Rolle der Streiks im Klassenkampf wird von der Bourgeoisie durchaus erkannt. Sie sieht hier nicht nur eine Gefahr für Profit und Herrschaft, sondern auch eine Grenze für den Einfluß ihrer Ideologie auf die Massen. Gerade während der Streikbewegung ist es ihr trotz aller Bemühungen nie gelungen, ihre Demagogie von der Klassenharmonie durchzusetzen. Sie griff daher immer wieder das Koalitionsrecht an, das sie nur zögernd unter dem Druck der Massen zugestanden hatte.<sup>3)</sup>

In der Tat wird in der Streikbewegung ein so unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Lage der Arbeiter und ihrem Denken und Handeln hergestellt, daß sich daraus ihr Einfluß auf die proletarische Bewußtseinsbildung erklären läßt. Es ist aber hier wichtig, darauf hinzuweisen: für den Übergang von der allgemein proletarischen zur spezifisch sozialistischen Bewußtseinsbildung ist die Partei, die die sozialistischen Ideen in die Massen hineinträgt und festigt, der wichtigste Faktor. Anfangs mehr im Sinne des Herweghschen Liedes, festigen Streiks die Solidarität und öffnen der tieferen Erkenntnis der wissenschaftlichen Grundlagen der proletarischen Weltanschauung den Weg.

Kein Wunder also, daß ein Teil der Bourgeoisie und ihrer Handlanger den mit den Streiks verbundenen „Gefahren“ ideologisch dadurch zu begegnen suchten, daß sie sich als Anhänger der Gewerkschaften und der ökonomischen Kämpfe tarnten, um dann Opportunismus und Reformismus in der Führung der Bewegung durchzusetzen und nach Möglichkeit auch bei den Massen zu fördern. Die Streikbewegung ist schon verhältnismäßig früh Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen Marxisten und Revisionisten geworden. Dabei spielte der Umstand eine gewisse Rolle, daß die Arbeitseinstellungen immer größere finanzielle Anforderungen an die Organisationen der Arbeiterklasse stellten und daher ständig die Entscheidung über die Verwendung der Mittel im Unterstützungswesen oder für die Klassenschlachten verlangt wurde. Nicht selten war hier das Loch in der Mauer, durch das sich opportunistische Erwägungen, Burgfriedenspolitik und Sozialdemagogie einschleichen konnten und sich jene Realpolitik breit machte, die von Schweitzer bis Gutermuth auf die Streikführung ihren unheilvollen Einfluß genommen hat. Es muß jedoch betont werden, daß sich bis heute dieser Opportunismus, vor allem während der Arbeitseinstellungen selbst, nur sporadisch bei den Proletariern selbst breit machte — ja, daß der Verrat seitens der Streikführung nicht selten vielen Arbeitern die Augen öffnen half und sie an die Seite der konsequent revolutionären Kräfte führte. Diese Rolle der Streikbewegung im ideologischen Kampf zeichnete sich bereits in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts ab und wirkte auf die Bildung der ersten marxistischen Massenpartei ein.

<sup>2)</sup> Vgl. dazu *Marx, Karl*, Brief an Bolte vom 23. 11. 1871.

<sup>3)</sup> Im Rahmen der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes 1869.

Die Bedeutung der Streikbewegung im Klassenkampf des Proletariats rechtfertigt vollständig den Versuch, den Umfang der Arbeitseinstellungen, ihre Ziele und ihren Verlauf statistisch zu erfassen für eine Zeit, in der das Fehlen einer amtlichen Statistik leicht zu verhängnisvoller Unterschätzung dieses Teiles der Arbeiterbewegung führen kann. Gerade die seit Sombart immer wieder vertretene Auffassung, daß die deutsche Arbeiterbewegung eigentlich erst 1890, also nach Aufhebung des Sozialistengesetzes, beginnt, unterstreicht die Notwendigkeit, alle Beweise für den entfalteten Kampf der Arbeiterklasse seit 1848 so sorgfältig wie möglich zusammenzutragen. Kommt es doch der Bourgeoisie und ihren Apologeten darauf an, die Geschichte des Klassenkampfes zu leugnen, um den Gedanken der „Sozialpartnerschaft“ Boden gewinnen zu lassen. Eine Streikstatistik, die sich wissenschaftlich auf zeitgenössischem Material aufbaut, gibt es bisher nicht für die Jahre der Entwicklung und Festigung der deutschen Arbeiterbewegung bis 1880. Die vorliegende Tabelle schließt diese Lücke in der Geschichtsschreibung, ohne selbstverständlich den Anspruch zu erheben, eine gründliche Spezialuntersuchung der deutschen Partei- und Gewerkschaftsgeschichte ersetzen zu wollen. Sie bietet aber immerhin Handhabe genug, um den Bagatellisierungsversuchen der bürgerlichen Geschichtsschreibung entgegenzutreten, mit denen das Bewußtsein der Arbeiterklasse irreführt werden soll.

Die zeitliche Begrenzung der vorliegenden Streiktabelle ist von technischen Gesichtspunkten bestimmt. Sie umfaßt den Zeitraum zwischen der Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und dem Erlaß des Sozialistengesetzes. Es ist selbstverständlich, daß die Kontinuität des ökonomischen und politischen Kampfes gegen die reaktionären Kräfte und Mächte, die mit der Gründung des Bundes der Kommunisten beginnt und durch die Gründung der ersten proletarischen Massenpartei Deutschlands, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (1869 in Eisenach), einen außerordentlichen Aufschwung erfährt, über die Ergebnisse der Statistik hinausreicht.

1878 wurde eine veränderte Situation für die Streikbewegung geschaffen, weil der Erlaß des Sozialistengesetzes nicht nur die SPD direkt traf, sondern auch mindestens zu einer amtlichen Registrierung aller Arten von Arbeitervereinigungen führte. Unter besondere Beobachtung wurden dabei die Gewerkschaften gestellt, deren Tätigkeit seit 1886 mit dem Streikerlaß von Puttkamers mit noch größerer Willkür unterdrückt werden konnte. Der von der Tabelle erfaßte Zeitraum stellt daher eine gewisse in sich geschlossene Periode der Streikbewegung dar. Als genaue jahresmäßige Begrenzung wurde 1864 als das letzte Jahr der von Todt<sup>4)</sup> gegebenen Streikstatistik und 1880 als das erste Jahr der amtlichen Statistik gewählt. Damit schließt die vorliegende Tabelle an die letzte vorhandene Spezialuntersuchung an und führt bis zu einem Zeit-

<sup>4)</sup> Die gewerkschaftliche Tätigkeit in Deutschland 1850–1859. Berlin 1950, S. 98–100.

punkt, für den nicht nur neue historische, sondern auch veränderte technische Voraussetzungen für die weitere Forschung bestehen.

Die Feststellung, daß es sich bei der vorliegenden Streikstatistik um die erste derartige Tabelle handelt, bedarf selbstverständlich einer näheren Erläuterung. Amtliche Erhebungen liegen bereits aus der Zeit selbst vor. Es handelt sich dabei um die sogenannte preußische Enquete des Jahres 1865<sup>5)</sup> und um die Umfrage des deutschen Handelstages von 1873.<sup>6)</sup> Beide entsprangen einem unmittelbaren praktischen Bedürfnis der herrschenden Klassen. Beide sind als Vorarbeit für politische Entscheidungen zu werten. Sie registrieren folglich nicht objektiv statistisch-wissenschaftlich, sondern zweckbestimmt, in der Absicht, das Fortschreiten der Arbeiterbewegung so weitgehend wie möglich einzudämmen. Die preußische Enquete diente der Stellungnahme der preußischen Regierung in der von den Arbeitervereinen in Gang gehaltenen Debatte über die Koalitionsfrage, die allerdings erst unter dem Druck der Massenbewegung 1869 entschieden wurde. Der Handelstag trug der „Besorgnis“, daß die Streiks eine „nachteilige Rückwirkung auf die deutsche Industrie haben könnten“, durch seine Umfrage in der Absicht Rechnung, einen Überblick für die weitere Strategie und Taktik der Industriebourgeoisie im Kampf mit dem Proletariat zu gewinnen. Die preußischen Regierungspräsidenten gaben 1865 im allgemeinen beruhigende Antworten und befürworteten eine durch Strafbestimmungen eingeschränkte Koalitionsfreiheit. Wunschgemäß berichteten sie lediglich über Streiks, die eine Anwendung der Strafgesetze zur Folge hatten. Während die preußischen Regierungspräsidenten 1865 keinen Anlaß hatten, ihren Liberalismus parteilich der Großbourgeoisie zu verbinden, trat der seit 1861 bestehende deutsche Handelstag 1873 eindeutig als Interessenvertretung kapitalistischer Wirtschaftspolitik auf. Schon seine Fragen an die Mitglieder forderten zu einer alarmierenden, die Gefahr für Profit- und Staatsinteresse bestätigenden Darstellung heraus.<sup>7)</sup> Die Erhebung des Handelstages ergab not-

<sup>5)</sup> Preußische Enquete über die Arbeitseinstellungen, die zur Anwendung von Koalitionsparagrafen führten. Stenographische Berichte der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses 1865, Anl. Bd. 2, Nr. 49.

<sup>6)</sup> „Das deutsche Handelsblatt“, Berlin 1873, Nr. 46–52.

<sup>7)</sup> Die drei Komplexe der Rundfrage lauteten:

1. Welche Arbeitseinstellungen sind in den industriellen Etablissements ihres Bezirks vorgekommen? Wie viele Arbeiter sind daran beteiligt gewesen? Welche Dauer haben dieselben gehabt? Bestehen Arbeitervereine, mit dem Zweck, Arbeitseinstellungen zu organisieren und herbeizuführen? Sind die Arbeitseinstellungen von dem Bruch kontraktlich übernommener Verpflichtungen begleitet gewesen? Sind Störungen der öffentlichen Ordnung im Gefolge der Arbeitseinstellungen vorgekommen?
2. Welche Forderungen sind von den streikenden Arbeitern gestellt? Welche Maßnahmen haben die Arbeitgeber zur Abwehr derselben ergriffen? In welchem Umfange sind die gestellten Forderungen befriedigt, wie weit sind sie mit Erfolg zurückgewiesen worden?

wendigerweise nur sehr summarische Meldungen, aus denen das bedrohliche Anwachsen der Arbeitseinstellungen allgemein hervorging. Für eine wissenschaftliche Weiterbearbeitung ist diese Zusammenstellung nicht nur im Umfang, sondern vor allem durch das Fehlen von genauen Angaben über die Motive, Verlauf und Ergebnis völlig ungenügend. Die politischen Motive beider Erhebungen müssen, bei aller Unterschiedlichkeit ihrer Initiatoren, die Brauchbarkeit als Quelle grundlegend beeinträchtigen. Nicht viel besser steht es mit einer Zusammenstellung, die von der „Concordia“, Zeitschrift für die Arbeiterfrage, 1876 veröffentlicht wurde. Obwohl nicht so offen und unmittelbar einem praktischen Ziel dienend, teilte sie doch mit den amtlichen Erhebungen die arbeiterfeindliche politische Zielsetzung. Die willkürliche und unvollständige Erfassung von 120 Streiks für die Zeit von 1871—1876 soll offiziell ein Bild vom Kampf der Arbeiter um höhere Löhne und verkürzte Arbeitszeit geben. Verschwiegen wird, daß dieser Überblick Material zu dem infolge der Krise wiederauflebenden Streit um Sinn und Zweck der Streikbewegung liefern sollte in der Absicht, die opportunistische Gewerkschaftspolitik zu fördern und auf der Linie der friedlichen Gewerkvereine den Ausbeutern Handlangerdienste zu leisten. Auch diese, vom Kampf gegen die Arbeiterklasse gefärbte Zusammenstellung kann daher weder an sich noch als Bestandteil einer späteren Statistik Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben.

In der Literatur findet sich eine statistische Behandlung der Streikbewegung von 1864 bis 1880, abgesehen von dem Aufsatz Oldenbergs im Handwörterbuch für Staatswissenschaften<sup>8)</sup> mit der zahlenmäßigen Wiedergabe der preußischen Enquete, nur bei M. Meyer.<sup>9)</sup>

Berücksichtigt man die Mängel, die sich aus dem Klassencharakter der zeitgenössischen Streikerhebungen zwischen 1864 und 1880 ergeben und bedenkt man dabei, daß es sich auch methodisch um in keiner Weise exakt statistische Arbeiten handelt, so muß man sich um so mehr fragen, was denn Herrn Meyer dazu bewogen haben mag, sich bei seiner Statistik auf diese Materialien zu beschränken, deren geringen wissenschaftlichen Wert er selbst zugibt!<sup>10)</sup> Abgesehen von der Dürftigkeit und ungenügenden Differenzierung des Materials, wird auch in der Auswertung nicht der geringste Versuch unternommen, diese Mängel auszugleichen. Bekanntlich erschien Meyers Buch 1907, also wenige Jahre nach jenen großen Bewegungen, die seit 1903 die herrschenden Klassen Europas in Atem hielten, zumal die Massenstreiks immer mehr politischen

3. Ist die dortige Industrie durch die Arbeitseinstellungen in die Lage versetzt worden, angenommene Aufträge unerfüllt lassen oder erteilte Aufträge ablehnen zu müssen, und welcher andere Schaden ist Ihrer Industrie aus den Arbeitseinstellungen erwachsen?

<sup>8)</sup> Oldenberg, Handwörterbuch für Staatswissenschaften. 3. Auflage, Jahrg. 1909, Bd. 1, S. 927.

<sup>9)</sup> Statistik der Streiks und Aussperrungen im In- und Auslande. Leipzig 1907, S. 28.

<sup>10)</sup> Meyer, M., a. a. O., S. 32, 35.



Charakterannahmen und die Erfahrungen der russischen Revolution verwerteten. Was lag näher für einen Apologeten, als bei weitgehender Bagatellisierung der Streikbewegung der Vergangenheit, „wissenschaftlich“ nachzuweisen, daß der Aufschwung der späteren Zeit einer politischen Irreführung der bis dahin so braven deutschen Arbeiter geschuldet war! Seit dem Vorabend der 48er Revolution haben die herrschenden Klassen ja nie mehr aufgehört, der deutschen Arbeiterklasse einzureden, daß nur diese Verführung, besonders vom Ausland her, den guten Deutschen davon abhalte, ein guter Sozialpartner zu sein. Es kommt noch hinzu, daß Meyers Bemühungen auch die seit 1890 gepflegte Auffassung bestätigen sollten, daß sich die Lage der Arbeiter, und zwar durch die Sozialpolitik des Kaisers und der Unternehmer, fortlaufend besserte. Herrn Meyer konnte an einer wissenschaftlichen Behandlung der Streikbewegung – die er als sein Motiv bezeichnet – gar nicht gelegen sein, weil schon ein zahlenmäßiger Überblick über die Arbeitseinstellungen alle derartigen Auffassungen Lügen straft. Eine wissenschaftliche Tabelle – wie sie im folgenden vorliegt –, die objektiv und parteilich zugleich auf den zeitgenössischen, bisher nicht beachteten Materialien basiert, läßt erkennen, daß alle Positionen der Arbeiterklasse, alle Schritte in der Verbesserung ihrer Lage auf dem ständigen Kampf des Proletariats beruhen.

Alle bisher vorliegenden Statistiken vertreten ihre aus der politischen Haltung der Autoren resultierenden Mängel mit dem Anspruch, die entscheidende bzw. typische Bewegung absolut erfaßt zu haben. Es entsteht die Frage, in welchem Maße es einer klassenbewußten, wissenschaftlichen Forschung möglich war, Mängel im Material zu überwinden. Als wichtigste Quelle mußte die Arbeiterpresse gelten. In ihr fand sich keineswegs eine systematische oder wenigstens vorläufige Übersicht über die Arbeitseinstellungen. Doch selbst vor dem Bestehen selbständiger Gewerkschaftszeitungen wurden alle vorkommenden Streiks verhältnismäßig gewissenhaft notiert, sogar im „Sozialdemokrat“, dem Zentralorgan des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, dessen Leitung bekanntlich keineswegs streikfreundlich war. Für die regelmäßige Berichterstattung im „Sozialdemokrat“ und im „Volksstaat“<sup>11)</sup> sorgte die von Anfang an entwickelte Arbeiterkorrespondenz. Außerdem standen diese und weitere Arbeiterzeitungen stets zur Ankündigung von Versammlungen, zur Anmeldung von Streiks und zur Warnung vor Streikbruch zur Verfügung. Nicht zuletzt wird die Fülle der daraus resultierenden Angaben ergänzt durch Mitteilungen über Solidaritätsaktionen verschiedenster Art. Alles in allem eine Fundgrube, deren Studium allein schon lebendig das bisher bestehende Bild der Streikentwicklung widerlegte! Die Dürftigkeit der bisherigen Darstellungen zu überwinden, machte daher nicht allzugroße Schwierigkeiten. Weniger günstig stand

<sup>11)</sup> Das „Demokratische Wochenblatt“ wurde nicht weiter herangezogen, da sich die Meldungen weitgehend mit denen des „Sozialdemokrat“ deckten. Der „Nordstern“ war nicht zugänglich und konnte nur auf Grund der Angaben von H. Lauffenberg einbezogen werden. Siehe dazu Quellenübersicht.

es mit der Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Besonders die Zahl der Streikenden, die Dauer und das Ergebnis der Arbeitseinstellungen ließen sich nicht immer in der gewünschten Sorgfalt aus der Arbeiterpresse ermitteln. An Zeitungen und Zeitschriften standen den Zentralorganen der Parteien ferner Gewerkschaftsblätter zur Seite, von denen jedoch nur der „Pionier“ verarbeitet wurde, um gerade die Bewegung der als besonders lange den Streiks fernstehend beurteilten Metallarbeiter so genau wie möglich zu erfassen. Spezialuntersuchungen müßten darüber hinaus weitere Blätter, vor allem der älteren Organisationen der Buchdrucker und Tabakarbeiter, berücksichtigen. Von der Presse der herrschenden Klassen konnten nur solche Zeitungen geeignet sein, die im Dienste der Information der Unternehmer so nüchtern und ausführlich wie möglich zu berichten beabsichtigten. Nach einigen Stichproben erwiesen sich der „Arbeitgeber“, Frankfurt a. M., und die „Deutsche Industriezeitung“, Chemnitz, als besonders geeignet, zumal für sie auch ein Vergleich mit den Angaben aus der Arbeiterpresse möglich war.

In Erwägung gezogen wurde die Verwendung von Akten. Eine Untersuchung und Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung muß dabei weit in die Lokalbestände eindringen. Für die vorliegende Streikstatistik konnte man sich auf einige wenige zentrale Archive beschränken.<sup>12)</sup> Neues gegenüber den Angaben aus den Zeitungen und Zeitschriften haben die ausdrücklich den Gegenstand ausweisenden Akten nicht ergeben, zur Klärung von Differenzen und Ungenauigkeiten erwiesen sie sich als unzureichend. Ein gründlicheres Aktenstudium, wie es für die Spezialuntersuchungen unerlässlich ist, schien für die Streiktabelle dadurch entbehrlich, da der zeitliche Aufwand der Vorarbeiten keineswegs durch das Resultat gerechtfertigt worden wäre. Für die Statistik wog die Fülle des gleichartigen Zeitungsmaterials sehr wohl die mögliche kleine Korrektur an einzelnen Angaben auf, durch die das durchschnittliche Bild der Gesamtzeit nur unerheblich beeinflußt worden wäre.

Schon diese wenigen Bemerkungen über die Eigenart der Quellen lassen die Frage entstehen, inwieweit Doppelzählungen ausgeschaltet bzw. Über- oder Unterwertung wenig markanter Angaben vermieden wurden. Soweit Überschneidungen aus den Meldungen mehrerer Publikationsorgane vorlagen und nicht verschiedene Bewegungen nachweisbar waren, wurden die umfassendsten Angaben als ein Streik notiert. Auf diese Weise konnten Doppelzählungen vermieden werden. Kleinere, erst allmählich in einer größeren örtlichen Bewegung zusammenlaufende Arbeitseinstellungen bei einzelnen Meistern und Fabriken wurden nicht gesondert ausgewiesen, sondern gemeinsam als ein Streik gezählt. Formal wird demgemäß die Anzahl der Arbeitseinstellungen eher zu niedrig als zu hoch sein, während diese Art der Erfassung sachlich der Streikbewegung besser gerecht wird.

Bedauerlicherweise gestattete die Quellenlage nicht immer eine saubere Trennung von Handwerks- und Fabrikarbeitern, obwohl eine solche gerade

<sup>12)</sup> Deutsches Zentralarchiv Merseburg – Landeshauptarchiv Dresden.

seit den 70er Jahren von großem Interesse für die Einschätzung der Bewegung ist. Hier muß die Einzeluntersuchung und -darstellung einsetzen und vermitteln, was begründeterweise weit über den Rahmen einer ersten Gesamtstatistik hinausgeht.

Auf Mängel in den Angaben über Zeit, Zahl der Beteiligten, Verlauf und Ergebnis, die der Statistik trotz der Fülle und Kontrollierbarkeit der Unterlagen noch anhaften, wurde bereits erklärend hingewiesen. Ungeachtet dieser Schwächen ergibt die erste Auswertung der vorliegenden Statistik einige interessante Resultate.

Zunächst sei ein Zahlenvergleich mit der erwähnten Statistik von M. Meyer gestattet:

*Zahl der Streiks*

Jahre	Meyer	Steglich
1864—69	17 <sup>10)</sup>	193
1864—73	211 <sup>10)</sup> (bis Mai 1873)	805
1871	7	186
1872	46	214
1873	32	222
1874	22	99
1875	9	43
1876	4 (6 Monate)	30
	120	794

Diese Gegenüberstellung beweist nicht nur, in welchem Maße die unwissenschaftliche Behandlung eine Unterschätzung der Streikbewegung begründete, sondern ergibt auch eine aufschlußreiche Beziehung zwischen dem kapitalistischen Zyklus und der Streikbewegung. Wie 1857, also der Beginn der ersten zyklischen Krise in Deutschland, das Jahr höchster Streikaktivität war, so erreicht die Bewegung wiederum 1873 ihren Höhepunkt und geht erst unmittelbar nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise zurück. Deutlich wird hier der sich zuspitzende Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise als Widerspruch zwischen Produktion und Markt im unmittelbaren Kampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten sichtbar.

Die Gegenüberstellung der 60er Jahre hat zu zeigen, daß es die Streiks selbst waren, die die Koalitionsfreiheit erzwangen, während bei Meyer dieser Zusammenhang verschleiert ist.

Schließlich zeigt die Gesamtzahl der Arbeitseinstellungen für 1864 bis 1873 die Konzentration der Bewegung in diesem Zeitraum, der von stärkster Aktivität auch in politischer Hinsicht erfüllt und für die Entwicklung und Festigung der deutschen Arbeiterbewegung von größter Bedeutung ist. Gleichzeitig erweist dieser Vergleich noch einmal die bei allen Unzulänglichkeiten bestehende unendliche Überlegenheit einer nach wissenschaftlichen Prinzipien im Interesse

Berufsgruppe	Streiks	Teilnehmerzahl	Lohn- Arbeitszeitforderungen		Lohn- u. Arbeitszeitforderungen	andere Forderungen	voller Erfolg	Teilerfolg	kein Erfolg	unbekannt
Bergbau- u. Hüttenarbeiter	52	54 830	30	4	6	7	6	2	9	36
Maschinen- u. Metallarbeiter	86	22 576	38	10	21	8	11	22	11	42
Textilindustrie	131	23 274	57	6	15	8	2	34	14	81
Baugewerbe, Maurer Zimmerer	185	26 564	93	7	26	5	26	35	7	114
Tischler	62	9 478	21	2	9	—	12	2	6	42
Schreiner	14	1 150	5	—	6	—	6	—	—	8
Nahrungs- u. Genußmittel	31	1 360	22	1	7	1	1	6	3	21
Tabakarbeiter	80	11 609	41	3	5	4	13	6	5	55
Buchbinder, Drucker u. Setzer	41	6 128	21	—	4	3	5	4	3	31
Schuhmacher	85	9 840	45	3	5	4	10	11	5	59
Schneider	53	2 948	39	—	2	1	19	5	2	27
	820	169 757	412	36	106	41	111	127	65	506

des Proletariats erarbeiteten Streikstatistik gegenüber der Pfscherei eines sich wissenschaftlich gebärdenden Handlangers der Ausbeuter.

Einen stärkeren Eindruck von dem Charakter der Bewegung gibt die Zusammenstellung der Forderungen der verschiedenen Berufsgruppen.

Mit der Zahl von 185 Streiks liegen die Bauarbeiter an der Spitze, in der Beteiligung die Berg- und Hüttenarbeiter mit 54830.

Bei der Bewertung ihrer Streikbewegung muß aber die Aussage der Statistik notwendigerweise durch die Feststellung ergänzt werden, daß die gewerkschaftliche Organisation der Fabrikarbeiter noch immer hinter der anderer Berufsgruppen zurückblieb. Ihre Streikbewegung weist folglich viel Spontaneität auf.

Die übrigen Berufsgruppen stützen sich auf ihre Gewerkschaftsverbände, die den Kampf planmäßig organisierten und so das Gesicht der Teilnahme der Textilarbeiter mit 131, der Metallarbeiter mit 86, der Tabakarbeiter mit 80 und der Schuhmacher mit 91 Streiks bestimmen. Überraschen muß das relative Zurückbleiben der Beteiligung der Buchdrucker, -binder und -setzer. Es wird Aufgabe der Spezialforschung sein zu klären, ob hier Mängel der statistischen Erfassung vorliegen oder ob die Ursache in Besonderheiten der Buchdruckerbewegung liegt.

Auch in das Problem der Streikmotive vermag die Statistik nur einen ersten Einblick zu geben. Lohnforderungen stehen an der Spitze. Das beweist, daß nach der Gründung der SPD das deutsche Proletariat seine Entschlossenheit zeigte, sich nicht länger mit den niedrigsten Löhnen zu begnügen, mit denen die Bourgeoisie der Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu begegnen suchte. In der Darlegung der I. Internationale über die Aufgaben der Gewerkschaften wurde jedoch schon 1866 festgestellt, daß der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung dauerhaftere Ergebnisse und größere Vorteile gerade angesichts der intensiveren Ausbeutung bringt. Wenn sich dieser Gedanke bei den deutschen Arbeitern offenbar nur langsam allgemein durchsetzt — es stehen immerhin  $106 + 36 = 142$  Streiks für verkürzte Arbeitszeit 412 reinen Lohnforderungen gegenüber, so kann das verschiedene Ursachen haben, die eine Spezialforschung zu klären hätte. Der Reifegrad des deutschen Kapitalismus wird dabei ebenso eine Rolle spielen, wie der Grad des Bewußtseins der Streikenden.

Unter den anderen Forderungen sind diejenigen am wichtigsten, in denen die Anerkennung der Organisation erkämpft oder eine verhaßte Fabrikordnung bekämpft werden sollte. Hier sind die Ansätze zu suchen, in denen auch auf der betrieblichen Ebene in jahrzehntelangem Kampf jene Positionen der Arbeiterklasse errungen und verteidigt wurden, auf denen z. B. auch große Tarifkommissionen und Betriebsräte aufbauen konnten. Gerade die Stellung der Arbeiterklasse im Betrieb wurde von den Unternehmern zu allen Zeiten als eine besondere Gefahr angesehen. Konnte doch keine noch so opportunistische Fraktionsleitung im Parlament diese klare Frontstellung im Betrieb verschleiern, zumal die Arbeiter ungleich seltener dazu verführt werden können, als Betriebsfunktionär einen reformistischen Schwätzer oder Verräter zu wählen.

Die Entwicklung der Betriebsvertretungen und die politischen Streiks für Recht und Stellung der Arbeiter innerhalb der Betriebe oder Berufszweige verdienen daher besondere Aufmerksamkeit in unserer Geschichtsschreibung.

Hinsichtlich der Ergebnisse läßt sich aus der Statistik kein eindeutiges Bild gewinnen, da nur bei einem verhältnismäßig kleinen Teil der Streiks aus dem verarbeiteten Material das Resultat zu entnehmen war. Die große Zahl der Streiks mit unbekanntem Ergebnis könnte leicht den Eindruck hervorrufen, als sei die Streikbewegung von 1864 bis 1880 nur ein Aufbäumen des Proletariats gegen die besonders in den Gründerjahren rasch und skrupellos wachsende Ausbeutung, ohne daß damit eine nennenswert bessere Lage erreicht wurde.

Die Statistik wird in diesem Punkt besonders der Ergänzung durch Untersuchungen bedürfen, die die Lage der Arbeiter in den einzelnen Gewerben verfolgen, um dann Schlußfolgerungen im Zusammenhang mit der Streikaktivität zu ziehen. Ein Beispiel dafür lieferte u. a. Bringmann in seiner Geschichte der Zimmererbewegung. Ungeachtet der unvollständigen Angaben über die Arbeitseinstellungen der Jahre 1868/69 erweist sich ihre Wirkung doch in der Tatsache, daß die Durchschnittslöhne sämtlich nach der Streikbewegung höher waren. Das gleiche gilt auch bei den Buchdruckern.

Dennoch darf man nicht die Augen davor verschließen, daß in einer Fülle von Streiks zwar die geballte Kraft der Arbeiter in den Kampf geworfen wurde, im Verlauf der Arbeitseinstellung jedoch kein gemeinsames Ergebnis erzielt wurde, sondern bei den einzelnen Fabrikanten und Meistern nach und nach Mindestforderungen bewilligt oder Kompromisse geschlossen wurden. Noch sind die Gewerkschaftsverbände relativ unentwickelt, besitzen häufig keine Autorität bei den Unternehmern und es gelingt ihnen daher nicht immer, die Streikenden organisatorisch zusammenzuhalten bzw. als Verhandlungspartner für alle Beteiligten mit Erfolg aufzutreten. Auch darin liegt eine gewisse Erklärung für das Fehlen von Ergebnismeldungen.

Über den bis zu offenem Terror führenden Widerstand, den die Unternehmer mit Hilfe von Polizei und sogar Militär den Streiks entgegensetzten, geben einige Anmerkungen zur Streiktabelle Aufschluß.

Zwar war die Koalitionsfreiheit Bestandteil der Gewerbeordnung, aber ihre Einschränkung durch Strafbestimmungen ließ sich nach Belieben bis zur völligen Aufhebung dieser Freiheit verwenden. Es genügte ja, die Organisation des Streiks als das Werk von randalierenden Rädelsführern gegenüber Arbeitswilligen darzustellen, um die Staatsorgane gegen die Arbeiter in Bewegung zu bringen. Immerhin war es für die Bourgeoisie nicht mehr ganz so leicht wie in den 50er Jahren, auf diese Weise den Verlauf der Bewegung zu beeinflussen. Mit der Koalitionsfreiheit war – mindestens formal – die Anerkennung der Gewerkschaften gegeben. Ihre Stärke entschied mehr, als dies aus der vorliegenden Statistik hervorgeht, über die Ergebnisse im Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

Diese Bemerkungen mögen zunächst ausreichen, um die Streiktabelle von 1864 bis 1880 mit ihren 1109 Streiks den Ökonomen und Historikern als erste Materialgrundlage für weitere Forschungen zu unterbreiten.

*Quellen und in der Statistik gebrauchte Abkürzungen*

1. Der Arbeitgeber, von Franz und Max Wirth, Frankfurt a. Main, Jahrgänge 1864–1874, 1877, 1878 = A
2. Berliner Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, Berlin 1874 = B
3. Concordia, 1871–1876 = C
4. Deutsches Handelsblatt, 1871–1873, Nr. 46–52 = H
5. Deutsche Industriezeitung, Chemnitz 1860–1880 = I
6. Sozialdemokrat, 1864–1871 = S
7. Neuer Sozialdemokrat, 1871–1876 = NS
8. Pionier, 1876–1878 = P
9. Volksstaat, 1870–1876, 1879 = V
10. Nordstern = N  
(zitiert nach H. Lauffenberg, Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg-Altona und Umgebung, Bd. 1, S. 251 ff., Hamburg 1911).

## Streikstatistik

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
1	Breslau	31. 1. 1864	Werkstättenarbeiter	Löhne	unbekannt	A
2	Celle	8. 2. 1864	Zigarrenarbeiter	Mädchen- einstell. Arbeitszeit	unbekannt	S
3	Burg	15. 3 bis 27. 4. 1864	Fabrikarbeiter	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	S
4	Ruhrort	23. 3. bis 29. 3. 1864	Schiffszimmerleute	Löhne	erfolgreich	S
5	Berlin	24. 3. 1864	45 Webergesellen	Löhne	erfolgreich	S
6	Altona	27. 3. bis 8. 4. 1864	Reepschläger	Löhne	erfolgreich	S
7	Brandenburg	28. 3. 1864	Maschinenarbeiter	Löhne	unbekannt	S
8	Hamburg	1. 4. 1864	Werftarbeiter	Löhne	erfolgreich	S
9	Leipzig	8. 4. 1864	500 Bruchdrucker	Löhne	erfolgreich	S
10	Berlin	12. 4. 1864 bis 6. 6. 1864	Lohgerbergesellen	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	S
11	Bremen	23. 4. bis 28. 4. 1864	400 Schneidergesellen	Löhne	erfolgreich	S
12	Leipzig	23. 4. 1864	Wasserleitungsrohr- arbeiter	Löhne	unbekannt	S
13	Danzig	26. 4. bis 19. 5. 1864	Holzarbeiter	Löhne	unbekannt	S
14	Potsdam	1. 5. 1864	Maurergesellen	Löhne	unbekannt	S
15	Bremen	2. 5. 1864	400 Schustergesellen	Löhne	unbekannt	S
16	Altona	2. 5. 1864	Maurergesellen	Löhne	unbekannt	S
17	Kiel	2. 5. 1864 } 29. 5. 1864 }	Schiffszimmerer	Löhne	unbekannt	S
18	Stettin	16. 5. 1864	Reepschlägergesellen	Löhne	unbekannt	S
19	Verden	21. 5. 1864	Schneidergesellen	Löhne	unbekannt	S
20	Weimar	20. 6. 1864	Porzellanarbeiter	Löhne	unbekannt	S
21	Hamburg	24. 6. 1864	Tischler- und Stuhl- machergesellen	Löhne	unbekannt	S
22	Marienburg	14. 8. 1864	Maurergesellen	Löhne	unbekannt	S
23	Lüneburg	25. 11. 1864	Eisenwerksarbeiter	Löhne	unbekannt	S
24	Hamburg	1865	Korbmacher	Löhne	erfolgreich	N
25	Hamburg	17. 3. 1865	Eisenschiffbauer	Arbeitszeit	Teilerfolg	N
26	Hamburg	April 1865	Schiffstapelöhner	Löhne	unbekannt	N
27	Altona	April 1865	Maurer-Arb. Leute	Löhne	unbekannt	N
28	Altona	April 1865	Malergesellen	Löhne	unbekannt	N
29	Altona	April 1865	Schiffszimmerer	Löhne	erfolgreich	N
30	Altona	April 1865	Haartuchweber	Löhne	erfolgreich	N



Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
31	Burg	16. 4. 1865	Weber	Strafe für Zuspätkommen	Teilerfolg	A
32	Leipzig	20. 4. 1865	600 Buchdrucker	Löhne	Teilerfolg	S
33	Altona	28. 5. 1865	Schriftsetzer	Löhne	unbekannt	A
34	Berlin	28. 4. 1865	Schneidergesellen	Löhne	unbekannt	A
35	Hamburg	23. 5. 1865	Schuhmacher	Löhne	erfolgreich	N
36	Altona	24. 5. 1865	Stahl- und Instrumentenmacher	Löhne	Teilerfolg	N
37	Frankfurt am Main	28. 5. 1865	Schuhmachergesellen	Löhne	unbekannt	A
38	Wiesbaden	28. 5. 1865	Schneidergesellen	Löhne	unbekannt	A
39	Hamburg	19. 6. 1865	Segelmacher	Arbeitszeit und Löhne	Sieg	N
40	Hamburg	24. 6. 1865	Tischler- und Schuhmachergesellen	Arbeitszeit und Löhne	Teilerfolg	N
41	Hamburg	25. 6. 1865	Schneidergesellen	Löhne	unbekannt	A
42	Hamburg	28. 6. 1865	300 Zimmerleute	Löhne	unbekannt	S
43	Hamburg	1. 7. 1865	600 Instrumentmachergehilfen	Löhne	Sieg	N
44	Calbe	2. 7. 1865	300 Tuchmacher	Löhne	unbekannt	S
45	Rendsburg	8. 7. 1865	6-700 Hüttenarbeiter	Löhne	unbekannt	S
46	Lübeck	1865	70 Mauerer	Löhne	erfolglos	S
47	Lübeck	26. 7. 1865	100 Schiffszimmerleute	Löhne	unbekannt	S
48	Marienburg	14. 8. 1865	Maurer	Löhne	unbekannt	S
49	Harburg	26. 9. 1865	160 Maurergesellen	Löhne	unbekannt	S
50	Rostock	10. 10. bis 21. 11. 1865	Schiffszimmerer	Löhne	erfolgreich	S
51	Elberfeld	1865	Färber	Löhne	erfolglos	S
52	Tannhausen	10. 10. 1865	Spuler (14-16 jäh. Kinder streiken)	Löhne	erfolglos	A
53	Lüneburg	14. 11. 1865	Former	Löhne	unbekannt	S
54						
55	Hamburg	1. 1866	Korbmacher	Löhne	unbekannt	N
56	Hamburg	1. 2. 1866	Werft- u. Gummiarbeiter	Löhne	unbekannt	N
57	Harburg	22. 3. 1866	25 Schiffszimmerleute	Löhne	erfolgreich	S
58	Mühlheim/R.	Febr. 1866	Pferdretreiber	Löhne	unbekannt	S
59	Barth	25. 3. 1866	Zimmergesellen	unbekannt	unbekannt	S
60	Hamburg	11. 4. 1866	Schneidergesellen	Löhne	unbekannt	S
61	Hamburg	4. 1866	Maler	Löhne	unbekannt	N
62	Danzig	18. 10. 1866	Schiffszimmergesellen	Löhne	unbekannt	S
63	Altona	15. 2. 1867 bis 26. 4. 1867	ca. 230 Haartuchweber	Löhne	unbekannt	S
64	Weser	1. 4. 1867	Schiffszimmerleute	Löhne	unbekannt	A

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
65	Göttingen	29. 4. 1867	Maurergesellen	Löhne	unbekannt	S
66	Nordhausen	24. 5. 1867	Maurergesellen	unbekannt	unbekannt	A
67	Barmen	6. 6. 1867	Bandwickler	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	S
68	Barmen	8. 6. 1867 bis 22. 6. 1867	Riemendreher 600	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	A
69	Erfurt	7. 7. 1867	Schriftsetzer	Sonntags- arbeit u. Verwendg. v. Lehr- lingen	unbekannt	S
70	Elberfeld	15. 7. 1867	6–700 Färber	Löhne	unbekannt	S
71	Hannover	30. 7. 1867	1200 Weber	Löhne u. Strafg.	erfolgreich	S
72	Celle	21. 8. 1867	30 Weber	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	S
73	Essen	14. 11. 1867	1100 Bergleute	Arbeitszeit Löhne und Strafen	unbekannt	S
74	Hilden (Düsseldorf)	1867	150–180 Seidenweber	Löhne	unbekannt	S
75	Düsseldorf	24. 4. 1867	Schneidergesellen	Löhne	unbekannt	S
76	Leipzig	1867	Färber	Arbeitszeit u. Löhne	Teilerfolg	S
77	Berlin	26. 1. 1868	200 Zigarrenarbeiter	Fabrik- ordnung	erfolgreich	S
78	Biebrich/Rh.	19. 2. 1868	Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	A
79	Carlshafen	8. 3. 1868	Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	S
80	Berlin	30. 7. 1868	300 Bäcker- gesellen	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	S
81						
82	Itzehoe	12. 8. 1868	Former	Löhne	unbekannt	S
83	Minden/Hann.	17. 8. 1868	1000 Weber	Löhne	Teilerfolg	A
84	Celle	21. 8. 1868	Weber	Löhne u. Arbeitszeit	unbekannt	S
85	Elberfeld	31. 8. 1868	Rotfärber	Löhne	erfolglos	A
86	Essen	18. 9. bis 24. 9. 1868	1300 Bergleute	Arbeitszeit	erfolgreich	S
87	Stettin	22. 10. bis 9. 11. 1868	Droschkenkutscher	Tarif	unbekannt	S
88	Offenbach	6. 11. 1868	23 Stahlschleifer	Löhne	unbekannt	S
89	Koblenz	25. 11. 1868	Zigarrenmacher	Löhne	unbekannt	S
90	Elberfeld	1868	Schneider	Löhne	erfolglos	S

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
91	Augsburg	1869	350 Spinner u. Weber	Löhne und gegen schlechtes Material	erfolgreich	S
92	Königsberg	1. 1. 1869	Droschkenkutscher	Löhne	erfolgreich	A
93	Ruhr	18. 1. bis 19. 1. 1869	Bergleute	Löhne	unbekannt	A
94	Itzehoe	12. 2. 1869	106 Stanzerinnen (Meister: Sie sollen abends Geld verdienen — Huren seien sie alle)	Lohnabzug	erfolgreich	S
95	Iserlohn	22. 2. 1869	Bergleute	Löhne	unbekannt	A
96	Lennepe	23. 2. bis 26. 2. 1869	Lastingweber	Löhne	erfolgreich	S
97	Würzburg	15. 3. 1869	Buchdruckergehilfen	Löhne	unbekannt	A
98	Mannheim	15. 3. 1869	Buchdruckergehilfen	Löhne	unbekannt	A
99	Darmstadt	15. 3. 1869	Buchdruckergehilfen	Löhne	unbekannt	A
100	Wiesbaden	10. 4. bis 28. 4. 1869	80 Schneider	Löhne	erfolgreich	S
101	Bielefeld	12. 4. bis 12. 5. 1869	400 Damastweber	Löhne	fast erreicht	S
102	Clausthal	15. 4. 1869	Bergschmiede	Löhne	unbekannt	A
103	Berlin	15. 5. bis 18. 5. 1869	1800 Zimmergesellen	Löhne und Arbeitszeit	erfolgreich	S
104	Hannover	19. 4. 1869	33 Schneider 44 Schlosser 59 Stellmacher und Tischler	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	A
105	Butzbach (Oberhessen)	19. 4. 1869	Maurergesellen	Arbeitszeit	unbekannt	A
106	Cassel	21. 4. bis 26. 4. 1869	160 Schneidergesellen	Löhne	erfolgreich	S
107	Gotha	25. 4. 1869	14 Setzer	Löhne gegen Duncker-sche Gewerkevereinszugehörigkeit	andere Arbeitsstelle	A
108	Augsburg	25. 4. bis 28. 4. 1869	Eisengießer	Löhne	erfolgreich	S
109	Berlin	29. 4. 1869	Wagenbauer	Löhne	unbekannt	S

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
110	Berlin	29. 4. 1869	Zimmergesellen	Löhne	Teilerfolg	S
111	Doberan	29. 4. 1869	Maurer und Zimmerer	Arbeitszeit	unbekannt	S
112	Bielefeld	6. 5. 1869	Damastweber	Löhne	unbekannt	S
113	Gotha	6. 5. 1869	Buchdruckergesellen	unbekannt	unbekannt	S
114	Kassel	13. 5. 1869	350 Schreiner	Löhne	unbekannt	S
115	Wiesbaden	13. 5. 1869	Schneidergesellen	Löhne	Erfolg	S
116	Wiesbaden	5. 1869	Zimmerleute	Löhne	unbekannt	S
117	Wiesbaden	5. 1869	Schuhmachergesellen	Löhne	unbekannt	S
118	Bielefeld	13. 5. 1869	Damastweber	Arbeitszeit	unbekannt	S
119	Bielefeld	13. 5. 1869	Maurergesellen	Arbeitszeit	unbekannt	S
120	Mannheim	13. 5. 1869	Zimmergesellen	unbekannt	unbekannt	S
121	Berlin	13. 5. 1869	Metallschleifer	Löhne	unbekannt	S
122						
123	Frankfurt/O.	19. 5. bis 15. 6. 1869	Zimmerleute	Löhne	erfolgreich	A
124	Leipzig	19. 5. 1869	900 Zigarrenarbeiter	Löhne	erfolgreich	A
125	Augsburg	20. 5. 1869	Eisengießer	Forderung, einen Ange- stellten zu entlassen, ist nicht entsprochen worden		S
126	Terwiesel	20. 5. 1869	1000 Torfarbeiter	Löhne	unbekannt	S
127	Gelsenkirchen	25. 5. 1869	Kesselschmiede	gegen Ver- halten des Chefs	unbekannt	S
128	Gelsenkirchen	17. 5. 1869	Bergarbeiter	Arbeitszeit	unbekannt	S
129	Röhr/Nassau	27. 5. 1869	Tonarbeiter	Löhne	unbekannt	S
130	Leipzig	27. 5. 1869	Zigarrenarbeiter	Löhne	erfolgreich	S
131	Freiburg	30. 5. 1869	60 Zimmerleute	Löhne	erfolgreich	S
132	Mannheim	1. 6. 1869	280 Metallarbeiter	Löhne	unbekannt	S
133	Franken- hausen	1. 6. bis 16. 6. 1869	Knopfmacher	Löhne	erfolgreich	S
134	Köslin	13. 6. 1869	120 Zimmergesellen	Löhne	Teilerfolg	S
135	Kassel	3. 6. 1869	Tischlergesellen	Löhne	unbekannt	S
136	Hattingen	3. 6. 1869	Hüttenarbeiter	Löhne	unbekannt	S
137	Leipzig	10. 6. 1869	Zimmergesellen	Löhne	unbekannt	S
138	Worms	11. 6. bis 6. 9. 1869	Maurer	Arbeitszeit	erfolgreich	S
139	Leipzig	21. 6. 1869	Zimmergesellen	Löhne	Einigung	A
140	Spandau	24. 6. 1869	180 Geschützgießer	Mißhandlg. durch den Meister, Entlassung	unbekannt	S
141	Leipzig	1. 7. 1869	200 Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	S
142	Berlin	5. 7. 1869	500 Schmiedegesellen	Löhne	Teilerfolg	S
143	Köln	5. 7. 1869	Zimmergesellen	Löhne	unbekannt	S

## Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
144	Worms	5. 7. 1869	Zimmergesellen	Löhne	unbekannt	S
145	Stettin	5. 7. 1869	240 Böttchergesellen	Löhne	unbekannt	S
146	Stettin	5. 7. 1869	Zuckersieder	Arbeitszeit u. Löhne	Teilerfolg	S
147	Brandenburg	9. 7. bis 14. 7. 1869	145 Seidenarbeiter	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	S
148	Mainz	9. 7. 1869	Zimmerleute	Löhne	unbekannt	S
149	Hanau	12. 7. 1869	Teppichweber	Löhne	unbekannt	S
150	Koblenz	13. 7. 1869	125 Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	S
151	Augsburg	16. 7. 1869	110 Manufakturarbeiter	Löhne	unbekannt	S
152	Berlin	19. 7. bis 16. 8. 1869	4000 Maurergesellen	Löhne	erfolgreich	S
153	Hannover	19. 7. 1869	120 Maurer	Löhne	erfolgreich	S
154	Berlin	19. 7. bis 16. 8. 1869	100 Schmiedegesellen	Arbeitsz.	Einigung	A
155	Berlin	24. 7. 1869	Zimmergesellen	Löhne	unbekannt	A
156	Hamburg	25. 7. 1869	500 Metallarbeiter	Löhne	unbekannt	S
157	Berlin	29. 7. 1869	5000 Maurergesellen	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	S
158	Stettin	29. 7. 1869	Zuckersieder	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	S
159	Stettin	29. 7. 1869	Kornträger	Löhne	erfolgreich	S
160	Stuttgart	29. 7. 1869	Buchbinder	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	S
161	Altwasser	3. 8. 1869	800 Porzellanarbeiter	Löhne	Teilerfolg	S
162	Pirna	5. 8. 1869	Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	S
163	Hamburg	12. 8. 1869	1000 Wagenbauer	unbekannt	unbekannt	S
164	Itzehoe	15. 8. bis 3. 9. 1869	Zimmergesellen	Löhne	Teilerfolg	S
165	Berlin	19. 8. 1869	40 Knaben	Löhne	erfolgreich	S
166	Halberstadt	19. 8. 1869	Maurergesellen	Löhne und Arbeitszeit	erfolgreich	S
167	Fürstenwalde	19. 8. 1869	Zimmergesellen	unbekannt	unbekannt	S
168	Hannover	23. 8. 1869	Maurer	unbekannt	unbekannt	A
169	Verden	26. 8. 1869	Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	S
170	Altwasser	26. 8. 1869	300 Porzellanarbeiter	unbekannt	unbekannt	S
171	Stettin	2. 9. 1869	Schuhmachergesellen	unbekannt	unbekannt	S
172	Pfersee/ Augsburg	6. 9. 1869	300 Baumwollspinner	1. Abschaffen der Strafen 2. Lohn- erhöhung 3. Besei- tigung v. 3 Meistern	unbekannt	A

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
173	Augsburg	9. 9. 1869	349 Weber	Löhne	unbekannt	S
174	Stettin	9. 9. 1869	Zimmergesellen	Löhne	unbekannt	S
175	Berlin	9. 9. 1869	Pfefferkuchlergesellen	Löhne	Teilerfolg	S
176	Stettin	9. 9. 1869	Malergehilfen	Löhne	Teilerfolg	S
177	Darmstadt	10. 9. 1869	Eisengießer	Löhne	Teilerfolg	S
178	Würzburg	19. 9. 1869	Maurer u. Zimmerleute, Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	A
179	Mainz	19. 9. 1869	Gußarbeiter	unbekannt	unbekannt	A
180	Darmstadt	26. 9. 1869	Maschinenbauer	unbekannt	unbekannt	A
181	Berlin	26. 9. 1869	Musiker	unbekannt	unbekannt	A
182	Darmstadt	30. 9. 1869	Buchdruckergesellen	Solidari- tätstreik wegen Verbands- fr. fordern Einstellg. nur von Verbands- angehöri- gen	unbekannt	A
183	Lüneburg	5. 10. 1869	22 Former	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	S
184	Eschweiler	7. 10. bis 25. 10. 1869	600 Bergleute	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	S
185	Hamburg	17. 10. 1869	Fabrikarbeiter	Löhne	Erfolg	A
186	Brandenburg	25. 10. bis 19. 12. 1869	400 Tuchmacher	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	S
187	Coburg	28. 10. 1869	Schuhmachergesellen	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	S
188	Berlin	11. 11. 1869	Silberarbeiter	Löhne	unbekannt	S
189	Hamburg	15. 11. 1869 bis 13. 3. 1870	50 Former	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	S
190	Itzehoe	24. 11. bis 27. 12. 1869	120 Arbeiterinnen	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	S
191	Hagen	2. 12. 1869	Wagenbauer	unbekannt	unbekannt	S
192	Köln	2. 12. 1869 bis (Jan. 1870)	Dachdecker	Löhne	unbekannt	V
193	Berlin	27. 12. 1869	Weber	unbekannt	unbekannt	S
194	Waldenburg	29. 12. bis				
195	Schlesien	(30. 1. 1870)	8000 Bergarbeiter	Löhne	erfolglos	V

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
196	Stettin	30. 12. 1869	Kesselschmiede	Löhne	unbekannt	V
197	Märk.-Westfälischer Bergwerksverein	3. 2. 1870	Hüttenarbeiter	Verlegung d. Lohn- tage	unbekannt	S
198	Iserlohn	6. 2. 1870	500 Zinkschmelzer	Löhne	unbekannt	S
199	Iserlohn	10. 2. bis 24. 2. 1870	450 Bergarbeiter	Entlassung v. Agi- tatoren	—	S
200	Berlin	10. 2. 1870	15 Weber	Löhne	unvollst.	S
201	Hamburg	14. 2. 1870	16 Bahnarbeiter	Löhne	unbekannt	S
202	Forst	3. 1870	3—4000 Weber	Löhne	erfolglos	V
203	Erlangen	3. 3. 1870	Goldarbeiter	Löhne	unbekannt	I
204	Essen	3. 3. 1870	300 Maschinenbauer	Fabrik- reglement	erfolgreich	I
205	Würzburg	18. 3. 1870	Bäckergesellen	unbekannt	unbekannt	A
206	Mannheim	20. 3. 1870	Schneidergesellen	Löhne	erfolgreich	I
207	Forst	24. 3. 1870	Fabrikarbeiter	unbekannt	unbekannt	V
208	Herborn	27. 3. 1870	150 Walzenwerker	Löhne	unbekannt	V
209	Erlangen	28. 3. 1870	60 Weißgerber	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	V
210	München	29. 3. 1870	Braugesellen	Löhne	erfolgreich	V
211	Hannover	4. 1870	98 Maler	unbekannt	unbekannt	S
212	Breslau	6. 4. 1870	110 Zigarrenarbeiter	Löhne und Arbeitszeit	Teilerfolg	V
213	Essen	8. 4. bis 12. 4. 1870	Schneidergesellen	Löhne	erfolgreich	S
214	Zwickau	9. 4. 1870	Bergarbeiter	Löhne	erfolgreich	S
215	Köln	11. 4. 1870	60 Lackierer	Löhne	erfolgreich	S
216	Elberfeld	12. 4. 1870	unbekannt	unbekannt	unbekannt	V
217	München	13. 4. 1870	500 Schneidergesellen	unbekannt	unbekannt	V
218	Frankfurt/M.	13. 4. bis 27. 4. 1870	700 Schneider	Löhne	erfolgreich	S
219	Finsterwalde	14. 4. 1870	200 Weber	unbekannt	unbekannt	I
220	Koblenz	15. 4. 1870	Herrenschneider	unbekannt	unbekannt	A
221	Hanau	14. 4. 1870	Schneidergesellen	unbekannt	unbekannt	V
222	München	19. 4. bis 12. 5. 1870	600 Kürschnergesellen	Löhne	erfolgreich	S
223	Potschappel	20. 4. 1870	35 Förderleute	Arbeitszeit und Löhne	Teilerfolg	V
224	Hamburg	23. 4. 1870	90 Zimmergesellen	Löhne	unbekannt	S

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
225	Hamburg	29. 4. 1870	Schiffszimmerleute	gegen auswärtige Gesellen	erfolglos	A
226	Karlsruhe	Mai 1870	200 Schuhmacher	Löhne	erfolglos	V
227	München/ Bernsdorf	2. 5. 1870	Tagelöhner auf Rittergütern	Löhne	unbekannt	V
228	Brandenburg	3. 5. 1870	Maurer	Löhne	unbekannt	S
229	Hanau	Mai 1870	225 Maurer	Löhne	unbekannt	S
230	Erlangen	6. 5. 1870	Weißgerber	Löhne	unbekannt	A
231	Forst	11. 5. 1870	400 Weber	Löhne	unbekannt	V
232	Wilhelms- haven	12. 5. 1870	Zimmerleute	Löhne	unbekannt	I
233	Darmstadt	12. 5. 1870	Schneider	Löhne	erfolgreich	I
234	Weimar	13. 5. 1870	Maurer	Löhne	erfolglos	V
235	Darmstadt	16. 5. 1870	Schuhmacher	Löhne	unbekannt	A
236	Frankfurt/M.	16. 5. 1870	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	A
237	Karlsruhe	16. 5. 1870	Schmiedegesellen	Löhne	unbekannt	S
238	Karlsruhe	16. 5. bis 2. 6. 1870	Schreiner- und Glaser- gesellen	Löhne	erfolgreich	S
239	Heidelberg	17. 5. 1870	Schuhmachergesellen	Löhne	unbekannt	S
240	Hamburg	18. 5. 1870	100 Steinhauer	Löhne	unbekannt	S
241	Darmstadt	19. 5. 1870	Maschinenarbeiter	Löhne	unbekannt	I
242	Erfurt	20. 5. 1870	Schneider	Löhne	unbekannt	V
243	Frankfurt/M.	21. 5. bis 1. 6. 1870	200 Bäcker- gesellen	Löhne	erfolgreich	S
244	Bremen	23. 5. 1870	600 Zimmer- gesellen	Löhne	unbekannt	S
245	Chemnitz	26. 5. 1870	60 Katt- drucker	Löhne	unbekannt	I
246	Karlsruhe	26. 5. 1870	Schuhmachergesellen	Löhne	unbekannt	I
247	Karlsruhe	26. 5. 1870	Glaser- gesellen	Löhne	unbekannt	I
248	Karlsruhe	26. 5. 1870	Tischler- gesellen	Löhne	unbekannt	I
249	Barth	26. 5. 1870	Schiffszimmer- arbeiter	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	I
250	Magdeburg	26. 5. 1870	Zimmerleute	unbekannt	unbekannt	I
251	Berlin	26. 5. 1870	Vergolder- gehilfen	Löhne	unbekannt	I
252	Frankfurt/M.	27. 5. 1870	Schmiedeg- esellen und Gerber	Löhne	Teilerfolg	A
253	Offenbach	27. 5. 1870	Weißbinder	unbekannt	unbekannt	A
254	Frankfurt/M.	5. 6. 1870	400 Zimmer- gesellen	Löhne	unbekannt	S
255	Köln	8. 6. 1870	80 Weber- innen	Löhne	unbekannt	S
256	Hamburg	13. 6. 1870	1700 Zimmer- gesellen	Löhne	unbekannt	S
257	Offenbach	15. 6. 1870	Feilenhauer- gesellen	Löhne	erfolgreich	S
258	Karlsruhe	16. 6. 1870	Schuhmacher	Löhne	unbekannt	I



Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
259	Frankfurt/M.	16. 6. 1870	500 Schreineresellen	Löhne	erfolgreich	S
260	Arnsberg	1. 7. 1870	40 Bergleute	Löhne	erfolglos	I
261	Zwickau	1. 7. 1870	8000 Bergleute	Löhne	unbekannt	I
262	Offenbach	14. 7. 1870	Maschinenbauer	Zahltag	erfolgreich	I
263	Mühlhausen/E.	15. 7. 1870	16000 Arbeiter	10-Std. Arbeitszeit u. Ab- schaffung d. Geld- strafen	unbekannt	I
264	Zwickau	15. 7. 1870	5000 Bergarbeiter	Löhne	erfolglos	V
265	Lugau	15. 7. 1870	400 Bergarbeiter	Löhne	erfolglos	V
266	Mainz	29. 7. 1870	Schuhmacher	Löhne	unbekannt	V
267	Chemnitz	30. 7. 1870	Wolldrucker	Löhne	unbekannt	V
268	Potschappel	14. 8. 1870	300 Förderleute	Löhne	unbekannt	V
269	Wiesbaden	1. 9. 1870	Holzarbeiter	unbekannt	unbekannt	V
270	Delmenhorst	17. 9. bis 5. 11. 1870	Zigarrenarbeiter	Löhne	teilweise	I
271	Berlin	22. 10. 1870	Bäckergesellen	Löhne	unbekannt	V
272	Sebnitz	15. 11. 1870	100 Weber	Löhne	—	V
273	Offenbach	1. 12. 1870	Hutmacher	Löhne	unbekannt	S
274	Berlin	14 Tage 1870/71	2000 Weber	Löhne	Teilerfolg	H
275	München	1870	30 Zigarrenarb.	Löhne	erfolglos	V
276	Barmen	1871	67 Bandwickler	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	V
277	Roisdorf/B.	2. 2. 1871	Militäröff. Arbeiter	unbekannt	unbekannt	I
278	Solingen	4. 3. 1871	Schleifer	Löhne	unbekannt	S
279	Hannover	11. 3. bis 24. 4. 1871	Schuhmacher	Löhne	Sieg	S
280	Osnabrück	18. 3. bis 2. 4. 1871	Schneider	Löhne	Sieg	S
281	Leipzig	20. 3. bis 10. 4. 1871	Schneider	Löhne	Sieg	S
282	Remscheid	20. 3. bis 10. 4. 1871	Feilenarbeiter	unbekannt	Sieg	S
283	Oggersheim	22. 3. 1871	Färber	unbekannt	unbekannt	S
284	Berlin	23. 3. 1871	Weißgerber	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	I
285	Offenbach	25. 3. 1871	Straminweber	unbekannt	unbekannt	S
286	Bayreuth	30. 3. 1871	Schneidergesellen	Löhne	Teilerfolg	I
287	Berlin	30. 3. 1871	Schuhmachergesellen	Löhne	erfolgreich	I
288	Berlin	1. 4. 1871	Gerber	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	A

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
289	Frieling- hausen	1. 4. 1871	Tuchweber	unbekannt	unbekannt	S
290	Brandenburg	4. 4. bis 23. 4. 1871	Töpfer	unbekannt	Sieg	S
291	Lüneburg	6. 4. bis 13. 5. 1871	150 Haartuchweber	Löhne	Sieg	NS
292	Berlin	6. 4. 1871	Schneidergesellen	Löhne	unbekannt	A
293	Laibach	6. 4. 1871	Schneidergesellen	Löhne	unbekannt	A
294	Kiel	11. 4. 1871	Schiffszimmerer	unbekannt	unbekannt	S
295	Hamburg	14. 4. 1871	Eisengießer	Entlassung	unbekannt	S
296	Bielefeld	14. 4. bis 2. 8. 1871	Tischler	Arbeitszeit und Löhne	Sieg	S
297	Neumünster	14. 4. bis 23. 5. 1871	Zimmerer	Arbeitszeit und Löhne	Sieg	S
298	Hamburg	15. 4. 1871	800 Tischler	unbekannt	unbekannt	S
299	Dresden	15. 4. 1871	Tischler	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	S
300	Berlin	15. 4. 1871	2000 Zimmerer	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	S
301	Berlin	15. 4. 1871	Schneidergesellen	Löhne	unbekannt	A
302	Meerane	22. 4. 1871	700 Weber	Löhne	Teilerfolg	A
303	Meerane	27. 4. 1871	Webereiarbeiter	Löhne	unbekannt	I
304	Meerane	29. 4. 1871	225 Färber	Löhne	Teilerfolg	A
305	Berlin	4. 5. 1871	Schuhmachergesellen	Löhne	Teilerfolg	I
306	Breslau	5. 5. 1871	Tischler u. Stellmacher	unbekannt	unbekannt	S
307	Köln	8. 5. 1871	Zimmerer	Löhne	Sieg	S
308	Reichenbach	13. 5. bis 16. 5. 1871	250 Färber	Löhne	Teilerfolg	H
309	Eibenstock	1871	20 Sticker	Löhne	erfolglos	H
310	Nürnberg	13. 5. 1871	Schuhmachergesellen	Löhne	unbekannt	A
311	Augsburg	13. 5. 1871	Schuhmachergesellen	Löhne	Teilerfolg	A
312	Reichen- bach/V.	13. 5. 1871	230 Färber	unbekannt	Teilerfolg	H
313	Elberfeld	1871	Stoffarbeiter	Löhne	erfolgreich	I
314	Offenbach	20. 5. 1871	Stahlschleifer	Löhne	unbekannt	A
315	Greiz	25. 5. 1871	Wollweber	unbekannt	unbekannt	I
316	Reichen- bach/V.	25. 5. 1871	Förstergehilfen	unbekannt	unbekannt	I
317	Danzig	3. 6. 1871	Sackträger	Löhne	unbekannt	A
318	Augsburg	März 1871	40 Uhrfedermacher	Löhne	Teilerfolg	I
319	Gruzzi	1871	500–600 Weber	Löhne	Erfolg	I
320	München	März 1871	Schuhmacher	Löhne	erfolgreich	I

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
321	Hanau	10. 5. bis 16. 10. 1871	Zigarrenarbeiter	Löhne	erfolgreich	I
322	Fürstenwalde	11. 6. 1871	Maurergesellen	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	NS
323	Wald	12. 6. 1871	200 Regenschirmmacher	Vereinszu- geh., Ver- sammlungs- recht – Streik- unter- stützung, Leserrecht, Flugbl.	unbekannt	NS A
324	Frankfurt/O.	15. 6. 1871	120 Schuhmachergesellen	Löhne	—	NS A
325	Hannover	17. 6. 1871	Tischler	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	NS
326	Heidelberg	19. 6. 1871	Schreiner	unbekannt	unbekannt	NS
327	Bremen	20. 6. 1871	Tischler	unbekannt	unbekannt	NS
328	Dresden	22. 6. 1871	120 Schmiedegesellen	unbekannt	unbekannt	A
329	Königsgrube	26. 6. 1871	1033 Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	A
330	Königshütte	26. 6. 1871	Bergarbeiter	Löhne	unbekannt	A
331	Oldesloe	29. 6. 1871	30 Zimmergesellen	Löhne	unbekannt	NS
332	Berlin	30. 6. 1871	Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	NS
333	München	Juli 1871	Schlosser	Arbeitszeit und Löhne	Teilerfolg	I
334	Waldheim	3. 7. 1871	Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	I
335	Hanau	3. 7. bis Okt. 1871	Zigarrenarbeiter	Löhne	erfolglos	I
336	Frankfurt/O.	4. 7. bis 8. 7. 1871	20 Maschinenbauer	Löhne und Arbeitszeit	erfolglos	I
337	Oberschlesien	8. 7. 1871	70 Maurergesellen	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	NS
338	Zwickau	13. 7. 1871	Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	I
339	Berlin	14. 7. 1871	Metallarbeiter	Solidarität	unbekannt	NS
340	Berlin	14. 7. bis 16. 7. 1871	Meisterstreik: weig. sich Löhne zu drücken		erfolgreich	NS
341	Hamburg/ Altona	14. 7. bis 11. 8. 1871	Sattler	Löhne 20%	erfolgreich	NS
342	Bremen	15. 7. 1871	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	NS
343	Offenbach	15. 7. 1871	6000 Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	A
344	Elberfeld	15. 7. 1871	Woll-, Kattun- und Seidenfärber	unbekannt	unbekannt	NS

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
345	Kiel	15. 7. 1871	Klempner	unbekannt	unbekannt	NS
346	Barmen	15. 7. bis				
		15. 8. 1871	Bandwirker	Löhne	erfolgreich	NS
347	Berlin	16. 7. bis				
		15. 8. 1871	6000 Maurergesellen	Arbeitszeit	erfolgreich	I
348	Stuttgart	Juli 1871	80 Zigarrenarbeiter	Löhne	Teilerfolg	I
349	Brandenburg	17. 7. 1871	Tuchmacher	unbekannt	unbekannt	NS
350	Bremen	18. 7. bis				
		12. 8. 1871	Tischler	Löhne	erfolgreich	NS
351	Berlin	20. 7. 1871	Hufnagelschmiede	Löhne	unbekannt	NS
352	Frankenberg	20. 7. 1871	Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	
353	Breslau	21. 7. 1871	Tischler	unbekannt	unbekannt	NS
354	Spandau	23. 7. 1871	Tischler	unbekannt	unbekannt	NS
355	Barmen	24. 7. bis				
		10. 8. 1871	31 Webergesellen	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	V
356	Lennepe	1871	100 Weber	Löhne	unbekannt	V
357	Göttingen	1871	Handweber	unbekannt	unbekannt	V
358	Heidelberg	1871	40 Schuhmachergesellen	Löhne	erfolgreich	V
359	Karlsruhe	1871	150 Schneidergesellen	Löhne	erfolgreich	V
360	Mannheim	1871	Schneidergesellen	Löhne	Teilerfolg	V
361	Hamburg	25. 7. 1871	Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	NS
362	Halle	27. 7. 1871	Korbmacher	12% Löhne	unbekannt	NS
363	Berlin	27. 7. 1871	Maurergesellen	Löhne	unbekannt	I
364	Berlin	27. 7. 1871	Hufnagelschmiede	Löhne	unbekannt	I
365	Frankfurt/O.	31. 7. 1871	Maler- u. Anstreicher- gehilfen	Arbeitszeit und Löhne	Teilerfolg	I
366	Magdeburg	31. 7. bis				
		26. 10. 1871	80 Metallarbeiter	Löhne	Teilerfolg	I
367	Barmen	31. 7. bis				
		4. 9. 1871	600 Maschinenarbeiter	Löhne	Teilerfolg	I
368	Offenbach	Juli-Sept.				
		1871	800 Zigarrenarbeiter	Löhne	Teilerfolg	I
369	Nürnberg	Aug. 1871	Schustergesellen	Löhne	unbekannt	C
370	Lörrach	5. 8. 1871	Bandweber	unbekannt	unbekannt	A
371	Zeitz	6. 8. 1871	Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	NS
372	Flensburg	1871	Maurer u. Zimmerer	Löhne	erfolgreich	I
373	Halberstadt	7. 8. 1871	Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	I
374	Berlin	1871	Piano-Arbeiter	Arbeitszeit und Löhne	Erfolg	I
375	Berlin	8. 8. 1871	Zigarrenarbeiter	Löhne	Sieg	S
376	Königsberg	10. 8. 1871	Maurergesellen	Löhne	unbekannt	I

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
377	Barmen	12. 8. 1871	Maschinenarbeiter	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	A
378	Waldheim	12. 8. 1871	Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	A
379	Magdeburg	12. 8. 1871	Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	A
380	Offenbach	Aug. 1871	700 Portefeuillearbeiter	Arbeitszeit und Löhne	Teilerfolg	I
381	Berlin	17. 8. 1871	900 Fabrikarbeiter	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	I
382	Stettin	18. 8. 1871	Maurer	Arbeitszeit	unbekannt	
383	Halberstadt	20. 8. bis 17. 10. 1871	Zigarrenarbeiter	Löhne	erfolgreich	I
384	Berlin	20. 8. 1871	Maurer	unbekannt	unbekannt	C
385	Berlin	21. 8. bis 23. 10. 1871	1500 Tischler	Löhne	erfolgreich	I
386	Lörrach	24. 8. 1871	Bandweber	unbekannt	unbekannt	I
387	Berlin	25. 8. 1871	Sattler	Löhne	Teilerfolg	I
388	Chemnitz	28. 10. 1871	7000 Maschinenarbeiter	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	C
389	Offenbach	28. 10. 1871	Maschinenbauer	unbekannt	unbekannt	C
390	Offenbach	2. 9. 1871	Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	A
391	Berlin	3. 9. 1871	Böttcher und Drechsler	Löhne	unbekannt	I
392	Elberfeld	6. 9. bis 25. 9. 1871	Weber	Löhne	erfolgreich	
393	Brandenburg	6. 9. 1871	Tuchmacher u. Spinner	10 <sup>h</sup> -Löhne (Beschluss der Arbeiter: 29. 12. Abwanderung nach Glauchau u. Berlin in mehreren Hundertern, Verhaftung der Streikführer)		NS
394	Berlin	7. 9. 1871	Feilenhauer	Löhne	unbekannt	I
395	Mülheim/Rh.	9. 9. 1871	150 Bandweber	unbekannt	unbekannt	A
396	Offenbach	10. 9. 1871	700 Portefeuillearbeiter	Löhne	unbekannt	I
397	Berlin	21. 9. 1871	Kistenmacher	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	I
398	Berlin	21. 9. 1871	Barbiiergehilfen	Löhne	unbekannt	I
399	Kiel	22. 9. 1871	Werftarbeiter	Löhne	unbekannt	I
400	Berlin	26. 9. 1871	Musiker	unbekannt	unbekannt	A
401	Offenbach	30. 9. 1871	Maschinenbauer	unbekannt	unbekannt	C
402	Schney	30. 9. 1871	Kistenmacher	Löhne	unbekannt	A
403	Regensburg	30. 9. 1871	Bahnwerkstattarbeiter	Löhne	unbekannt	A
404	Darmstadt	3. 10. 1871	Schriftsetzer	unbekannt	unbekannt	A
405	Berlin	5. 10. 1871	Werkzeugmacher	Löhne	unbekannt	I
406	Gladbach	8. 10. 1871	1000 Arbeiter	Arbeitszeit und Löhne	erfolglos	I
407	Kiel	12. 10. 1871	Werftarbeiter	Werft- ordnung	unbekannt	I
408	München	9. 10. 1871	110 Weber	Löhne	unbekannt	NS

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
409	Mainz	11. 10. bis 13. 10. 1871	560 Wagenarbeiter	Arbeitszeit und Löhne	Teilerfolg	I
410	Offenbach	15. 10. bis 15. 11. 1871	320 Maschinenarbeiter	Löhne und Arbeitszeit	Erfolg	I
411	Mainz	15. 10. 1871	14 Former	Löhne	erfolglos	I
412	Dessau	18. 10. bis 25. 10. 1871	26 Zigarrenarbeiter	Löhne	erfolgreich	NS
413	Augsburg	21. 10. 1871	Schlossergesellen	unbekannt	unbekannt	A
414	Mainz	21. 10. 1871	Maschinenarbeiter	unbekannt	unbekannt	A
415	München	22. 10. 1871	Webergesellen	Löhne	unbekannt	NS
416	Erfurt	23. 10. 1871	Maschinenarbeiter	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	I
417	Bockenheim	25. 10. bis 4. 11. 1871	Fabrikarbeiter	unbekannt	unbekannt	A
418	Nippes	25. 10. bis 6. 11. 1871	Bahnarbeiter	Arbeitszeit	unbekannt	NS
419	Köln	25. 10. 1871	800 Eisenbahnarbeiter	Löhne	unbekannt	NS
420	Berlin	25. 10. 1871	Bäckergesellen	Löhne	erfolglos	I
421	Frankfurt/M.	26. 10. 1871	Waggonarbeiter	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	I
422	München- Gladbach	26. 10. 1871	Fabrikarbeiter	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	I
423	Mainz	26. 10. 1871	1000 Bahnarbeiter	Löhne	Teilerfolg	I
424	Mainz	26. 10. 1871	500 Lederarbeiter	unbekannt	unbekannt	I
425	Halberstadt	26. 10. 1871	Zigarrenmacher	unbekannt	Vergleich	I
426	Berlin	26. 10. 1871	Güterbodenarbeiter	Löhne	unbekannt	I
427	Barmen	26. 10. 1871	Metallarbeiter	Löhne	Teilerfolg	NS
428	Mainz	26. 10. 1871	Güterbodenarbeiter	Löhne	erfolglos	H
429	Dortmund	27. 10. 1871	700 Bergarbeiter	Aufhebung einer Unterst.- Kasse	erfolgreich	NS
430	Chemnitz	28. 10. 1871	6–7000 Maschinenbauer	Löhne	unbekannt	C
431	Lörrach	1871	64 Seidenbandweber	Zahlungs- modus	erfolgreich	I
			400 Maschinendrucker	Änderung d. Stück- lohnes u. d. Fabrik- ordnung	erfolgreich	I
			83 Baumwollweber	Löhne	erfolgreich	I

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
432	Schopfheim	12 Tg. 1871	60 Baumwollspinner	Löhne und Fabrikordnung	erfolgreich	I
433	Würzburg	1871	80 Zigarrenarbeiter	Löhne und Fabrikordnung	erfolglos	I
434	München	1871	80 Brauer	Löhne	erfolgreich	I
435	Chemnitz	29. 10. 1871	8000 Arbeiter	10 <sup>h</sup> 25% Lohnzuschlag	unbekannt	NS
436	Oggersheim	31. 10. 1871	650 Wollarbeiter	Löhne	unbekannt	NS
437						
438	Köln	4. 11. 1871	1000 Bahnarbeiter	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	A
439	Crimmitschau	4. 11. 1871	Fabrikarbeiter	unbekannt	unbekannt	A
440	Kiel	7. 11. bis 12. 2. 1872	Buchbinder	Löhne	unbekannt	NS
441	Deutzerfeld	9. 11. 1871	Waggonarbeiter	unbekannt	unbekannt	I
442	Offenbach	12. 11. bis 23. 11. 1871	1000 Maschinenarbeiter	10 <sup>h</sup> -Löhne	erfolgreich	NS
443	Berlin	15. 11. 1871	Böttchergesellen	10 <sup>h</sup> -Löhne	unbekannt	NS
444	Brandenburg	16. 11. 1871	2800 Tuchmacher	unbekannt	unbekannt	I
445	Oggersheim	18. 11. 1871	650 Baumwollspinner	unbekannt	unbekannt	A
446	Elbing	18. 11. 1871	2000 Eisenbahnbedarfsarbeiter	unbekannt	unbekannt	A
447	Sebnitz	23. 11. 1871	300 Weber	unbekannt	unbekannt	I
448	Berlin	23. 11. 1871	Brauer	unbekannt	unbekannt	I
449	Berlin	23. 11. 1871	Drucker	unbekannt	unbekannt	I
450	Rheda/Westf.	23. 11. 1871	Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	I
451	Chemnitz	24. 11. 1871	7000 Maschinenbauer	unbekannt	unbekannt	C
452	Hamburg	26. 11. 1871	Buchbinder	10 <sup>h</sup> -Löhne	unbekannt	NS
453	Verden	25. 11. 1871	Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	NS
454	Lüdenscheid	Nov. 1871	120 Drahtzieher	Löhne	erfolglos	I
455	Berlin	30. 11. 1871	Gold- u. Silberarbeiter	unbekannt	unbekannt	I
456	Mainz	Okt 1871	16 Eisenbahnarbeiter	Löhne	erfolglos	I
457	Mainz	Nov. 1871	Schuster	Löhne	Teilerfolg	I
458	Offenbach	Dez. 1871	100 Hutmacher	Vereinsstatut	erfolglos	H
459	Hanau	Dez. 1871	20 Hutmacher	Vereinsstatut	erfolglos	H
460	Berlin	9. 12. 1871	Strumpfwirker	unbekannt	erfolgreich	A
461	Berlin	9. 12. 1871	Böttchergesellen	unbekannt	unbekannt	A
462	Würzburg	2. 1. 1872	Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	I

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
463	Langenteilau	9. 1. 1872	Weber	unbekannt	unbekannt	A
464	Stuttgart	16. 1. 1872	Schriftsetzer	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	C
465	Berlin	23. 1. 1872	Silberarbeiter	Löhne	erfolgreich	C
466	Offenbach	1. 2. 1872	500 Hutmacher entlassen, Wanderkasse gründeten	da sie Kranken-, Invaliden- und	unbekannt	C
467	Berlin	12. 2. 1872	Fonds-Chales-Weber	Löhne	erfolgreich	C
468	Berlin	16. 2. 1872	Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	I
469	München	18. 2. 1872	Braugesellen	Löhne	erfolglos	C
470	Hamburg	21. 2. bis 12. 3. 1872	Former	Löhne	erfolgreich	NS
471	Leipzig	22. 2. 1872	Etuiarbeiter	Löhne	unbekannt	I
472	Berlin	22. 2. 1872	Täschner	Löhne	unbekannt	I
473	Berlin	25. 2. bis 15. 3. 1872	345 Bildhauergehilfen	Löhne 25%	erfolgreich	NS
474	Berlin	1. 3. 1872	Droschkenkutscher	Löhne	unbekannt	B
475	Mainz	3. 3. 1872	Möbelschreiner	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	I
476	Kiel	3. 3. 1872	1000 Maurer und Zimmerer	Löhne	unbekannt	NS
477	Berlin	5. 3. 1872	800 Sattler	10 <sup>h</sup> -Löhne	unbekannt	NS
478	Pinneberg	5. 3. 1872	Maschinenbauer	10 <sup>h</sup> -Löhne	unbekannt	NS
479	Mannheim	12. 3. bis 8. 4. 1872	Schneider	unbekannt	erfolgreich	NS
480	Königsberg	März 1872	300 Schneider	Löhne	erfolgreich	I
481	Dresden	16. 3. 1872	Holzarbeiter	unbekannt	unbekannt	C
482	Dresden	16. 3. 1872	Vergolder	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	C
483	Kiel	16. 3. 1872	Zimmerleute	unbekannt	unbekannt	C
484	Hannover	16. 3. 1872	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	C
485	Berlin	16. 3. 1872	Tapezierer	unbekannt	unbekannt	C
486	Düsseldorf	März 1872	15 Maschinenarbeiter	Arbeitszeit	erfolgreich	I
487	Düsseldorf	März 1872	Färber	Löhne	erfolgreich	I
488	Leipzig	26. 3. 1872	Schneider	Löhne	unbekannt	C
489	Nürnberg	26. 3. 1872	Schneider	Löhne	unbekannt	C
490	Wolfenbüttel	26. 3. 1872	Schneider	Löhne	unbekannt	C
491	Dresden	26. 3. 1872	Holzarbeiter	unbekannt	unbekannt	C
492	Dresden	26. 3. 1872	Vergolder	unbekannt	unbekannt	C
493	Hannover	26. 3. 1872	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	C
494	Berlin	26. 3. 1872	Tapezierer	unbekannt	unbekannt	C
495	Berlin	26. 3. 1872	Schneidergesellen	unbekannt	unbekannt	C
496	Freiburg	1872	20 Glasergesellen	Löhne	erfolgreich	I



Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
497	Hamburg/ Altona	29. 3. bis 26. 8. 1872	Former	unbekannt	erfolgreich	NS
498	Neu-Münster	4. 4. 1872	Zimmergesellen	Löhne	unbekannt	C
499	Flensburg	4. 4. 1872	Zimmergesellen	unbekannt	unbekannt	C
500						
501	Mainz	1872	Chemiearbeiter	unbekannt	unbekannt	H
502	Hannover	1872	Wollarbeiter	Löhne	unbekannt	H
503	Lüneburg	6. 4. 1872	90–100 Weber	Löhne	erfolglos	H
504	Göttingen	1872	Mühlendarbeiter	Löhne	erfolglos	H
505	Ellerbeck	8. 4. 1872	Werftarbeiter	Löhne	unbekannt	I
506	Dresden	11. 4. 1872	Tischlergesellen	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	I
507	Hamburg	11. 4. 1872	Schiffbauergehilfen	unbekannt	unbekannt	I
508	Berlin	16. 4. 1872	Lackierer	Löhne	unbekannt	C
509	Mainz	1872	Lederarbeiter	Arbeitszeit und Löhne	Teilerfolg	I
510	Kiel	16. 4. 1872	Zimmergesellen	Löhne	Teilerfolg	
511	Hamburg	16. 4. 1872	Tischler	Arbeitszeit	unbekannt	C
512	Hamburg	16. 4. 1872	Segelmacher	unbekannt	unbekannt	C
513	Ottensen	16. 4. 1872	Maurer	unbekannt	unbekannt	C
514	Hamburg	16. 4. 1872	Eisengießer	Löhne Sonn- u. Feiertags	unbekannt	
515	Breslau	1872	Oelarbeiter	Löhne	erfolgreich	C
516	Chemnitz	20. 4. 1872	Bauhandwerker	Löhne	unbekannt	C
517	Düsseldorf	April 1872	Maschinenbauer	Arbeitszeit	unbekannt	I
518	Dresden	20. 4. 1872	Fabrikarbeiter	unbekannt	unbekannt	A
519	Hamburg	21. 4. 1872	Schiffszimmerer	unbekannt	unbekannt	C
520	Berlin	22. 4. 1872	Zimmergesellen	Löhne	unbekannt	C
521	Berlin	22. 4. 1872	Maurer	Löhne	unbekannt	C
522	Hamburg	25. 4. 1872	Schneidergesellen	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	C
523	Hamburg	25. 4. 1872	Tischlergesellen	Löhne	unbekannt	I
524	Hamburg	25. 4. 1872	Former	Löhne	unbekannt	I
525	Mainz	25. 4. 1872	Tischlergesellen	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	I
526	Berlin	27. 4. 1872	Galanteriewarbeiter	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	B
527	Berlin	28. 4. 1872	6000 Tischlergesellen	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	B
528	Hagen	April 1872	100 Schlosser	Löhne	erfolgreich	I
529	Breslau	1. 5. 1872	Maurer	Löhne	unbekannt	I
530	Dresden	2. 5. 1872	Fabrikarbeiter	unbekannt	unbekannt	I
531	Kiel	2. 5. 1872	500 Tischler	unbekannt	unbekannt	I

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
532	Kiel	3. 5. 1872	400 Maurer	unbekannt	unbekannt	I
533	Danzig	3. 5. 1872	Schiffszimmergesellen	unbekannt	unbekannt	I
534	Hamburg	3. 5. 1872	Segelmacher	unbekannt	unbekannt	I
535	Hamburg	3. 5. 1872	Maler	unbekannt	unbekannt	I
536	Berlin	6. 5. 1872	Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	C
537	Hannover	Mai 1872	150 Schmiede	Löhne	erfolglos	I
538	Berlin	6. 5. 1872	1400 Schuhmacher- gesellen	unbekannt	unbekannt	C
539	Peterswaldau	6. 5. 1872	Zimmerer und Maurer	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	NS
540	Breslau	6. 5. 1872	Müllergesellen	Arbeitszeit	erfolgreich	NS
541	Niederwalluf	9. 5. 1872	Schiffbauer	Löhne	unbekannt	I
542	Breslau	9. 5. 1872	170 Stellmacher und Tischler	Löhne	unbekannt	I
543	Mainz	9. 5. 1872	Maurergesellen	Löhne	unbekannt	I
544	Mainz	9. 5. 1872	Schlossergesellen	Löhne	unbekannt	I
545	Berlin	9. 5. 1872	Bürstenmacher	Löhne	unbekannt	B
546	Berlin	12. 5. 1872	Schuhmacher	Löhne	unbekannt	B
547	Mainz	16. 5. 1872	Dachdeckergehilfen	unbekannt	unbekannt	I
548	Würzburg	16. 5. 1872	Steindrucker	unbekannt	unbekannt	I
549	Breslau	17. 5. 1872	Stellmacher und Tischler	unbekannt	unbekannt	NS
550	Altona	17. 5. 1872	Holz pantinenmacher	Arbeitszeit	unbekannt	NS
551	Schwerin	18. 5. 1872	Zimmergesellen	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	I
552	Würzburg	18. 4. 1872	Steindrucker	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	A
553	Frankfurt/O.	22. 5. 1872	Tischlergesellen 100	Löhne	erfolgreich	B
554	Berlin	23. 5. 1872	Fondweber	Löhne	unbekannt	I
555	Dresden	23. 5. 1872	600 Schuhmachergesellen	unbekannt	unbekannt	NS
556	Lambrecht	24. 5. 1872	300 Tuchweber	Löhne	unbekannt	I
557	Magdeburg	27. 5. 1872	Bauhandwerker	10 <sup>h</sup> -Löhne Arbeitszeit	erfolgreich	I
558	Köln	Mai 1872	Zigarrenarbeiter	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	I
559	München	28. 5. bis 24. 6. 1872	300 Schreiner	unbekannt	unbekannt	I
560						
561	Dresden	30. 5. 1872	Brauburschen	Löhne	unbekannt	I
562	Naumburg	30. 5. 1872	Kammacher	unbekannt	unbekannt	I
563	Fürth	30. 5. 1872	300 Metallschleifer- gehilfen	unbekannt	unbekannt	I
564	Fürth	30. 5. 1872	300 Einlegerinnen	unbekannt	unbekannt	I

Fo

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
565	Elmshorn	31. 5. 1872	140 Weber	unbekannt	unbekannt	NS
566	Dessau	31. 5. 1872	Tischler	Löhne	unbekannt	NS
567	Breslau	Mai 1872	200 Holzarbeiter	Löhne	unbekannt	C
568	Duisburg	1872	60 Maschinenarbeiter	Arbeitszeit	erfolglos	C
569	Mannheim	1872	Schneidergesellen	Löhne	erfolgreich	I
570	Göttingen	1872	Tabakarbeiter	unbekannt	Teilerfolg	I
571	Ulm	1872	150 Baumwollspinner	unbekannt	unbekannt	I
572	Eupen	Mai 1872	105 Tuchweber	Löhne	erfolgreich	H
573	Berlin	1. 6. 1872	Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	A
574	Fürth	1. 6. 1872	200 Metallschleifer- gehilfen	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	A
575	Köln	1. 6. 1872	Zimmergesellen	Arbeitszeit	unbekannt	A
576	Duisburg	1. 6. 1872	Zimmergesellen	und Löhne	unbekannt	A
577	München	4. 6. 1872	Tischler	unbekannt	unbekannt	C
578	Fürth	4. 6. 1872	Metallarbeiter	unbekannt	unbekannt	C
579	Würzburg	4. 6. 1872	Schneider	unbekannt	unbekannt	C
580	Breslau	Juni 1872	3-400 Holzarbeiter	Löhne	Erfolg	
581	Würzburg	4. 6. 1872	Metallarbeiter	unbekannt	unbekannt	C
582	Münster	Juni 1872	200 Zigarrenarbeiter	f. Koali- tionsrechte	unbekannt	
583	Essen	6. 6. 1872	Bergarbeiter	unbekannt	unbekannt	NS
584	Würzburg	8. 6. 1872	Tischlergesellen	Löhne	erfolgreich	A
585	Hamburg	9. 6. 1872	Former	unbekannt	unbekannt	C
586	Berlin	Juni 1872	Pianoarbeiter	Löhne	erfolgreich	I
587	Elmshorn	9. 6. 1872	Dampfweber	Löhne	unbekannt	C
588	Hamburg	9. 6. 1872	Holzpantoffelarbeiter	Löhne	unbekannt	C
589	Eibenstock	9. 6. bis 13. 6. 1872	Maschinenstricker	Löhne	erfolglos	I
590	München	9. 6. 1872	Spenglergehilfen	Löhne	unbekannt	I
591	Ruhrgebiet	13. 6. 1872 bis 20. 7. 1872	20000 Bergarbeiter	Löhne und Arbeitszeit	erfolglos	NS
592	Hannover	17. 6. 1872	1200 Tischlergesellen	Löhne	unbekannt	NS
593	Freiwalddau Troppau	17. 6. 1872	Webereiarbeiter	Löhne	unbekannt	I
594	Laibach		Tischlergesellen	Arbeitszeit	unbekannt	I
595	Berlin	22. 6. 1872	Seidenwirker	Löhne	unbekannt	B
596	Essen	22. 6. 1872	1000 Bergarbeiter	Löhne	unbekannt	A
597	Dortmund	25. 6. 1872	690 Bergarbeiter	Löhne	erfolglos	I
598	Döbeln Oschatz Lommatsch	30. 6. 1872	Landarbeiter und Gesinde	Löhne	unbekannt	I

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
599	Berlin	1. 7. 1872 bis 11. 8. 1872	1200 Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	B
600	Berlin	4. 7. 1872	Kettenscherer	Löhne	unbekannt	B
601	Werden/Rh.	4. 7. 1872	Arbeiter	unbekannt	unbekannt	I
602	München	4. 7. 1872	Maurergesellen	unbekannt	unbekannt	I
603	Offenbach	4. 7. 1872	Schuharbeiter	Löhne	unbekannt	I
604	Wenisen/Han.	4. 7. 1872	Bergarbeiter	Löhne	unbekannt	I
605	München	4. 7. 1872	305 Schlossergesellen	Löhne	unbekannt	I
606	Lambrecht	6. 7. 1872	Tuchweber	unbekannt	unbekannt	I
607	Barsing- hausen	6. 7. 1872	Bergleute	unbekannt	unbekannt	A
608	Bochum	9. 7. 1872	Feilenhauer	Löhne	unbekannt	NS
609	Ettlingen	15. 7. bis 8. 8. 1872	Wollweber	Arbeitsz.	erfolgreich	I
610	Charlotten- burg	29. 7. 1872	800 Arbeiter	unbekannt	unbekannt	I
611	Spandau	30. 7. 1872	Tischler	Arbeitsz. und Löhne	unbekannt	C
612	Aachen	Juli 1872	500 Maschinenarbeiter	Arbeitsz. und Löhne	erfolglos	
613	Stettin	24. 7. 1872	200 Tagelöhner	Löhne	erfolgreich	H
614	Bremen	25. 7. bis 27. 8. 1872	Schuhmacher	Löhne	erfolgreich	NS
615	Halle	30. 7. bis 5. 9. 1872	Korbmacher	unbekannt	unbekannt	NS
616	Königsbrück	1. 8. 1872	Töpfergesellen	Löhne	unbekannt	I
617	Bremen	1. 8. 1872	Tischlergesellen	unbekannt	unbekannt	I
618	Berlin	8. 8. 1872	Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	I
619						
620						
621	Danzig	12. 8. 1872	2400 Arbeiter	Löhne	unbekannt	NS
622	Görlitz	14. 8. 1872	Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	NS
623	Altona	14. 8. 1872	Seeleute	Löhne	unbekannt	I
624	Berlin	14. 8. 1872	Zimmerarbeiter	Löhne	unbekannt	I
625	Braunschweig	17. 8. 1872	Former	Löhne	unbekannt	NS
626	Bautzen	21. 8. 1872	Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	NS
627	Berlin	23. 8. bis 21. 10. 1872	2000 Maschinenarbeiter	10% Löhne (Streikverhaft., Gewerkver- eine bringen Streik- brecher)	unbekannt	NS

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
628	Dresden	22. 8. 1872	Holzbildhauergeh.	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	I
629	Berlin	22. 8. 1872	Fabrikarbeiter	Löhne	unbekannt	I
630	Berlin	23. 8. 1872	Schlosser und Dreher	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	B
631	Danzig	23. 8. 1872	Schiffszimmerer	unbekannt	unbekannt	NS
632	Weimar	Aug. 1872	Landarbeiter	Arbeitszeit Löhne und Kost	unbekannt	C
633	Berlin	23. 8. bis 7. 10. 1872	1750 Maschinenbauer	Arbeitszeit und Löhne	erfolglos	I
634	Berlin	Sept. 1872	Pianoarbeiter	Löhne	unbekannt	I
635	Regensburg	Sept. 1872	500 Bahnarbeiter	Löhne	Teilerfolg	I
636	Breslau	5. 9. 1872	Schuhmachergesellen	unbekannt	unbekannt	I
637	Berlin	10. 9. 1872	60 Jugendliche bis 14 Jahre (Papierfabr.)	Arbeitszeit	unbekannt	NS
638	Flensburg	16. 9. bis 1. 10. 1872	12 Former	Löhne	erfolgreich	NS
639	Stuttgart	21. 9. bis 30. 10. 1872	3000 Schuhmacher	Löhne	Teilerfolg	NS
640	Dresden	26. 9. 1872	Möbelarbeiter	unbekannt	unbekannt	I
641	Berlin	1. 10. 1872	Böttcher	unbekannt	unbekannt	C
642	Berlin	1. 10. 1872	Holzbildhauer	Löhne	unbekannt	C
643	Hannover	9. 10. 1872	224 Buchdrucker	Löhne	unbekannt	I
644	Berlin	14. 10. 1872	Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	C
645	Hannover	29. 10 bis 9. 11. 1872	750 Bergarbeiter	Löhne	erfolglos	I
646	München	2. 11. 1872	Ziegelarbeiter	Löhne	erfolglos	A
647	Berlin	3. 11. 1872	Maurer	Löhne	unbekannt	B
648	Breslau	1872	Müllergesellen	Löhne	erfolglos	I
649	Berlin	12. 11. 1872	Tischler	unbekannt	unbekannt	C
650	Oberkirchen	21. 11. 1872	1600 Bergleute	Löhne	unbekannt	I
651	Zwickau	21. 11. 1872	Schuhmachergesellen	Löhne	unbekannt	I
652	Stadthagen	28. 11. 1872	1000 Bergeleute	unbekannt	unbekannt	I
653	Hamburg	22. 11. 1872	100 Arbeiter	Löhne	unbekannt	I
654	Augsburg	Nov. 1872	130 Spinner	Löhne	erfolgreich	I
655	Greiz	Dez. 1872	140 Drucker	Löhne	erfolgreich	I
656	Kolberg	1872	Normalarbeiter	unbekannt	unbekannt	H
657	Stuttgart	1872	300 Eisenbahn-Werk- stättenarbeiter	Arbeitszeit	erfolgreich	I
658	Altenburg	1872	Handschuhmacher	Löhne	Teilerfolg	I
659	Elbing	1872	1500 Handschuhmacher	Lohnbe- rechn.	unbekannt	I

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
660	Duisburg	1872	120 Weber	Fabrikord- nung	Teilerfolg	H
661	Krefeld	1872	Färberinnen	Löhne, Fabrik- ordnung	erfolgreich	H
662	Schönau/Bad.	8 Tag. 1872	190 Arbeiterinnen	Löhne	erfolgreich	H
663	Wehr/Bad.	11 Tag. 1872	100 Baumwollweber	Löhne	Teilerfolg	H
664	Freiburg	2 Tag. 1872	21 Mann	Löhne	erfolgreich	H
665	Altenburg	1872	30 Hutarbeiterinnen	Löhne	erfolgreich	H
666	München	1872	40 Hutmacher	Vereins- statut	erfolgreich	H
667	Kehl	1871/72	40 Hutmacher	Vereins- statut	erfolglos	H
668	Lahr	1871/72	40 Hutmacher	Vereins- statut	unbekannt	H
669	Offenbach	1871/72	80 Hutmacher	Vereins- statut	erfolglos	H
670	Darmstadt	1871/72	28 Hutmacher	Arbeits- kontrollen	erfolglos	H
671	Köln	1871/72	48 Hutmacher	Vereins- statut	erfolglos	H
672	Stuttgart	1872	86 Hutmacher	Vereins- statut	erfolglos	H
673	Freiburg	1872	25 Schneidergesellen	Löhne	erfolgreich	H
674	Würzburg	1872	Schneider	unbekannt	Teilerfolg	H
675	Mainz	1872	Kleidermachersgehilfen	unbekannt	erfolglos	H
676	Crimmitschau	1872	Schneidergesellen	unbekannt	Teilerfolg	H
677	Mannheim	1872	Kohlenträger	Löhne	erfolglos	H
678	Ottenau/Bad.	1872	53 Flößer	Löhne	erfolgreich	H
679	Hannover	21. 12. 1872 bis 16. 1. 1873	500 Bergarbeiter	Löhne	erfolgreich	I
680	Köln	Jan. 1873	41 Lastingweber	Löhne	Teilerfolg	I
681	Mainz	Jan. 1873	Brauer u. Schreiner	Löhne	erfolgreich	I
682	Lübeck	Jan. 1873	70 Zimmergesellen	Löhne und Arbeitszeit	erfolgreich	I
683	Lübeck	Jan. 1873	14 Wasserarbeiter	unbekannt	unbekannt	I
684	Köln	Jan. 1873	19 Formstecher	Löhne und Arbeitszeit	erfolgreich	H
685	Leipzig	Jan. 1873	800 Buchdrucker	Löhne	erfolgreich	H
686	Stralsund	1873	130 Schiffszimmerer	Löhne	Teilerfolg	H
687	Swinemünde	1873	Schiffszimmerer	Löhne	erfolgreich	H
688	Düsseldorf	1873	16 Gehilfen	Löhne und Arbeitszeit	erfolglos	H
689	Stuttgart	1873	300 Setzer	unbekannt	unbekannt	I

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ					
690	Flensburg	1873	Maurer	Löhne und Arbeitszeit	erfolgreich	H					
691	München	1873	150 Buchdrucker	unbekannt	unbekannt	I					
692	Karlsruhe	1873	20 Buchdrucker	unbekannt	unbekannt	I					
693	Remscheid	5. 1. 1873	1000 Feilarbeiter	Löhne	unbekannt	SN					
694	Oggersheim	10. 1. 1873	75 Färber	Löhne	unbekannt	NS					
695	Bielefeld	12. 1. 1873	Feilenhauer	schlechte Behandlung	unbekannt	NS					
696	Frankfurt/M.	15. 1. 1873	Former	unbekannt	unbekannt	NS					
697	Berlin	17. 1. 1873	Blumenmacherinnen	unbekannt	unbekannt	NS					
698	Sachsen- hausen	17. 1. 1873	Gießer	unbekannt	unbekannt	NS					
699	Berlin	18. 1. 1873	Setzgehilfen	gegen Aus- schluß von Streikteiln.	unbekannt	A					
700	Hamburg	19. 1. 1873	Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	NS					
701	Leipzig	20. 1. 1873	Buchdruckergesellen	Löhne	Teilerfolg	A					
702	Hannover	2. 2. 1873	Buchbinder	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	NS					
703	Chemnitz	3. 2. 1873	Wolldrucker	unbekannt	unbekannt	NS					
704	Köln	3. 2. bis 13. 5. 1873	19 Formstecher	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	I					
705	Dresden	7. 2. 1873	70 Arbeiter	Löhne	unbekannt	I					
706	Berlin	16. 2. 1873	Stellmacher	unbekannt	unbekannt	NS					
707	Oldeslohe	23. 2. 1873	Zimmerer	unbekannt	unbekannt	NS					
708	Mainz	23. 2. 1873	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	NS					
709	Dresden	26. 2. 1873	Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	NS					
710	Stuttgart	26. 2. 1873	500 Bäckergesellen	Löhne	unbekannt	I					
711	Bremerhaven	26. 2. 1873	550 Maschinenbauer und Kesselschmiede	Löhne	unbekannt	C					
712	Mainz	Febr. 1873	Schreiner	Löhne	erfolgreich	I					
713	Hannover	März 1873	900 Spinner/Weber	Arbeitszeit	erfolgreich	I					
714	Lübeck	März 1873	60 Erdarbeiter	Löhne	erfolglos	H					
715	Stettin	März 1873	80 Zuckersieder	Löhne	Teilerfolg	I					
716	Delmschütz Zschannewitz Gaschütz Bennewitz	März 1873	Dienstmädchen und Dienstjungen	Löhne	Teilerfolg	C					
717	Berlin						März 1873	Pianoarbeiter	Löhne	erfolglos	I
718											
719	Anhalt						1. 3. 1873	Bodenarbeiter	unbekannt	unbekannt	C
720	Apenrade	2. 3. bis 11. 6. 1873	Tischler	Löhne	Sieg	NS					

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
721	Bielefeld	6. 3. 1873	Schlosser	Arbeitszeit	unbekannt	NS
722	Bielefeld	7. 3. 1873	Klempner	unbekannt	unbekannt	NS
723	Breslau	9. 3. 1873	1200 Schriftsetzer	unbekannt	unbekannt	NS
724	Hamburg	13. 3. 1873	380 Pianoarbeiter	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	NS
725	Memel	14. 3. 1873	Reepschläger	unbekannt	unbekannt	NS
726	Berlin	17. 3. 1873	Tapezierer	unbekannt	unbekannt	NS
727	Görlitz	17. 3. bis 9. 4. 1873	Marmorarbeiter	Löhne	unbekannt	NS
728	Harburg	17. 3. 1873	Maurer	unbekannt	unbekannt	NS
729	München	18. 3. 1873	300 Schuhmacher	Löhne	unbekannt	I
730	Hamburg	18. 3. bis 7. 5. 1873	180 Korbmacher	Löhne	unbekannt	NS
731	Berlin	19. 3. 1873	200 Tischler	Löhne	unbekannt	C
732	Bremerhaven	20. 3. 1873	Bahnhofsarbeiter	Löhne	unbekannt	I
733	Bremerhaven	20. 3. 1873	Lloydarbeiter	Löhne	unbekannt	I
734	Giestemünde	20. 3. 1873	Bahnhofsarbeiter	Löhne	unbekannt	I
735	Apenrade	20. 3. 1873	Schiffszimmerer und Tischler	unbekannt	unbekannt	I
736	Apenrade	20. 3. 1873	Orgelbauergehilfen	unbekannt	unbekannt	I
737	Wandsbeck	20. 3. 1873	Maurer	Löhne	unbekannt	NS
738	Hannover	24. 3. 1873	600 Weber	Arbeitszeit	unbekannt	A
739	Würzburg	24. 3. 1873	Schuhmachergesellen	Löhne	unbekannt	A
740	Berlin	27. 3. 1873	Lederlackiergehilfen	Löhne	unbekannt	I
741	München	27. 3. 1873	Schuhmachergesellen	Löhne	unbekannt	I
742	Köln	28. 3. 1873	Marmorarbeiter	Löhne	unbekannt	NS
743	Görlitz	29. 3. 1873	Schneidergesellen	Löhne	Teilerfolg	I
744	Hannover	30. 3. bis 3. 4. 1873	Spinner	Löhne	unbekannt	NS
745	Hamburg	31. 3. 1873	Stellmacher	unbekannt	unbekannt	NS
746	Flensburg	31. 3. 1873	Maurer	unbekannt	unbekannt	NS
747	Hanau	1. 4. bis 8. 4. 1873	Schreiner	unbekannt	unbekannt	NS
748	Braunschweig	2. 4. 1873	Tabakarbeiter	unbekannt	unbekannt	A
749	Berlin	3. 4. 1873	Tuchmachergesellen	Löhne	unbekannt	I
750	Preuß. Alten- burg	3. 4. 1873	400 Sandsteinbauer	Differenzen m. Meistern	unbekannt	I
751	Frankfurt/M.	3. 4. 1873	Wagnergesellen	unbekannt	unbekannt	
752	Görlitz	3. 4. 1873	Schneidergesellen	Löhne	unbekannt	I
753	Bremen	4. 4. 1873	Maler	unbekannt	unbekannt	NS
754	Stettin	7. 4. 1873	Böttcher	unbekannt	unbekannt	NS
755	Stettin	7. 4. 1873	Maurer	unbekannt	unbekannt	NS
756	Augsburg	8. 4. 1873	38 Spinner	Löhne	erfolglos	I



Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
757	Nordhausen	8. 4. 1873	Schneidergesellen	Löhne	unbekannt	I
758	Delmenhorst	8. 4. 1873	Korkarbeiter	Löhne	unbekannt	NS
759	Göttingen	9. 4. 1873	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	NS
760	Köslin	April 1873	50 Papierarbeiter	Löhne	erfolglos	I
761	Bernburg	10. 4. 1873	Weber	unbekannt	unbekannt	NS
762	Hamburg	16. 4. 1873	Tapezierer	unbekannt	unbekannt	NS
763	Calbe/S.	16. 4. bis 26. 5. 1873	Maurer	Löhne	erfolgreich	NS
764	Brandenburg	16. 4. bis 22. 4. 1873	Stärkearbeiter	Löhne	unbekannt	NS
765	Rendsburg	16. 4. 1873	60 Weber	unbekannt	unbekannt	NS
766	Berlin	16. 4. 1873	Gärtnergehilfen	unbekannt	unbekannt	NS
767	Neustrelitz	16. 4. 1873	Eisenbahnarbeiter	Löhne	unbekannt	A
768	Bremer- haven	19. 4. 1873	Tischler	unbekannt	unbekannt	NS
769	Nienstätten	20. 4. 1873	Zimmerer	unbekannt	unbekannt	NS
770	Berlin	21. 4. 1873	Mühlensteinarbeiter	Löhne	unbekannt	NS
771	Rendsburg	22. 4. 1873	Tischler	unbekannt	unbekannt	NS
772	Flensburg	22. 4. 1873	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	NS
773	Neustrelitz	22. 4. 1873	Eisenbahnarbeiter	unbekannt	unbekannt	NS
774	Hamburg	23. 4. 1873	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	NS
775	Berlin	27. 4. bis 11. 6. 1873	Tischler	unbekannt	unbekannt	NS
776	Bremen	28. 4. 1873	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	NS
777	Bergedorf	28. 4. 1873	Kohlenträger	unbekannt	unbekannt	NS
778	Berlin	29. 4. 1873	Militärschneider	unbekannt	unbekannt	NS
779	Stargard	30. 4. 1873	Eisenbahnarbeiter	unbekannt	unbekannt	NS
780	Karlsruhe	30. 4. 1873	Zigarrenarbeiter	Arbeitszeit	Teilerfolg	
781	Hamburg	30. 4. 1873	Drechsler	unbekannt	unbekannt	NS
782	Bremen	April 1873	250 Buchdrucker	Löhne	erfolglos	
783	Hanau	1. 5. 1873	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	NS
784	Berlin-West- end	1. 5. 1873	Maurergesellen	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	I
785	Harburg	1. 5. 1873	Maurergesellen	Löhne	unbekannt	I
786	Stade	1. 5. 1873	Schneider	Löhne	unbekannt	I
787	Berlin	1. 5. 1873	3000 Schuhmacher- gesellen	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	I
788	Breslau	5. 5. 1873	Tischler	unbekannt	unbekannt	NS
789	Schwelm	6. 5. 1873	Maschinenbauer	unbekannt	unbekannt	NS
790	Rostock	6. 5. bis 10. 8. 1873	Tischler	unbekannt	unbekannt	NS
791	Elbing	8. 5. 1873	Maurergesellen	Löhne	unbekannt	I

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
792	Rochlitz	8. 5. 1873	150 Arbeiter	Löhne	unbekannt	I
793	Dortmund	9. 5. 1873	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	NS
794	Kiel	9. 5. bis 6. 6. 1873	Zigarrenarbeiter	Löhne	erfolgreich	NS
795	Berlin	10. 5. 1873	Bürstenmacher	unbekannt	unbekannt	NS
796	Harburg	12. 5. 1873	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	NS
797	Hanau	14. 5. 1873	Schuhmacher	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	NS
798	Eckernförde	14. 5. bis 17. 7. 1873	Zimmerer	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	NS
799	Dresden	15. 5. 1873	Brauergehilfen	Löhne	unbekannt	I
800	Hamburg	15. 5. 1873	Schauerleute	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	I
801	Hamburg	15. 5. 1873	Arbeiter	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	NS
802	Verden	16. 5. 1873	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	NS
803	Fulda	17. 5. 1873	Bäckergesellen	Löhne	unbekannt	A
804	Spremberg	18. 5. 1873	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	NS
805	Berlin	19. 5. 1873	Webergehilfen	Löhne	unbekannt	I
806	Hagenau	20. 5. 1873	500 Eisenbahnarbeiter	unbekannt	unbekannt	NS
807	Stettin	20. 5. 1873	Tischler	unbekannt	unbekannt	NS
808	Fürth	20. 5. 1873	Schuhmachergesellen	Löhne	unbekannt	A
809	Fulda	22. 5. 1873	Bäcker	Löhne	unbekannt	I
810	Hamburg/ Altona	22. 5. bis 17. 6. 1873	Fournier-Schreiner	Löhne	unbekannt	NS
811	Lübeck	24. 5. 1873	Maurer	unbekannt	unbekannt	NS
812	Fichtel- gebirge	29. 5. 1873	Glasperlenarbeiter	Löhne	unbekannt	I
813	Lüneburg	Mai 1873	35 Zigarrenarbeiter	Tabak- qualität	erfolglos	I
814	München	Mai 1873	40 Maurer	Arbeitszeit und Löhne	Teilerfolg	I
815	Berlin	1. 6. 1873	100 Webergesellen	Löhne	unbekannt	I
816	Rübenau	1. 6. 1873	Nagelschmiede	Löhne	erfolgreich	I
817	Hannover	1. 6. bis 1. 9. 1873	Tischler	Löhne	erfolgreich	NS
818	Bielefeld	5. 6. 1873	Böttcher	unbekannt	unbekannt	NS
819	Chemnitz	7. 6. 1873	Korbmachergehilfen	Löhne	unbekannt	A
820	Altenburg	7. 6. 1873	Schneider	Löhne	erfolgreich	A
821	Nordhausen	7. 6. 1873	Schuhmachergehilfen	Löhne	erfolgreich	A
822	Berlin	11. 6. bis 10. 8. 1873	64 Deckenweber	Löhne	unbekannt	NS

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
823	Dresden	12. 6. 1873	Glasarbeiter	Löhne	erfolgreich	I
824	Chemnitz	19. 6. 1873	Korbmachergehilfen	Löhne	unbekannt	I
825	Fürth	19. 6. 1873	Schuhmachergesellen	Löhne	unbekannt	A
826	Hamburg	19. 6. 1873	Sattlergesellen	unbekannt	unbekannt	I
827	Altenburg	Juni 1873	Zigarrenarbeiter	Löhne	erfolglos	I
828	Bremen	23. 6. 1873	Tischler	unbekannt	unbekannt	NS
829	Frankfurt/M.	25. 6. bis 2. 8. 1873	Tischler	Löhne	erfolgreich	NS
830	Hof	27. 6. 1873	Weber	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	I
831	Hamburg	30. 6. bis 23. 8. 1873	Klempner	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	NS
832	Berlin	30. 6. 1873	Seidenwirker	Löhne	Teilerfolg	C
833	Berlin	1. 7. 1873	Weber	Löhne	Teilerfolg	C
834	Apolda	1. 7. 1873	Konditoren	Löhne	unbekannt	I
835	Krefeld	1. 7. 1873	Förster	Löhne	unbekannt	I
836	Frankfurt/M.	1. 7. bis 6. 9. 1873	Steindrucker	Löhne	Teilerfolg	NS
837	Gera	1. 7. bis 9. 8. 1873	Weber	unbekannt	unbekannt	A
838	Krefeld	1. 7. bis 9. 8. 1873	Färber	unbekannt	unbekannt	A
839	Höchst	1. 7. bis 9. 8. 1873	Former	unbekannt	unbekannt	A
840	Wolfenbüttel	1. 7. bis 9. 8. 1873	Spinner	unbekannt	unbekannt	A
841	Elbing	1. 7. bis 9. 8. 1873	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	A
842	Lübeck	1. 7. bis 9. 8. 1873	Maurer	unbekannt	unbekannt	A
843	Darmstadt	1. 7. bis 9. 8. 1873	Former	unbekannt	unbekannt	A
844	Zwickau	1. 7. bis 9. 8. 1873	Tischler	unbekannt	unbekannt	A
845	Tilsit	1. 7. bis 9. 8. 1873	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	A
846	Leipzig	1. 7. bis 9. 8. 1873	Steinmetzen	unbekannt	unbekannt	A
847	Hamburg	7. 7. 1873	Maurer	unbekannt	unbekannt	NS
848	Würzburg	12. 7. 1873	Tischlergesellen	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	A
849	Hof	16. 7. 1873	300 Weber	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	I
850	Elbing	18. 7. 1873	Schuhmachergesellen	unbekannt	unbekannt	I

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
851	Bernau	25. 7. 1873	Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	NS
852	Bautzen	25. 7. 1873	Schuhmachergesellen	unbekannt	unbekannt	A
853	Kassel	26. 7. 1873	Zeitungssetzer	unbekannt	unbekannt	A
854	Frankfurt/M.	26. 7. 1873	Zeitungssetzer	unbekannt	unbekannt	A
855	Rostock	27. 7. 1873	Tischlergesellen	unbekannt	unbekannt	I
856	Stettin	27. 7. 1873	Tischlergesellen	unbekannt	unbekannt	I
857	Bremen	27. 7. 1873	Tischlergesellen	unbekannt	unbekannt	I
858	Frankfurt/M.	27. 7. 1873	Tischlergesellen	unbekannt	unbekannt	I
859	Coswig	29. 7. 1873	Maurergesellen	unbekannt	unbekannt	I
860	Bielefeld	29. 7. 1873	Küpergesellen	unbekannt	unbekannt	I
861	Oberfranken	29. 7. 1873	Glasperlenarbeiter	unbekannt	unbekannt	I
862	Oberpfalz	29. 7. 1873	Glasperlenarbeiter	unbekannt	unbekannt	I
863	Flensburg	Juli 1873	Brauer	unbekannt	unbekannt	H
864	Hannover	6. 8. 1873	Tischler	unbekannt	unbekannt	NS
865	Rostock	12. 8. 1873	Schiffszimmerer	Löhne	Teilerfolg	C
866	Berlin	12. 8. 1873	Stuhlarbeiter	Löhne	Teilerfolg	C
867	Berlin	20. 8. 1873	Korbmacher	Löhne	unbekannt	NS
868	Düsseldorf	20. 8. 1873	Zigarrenmacher	Löhne	unbekannt	NS
869	Hamburg	26. 8. 1873	Zigarrenmacher	Löhne	unbekannt	NS
870	Hof	30. 8. 1873	Weber	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	A
871	Berlin	30. 8. 1873	Grandfond- und Decken- weber	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	A
872	Stuttgart	8. 9. bis 12. 10. 1873	Tischler	unbekannt	erfolgreich	NS
873	Bielefeld	10. 9. 1873	Spinner	unbekannt	unbekannt	NS
874	Harburg	11. 9. 1873	Maschinenbauer	unbekannt	unbekannt	NS
875	Altona	12. 9. 1873	12 Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	NS
876	Berlin	22. 9. bis 27. 10. 1873	Korbmacher	Löhne	erfolgreich	NS
877	Berlin	2. 10. 1873	Stellmacher	Löhne	unbekannt	NS
878	Hamburg- Altona	5. 10. bis 26. 10. 1873	Küper	10 <sup>h</sup> 20% Löhne	erfolgreich	NS
879	Dresden	6. 10. bis 28. 10. 1873	Böttcher	Löhne	erfolgreich	NS
880	Hamburg	10. 10. 1873	Former	unhumane Behandlg.	unbekannt	NS
881	Berlin	12. 10. 1873	Schneider	Löhne	unbekannt	NS
882	Lübeck	18. 10. 1873	Maschinenbauer	unbekannt	erfolgreich	NS
883	Erlbach/ Odenwald	20. 10. bis 25. 10. 1873	Tuchmacher	unbekannt	erfolgreich	NS
884	Itzehoe	21. 10. 1873	Former	unbekannt	unbekannt	NS
885	Dresden	30. 10. 1873	Töpfergesellen	Löhne	unbekannt	I

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
886	Berlin	Okt. 1873	Tischlergesellen	Löhne	unbekannt	I
887	Hannover	30. 10. 1873	Buchdrucker	Löhne	Teilerfolg	I
888	Hannover	30. 10. 1873	Tischlergesellen	Löhne	unbekannt	I
889	Göttingen	6. 11. 1873	Schneidergesellen	Löhne	unbekannt	I
890	Dresden	6. 11. 1873	Küfer	Löhne	unbekannt	I
891	Mannheim	8. 11. 1873	Schriftsetzergehilfen	unbekannt	unbekannt	A
892	Duisburg	9. 11. 1873	Weber	unbekannt	unbekannt	NS
893	Frankfurt/M.	13. 11. 1873	Buchdruckerhilfen	Löhne	unbekannt	NS
894	Bielefeld	17. 11. 1873	Feilenhauer	unbekannt	unbekannt	NS
895	Berlin	19. 11. 1873	Schriftgießer	Löhne	Teilerfolg	A
896	Hoya	28. 11. bis 2. 12. 1873	Zigarrenarbeiter	unbekannt	erfolgreich	NS
897	Berlin	2. 12. 1873	Silberarbeiter	Löhne	erfolgreich	C
898	Frankfurt/M.	4. 12. 1873	200 Brauer	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	NS
899	Glückstadt	5. 12. 1873	Schuhfabrik	Löhne	unbekannt	NS
900	Berlin	19. 12. 1873	Schriftgießer	Löhne	unbekannt	A
901	Frankfurt/M.	20. 12. 1873	Rangierer	Löhne	unbekannt	A
902	Berlin	20. 12. 1873	Zigarrenarbeiter	Löhne und Arbeitszeit	Teilerfolg	C
903	Braunschweig	25. 12. 1873	Magazinarbeiter	unbekannt	unbekannt	I
904	Stralsund	5. 1. 1874	Malerstreik	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	I
905	Hamburg	3. 2. 1874	Schiffszimmerer	unbekannt	unbekannt	NS
906	Berlin	6. 2. 1874	Metallarbeiter	unbekannt	unbekannt	NS
907	Elbing	7. 2. 1874	unbekannt	unbekannt	unbekannt	I
908	Hamburg	22. 2. 1874	Korbmacher	unbekannt	unbekannt	NS
909	Hamburg	25. 2. bis 1. 3. 1874	Formerstreik	unbekannt	unbekannt	NS
910	Hamburg	3. 3. 1874	Segelmacher	Löhne	unbekannt	NS
911	Senftenberg	3. 3. 1874	Bergleute	Abbruch Löhne	unbekannt	NS
912	Nürnberg	5. 3. 1874	Metallschlägerhilfen	unbekannt	unbekannt	I
913	Bonn	9. 3. 1874	Porzellanarbeiter	unbekannt	unbekannt	A
914	Augsburg	14. 3. 1874	Metallarbeiter	Strafe	unbekannt	A
915	Hameln	19. 3. bis 30. 3. 1874	Schuhmacher	Löhne	erfolgreich	NS
916	Itzehoe	19. 3. 1874	Schuhmacher	Löhne	erfolgreich	NS
917	Augsburg	20. 3. 1874	Metallarbeiter	Löhne	unbekannt	I
918	Hamburg	20. 3. 1874	Bäckergesellen	Löhne	unbekannt	I
919	Kiel	21. 3. 1874	Former	Fabrik- ordnung	unbekannt	NS
920	Achhausen	23. 3. 1874	Metallschläger	unbekannt	unbekannt	A
921	Glückstadt	23. 3. 1874	Maurer	10 <sup>h</sup> -Löhne	unbekannt	NS

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
922	Hamburg	24. 3. bis 15. 4. 1874	Ewerführer	Löhne	erfolgreich	NS
923	Altona	28. 3. 1874	Maler	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	NS
924	Altona	29. 3. 1874	Zigarrenarbeiter	Löhne	erfolgreich	NS
925	Dirschau	30. 3. bis 10. 6. 1874	Böttcher	14tägige Kündi- gung	unbekannt	I
926	Hannover	2. 4. 1874	Klempner	Löhne	unbekannt	NS
927	Magdeburg	2. 4. 1874	Korbmacher	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	NS
928	Frankenthal	4. 4. 1874	Kesselschmiede	10 <sup>h</sup> -Löhne	unbekannt	NS
629	Hamburg	5. 4. 1874	18 Zigarrenarbeiter	1 Arbeiter entlassen	unbekannt	NS
930	Frankfurt/M.	6. 4. 1874	119 Tischler	Löhne	unbekannt	NS
931	Bielefeld	7. 4. 1874	Damastweber	unbekannt	unbekannt	NS
932	Berlin	9. 4. 1874	Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	I
933	Hamburg	11. 4. 1874	Bäckergesellen	Löhne	unbekannt	A
934	Leipzig	12. 4. 1874	Schuhmacher	Löhne	unbekannt	NS
935	Görze	12. 4. 1874	Metallarbeiter	Arbeitszeit	unbekannt	NS
936	Hamburg	12. 4. 1874	Guanoarbeiter	Löhne	unbekannt	I
937	Dortmund	16. 4. 1874	Stahlarbeiter	Arbeitszeit	unbekannt	I
938	Dessau	13. 4. 1874	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	NS
939	Hamburg	17. 4. bis 6. 6. 1874	Maler	9 <sup>h</sup> -Löhne	erfolgreich	NS
940	Wilhelms- haven	18. 4. 1874	30 Maurer	Zustände	unbekannt	NS
941	Stuttgart	19. 4. 1874	Zimmerer	unbekannt	unbekannt	NS
942	Neumünster	19. 4. 1874	Zimmerer	unbekannt	unbekannt	NS
943	Itzehoe	21. 4. bis 29. 4. 1874	weibl. Netzarbeiter	Arbeitszeit	unbekannt	NS
944	Kopenhagen	21. 4. 1874	Klempner	unbekannt	unbekannt	NS
945	Hannover	22. 4. 1874	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	NS
946	Hamburg	27. 4. 1874	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	NS
947	Bremerhaven	27. 4. 1874	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	NS
948	Dessau	27. 4. 1874	unbekannt	unbekannt	unbekannt	NS
949	Dresden	28. 4. 1874	Töpfer	Löhne	unbekannt	NS
950	Rostock	29. 4. 1874	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	NS
951	Leipzig	30. 4. 1874	Schuhmachergesellen	unbekannt	unbekannt	I
952	Gleiwitz	30. 4. 1874	Kesselschmiede	unbekannt	unbekannt	I
953	Neumünster	30. 4. 1874	Zimmergesellen	unbekannt	unbekannt	I
954	Gotha	2. 5. 1874	Zimmergesellen	unbekannt	erfolglos	A
955	Finsterwalde	3. 5. 1874	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	NS

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
956	Bremerhaven	4. 5. 1874	Schuhmacher	Arbeitszeit	unbekannt	NS
957	Kiel	4. 5. 1874	Maler	Arbeitszeit	erfolgreich	NS
958	Kiel	5. 5. bis 10. 6. 1874	Schuhmacher	Löhne	erfolgreich	NS
659	Hannover	5. 5. bis 16. 6. 1874	600 Schuhmacher	unbekannt	erfolgreich	NS
960	Frankfurt/M.	7. 5. 1874	unbekannt	unbekannt	unbekannt	NS
961	Bochum	11. 5. 1874	Schreiner	Löhne	erfolgreich	NS
962	Nürnberg	15. 5. 1874	Töpfergesellen	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	I
963	Frankfurt/M.	16. 5. 1874	Schreiner	unbekannt	unbekannt	A
964	Gestendorf	16. 5. 1874	Gesellen	unbekannt	unbekannt	A
965	Gutemünde	16. 5. 1874	Gesellen	unbekannt	unbekannt	A
966	Coburg	23. 5. 1874	Schuhmachergesellen	Löhne	unbekannt	A
967	Nürnberg	23. 5. 1874	Schumachergesellen	Löhne	Einigung	A
968	Horst	23. 5. 1874	600 Arbeiter	unbekannt	unbekannt	A
969	Altrolau	30. 5. 1874	Porzellanarbeiter	unbekannt	Einigung	A
970	Bayreuth	4. 6. 1874	Schneidergesellen	Löhne	erfolgreich	I
971						
972	Wilhelms- haven	5. 6. 1874	Maurer	unbekannt	unbekannt	NS
973	Gleiwitz	18. 6. 1874	Kesselschmiede	Arbeitszeit	unbekannt	I
974	Nürnberg	1. 7. 1874	Schuhmachergesellen	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	I
975	Fürth	1. 7. 1874	600 Metallschläger- gehilfen	unbekannt	unbekannt	I
976	Bremen	3. 7. 1874	Stellmacher	unbekannt	unbekannt	NS
977	Itzehoe	3. 7. 1874	Nagelschmiede	Löhne	unbekannt	NS
978	Nordhausen	12. 7. 1874	Maurer	Kontrakte	unbekannt	NS
979	Neumünster	12. 7. 1874	Zimmerer	unbekannt	unbekannt	NS
980	Eilenburg	20. 7. 1874	Zigarrenarbeiter	Strafen	unbekannt	NS
981	Altona	20. 7. 1874	Töpfer	Ausschluß	unbekannt	NS
982	München	20. 7. 1874	Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	NS
983	Wiesbaden	22. 7. 1874	Schuhmacher	Löhne	unbekannt	NS
984	Berlin	23. 7. 1874	Steinmetzen	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	NS
985	Bremerhaven	24. 7. 1874	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	NS
986	Altona	30. 7. 1874	Böttcher	Löhne	unbekannt	NS
987	Hamburg	1. 8. 1874	Zigarrenarbeiter	schlechter Tabak	unbekannt	NS
988						
989	Stettin	4. 8. 1874	Korbmacher	Löhne	unbekannt	NS
990	Berlin	7. 8. 1874	Schriftsetzer	unbekannt	unbekannt	NS
991	München	13. 8. 1874	Töpfergesellen	unbekannt	unbekannt	A

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
992	Delmenhorst	18. 8. 1874	Zigarrenarbeiter	unbekannt	unbekannt	A
993	Leipzig	22. 8. 1874	Kürschnergeseilen	Tarif- ordnung	unbekannt	A
994	Duisburg	23. 9. 1874	Böttcher	Löhne	unbekannt	NS
995	Berlin	28. 8. 1874	300 Böttcher	Löhne	unbekannt	NS
996	Altona	28. 9. 1874	Böttchermeister stellen keine Vereinsgesellen ein		unbekannt	NS
997	Hannover	17. 10. 1874	Böttcher	Löhne	unbekannt	NS
998	Flensburg	1. 11. 1874	Klempner	Fabrik- ordnung	unbekannt	NS
999	Bremerhaven	6. 11. 1874	732 Schiffszimmerer	Löhne	erfolgreich	I
1000	Frankfurt/M.	7. 11. 1874	Bäcker	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	NS
1001	Frankfurt/M.	9. 11. bis 25. 11. 1874	Bäckergesellen	Löhne	unbekannt	I
1002	Wilhelms- haven	11. 11. 1874	Zimmerer	Löhne	unbekannt	NS
1003	Memel	23. 11. 1874	Schiffszimmerer	Löhne	unbekannt	NS
1004	Nordhausen	26. 11. 1874	Böttcher	unbekannt	unbekannt	NS
1005	Ottensen	5. 12. 1874	Zigarrenarbeiter	schlechter Tabak	unbekannt	NS
1006	Hamburg	18. 12. 1874	26 Bautischler	Löhne	unbekannt	NS
1007	Linden	8. 1. 1875	Spinner	unbekannt	unbekannt	NS
1008	Berlin	28. 1. 1875	Porzellandreher	Löhne	unbekannt	
1009	Berlin	30. 1. 1875	Metallarbeiter	Löhne	unbekannt	NS
1010	Langensalza	1. 2. 1875	Tuchmacher	unbekannt	unbekannt	NS
1011	Hamburg	14. 2. 1875	Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	NS
1012	Dortmund	19. 2. 1876	Bauschreiner	Löhne	unbekannt	NS
1013	Breslau	23. 2. 1875	Steinmetzen	Löhne	unbekannt	NS
1014	Tondern	10. 3. 1875	Schuhmacher	Löhne	unbekannt	NS
1015	Bremen	11. 3. 1875	Klempner	Arbeitszeit	unbekannt	NS
1016	Rostock	11. 3. 1875	Maurer	Arbeitszeit und Löhne	unbekannt	NS
1017	Bremen	22. 3. 1875	Steinmetzen	unbekannt	unbekannt	NS
1018	Flensburg	22. 3. 1875	Schreiner	Löhne	unbekannt	NS
1019	Calbe/S.	4. 4. 1875	Maurer	Löhne	unbekannt	NS
1020	Rostock	4. 4. 1875	Zimmerleute	Löhne	unbekannt	NS
1021	Sternberg	4. 4. 1875	Zimmerleute	Löhne	unbekannt	NS
1022	Güstrow	4. 4. 1875	Zimmerleute	Löhne	unbekannt	NS
1023	Wilhelms- haven	4. 4. 1875	Zimmerleute	unbekannt	unbekannt	NS
1024	Halle/S.	19. 4. 1875	200 Maschinenbauer	Arbeitszeit	unbekannt	NS
1025	Bremen	20. 4. 1875	Schneider	Entlassgs.- scheine	erfolgreich	NS



Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
1026	Flensburg	25. 4. 1875	Schuhmacher	Löhne	unbekannt	NS
1027	Bernburg	29. 4. 1875	Maschinenbauer	Entlassgs.- scheine	erfolgreich	NS
1028	Halle	5. 5. 1875	Maschinenbauer	Löhne und Arbeitszeit	erfolgreich	NS
1029	Flensburg	11. 5. 1875	Schuhmacher	Löhne	erfolgreich	NS
1030	Marten	20. 5. 1875	Bergleute	Löhne	erfolgreich	
1031	Naumburg	3. 6. 1875	Steinmetzen	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	NS
1032	Hanau	7. 6. 1875	Buchdrucker	Löhne	unbekannt	NS
1033	Flensburg	12. 6. 1875	Schiffszimmerer	Löhne	unbekannt	NS
1034	Hamburg	22. 6. 1875	Zigarrenkistenmacher	Löhne	unbekannt	NS
1035	Berlin	23. 6. 1875	400 Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	NS
1036	Osnabrück	1. 7. 1875	Tischler	Löhne	unbekannt	NS
1037	Barmen	3. 7. 1875	Bandwirker	Löhne	unbekannt	NS
1038	Achim	18. 7. 1875				
		10. 10. 1875	Zigarrenarbeiter	Löhne	erfolgreich	NS
1039	Berlin	8. 8. 1875	40 Böttcher	Löhne	unbekannt	NS
1040	Hamburg	16. 9. 1875	Kistenmacher	unbekannt	unbekannt	NS
1041	Berlin	28. 9. 1875	Zimmerer	Löhne	unbekannt	NS
1042	Langensalza	6. 10. 1875	127 Weber	Löhne	unbekannt	NS
1043	München	11. 10. 1875	Seidenarbeiter	Löhne	unbekannt	NS
1044	Esens/Frsld.	16. 10. 1875	Schneider	unbekannt	unbekannt	NS
1045	Hamburg	11. 11. 1875	130 Buchbinder	Löhne	unbekannt	NS
1046	Hamburg	13. 11. 1875	32 Böttcher	Löhne	unbekannt	NS
1047	Hamburg	27. 11. 1875	Reepschläger	Maß regelung	unbekannt	NS
1048	Hamburg	1. 12. 1875	Spritarbeiter	Löhne	unbekannt	NS
1049	Frankfurt/O.	1. 12. 1875	Siruparbeiter	Löhne	unbekannt	NS
1050	Bocholt	1. 1. 1876	1200 Weber	Fabrikord.	unbekannt	
1051	Hamburg	3. 1. 1876	Stellmacher	Werkstatt- ordnung	Teilerfolg	V
1052	Freiburg i. B.	16. 1. 1876	Schreiner	Löhne	unbekannt	V
1053	Osnabrück	28. 1. 1876	Tischler	Löhne	unbekannt	V
1054	Kronach	28. 1. 1876	50 Bergarbeiter	Löhne	unbekannt	V
1055	Mannheim	7. 2. bis 16. 2. 1876	50 Schuharbeiter	Löhne	erfolglos	V
1056	München	12. 2. 1876	Polsterer	Löhne	unbekannt	V
1057	Bremen	12. 2. 1876	Schneider	Löhne	unbekannt	V
1058	Lüneburg	1. 3. 1876	Zimmergesellen	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	V
1059	Rostock	7. 3. 1876	Schiffszimmerer	unbekannt	unbekannt	V
1060	Lübeck	7. 3. 1876	Schiffszimmerer	unbekannt	unbekannt	V

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
1061	Flensburg	7. 3. 1876	Schiffszimmerer	unbekannt	unbekannt	V
1062	Bamberg	10. 3. 1876	Schneider	unbekannt	unbekannt	V
1063	Freiburg i. B.	12. 3. 1876	Schlosser	unbekannt	unbekannt	V
1064	Göttingen	16. 3. 1876	Weber	unbekannt	unbekannt	V
1065	Neu- brandenburg	1. 4. 1876	Zimmerer	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	V
1066	Lüneburg	1. 4. 1876	Maurer	unbekannt	unbekannt	V
1067	Marten/ Westf.	1. 4. 1876	700 Bergarbeiter	Arbeitszeit	unbekannt	V
1068	München	2. 4. 1876	Weißgerber	unbekannt	unbekannt	V
1069	Dortmund	20. 4. 1876	800 Arbeiter	Löhne	unbekannt	V
1070	Heilbronn	10. 5. bis 13. 7. 1876	Schuhmacher	Löhne und Arbeitszeit	erfolgreich	V
1071	Langensalza	11. 5. 1876	Zimmergesellen	Löhne	unbekannt	V
1072	Freiburg/Br.	29. 5. 1876	Schuhmacher	Löhne	erfolglos	V
1073	Dresden	22. 6. 1876	Tapeziergehilfen	unbekannt	unbekannt	V
1074	Berlin	28. 6. 1876	800 Setzer	Löhne	erfolgreich	
1075	Großenhain	28. 6. 1876	Tucharbeiter	Löhne	unbekannt	V
1076	Langendreer	27. 4. 1876	500 Grubenarbeiter	Arbeitszeit	unbekannt	V
1077	Bamberg	4. 5. 1876	Schneidergesellen	unbekannt	unbekannt	V
1078	Lübeck	24. 6. 1876	Töpfer	Löhne	unbekannt	V
1079	Harburg	25. 6. 1876	Reepschläger	unbekannt	unbekannt	P
1080	Hannover	4. 7. 1876	Spinner	Löhne	unbekannt	V
1081	Altenburg	14. 7. 1876	Dreher	unbekannt	unbekannt	V
1082	Güstrow	18. 7. 1876	Zigarrenarbeiter	Löhne	erfolgreich	V
1083	Osnabrück	21. 7. 1876	Steinmetzen	unbekannt	unbekannt	V
1084	Gotha	22. 7. 1876	Metalldrucker	Löhne	unbekannt	V
1085	Altona	3. 8. 1876	Schmiede	Eintritt i. d. Meister- kranken- kasse	unbekannt	V
1086	Wismar	24. 8. 1876	Maurergesellen	unbekannt	unbekannt	V
1087	Altona	20. 9. 1876	Klempner	Löhne	unbekannt	P
1088	Essen	27. 10. 1876 28. 10. 1876	700 Bergarbeiter	Arbeitszeit und Löhne	erfolgreich	P
1089	Bremerhaven	1. 11. 1876	Schiffszimmerer	Löhne	erfolgreich	P
1090	Lübeck	6. 11. 1876	Eisengießer	Löhne	unbekannt	P
1091	Dortmund	6. 6. 1877	Bergarbeiter	Löhne	unbekannt	I
1092	Oppeln	1. 8. 1877	Böttcher	Löhne	unbekannt	I
1093	Peterswaldau	22. 8. 1877	Weber	soz. Agi- tation	unbekannt	I

Fortsetzung

Lfd. Nr.	Ort	Jahr	Gewerbe	Motiv	Ergebnis	Organ
1094	Ohlau	22. 8. 1877	Zigarrenarbeiter	schlechter Tabak	unbekannt	I
1095	Lucca	29. 8. 1877	Zigarrenarbeiter	schlechter Tabak	unbekannt	I
1096	Bremen	12. 12. 1877				
		10. 4. 1878	500 Schiffszimmerer	unbekannt	unbekannt	I
1097	Hamburg	5. 1. 1878	Steinmetzen	unbekannt	unbekannt	P
1098	Hamburg	5. 1. 1878	Zigarrenarbeiter	Löhne	unbekannt	P
1099	München	1. 2. 1878	Steinmetzen	unbekannt	unbekannt	P
1100	Offenbach	22. 2. 1878	Schuhmacher	unbekannt	unbekannt	P
1101	Itzehoe	15. 3. 1878	Zimmerleute	Löhne	unbekannt	P
1102	Stuttgart	19. 3. 1878	unbekannt	unbekannt	unbekannt	P
1103	Augsburg	2. 4. 1878	Metallschläger	unbekannt	erfolglos	I
1104	Bielefeld	11. 5. 1878	Nähmaschinenarbeiter	Löhne	unbekannt	P
1105	Braunschweig	12. 6. 1878	Bahnarbeiter	unbekannt	unbekannt	P
1106	Crimmitschau	26. 8. 1878	40 Spinner	Löhne	unbekannt	I
1107	Erfurt	28. 9. 1878	Schuharbeiter	Löhne	unbekannt	A
1108	Erfurt	12. 10. 1878	200 Fabrikarbeiter	Löhne	unbekannt	I
1109	Schmiedefeld/ Suhl	10. 1. 1879	Porzellandreher	Löhne	unbekannt	I
1110	Kassel	1. 4. 1879	Pferdebahner	Löhne	unbekannt	I
1111	Stettin	10. 8. 1879	Droschkenbesitzer	unbekannt	unbekannt	I
1112	Berlin	30. 4. 1880	100 Maurer	Löhne	unbekannt	I
1113	Berlin	15. 6. 1880	Tischlergesellen	Löhne	erfolgreich	I
1114	Wallendorf/ Th.	1. 7. 1880	Porzellanmaler	Löhne	unbekannt	I
1115	Berlin	20. 7. 1880	Tischlergesellen	Löhne	unbekannt	I
1116	Berlin	30. 8. 1880	100 Tischlergesellen	Löhne	Teilerfolg	I
1117	Berlin	1. 10. 1880	450 Instrumentenmacher	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	I
1118	Kattowitz	3. 10. 1880	300 Grubenarbeiter	Löhne	unbekannt	I
1119	Hattingen	20. 10. 1880	800 Bergleute	Arbeitszeit und Löhne	erfolglos	I
1120	Rendsburg	2. 11. bis 10. 11. 1880	Maurergesellen	Löhne und Arbeitszeit	unbekannt	I

### Anmerkungen

Streik 2, Celle, 8. 2. 1864: Die Zigarrenarbeiter streikten, da Mädchen angestellt wurden (S).

Streik 77, Berlin, 26. 1. 1868: Bei einem Streik von 200 Zigarrenarbeitern gegen Einführung einer Fabrikordnung wurde einer der Führer des Streiks, der Zigarren-

arbeiter Fritzsche, von der Polizei aufgefordert, sich innerhalb 24 Stunden über eine Arbeitsgelegenheit auszuweisen. Gelänge ihm das nicht, so würde er aus der Stadt verwiesen. Der Streik war erfolgreich (S).

Streik 94, Itzehoe, 12. 2. 1869: Es wurde 106 Stanzerinnen (Mädchen) der Lohn gekürzt. Auf Einspruch der Mädchen erklärten die Meister: Wenn das Geld nicht langt, verdient es euch am Abend zu. Huren seid ihr ja doch alle! Die Mädchen setzten ihre Forderungen durch (S).

Streik 323, Wald, 12. 6. 1871: 200 Regenschirmmacher streikten, denn sie sollten sich schriftlich verpflichten:

1. keinem Verein anzugehören,
2. keine Versammlungen zu besuchen,
3. keinen Streik zu unterstützen,
4. keine politischen Zeitungen oder Flugblätter zu lesen.

Das Ergebnis ist unbekannt (NS).

Streik 393, Brandenburg, 6. 9. 1871: Tuchmacher und Spinner streikten für höhere Löhne und den 10-Stunden-Arbeitstag. Die Fabrikbesitzer organisierten die Verhaftung des Streikkomitees und drohten, es würden billige und noch nicht verwöhnte Arbeiter von auswärts geholt und an die Betriebe gefesselt werden. Deshalb beschlossen die Arbeiter am 29. 12. 1871, zu mehreren Hunderten nach Glauchau und Berlin abzuwandern (NS).

Streik 627, Berlin, 23. 8. 1872 bis 21. 10. 1872: 2000 Maschinenarbeiter streikten, um eine 10%ige Lohnerhöhung zu erkämpfen. Auf Veranlassung der Kapitalisten wurden Massenverhaftungen durch die Polizei durchgeführt, und die Gewerksvereine führten von auswärts Streikbrecher heran. Das Ergebnis ist unbekannt (NS).

Streik 466, Offenbach, 1. 2. 1872: 500 Hutmacher wurden entlassen, da sie eine Kranken-, Invaliden- und Wanderkasse gegründet hatten. Daraufhin traten sie in den Streik. Das Ergebnis ist unbekannt (C).

Streik 637, Berlin, 10. 9. 1872: 60 Burschen im Alter bis zu vierzehn Jahren, die in einer Papierfabrik tätig waren, streikten wegen zu niedriger Löhne und zu langer Arbeitszeit. Die katholische Kreuzzeitung ereiferte sich wegen mangelnder Arbeitsmoral. Das Ergebnis ist unbekannt (C).

Streik 470, Hamburg, 25. 2. 1872: Former traten in einen Streik, da wegen unerlaubter Wahltätigkeit Entlassungen durchgeführt wurden. Das Ergebnis ist unbekannt (NS).

Streik 981, Altona, 20. 7. 1874: Die Töpfermeister schlossen alle Gesellen, die dem „Allgemeinen Deutschen Töpferverein“ angehörten, von der Arbeit aus. Sie gründeten einen Einheitsverein, um die Kraft der Gesellen zu brechen und versuchten auf jede Art und Weise, die Mitgliedschaft im „Allgemeinen Deutschen Töpferverein“ unmöglich zu machen (NS).

Streik 997, Hannover, 17. 10. 1874: Die Polizei beschlagnahmt die von auswärts gesandten Streikgelder (NS).

Streik 1002, Wilhelmshaven, 11. 11. 1874: Die Arbeit von streikenden Zimmerern wurde von mehr als fünfzig Soldaten fortgesetzt. Die Meister forderten die Gesellen auf, sie zu verklagen, aber damals mußte der Kläger eine bestimmte Summe vorher deponieren, so daß die Gesellen dazu nicht in der Lage waren (NS).

# STATISTISCHE MATERIALIEN ZUR KONZESSIONIERUNG VON AKTIENGESELLSCHAFTEN IN PREUSSEN BIS 1867<sup>1)</sup>

VON HORST THIEME

Einen nicht unwesentlichen Anteil an der Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland hatten bereits im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts die Aktiengesellschaften, die als große „Kapitalvereinigungen“ wesentlich den Aufschwung des Kapitalismus beeinflussten.

Im folgenden soll versucht werden, anhand von Quellenmaterial aus den Beständen des Deutschen Zentralarchivs, Abt. Merseburg, einen Überblick über die bis zum Jahre 1867 konzessionierten Aktiengesellschaften zu geben.<sup>2)</sup>

Von 1770 bis 1867 wurden in Preußen insgesamt 285 Aktiengesellschaften (außer Chaussee- und Eisenbahngesellschaften) konzessioniert.<sup>3)</sup>

Aus dieser Zusammenstellung ist zu erkennen, wie sich im Laufe der Jahre die Zahl der erteilten Konzessionen ständig erhöhte, um in den Jahren 1856 und 1857 einen Höhepunkt zu erreichen. So wurden in diesen beiden Jahren fast ebensoviel Aktiengesellschaften konzessioniert, wie im Zeitraum von 1826 bis 1850. Einen großen Aufschwung erfuhr das Aktienwesen in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts (etwa von 1851 bis zur Wirtschaftskrise von 1857).

<sup>1)</sup> Nicht darin enthalten sind die Eisenbahn- und Chausseebau-Aktiengesellschaften.

<sup>2)</sup> Deutsches Zentralarchiv, Abt. Merseburg,

Rep. 120 A V 5 Nr. 22 u. 25

Rep. 120 A XI 2 Nr. 1, 4, 6, 7, 8

Rep. 120 A XII 7 Nr. 2–216

Rep. 77 Titel 94, Nr. 120, Beiakte 1a.

<sup>3)</sup> Vgl. auch *Engel, Ernst*, Die erwerbstätigen juristischen Personen in Preußen, insbesondere die Aktiengesellschaften. In: Zeitschrift des Kgl. preuß. Statist. Büros, Jg. 1875, S. 467.

Nach Ernst Engel wurden in Preußen gegründet:

Bis 1800	5 AG	mit	467 000 Taler
1801–1825	16 AG	mit	11 454 265 Taler
1826–1850	102 AG	mit	112 665 085 Taler
1851–1870	295 AG	mit	801 585 105 Taler

Tabelle 1

Von 1770–1867 in Preußen konzessionierte Aktiengesellschaften<sup>4)</sup>

Jahr	Aktien- gesellschaften	Jahr	Aktien- gesellschaften	Jahr	Aktien- gesellschaften
1770	1	1835	4	1853	23
1782	1	1836	5	1854	8
1790	1	1837	2	1855	14
1798	1	1838	2	1856	31
1808	1	1839	5	1857	31
1809	1	1841	4	1858	14
1812	2	1842	2	1859	7
1818	1	1843	2	1860	5
1819	2	1844	7	1861	8
1821	1	1845	8	1862	3
1822	1	1846	6	1863	5
1823	1	1847	1	1864	16
1824	2	1848	8	1865	10
1825	1	1849	4	1866	6
1826	1	1850	4	1867	8
1831	1	1851	5		
1832	1	1852	7		

Interessant ist hierbei auch eine Betrachtung des Verhältnisses der Anzahl der Aktiengesellschaften zur Höhe des Gesellschaftskapitals.

Tabelle 2

Konzessionierte Aktiengesellschaften

bis 1800	4 AG	387 400 Taler lt. Statut <sup>5)</sup>
1801–1825	13 AG	7 629 450 Taler lt. Statut <sup>5)</sup>
1826–1850	67 AG	45 057 417 Taler lt. Statut <sup>6)</sup>
1851–1857	119 AG	114 460 867 Taler lt. Statut <sup>6)</sup>
1858–1867	82 AG	43 751 950 Taler lt. Statut

Bekannt ist, daß die preußischen Provinzen starke Unterschiede in der Entwicklung der Wirtschaft aufweisen. Es ist uns möglich festzustellen, wieviel Aktiengesellschaften in den einzelnen Provinzen des preußischen Staates konzessioniert wurden. Für die Zuteilung zu der einen oder der anderen Provinz war der Ort entscheidend, in dem sich der Sitz der Gesellschaft befand.

<sup>4)</sup> Eine Zusammenstellung der von 1770–1867 in Preußen konzessionierten Aktiengesellschaften mit Angabe der Firmenbezeichnung und des Datums der Konzessionierung befindet sich am Schluß der Arbeit.

<sup>5)</sup> Von einer Aktiengesellschaft konnte das Grundkapital nicht festgestellt werden.

<sup>6)</sup> Die Zahl wurde um  $\frac{1}{3}$  Taler erhöht.

Tabelle 3

In den preußischen Provinzen von 1770–1867 konzessionierte Aktiengesellschaften

Provinz	bis 1800	1801–25	1826–50	1851–57	1858–67	Insgesamt
Preußen	1	3	1	3	2	10
Brandenburg	—	3	12	9	14	38
Pommern	—	3	6	10	5	24
Schlesien	3	—	5	6	5	19
Posen	—	—	—	1	2	3
Sachsen	—	—	5	16	6	27
Westfalen	—	—	—	27	19	46
Rheinprovinz	—	4	38	47	29	118

Nicht weniger wichtig ist die Aufschlüsselung der Aktiengesellschaften nach den verschiedenen Wirtschaftszweigen. Sehr hoch ist der Anteil der Bergwerks-, Hütten- und Eisenwarenfabrik-Gesellschaften sowie der Versicherungsgesellschaften an der Gesamtzahl der Konzessionen. Die Bergwerks-, Hütten- und Eisenwarenfabrik-Gesellschaften erfuhren einen großen Aufschwung von 1851 bis 1858. Gerade die genannten Gesellschaften sind auch, von der Höhe des Grundkapitals aus gesehen, zu den größten Unternehmen zu zählen.

Tabelle 4

Von 1770–1867 konzessionierte Aktiengesellschaften  
(nach Wirtschaftszweigen)

	1770 bis 1800	1801 bis 1825	1826 bis 1850	1851 bis 1857	1858 bis 1867	Insgesamt
Bank- u. Kredit-AG	—	1	3	8	4	16
Versicherungs-AG	—	5	18	14	14	51
Bergwerks-, Hütten- und Eisenwarenfabrik-AG	1	—	11	57	22	91
Dampfschiffahrts-AG	—	—	7	5	1	13
Zuckerfabrik-AG	2	1	7	—	2	12
Spinnerei, Weberei, Druckerei usw.	—	—	3	9	3	15
Maschinenbauanstalten	—	—	—	3	2	5
Mühlen-AG	—	2	1	2	—	5
Papierfabriken	—	1	—	1	—	2
Anderer Fabrik-AG (Nahrungsmittel, chemische Produkte u. a.)	—	1	5	8	4	18
Baugesellschaften	—	1	3	4	9	17
Gas- und Beleuchtungsgesellschaften	—	—	3	5	12	20
Wasserheilanstalten	—	—	1	—	1	2
Wasch- und Badeanstalten	—	—	2	2	2	6
Wissenschaftl. Anstalten	1	1	3	—	6	11
Sonstige AG	—	—	—	1	—	1

Nicht alle konzessionierten Gesellschaften haben das Jahr 1867, das als Stichjahr vorliegender Untersuchungen gewählt wurde, erreicht. Von den bis 1867 konzessionierten 285 Aktiengesellschaften wurden 55 Aktiengesellschaften bis 1867 wieder aufgelöst, 7 Aktiengesellschaften nahmen ihre Tätigkeit nicht auf.

	<i>Konzessionierte Aktien- gesellschaften</i>	<i>Davon bis 1867 wieder aufgelöst bzw. nicht in Tätigkeit getreten</i>
bis 1800	4	2
1801–1825	13	1
1826–1850	67	20
1851–1857	119	28
1858–1867	82	11 <sup>7)</sup>

Tabelle 5

	bis 1800	1801 bis 1825	1826 bis 1850	1851 bis 1857	1858 bis 1867	Insgesamt
Konzessionierte Aktiengesellschaften	4	13	67	119	82	285
Davon bis 1867 wiederaufgelöste bzw. nicht in Tätigkeit getretene Aktiengesellschaften						
Bank- und Kredit-AG	—	—	1	2	—	3
Versicherungs-AG	—	1	4	2	1	8
Bergwerks-, Hütten- und Eisen- warenfabrik-AG	—	—	5	14	6	25
Dampfschiffahrts-AG	—	—	1	—	—	1
Zuckerfabrik-AG	2	—	4	—	—	6
Spinnereien, Webereien, Druk- kereien usw.	—	—	1	2	—	3
Mühlen-AG	—	—	—	1	—	1
Papierfabriken	—	—	—	1	—	1
Andere Fabrik-AG	—	—	1	4	2	7
Baugesellschaften	—	—	1	—	—	1
Gas- und Beleuchtungsgesell- schaften	—	—	—	1	2	3
Wissenschaftl. Anstalten und Anstalten der Kunst	—	—	2	—	—	2
Sonstige AG	—	—	—	1	—	1
Insgesamt	2	1	20	28	11	62

<sup>7)</sup> Von den 1858 konzessionierten 14 Aktiengesellschaften wurden allein sechs Gesellschaften wieder aufgelöst.



Für die Auflösung von Aktiengesellschaften geben die Archivalien verschiedene Gründe an: Ablauf der im Statut festgelegten Lebensdauer der Gesellschaft, Verschmelzung mit einer anderen Gesellschaft, Übergang in eine neue Gesellschaft, Konkurs u. a. m. Speziell für die Neugründungen der 50er Jahre wird weiter hinten zu dieser Frage noch Stellung genommen.

Zunächst aber noch zur Verteilung der aufgelösten Aktiengesellschaften auf die verschiedenen Wirtschaftszweige.

Die Tabellen 1 bis 5 gaben Aufschluß über die Konzessionierung von Aktiengesellschaften von 1770 bis 1867 in Preußen. Es wurde schon weiter vorn gesagt, daß im Rahmen der Entwicklung des Aktienwesens in Preußen die 50er Jahre des 19. Jahrhunderts eine besondere Rolle gespielt haben. Wenden wir uns deshalb mit den nächsten Tabellen der Konzessionierung von Aktiengesellschaften in der Zeit von 1851 bis 1857 zu.<sup>8)</sup>

Die folgende Aufstellung soll zeigen, wieviel Aktiengesellschaften in dem genannten Zeitraum konzessioniert wurden und wie hoch ihr statutenmäßiges Grundkapital war. Hervorzuheben ist die Höhe des gesamten Grundkapitals der 1853 konzessionierten Aktiengesellschaften, die in den nächsten Jahren – trotz Ansteigen der Zahl der Neugründungen – nicht wieder erreicht wird. Die meisten Aktiengesellschaften wurden 1856 bis 1857 genehmigt, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß im letzten Quartal 1857 infolge der Krise keine Gesellschaft mehr die landesherrliche Genehmigung erhielt.

Tabelle 6

Von 1851–1857 in Preußen konzessionierte Aktiengesellschaften

	AG	Grundkapital in Taler
1851	5	2447034
1852	7	5443333
1853	23	33079500
1854	8	6395000
1855	14	15990000
1856	31	29005000
1857	31	22101000

Entsprechend der unterschiedlichen wirtschaftlichen Struktur und dem Fortschritt in den einzelnen preußischen Provinzen, entstanden in diesen mehr oder

<sup>8)</sup> Vgl. auch *Blumberg, Horst*, Die Finanzierung der Neugründungen und Erweiterungen von Industriebetrieben in Form der Aktiengesellschaften während der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts in Deutschland, am Beispiel der preußischen Verhältnisse erläutert. In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie*, Nr. 3/1957 – *Thieme, Horst*, Die ökonomischen und politischen Widersprüche bei der Erteilung von Konzessionen zur Gründung von Aktiengesellschaften in Preußen von 1850–1857. Diss., Leipzig 1957 (maschinenschriftl.).

weniger viel Aktiengesellschaften. Die meisten der genehmigten Aktiengesellschaften lagen in der Rheinprovinz und in Westfalen. In der Rheinprovinz sind es die Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln, in denen die meisten Aktiengesellschaften entstanden, in Westfalen ist es der Regierungsbezirk Arnsberg. Der Schwerpunkt lag also in den Gebieten, die sich beiderseits der Ruhr erstreckten. Vorwiegend waren es Bergwerks- und Hüttenunternehmungen, die in diesen Gebieten ihr Domizil fanden.

Tabelle 7

*In den preußischen Provinzen von 1851–1857 konzessionierte Aktiengesellschaften*

Provinz	1851	1852	1853	1854	1855	1856	1857	Insgesamt
Preußen	—	—	—	—	—	2	1	3
Brandenburg	—	1	2	1	1	3	1	9
Pommern	—	—	1	—	3	2	4	10
Schlesien	1	—	1	1	1	2	—	6
Posen	—	—	—	—	—	—	1	1
Sachsen	1	—	3	1	5	3	3	16
Westfalen	—	3	4	2	2	5	11	27
Rheinprovinz	3	3	12	3	2	14	10	47

Tabelle 8

*Von 1851–1857 konzessionierte Aktiengesellschaften*  
(nach Wirtschaftszweigen)

	1851	1852	1853	1854	1855	1856	1857	Insgesamt
Bank- und Kredit-AG	—	—	—	—	2	2	4	8
Versicherungs-AG	—	—	5	1	5	2	1	14
Bergwerks-, Hütten- u. Eisenwarenfabrik-AG	3	5	8	3	3	19	16	57
Dampfschiffahrts-AG	—	—	3	—	1	1	—	5
Spinnereien, Webereien usw.	—	1	2	1	2	1	2	9
Maschinenbauanstalten	—	—	—	—	—	2	1	3
Mühlen-AG	—	—	—	—	—	—	2	2
Papierfabriken	1	—	—	—	—	—	—	1
Andere Fabrik-AG	—	—	2	1	1	3	1	8
Baugesellschaften	1	—	2	—	—	1	—	4
Gas- u. Beleuchtungs- gesellschaften	—	—	1	1	—	—	3	5
Wasch- u. Badeanstalten	—	—	—	1	—	—	1	2
Sonstige AG	—	1	—	—	—	—	—	1
Insgesamt	5	7	23	8	14	31	31	119

Die Bergwerks-, Hütten- und Eisenwarenfabrik-Aktiengesellschaften nahmen unter den Neugründungen von 1851 bis 1857 den größten Raum ein. Fast die Hälfte aller in diesem Zeitraum konzessionierten Aktiengesellschaften waren Bergwerks-, Hütten- und Eisenwarenfabrik-Aktiengesellschaften.

Die folgende Tabelle beschäftigt sich mit der Aufschlüsselung der von 1851 bis 1857 konzessionierten Aktiengesellschaften auf die einzelnen Wirtschaftszweige und gibt damit gleichzeitig einen Einblick in die wirtschaftliche Situation der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts.

Die Betrachtung über die konzessionierten Aktiengesellschaften wäre unvollkommen, würde man nicht gleichzeitig festhalten, wieviel Gesellschaften davon 1867 noch bestanden.

Von den von 1851 bis 1857 konzessionierten Aktiengesellschaften wurden bis 1867 insgesamt 28 Aktiengesellschaften wieder aufgelöst.

Tabelle 9

	1851	1852	1853	1854	1855	1856	1857	Insgesamt
Konzessionierte Aktiengesellschaften	5	7	23	8	14	31	31	119
Davon bis 1867 wiederaufgelöste bzw. nicht in Tätigkeit getretene Aktiengesellschaften								
Bank- u. Kredit-AG	—	—	—	—	—	—	2	2
Versicherungs-AG	—	—	—	—	2	—	—	2
Bergwerks-, Hütten- u. Eisenwarenfabrik-AG	2	1	1	—	—	6	4	14
Spinnereien, Webereien usw.	—	—	—	1	—	—	1	2
Mühlen-AG	—	—	—	—	—	—	1	1
Papierfabriken	1	—	—	—	—	—	—	1
Andere Fabrik-AG	—	—	1	1	—	2	—	4
Gas- u. Beleuchtungsgesellschaften	—	—	—	—	—	—	1	1
Sonstige AG	—	1	—	—	—	—	—	1
Insgesamt	3	2	2	2	2	8	9	28

Schon weiter vorn wurden einige Gründe für die Auflösung von Aktiengesellschaften angeführt. Dazu noch einige Beispiele, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben sollen.

Die Magdeburger Hagelversicherungsgesellschaft Ceres wurde auf Beschluß der Regierung 1857 aufgelöst, weil die Hälfte des Grundkapitals verloren war. Aus ähnlichen Gründen eröffnete die Magdeburger Viehversicherungsgesellschaft 1858 den Konkurs.

Zum Auflösungsantrag der Paulinenhütte zu Dortmund führte die Regierung zu Arnberg in ihrem Gutachten vom 25. 9. 1860 als Gründe für die Auflösung an:

1. eine allgemeine Kalamität der Wirtschaft,
2. mangelhafte technische Leitung,
3. nachlässige und unordentliche Verwaltung.

Andere Gesellschaften klagten über die schlechten Geldverhältnisse in Preußen, die es oftmals unmöglich machten, das fehlende Kapital zu beschaffen, andere über Absatzschwierigkeiten u. a. m.

Die vorliegenden Angaben — die sich, wie bereits gesagt, auf Quellenmaterial aus dem Deutschen Zentralarchiv, Abt. Merseburg stützen — sind nur ein Teil des bereits erarbeiteten Materials über die Entstehung von Aktiengesellschaften in Preußen von 1770 bis 1867. Weitere Materialien sind noch zu erarbeiten. Es ist vorgesehen, die Untersuchungen weiterzuführen und in einer größeren Arbeit zu veröffentlichen. Dabei werden auch die Eisenbahn- und Chausseebau-Aktiengesellschaften erfaßt und behandelt werden.

*Verzeichnis der in Preußen bis zum Jahre 1867 staatlich genehmigten Aktiengesellschaften<sup>9)</sup>*

(außer Eisenbahn- und Chausseebau-Aktiengesellschaften)

- |     |      |          |   |
|-----|------|----------|---|
| 1.  | 1770 | Nov. 2   | Privilegierte Breslauer Zucker-Raffinerie   |
| 2.  | 1782 | Nov. 29  | Königsberger octroirte Ostpreußische und Litthauische Zucker-Raffinerie-Societät, Königsberg i. Pr. |
| 3.  | 1790 | Nov. 22  | Königshulder Stahl- und Eisenwaaren-Fabrik, Breslau   |
| 4.  | 1798 | Febr. 22 | Theater-Actien-Verein zu Breslau  |
| 5.  | 1808 | Juni 3   | Societät der Actionäre des Schauspielhauses in Königsberg i. Pr.                                    |
| 6.  | 1809 | Sept. 11 | Octroirte Gesellschaft der Aktionäre der Mittelmühle, Königsberg i. Pr.                             |
| 7.  | 1812 | Jan. 24  | Gesellschaft der Actionäre der Malzmühle, Königsberg i. Pr.   |
| 8.  |      | Dez. 11  | Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt, Berlin   |
| 9.  | 1818 | April 2  | Brücken-Gesellschaft zu Neuwied   |
| 10. | 1819 | April 4  | Patent-Papier-Fabrik zu Berlin  |
| 11. |      | Aug. 31  | Pommersche Provinzial-Zuckersiederei, Stettin   |
| 12. | 1821 | Jan. 5   | Preußische See-Assecuranz-Compagnie, Stettin  |
| 13. | 1822 | Aug. 6   | Rheinschiffahrts-Assecuranzgesellschaft, Köln   |
| 14. | 1823 | Febr. 28 | Vaterländische Feuer-Versicherungs-Actien-Gesellschaft, Elberfeld                                   |

<sup>9)</sup> Für die Gesellschaften vor 1844 wurde die in den Quellen gegebene Schreibung verwendet, während die Gesellschaften ab 1844 wie im Gesetzblatt angegeben geschrieben wurden. Daraus ergibt sich, daß die Aktiengesellschaften vor 1844 als „Actien-Gesellschaften“, die ab 1844 aber als „Aktiengesellschaften“ in dem Verzeichnis zu finden sind. Zusammengesetzte Wörter wurden so geschrieben, wie sie in den Quellen bzw. im Gesetzblatt stehen.

- |     |      |          |   |
|-----|------|----------|---|
| 15. | 1824 | Aug. 15  | Insel-Actiengesellschaft, Berlin  |
| 16. |      | Aug. 15  | Ritterschaftliche Privat-Bank in Pommern, Stettin   |
| 17. | 1825 | Juni 24  | Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, Aachen   |
| 18. | 1826 | April 8  | Preußische Rheinische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Köln   |
| 19. | 1831 | Sept. 17 | Actien-Verein des Neusalzer Eisenhütten- und Emaillirwerks  |
| 20. | 1832 | April 26 | Neue Berliner Hagel-Assecuranz-Gesellschaft, dann Berliner Hagel-Assecuranz-Gesellschaft von 1832, Berlin |
| 21. | 1835 | Mai 31   | Eschweiler Bergwerksverein, Eschweiler-Pumpe  |
| 22. |      | Aug. 8   | Berliner Zuckersiederei-Compagnie, Berlin   |
| 23. |      | Sept. 9  | Eschweiler Viehversicherungs-Verein für den Regierungsbezirk Aachen.                                      |
| 24. |      | Okt. 22  | Schlesische Gebirgs-Zucker-Raffinerie   |
| 25. | 1836 | Febr. 5  | Speicher-Actiengesellschaft zu Berlin   |
| 26. |      | Juni 11  | Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft, Berlin   |
| 27. |      | Aug. 27  | Soolbäder-Actien-Gesellschaft Creuznach   |
| 28. |      | Sept. 22 | Dampfschiffahrts-Gesellschaft für den Nieder- und Mittel-Rhein, Düsseldorf                                |
| 29. |      | Okt. 30  | Vereinigungs-Gesellschaft für Steinkohlenbau im Wurm-Revier, Kohlscheid                                   |
| 30. | 1837 | Mai 21   | Verein für den Halleschen Handel, Halle a. S.   |
| 31. |      | Aug. 24  | Actiengesellschaft zur Zuckerfabrikation aus selbsterbauten Rüben in Alsleben a. S.                       |
| 32. | 1838 | Mai 28   | Metallurgische Gesellschaft zu Stolberg   |
| 33. |      | Juni 25  | Wassermühlen-Actiengesellschaft zu Berlin   |
| 34. | 1839 | März 5   | Colonia, Cölnische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, Köln   |
| 35. |      | März 7   | Aachener Bau-Gesellschaft, Aachen   |
| 36. |      | April 6  | Rhein-Ruhr-Kanal-Actienverein, Duisburg   |
| 37. |      | Mai 14   | Niederrheinische Güter-Assecuranz-Gesellschaft, Wesel   |
| 38. |      | Juli 10  | Appretur-Anstalt des Kreises Gladbach, Gladbach   |
| 39. | 1841 | April 17 | Mülheimer Hafen-Actienverein, Mülheim a. d. Ruhr  |
| 40. |      | Juli 28  | Dampfschleppschiffahrts-Gesellschaft zu Cöln  |
| 41. |      | Sept. 8  | Kaltwasser-Heilanstalt im Laubachstale bei Coblenz, Koblenz   |
| 42. |      | Okt. 18  | Theater-Verein zu Elberfeld   |
| 43. | 1842 | Mai 27   | Künstliche Mineralwasser- und Badeanstalt zu Cöln   |
| 44. |      | Juni 20  | Pannesheider Bergwerks-Verein, Pannesheide  |
| 45. | 1843 | Juli 4   | Feuer-Versicherungs-Anstalt Borussia, Berlin (bis 1849 zu Königsberg)                                     |
| 46. |      | Nov. 13  | Rückversicherungs-Verein der Niederrheinischen Güter-Assecuranz-Gesellschaft, Wesel                       |
| 47. | 1844 | Mai 17   | Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft, Magdeburg   |
| 48. |      | Okt. 14  | Crefelder Seidentrocknungsgesellschaft, Krefeld   |
| 49. |      | Okt. 14  | Elberfeld-Barmener Seidentrocknungsgesellschaft, Elberfeld  |
| 50. |      | Nov. 15  | Rauenscher Bergwerks-Verein, Berlin   |

- |          |          |   |
|----------|----------|---|
| 51.      | Nov. 15  | Stettin-Swinemünder Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Stettin                                      |
| 52.      | Dez. 27  | Stromversicherungs-Verein zu Danzig   |
| 53.      | — —      | Berlinische Renten- und Kapital-Versicherungsbank   |
| 54. 1845 | Jan. 24  | Agrippina, See-, Fluß- und Landtransport-Versicherungs-Gesellschaft, Köln                       |
| 55.      | März 7   | Berliner Land- und Wassertransport-Versicherungs-Gesellschaft, Berlin                           |
| 56.      | März 7   | Düsseldorfer Allgemeine Versicherungsgesellschaft für See-, Fluß- und Landtransport, Düsseldorf |
| 57.      | Mai 3    | Stettiner Stromversicherungs-Gesellschaft, Stettin  |
| 58.      | Mai 7    | Aktienverein des zoologischen Gartens bei Berlin  |
| 59.      | Juli 6   | Ruhrorter Dampfschleppschiffahrts-Gesellschaft, Ruhrort   |
| 60.      | Okt. 31  | Preußische National-Versicherungs-Gesellschaft, Stettin   |
| 61.      | Dez. 31  | Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg, Aachen                   |
| 62. 1846 | Jan. 3   | Barmer Gaserleuchtungs-Aktiengesellschaft, Barmen   |
| 63.      | Febr. 13 | Gasbeleuchtungsgesellschaft zu Lennep   |
| 64.      | Febr. 27 | Neue Stettiner Zuckersiederei, Stettin  |
| 65.      | April 8  | Cölnische Rückversicherungs-Gesellschaft, Köln  |
| 66.      | Mai 22   | Niederrheinische Dampfschleppschiffahrts-Gesellschaft, Düsseldorf                               |
| 67.      | Juli 5   | Bade-Verein zu Kolberg  |
| 68. 1847 | April 9  | Bonner Theater-Verein, Bonn   |
| 69. 1848 | Jan. 24  | Rheinisch-Westphälische Versicherungsgesellschaft für Rindvieh und Pferde, Köln                 |
| 70.      | Febr. 20 | Vereins-Zuckersiederei, Stettin   |
| 71.      | Juni 10  | Schlesische Feuerversicherungs-Gesellschaft, Breslau  |
| 72.      | Aug. 28  | Abr. Schaaffhausenscher Bankverein, Köln  |
| 73.      | Sept. 1  | Eschweiler Gesellschaft für Bergbau und Hütten, Eschweiler                                      |
| 74.      | Sept. 21 | Hallische Zuckersiederei-Kompagnie, Halle a. S.   |
| 75.      | Sept. 21 | Englisch-Belgische Gesellschaft der Rheinischen Bergwerke, Düsseldorf                           |
| 76.      | Okt. 28  | Berliner gemeinnützige Baugesellschaft, Berlin  |
| 77. 1849 | Juni 22  | Kreditverein für Handwerker, Wesel  |
| 78.      | Okt. 22  | Cölner Bergwerksverein, Köln  |
| 79.      | Okt. 22  | Matthias Stinnes'sche Handlungs-Aktien-Gesellschaft zu Mülheim an der Ruhr                      |
| 80.      | Nov. 5   | Gasbeleuchtungs-Aktiengesellschaft zu Breslau   |
| 81. 1850 | April 15 | Bank des Berliner Kassenvereins, Berlin   |
| 82.      | April 29 | Vereinigte Hamburg-Magdeburger-Dampfschiffahrts-Kompagnie, Magdeburg                            |
| 83.      | Nov. 18  | Bergbau-Gesellschaft Concordia, Oberhausen  |
| 84.      | Dez. 23  | Rüben-Zucker-Fabrik zu Groß-Mochbern, Breslau   |
| 85. 1851 | Jan. 8   | Verein zur Erbauung von Familien-Wohnungen in Halle a. S.                                       |
| 86.      | Mai 30   | Allianz, anonyme Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb bei Stolberg, Köln                  |

- |      |              |   |
|------|--------------|---|
| 87.  | Mai 30       | Gesellschaft der Dillinger Hüttenwerke, Dillingen                             |
| 88.  | Okt. 23      | Hüttenwerk Eintracht, Hochdahl  |
| 89.  | Nov. 28      | Aktienverein der Wilhelmshütte und Papierfabrik zu Eulau                      |
| 90.  | 1852 Jan. 7  | Deutsche Kolonisations-Gesellschaft für Central-Amerika, Berlin               |
| 91.  | Febr. 13     | Rheinisch-Westphälischer Bergwerksverein, Arnsberg                            |
| 92.  | Febr. 16     | Hörder Bergwerks- und Hüttenverein, Hörde                                     |
| 93.  | Febr. 23     | Aktien-Draht-Fabrik-Kompagnie, Eschweiler                                     |
| 94.  | März 10      | Belgisch-Rheinische Gesellschaft der Kohlenbergwerke an der Ruhr, Düsseldorf  |
| 95.  | Juli 21      | Herforder Verein für Linnen aus reinem Handgespinst, Herford                  |
| 96.  | Nov. 10      | Phönix, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, Eschweiler-Au       |
| 97.  | 1853 Jan. 22 | Aktiengesellschaft der Aachener Spiegel-Manufaktur, Aachen                    |
| 98.  | März 16      | Stettiner gemeinnützige Baugesellschaft, Stettin                              |
| 99.  | Mai 16       | Concordia, Eschweiler Verein für Bergbau und Hüttenbetrieb, Eschweiler        |
| 100. | Mai 28       | Aachener Rückversicherungs-Gesellschaft, Aachen                               |
| 101. | Juni 6       | Neue Mosel-Dampfschiffahrtsgesellschaft zu Trier                              |
| 102. | Juni 6       | Mülheimer Dampfschleppschiffahrts-Gesellschaft, Mülheim a. d. Ruhr            |
| 103. | Juni 13      | Landesproduktenfabrik zu Loburg, Magdeburg                                    |
| 104. | Juni 13      | Gesellschaft für Rheinischen Bergwerks- und Kupferhütten-Betrieb, Köln        |
| 105. | Juli 6       | Cölnische Baumwoll-Spinnerei und Weberei, Köln                                |
| 106. | Juli 6       | Braunkohlen-Verein zu Berlin  |
| 107. | Aug. 9       | Bergbau-Gesellschaft Vereinigte Westphalia, Dortmund                          |
| 108. | Aug. 22      | Weser-Dampfschleppschiffahrts-Gesellschaft, Minden                            |
| 109. | Sept. 6      | Bergwerks-Verein Friedrichs-Wilhelmshütte zu Mülheim a. d. Ruhr               |
| 110. | Sept. 19     | Eisenbahn- und Allgemeine Rückversicherungsgesellschaft Thuringia, Erfurt     |
| 111. | Sept. 26     | Allgemeine Eisenbahnversicherungs-Gesellschaft, Berlin                        |
| 112. | Sept. 27     | Concordia, Cölnische Lebensversicherungs-Gesellschaft, Köln                   |
| 113. | Sept. 28     | Schlesische Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenfabrikation, Breslau |
| 114. | Okt. 31      | Gladbacher Spinnerei und Weberei, Gladbach                                    |
| 115. | Nov. 7       | Magdeburger Gas-Gesellschaft, Magdeburg                                       |
| 116. | Nov. 7       | Bonner Bergwerks- und Hüttenverein, Bonn                                      |
| 117. | Nov. 7       | Cölnische Hagelversicherungs-Gesellschaft, Köln                               |
| 118. | Nov. 21      | Lüdenscheider Baugesellschaft, Lüdenscheid                                    |
| 119. | Dez. 5       | Maßener Gesellschaft für Kohlenbergbau, Dortmund                              |
| 120. | 1854 Jan. 16 | Düsseldorfer Spinnerei- und Weberei-Aktiengesellschaft, Düsseldorf            |

- |      |               |   |
|------|---------------|---|
| 121. | April 5       | Mülheimer Aktiengesellschaft für Gaserleuchtung, Mülheim am Rhein                 |
| 122. | April 10      | Flachsbereitungsanstalt zu Hirschberg   |
| 123. | April 24      | Magdeburger Hagelversicherungs-Gesellschaft, Magdeburg                            |
| 124. | Juni 1        | Gesellschaft für öffentliche Wasch- und Bade-Anstalten zu Berlin                  |
| 125. | Juni 23       | Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation, Bochum                       |
| 126. | Aug. 4        | Märkisch-Westphälischer Bergwerksverein, Iserlohn                                 |
| 127. | Nov. 13       | Aktiengesellschaft für Marmorindustrie, Neanderthal im Kreis Elberfeld            |
| 128. | 1855 Febr. 14 | Stettiner Dampfschiff-Verein  |
| 129. | Febr. 19      | Ravensberger Spinnerei, Bielefeld   |
| 130. | Febr. 26      | Magdeburger Viehversicherungs-Gesellschaft, Magdeburg                             |
| 131. | Febr. 26      | Hagelschädenversicherungs-Gesellschaft „Ceres“, Magdeburg                         |
| 132. | April 2       | Vorwärts-Gesellschaft für Flachs-Spinnerei und Weberei in Bielefeld               |
| 133. | Juni 11       | Neue Transport-Versicherungsgesellschaft Fortuna zu Berlin                        |
| 134. | Juni 25       | Pomerania, See- und Fluß-Versicherungsgesellschaft in Stettin                     |
| 135. | Juli 19       | Stettiner Portland-Cement-Fabrik, Stettin   |
| 136. | Sept. 12      | Chemische Fabrik Rhenania, Aachen   |
| 137. | Okt. 22       | Minerva, Schlesische Hütten-, Forst- und Bergbau-Gesellschaft, Breslau            |
| 138. | Dez. 3        | Kreditverein für Handwerker in Magdeburg  |
| 139. | Dez. 10       | Cölnische Privatbank, Köln  |
| 140. | Dez. 19       | Magdeburger Lebensversicherungs-Gesellschaft, Magdeburg                           |
| 141. | Dez. 31       | Sächsisch-Thüringische Aktiengesellschaft für Braunkohlenverwerthung, Halle a. S. |
| 142. | 1856 Jan. 14  | Bergbaugesellschaft Holland, Wattenscheid   |
| 143. | Febr. 4       | Neue Dampfer-Kompagnie, Stettin   |
| 144. | Febr. 4       | Bergbaugesellschaft Neu-Essen, Essen  |
| 145. | Febr. 4       | Danziger Rhederei-Aktiengesellschaft  |
| 146. | März 10       | Bergischer Gruben- und Hütten-Verein, Düsseldorf                                  |
| 147. | März 17       | Tarnowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb, Tarnowitz      |
| 148. | März 26       | Dortmunder Bergbau- und Hütten-Gesellschaft, Dortmund                             |
| 149. | April 14      | Schlesische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft Vulkan, Beuthen              |
| 150. | April 30      | Cölnische Maschinenbau-Aktiengesellschaft, Köln                                   |
| 151. | Mai 7         | Berliner Brodfabrik-Aktiengesellschaft, Berlin                                    |
| 152. | Mai 7         | Bergbau-Aktiengesellschaft Tremonia, Dortmund                                     |
| 153. | Mai 12        | Bergbau-Aktiengesellschaft Neu-Duisburg, Duisburg                                 |



- |           |          |   |
|-----------|----------|---|
| 154.      | Mai 17   | Vulkan, Aktiengesellschaft für Hüttenbetrieb und Bergbau, Duisburg                        |
| 155.      | Juni 9   | Magdeburger Bergwerks-Aktiengesellschaft, Magdeburg                                       |
| 156.      | Juni 11  | Rheinische Bergbau- und Hüttenwesen-Aktiengesellschaft, Duisburg                          |
| 157.      | Juni 16  | Ruhrorter Bergwerks-Aktienverein, Ruhrort   |
| 158.      | Juni 30  | Magdeburger Privatbank, Magdeburg   |
| 159.      | Juli 15  | Vaterländische Hagel-Versicherungsgesellschaft zu Elberfeld                               |
| 160.      | Aug. 9   | Sieg-Rheinischer Bergwerks- und Hütten-Aktienverein, Köln                                 |
| 161.      | Aug. 18  | Magdeburger Aktiengesellschaft für Mineralöl und Paraffinfabrikation, Magdeburg           |
| 162.      | Aug. 28  | Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnbedarf, Berlin                            |
| 163.      | Sept. 7  | Cöln-Müsener Bergwerks-Aktienverein, Köln   |
| 164.      | Okt. 13  | Bergbau-Aktiengesellschaft Glückauf, Mülheim a. d. Ruhr                                   |
| 165.      | Okt. 13  | Königsberger Privatbank, Königsberg i. Pr.  |
| 166.      | Okt. 13  | Broicher Bergwerks-Aktienverein, Mülheim a. d. Ruhr                                       |
| 167.      | Okt. 31  | Aktien-Baugesellschaft Alexandra-Stiftung, Berlin   |
| 168.      | Dez. 16  | Louisenthaler Aktiengesellschaft für Druckerei, Weberei und Spinnerei, Mülheim a. d. Ruhr |
| 169.      | Dez. 16  | Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft, Dortmund   |
| 170.      | Dez. 16  | Union, Aktiengesellschaft für See- und Fluß-Versicherungen in Stettin                     |
| 171.      | Dez. 22  | Deutsch-Holländischer Aktienverein für Hüttenbetrieb und Bergbau, Duisburg                |
| 172.      | Dez. 29  | Neu-Schottland, Berg- und Hütten-Aktienverein zu Dortmund                                 |
| 173. 1857 | Jan. 21  | Stettiner Dampfmühlen-Aktiengesellschaft, Stettin   |
| 174.      | Jan. 26  | Germania, Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft zu Stettin                               |
| 175.      | Febr. 9  | Arenbergsche Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, Essen                      |
| 176.      | Febr. 9  | Aktiengesellschaft Paulinenhütte, Dortmund  |
| 177.      | Febr. 16 | Bergbau-Aktiengesellschaft Medio-Rhein, Duisburg  |
| 178.      | Febr. 23 | Aktiengesellschaft für Seidenzwirnerei zu Crefeld   |
| 179.      | März 2   | Dortmunder Privat-Aktienbank, Dortmund  |
| 180.      | März 9   | Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft Vulcan, Stettin                                 |
| 181.      | März 16  | Allgemeine Gas-Aktiengesellschaft zu Magdeburg  |
| 182.      | März 16  | Danziger Privat-Aktienbank, Danzig  |
| 183.      | März 16  | Provinzial-Aktienbank des Großherzogtums Posen, Posen                                     |
| 184.      | April 8  | Aktiengesellschaft der chemischen Produktenfabrik Pommernsdorf, Stettin                   |
| 185.      | April 8  | Bergwerks-Aktiengesellschaft Carolina, Essen  |
| 186.      | April 20 | Bergwerks-Aktienverein der Mittel-Ruhr, Mülheim a. d. Ruhr                                |

187. April 20 Dürener Aktiengesellschaft für Gasbeleuchtung, Düren
188. April 27 Bergbau-Aktiengesellschaft Borussia, Dortmund
189. Mai 11 Pluto, Bergbau-Aktiengesellschaft, Essen
190. Mai 13 Eisenhütten-Aktiengesellschaft Blücher, Dortmund
191. Mai 18 Aktiengesellschaft der Magdeburger Bade- und Wasch-Anstalt, Magdeburg
192. Mai 25 Aktiengesellschaft für Eisenindustrie zu Styrum
193. Juni 19 Bergbau-Aktiengesellschaft Mark, Dortmund
194. Juni 22 Gladbacher Aktiengesellschaft für Druckerei und Appretur, Gladbach
195. Juli 20 Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb Porta Westphalica, Porta bei Minden
196. Juli 20 Werschen-Weißenfeler Braunkohlen-Aktiengesellschaft, Weißenfels
197. Juli 20 Hagener Privat-Aktienbank, Hagen
198. Juli 22 Saturn, Rheinischer Bergwerks-Aktienverein, Köln
199. Aug. 10 Aplerbecker Aktienverein für Bergbau, Dortmund
200. Aug. 15 Orontowitzter Aktiengesellschaft für Kohlen- und Eisenproduktion, Berlin
201. Aug. 31 Dampfmühlen-Aktiengesellschaft zu Witten
202. Sept. 28 Dortmunder Aktiengesellschaft für Gasbeleuchtung, Dortmund
203. Sept. 28 Steinkohlen-Bergbau-Aktiengesellschaft Zollern, Dortmund
204. 1858 März 15 Iserlohner Gas-Aktiengesellschaft, Iserlohn
205. März 22 Stargarder Gasbeleuchtungs-Aktiengesellschaft, Stargard
206. März 22 Gühlitz-Vahrnower Braunkohlen-Aktiengesellschaft, Berlin
207. März 22 Bergbau-Aktiengesellschaft Wilhelmine Victoria, Essen
208. April 6 Prausker Bergwerks-Aktienverein, Görlitz
209. April 6 Prinz Leopold, Aktiengesellschaft für Hüttenbetrieb, Puddlings- und Walzwerk, Hurl
210. April 6 Hennebergia, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, Suhl
211. Mai 31 Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb bei Nicolai, Breslau
212. Mai 31 Hütten-Aktiengesellschaft Leopold, Dortmund
213. Juni 30 Aktiengesellschaft Helios zur Gewinnung von Mineralöl, Paraffin etc., Dortmund
214. Juli 5 Wittener Gas-Aktiengesellschaft, Witten
215. Juli 5 Bergbau-Aktiengesellschaft Gelria, Altendorf
216. Juli 9 Aktienfabrik landwirthschaftlicher Maschinen und Ackergeräthe zu Regenwalde
217. Dez. 6 Essener Gas-Aktiengesellschaft, Essen
218. 1859 Jan. 17 Aktiengesellschaft Thubalkain für Bergbau und Hüttenbetrieb zu Adenau
219. Febr. 28 Magdeburger Wasser-Assekuranz-Aktiengesellschaft, Magdeburg
220. Mai 9 Steinkohlenbergbau-Aktiengesellschaft Vollmond, Bochum

221.	Juli 11	Letmather Brücken-Aktiengesellschaft, Letmathe
222.	Juli 25	Aktiengesellschaft der Posener Guanofabrik, Jerzyce
223.	Sept. 26	Neue Aktien-Zuckerraffinerie, Halle a. S.
224.	Okt. 27	Bergbau-Aktiengesellschaft Weichselthal, Bromberg
225. 1860	Jan. 23	Zoologischer Garten in Cöln, Köln
226.	Aug. 17	Aktiengesellschaft für Gasbeleuchtung in Hamm
227.	Aug. 30	Aktiengesellschaft zur Gründung des Bades Neuenahr im Ahrthale, Bad Neuenahr
228.	Okt. 18	Deutsche Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin
229.	Okt. 19	Bergbau- und Hütten-Aktienverein Lenne-Ruhr, Meggen
230. 1861	Febr. 11	Bergbau- und Hütten-Aktiengesellschaft zu Stolberg am Harz
231.	März 18	Mechernicher Bergwerks-Aktienverein, Mechernich
232.	Juni 22	Bergbau-Aktiengesellschaft Hellweg, Unna
233.	Aug. 2	Aachener Aktiengesellschaft für Gasbeleuchtung, Aachen
234.	Aug. 21	Hagener gemeinnützige Baugesellschaft, Hagen
235.	Aug. 30	Aktiengesellschaft zum Betriebe der Wasserheil-Anstalt Marienberg zu Boppard am Rhein
236.	Dez. 16	Gladbacher Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft, Gladbach
237.	Dez. 30	Werdener Gas-Aktiengesellschaft, Werden
238. 1862	Juni 21	Preußische Hypothekenversicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin
239.	Aug. 11	Magdeburger Rückversicherungs-Aktiengesellschaft, Magdeburg
240.	Nov. 17	Halberstädter Gas-Aktiengesellschaft, Halberstadt
241. 1863	Febr. 23	Bielefelder Aktiengesellschaft für mechanische Weberei, Bielefeld
242.	April 13	Aktiengesellschaft Flora, Köln
243.	Juli 7	Weseler Aktiengesellschaft für Gasbeleuchtung, Wesel
244.	Okt. 21	Colberger Soolbade-Aktienverein
245.	Nov. 30	Aachen-Höngener Bergwerks-Aktiengesellschaft, Aachen
246. 1864	Febr. 8	Rheinischer Aktienverein für Zuckerfabrikation, Köln
247.	März 21	Aktiengesellschaft Charlottenhütte, Niederschelden
248.	Mai 2	Erste preußische Hypotheken-Aktien-Gesellschaft, Berlin
249.	Mai 18	Preußische Hypotheken-Aktienbank, Berlin
250.	Juni 8	Hirudinea, Aktiengesellschaft für Blutegelzucht in Deutschland, Berlin
251.	Juni 11	Berliner Immobilien-Aktiengesellschaft, Berlin
252.	Juli 4	Königsberger gemeinnützige Aktien-Baugesellschaft, Königsberg i. Pr.
253.	Juli 4	Görlitzer gemeinnützige Aktien-Baugesellschaft, Görlitz
254.	Juli 4	Bonner gemeinnützige Aktien-Baugesellschaft, Bonn
255.	Juli 6	Preußische Hagelversicherungs-Aktiengesellschaft zu Berlin
256.	Juli 29	Breslauer Börsen-Aktienverein, Breslau
257.	Sept. 7	Rheinische Beleuchtungs-Aktiengesellschaft in Bonn
258.	Sept. 26	Bochumer Bergwerks-Aktiengesellschaft, Bochum
259.	Nov. 21	Aktiengesellschaft Breslauer zoologischer Garten, Breslau

260. Dez. 12 Berliner Kammgarn-Spinnerei-Aktiengesellschaft, Berlin
261. Dez. 28 Aachener Hütten-Aktienverein, Rothe Erde
262. 1865 Jan. 2 Deutsche Glasversicherungs-Aktiengesellschaft, Münster
263. Jan. 30 Viersener Aktiengesellschaft für Spinnerei und Weberei, Viersen
264. Febr. 13 Stettiner Dampf-Schleppschiffahrts-Aktiengesellschaft, Stettin
265. Mai 13 Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft für Deutschland „Adler“ zu Berlin
266. Mai 31 Essener gemeinnützige Aktiengesellschaft, Essen
267. Juni 20 Bendorfer Gas-Aktiengesellschaft, Bendorf
268. Juli 18 Warendorfer Gas-Aktiengesellschaft, Warendorf
269. Juli 26 Preußische Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin
270. Juli 31 Elberfelder gemeinnützige Aktien-Baugesellschaft, Elberfeld
271. Okt. 24 Aktiengesellschaft für Gasbeleuchtung zu Soest
272. 1866 März 5 Eupener gemeinnützige Aktien-Baugesellschaft, Eupen
273. März 12 Preußische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, Düsseldorf
274. März 26 Friedrich Wilhelm, Preußische Lebens- und Garantie-Versicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin
275. Mai 5 Preußische Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin
276. Okt. 1 Pommersche Hypotheken-Aktienbank, Köslin
277. Nov. 5 Westdeutsche Versicherungs-Aktienbank, Essen
278. 1867 Jan. 14 Essener Maschinenbau-Aktiengesellschaft, Essen
279. Jan. 30 Nordstern, Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin
280. März 25 Sieg-Fischerei-Aktiengesellschaft zu Wissen an der Sieg
281. April 24 Aktiengesellschaft Rolandshütte bei Siegen, Haardt
282. Mai 13 Danziger Sparkassen-Aktienverein, Danzig
283. Juni 1 Rheinisch-Westfälischer Lloyd, Transportversicherungs-Aktiengesellschaft, M. Gladbach
284. Juni 24 Schieferbau-Aktiengesellschaft Nuttlar, Nuttlar
285. Aug. 5 Aktiengesellschaft für Dampfschleiferei zu Ohligs

# DEUTSCHE MONOPOLE RAUBTEN POLNISCHES ERDÖL

VON HANS RADANDT

Dem Überfall der faschistischen Wehrmacht auf Polen im Jahre 1939 lagen konkrete ökonomische Ziele der deutschen Monopole zugrunde. Das soll hier anhand eines Beispiels des polnischen Erdöls gezeigt werden.

Die Absichten der Deutschen Erdöl AG verkündete deren Aufsichtsratsvorsitzender und Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Karl Kimmich, auf der Hauptversammlung vom 28. 6. 1939. In seinen handschriftlichen Notizen für den Vortrag zur Hauptversammlung lesen wir unter anderem:

„. . . Große Perspektiven durch Öffnung der Tür nach dem Osten. Heran an die natürlichen Vorkommen . . .“<sup>1)</sup>

Zwischen den beiden Weltkriegen forcierte das deutsche Finanzkapital die revanchistische Politik zur ideologischen Vorbereitung der geplanten Rückeroberung seiner im ersten Weltkrieg eingebüßten ökonomischen und politischen Machtpositionen. Der deutsche Imperialismus wollte sich Polens bemächtigen, um eine Aufmarschbasis für den beabsichtigten Krieg gegen die Sowjetunion und gleichzeitig ein Arbeitskräfte- und Rohstoffreservoir für die deutschen Monopole zu erhalten.

Inwieweit auch das polnische Industriepotential nach einem von den Faschisten erhofften „Endsieg“ im Rahmen der faschistischen Großraumpolitik zur strukturellen oder konjunkturellen Ergänzung der deutschen Wirtschaft herangezogen werden sollte, war nicht von vornherein festgelegt. Für die Zukunft Polens wurden von maßgebenden deutschen Monopolgruppen zwei Versionen vertreten. Die eine forderte völlige Zerstörung der Industrie bis auf die wichtigsten Rohstoffbetriebe, welche in die Hände der deutschen Monopole übergehen sollten. So erklärte z. B. der faschistische Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete, Frank, am 19. Januar 1940 folgendes: „Am 15. September 1939 erhielt ich den Auftrag, die Verwaltung der eroberten Ost-

<sup>1)</sup> Akten der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Generalsekretariat Dr. *Kimmich*, Deutsche Erdöl AG, Berichte und Bilanzen, 24. 2. 1938 bis 20. 9. 1939.

gebiete aufzunehmen, mit dem Sonderbefehl, diesen Bereich als Kriegsgebiet und Beuteland rücksichtslos auszupowern, es in seiner wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Struktur sozusagen zu einem Trümmerhaufen zu machen.“<sup>2)</sup>

Die Zerstörungsabsichten der ersten Version fanden ihre volle Verwirklichung bei dem von der Sowjetarmee erzwungenen Rückzug der faschistischen Truppen.

Die zweite Version beinhaltete die Eingliederung der gesamten Großindustrie und ihrer Zulieferbetriebe in die deutschen Konzerne und die Erhaltung eines Teils der mittleren und kleinen Betriebe, die für die Konzerne die Marktschwankungen auffangen sollten.

Angesichts der weitreichenden Kriegspläne des deutschen Imperialismus setzte sich der Kerngedanke der zweiten Konzeption durch, soweit die polnischen Betriebe von rüstungs- und bzw. kriegswichtiger Bedeutung waren.

Wie wenig endgültig aber der beschrittene Weg in Richtung der zweiten Konzeption war, zeigt sich daran, daß nur ein Teil der polnischen Betriebe den deutschen Konzernen direkt eingegliedert wurde, während der größte Teil von staatlichen Dienststellen beschlagnahmt und von deutschen Konzernen treuhänderisch geführt wurde.

Die Einrichtung staatlicher Treuhandstellen und die Gründung staatlicher Dachgesellschaften für die Lösung bestimmter Aufgaben war eine Hinausschiebung der faschistischen „Endlösung“ der wirtschaftlichen Zukunft Polens. Hinzu kam, daß sich für die Verfolgung der speziellen Interessen der deutschen Monopole die hohe ausländische, besonders amerikanische, britische und französische Kapitalbeteiligung an polnischen Gesellschaften hemmend bemerkbar machte. Ein nach kapitalistischem Recht international anerkannter Übergang dieser Unternehmungen in das Eigentum deutscher Monopole wäre daher nicht ohne weiteres möglich gewesen.

Gleichzeitig aber bot die Einschaltung der Treuhandstellen und der mit staatlichen Rechten ausgestatteten und formell staatlichen Behörden unterstellten Dachgesellschaften, in deren leitenden Gremien die deutschen Monopole dominierend vertreten waren, die Möglichkeit, „Staatsgelder“ für erforderliche Investitionen zu benutzen. Die hierzu erforderlichen Mittel wurden wiederum durch die Organe des faschistischen Generalgouverneurs Frank dem polnischen Volk abgepreßt.

Ein typisches Beispiel, wie sich die Konzerne eines Industriezweiges gemeinsam aller faschistischen staatlichen Einrichtungen bedienen, um ihre Ausbeutungs- und Raubpolitik im sogenannten Generalgouvernement durchzusetzen, bietet die hochmonopolisierte deutsche Erdölindustrie.

<sup>2)</sup> Zitiert in: Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf! Die Reden des sowjetischen Hauptanklägers Generalleutnant R. A. Rudenko im Nürnberger Prozeß der deutschen Hauptkriegsverbrecher, Berlin 1946.

Sowohl die noch während der Kampfhandlungen einsetzende Erkundung der polnischen Erdölgesellschaften als auch die Leitung der später gegründeten Dachgesellschaften lagen in der Hand der bedeutendsten deutschen Erdölkonzerne, die sich zur Durchführung ihrer Absichten aller einschlägigen staatlichen und militärischen Dienststellen bedienten.

In einem Konspekt, das sich bei den Akten des „Sonderbevollmächtigten für die Erdölwirtschaft im Generalgouvernement“ befindet, lesen wir unter der Überschrift „Einleitung“: „Im Zuge der militärischen Besitzergreifung der in Westgalizien gelegenen Anlagen und Einrichtungen der Erdölwirtschaft als Folge des deutsch-polnischen Krieges erfolgte im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Erdölwirtschaft eine Zusammenfassung der unter der polnischen Regierung bestehenden Organisationen und Einrichtungen der Erdölwirtschaft in einer Hand.

Auf Veranlassung des OKW – Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt – wurde, unmittelbar den kämpfenden Truppen folgend, eine aus deutschen Fachleuten zusammengesetzte Erdölkommission eingesetzt.

Von dieser Erdölkommission wurden noch vor Gründung des Generalgouvernements die bis zum Ausbruch des Krieges bestehenden Organisationen:

auf dem Gebiete der Erdölgewinnung: 472 verschiedene Eigentümer

auf dem Gebiete der Erdölverarbeitung: 12 Raffinerien mit 11 verschiedenen juristischen Personen als Vorbesitzer

auf dem Gebiete der Mineralölverteilung: 8 Gesellschaften, die sich ausschließlich mit der Verteilung von Mineralöl befaßten,  
138 Unternehmen, die neben anderen Geschäftszweigen die Verteilung von Mineralöl betrieben

zusammengefaßt.“<sup>3)</sup>

Der Leiter der erwähnten Erdölkommission war Rittmeister Dr. Erich Will, Mitglied des Grubenvorstandes der Gewerkschaft Elwerath, deren 1000 Kuxe in den Händen von Theo Seifer (563), der Wintershall AG (312) und der Preußischen Bergwerks- und Hütten AG lagen.

„Mit der Errichtung des Generalgouvernements am 26. Oktober 1939 wurde von Rittmeister Dr. Will, der zuletzt die Erdölkommission führte, die Überleitung auf die Zivilverwaltung durchgeführt. Im Rahmen der Überleitung der Militärgewalt auf die Zivildienststellen wurde nach Gründung der Haupttreuhandstelle Ost (H.T.O.) Berlin, gemäß Verordnung des Oberbefehlshabers Ost vom 29. September 1939 (Verordnungsblatt für die besetzten Gebiete in Polen Nr. 7/39) mit Wirkung vom 30. Oktober 1939 ein kommissarischer Verwalter für die Erdölindustrie in den besetzten ehemals polnischen Gebieten ernannt. Zum kommissarischen Verwalter wurde der Aufsichtsratsvorsitzende der

<sup>3)</sup> Deutsches Zentralarchiv (DZA) Potsdam, Akten des Sonderbevollmächtigten für die Erdölwirtschaft im Genrealgouvernement, Nr. 5.

Wintershall AG, Herr Rechtsanwalt Heinrich Schmidt, Hannover, zu seinem Stellvertreter in Berlin, als Vertreter zu den Reichsministerien Herr Rechtsanwalt Dr. Lindenberg von der Braunkohle-Benzin AG, Berlin, sowie Herr Rittmeister Dr. Will als Vertreter des kommissarischen Verwalters in dem am 26. 10. 1939 errichteten Generalgouvernement mit Sitz in Krakau ernannt.“<sup>4)</sup>

Wir sehen also, daß die Vertreter von zwei der größten deutschen Erdölmonopole, Heinrich Schmidt und Erich Will, entscheidende Stellungen in der Erdölwirtschaft des Generalgouvernements einnahmen. Bezeichnend ist, daß in dem bereits genannten Konspekt, das einer von beiden angefertigt haben muß bzw. hat anfertigen lassen, betont wird, daß Heinrich Lindenberg von der Braunkohle-Benzin AG zum Stellvertreter von Heinrich Schmidt gemacht wurde, damit dieser vorzüglich die Verbindung zu den Reichsministerien halte. Dabei ist es wichtig zu wissen, daß die Braunkohle-Benzin AG eine Pflichtgemeinschaft der deutschen Braunkohlenwirtschaft war, zu deren Gründern so namhafte Konzerne wie IG Farben Industrie AG, Ilse Bergbau AG, Deutsche Erdöl AG, Mitteldeutsche Stahlwerke AG (Flick-Konzern) gehörten. Die Erdölgesellschaften im Generalgouvernement wurden von den Konzernvertretern zunächst getrennt nach Gewinnungs- und Verarbeitungsbetrieben in je einer Gesellschaft zusammengefaßt. In einem hektographierten Schreiben, das vom Generaldirektor der Deutschen Erdöl AG, Karl Schirner, unter dem 8. 7. 1942 gezeichnet ist, heißt es u. a.:

„Nach dem Polenfeldzug haben die bedeutendsten Gesellschaften der Deutschen Erdölindustrie die Gemeinschaftsaufgabe übernommen, treuhänderisch die Erdölgewinnungs- und -verarbeitungsbetriebe in Westgalizien wieder in Gang zu bringen. Sie gründeten zu diesem Zweck die Beskiden Erdöl-Gewinnungsgesellschaft mbH. und die Beskiden Erdöl-Verarbeitungsgesellschaft mbH. mit den Verwaltungssitzen in Jaslo bzw. Libusza. Im Arbeitsausschuß dieser Gesellschaften übernahm Herr Grosse von Anfang an eine wichtige Rolle.“<sup>5)</sup>

Der Bergwerksdirektor Karl Grosse war stellvertretendes Mitglied des Vorstandes der Deutschen Petroleum AG, die zum Konzern der Deutschen Erdöl AG gehörte, welche wiederum von der Deutschen Bank beherrscht wurde. Karl Grosse hatte die Interessen seines Konzerns bereits zu dessen Zufriedenheit als Leiter der Fachgruppe Erdölgewinnung vertreten. Durch ihn gewann die Deutsche Erdöl AG, die während des zweiten Weltkrieges zum größten deutschen Erdölproduzenten wurde, ebenfalls Einfluß auf die Ausbeutung der galizischen Ölvorkommen.

Die zeitweilig gemeinsamen Interessen der deutschen Erdölkonzerne am Raub des galizischen Öls kamen in ihrer gemeinsamen Beteiligung an den beiden Beskiden Erdöl-Gesellschaften zum Ausdruck. Jede dieser Gesellschaften ver-

<sup>4)</sup> Ebenda.

<sup>5)</sup> Akten der Deutschen Bank, Generalsekretariat Bechtolf, Deutsche Erdöl AG, Allgemeines.



fügte über ein Stammkapital von 250000 Zł, an denen die deutschen Konzerne wie folgt beteiligt waren:

Beskiden Erdölgewinnungsgesellschaft mbH.

50000 Zł Deutsche Petroleum AG, Berlin

50000 Zł Preußische Bergwerks- und Hütten AG (Preußag)  
Berlin

50000 Zł Wintershall AG, Kassel

50000 Zł Gewerkschaft Elwerath, Hannover

50000 Zł Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten  
„Hermann Göring“, Berlin

Beskiden Erdölverarbeitungsgesellschaft mbH.

50000 Zł Deutsche Petroleum AG, Berlin

50000 Zł Wintershall AG, Kassel

100000 Zł Gewerkschaft Neue Erdöl-Raffinerie, Hannover

50000 Zł Deutsche Gasolin AG, Berlin (Hauptaktionär:  
IG Farbenindustrie AG)

Wenn wir berücksichtigen, daß von der Gewerkschaft Neue Erdöl-Raffinerie, Hannover, je 50% der Kuxe der Gewerkschaft Elwerath und der Preußischen Bergwerks- und Hütten AG gehörten, dann können wir zunächst sagen, daß von dem gesamten Kapital von 500000 Zł der beiden Beskiden Erdölgesellschaften 350000 Zł direkt von privaten Erdölgesellschaften beherrscht wurden. Darüber hinaus beeinflußten selbstverständlich das deutsche Finanzkapital und die deutschen Erdölmonopole über ihre Vertreter im Staatsapparat sowie über ihre Vertreter in den Aufsichtsräten auch die beiden staatlich geleiteten Konzerne „Preußag“ und „Hermann Göring“.

Am 27. 3. 1941 wurde als Gemeinschaftsgründung der deutschen erdölproduzierenden und kohlehydrierenden Konzerne die Kontinentale Oel AG ins Leben gerufen. Einem Bericht der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 30. 3. 1941 entnehmen wir folgende Zeilen: „Die Gesellschaft hat die Aufgabe, *die Interessen der deutschen Erdöl-Industrie vor allem im Ausland zu vertreten.* Der Erwerb von Beteiligungen an ausländischen Gesellschaften steht bevor . . . Die Liste der Aufsichtsratsmitglieder, soweit sie nicht aus den Kreisen der Behörden usw. stammen, läßt erkennen, welche großen deutschen Unternehmen es sind, die die Namensaktien und die Verantwortung für die Gründung übernehmen. Wir nennen sie in der Reihenfolge, wie die . . . AR-Liste (Aufsichtsratsliste — H. R.) sie wiedergibt: Deutsche Erdöl AG (Schirner), Preußag (Wisselmann), Elwerath (Brochhaus), Wintershall (Rosterg), IG Farben Industrie (Bütefisch), Braunkohle-Benzin AG (Kranefuß), Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft (Kauert) und Reichswerke Hermann Göring (Damm). Daneben sitzen vier von den Großbanken im AR., ferner gewissermaßen als Verbindungsmänner nach Holland der Minister. Fischböck und Herr Blessing von der Margarine-Union, schließlich der Leiter der Reichsgruppe Handel und der bekannte Erdölfachmann Bentz. Das Ganze ist ein Gremium, das die Ver-

kettung von Oel, Chemie, Kohle, Wehrwirtschaft und Politik spiegelt — jene Atmosphäre, die gewissermaßen unser ganzes Leben durchdringt . . .“

Diese letzte Bemerkung wird besonders dann verständlich, wenn wir sie in enger Verbindung mit einigen Sätzen des gleichen Artikels betrachten, welche die den staatsmonopolistischen Kapitalismus charakterisierende Beherrschung und Benutzung des Staatsapparates durch die Monopole zum Ausdruck bringt:

„In den Aufsichtsrat der Gesellschaft haben die Gründer im Hinblick auf die Notwendigkeit einer straffen Lenkung der Mineralölwirtschaft, die ganz besonders während des Krieges besteht, Vertreter der interessierten Reichsressorts gewählt. Reichsminister *Funk* hat auf die Bitte der Gründer den Vorsitz im Aufsichtsrat übernommen. Stellvertretender Vorsitzender sind die Staatssekretäre *Kepler* und *Naumann*.“

Ferner gehörten dem Aufsichtsrat der General der Infanterie *Thomas* und einige höhere Ministerialbeamte an. Die Kontinentale Oel AG war als Holding-Gesellschaft, d. h. also als Dachorganisation geschaffen worden und hatte die Aufgabe, sich an Erdölunternehmungen in den von den Faschisten okkupierten Ländern zu beteiligen.

An der im Jahre 1942 gegründeten Karpathen Öl AG, in welche die beiden Beskiden-Erdölgesellschaften übergeleitet wurden, beteiligte sich die Kontinentale Oel AG mit 50%, während die andere Hälfte des Aktienkapitals von den bereits an den Beskiden-Erdölgesellschaften beteiligten Konzernen übernommen wurde.<sup>6)</sup>

Die Leitung der Karpathen Öl AG übernahm der schon erwähnte *Karl Grosse* vom Konzern der Deutschen Erdöl AG. Generaldirektor *Schirner* von der Deutschen Erdöl AG schrieb dazu:

„Herr *Grosse* selbst hat sich entschlossen, der ehrenvollen Berufung zu folgen, die ihn an die Spitze eines der größten Erdölunternehmen im deutschen Machtbereich stellt. Im festen Vertrauen auf den Sieg unserer Waffen zweifeln wir nicht daran, daß Herrn *Grosse* in Galizien eine den Krieg überdauernde Lebensaufgabe von hoher Bedeutung erwächst, für deren erfolgreiche Lösung wir ihm von Herzen viel Glück wünschen. Wir verbinden damit den aufrichtigsten Dank für die wertvollen Dienste, die er uns in fast fünfundzwanzigjähriger Arbeit in Treue geleistet hat.“<sup>7)</sup>

*Grosse* schied aber damit nicht etwa aus den Diensten des Konzerns. Wir werden später sehen, daß die Deutsche Erdöl AG ihn weiterhin mit Aufgaben betraute, die mit dem von ihr beabsichtigten Raub des kaukasischen Erdöls zusammenhingen und die *Karl Grosse* gerade in seiner Eigenschaft als Leiter der Raubgesellschaft Karpathen Öl AG besonders gut zu lösen vermochte.

Die Deutsche Erdöl AG hatte zunächst gezögert, eine Minderheitsbeteiligung von 3,7% des Aktienkapitals an der Kontinentale Oel AG zu übernehmen. Einem Aktenvermerk des Vorstandsmitgliedes der Deutschen Bank, *Karl*

<sup>6)</sup> Ebenda.

<sup>7)</sup> Ebenda.

Ernst Sippell, vom 21. 10. 1941 über die Aufsichtsratssitzung der Deutschen Erdöl AG entnehmen wir:

„Sie (Deutsche Erdöl AG – H. R.) hat sich aber doch entschlossen . . . zumal die Kontinentale Oel Gesellschaft ihren Tätigkeitsbereich vor allem auf Rußland ausdehnen wird und dann vielleicht bereit sein wird, dort auch den bisher beteiligt gewesenen privaten Gesellschaften die Möglichkeit neuer Betätigung zu eröffnen.“<sup>8)</sup>

Ihren Tätigkeitsbereich und damit ihren Machtbereich auszudehnen, das war letztlich für die Deutsche Erdöl AG, wie für alle anderen deutschen Konzerne, das Interesse, das ihnen einen Krieg wert schien. Das kaukasische Erdöl lockte die Deutsche Erdöl AG (Dea) ganz besonders. In einem Aktenvermerk des Vorstandsmitgliedes der Deutschen Bank, Karl Ernst Sippell, Aufsichtsratsmitglied der Dea vom 5. 11. 1942 heißt es:

„. . . Erste Kräfte der Dea (Schicht, Grosse, Wolf) sind für die Erschließung der Kaukasus-Erdöl-Vorkommen eingesetzt worden . . .“<sup>9)</sup>

Im sowjetischen Kaukasus, in dem es „nur“ Volkseigentum an den Fabriken, Gruben und Bohrtürmen gab, hofften die deutschen Konzernherren, schneller zu ihren Zielen zu gelangen, als es im Generalgouvernement unter anderem auf Grund der starken ausländischen Beteiligung am Kapital der polnischen Erdölgesellschaften möglich war. Auch die Karpathen Öl AG übernahm die polnischen Betriebe nur pachtweise, weil „das Auswärtige Amt in letzter Minute Bedenken gegen die Übertragung der galizischen Erdöl-Felder auf die Gesellschaft hatte (wegen der ausländischen Interessen)“.<sup>10)</sup>

Die sowjetischen Truppen bereiteten der Verwirklichung dieser Raubabsichten der deutschen Konzerne ein jähes Ende. Sie vertrieben die Eindringlinge nicht nur aus ihrer Heimat, sondern später auch aus den polnischen Erdölgebieten.

Auch die polnische Bevölkerung stemmte sich vielerorts in aktivem und passivem Widerstand gegen die faschistischen Okkupanten. Besonders in den galizischen Ölgebieten fügten die Partisanenabteilungen Kowpaks den deutschen Raubmonopolen schwere Schläge zu. So sprengten sie z. B. in fachmännischer Weise modernste Tiefbohrgeräte in die Luft, was in Verbindung mit der passiven Resistenz der polnischen Arbeiter bedeutende Produktionsrückgänge zur Folge hatte.

Bereits in den ersten Wochen des Überfalls auf Polen hatte man in der deutschen Bank sorgfältige Überlegungen angestellt, ob die von der Deutschen Bank beherrschte Deutsche Erdöl AG bzw. deren Tochtergesellschaft, die

<sup>8)</sup> Akten der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Generalsekretariat Dr. Sippell, Deutsche Erdöl AG, Berichte und Bilanzen, Aktenvermerk vom 27. 10. 1941 über die Aufsichtsratssitzung der Deutschen Erdöl AG vom 23. 10. 1941.

<sup>9)</sup> Akten der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Generalsekretariat, Bechtolf, Deutsche Erdöl AG, Berichte und Bilanzen.

<sup>10)</sup> Ebenda.

Deutsche Petroleum AG, vielleicht irgendwelche Rechte aus ihrem Besitz in der Zeit vor 1914 geltend machen könnte. Eine Aktennotiz vom 25. 9. 1939 lautet:

„Die durch den Krieg gegebenen neuen Möglichkeiten für Petroleum-Unternehmungen in Galizien warfen auch die Frage auf, ob die früher im Besitz der Deutschen Petroleum-Gesellschaft befindlichen und unmittelbar später vorübergehend durch Fusion der Deutschen Bank gehörigen Unternehmungen Fortuna und Vulka eine gerechte Entschädigung erfahren haben, bzw. ob auf Grund unseres früheren Besitzes hier noch Rechte geltend gemacht werden können.

Wir haben dazu aus den Akten festgestellt:

Die drei Unternehmungen in Galizien: Fortuna, Vulka und Mährische Bergbau, sind seinerzeit im Jahre 1918 von der Deutschen Petroleum-Aktien-Gesellschaft auf die in der Schweiz gegründete Eos übertragen worden. Sie blieben auch im Besitz der Eos, als diese ihr Hauptaktivum, zu dessen Verteidigung sie geschaffen war, nämlich die Steaua Romana, verkauft hat. Nach der Fusion der DPAG (Deutsche Petroleum-AG – H. R.) mit der DB (Deutsche Bank – H. R.) wurde die Eos auf die neugegründete zweite DPAG übertragen und ging mit dieser zunächst auf die Rütgerswerke und später auf die Deutsche Erdöl AG über. Diese hat dann danach getrachtet, diese Gesellschaften Fortuna, Vulka und Mährische Bergbau zu verkaufen, und es ist ihr schließlich gelungen, über die Eos die drei genannten Unternehmungen an den Dombrowa-Konzern abzustößen. Es handelt sich um normale privatrechtliche Verträge.“<sup>11)</sup>

Die Deutsche Erdöl AG konnte also keinen irgendwie gearteten rechtlichen Anspruch auf Erdölbetriebe in Polen erheben. Die Deutsche Bank, zu deren Machtbereich die Deutsche Erdöl AG gehörte, versuchte daher, ihre Einflußnahme auf die Erdölwirtschaft im Generalgouvernement auf andere Weise zu festigen. Der Salzdetfurth-Konzern und die zu ihm gehörende Mansfeld AG – beide ebenfalls von der Deutschen Bank majorisiert – hatten mit der Deutschen Erdöl AG bzw. mit der ihr gehörenden DPAG einen Bohrvertrag geschlossen und nahmen Gemeinschaftsbohrungen mit diesen vor.<sup>12)</sup>

In diesem Zusammenhang fällt auf, daß gerade der Syndikus der Mansfeld AG, Dr. Birnbaum, Anfang 1943 als Kriegsverwaltungsrat zum Oberbergamt bei der Regierung des Generalgouvernements abkommandiert wurde, und zwar ausdrücklich als Angehöriger dieses Konzerns. Das Oberbergamt schrieb dazu an die Hauptabteilung Wirtschaft der Regierung des Generalgouvernements am 16. 12. 1942: „. . . Vor allem fehlt uns ein Bergjurist . . . Zur Abhilfe ist die Lösung getroffen worden, daß der bei der Mansfeld-Bergbau AG in Eisleben beschäftigte Gerichtsassessor Dr. jur. Birnbaum, zur Zeit Kriegsverwaltungs-

<sup>11)</sup> Akten der Deutschen Bank, Sekretariat.

<sup>12)</sup> Vgl. *Radandt, Hans*, *Kriegsverbrecher-Konzern Mansfeld*. Berlin 1957, S. 202 ff.

rat, an die hiesige Rüstungsinspektion kommandiert wird mit der Weisung, von dieser zur Dienstleistung bei dem hiesigen Oberbergamt abgestellt zu werden.“<sup>13)</sup>

Der Walter Birnbaum übertragene Arbeitsbereich im Oberbergamt bot ihm viele Möglichkeiten, im Interesse seines Konzerns zu wirken. Eine Aufzählung „Geschäftskreis für Kriegsverwaltungsrat Dr. jur. Birnbaum“ (ohne Datum) gibt uns einigen Aufschluß darüber:

„Dr. Birnbaum obliegt die Bearbeitung sämtlicher im laufenden Dienstbetrieb anfallender bergrechtlicher Fragen (Berghoheit, die Regelung von Besitz- und Treuhandverhältnissen, die Mitwirkung bei der Bewertung des Vermögens durchschnittlicher Bergbauunternehmungen, die Gewährung von Staatsbeihilfen für die Verhüttung armer Eisenerze des Radomer und Tschenschauer Bezirks, die Überprüfung der Anmeldung von Erdölgewinnungsrechten, die Festlegung von Entschädigungen im Grundeigentümerbergbau, der Entwurf von Konzessionen und Pachtverträgen verleihungsfähiger Mineralien, die Bearbeitung aller der Bergverwaltung zugehender Verordnungsentwürfe sowie neuer Berg- und Erdölpolizeiverordnungen, die ständige Verbindung zur Rüstungsinspektion im Generalgouvernement sowie zur Abteilung Treuhandverwaltung der Hauptabteilung Wirtschaft, die Erledigung allgemeiner Erlasse des Staatssekretariats und der Hauptabteilung Finanzen der hiesigen Regierung sowie schließlich die Bearbeitung aller Haushalts- und Personalangelegenheiten des Oberbergamtes und der Bergämter.“<sup>14)</sup>

Im Rahmen dieser Tätigkeit Birnbaums nahm die Beschäftigung mit Erdölfragen einen besonders großen Raum ein. Eine seiner Aufgaben war zum Beispiel, den Pachtvertrag auszuarbeiten, der zwischen der Regierung des Generalgouvernements und der Karpathen Öl AG zu schließen war. Hier verpachtete eine Dienststelle des von einem Teil des deutschen Finanzkapitals beherrschten deutschen Staatsapparates Betriebe eines überfallenen Landes, die ihr nicht gehörten, an deutsche Monopole. Im Faschismus wurde eben auch der Raub mit einer penetranten kaufmännisch-preußischen Korrektheit betrieben. Auf diesem Wege machte sich Birnbaum unentbehrlich und wurde auf eine Position gestellt, auf der er die Erdölinteressen der Deutschen Bank bestens vertreten konnte.

Der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft bei der Regierung des Generalgouvernements schrieb am 28. 1. 1944 an den Rüstungsinspekteur im Generalgouvernement, Generalleutnant Schindler:

„Ich hatte kürzlich Gelegenheit, Ihnen über die sich anbahnende Verständigung zwischen der Regierung des Generalgouvernements und der Karpathen-Öl-AG hinsichtlich der Gestaltung des Vertragsverhältnisses zu berichten. Inzwischen hat der Aufsichtsrat der Karpathen-Öl-AG in Krakau getagt und dem vor-

<sup>13)</sup> DZA Potsdam, Akten des Sonderbevollmächtigten für die Erdölwirtschaft im Generalgouvernement, Nr. 22.

<sup>14)</sup> Ebenda.

gelegten Vertragswerk zugestimmt, das ich auch Ihnen nach endgültiger Abstimmung einiger Einzelheiten zur Kenntnisnahme zuleiten werde. Sie erklärten bei unserer letzten Unterhaltung über die Erdölfrage auch Ihr Einverständnis mit der Berufung des Militärverwaltungsrates Dr. Birnbaum zum Sonderbevollmächtigten für die Erdölwirtschaft im Generalgouvernement. Diese Berufung ist inzwischen durch den Herrn Staatssekretär der Regierung unter dem 18. 1. 1944 erfolgt, wovon ich Kenntnis zu nehmen bitte. Ich möchte auch bei dieser Gelegenheit noch einmal die besonderen Verdienste hervorheben, die sich Herr Militärverwaltungsrat Dr. Birnbaum auf Grund seiner ausgezeichneten juristischen und praktischen Kenntnisse um das Zustandekommen des schwierigen Vertragswerkes erworben hat.“<sup>15)</sup>

Auf Grund der Stellung als Sonderbevollmächtigter für die Erdölwirtschaft im Generalgouvernement wurde Walter Birnbaum am 20. Januar 1944 durch diverse Einzelbeschlüsse des Deutschen Obergerichtes Krakau zum Verwalter sämtlicher Vermögensteile früherer Erdölgesellschaften in Polen ernannt, die unter die Bestimmungen des sogenannten Feindvermögens fielen.<sup>16)</sup> Hiermit war eine Ausgangsposition gegeben, von der aus bei einer vom deutschen Monopolkapital unter der Bezeichnung „endgültiger siegreicher Friede“ erhofften Konsolidierung der Verhältnisse die zur Gruppe der Deutschen Bank gehörenden, am Erdöl interessierten Konzerne, wie zum Beispiel Deutsche Erdöl AG und die Salzdetfurth-AG, ihren Machtbereich durch Angliederung polnischer Betriebe der Erdölgewinnung und -verarbeitung hätten erweitern können.

Die enge Verbindung, die die Konzerne zu Birnbaum in seiner Stellung als Sonderbevollmächtigter hielten, kommt unter anderem darin zum Ausdruck, daß der Prokurist Otto Fischer vom Mansfeld-Konzern vom Mai 1944 an für einige Zeit zur sachverständigen Beratung Birnbaums und zur gutachtlichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Investitionen zur Verfügung gestellt wurde.<sup>17)</sup>

Die deutschen Erdölkonzerne begnügten sich keineswegs mit dem Raub des von der Karpathen Öl-AG, an der sie beteiligt waren, gewonnenen galizischen Öls. Der vor den sowjetischen Truppen geflüchtete Walter Birnbaum hatte seine Dienststelle Anfang 1945 — er firmierte inzwischen als „Generaltreuhänder für die Erdölwirtschaft im Generalgouvernement“ — nach Eisleben in die Verwaltung des Mansfeld-Konzerns verlegt und schrieb von hier aus an das Arbeitsamt Eisleben zur Begründung für die „kriegswichtige“ Tätigkeit der ihm unterstehenden Angestellten: „... Zu ihrer Unterrichtung teile ich noch mit, daß gegenüber dem im Schreiben vom 13. 10. 1944 angegebenen Verlagerungsgut von rd. 1000 Waggons bisher rd. insgesamt 2200 Waggons An-

<sup>15)</sup> Ebenda.

<sup>16)</sup> Ebenda.

<sup>17)</sup> Ebenda, Schreiben von Direktor Klingspor (Mansfeld AG) an Birnbaum vom 3. 5. 1944 und von Birnbaum an Klingspor vom 16. 5. 1944, vgl. *Radandt, Hans*, a. a. O., S. 280f.

lagen, Maschinen und Ersatzteile der Erdölwirtschaft aus dem G. G. nach dem Reichsgebiet verlagert worden sind und im Interesse der Erdölgewinnung und -verarbeitung beschleunigt erfaßt und neu eingesetzt werden müssen.“<sup>18)</sup>

Die mit dem zweiten Weltkriege beabsichtigte Machtausweitung der deutschen Erdölkonzerne wurde unter den Schlägen der Sowjetarmee zunichte gemacht. Heute verbergen sich jedoch hinter der in Westdeutschland betriebenen revanchistischen Hetze gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze auch die noch keineswegs aufgegebenen Pläne der westdeutschen Erdölkonzerne, sich die Erdölvorkommen jenseits dieser Grenze anzueignen. Die Freundschaft zwischen Volkspolen und der Deutschen Demokratischen Republik, vereint mit der Sowjetunion und den übrigen Staaten des sozialistischen Lagers, wird es nie wieder dazu kommen lassen, daß Konzernvertreter vom Schlege eines Dr. Walter Birnbaum, der heute in Westdeutschland Vorstandsmitglied des Salzdettfurth-Konzerns ist, ihre gierigen Pfoten nach dem galizischen Erdöl ausstrecken können.

<sup>18)</sup> DZA Potsdam, Akten des Sonderbevollmächtigten für die Erdölwirtschaft im Generalgouvernement, Nr. 23.

V.

## REZENSIONEN UND LITERATURBERICHTE



RUDOLF LEHMANN

DIE VERHÄLTNISSE DER NIEDERLAUSITZISCHEN HERRSCHAFTS-  
UND GUTSBAUERN IN DER ZEIT VOM DREISSIGJÄHRIGEN KRIEGE  
BIS ZU DEN PREUSSISCHEN REFORMEN.

*Mitteldeutsche Forschungen Nr. 6, Böhlau-Verlag Köln, Graz 1956,  
139 Seiten, Preis 12,00 DM.*

RUDOLF LEHMANN

DIE NIEDERLAUSITZ IN DEN TAGEN DES KLASSIZISMUS,  
DER ROMANTIK UND DES BIEDERMEIER.

*Mitteldeutsche Forschungen Nr. 13, Böhlau-Verlag Köln, Graz 1958,  
XII u. 335 Seiten und XII Tafeln Abbildungen, Preis 26,00 DM.*

Ausgehend von der Tatsache, daß für die Niederlausitz eine Gesamtdarstellung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, wie sie für andere Landesteile und auch für die Oberlausitz schon seit langem geschrieben sind, bislang noch fehlt<sup>1)</sup>, beabsichtigt L., mit seinem Buch über die Verhältnisse der niederlausitzischen Herrschafts- und Gutsbauern eine Teilarbeit beizutragen. Der Verfasser beschränkt sich sachlich, wie er einleitend feststellt, im wesentlichen auf die Privatbauern. Die Bauern der zahlreichen landesherrlichen Besitzungen und der in der Niederlausitz unbedeutenden Anzahl Stadtdörfer bleiben außerhalb der vorliegenden Untersuchung. Örtlich ist vor allem der brandenburgische Kreis Cottbus unberücksichtigt. Die Grenzen des Markgraftums werden nicht überschritten.

Der ehemalige Landesarchivar verarbeitet umfangreiches Quellenmaterial der reichen Bestände des Lübbener Archivs.<sup>2)</sup> Der in vier Kapitel gegliederten, recht gedrängten und doch übersichtlichen Darstellung folgen auf den Seiten 89 bis 139 als Auswahl 30 Quellenbeilagen aus der Zeit von 1651 bis 1810.<sup>3)</sup> Natürlich gestattet uns der Umfang einer Besprechung nur, auf einige wesentliche Punkte dieser beiden in Westdeutschland erschienenen Bücher des Verfassers einzugehen.

1) An neueren, thematisch umfassenderen Arbeiten zur Geschichte der bäuerlichen Verhältnisse in der Niederlausitz liegen in der Tat nur die des gleichen Verfassers vor: Zur Geschichte der Agrarreform und der Bauernbefreiung in der Niederlausitz. In: *Niederlaus. Mitt.* 22 (1934), S. 9–56. Und: *Geschichte des Markgraftums Niederlausitz*. Dresden 1937, in der ebenfalls die Agrargeschichte weitgehend Berücksichtigung findet.

2) Der Hauptteil der Bestände des Lübbener Archivs wurde noch 1958 nach dem Landeshauptarchiv Potsdam verlagert.

3) Inzwischen ist erschienen: *Lehmann, Rudolf*, Quellen zur Lage der Privatbauern in der Niederlausitz im Zeitalter des Absolutismus. Akademie-Verlag Berlin 1957.

Die Niederlausitz gehört zu den typischen Gebieten der ostelbischen Gutsherrschaft. Im Unterschied zur Oberlausitz hat hier<sup>4)</sup> der landesherrliche Grundbesitz ein viel größeres Gewicht. Am Ausgang der sächsischen Zeit waren von insgesamt etwas über 600 Dörfern des Markgraftums 169 landesherrlicher Besitz. Dazu zählten solch umfangreiche Besitzungen wie die Herrschaft Dobrilugk mit etwa 60 Dörfern, die Ämter Lübben und Neuzauche und andere. In den privaten grundherrlichen Besitz teilten sich im 18. Jahrhundert, vielleicht zu etwa gleich großen Anteilen, die großen Herrschaften, zu denen nach der Landesordnung von 1669 das Stift Neuzelle und zwei Ordensämter hinzukamen, und die Rittergüter. Von den vier landtagsfähigen Städten hatte nur Luckau eine größere Anzahl Dörfer.<sup>5)</sup>

Aus Lehmanns Darstellung geht hervor: Die Entwicklung der feudalen Gutswirtschaft mit all ihren Folgeerscheinungen für die feudalabhängige Bauernschaft setzte in der Niederlausitz ganz allgemein spätestens um die Mitte des 16. Jahrhunderts ein (S. 14)<sup>6)</sup> – Aneignung der Obergerichte durch die Feudalherren (S. 14), Durchsetzung des lassitischen Besitzrechtes und, wie L. feststellt, der eng damit verbundenen persönlichen Abhängigkeit des niederlausitzischen Bauern „in einer verschärften Form der Erbuntertänigkeit, die man auch als eine Art Leibeigenschaft bezeichnen kann“ (S. 8/9), Verdrängung der Bauern von der Scholle und ihre Umwandlung in Kleinstelleninhaber (S. 14, 20), erhöhte Zinsleistungen und neue und vermehrte Dienste, die schließlich im 17. und erst recht im 18. Jahrhundert in der Regel tägliche Dienste waren (S. 14, 37/38) und von L. gelegentlich als Zwangsarbeit bezeichnet werden.

Der Verfasser weist mehrmals auf die brutale Behandlung der Bauern hin und bringt eine Reihe Beispiele der körperlichen Züchtigung der Bauern durch die Herren (S. 42 bis 44, 51). Und weitere Beispiele besonderer Härte und Grausamkeit ließen sich leicht erbringen, sie seien „also nicht ganz selten gewesen“ (S. 44). „Eine mäßige Züchtigung wurde sogar, der Zeitanschauung entsprechend, als rechtlich zulässig angesehen“ (S. 42). Es fehlte auch fast bis ans Ende des 18. Jahrhunderts nicht an Bemühungen um die allgemeine Anerkennung des Prügelrechtes der Gutsherren an den Leibeigenen. So muß man denn wohl auch für die Niederlausitz mit den Worten von Engels feststellen, daß „im buchstäblichsten Sinne“ die Arbeit aus den Leibeigenen heraus-

<sup>4)</sup> In dieser Besprechung ist wie in L.s vorliegenden Büchern unter Niederlausitz im allgemeinen das Gebiet in den Grenzen des Markgraftums zu verstehen.

<sup>5)</sup> *Lehmann, Rudolf*, Die Verhältnisse der niederlausitzischen Herrschafts- und Gutsbauern, a. a. O., S. 5–7 (im weiteren zitiert als: *Lehmann, Rudolf*, Herrschafts- und Gutsbauern).

<sup>6)</sup> Die Seitenzahlen beziehen sich hier und im folgenden auf *Lehmann, Rudolf*, Herrschafts- und Gutsbauern.

geschlagen wurde.<sup>7)</sup> Da scheinen Hinweise auf den allgemeinen Zeitcharakter und darauf, daß „die damalige Zeit in solchen Dingen nicht so feinfühlig war“ (S. 35) und daß die Behandlungsweise in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts „im allgemeinen milder“ wurde (S. 44), wenig wesentlich zu sein. Wichtiger ist es festzustellen, daß eine derartige Behandlung der Bauern ebenso zu den Mitteln der Durchsetzung der gutsherrlichen Klasseninteressen gehörte wie andere Maßnahmen des außerökonomischen Zwanges.

Im übrigen weist der Verfasser auch für die Niederlausitz auf das Interesse der Gutsherren hin, „daß die Bauern nicht ganz zugrunde gingen“ (so z. B. S. 20). Das kann nur bedeuten, daß man so viel spannfähige Bauern beließ und so viel Kossäten, Gärtner, Kleinbauern einrichtete, wie man zur voll entfalteten feudalen Gutswirtschaft Spann- und Handdienste benötigte. Damit ist die für die Produktionsweise der spätfeudalen Gutswirtschaft notwendige und günstigste Teilung des Gutsherrschaftsbereiches in Herren- und Bauernland geschaffen.<sup>8)</sup> Die feudale Gutswirtschaft hat ihren Höhepunkt erreicht. Bis dahin kann m. E. der Beginn einer ersten Etappe des preußischen Weges der bürgerlichen Agrarrevolution nicht angenommen werden.

Nach L. hat die feudale Gutswirtschaft der Niederlausitz mit dem Ausgang des 17. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreicht. Und so blieben nach seiner Darstellung die Dinge nun etwa ein Jahrhundert hindurch (S. 86). Mit dem ausgehenden 18. Jahrhundert rückte nach L. der Zeitpunkt der bürgerlichen Agrarentwicklung heran, „herbeigeführt durch immer stärker sich geltend machende agrarwirtschaftliche Reformen wie aufklärerisch-humanitäre Anschauungen“ (S. 87). Die Bedeutung des bäuerlichen Klassenkampfes wird in diesem Zusammenhang bei weitem nicht genügend beachtet.

Die vielen von L. gebrachten Beispiele der zahlreichen Formen des Kampfes der Bauern gegen die feudale Ausbeutung wären sicherlich noch wertvoller, hätte sie der Verfasser systematisch zusammengefaßt und geordnet und theoretisch beleuchtet. Nicht wenige Ausdrücke des Verfassers, wenn es sich um die bäuerliche Bevölkerung und insbesondere die sorbische handelt, müssen schärfstens abgelehnt werden, so etwa wenn von „bewußter Unwahrhaftigkeit, selbst Bosheit“, von „mancher Tücke“, von „Mißtrauen, Hinterhältigkeit und Verschlagenheit“ u. a. geschrieben wird. Diese offensichtlichen Entlehnungen aus dem Sprachschatz der ehemaligen Stände sind L. s. „Eigenart“. „Eigenartig“ sind solche Redewendungen selbst für den bürgerlichen Historiker. Denn es entsteht die Frage, von welcher Warte soll denn hier der objektiv antifeudale Klassenkampf der Bauern gewürdigt werden. Mit dem „Auch-die-andere-Seite-Hören“ allein ist da noch nichts gesagt (vgl. S. 45).

Von den sorbischen Bauern heißt es, daß zwischen ihnen und den deutschen kein Unterschied in der Lage bestand und daß sie das Schicksal in gleicher

<sup>7)</sup> Vgl. Engels, Friedrich, Zur Geschichte der preußischen Bauern. In: MELST, Zur Deutschen Geschichte. Bd. I, S. 572.

<sup>8)</sup> Vgl. für die Oberlausitz Šotta, Jan, Die Ertragsentwicklung in der Landwirtschaft des Klosters Marienstern. Bautzen 1958, S. 27 ff.

Weise traf. Dagegen soll nicht gestritten werden. L.s Schlußfolgerung jedoch, es gäbe auch keine Beweise dafür, daß die Sorben ihrer Nationalität wegen bedrückt oder unterdrückt worden wären (S. 10), soll später gewertet werden. An dieser Stelle ist nur hinzuzufügen, daß der Verfasser in seiner Untersuchung aus der Gemeinsamkeit der sozialen Lage der sorbischen und deutschen Bauern sehr leicht die Erkenntnis der Gemeinsamkeit des antifeudalen Kampfes der bäuerlichen Bevölkerung beider Nationalitäten hätte finden können. Und die Würdigung dieses gemeinsamen Kampfes würde sogar zu sehr aktuellen Schlußfolgerungen führen müssen. Das kann man wenigstens von einer fortschrittlichen niederlausitzischen landesgeschichtlichen Betrachtung erwarten.

L. bemüht sich wenig um den Vergleich der niederlausitzischen Entwicklung mit der Geschichte anderer Gebiete der ostelbischen Gutsherrschaft. Andere Landesteile betreffende Literatur wird nur ganz gelegentlich herangezogen. Das ist zu bedauern. Bei der Fülle des gebotenen Materials und der Sachkenntnis des Autors wäre ein größeres Maß der Verallgemeinerung durchaus möglich und für die allgemeine Geschichtsschreibung und theoretische Erkenntnis erwünscht.

Wie schon gesagt, es können im Rahmen der Rezension nicht alle Fragen besprochen werden, wie z. B. auch die Einschätzung der Landesbehörden. Einige Gesichtspunkte der Arbeit werden allerdings weiter unten noch kritisch betrachtet.

\*

L. sieht die Niederlausitz in den Jahrzehnten vor und nach 1800, in der Zeit des Klassizismus und der Romantik als eines jener Gebiete, „die gewissermaßen im Kulturschatten lagen“. Das betreffe die Niederlausitz sogar im besonderen Maße, „trotz ihrer Nachbarschaft zum mitteldeutschen Kulturraum“. Die Ursache dafür sieht der Verfasser nicht nur in der ungünstigen geographischen Lage, „sondern vor allem durch die politische, wirtschaftliche und nicht zuletzt durch die bevölkerungsmäßige Struktur des Landes“ begründet. Der Autor stellt sich die Aufgabe, nach einem einleitenden Abschnitt (91 Seiten) in den darauf folgenden Kapiteln „in der Betrachtung einzelner Persönlichkeiten und Erscheinungen zu zeigen, wie und in welchem Maße diese Landschaft von den Strömungen und Auswirkungen der klassisch-romantischen Epoche überhaupt berührt wurde.“<sup>9)</sup>

Einigen Kapiteln wird als Quellenmaterial zur genannten Thematik umfangreicher Briefwechsel beigegeben.

Das I. Kapitel enthält auf den Seiten bis 91, in 18 Abschnitte gegliedert, eine Schilderung der Verhältnisse vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis etwa 1840. Es ist nicht möglich und nicht notwendig, alle Punkte aufzuzählen, die L. in seiner Darstellung berührt. Die agrargeschichtlichen Partien knüpfen da

<sup>9)</sup> *Lehmann, Rudolf*, Die Niederlausitz in den Tagen des Klassizismus, der Romantik und des Biedermeier, a. a. O., S. XII (im weiteren zitiert als: *Lehmann, Rudolf*, Klassizismus).

an, wo L.s Schrift über die Herrschafts- und Gutsbauern endet, an die parasitären Ausbeutungsverhältnisse der spätf feudalen Klassengesellschaft und das Problem ihrer Ablösung. Dazu ließ der Verfasser dort sozusagen als Abschluß den Oberamtsrat von Klinguth zu Worte kommen, der in einem Gutachten an die preußische Regierung in Frankfurt u. a. feststellt: „Zu Beförderung der geistigen Ausbildung, der Landeskultur und Industrie sind sie (die gegenseitigen Verhältnisse) nicht geeignet.“<sup>10)</sup> Unter den Stichworten Reformbestrebungen, Agrarreform, Landwirtschaft, bäuerlicher Strukturwandel, Adel, adlige Güter, Lage der Landbevölkerung erfahren wir manches von den Auswirkungen des sog. „preußischen Weges“ der bürgerlichen Agrarrevolution in der Niederlausitz. L. stützt sich hierbei vor allem auf die Arbeit von Freytag-Roitz.<sup>11)</sup>

Als Beispiel für die Lage im Gewerbe beschreibt der Autor die Verhältnisse in den für die Niederlausitz so wichtigen Zweigen der Leinenweberei und Tuchfabrikation. Die preußischen Gesetze über die Gewerbefreiheit von 1810 und 1811 erlangten für die Niederlausitz keine Gültigkeit. Erst 1845 erfolgte eine allgemeine Regelung.<sup>12)</sup> Der Einführung neuer Maschinen wird viel Aufmerksamkeit gewidmet. (1816 in Guben die erste Cockerillsche Wollspinnmaschine aufgestellt).

Aus L.s Bericht über das Landschulwesen: Ende des 18. Jahrhunderts noch recht übel, auch um 1840 mit dem Lesen, Schreiben und Rechnen in der Bevölkerung noch schlecht bestellt, fehlten brauchbare Lehrer, Bezahlung der Lehrer sehr gering. Eine besondere Schwierigkeit stellte sich der Hebung des Volksschulunterrichts nach Ansicht L.s dadurch in den Weg, „daß *in manchen Teilen des Landes überwiegend wendisch* gesprochen wurde“. Oder: „Schuld an dieser nicht günstigen Sachlage waren wohl weniger der Unterricht an sich, als ein mangelhafter Schulbesuch und vor allem die Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten, die sich aus der Tatsache ergaben, daß *vielfach die Kinder ohne deutsche Sprachkenntnis* in die Schule kamen.“<sup>13)</sup> (Unterstreichungen vom Rezensenten). Ganz am Rande sei bemerkt: Hier in der Schulfrage um das katastrophale Schulwesen läßt der Verfasser augenscheinlich einen größeren Anteil des „Wendischen“ im Lande gelten als es an anderen Stellen, etwa in seinen Berechnungen im Rahmen der Bevölkerungsstatistik oder der Schilderung der germanisatorischen Bestrebungen der Kirche den Anschein hat.<sup>14)</sup>

<sup>10)</sup> Lehmann, Rudolf, Herrschafts- und Gutsbauern. S. 85.

<sup>11)</sup> Freytag-Roitz, R., Die Entwicklung der Landwirtschaft in der Niederlausitz . . . 1815–1900. Berlin 1900.

<sup>12)</sup> Lehmann, Rudolf, Klassizismus. S. 9 und 21.

<sup>13)</sup> Ebenda, S. 37–42. Es sei hier auf L.s labile Terminologie hingewiesen: Lehmann, R., Herrschafts- u. Gutsbauern, 1956: Sorben, sorbisch, Friedrich II.; Lehmann, R., Klassizismus, 1958: Wenden, wendisch, Friedrich der Große; Lehmann, R., vor 1945: Wenden, wendisch, Friedrich der Große.

<sup>14)</sup> Ebenda, S. 35–36 und 53–57.

Den Kirchenfragen wird viel Raum gegeben. Aus L.s Untersuchung der kirchlichen Verhältnisse bei den „Wenden“ ergeben sich folgende Feststellungen<sup>15)</sup>:

1. Das Deutsche setzte sich seit 1815 immer weiter durch, das Sorbische ging zurück (Volksschulunterricht, allgemeine Wehrpflicht, allgemeine Kultur-entwicklung).
2. Es gab „wendischkundige Geistliche selbst, die der Meinung waren, daß die Beibehaltung des Wendischen aus Gründen der Verbreitung einer besseren Kultur nicht wünschenswert sei“.
3. Diese Einstellung wurde noch bestimmter von den geistlichen Vorgesetzten und in Anordnungen der Behörden vertreten.
4. Vielfach bestanden die Sorben selbst nicht auf einer Beibehaltung des Sorbischen, sondern setzten sich für eine Verstärkung des Deutschen in Gottesdienst und Unterricht ein.

Für diese Sätze bietet L. als Beleg eine Reihe von Beispielen, besonders zahlreiche für die germanisatorische Strategie und Taktik der Kirchenbehörden. Der ausgezeichnete Kenner der niederlausitzischen Landesgeschichte L. ignoriert jedoch einige Begleitumstände, die diese Entwicklung, die wiederum etwas übertrieben dargestellt und der Geschichte vorgegriffen erscheint, entscheidend veranlaßt haben.

1. Kinder ohne deutsche Sprachkenntnis sollten möglichst in einer Unterrichtssprache, die sie nicht verstanden, Deutsch und andere Fächer erlernen. Daraus konnte nur wenig werden. Das war eine große Benachteiligung der sorbischen Kinder.
2. Überwiegend bäuerliche Bevölkerungsteile, denen man die bestmögliche Erlernung des Deutschen und anderer Fächer mit Hilfe ihrer sorbischen Muttersprache verwehrte, zumindest nichts dafür tat, waren wegen ihrer Unkenntnis im Militärdienst, vor Gericht, in ihren wirtschaftlichen Handlungen, fast überall benachteiligt. Wie schwer ist es zum Beispiel für Ausgebeutete, vor einem Gericht der feudalen oder kapitalistischen Klassengesellschaft gegen Vertreter der herrschenden Klassen ihr Recht zu behaupten. Wie viel schwerer war dieser Kampf beim sprachlichen Unvermögen des Unterlegenen.
3. Wie sehr der bäuerlichen sorbischen Bevölkerung an einer gründlichen Erlernung auch der deutschen Sprache gelegen war und sein mußte, geht aus der Tatsache hervor, daß unter den damaligen Verhältnissen der durchgängigen nationalen Rechtlosigkeit in der Niederlausitz und der scheinbaren Ausweglosigkeit aus dieser Situation unter Teilen der Bevölkerung selbst der Wunsch nach einer stärkeren Betonung des Deutschen auch auf Kosten der sorbischen Muttersprache vertreten wurde. Dies war unter den genannten Bedingungen vielleicht sogar notwendig, wollte man im sozialen Kampf um die täglichen Lebensfragen nicht noch zusätzlich benachteiligt werden. Es handelte sich

<sup>15)</sup> Ebenda, S. 53–57.

damals immerhin um die Zeitspanne des gutsherrlichen Typus der bürgerlichen Agrarentwicklung, also eines furchtbaren Betrugers der großen Masse der Bauernschaft durch die Junker, ihren Staat und den gesamten ideologischen Überbau.

4. Selbst „wendischkundige Geistliche“ haben sich zum Teil dafür ausgesprochen. Wenden wir uns dem von L. zitierten Cottbuser Archidiakon W. G. Korn zu. Dieser analysierte die Einstellung zur sorbischen Sprachenfrage seiner Zeit und unterscheidet drei „Parteien“:

a) Die *Obskuranten*. Diese forderten in Kirche und Schule das Sorbische, und der Geistliche sollte für die Erhaltung desselben eintreten. Sie hätten auch manche anderen „nicht eben sehr lautere Absichten“ durchblicken lassen und wurden verdächtigt, daß sie in Kirche und Schule „von der deutschen Sprache gar keine Notiz“ nehmen wollten.

b) Die *Rigoristen*. Sie wollten die sorbische Sprache „wie einen Missetäter abtun“ und „am ersten besten Orte vergraben“. Mit diesem kann sich Korn auch nicht einverstanden erklären. Es widerspräche der Religion und Moral.

c) Die *Moderaten*. Zu diesen zählte sich Korn selbst. Sie vertraten in der sorbischen Sprachenfrage sozusagen den „dritten Weg“. Sie waren mit den Rigoristen einer Meinung darin, daß das „Wendische“ schuld wäre an allem Rückschrittlichen, an Kulturlosigkeit und Unwissenheit und daß es aussterben müsse. In der Methode waren sie weicher, gemäßigter. Nur diese schien ihnen erfolgverheißend.<sup>16)</sup>

Vielleicht lassen wir noch einen „Rigoristen“ zu Worte kommen, den „sorbischen“ Pfarrer von Wendisch-Sorno bei Senftenberg, J. Chr. Richter, der da meint:

„Hier verliert die Kirche an Würde, wenn sie unter zwei beinahe gleichbekannten Sprachen die unvollkommenste wählt.“

„Auf euch (Diener der Kirche — J. Š.) kommt es an — wenn ihr gewollt hättet, schon längst wäre dieser Jargon aus den Häusern des Herrn verbannt.“

„Möchte doch jeder, der es kann, die Mauern der Unkultur und der Einseitigkeit niederreißen; . . . möchte er sich viel mehr auf den Augenblick freuen, wo innerhalb Germaniens Grenzen eine Sprache in den Häusern des Herrn, eine Kultur in den Städten und Dörfern herrschen werden.“<sup>16)</sup>

Die „Obskuranten“ sollen hier nicht weiter interessieren. Bei „Moderaten“ und „Rigoristen“ geht es uns nicht um die Unterschiedlichkeit der Methode, sondern die Gemeinsamkeit des Zieles und der Motive. Beide gaben vor, es gut mit den sorbischen Bauern zu meinen. Diese Linie der Liquidierer hatte in langer,

<sup>16)</sup> NLM I (1821/1822), S. 390–405 und NLM (1826), S. 305–316. Vgl. dazu *Měišk, Fr.*, Delnjoserbska romantika (Die niedersorbische Romantik). In: Serbšćina, Listowy studij za wučerjow (Fernstudienbriefe für Lehrer), Nr. 14, S. 1329–1336, Bautzen 1956.

ins 17. Jahrhundert zurückreichender Tradition bewußter Ausrottungspolitik des Sorbischen durch die niederlausitzischen Stände tiefe Wurzeln.<sup>17)</sup>

In seiner Arbeit über die niedersorbische Romantik kommt Mětšk zu folgender Erkenntnis: Die Romantik bei den Sorben der Oberlausitz unterscheidet sich in den Hauptpunkten positiv von der Mehrzahl der deutschen Romantiker. Im niedersorbischen Schrifttum (gemeint ist natürlich die Richtung, deren Vertreter der zitierte Korn als Obskuranten bezeichnet) haben sich die negativen Einflüsse deutscher Romantik stärker geltend gemacht, so das pessimistische, träumerische Zurückschauen, die Vertiefung in leere Frömmerei und die Isolierung von der Wirklichkeit des sorbischen Lebens. Die Ursachen sieht Mětšk 1. darin, daß die bürgerlichen Reformen und die relativ fortschrittliche sächsische Verfassung von 1831 weit freiere Voraussetzungen für die Entwicklung sowohl auf ökonomischem Gebiet als auch im sorbischen Kulturleben schufen. Dagegen blieb es in der Niederlausitz bei viel reaktionärerem Verhältnissen der Vorherrschaft der niederlausitzischen Stände, was sich auf die wirt-

<sup>17)</sup> Dies weist *Mětšk, Fr.* anhand umfangreichen Aktenmaterials nach in seinem Aufsatz: Der Anteil der Stände des Markgraftums Oberlausitz an der Entstehung der obersorbischen Schriftsprache (1668–1728). In: Zeitschrift für slav. Philologie, XXVIII, 1 (1959), S. 122–148.

Als die protestantischen Stände der Oberlausitz dieselbe Ausrottungspolitik, wie sie in der benachbarten Niederlausitz gehandhabt wurde, erwogen, mußten sie befürchten, daß die in Opposition gedrängten sorbischen Untertanen in „unchristlichen Aberglauben und Katholizismus zurückfallen“ (ein Teil des sorbischen Gebietes der Oberlausitz ist katholisch). Die katholischen Kirchenbehörden sahen sich aus entgegengesetzter Befürchtung ebenfalls gezwungen, von einer systematischen Ausrottungspolitik abzusehen. — S. *Mětšk, Fr.*, ebenda, S. 145 und *Jeně, R.*, Stawizny serbskeho pismowstwa (Geschichte des sorbischen Schrifttums). Bautzen 1954, S. 190ff. — Zur konsequenten Germanisierungspolitik der Behörden der Niederlausitz s. *Mětšk, Fr.*, ebenda, S. 138 und 144. In einer dort zitierten Denkschriftensammlung der oberlausitzischen Stände in kirchlichen Angelegenheiten 1682–1693 („Ecclesiastica diversa“ — LA Bautzen, Ständearch. Görlitz, Abt. VII, Tit. 1 A, Nr. 1) heißt es auf Bl. 18: „Ob, wie unter einem Consistorio in Niederlausitz mit dem Catechismusexamine die wendische Sprache gänzlich auszurotten, oder denen wendischen Gemeinden zur Notdurft der Catechismus Lutheri zu übersetzen?“ *Mětšk, Fr.*, bemerkt dazu: „Eine der ersten Taten des neuen Konsistoriums der Niederlausitz in Lübben war eine um 1668 im Auftrage des Herzogs Christian ausgearbeitete Denkschrift ‚Ohnvorgreifliche Monita, wie in hiesigem Markgraftum die gänzliche Abschaffung der wendischen Sprache am ehesten können befördert werden‘ (zeitgenössische Kopie im Stadtarchiv Luckau NL. Abt. 15, Nr. 155, Bl. 30–31). Die dort ausgearbeiteten Richtlinien sind in der Praxis bis zur Erreichung des gesteckten Zieles konsequent beachtet worden.“ Und was sagt nun L. zu dieser Zeit: „Daß aber die Sorben ihrer Nationalität wegen bedrückt oder unterdrückt worden wären, dafür lassen sich keine Beweise erbringen“. *Lehmann, Rudolf*, Herrschafts- und Gutsbauern. S. 10.



schaftliche Entwicklung der Bauernschaft und das sorbische kulturelle Leben in gleichem Maße hemmend auswirkte. Das niederlausitzische Junkertum benutzte seine entscheidenden gesellschaftlichen Machtpositionen gemäß seiner jahrhundertealten Tradition zur systematischen Ausrottung der sorbischen Sprache und Kultur;

2. auf die obersorbische Romantik haben starke Impulse der slavischen Romantik, besonders der benachbarten Tschechen gewirkt. Ähnliche Einflüsse auf das Sorbentum der Niederlausitz hat es nicht gegeben. Die ungünstigeren und rückständigen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen der Niederlausitz waren demnach der Boden, auf dem unter dem negativen Einfluß deutscher Romantik der Pessimismus der Mehrheit der niedersorbischen Intelligenz hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeiten des sorbischen nationalen Eigenlebens bekräftigt wurde. Dieser Pessimismus war auch der Ausgangspunkt der Liquidierungstendenzen von „Moderaten“ wie „Rigoristen“.<sup>18)</sup> Diese Hinweise von Mětšk sind L. entgangen.<sup>19)</sup>

Man muß noch folgende Beobachtung hinzufügen. Unbestritten ist die Niederlausitz jener Zeit ein Gebiet von besonderer Rückständigkeit und einer Unmenge feudaler Überbleibsel. Aber die Ursache dafür ist in der „preußischen“ Art aller Umgestaltung der Verhältnisse zu suchen und in der den niederlausitzischen Gutsherren, die sich nur schwer und allmählich etwas von ihren parasitären Gewohnheiten frei machten, verbliebenen großen Machtfülle. Sollte dies etwa zugegeben werden von den Junkern und ihren Ideologen? Konnte man überhaupt einen günstigeren „Sündenbock“ für die unwürdigen Zustände des Landes finden als das Sorbische, das nur die Sprache „eines ganz ungebildeten Völkchens und obendrein der niedrigsten Klassen“ (Richter, a. a. O.) war und um dessen Ausrottung man sich schon Jahrhunderte bemühte? Die Gutsherren wälzten einfach die Verantwortung für die Mißstände im Lande von sich auf die ausgebeuteten, in der Agrarreform betrogenen und national unterdrückten Bauern ab. Die Sprachenfrage hat demnach eindeutigen Klassencharakter. Wer gegen die offizielle Linie in der Sprachenpolitik sich für das Sorbische einsetzte, wirkte demnach den ständischen Interessen entgegen und wurde verdächtigt. Was Korn seinen Gegnern mit „unlauteren Absichten“ vorwirft, spricht er in der zitierten Schrift leider nicht aus.

<sup>18)</sup> *Mětšk, Fr.*, Delnjoserbska romantika, a. a. O., 1329–1336.

<sup>19)</sup> Leider beachtet L. sorbische Beiträge nur sehr mangelhaft. In den beiden zur Besprechung gelangenden Büchern nimmt L. wohl Palm, Boelcke, Tschernick und Mucke (Bausteine) zur Kenntnis, nicht aber die schon zitierte Arbeit von *Mětšk, Fr.*, Die niedersorbische Romantik, a. a. O., weiter: *Mětšk, Fr.*, Přehlad stawiznow (Abriß der Geschichte). In: Serbska šula, Jg. 7 (1954), S. 210–214 und 332 und 342; *Mětšk, Fr.*, Chrestomatija dolnoserbskego pismowstwa (Chrestomathie des niedersorbischen Schrifttums). Bautzen 1956, 1. Bd.; *Jenč, R.*, Geschichte des sorbischen Schrifttums, a. a. O.; die statistischen und beschreibenden Arbeiten von *Mucke*, die Niederlausitz betreffend. In: Časopis Mačicy Serbskeje 1884; u. a.

Und zu welchem Urteil kommt L.?

„Sucht man sich ein Gesamturteil zu bilden, so kann von einer Unterdrückung der wendischen Sprache aus nationalistischen Gründen schon deshalb nicht gesprochen werden, weil um diese Zeit die slawische Bewegung, die eine entsprechende Reaktion von deutscher Seite hätte auslösen können, überhaupt noch nicht vorhanden war . . .“

„Gewiß wurde die deutsche Sprache bewußt gefördert, die wendische wenn auch keineswegs unterdrückt, so doch vernachlässigt und dadurch zurückgedrängt. Aber dies geschah . . ., um die Bevölkerung an der beabsichtigten Hebung des Bildungsniveaus in ihrer Gesamtheit teilnehmen zu lassen.“<sup>20)</sup>

Mit diesem Gesamturteil des Verfassers kann man sich nicht einverstanden erklären. Des Autors Auffassung von der Nichtunterdrückung heißt ja geradezu, daß selbst Bismarck nur Chauvinist geworden ist, weil bei Polen und anderen Minderheiten eine slawische Bewegung entstanden war. Oder soll auch bei Bismarck die Unterdrückungspolitik bestritten werden? (Und die Machthaber des „Dritten Reiches“ wären sicherlich gute Demokraten gewesen, wenn nicht die Sowjetunion und die revolutionäre Arbeiterbewegung dazwischen gekommen wäre). Diese These ist also unsinnig und fortschrittsfeindlich. Die zweite These von der deutschen „Kulturbringung“ bedeutet, daß sich der Verfasser nicht mit den im Interesse der Gutsherren wirkenden Sprachliquidierern zu Beginn des 19. Jahrhunderts (Moderaten und Rigoristen) auseinandersetzt, sondern ihren Standpunkt übernimmt (s. dazu Anm. 27 u. 28).

In seiner vielseitigen Schau bringt der Autor für das Jahr 1811 auch einen Überblick über die Oberschicht des Landes. Bei einer Einwohnerzahl von rund 190000 gab es wenig mehr als 400 Studierende: 150 juristisch vorgebildete Leute, rund 60 Ärzte, Apotheker und Chirurgen, etwa 200 Geistliche, einige Lehrer an den Lyzeen.<sup>21)</sup>

Vielseitig ist ebenfalls das in den Kapiteln II bis VIII über das Kulturleben jener Zeit Berichtete. So werden im II. Kapitel Verbindungen niederlausitzischer Standesherrn nach der Kunststadt Dresden beleuchtet, der Houwalds zum Historienmaler Johann Friedrich Matthäi, der Professor an der Akademie und Direktor der Gemäldegalerie ist, der Lynars zum Landschaftsmaler Hammer, ebenfalls Professor der Dresdener Akademie. Als sich der Straupitzer Standesherr zum Neubau seiner Kirche entschließt, gewinnt er Schinkel für den Entwurf. Aus den beigegeführten Briefen erfahren wir interessante Einzelheiten von der Schinkelschen Arbeit und über die Entstehungsgeschichte des Kirchenbaues. Schinkel war auch an einigen anderen Bauten beteiligt, vor allem an der Neugestaltung des Spremberger Torturmes in Cottbus. Von den weiteren klassizistischen Bauten sei nur noch die Cottbuser Friedhofshalle des heimischen Architekten Carl Gottlob Kahle erwähnt. Auch auf die bürgerlichen Bauten des Klassizismus, besonders in Cottbus, geht der Autor ein. Aus dem

<sup>20)</sup> *Lehmann, R.*, Klassizismus. S. 57; ders., Herrschafts- und Gutsbauern. S. 10.

<sup>21)</sup> *Lehmann, R.*, Klassizismus. S. 67.

Briefwechsel des in den Jahren um 1820 gefragten Dichters Ernst von Houwald wurden 64 Briefe gebracht, auszugsweise oder vollständig; und aus der Korrespondenz zwischen Johann Gottlob Worbs und Friedrich August Süßmilch sind es 25, in denen vieles zu den Anfängen niederlausitzischer Geschichtsschreibung gesagt wird. Ein Schlußwort und XII Tafeln Abbildungen (aus dem Werk Matthäis und Hammers, der Straupitzer Kirche und andere) runden das Ganze ab.

Sorbisches Schrifttum jener Zeit nimmt L. nicht zur Kenntnis, sorbische Volksdichtung und Volkskultur auch nicht oder sie werden vielleicht nur ganz oberflächlich erwähnt neben dem Deutschen, etwa unter dem Stichwort „Lebensweise der Bauern“ oder „Brauchtum“. Das ist nicht erstaunlich, denn nach der geschilderten These der Liquidierer zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatten die sorbischen bäuerlichen Bevölkerungsschichten keine Kultur. Und wie nachgewiesen wurde, hat der Verfasser diese These übernommen. Um konsequent zu bleiben, hält er sich an den Grundsatz: Was nicht sein darf, ist nicht. Und was nicht ist, kann nicht berichtet werden.<sup>22)</sup>

\*

L. ist bürgerlicher Landeshistoriker der Niederlausitz. Man kann von ihm kein marxistisches Geschichtswerk erwarten. Umfangreicher Sachkenntnis über weite Gebiete der niederlausitzischen Landesgeschichte steht hier die Enge der bürgerlichen Klassenposition gegenüber.<sup>23)</sup> Selbst eine gründlichere Beherrschung der Politischen Ökonomie wäre L. für das Erfassen besonders wirtschaftsgeschichtlicher Erscheinungen eine starke Stütze. Der Verfasser der besprochenen Bücher vermeidet gewissenhaft die Verwendung solcher Begriffe wie Klassengegensätze, Klassenkampf, feudale Ausbeutung und andere, auch wenn sie sich von der Materie her direkt aufdrängen. Die Klassiker des

<sup>22)</sup> Um für diese Seite wenigstens auf einige Quellensammlungen und Bearbeitungen hinzuweisen, seien hier genannt:

*Mětšk, Fr.*, Chrestomathie des niedersorbischen Schrifttums (s. Anm. 19); *Jenč, R.*, Geschichte des sorbischen Schrifttums (s. Anm. 17); *Haupt, L.* und *Schmalzer, J. E.*, Volkslieder der Sorben in der Ober- und Niederlausitz. Grimma 1841 (Nachdruck: Berlin 1953); *Nedo, P.*, Sorbische Volksmärchen. Bautzen 1956; *Schneeweis, E.*, Feste und Volksbräuche der Sorben. Berlin 1953.

<sup>23)</sup> Die sichere Kenntnis des Stoffes wird immer wieder mit Recht anerkannt, so z. B. Heimatkunde und Landesgeschichte. Zum 65. Geburtstag von Rudolf Lehmann. Weimar 1958. Darin eine Bibliographie L.s Arbeiten von 1916–1957 in Auswahl, über 80 Titel; *Reuther, W.*, Besprechung der „Herrschafts- und Gutsbauern“. In: *Lětopsis B II*, 2 (1957) des Instituts für sorbische Volksforschung, S. 496–499; *Moderhack, R.*, Besprechung d. „Klassizismus“. In: *Blätter für deutsche Landesgeschichte*, 95. Jg. (1959), S. 632–633; *Mětšk, Fr.*, Besprechungen Lehmannscher Arbeiten in *Rozhlad* (Zeitschrift für sorbische Kultur) 7. Jg. (1957), S. 195–198 und 8. Jg. (1958), S. 282–287. Auf Lehmanns Grenzen weist *Mětšk* hin, ebenda.

Marxismus-Leninismus sind für L.s landesgeschichtliche Betrachtungen nicht existent. Welche Hilfe wäre für die Darstellung der Lage der Herrschafts- und Gutsbauern allein die Kenntnis des Marx'schen „Kapitals“ gewesen!

L. warnt davor, „mit allzumodernen Vorstellungen und Begriffen an diese Verhältnisse und Vorgänge (gemeint Lage der Bauern, bäuerlicher Klassenkampf – J. Š.) heranzutreten“<sup>24</sup>). Oder: „Gründet man aber das Urteil einseitig auf bestimmte einzelne Erscheinungen, die die eigene Zeit gerade stärker berühren, muß es notwendigerweise verzerrt erscheinen.“<sup>25</sup>) „Wer rein vom Politischen aus diese Zeitspanne (um 1800 bis etwa 1840 – J. Š.) betrachtet, wird sie verurteilen . . .“<sup>25</sup>) „Wer diese Zeit aber in einer umfassenderen und tieferen Schau zu sehen sich bemüht, wird sie nicht in Bausch und Bogen verdammen können, mindestens nicht aus der Erkenntnis heraus, die die Betrachtung der allgemeinen Geschichte jeden tiefer Denkenden lehrt, daß es absolut Gutes wie Schlechtes in der Menschheitsentwicklung nun einmal nicht gibt und nicht geben kann, weil wir eben Menschen sind.“<sup>25</sup>) Diese Linie des Verfassers tritt besonders klar in der Behandlung der Verhältnisse und Gegensätze von Bauern und Herren, also vor allem in der Arbeit über die „Herrschafts- und Gutsbauern“ und in der Darstellung der bürgerlichen Agrarentwicklung (Klassizismus) in Erscheinung. Es ist die Linie des „Auch-die-andere-Seite-Hörens“ (s. oben, S. 317). Die bürgerliche Position L.s, der sich nicht um eine kritische Sicht der eigenen Arbeit in der Vergangenheit kümmert und auch heute wenig um eine fortschrittliche Haltung als bürgerlicher Historiker bemüht ist, führt ihn methodologisch zum bürgerlichen Objektivismus.

Auch L. stellt sich als Historiker die Frage nach der Entwicklung und sucht den Fortschritt in dieser. Er gelangt jedoch nicht zur Erkenntnis der objektiven Gesetzmäßigkeit der historischen Entwicklung. Er glaubt, den Ausgangspunkt für die Erforschung von Entwicklung und Fortschritt in der Niederlausitz in der Geisteshaltung der erwähnten Gutsherrenideologen, der „Moderaten“ und „Rigoristen“, gefunden zu haben. Er geht aus von der „Kulturlosigkeit“ der slawischen, sorbischen bäuerlichen Bevölkerung und zeichnet die Fortschritte in der Zurückdrängung des Sorbischen und in der „deutschen Kulturbringung“.

So gelangt er auch zur Formulierung vom niederlausitzischen „Kulturschatten“ in nächster Nachbarschaft des „mitteldeutschen Kulturraumes“ um 1800 und findet die Ursache dafür besonders in der Existenz des Sorbischen, anstatt von der zeitgenössischen Feststellung des ebenfalls zitierten Oberamtsrates von Klinguth auszugehen, daß die überlebten gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse „zu Beförderung der geistigen Ausbildung, der Landeskultur und Industrie . . . nicht geeignet“ sind (s. oben, S. 319).

L. gerät in eine zutiefst nationalistische Konzeption der niederlausitzischen Landesgeschichte.

<sup>24</sup>) *Lehmann, R.*, Herrschafts- und Gutsbauern. S. 45.

<sup>25</sup>) *Lehmann, R.*, Klassizismus. S. 91.

Daß genau das Gegenteil nottut, betont jetzt auch wieder ein Beschluß der KPdSU vom 9. Januar 1960. Daraus entnehmen wir: „Die Parteiorganisationen und -komitees müssen bei der Propagandaarbeit die *nationalen Besonderheiten* der verschiedenen Bevölkerungsschichten unseres Landes streng berücksichtigen und das Schwergewicht auf die internationale Erziehung der Werktätigen, auf die weitere Festigung der Freundschaft der Völker, auf die ständige Annäherung und allseitige gegenseitige Bereicherung der sozialistischen Nationen legen. Es muß ein unversöhnlicher Kampf gegen Erscheinungen des bürgerlichen Nationalismus und Tendenzen zur Idealisierung und zur Vertuschung der sozialen Widersprüche der Vergangenheit geführt werden sowie gegen die Entstellung der wahren Geschichte irgendeiner Nation und ihrer gegenseitigen Beziehungen zu den anderen Völkern der UdSSR, gegen einzelne Erscheinungen der nationalen Abgeschlossenheit und Exklusivität.“<sup>26)</sup> Diese Forderungen haben volle Gültigkeit auch für unsere Geschichtsschreibung.

L. gelangt jedoch mit seiner Konzeption in die weitgestreckten Gefilde der imperialistischen deutschen „Ostforschung“, zumindest in ihre unmittelbare Nachbarschaft. Auf die Charakterisierung der „Ostforschung“ braucht hier nicht eingegangen zu werden. Dazu ist schon manches gesagt worden.<sup>27)</sup> Auch die Verwandtschaft von L.s Thesen und Formulierungen über „Kultur-schatten“, „Deutsche Kulturmission“ und andere mit den entsprechenden Schlagworten der „Ostforschung“ ist überaus offensichtlich.<sup>28)</sup>

Aber L. verweilt in dieser Nachbarschaft auch überall da, wo die Geschichte vor und nach 1945 gestreift wird. Wie anders kann man z. B. folgenden Satz verstehen: „Auch aus dem Niedergang, den der erste Weltkrieg herbeiführte,

<sup>26)</sup> Über die Aufgaben der Parteipropaganda unter den gegenwärtigen Bedingungen. Beschluß des ZK der KPdSU vom 9. Januar 1960. In: Neues Deutschland, Nr. 14 vom 14. Jan. 1960, S. 5–6.

<sup>27)</sup> Es seien hier nur genannt: *Gentzen, F.-H., Kalisch, J., Voigt, G. und Wolfgramm, E.*: Die „Ostforschung“ – ein Stoßtrupp des deutschen Imperialismus. In: ZfG, 6. Jg. (1958), Nr. 6, S. 1181–1220. *Paschuto, W. T.*, Die „Ostforschung“ als Ideologie des westdeutschen Revanchegeistes. In: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswiss. Beiträge 1959, Nr. 6, S. 599–616.

<sup>28)</sup> Aus dem in Anm. 27 genannten Artikel der ZfG hier nur noch folgendes Zitat: „Die Thesen von der ‚Überlegenheit der Deutschen‘ über die Slawen und der ‚deutschen Kulturmission im Osten‘ sind Ausdruck des bürgerlichen Nationalismus, der seit der mißlungenen Revolution von 1848 immer mehr das Geschichtsbild in Deutschland bestimmte. Das Schlagwort von der ‚slawischen Gefahr‘ kam in Deutschland im Zusammenhang mit der kapitalistischen Entwicklung und der Herausbildung des Nationalbewußtseins unter den slawischen Völkern auf. Es diente zur Rechtfertigung der preußischen Germanisierungspolitik in den polnischen Provinzen Preußens und sollte gleichzeitig den Ostexpansionsplänen der deutschen Imperialisten einen defensiven Anstrich verleihen. Im Repertoire des Alldeutschen Verbandes und des Deutschen Ostmarkenvereins nahm es einen beherrschenden Platz ein.“ Ebenda, S. 1184, Anm. 6.

erhob sich die Heimat in den nächsten beiden Jahrzehnten zu neuem kulturellem Aufschwung.“<sup>29)</sup> Mit einer derartigen Einschätzung des Faschismus, wenn auch nur sozusagen „en passant“, können wir uns nicht einverstanden erklären. L.s. Feststellungen über die Entwicklung nach 1945 als einer Einengung des Heimatgefühls „durch Überfremdung und starre Dogmen“ wollen wir nur zustimmen, wenn damit an die Oktroyierung amerikanischer Lebensweise im Westen unseres Vaterlandes gedacht ist. Das ist aber aus dem Kontext gar nicht ersichtlich.<sup>30)</sup>

Das mag genügen. Ausgehend von seiner bürgerlichen Position ist L. über den bürgerlichen Objektivismus und seine eindeutig nationalistische Konzeption der niederlausitzischen Landesgeschichte in einigen Punkten beträchtlich in die Nähe der westdeutschen imperialistischen „Ostforschung“ geraten.

Aber hat L. mit seinem Werk zur Beantwortung der Lebensfragen der deutschen Nation beitragen können? Diese Aufgabe stellt sich doch auch L., wie aus den allgemeinen Betrachtungen in Einleitung und Schluß seiner Werke zu verstehen ist. Der pessimistische Ton gerade dieser allgemeinen Betrachtungen in seinem Buch über die klassizistisch-romantische Epoche zeugt nicht davon. Eben diese Aufgabe hat sich die marxistische Geschichtswissenschaft gestellt. In den Betrachtungen und Schlußfolgerungen des Präsidiums der Deutschen Historiker-Gesellschaft über die Ereignisse auf dem Trierer Historikertag im Herbst 1958 heißt es darüber: „Die marxistische Geschichtswissenschaft hat aus der objektiven Erforschung besonders der neueren Geschichte des deutschen Volkes die Lehre gezogen, daß ohne die Überwindung der Kräfte, die Deutschland in die Katastrophe zweier Weltkriege führten, der in Westdeutschland wiedererstandenen Kräfte des Militarismus und Imperialismus, Deutschland keine Perspektive haben kann.“ Und weiter: „Die marxistischen Geschichtswissenschaftler der DDR sind weiterhin bereit, mit allen bürgerlichen Historikern zusammenzuarbeiten, die sich mit der von Aubin verkündeten und praktizierten Linie nicht identifizieren. Die politischen und kulturellen Interessen der deutschen Nation erfordern diese Zusammenarbeit. Sie liegt auch im Interesse der Entwicklung einer solchen Geschichtswissenschaft in ganz Deutsch-

<sup>29)</sup> *Lehmann, R.*, Klassizismus, S. 335. Vgl. dazu auch folgende Meinung L.s.: „Das Dritte Reich brachte als Erfüllung uralter deutscher Sehnsucht die Verschmelzung aller deutschen Länder und den einheitlichen Zusammenschluß aller Deutschen.“ (*Lehmann, R.*, *Gesch. d. Mgrt. NL, a. a. O.*, S. 471).

<sup>30)</sup> Und an anderer Stelle formuliert L.: „Im Hinblick auf die Überfremdung, die über deutsche Menschen hereingebrochen ist . . .“ (*Lehmann, R.*, *Klassizismus*, S. 91 und 335). Ebenda wird auch geschrieben: „Da brachte der Ausgang des zweiten Weltkrieges mit seinen furchtbaren Folgen, von denen die Niederlausitz wie der gesamte deutsche Osten besonders schwer betroffen wurden, einen Zusammenbruch, wie er ähnlich im Leben eines Kulturvolkes nur etwa in der Spätantike erlebt wurde.“ Wir wollen dem Letzten unsererseits eine andere Analogie entgegenhalten: Von Jena und Auerstädt spricht Engels als von der „rettenden Niederlage“. (Vgl. *Engels, Fr.*, a. a. O., S. 572–573).

land, die Antwort auf die Lebensfragen der Nation zu geben vermag, indem sie die erforderlichen Lehren aus der deutschen Geschichte zieht.“<sup>31)</sup>

Wir sind auch am Beispiel der Niederlausitz Zeuge dessen, welche außerordentlichen Perspektiven sich nach Lösung der Lebensfragen in Deutschland, nach der Überwindung der Kräfte des Militarismus und Imperialismus vor uns eröffnen. Die Niederlausitz steht nicht mehr im „Schatten“, sondern im Mittelpunkt unseres sozialistischen Aufbauwerkes, das dem Frieden dient und die Achtung aller friedliebenden Völker erwirbt. Und dies ist in der Niederlausitz das gemeinsame Werk deutscher und sorbischer Menschen.

<sup>31)</sup> Trier – und wie weiter? Berlin 1959, S. 62–63.

JAN ŠOLTA

#### RUHRBERGBAU – GESCHICHTE, AUFBAU UND VERFLECHTUNG SEINER GESELLSCHAFTEN UND ORGANISATIONEN.

*Unter Mitwirkung der Gesellschaften des Ruhrbergbaus zusammengestellt und bearbeitet von Gerhard Gebhardt, Verlag Glückauf, Essen 1957, 580 Seiten, Preis 28,00 DM.*

Auf dem Schutzumschlag dieses umfangreichen Bandes bemerkt der Glückauf-Verlag Essen, daß es sich im vorliegenden Fall „um ein Handbuch über einen der wichtigsten Abschnitte der deutschen Wirtschaftsgeschichte voller aktueller Bezüge auf die Gegenwart“ handelt. Diesen Worten, die der Bedeutung eines derartigen Buches gerecht zu werden suchen, haftet mehr Wahrheit an, als man auf den ersten Blick glauben mag. Damit soll auf keinen Fall schon ein Werturteil über den Inhalt gefällt werden.

Das Buch gliedert sich in mehrere Teile. Verlag und Bearbeiter bemerken zu dem von ihnen gewählten Aufbau: „... neben einer kurzen und sachlich gefaßten Übersicht über die allgemeine Entwicklung des Ruhrbergbaus, deren Schwerpunkt wiederum bei der Entwicklung der Organisationen und Gemeinschaftsunternehmen liegen mußte“, versuchte man, „eine möglichst lückenlose, sehr sachliche (hervorgehoben von mir – E. W.) und unvoreingenommene Darstellung der Entwicklung jeder einzelnen heute noch tätigen Gesellschaft zu geben.“ Wer ist das Autorenkollektiv, das von sich behauptet, eine „unvoreingenommene“ Darstellung fertiggestellt zu haben? – Antwort auf diese Frage erhält der Leser noch im Vorwort, wo es heißt: „Wir sind den Bergwerkgesellschaften des Ruhrbergbaues zu großem Dank verpflichtet, daß sie diese Mitarbeit in der verständnisvollsten Weise bereitwillig auf sich genommen haben.“

Es handelt sich also bei dem vorliegenden Buch um ein im Interesse des Monopolkapitals geschriebenes, ja unter seiner direkten aktiven Mithilfe entstandenes, von Gerhard Gebhardt nur bearbeitetes Werk.

In dem am Schlusse des Buches angefügten Quellen- und Literaturverzeichnis sind ausschließlich gedruckte Titel aufgeführt. Es ist anzunehmen, daß diese Dokumentation den Bearbeitern genügt hat, sie haben nicht einen Blick in den hervorragenden Aktenbestand des Archives des Oberbergamtes Dortmund geworfen noch haben sie die Bestände der Staatsarchive Münster und Düsseldorf, geschweige denn irgendein Betriebsarchiv benutzt. Alle aus der vorhandenen Literatur nicht zu klärenden Fragen wurden dann wahrscheinlich mit Hilfe der Konzerne beantwortet.

In der bibliographischen Übersicht fehlt auch Literatur, die sich kritisch entweder mit der Geschichte einzelner Unternehmen auseinandersetzt oder Spezialprobleme des Ruhrgebietes beleuchtet. Das trifft nicht nur auf die Literatur zu, die nach 1945 in unserer Republik erschienen ist, sondern auch auf solche Publikationen, die während der Zeit des Faschismus im Ausland verlegt wurden. Aus dieser Sachlage heraus ergibt sich, daß wir uns sehr skeptisch gegenüber dem Adjektiv „unvoreingenommen“ und dem von den Autoren sich selbst zugestandenen Prädikat „sehr sachlich“ verhalten müssen. Arbeiter oder Gewerkschaftsführer sind bei der Ausarbeitung nicht hinzugezogen worden. Allerdings machen sich solche Gewerkschaftsführer wie Gutermuth mitschuldig an der Endfassung dieses Buches, da sie ja als Aufsichtsräte bedeutender Ruhrkonzerne zweifellos zu den führenden Vertretern der zu Rate gezogenen Gesellschaften gehören, die an der Ausarbeitung unmittelbar beteiligt waren.

Der allgemeine Überblick beginnt mit einem Abschnitt, der den vielsagenden Titel „Geschichtliche Grundlagen“ (S. 1) trägt.

In lockerer, etwas zufälliger Form werden einzelne Punkte der Entwicklung des Ruhrgebietes im großen Sprunge auf zwei Seiten von der Römerzeit bis zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts dargestellt. Es ist nicht viel, was unter dieser vielsagenden Überschrift geboten wird. Auf keinen Fall steht der Inhalt des Abschnittes in einem realen Verhältnis zu den Ankündigungen der Überschrift.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß in den folgenden Teilen des Buches noch einiges zur Frühentwicklung des Bergbaus ergänzt wird. Vor dem falschen Glorienschein der bei uns überwundenen idealistischen preußisch-deutschen Geschichtsschreibung machen die Verfasser von Anfang an ihre Verbeugungen. Dem „erneuerungsfreudigen und energischen Preußenkönig Friedrich dem Großen“ wird der erste Verdienst an einem Aufblühen des Ruhrbergbaus zugeschrieben (S. 2). Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die gewerbliche Entwicklung Preußens vor allem gegen Ende seiner Regierungszeit nicht zu übersehende Fortschritte machte. Aber die Autoren unterschlagen durch diese Überbetonung die wirklichen Triebkräfte. Es ist das Drängen der kapitalistischen Entwicklung, das die absoluten Herrscher dazu zwingt, der Bourgeoisie manche Konzessionen – nicht selten ungewollt – zu machen. Das war nicht nur in den



westlichen Provinzen Preußens so; erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an verschiedene Maßnahmen Heinrich von Trebras ungefähr zur gleichen Zeit im kursächsischen Erzbergbau und an die Bestrebungen privater Gewerke noch in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts in Schlesien.

Bei der insgesamt in dem vorliegenden Buch vorherrschenden Tendenz, die Wirkungsweise der jeweils herrschenden Klasse uneingeschränkt als historisch positiv zu dekretieren, verfällt das Autorenkollektiv in einen Fehler, der uns als Marxisten dazu zwingt, besonders in der Frühzeit der kapitalistischen Entwicklung das Wirken der rheinisch-westfälischen Bourgeoisie in bestimmten Situationen bis weit hinein in das 19. Jahrhundert wissenschaftlich genauer und damit günstiger zu beurteilen, als es im Buch geschieht!

Es gab Zeiten, in denen die Bourgeoisie, auch die an Rhein und Ruhr, in einem Gegensatz zur herrschenden Klasse in Deutschland stand. Aber alle die Zugeständnisse, welche die Regenten der deutschen Teilstaaten der Bourgeoisie machten, halten keinen Vergleich mit den Errungenschaften aus, die sich zum Beispiel die englische Bourgeoisie etwa zur gleichen Zeit über ein Jahrhundert nach ihrer Revolution im Gefolge der industriellen Revolution sicherte. In diesen Jahrzehnten war die kapitalistische Entwicklung des Bergbaus in Deutschland noch durch das Direktionsprinzip gehemmt. Gegen dieses System kämpften die Ruhrzechenbesitzer noch während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Warum vergißt man im Buch diese Seite? Man denke in diesem Zusammenhang weiter auch an den Widerstand gegen die Abführung des Zehnten bis zum Fall des Direktionsprinzips z. B. in Dortmund und ähnliches. Das war nicht nur so in Westfalen, nein, auch in Schlesien! Das war der Kampf, den damals die Ruhrzechenbesitzer gegen die Nachfolger des im Buch fast als Vater des Ruhrgebietes gepriesenen Friedrich führten!

Ein einziges Beispiel, vielleicht hat es die Endredaktion übersehen, deutet auf diese ernstesten Konflikte hin, ohne jedoch — wie es typisch für die Gesamtanlage des Buches scheint — näher darauf einzugehen. Auf S. 133 heißt es in der Darstellung der Geschichte der Bergwerke Essen-Rossenray Aktiengesellschaft Essen: „Im Jahre 1623 erhielten Lipperheide und Genossen die Erlaubnis zum Anlegen des Stollens-Sälzer AK zur Kohlegewinnung . . . Der Betrieb ist, wie alten Akten zu entnehmen ist, im Jahre 1775 eingestellt worden, weil kein Bergzehnter bezahlt war.“

Im Bestreben der Bourgeoisie lag es damals, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse gegen den Willen des Adels zu festigen. Nur in dieser Beziehung haben solche Sätze überhaupt eine historische Berechtigung, in denen es z. B. heißt: „Mathias Stinnes der Ältere, nach dem das Grubenfeld und die dann gegründete Gewerkschaft Mathias Stinnes benannt worden sind, war bereits 1845 gestorben. Er ist ein Mann von außerordentlicher Tatkraft gewesen, der — vom Kohlehandel ausgehend — in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts viel für die Entwicklung des Ruhrbergbaues und für den Absatz geleistet hat.“ (S. 420, Geschichte der Mathias Stinnes AG Essen). Aber der Standpunkt der Verfasser des Buches gleicht in dieser Frage dem einer alten Jungfer, die mit

moralisierend erhobenen Zeigefinger mißglückte Jugendgelüste durch Verschweigen in Abrede zu stellen sucht.

Das gleiche zeigt sich noch einmal deutlich in den folgenden Partien der Darstellung. Ängstlich vermeiden die Autoren den Begriff Revolution. Auf S. 15 heißt es, „nach den politisch bewegten Jahren 1848 bis 1851 machten sich freiere Anschauungen bemerkbar“. Die bürgerliche Revolution und die ersten Jahre der politischen Reaktion werden damit in einen Topf geworfen. Die Erinnerung an die Revolutionszeit scheint unangenehm. Man gebraucht hier nicht solche Worte wie „erneuerungsfreudig“ und „energisch“. Es heißt nur, daß sich freiere Anschauungen bemerkbar machen. Es wird nicht gesagt, auf welchem Gebiet. Politische Freiheiten können damit schwerlich gemeint sein. Man scheut sich einzugestehen, daß auch die rheinisch-westfälische Bourgeoisie noch während der Barrikadenkämpfe die Revolution verriet und sich dafür wirtschaftliche Vorteile erkaufte. Das ist jedoch nicht alles. Durch eine derartige Darstellung wird die geschichtliche Tatsache zu leugnen versucht, daß alle die neuen, die kapitalistische Entwicklung fördernden Gesetze gerade deshalb, trotz des Scheiterns der Revolution, von der Bourgeoisie erfeilscht werden konnten, weil die Massen für die Ziele der Bourgeoisie gekämpft hatten. Die Autoren versuchen hier, bewußt zu verschweigen, welche Kraft trotz aller Unvollkommenheit in den Aktionen der Volksmassen lag.

Einen vom Material her gesehen nicht ungünstigen Eindruck hinterlassen die kurzen, an verschiedenen Stellen eingefügten Ausführungen zur technischen Entwicklung. Leider verliert die Darstellung an Wert, weil zuwenig die Beziehung zum Gesamtkomplex der industriellen Revolution und Industrialisierung überhaupt hergestellt worden ist. Die spezifischen Eigenarten des Vordringens der Technik im Bergbau, den unterschiedlichen Verlauf (Der wichtigste Teil der Produktion, die Gewinnung, wird zuletzt ergriffen. In den meisten anderen Industriezweigen beginnt die Mechanisierung im wesentlichsten Teil des Arbeitsprozesses.) gegenüber anderen Industrien sowie die qualitativ unterschiedliche Bedeutung der Maschine für den Arbeiter einerseits und die Unternehmer andererseits, wird kaum angedeutet. Dazu hätte es nicht unbedingt einer seitenmäßigen Erweiterung der entsprechenden Abschnitte bedurft.

Auch die folgenden Absätze bringen, trotz starker Vorbehalte, vor allem infolge der Darstellungsmethode, einige nicht uninteressante Feststellungen. So datiert man z. B. die erste Wirtschaftskrise des Ruhrgebietes im Jahre 1857 (S. 20). Die damit in enger Verbindung stehende Gründung des Vereins für bergbauliche Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund wird allerdings wiederum zu stark vom „rein“ wirtschaftlichen Standpunkt eingeschätzt. Verschwiegen wird, das wird auch durch die Nennung des Märkischen Gewerkvereins nicht ausgeglichen, daß ähnliche – wenn auch lockere – Organisationen schon eine bestimmte Tradition, auch als Kartelle, besaßen.

In seiner Arbeit „Die geschichtliche Entwicklung der Dortmunder Schwerindustrie“, die im übrigen im Literaturverzeichnis des vorliegenden Buches nicht enthalten ist, nennt Hans Willi Hinkers vierteljährliche Besprechungen

der Ruhrzechenbesitzer, die 1853 zu ersten Preisvereinbarungen führten. Weiter weist er darauf hin, daß 1855 sich märkische Zechenbesitzer zum Zwecke einer Preiserhöhung versammelten und behauptet, daß seit 1850 ein Förderband bestanden hat.

Auf S. 21 des zu besprechenden Buches wird kurz das Programm des Vereins für bergbauliche Interessen erwähnt. Es heißt dort, daß die Aufgabe des Vereins war: „Förderung des Absatzes, Ausbau neuer Verkehrswege, Ermäßigung der Eisenbahntarife, Ermäßigung der Abgaben (Zehnten) und Befreiung des Bergbaues von den letzten Fesseln staatlicher Bevormundung.“

Hinkers aber vermittelt uns weit mehr allein durch eine solche Feststellung, daß z. B. noch während der Krise am 20. 10. 1857 der Beschluß gefaßt wurde, die Preise zu halten, dafür die Löhne zu senken. Wesentlich wird im Band „Ruhrbergbau“ diese gegen die Arbeiterklasse gerichtete Maßnahme der Zechenbesitzer verschwiegen. Der immer mehr in den Hintergrund tretende Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Junker dagegen, der Kampf gegen die feudalen Reste — bei der Darstellung früherer Jahrzehnte von den Verfassern bewußt übersehen — wird hier genannt.

Bei der Betrachtung der Abschnitte zur Entwicklung von 1870 bis 1914 fehlt so manches Wichtige. Zwar kann man die Politik der Zechenherren oberflächlich erkennen, die den Monopolisierungsprozeß beschleunigt und schließlich in der Gründung des Rheinisch-Westfälischen Steinkohlensyndikats kulminiert. Aber die Autoren gehen auf solche Probleme wie die Auswirkung des deutsch-französischen Krieges, die Krise von 1873 und die Schutzzölle Bismarcks nur sehr oberflächlich bzw. gar nicht ein. Im ganzen bleibt die Darstellung dieses Zeitraumes in einer platten, lückenhaften Beschreibung stecken, ohne dabei etwa z. B. auch nur die Tiefe von Wiedenfeldt (Wiedenfeldt, Kurt: „Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat“, Bonn 1912) zu erreichen, was man nicht nur durch den geringen zur Verfügung stehenden Raum entschuldigen kann.

In den im quantitativen Hauptteil des Buches zusammengestellten Betriebsgeschichten findet man noch den einen oder anderen interessanten Hinweis. Z. B. steht auf der S. 200 in dem Abschnitt, der der Geschichte der Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft gewidmet ist, folgende nicht uninteressante Ausführung: „Die Ende 1873 einsetzende Wirtschaftskrise traf die GBAG wegen den bei guten Lagerungsverhältnissen geringen Gesteigungskosten deshalb nicht so schwer wie viele andere Zechen mit schlechteren Flöz- und Lagerungsverhältnissen. Da ferner auch die Tagesanlagen der beiden Schachtanlagen bei Eintritt der Wirtschaftskrise fertig ausgebaut waren und deshalb in den folgenden schweren Jahren keine nennenswerten Investitionen mehr erforderten, konnte die GBAG auch in den schlechten Wirtschaftsjahren mit Überschuß arbeiten, so daß sie ihre Aktionäre nie ohne Dividende ließ.“ Diese Zeilen lassen ahnen, in welchem Ausmaß sich der Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals und der Produktion gerade in diesen Jahren vollzog. Leider fehlt auch nur der Versuch einer Analyse, einer zusammenfassenden Betrachtung zu solchen oder ähnlichen Problemen.

Das reine Beschreiben bestimmter Erscheinungen, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, das Wesen derselben aufzuspüren, zeigt sich wieder besonders deutlich in dem „Erneute Beteiligung des Staates am Ruhrbergbau nach der Jahrhundertwende“ überschriebenen Abschnitt. Weder wird die veränderte Stellung der Ruhrzechenbesitzer im Staate beleuchtet, noch wird dem Staat eine rückliegende Entwicklung zugebilligt. Im ganzen Buch wird ohne Rücksicht auf bestimmte historische Etappen Staat gleich Staat gesetzt. Durch die ganze Darstellung klingt ein Unterton, der bis zu einem bestimmten Grad den Eindruck erwecken soll, als ob die hauptsächlichste Seite am Verhältnis der Ruhrzechen zum Staat in der zweiten Hälfte des 19. und im 20. Jahrhundert die Gegensätze gewesen seien, dagegen das Gemeinsame, das Sekundäre. Da die Autoren hierbei sich auch wieder auf das Gebiet des „rein“ Wirtschaftlichen orientieren, die politische Rolle der Ruhrmagnaten zu ignorieren suchen, bleibt das Ganze auch in dieser Beziehung sehr unvollkommen und widerspricht dem wirklichen Verlauf der historischen Entwicklung. Ein Begriff wie „staatsmonopolistische Tendenz“ taucht nicht auf. Auch ein der bürgerlichen Vorstellungswelt entnommener, scheinbar adäquater Terminus findet sich nicht.

Je näher die Darstellung der neuesten Geschichte zustrebt, desto mehr vermißt man ein Wort zur politischen Rolle des Ruhrkapitals. „Am 1. Januar 1931 zum Beispiel beschloß das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, daß jedes dem Syndikat angehörende Unternehmen pro Tonne verkaufter Kohle 0,05 Mark zur Finanzierung der NSDAP geben sollte.“<sup>1)</sup> Zu solchen sich aus derartigen Feststellungen ergebenden schwerwiegenden Kritiken und Vorwürfen am Ruhrbergbau, zweifellos lassen sich mit Leichtigkeit noch weitere Beispiele anführen, wissen die Autoren nichts anderes zu tun als zu schweigen.

Doch damit nicht genug. Nachdem man auf S. 58 berichtet hat, daß am 5. September 1945 auf Beschluß der Militärregierung das „Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat“ in Liquidation trat und der Verein für bergbauliche Interessen suspendiert und unter Sequesterverwaltung gestellt wurde, erdreistet man sich, wider besseres Wissen zu zitieren und sich der Behauptung anzuschließen: „... , daß diese Organisationen nicht Instrumente des Nationalsozialismus waren, sondern sich trotz des Dritten Reiches, vielfach unter Gefährdung durch das nationalsozialistische Regime, auf Grund ihrer fachlichen Notwendigkeit gehalten hatten“ (S. 59). Von der von den Autoren angeblich als Leitmotiv gewählten Sachlichkeit bleibt angesichts derartiger Vergewaltigungen der geschichtlichen Wahrheit nichts übrig. O nein, diese Organisationen waren nicht nur nationalsozialistisch, sie waren die Nährmütter der braunen Schlammschlurpe in Deutschland!

Die Darstellung der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung von 1933 bis 1945 läßt ahnen, wie sehr der Faschismus z. B. durch die Verordnung über die Bildung der Wirtschaftsgruppen oder das Gesetz über die Zulegung von

<sup>1)</sup> *Kuczynski, Jürgen*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland. Berlin 1953, Bd. II, 1, S. 21/22.

Bergwerksfeldern den stärksten und größten Ruhrmagnaten entgegenkam, wie der faschistische Staat der Staat der Ruhrzechenherren war. Dabei wollen wir dem Autorenkollektiv auch hier wieder gern bescheinigen, daß es sich auch in diesem Falle redlich Mühe gab, diese für sie unangenehmen Tatsachen zu vertuschen.

Eine ganze nichtssagende Seite ist im Teil „Allgemeiner Überblick“ der Rolle des Ruhrbergbaus während des zweiten Weltkrieges gewidmet. In den meisten der Betriebsgeschichten finden sich nur Hinweise, wie der Betrieb weiterwuchs und in welchem Ausmaß Luftangriffe – allerdings auch nur in allgemeinen Feststellungen – Beschädigungen hervorriefen.

Nicht eine Silbe wird über den Geschäftsgang verloren, kein Wort über Ausbeutung von ausländischen Arbeitskräften.

Diese eine Seite ist zuwenig! Sie ist zuwenig, als daß sie die Schuld verdecken könnte, die solche Herren während des Krieges auf sich geladen haben wie Krupp, Stinnes, Flick und andere.

Liest man den Titel des Buches: Ruhrbergbau – Geschichte, Aufbau und Verflechtung seiner Gesellschaften und Organisationen, so ist man schon darauf vorbereitet, daß der Teil der Ausführungen, der sich mit Problemen der Arbeiterklasse beschäftigt, seitenmäßig nicht an erster Stelle steht. Schließlich aber ist das wichtigste in jedem Produktionsprozeß der arbeitende Mensch. Wie jedoch in diesem Buch mit der Geschichte der Lage und des Kampfes der Arbeiterklasse verfahren wird, ist einfach unvorstellbar. Von den insgesamt 580 Seiten des Buches sind im Höchstfall drei bis fünf insgesamt der damit verbundenen Problematik „gewidmet“.

Auf S. 24 wird kurz auf die Geschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung eingegangen. Genannt wird die Lassalleanische Gründung in Berlin im Jahre 1868. Obwohl diese Organisation im Ruhrgebiet nie sonderliche Bedeutung erlangte, wird andererseits die Organisation des revolutionären Flügels, die sich unter direkter Mithilfe von Marx und Engels in den Jahren 1868 bis 1870 vollzog, verschwiegen. Freilich war der Vorort dieser Organisation Zwickau, jedoch organisierten sich darin auch Bergleute des Essener Revieres. Als nächster Höhepunkt wird die Gründung des Bergarbeiterverbandes in Dorstfeld erwähnt, ohne auch nur mit einem Wort auf den großen Streik des gleichen Jahres einzugehen. Allerdings, nachdem die Gründung des christlichen Gewerkvereins im Jahre 1894 fälschlicherweise als bloße Fortsetzung auch der katholischen Knappenvereine charakterisiert und genannt wird, wird der Streik doch erwähnt. Jedoch geschieht das nur in dem Zusammenhang, daß die Zechenherren einen Ausstands-Versicherungsverband gründeten. Das ganze Kapitel wird mit „Gründung sozialpolitischer Organisationen“ überschrieben und läßt die eigentlichen Ursachen, nämlich die zunehmende Verschärfung der Ausbeutung und Zuspitzung des Klassenkampfes völlig außer acht.

Auch in den folgenden Kapiteln kommt man nicht umhin, einige Ausführungen zumindest zur Lage der Arbeiter zu machen. Auf welche Art und Weise das geschieht, zeigt am besten das folgende Zitat: „Über den technischen und

wirtschaftlichen Fortschritt wurden auch die Schutzmaßnahmen für den Bergmann nicht vergessen. Für Unglücksfälle wurden Grubenwehren und Rettungstrupps gebildet. Schon zu Beginn des Jahrhunderts war ein Gasschutzgerät für den Grubenbetrieb entwickelt worden. 1907 beteiligte sich eine deutsche Grubenrettungsmannschaft der Zeche Shamrock an den Rettungsarbeiten für die bei dem großen Grubenunglück in Courières eingeschlossenen französischen Bergleute. Der Bergbauverband setzte daraufhin einen besonderen Ausschuß mit der Aufgabe ein, das Grubenrettungswesen im Ruhrrevier einheitlich zu organisieren. Im Jahre 1910 entstand daraus die Hauptstelle für das Grubenrettungswesen beim Verein für die bergbaulichen Interessen“ (S. 37).

Die Sätze stellen die Problematik des historischen Geschehens in und mit arroganter Frechheit auf den Kopf. Die Zeit ist noch nicht zu lange vorbei, als daß sich nicht der eine oder andere alte Kumpel aus dem Ruhrgebiet an diese Jahre erinnern könnte. Was das Verfasserkollektiv bei seiner „unvoreingenommenen“ Darstellung vergaß, wollen wir hier nachtragen und ohne auf jedes Detail eingehen zu können, richtigzustellen versuchen. Es waren nicht die Zechenherren, die alles dies freiwillig, von sich aus organisierten. In zähem Kampf rangen die Kumpel das eine oder andere dem Kapital ab! 1889, 1905 und 1912 sind Jahre, in denen die Bergarbeiter streikten. Gegen jeden dieser Streiks suchten die Zechenherren brutal vorzugehen. Manche Streikforderung wurde unbarmherzig abgelehnt. Darunter war vieles, das dann später doch der Arbeiterklasse zugestanden werden mußte. Doch das gaben die Kohlen-gewaltigen von Rhein und Ruhr nie freiwillig.

Und dann, wie tüchtig waren doch scheinbar die Ruhrmagnaten! Eine Grubenwehr schickten sie nach Frankreich! Ein großes Unglück war dort, 1235 Menschen kamen infolge der Profitsucht der französischen Kapitalisten dabei ums Leben! Aber fragen wir weiter, wie bewährten sich denn die Grubenwehren im Ruhrbergbau selbst bei Unglücken, gab es da keine?

Im Teil „Allgemeiner Überblick“ wird nur das eine schon genannte große Unglück in Frankreich erwähnt, Unfälle in Deutschland werden da nicht genannt. Doch man konnte sie nicht ganz verschweigen. Im Kleindruck liest man in der Geschichte des „Hoesch-Steinkohlenbergbau“ auf S. 362: „Im November 1908 ereignete sich auf Radbod eine schwere Schlagwetterexplosion mit nachfolgendem Grubenbrand, der 348 Bergleute zum Opfer fielen. Es war eine der folgenschwersten Grubenkatastrophen in der Geschichte des deutschen Bergbaues.“

Warum zeigt man in der Darstellung mit großen Buchstaben auf den französischen Nachbar und nennt im Kleindruck nur das Unglück in Radbod? — Wie soll man das Adjektiv „folgenschwer“ verstehen? 348 Menschen kamen ums Leben, deren Kameraden und Hinterbliebene trauerten und die Zechenherren anklagten.

Der Bergarbeiter und Dichter Kämpchien faßte die Stimmung der Kumpel in folgende eindringliche Verse:

Sie, die da unten liegen  
 unter Trümmern und Schutt,  
 die Toten von Radbod  
 sind doch nicht tot!

Sie winseln und wimmern nicht,  
 sie klagen und jammern nicht.  
 Sie heischen Gericht!  
 Sie fordern Sühne!<sup>2)</sup>

Und wenn schließlich die weiter oben genannte Grubenrettungsstelle auf Grund weitgehender Forderungen der Bergleute geschaffen wurde und in Preußen und Sachsen Gesetze über die Einführung sogenannter Sicherheitsmänner in Kraft traten (Diese waren sehr schlecht und brachten den Arbeitern nur geringe Möglichkeiten bei der Beteiligung an der Grubensicherheitskontrolle. Zu Recht gaben die Kumpel solchen „Errungenschaften“ den Namen „Weiße Salbe“.), so war nicht das Unglück in Frankreich der Anlaß, sondern die Unglücke in Deutschland, nicht zuletzt das auf Radbod! Das war allerdings auch folgenschwer!

Je näher die zeitliche Darstellung der Gegenwart rückt, desto spärlicher werden die Ausführungen, die sich – sei es auch noch so falsch und geringfügig – mit der Lage oder gar dem Kampf der Bergleute auseinandersetzen. Weder wird ein Streik erwähnt, noch sich mit irgendeiner Forderung der Arbeiter auseinandergesetzt, so lange es die Besitzer der Ruhrzechen unmittelbar betraf. Aber hatte die Bourgeoisie anderer Länder schwierige Situationen zu meistern, dann strahlt das Autorenkollektiv.

Brutal und offen, die schwierige internationale Situation der Bergarbeiter verhöhnend, heißt es z. B. auf S. 45: „Eine völlige Wende der Lage brachte dann der am 1. Mai 1926 ausbrechende große Streik der englischen Bergarbeiter, der 7 Monate anhielt. Der dadurch auf dem Weltmarkt in Erscheinung tretende Ausfall einer Förderung von etwa 15 Mill. Tonnen Kohle monatlich bedeutete für den Ruhrbezirk eine so drastische Besserung der Absatzverhältnisse, daß die Anforderungen zum Teil kaum befriedigt werden konnten. An Stelle der Feierschichten mußten bald Überschichten verfahren werden.“

Den Mantel des Schweigens hüllt das Autorenkollektiv um die Ausbeutung der Arbeiter zur gleichen Zeit und in der Weltwirtschaftskrise. Lediglich in dem Teil, der der Geschichte der einzelnen Unternehmen vorbehalten ist, kann man solche oder ähnliche Sätze lesen: „Die um diese Zeit im Ruhrbergbau beginnende Rationalisierung der Betriebe, die sich in Betriebsstillegungen und Zusammenfassungen auswirkte, veranlaßte die Gesellschaft am 3. April 1926, zunächst die Zeche Preußen I stillzulegen (S. 313). . . . Auch in den nachfolgen-

<sup>2)</sup> *Kämpchien, Heinrich*, Das Lied des Ruhrkumpels. Hrsg. von Seifert, Waltraud, und Scherner, Erhard, Berlin 1960, S. 108.

den Jahren der Weltwirtschaftskrise sind die Rationalisierungsmaßnahmen fortgesetzt worden (S. 314). (Geschichte der Harpener Bergbau Aktiengesellschaft).“

Kein Wort findet man zum Kampf der Bergarbeiter gegen dieses skrupellose Vorgehen; nicht eine Silbe findet sich dazu, daß die Grubengewaltigen mit Hilfe des Faschismus alle von der deutschen Arbeiterklasse erkämpften Erwerbungschaften liquidierten und das Proletariat entrechteten.

Im ganzen Buch wird kaum davon gesprochen, welche Rolle die ausländischen Arbeiter im Ruhrgebiet spielten, welche profitablen Ausbeutungsobjekte sie dem Kapital waren. Erst recht nicht wird dieser Umstand erwähnt, als während des zweiten Weltkrieges Kriegsgefangene und ausländische Staatsangehörige gleich Sklaven zur Arbeit getrieben wurden und damit auf diese Weise das Ansehen des deutschen Volkes bei allen ehrlichen Menschen der Welt in Mißkredit gebracht wurde.

Die Herren über Stahl und Kohle waren eifrige Förderer der Nazis. Die Niederlage, die sie mit den von ihnen ausgehaltenen Faschisten erlitten, war vollkommen und von den besten Söhnen des deutschen Volkes, wie Ernst Thälmann, vorausgesagt. Die Ruhrmagnaten trifft am Leid von Millionen Menschen in der Welt mit die Hauptschuld. Von besonderem Interesse sind deshalb auch die Teile des vorliegenden Buches, die sich mit der Entwicklung nach 1945 befassen. Rein seitenmäßig stellen die Verfasser relativ viel Platz dafür zur Verfügung.

An dieser Stelle zeigt sich ein Hauptmangel des Buches ganz deutlich, auf den auch schon hingewiesen wurde. Die Darstellung der Geschichte des Ruhrbergbaues bleibt trotz mancher vergleichenden Einzelheit zu sehr die Historie eines Staates im Staate. Natürlich, wir kennen ja die Autoren, muß das besonders bei der Darstellung jener Zeitabschnitte auftreten, in denen die Ruhrindustriellen eine große geschichtliche Schuld auf sich geladen haben. Worin bestand diese Schuld? Hören wir dazu noch einmal die Worte des USA-Senators Kilgore:

„1. Es ist nicht wahr, daß die deutschen Großindustriellen sich erst im letzten Augenblick und halb gezwungen dem Nationalsozialismus angeschlossen haben. Sie waren von Anfang an seine begeisterten Förderer.

2. Die Unterstützung seitens der deutschen Schwerindustrie und Hochfinanz ermöglichte den Nationalsozialisten die Machtergreifung.

3. Die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Kriegswirtschaft und die fieberhafte Rüstung zum Angriffskrieg erfolgte unter der unmittelbaren Leitung der deutschen Industriellen.“ Und weiter führte er aus: „Die Tatsachen machen diese Industriellen einwandfrei mitschuldig an den von den Nationalsozialisten in ihrer Sucht nach Weltherrschaft gegen die Völker der Erde verübten Verbrechen.“<sup>3)</sup> Weder gehen die Verfasser des vorliegenden

<sup>3)</sup> „Allgemeine Zeitung“ Berlin, den 12. 10. 1945. Organ der USA-Besatzungsmacht. Zitiert in: Weißbuch über die amerikanisch-englische Interventions-



Buches darauf ein noch nennen sie ein solches Dokument wie das Potsdamer Abkommen, das am Ende der dunkelsten Etappe der deutschen Geschichte stand und als Basis für die Entwicklung eines einheitlichen friedliebenden Deutschlands dienen kann.

Warum ist ihnen dieses Dokument so unsympathisch? — Weil es die Bestrafung der für den Krieg und die Naziverbrechen Verantwortlichen forderte. Die schwere Mitschuld der Ruhrzechenbesitzer war klar erwiesen.

Die Autoren suchen diese Tatsache zu umgehen, indem sie lakonisch schreiben: „Nach der Besetzung des Ruhrgebietes übernahm die Militärregierung die Verwaltung der Bergwerke, die auf Grund des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung als beschlagnahmt galten“ (S. 58).

Noch unverschämter verfahren bei der Darstellung der Geschichte ihres Betriebes einige Unternehmer. So wird z. B. die Geschichte der einzelnen Gesellschaften der Gelsenkirchener Bergwerks AG grundsätzlich in den Jahren von 1934 bis 1953 in einem Kapitel zusammengefaßt (S. 265f.). Überhaupt ist die ganze Tendenz des Buches dahingehend angelegt, um zu beweisen, daß das Potsdamer Abkommen überhaupt unreal war und die Maßnahmen der westlichen Alliierten bestenfalls ein historischer Irrtum.

Nach der Nennung der verschiedenen anglo-amerikanisch-französischen Kontroll- und Verwaltungsorgane schätzt man die Liquidation des Ruhrkohlen-syndikats als offensichtlichen Fehler ein, ja versucht dieser Organisation und auch dem Unternehmerverband noch, worauf weiter oben bereits hingewiesen wurde, antifaschistische Züge anzudichten. Aber man preist mit starken Worten die Raffinesse der Kohlenbarone, indem man ihnen nachsagt: „... , daß es dem zäh hinhaltenden und klugen Operieren der leitenden Persönlichkeiten in dem Kreise der früheren Gemeinschaftsorganisationen bis zur Errichtung des DKBL gelungen war, wenigstens den Apparat selbst im wesentlichen zusammenzuhalten . . .“ (S. 59).

Schon im November 1947 gelingt es dem „zusammengehaltenen Apparat“, offiziell wieder zu arbeiten, indem mit Untersützung der westlichen Besatzungsmächte die „Deutsche Kohlenbergbau-Leitung“ (DKBL) gegründet wurde. Als eines der wichtigsten Anliegen betrachtete es diese Institution, „die zum Teil verwaisten Vorstände der Bergwerksgesellschaften neu zu besetzen“, so wurde der „organische Wiederaufbau des Kohlenbergbaues“ begonnen (S. 61).

Dieser Behörde wurde von den Alliierten auch die Vorbereitung der Entflechtung übertragen. Sich ganz dieser völkerrechtlich einwandfreien Forderung, in Potsdam von allen Verbündeten sanktioniert, zu entziehen, trauten sich die Westmächte denn doch nicht. Offiziell in dem Gesetz der Alliierten vom 15. Juni 1950 heißt es dazu, daß „eine übermäßige Konzentration wirt-

politik in Westdeutschland und das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus. Berlin 1951, S. 22.

Alle übrigen Seitenangaben beziehen sich auf das besprochene Buch.

schaftlicher Macht beseitigt und die Entwicklung des Kriegspotentials verhindert werden solle“ (S. 64).

Nach anfänglichen Differenzen zwischen den Alliierten und der DKBL wurde durch Vermittlung der Regierung des Westzonenstaates schließlich 1951 eine Lösung gefunden, die es wiederum ermöglichte, „daß nach der Aufhebung der alliierten Kontrolle und der Rückgewinnung der deutschen Souveränität alsbald in größerem Umfange Rückverflechtungen einsetzten, um die schwersten, durch die Entflechtung verursachten, wirtschaftlichen Störungen zu beseitigen“ (S. 65).

Freudestrahlend wird dies von den Verfassern festgestellt und noch durch folgende Beispiele der einzelnen Bergwerksgesellschaften untermauert:

„Am 22. Dezember 1954 genehmigte die Hohe Behörde sodann den Zusammenschluß der Consolidation Bergbau AG und der Stahlindustrie und Maschinenbau AG mit der Mannesmann AG, so daß nunmehr dem Neuaufbau des Mannesmannkonzerns rechtliche Hinderungsgründe nicht mehr im Wege standen“ (S. 152).

Noch deutlicher heißt es in der Geschichte der Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft: „Somit war es gelungen, die bewährte GBAG, wenn auch in etwas verkleinerter Form, zu erhalten; mit einem Anteil von 16<sup>0</sup>/<sub>10</sub> an der Kohlenförderung und von 17<sup>0</sup>/<sub>10</sub> an der Kokserzeugung im Jahre 1956 ist die GBAG nach wie vor die größte Bergwerksgesellschaft des Ruhrgebietes“ (S. 281).

Man könnte die Beispiele noch beliebig fortsetzen, die unverhohlen die Freude über die Wirkungslosigkeit der westlichen Entflechtung zum Ausdruck bringen. Mit einem weiteren soll es genug sein. In der Geschichte des „Steinkohlenwerk Hannover Hannibal AG Bochum“ heißt es: „Trotz der Entflechtungsmaßnahmen, die den Zechen Hannover und Hannibal vor allem den wirtschaftlichen Rückhalt an der Firma Friedrich Krupp genommen haben, bestehen – abgesehen von der Verbundwirtschaft mit der Krupp Kohlechemie GmbH – auch weiterhin enge Geschäftsverbindungen zu den Unternehmen der Firma Fried. Krupp; . . .“

So dokumentiert die ganze Darstellung der Geschichte nach 1945 die Politik der Zechenherren von Ruhr und Rhein, mit Hilfe der westlichen Besatzungsmächte den deutschen Imperialismus wiedererstehen zu lassen. Natürlich werden auch Meinungsverschiedenheiten genannt, doch diese sind nicht prinzipiell, sondern laufen im Endergebnis auf taktische Erwägungen hinaus. Die Darstellung der diesbezüglichen Problematik im Buch läßt den Widerstand der westlichen Imperialisten im wesentlichen auf zwei Ursachen zurückführen. Einmal waren es wirtschaftliche Fragen, Fragen der rivalisierenden internationalen Monopolverbände (Morgenthauplan u. ä.), und zum anderen galt es, die Welt und vor allem die Arbeiterklasse in Westdeutschland über das wirkliche Wollen des internationalen Monopolkapitalismus im dunkeln tappen zu lassen. Die ehrlichen antifaschistischen Kräfte verloren innerhalb der westlichen Besatzungsmächte immer mehr an Einfluß. Die

Rekonstruktion der alten Unternehmervereinigungen in Gestalt des „Unternehmerverbandes Ruhrbergbau“ und des „Steinkohlenbergbauvereins“ mußte, entsprechend der Politik des internationalen Monopolkapitals, die nächste Konsequenz sein. 1952/53 war es dann soweit.

Man muß jedoch noch auf einen weiteren Fehler hinweisen. Erleichtert hat diese Entwicklung die den Interessen der Arbeiterklasse feindliche Haltung der rechten SPD- und Gewerkschaftsführung. Das Monopolkapital strebte die Wiedererrichtung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats an und verhandelte zu diesem Zweck mit den Gewerkschaften. „Es zeigte sich dabei“, so fassen die Autoren zusammen, „daß die Bergbauunternehmer wie die Gewerkschaften den Gedanken des gemeinschaftlichen Handelns, der 1893 nur gegen viele Widerstände hatte verwirklicht werden können, inzwischen als lebensnotwendig erkannt hatten“ (S. 70). Aber die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft erzwang die Auflösung der „Gemeinschaftsorganisation Ruhrkohle GmbH“, ohne allerdings eine, wenn auch komplizierte, ähnliche Organisation ganz ausschalten zu können.

So ergibt sich als Fazit des ganzen Buches, daß das Monopolkapital an Rhein und Ruhr wieder seine alten Positionen erobert hat bzw. sich anschickt, das Fehlende noch zu erreichen. Diese an sich bekannte Tatsache wird mit unverhohlener Freude zum Ausdruck gebracht.

Die ganze Darstellung ist voller Fälschungen. Sie beginnen beim Auslassen der den Autoren heute unangenehmen historischen Wahrheiten. Die Methoden, die dabei angewandt werden, reichen von einem Verschweigen der Rolle der Volksmassen bis zu einer Verherrlichung angeblicher Leistungen und Verfälschung des Gesichtes der Monopolisten. Sie aber waren es in Wirklichkeit, die Hitler an die Macht verhalfen und die heute erneut den Revanchegeist schüren!

Als Nachschlagwerk und Handbuch finden sich in dem vorliegenden Buch eine Menge Einzelheiten, die allerdings die Verflechtung des Ruhrkapitals mit der gesamten westdeutschen Wirtschaft ungenügend wiedergeben. Jedes Handbuch der Aktiengesellschaften oder ähnliche bieten weit mehr.

Auch die statistischen Teile sind, ganz abgesehen davon, daß man die Aussagekraft der Zahlen (es finden sich auch keine Bemerkungen zur Methode des Entstehens!) nicht überschätzen darf, oberflächlich. Es ist nicht einzusehen, warum teilweise recht willkürliche Sprünge im Jahresabstand zu finden sind. Kein Mensch kann behaupten, daß gerade alle fünf Jahre (z. B. Bruttonproduktion, Arbeitsleistung) typische Ziffern für die Gesamtentwicklung errechnet worden wären. So viel mehr hätte es nicht gekostet, für alle Jahre die Angaben zu bringen. Dadurch wäre der Wert des ganzen Buches wesentlich gestiegen. Lohnangaben sind leider nicht enthalten. Es ist aber anzunehmen, daß die Löhne im Ruhrbergbau, vor allem die Lohnkämpfe und Streiks, oft eine beachtliche Rolle gespielt haben, und bestimmt konnten sich die Zechenherren bei derartigen Anlässen nicht ausschweigen. Das Verfasserkollektiv allein

kennt die Argumente, mit denen die Auftraggeber es zum Auslassen der Lohnangaben bewogen.

Ehrfürchtig sind noch einmal zum Schluß alle wesentlichen Unternehmer und „Förderer“ des Ruhrbergbaues von Hammacher über von Tirpitz bis zu Kirdorf, dem Finanzier Hitlers, genannt. Von all denen, deren Tod auf das Schuldkonto der Kohlenbarone an Rhein und Ruhr kommt, spricht niemand. Nicht einmal die Arbeiter werden erwähnt, die in den Gruben ausgebeutet umkamen.

Alles in allem sehen wir in dem besprochenen Buch ein Werk, das zur Rechtfertigung des wiedererstandenen Imperialismus in Westdeutschland geschrieben worden ist. Auf Grund der wesentlichen Mängel, die es hat, kann es daher als ganzes für wissenschaftliche Zwecke nicht ernst genommen, auch von ehrlichen westdeutschen Historikern nicht, sondern im Höchsthfall als Nachschlagwerk benutzt werden. Aber selbst da empfiehlt es sich, auf tiefgründigere Publikationen zurückzugreifen. Ernst zu nehmen ist es jedoch als politisches Symptom; der Band „Ruhrbergbau“ stellt einmal mehr die reaktionäre Konzeption der imperialistischen Ideologie in der westdeutschen Geschichtsschreibung heraus.

EBERHARD WÄCHTLER

KURT BÜTTNER

#### DIE ANFÄNGE DER DEUTSCHEN KOLONIALPOLITIK IN OSTAFRIKA

*Studien zur Kolonialgeschichte und Geschichte der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegung. Herausgegeben von Walter Markov. Bd. I, Akademie-Verlag, Berlin 1959, X, 156 Seiten, Preis 12,50 DM (9,50 DM brosch.).*

Die Untersuchung der Wurzeln des deutschen Imperialismus — eines der wichtigsten Anliegen der fortschrittlichen Geschichtswissenschaft — hat noch zahlreiche, bisher wenig bearbeitete Probleme in ihren Kreis zu ziehen. Dazu gehört die Geburt des deutschen Kolonialreiches in der Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Lenin widmete bei der Analyse des Imperialismus den Fragen der kolonialen Aufteilung der Welt in jener Zeit und dem damit verbundenen kolonialen Wettrennen der großen kapitalistischen Mächte bekanntlich erhebliche Aufmerksamkeit. Er wies darauf hin, daß das Monopol „aus der Kolonialpolitik erwachsen ist . . .“<sup>1)</sup> Gerade diese Bemerkung Lenins läßt

<sup>1)</sup> Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Berlin 1946, S. 108.

uns vermuten, daß bei konsequenter Anwendung der Leninschen Prinzipien zur Untersuchung konkreter Fragen des deutschen Kolonialismus noch manche wichtige Erkenntnis zutage gefördert werden kann. Wenn Kurt Büttner sich die Aufgabe gestellt hat, die Anfänge der deutschen Kolonialpolitik in Ostafrika zu analysieren, so hat er sich zweifelsohne einen wichtigen Abschnitt des umfangreichen Komplexes herausgegriffen. Und wir müssen sagen, daß das Ergebnis diesen Griff wohl rechtfertigt.

Die kleine, aber inhaltsreiche Arbeit – erster Band einer von Prof. Markov herausgegebenen Reihe „Studien zur Kolonialgeschichte und Geschichte der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegung“ und von ihm mit einem Begleitwort versehen – beginnt mit einer Vorbemerkung des Verfassers. Ausgehend von der Tatsache, daß heute auf deutschem Territorium zwei Staaten existieren, die eine völlig entgegengesetzte Stellung zum Kolonialismus einnehmen, zeigt er, daß der in Westdeutschland wiedererstandene Imperialismus auch der Erbe und Fortsetzer der Bestrebungen zur Unterdrückung und Ausbeutung der afrikanischen Völker ist. „Es ist Zeit“, schreibt der Verfasser, „daß im anderen Deutschland, dem unserer Deutschen Demokratischen Republik, das mit der Vergangenheit des Imperialismus Schluß gemacht hat, die Abrechnung mit den vor allem in Westdeutschland noch nachwirkenden und wieder neu entstehenden Kolonialambitionen stärker erfolgt.“ Er weist darauf hin, daß der sowjetische Antrag in der UN, Tanganjika die Selbständigkeit zu gewähren, das Interesse der Weltöffentlichkeit auf den Befreiungskampf einer Völkerschaft lenkte, die vom imperialistischen Deutschland kolonial unterdrückt wurde. Zwischen Sansibar und dem Tanganjika-See bestand von 1885 bis 1918 die „Deutsche Kolonie“ „Deutsch-Ostafrika“, die wegen ihrer Rohstoffvorkommen als Perle unter den deutschen Kolonien galt. An Hand der Geschichte der Annexion dieses Gebietes will der Verfasser einen Beitrag zur Erforschung der spezifischen Gesetzmäßigkeit der Kolonialausbeutung im Zeitalter des Übergangs vom vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus leisten, „einer Gesetzmäßigkeit, die wie die Ausbeutung und Unterdrückung überhaupt, unlöslich mit dem Monopolkapitalismus und Imperialismus verbunden ist, und die zu wirken erst aufhört, wenn der Imperialismus als historisch überlebte Gesellschaftsordnung überwunden ist.“<sup>2)</sup>

Im 1. Kapitel geht der Verfasser auf die Voraussetzungen und Aspekte der deutschen Kolonialpolitik in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts ein. Er weist darauf hin, daß eine umfangreiche bürgerliche Literatur über Probleme des deutschen Kolonialsystems existiert, deren wissenschaftlicher Wert jedoch in einem reziproken Verhältnis zur Quantität steht. Das von der bürgerlichen Wissenschaft erarbeitete Bild entspricht keineswegs den Realitäten und stellt die Zusammenhänge verzerrt dar. Die Kolonialforschung im Deutschen Kaiserreich, in der Weimarer Republik und der Zeit des Faschismus hatte eindeutig apologetischen Charakter. Man darf hier den Verfasser dahingehend er-

<sup>2)</sup> Büttner, Kurt, Die Anfänge . . . , a. a. O., S. 5.

gängen — und das ist offensichtlich in seinem Sinne —, daß der apologetische Charakter auch für die imperialistische Literatur Westdeutschlands zutrifft, die sich mit diesen Fragen beschäftigt. „Die ganze Geschichte der deutschen Kolonialpolitik muß im wahrsten Sinne des Wortes, wie die übrige Geschichte, neu studiert werden“, schreibt Büttner. „Es gilt den inneren Mechanismus des deutschen Kolonialsystems in mühseliger Einzelforschung aufzudecken und die unter einem Wust von ‚nationalen‘ und ‚patriotischen‘ Phrasen verdeckte Tatsache freizulegen, daß die räuberische Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus nur getrieben wurde, um den Profit einiger Bankiers, Industrieller und Junker zu vermehren und keinesfalls den Interessen des deutschen Volkes entsprach, das vielmehr die Expansionspolitik teuer bezahlen mußte.“<sup>3)</sup>

Während die bürgerliche „traditionelle“ Theorie über das deutsche Kolonialsystem mit der Loslösung der Kolonialexpansion vom Geschichtsprozeß und mit der Formel „Kolonien hat es immer gegeben“ versuchte, die Kolonialpolitik des Deutschen Reiches zu rechtfertigen, kommt es gerade darauf an, den Funktionenwandel des Kolonialismus im Zeitalter des Übergangs zum Monopolismus zu zeigen. Der Verfasser sagt richtig, und er stützt sich hierbei auf Lenin, daß die Jagd aller kapitalistischen Staaten nach Kolonien, die Ende des vorigen Jahrhunderts die Diplomatie und Außenpolitik beherrschte, eine Erscheinungsform des Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus ist. Das war eben die Zeit, in der das deutsche Kolonialreich gegründet wurde. Daher erfordert der Zeitpunkt, wie der Verfasser sagt, eine scharfe Abgrenzung von den früheren Kolonialreichen. „Die deutsche Regierung betrat unter dem Einfluß der entstehenden Kräfte des Imperialismus in den achtziger Jahren den Weg der ‚Weltpolitik‘, und zwar mit Verspätung, dafür aber schlagartig und sehr intensiv, gerade noch rechtzeitig genug, um sich an der ‚Weltaufteilung‘ beteiligen zu können, immerhin aber bereits so spät, daß sie ‚nehmen‘ mußte, was an ‚weißen Flecken‘ noch greifbar war.“<sup>4)</sup> In dem richtigen Bestreben, den Zusammenhang der deutschen Kolonialeroberungen mit dem aufkommenden Imperialismus zu zeigen, scheint dem Verfasser nach Meinung des Rezensenten jedoch eine Unklarheit zu unterlaufen. Büttner faßt die Sache offenbar so auf, daß der Eintritt Deutschlands in die Epoche des Imperialismus bzw. der Übergang der deutschen Regierung auf den Weg der Weltpolitik und der „Erwerb“ des Kolonialreiches 1884/85 zeitlich zusammenfallen. Diese Auffassung und die andersgeartete des Rezensenten, daß nämlich die in Frage stehenden Kolonialannexionen gewissermaßen einen „Vorgriff“ vor der endgültigen Überwindung des Stadiums des vormonopolistischen Kapitalismus und vor dem eigentlichen Beginn der „Weltpolitik“ der deutschen Regierung darstellen, müßten noch diskutiert werden. Tatsächlich erfolgte der Umschlag des vormonopolistischen Kapitalismus in den Imperialismus in Deutschland erst um die Mitte der neunziger Jahre. Die

<sup>3)</sup> Ebenda, S. 10.

<sup>4)</sup> Ebenda, S. 15.

Existenz und das Entstehen zahlreicher Monopole in der vorhergehenden Zeit beweisen nur, daß sich die Epoche des Kapitalismus der freien Konkurrenz ihrem Ende nähert und der Zeitpunkt des Umschlags in den Monopolkapitalismus bevorsteht.

Die Außenpolitik des Deutschen Reiches trägt daher in den achtziger Jahren durchaus noch jene Züge des Lavierens zwischen den anderen Großmächten und der „Vorsicht“, die für die Bismarcksche Stellung als Vertreter der sich ihrem Ende zuneigenden Epoche kennzeichnend sind. Das, was die bürgerlichen Politiker und Historiker der darauffolgenden Jahre als „Weltpolitik“ bezeichneten und was wir ganz eindeutig als aggressive Außenpolitik des deutschen Imperialismus kennzeichnen müssen, setzte erst einige Zeit nach dem kolonialen Vorstoß von 1884/85 ein. Die Annexion der Kolonien aber erfolgte aus ökonomischen Ursachen und Motiven heraus, die sich von der Kolonialpolitik des Imperialismus recht deutlich unterscheiden lassen. Die eigentliche und tiefste Ursache der kolonialen Aggression von 1884/85 war, daß der deutsche Kapitalismus, getrieben von der in der Zeit vor dem Umschlag zum Monopolkapitalismus sich verstärkenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt und den nach 1870 auftretenden Wirtschaftskrisen, sich nach Gebieten umsah, die er gewissermaßen als „Erweiterung“ des nationalen Marktes exploitiieren konnte. Die Kolonien sollten vor allem dazu dienen, einen Teil der deutschen Industrieproduktion aufzunehmen. Die für die Epoche des Imperialismus typischen Züge der Kolonialpolitik, die kolonialen Gebiete als Rohstoffquellen für die Monopole und als Anlagesphären für den Kapitalexport zu benutzen, spielten nur eine nebensächliche Rolle. Nachdem die Kolonien dann annektiert waren, gab es große Schwierigkeiten, irgendwelche nennenswerten Kapitalmengen dorthin zu lenken. Die zahlreichen Klagen über ungenügende Entwicklung in den Kolonien und den dort fühlbaren Kapitalmangel sind ein zusätzlicher Beweis dafür, daß es sich 1884/85 eben noch nicht um eine Kolonialaggression des Monopolkapitalismus handelte. Im Grunde wird das auch aus Büttners Arbeit selbst mehrfach ziemlich deutlich, was in einem gewissen Widerspruch zu seiner These vom damals bereits angebrochenen „Zeitalter des Monopolkapitalismus“ steht.<sup>5)</sup> Bei der Beantwortung der Frage nach den Triebkräften der deutschen Kolonialexpansion zeigt Büttner die relative

<sup>5)</sup> Lenin schrieb bekanntlich:

„1. In den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts — die äußerste Grenze in der Entwicklung der freien Konkurrenz; kaum merkbare Ansätze zu Monopolen.

2. Nach der Krise von 1873 weitgehende Entwicklung von Kartellen, die aber noch Ausnahmen, keine dauernden, sondern vorübergehende Erscheinungen sind.

3. Aufschwung am Ende des 19. Jahrhunderts und Krise von 1900 bis 1903: die Kartelle werden zu einer der Grundlagen des ganzen Wirtschaftslebens. Der Kapitalismus ist zum Imperialismus geworden.“

S. Lenin, *W. I.*, a. a. O., S. 19.

Kompliziertheit dieses Komplexes. Er stellt fest, daß die betreffenden kolonialen Eroberungen nur auf dem Hintergrund des rapiden Aufschwungs der Industrie, der Kartell- und Monopolbildungen und der Herausbildung des Finanzkapitals denkbar waren. Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt, Einführung des Schutzzolls und Kolonialexpansion stehen, wie Büttner zeigt, in engem Zusammenhang. In den Kreisen deutscher Industrieller wurde der Ruf nach Kolonien dringender. Andererseits äußerte sich das Interesse der Schwerindustrie an Kolonialerwerbungen zunächst nicht in direkter Teilnahme an der Erwerbungsaktion, wie der Verfasser sagt, sondern in der Unterstützung der Kolonialbestrebungen und der Beeinflussung der Regierung. „Ähnlich verhält es sich mit der Finanzbourgeoisie. Die direkte Beteiligung an den sehr unsicheren und zunächst unmittelbar nur geringen Profit versprechenden Kolonialerwerbungen ist weitaus ungünstiger als die Finanzierung neuer Industriezweige in Deutschland und der Kapitalexport in andere Staaten.“<sup>6)</sup> Während diese Kreise ihren Einfluß geltend machten, um die Regierung auf den Weg der Kolonialexpansion zu drängen, die Kosten dafür aber das Reich, d. h. die Steuerzahler tragen zu lassen, steckten einige Vertreter des Bankkapitals bereits frühzeitig ihr Geld in solche Kolonialunternehmen, die unmittelbaren Gewinn versprachen. Die unmittelbaren Wegbereiter der deutschen Kolonialexpansion waren jedoch, wie Büttner bemerkt, hanseatische Kaufleute. Er weist in diesem Zusammenhang auch auf die von der Hamburger Firma Godeffroy verursachte Samoa-Diskussion im Jahre 1880 als eigentlichen Beginn der kolonialpolitischen Ära hin. Nach der Ablehnung der Samoa-Vorlage im Reichstag wurde die Kolonialagitation mit Hilfe von Broschüren, Artikeln und Vereinsgründungen verstärkt. Ihr Opfer war vor allem das Kleinbürgertum, das nach den Gründerjahren ständig von der Gefahr der Proletarisierung bedroht wurde. Diese Schicht betrachtete die Kolonialpolitik als Rettungsmittel. Der Verfasser äußert daher den Gedanken, daß die Kolonialbewegung in Deutschland ihrem Umfang und ihrer Breitenwirkung nach nicht als eine nur monopolistische Bewegung zu betrachten sei. Er meint, daß es sich um ein Aggregat verschiedener Interessengruppen handelt, die mit unterschiedlichen Hoffnungen, Zielen und Illusionen der Kolonialspekulation nachgingen. Die Auseinandersetzung mit dem freihändlerischen, die Kolonialexpansion zunächst ablehnenden Teil der Bourgeoisie sowie die Haltung des Zentrums werden von Büttner ebenfalls kurz betrachtet.

In einem Abschnitt über das Bismarcksche Kolonialprogramm zeigt der Verfasser richtig den Zusammenhang zwischen der Opposition eines Teils der Bourgeoisie zur Kolonialpolitik und der Bismarckschen Absicht, die Kolonien von sogenannten „Chartergesellschaften“ verwalten zu lassen. Damit wollte der Kanzler den Schwierigkeiten bei der Bewilligung von Geldern durch den Reichstag aus dem Wege gehen. Bedauerlich ist, daß der Verfasser die Frage, wieso Bismarck sich vom Gegner der Kolonialpolitik zum aktivsten Kolonial-

<sup>6)</sup> Büttner, Kurt, a. a. O., S. 16/17.



expansionisten mauserte, nur mit einer kurzen Bemerkung abtut. Zwar ist es richtig, wenn Büttner feststellt, daß dies „im Zug der Zeit“<sup>7)</sup> liegt, doch könnte eine nähere Untersuchung des Problems – in richtige Beziehung zu dem Gesamtkomplex gesetzt – zur Lösung der Frage der Motive der deutschen Kolonialexpansion beitragen. Es liegt keine Veranlassung vor, die Untersuchung der Rolle der Schlüsselfigur des damaligen deutschen Staatsapparates in der Kolonialpolitik der bürgerlichen Apologetik zu überlassen, die sie auf ihre, die wissenschaftliche Erkenntnis wenig fördernde Weise behandelt.

Nachdem der Verfasser die bemerkenswerte außenpolitische Situation geschildert hat, in welcher der deutschen Politik die Kolonialaggression gelingen konnte, behandelt er in einem neuen Kapitel die Herausbildung der Peterschen Eroberungsgesellschaft.

Während in den anderen deutschen Kolonien hanseatische Kaufleute die entscheidende Vorarbeit für die Annexion leisteten, waren es in Ostafrika solche Abenteurer und Glücksritter, wie sie vor allem durch Carl Peters repräsentiert wurden. Über diesen „modernen Konquistador“ hat die bürgerliche Apologetik vieles geschrieben, um ihn als Nationalhelden und „Kolonialpionier“ herauszustellen. Büttner unternimmt es mit Erfolg, das wahre Gesicht, ebenso wie die Machenschaften dieses pathologischen Ehrgeizlings aufzudecken, dessen Verherrlichung im „Dritten Reich“ einen Kulminationspunkt erreichte.

Der Verfasser zeigt, wie der niederdeutsche Pfarrerssohn Peters, der in England die ersten Anregungen für seine kolonialen Bestrebungen erhielt, angespornt durch die kolonialpolitische Konjunktur jener Jahre, eine ganze Reihe von Kolonialunternehmen plante, aus denen jedoch nichts wurde. Es gelang ihm nicht, irgendeinen Großkapitalisten dafür zu interessieren. Er fand dann den ersten Boden für seine Absichten in Adels- und Offizierskreisen. 1884 gründete er in Gemeinschaft mit dem pommerschen Großgrundbesitzer Behr-Bandelin die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“. „Die zunächst kleine, durch klingende Titel aber sehr attraktive Gesellschaft zog bald wie ein Magnet Abenteurer aller Schattierungen, gescheiterte Existenzen, „Missionare, die mit dem Christentum handeln“, Kaufleute, die mit Schnaps und billigstem Schund horrende Geschäfte machen wollten, sehr zahlreich aber Offiziere und Beamte, die von großen Karrieren und großem Landbesitz träumten, an.“<sup>8)</sup>

Während die anderen damals bestehenden Kolonialvereine sich nur agitatorische Ziele setzten, ging die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ darüber hinaus und forderte sofortige „praktische Kolonisation“. Diese abenteuerlich-kleinbürgerliche Gruppe träumte davon, sich auf dem Wege der Kolonialeroberung und -ausbeutung unmäßig zu bereichern. Ihre dunklen Absichten tarnte sie aber als „nationale Pflicht“. Die Gesellschaft litt jedoch von Anfang an stark an Kapitalmangel und mußte den zunächst verfolgten Plan, umfangreiche Ländereien anzukaufen, fallen lassen. Nach verschiedenen vergeblichen Versuchen, das nötige Kapital zu beschaffen, gab man dann Anteil-

7) Ebenda, S. 24.

8) Ebenda, S. 35/36.

scheine von verschiedener Höhe aus. Büttner weist auf die Widersprüche und Auseinandersetzungen innerhalb der Gesellschaft hin, in der die meist aus Junkern bestehende Gruppe, der Zeichner großer Anteilscheine zu 5000 DM eine bevorzugte Stellung einnahm. Peters, der Initiator des Unternehmens, zog schließlich im Auftrage der Gesellschaft und in Begleitung einiger anderer Abenteurer aus, um Land in Afrika zu „erwerben“.

Ein besonderes Kapitel widmet Büttner dem Geschehen, das als „Erwerbung“ Ostafrikas bezeichnet wird und welches weniger euphemistisch als Betrug und nackter Raub gekennzeichnet werden muß. Nachdem der Verfasser die verschiedenen Manipulationen Peters und seiner Clique in Afrika, die betrügerische Handlungsweise, durch welche die Abenteurer sich in den Besitz sogenannter Verträge mit afrikanischen Häuptlingen setzten, die Ostafrika-Politik Bismarcks und die Erteilung eines Schutzbriefes für die beanspruchten Gebiete an die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ behandelt hat, schließt er das „Erwerbungs“-Kapitel mit der treffenden Feststellung: „Das ‚Verdienst‘ Carl Peters bestand ‚nur‘ darin, der Regierung Anlaß und Vorwand für die Okkupation Ostafrikas gegeben zu haben. Wofür die Bourgeoisie ihm dankbar war und weshalb die Apologeten der imperialistischen Politik ihn bis auf den heutigen Tag feiern.“<sup>9)</sup>

In einem weiteren Kapitel geht der Verfasser auf die Lage in Ostafrika vor der deutschen Invasion ein. Mit interessanten Ausführungen nimmt er zu dem Problem der historischen Verspätung der ostafrikanischen Völker Stellung. Er zeigt, daß die rückständige historische Entwicklung nicht, wie die anti-humane imperialistische Scheinwissenschaft weismachen will, auf Charaktereigenschaften der Afrikaner zurückzuführen ist. Es ist vielmehr ein Problem, das in engstem Zusammenhang mit den seit Jahrhunderten von außen kommenden entwicklungshemmenden Einwirkungen fremder Eroberer und Unterdrücker steht. Dort, wo diese Faktoren weniger stark wirksam waren, wie etwa im ostafrikanischen Seengebiet, kam es durchaus zu einer eigenständigen historischen Weiterentwicklung. Der Verfasser leistet mit diesem Kapitel, in dem er sich auf sowjetische Arbeiten sowie auf das in Paris erschienene Werk „Afrique Noir“ von J. Suret-Canale beruft, einen kleinen, aber bedeutenden Beitrag zur Zerschlagung der immer noch in westdeutschen Köpfen spukenden Herrenmenschen-Theorien. Im Kapitel V wird dann gezeigt, wie die Hoffnungen der in der „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ vereinigten „Patrioten“ auf sofortigen Gewinn aus dem afrikanischen Unternehmen unerfüllt blieben. Der Handel mit Elfenbein und Sklaven, die hauptsächlichliche Quelle großer Gewinne in jener Zeit, befand sich in den Händen von Arabern und Indern. Die Gesellschaft aber besaß nicht die militärische und machtpolitische Gewalt, um die Konkurrenten auszuschalten. Auch zur Tributleistung konnte sie die Bewohner Ostafrikas nicht zwingen. Es zeigte sich, daß die aus der Merkantil-Periode übernommene Form der Charter-

<sup>9)</sup> Ebenda, S. 60.

gesellschaft nicht mehr die geeignete Form der Aneignung kolonialer Profite in großem Maßstab sein konnte. Büttner kommt zu der Feststellung: „Es sollte aber immerhin drei Jahre dauern, bis es sich als Realität durchgesetzt hatte, daß im Zeitalter des Monopolkapitalismus die Schwerindustrie und die Hochfinanz die einzigen Kreise sind, die auf die Dauer von der Kolonialpolitik profitieren konnten.“<sup>10)</sup> Wenn auch die Auffassung, es habe sich in der behandelten Periode bereits um das Zeitalter des Monopolkapitalismus gehandelt, vom Rezensenten nicht geteilt wird – darauf wurde bereits hingewiesen –, so hat im übrigen der Verfasser durchaus recht, wenn er meint, daß die Kolonialpolitik allein den Interessen von Großkapital und Hochfinanz diene. Die kleinbürgerlichen Anwärter auf Kolonialprofit um Peters und seine Mannen wollten sich allerdings, wie auch an anderer Stelle gezeigt wird<sup>11)</sup>, nicht so ohne weiteres damit abfinden. Die verschiedenen Umbildungen der „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“, die Herausbildung der „Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft“ (DOAG), deren Verwandlung in eine Kommanditgesellschaft sind auf die verschiedenen Versuche zurückzuführen, dem Dilemma zu entinnen, das eine Gesellschaft mit großen Ambitionen, aber ungenügenden Mitteln bedrohte. Gleichzeitig spiegeln diese Vorgänge eine Kette von Kämpfen wider, die von Peters einerseits, von den kapitalkräftigeren Finanziers der Gesellschaft andererseits, ausgefochten wurden. Letztlich führte die Entwicklung dazu, daß, wie von Büttner gezeigt wird, die DOAG in die Hände des Finanzkapitals geriet.

Doch bevor der Verfasser dieses Ergebnis der verschiedenen Kapitalbeschaffungsaktionen ausführt, wendet er sich noch einmal der Aktivität zu, die Peters in Afrika während der Periode des „Flaggenhissens“ entfaltete, um ein Kolonialreich nach dem Muster Britisch-Indiens zu errichten. Afrika sollte deutsch werden von „der Sansibarküste bis zu den Seen, vom Nil bis zum Limpopo“. Er geriet jedoch in Gegensatz zu den realen, durch die damalige außenpolitische Lage gegebenen Möglichkeiten, die von Bismarck bedeutend richtiger eingeschätzt wurden. Der Kanzler erwartete von der Gesellschaft nicht so sehr unrealen Ausdehnungspläne als vielmehr eine geschäftlich sichere Ausbeutungspolitik und eine Verwaltung der Kolonie, die ihn irgendwelcher Stützungsaktionen enthob. Der Verfasser stellt fest, daß diese Hoffnungen Bismarcks sich nicht erfüllten. Auf die Gründe dafür eingehend, schreibt der Verfasser: „Der Versuch, die Hoheitsrechte zu einer Quelle dauernder und wachsender Einnahmen zu machen, scheiterte nicht nur an der ‚Unfähigkeit‘ der Gesellschaftsleitung, sondern war durch die ostafrikanischen Verhältnisse bedingt. Die Unfähigkeit der Leitung bestand in der Hauptsache nur darin, daß sie die Verhältnisse in Ostafrika nicht real einzuschätzen verstand und trotz ungünstiger Voraussetzungen eine Ausbeutungspolitik vormonopolistischer Art durchzuführen versuchte.“<sup>12)</sup>

<sup>10)</sup> Ebenda, S. 78.

<sup>11)</sup> S. auch Müller, F. F., Deutschland, Sansibar, Ostafrika. Berlin 1959.

<sup>12)</sup> Büttner, Kurt, a. a. O., S. 85.

Während der Rezensent die Meinung des Verfassers teilt, daß die „Mißerfolge“ der Kolonialpolitik jener Jahre durchaus in engster Beziehung zur Anwendung vormonopolistischer Methoden stehen, ist er andererseits der Ansicht, daß deren Wahl nicht nur auf subjektive „Unfähigkeit“ der Kolonialisten zurückzuführen ist. Es erhebt sich vielmehr die Frage, ob nicht die relative Unreife der monopolistischen Entwicklung als Ursache anzusehen ist. Das Problem, daß trotz Existenz und vielfachen Entstehens monopolistischer Zusammenschlüsse in der deutschen Industrie die speziellen Ausbeutungsmethoden der Monopole auf kolonialem Felde noch nicht ausgearbeitet waren, muß weitgehend auf die Frage zurückgeführt werden, ob denn der Konkurrenzkampf der Monopole untereinander bereits jene Zuspitzung erfahren hatte, die zum Griff nach den Rohstoffquellen und damit auch nach verstärkter Kapitalanlage in eigenen Kolonien führt. Im weiteren Fortgang der Arbeit zeigt der Verfasser ausführlich, wie die DOAG (die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ war zur reinen Propagandaorganisation geworden) unter Peters Leitung auf verschiedene Weise versuchte, vor allem durch Verkauf von Land an siedlungswillige Interessenten, Profite zu erjagen. Er geht darauf ein, daß die Absicht, Ostafrika zu einer sogenannten Siedlungskolonie zu machen, aus mehreren Gründen fehlschlagen mußte.

Nachdem die Regierung die betrügerischen Landmanipulationen untersagt hatte, warf man sich auf das Projekt einer Handelsgesellschaft. Auch dieser von der Regierung unterstützte Plan scheiterte vor allem wegen der Gegensätze zwischen der DOAG und den hanseatischen Kaufleuten einerseits und der der Hanseaten unter sich andererseits. Die Gesellschaft versuchte, mit Hilfe von Zolleinnahmen und Steuern zu Geld zu kommen und legte zu diesem Behuf zahlreiche Stationen an. Diese Stationen verfehlten jedoch den Zweck und bildeten einen zusätzlichen Ausgabenfaktor. Es stellte sich heraus, daß die erhofften Profite ausblieben, während die Ausgaben höher waren, als man vorgesehen hatte.

Im letzten Kapitel zeigt der Verfasser sehr anschaulich das Eindringen des Finanz- und Industriekapitals in die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft. Der Großindustrielle Krupp und der Bankier Karl von der Heydt waren die ersten Vertreter der Großbourgeoisie, die der Gesellschaft Kapital zuführten. Vor allem von der Heydt begann zunehmend, seinen Einfluß in der Gesellschaft geltend zu machen. Er verdrängte, wie der Verfasser überzeugend darstellt, auf Grund seiner finanziellen Schwergewichtigkeit den „Diktator“ Peters von der Leitung, mußte aber zunächst feststellen, daß das übrige Großkapital sich noch immer abwartend verhielt.

Erst nachdem es gelungen war, den Staat heranzuziehen und der deutsche Kaiser für eine halbe Million Mark Anteilscheine der DOAG abnahm, begannen die Finanzquellen reichlicher zu fließen. Jetzt beteiligten sich zahlreiche Bankiers und Industrielle an der Gesellschaft. Peters, der Gründer des Unternehmens, wurde ein gutbezahlter Angestellter der DOAG.

Büttner schließt die Untersuchung, indem er auf einige Fragen eingeht, die sich aus dem großen Aufstand in Ostafrika 1889 ergeben. Er zeigt, daß die Ursachen dieses Volksaufstandes in der Ausbeutungspolitik der deutschen Kolonialherren zu suchen sind. Um die blutige Niederwerfung der Ostafrikaner zu bemänteln, wurde von der deutschen Regierung aber der Kampf gegen den Sklavenhandel in Ostafrika vorgeschoben. Nachdem, wie der Verfasser zeigt, den deutschen Steuerzahlern große Summen für diesen Zweck abgenommen worden waren, gelang es, einen „siegreichen“ Kolonialkrieg zu führen.

Da sich gezeigt hatte, daß die Ausübung der sogenannten Hoheitsrechte durch die DOAG nur eine Belastung für die Ausbeuter darstellte, wurden diese Rechte dem Reich übertragen. Deutsch-Ostafrika wurde eine „Kronkolonie“. Das bedeutete, daß die Kosten für Verwaltung und Sicherung der Kolonie vom deutschen Steuerzahler getragen werden mußten. Büttner führt an, daß das Deutsche Reich bis 1910 für Kolonialpolitik 90 Millionen Mark aufwendete, um für 50 Millionen Mark in den Kolonien absetzen zu können. Die interessante und gedankenreiche Arbeit schließt mit der Feststellung: „Kolonialpolitik bedeutet verschärfte Ausbeutung des eigenen Volkes und der unterworfenen Völker zugunsten der herrschenden Klasse.“<sup>13)</sup>

Dem Rezensenten bleibt noch übrig zu betonen, daß die Arbeit Büttners ein wertvoller Versuch der Darstellung und Analyse wichtiger Vorgänge bei der Herausbildung des deutschen Imperialismus ist. Sie trägt wesentlich dazu bei, unser Bild von jenen Prozessen zu ergänzen. Daran ändern auch die erwähnten Mängel nichts.

MANFRED NUSSBAUM

<sup>13)</sup> Büttner, Kurt, a. a. O., S. 115.

## VI.

# BIBLIOGRAPHIE

BIBLIOGRAPHIE VON VERÖFFENTLICHUNGEN ZUR  
GESCHICHTE DER KAPITALISTISCHEN UNTERNEHMEN,  
DIE NACH 1945 IN WESTDEUTSCHLAND UND WESTBERLIN  
ERSCHIENEN SIND\*)

VON ALFRED FISCHER

*Wilh. Ahlmann, Kiel*

100 Jahre Wilh. Ahlmann, Kiel. 1852–1952. Kiel 1952. 67 S.

*Georg Ahrens, Hagen/Westf.*

1892–1952. 60 Jahre Georg Ahrens, Kolonialwaren-Großhandlung, Kaffee-Großrösterei. (Hagen 1952: Bethge). 2 Bl. 8<sup>o</sup>

*Allgemeine Deutsche Investment-GmbH, München Düsseldorf*

10 Jahre Investment in Deutschland. 10 Jahre Allgemeine Deutsche Investment Gesellschaft. (München 1959: Offsetdr. Poerschke & Weiner). 48 S.

*Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin*

50 Jahre AEG. Hrsg.: AEG Berlin. Berlin (als Manuskript gedruckt). Berlin 1956. 471 S.

*Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin*

Unsere AEG. Hrsg.: AEG Berlin 1957. 98 S.

\*) Die vorliegende Bibliographie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es sind insbesondere die Schriften aufgenommen worden, welche die Bibliothek des Deutschen Wirtschaftsinstituts bis Ende 1959 erhalten hat. Ferner wurden Angaben aus folgenden Schriften berücksichtigt:  
Die Wirtschaft Westfalens und des Ruhrgebietes in Firmen-Festschriften. Hrsg.: Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Dortmund. Dortmund 1952  
Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmer-Biographie, Baden-Baden  
Zentralblatt für Bibliothekswesen. Leipzig  
Deutsche Bibliographie. Frankfurt/Main  
Eine Fortsetzung dieser Bibliographie ist in einem der nächsten Bände des Jahrbuches für Wirtschaftsgeschichte vorgesehen.

*Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin*

75 Jahre AEG. Berlin, Frankfurt/M.: AEG (1958). 43 S. 8°.

*Allianz Versicherungs-AG, München*

Allianz-Wiederaufbau 1945 bis 1955: Vom Werden eines Hauses. 98 S.

*Carl Alpmann, Scharmede i. W.*

50 Jahre Carl Alpmann, Scharmede i. W. 1902–1952. (Salzkotten 1952: Bussmann). 12 Bl. 8° (Umschlagt.)

*Alte Leipziger Lebensversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit, Frankfurt/M.*

125 Jahre Alte Leipziger Lebensversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit. 1955

*Altemeyer & Co. Herrenwäsche-Fabrik, Werther bei Bielefeld*

25 Jahre Altemeyer & Co. Essen 1952: Girardet. 11 Bl. 8°

*Altenessener Bergwerks AG, Essen*

Die Entwicklung des Steinkohlenbergwerks im östlichen Ruhrgebiet (1955)

*Altenloh, Brinck & Co., Milspe/Westf.*

Rocholl, Hermann, 125 Jahre Altenloh, Brinck & Co. Milspe/Westf. (Milspe 1948: A. Kugel). 32 S. 4°

*Amag-Hilpert-Pegnitzhütte AG, Nürnberg*

(100 Jahre) Amag-Hilpert-Pegnitzhütte AG, Nürnberg. Ein Beitrag zur Geschichte der Armaturen und Pumpen. (Mitarb.: Gert von Klass u. a.) Darmstadt 1954, 93 S. 8°

*Arenberg Bergbau GmbH, Bottrop*

Schmidt, H. Th., Belegschaftsbildung im Ruhrgebiet im Zeichen der Industrialisierung. Erläutert am Beispiel der Zechen Prosper I–III der Arenberg Bergbau GmbH. In: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmer-Biographie, Baden-Baden. 2. Jg. August 1957, S. 265–273

*Aschendorff, Buchverlag und Druckerei, Münster*

CCXXX Jahre Aschendorff 1720–1950. Werden und Wirken in der Vergangenheit seit dem Wiederaufbau mit einem Verlagsverzeichnis 1945–1950. Münster: Aschendorff 1951. 109 S. 8°

*Asta-Werke AG Chemische Fabrik, Brackwede/Westf.*

(Wilmanns, Hilmar) 1919–1949. Dreißig Jahre Asta. (Bielefeld 1949: Bentrup). 62 S. 8°

*J. H. Bachmann, Bremen*

175<sup>th</sup> Anniversary of J. H. Bachmann, Bremen. 1775–1950. (Bremen 1950)

*Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen (Rhein)*

BASF schreibt Geschichte. Ludwigshafen a. Rh. 1954. 29 S. 8°



*Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen (Rhein)*

BASF Hochhaus. Hrsg.: BASF. Ludwigshafen. 1957. 51 S.

*Badische Gebäudeversicherungsanstalt, Karlsruhe*

200 Jahre Badische Gebäudeversicherung. 1958

*Bär Elektrowerke G. m. b. H., Schalksmühle/Westf.*

25 Jahre Bär Elektrowerke G. m. b. H. (1952). 15 Bl. 8°

*M. Baltz, Kaufhaus, Bochum*

125 Jahre Kaufhaus M. Baltz, Bochum. 1827–1952. (Darmstadt: Hoppenstedt 1952). 55 S. 8°

*Bankhaus Eichborn & Co., Nürnberg*

von Eichborn, Eckart und Wolfgang: 225 Jahre Bankhaus Eichborn & Co., Nürnberg. Nürnberg 1953. 87 S.

*Bankhaus Hermann Lampe, Bielefeld*

Hassmann, Heinrich: Die Gestalt des Privatbankiers. Bielefeld 1953. 58 S.

*Baugesellschaft Hanebeck, Dortmund*

75 Jahre Baugesellschaft Hanebeck, Dortmund. 1874–1949. (Dortmund 1949: Busche). 6 Bl. 8°

*Baumwoll-Spinn- und Weberei Arlen, Rielasingen (Hegau)*

Bauert-Keetman: Firmen-Chronik der Baumwoll-Spinn- und Weberei Arlen. 1834–1959. Rielasingen: BSWA 1959. 161 S.

*Bausparkasse der deutschen Volksbanken AG, Schwäbisch Hall*

Bauen durch Vertrauen. Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Bausparkasse der deutschen Volksbanken AG, Schwäbisch Hall (Mitarb.: Gerda Pelz, Hans H. Schnelle). (Stuttgart, Hamburg: Daco Verl. 1956). 87 S. 4°

*Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot Gemeinnützige GmbH, Ludwigsburg*

Keil, Wilhelm: Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot (Jubiläumsschrift). (1954). 118 S.

*Bayerische Braunkohlen Industrie AG, Schwandorf*

50 Jahre BBI 1906–1956 (Hrsg.: Bayerische Braunkohlen Industrie AG, Schwandorf). (Schwandorf 1956). 126 S., 6 Anl. 4°

*Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, München*

1835–1955. Durch Vertrauen zur heutigen Größe. München 1955. 32 S.

*Bayerische Staatsbank, München*

Steffan, Franz und Diehm, Walter: Die Bayerische Staatsbank 1780–1955. Geschichte und Geschäfte einer öffentlichen Bank. München 1955. 454 S., 28 S. Taf. 8°

*Bayerische Wolledecken-Fabrik Bruckmühl AG, Bruckmühl Obb.*

50 Jahre Bruckmühl. Zum 50jährigen Bestehen der Bayerischen Wolledecken-Fabrik Bruckmühl AG, Bruckmühl Obb. Bruckmühl Obb. 1954. 62 S. 8<sup>0</sup>

*Beamten-Wohnungsverein zu Berlin eGmbH, Berlin*

Beamten-Wohnungsverein zu Berlin eGmbH, 1900–1950. (Bearbeitet von Kurt Schmidt). 1950, 111 S.

*Anton Becker, Wiedenbrück i. W.*

1875–1950. 75 Jahre Anton Becker, Wiedenbrück i. W. (Wiedenbrück 1950: Hanhardt). 7 S. 8<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*Franz Beckmann & Cie. Baumwollspinnerei und Zwirnerei, Bocholt*

Franz Beckmann & Cie. Baumwollspinnerei und Zwirnerei, Bocholt 1895–1950. Bocholt 1950. 16 S. 8<sup>0</sup>

*J. Beckmann Nachf., Baumwollweberei, Bocholt i. W.*

1826–1951. 125 Jahre J. Beckmann Nachf., Bocholt i. W. o. O. 1951. 4 Bl. quer-8<sup>0</sup>

*Paul Bendix, Dülmen*

Meyer, Hugo Lucian: Paul Bendix, Dülmen. 1824–1949. Köln (1949). 72 S. 8<sup>0</sup>

*Joh. Berenberg, Goßler & Co., Hamburg*

Schramm, Percy Ernst: Hamburger Kaufleute in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts. In: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmer-Biographie, Baden-Baden. 2. Jg., Oktober 1957, S. 307–332.

*Heinrich Berg GmbH, Kleinendorf, Post Rahden i. Westf.*

Jubiläumsschrift aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Firma Heinrich Berg GmbH, Kleinendorf (Mühlendamm) Post Rahden i. Westf. (Rahden 1952: Kosynowski). 8 Bl. 8<sup>0</sup>

*Bergedorfer Eisenwerk AG Astra-Werke, Hamburg-Bergedorf*

Alfa-Laval. 100 Jahre Bergedorfer Eisenwerk 1859–1959. Hamburg-Bergedorf 1959. 26 Bl. 4<sup>0</sup>

*Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, Gelsenkirchen-Rotthausen*

Kesten, Wilhelm: Geschichte der Bergwerksgesellschaft Dahlbusch. Essen 1952. XXIII, 342 S. Anhang mit 36 Anlagen

*Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, Gelsenkirchen-Rotthausen*

Die Geschichte einer Ruhrzeche. 1852–1952. Gelsenkirchen-Rotthausen 1952. 67 S.

*Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin und Frankfurt/M.*

Lücke, R. E.: Die Berliner Handels-Gesellschaft in einem Jahrhundert deutscher Wirtschaft. 1856–1956. Hrsg.: Die Geschäftsinhaber der BHG. (Berlin 1956). 275 S. 4<sup>0</sup>

*Berliner Maschinenbau-Actiengesellschaft vormals L. Schwartzkopff, Berlin*

100 Jahre Wirken und Werke. Hrsg.: BMAG unter Federführung von Friedrich Kleinhaus. 1952. 100 S.

*L. Bernheimer KG, Kunsthandlung, München*

Bernheimer, Ernst: Unter der Hitlerregierung. Übernahmevertrag zwischen der Firma L. Bernheimer KG und dem Verein Kameradschaft der Künstler e. V. In: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmer-Biographie Baden-Baden. Jg. 3. November 1958. S. 207–211, 242–244

*H. Berthold Messinglinienfabrik und Schriftgießerei AG, Berlin-Stuttgart*

100 Jahre Berthold. Festschrift zum einhundertjährigen Jubiläum der H. Berthold Messinglinien Fabrik und Schriftgießerei AG, Berlin-Stuttgart am 1. Juli 1958. Berlin, Stuttgart 1958. 25 S. Text und zahlreiche Abb. 8°

*Beton- und Tiefbau Mast AG, Berlin*

Mast, Adolf: Von der Pike auf. Erlebnisse und Erinnerungen eines Bauunternehmers. Bauverlag GmbH 1948. 142 S.

*Beton- und Tiefbau Mast AG., Berlin*

Von einem, der auszog, das Bauen zu lernen. Bauverlag GmbH 1955. 66 S.

*Bezirkssparkasse Heppenheim an der Bergstraße*

Bezirkssparkasse Heppenheim (1830–1955)

*Bezirkssparkasse Salem*

Jubiläumsbericht (1749–1949)

*J. C. Biederlack & Co., Leinen und Juteweberei, Appreturanstalt, Emsdetten/Westf.*

150 Jahre J. C. Biederlack & Co., Emsdetten/Westf. (1797–1947) (Von Ernst Hövel). (Emsdetten: Lechte 1947). 12 Bl. quer-8°

*Bielefelder Kreisbahnen, Bielefeld*

50 Jahre Bielefelder Kreisbahnen. 1901–1951. Vorwort von Specht und Schütz. (Bielefeld 1951: Opitz). 16 S. 8°

*Birlenbacher Hütte H. Schleifenbaum & Co., Hochofenwerk Geisweid Krs. Siegen*

Fünf Jahrhunderte Birlenbacher Hütte. Siegen (1950): Bonn. 14 Bl. 8°

*Blome & Maybaum, Sundern*

1797–1947. Blome & Maybaum. (Text: Alexander von Sydow). (Nebst:) Festspiel anl. des 150jährigen Werks-Jubiläums der Firma Maybaum, Sundern. (Arnsberg 1947: Becker). 17 Bl., 15 S. 8° (Umschlagt.)

*Bochumer Eisenhütte, Bochum*

100 Jahre Bochumer Eisenhütte, Bochum. 1851–1951. (Hist. T.: G. Hempel). (Bochum) 1951: (Kamp). 94 S. 8<sup>0</sup>

*Arnold Böninger, Tabakwarenfabriken, Duisburg, Andernach*

200 Jahre Arnold Böninger, Tabakwarenfabriken in Duisburg und Andernach am Rhein (1750–1950). (Von Peter Lucken). Heppenheim: Hoppenstedt (1950). 76 S. 8<sup>0</sup>

*August Börkey Nachf., Schlüsselabrik und Apparatebau, Gevelsberg*

100 Jahre Börkey. Gevelsberg 1951: Bakin 6 Bl.

*Franz Borchard, Bauunternehmen, Bielefeld*

Friese, Franz: Die Entwicklung des Bauunternehmens und das Leben seines Gründers. 1875. 1900. 1950. (Bielefeld 1950: Bentrup.) 82 S. 8<sup>0</sup>

*Carl F. W. Borgward GmbH, Automobil- und Motoren-Werke, Bremen-Sebaldsbrück*

Flieger, Heinz: Der Weg zur Isabella. Eine Geschichte der Borgward-Gruppe. Düsseldorf: Verlag f. deutsche Wirtschaftsbiographien 1959. 191 S.

*Robert Bosch GmbH, Stuttgart*

Was ist Bosch? Hrsg.: Robert Bosch GmbH, Stuttgart. Bosch Schriftenreihe Folge 2, Stuttgart 1958. 8. Aufl. 93 S.

*Robert Bosch GmbH, Stuttgart*

Wenn von Bosch die Rede ist . . . Hrsg.: Robert Bosch GmbH, Stuttgart. (Text: Wolfgang Fischer und Egon Braun). Stuttgart 1958. 4. Aufl. 56 S.

*C. Boysen, Hamburg*

Thomsen, Helmuth: C. Boysen 1867–1957. Eine Hamburger Buchhandlung im Wandel der letzten neunzig Jahre. In: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmer-Biographie, Baden-Baden. 2. Jg. Oktober 1957, S. 293–306.

*Brauerei Rob. Leicht AG, Stuttgart-Vaihingen*

Schwabenbräu (Brauerei Rob. Leicht AG 1878–1953). Stuttgart 1953. 40 S. zahlr. Abb.

*Braunschweigische Staatsbank, Braunschweig*

Müller, Bernhard: 185 Jahre Staatsbank in Braunschweig. Braunschweig: Neues Archiv für Niedersachsen 1950, S. 673–679

*Braunschweigische Staatsbank, Braunschweig*

200 Jahre – 1754 bis 1954 Braunschweigische Staatsbank in Holzminden. 1954. 8 S.

*Brause & Co., Iserlohn*

Vom Werden unserer Schrift. Hrsg. zum 100jährigen Bestehen der Firma Brause & Co. in Iserlohn. Bearbeitet von Albert Kaempfle und Friedr. Melchior. (Düsseldorf 1950: A. Bagel). 49 S. 8<sup>0</sup>

*Josef Brechmann, Eisengießerei, Stukenbrock über Bielefeld*

(75 Jahre) Josef Brechmann. Gegr. 1877. (Schötmar 1952: Dröge). 4 Bl. 8°

*Breitenburger Portland-Cement-Fabrik, Hamburg*

75 Jahre Breitenburger Portland-Cement-Fabrik. Hamburg 1959: Lettenbauer 12 S.

*Bremer Papier- und Wellpappen Fabrik AG., Bremen-Lübbecke*

50 Jahre Bremer Wellpappe 1907–1957. 1957

*Alfred Breuninger & Co. KG, Stuttgart*

Fünfundzwanzig Jahre Alfred Breuninger und Co., Stuttgart. 1934–1959. Ein ABC von ABCo. Stuttgart 1959. 29. Bl.

*Brinkhaus Inlett-Webereien, Warendorf*

Brinkmann, Hermann Josef und Paul Casser: Vom Werden und Wachsen der Brinkhaus Inlett-Webereien. Warendorf 1951: Privatdr. 176 S. 8°

*Brohltal AG für Stein- und Tonindustrie, Burgbrohl Bez. Koblenz*

Hundert Jahre Cowper-Winderhitzung. Hrsg.: Brohltal AG. 1958

*Brüggmann & Sohn, Dortmund*

100 Jahre W. Brüggmann & Sohn. Holzeinfuhr, Säge- und Hobelwerke-Kehl-leistenfabrik, Dortmund, z. Z. Lünen, Dortmund-Hafen, Papenburg, Lübeck, Baiersbronn. (Essen 1948). 39 S. quer-8°

*Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar*

225 Jahre Buderus 1731–1956. Hrsg.: Georg Schachs (Wetzlar 1956). 47 S. 4° (Umschlagt.). (Buderus-Werksnachrichten. Sonderausg.)

*Burkhardt & Co., KG, Essen*

Wisskirchen, Wilhelm: Burkhardt & Co. Privatbankiers im Herzen des Ruhr-gebiets. In: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmer-Biographie, Baden-Baden. 2. Jg., August 1957, S. 229–246

*August Burre, Maschinenfabrik, Brake/Lippe*

Jubiläums-Schrift zum 13. Dezember 1947. (Bad Salzuflen 1947: Meier & Tittel). 4 Bl. 8° (Umschlagt.)

*Gebrüder Burris, Hemer/Westf.*

50 Jahre (1901–1951) Gebr. Burris, Hemer/Westf. o. O. (1951). 15 S. quer-8°

*Buschhütter Eisenhammer, Buschhütten*

Achenbach Buschhütten. Festschrift aus Anl. der Gründung des Buschhütter Eisenhammers vor 500 Jahren — 1452–1952. Ein Beitrag zur Industrie-geschichte des Siegerlandes. (Verf.: Paul Fickeler). (München: Bruckmann 1952). 239 S. 4°

*Bernhard Buschmann, Hamburg*

Krieg, Hans: Bernhard Buschmann, die Geschichte eines Ostasienhauses. Hamburg 1952. 78 S.

*Chemische Fabrik Kalk GmbH, Köln-Kalk*

100 Jahre Chemische Fabrik Kalk. 1858—1958. Hrsg.: Fritz Forster (Köln 1958: DuMont Schauberg). 61 S. 8<sup>0</sup>

*Chemische Werke Albert, Wiesbaden-Biebrich*

100 Jahre Chemische Werke Albert. (Text: Frithjof Kroemer). (Wiesbaden-Biebrich 1958). 44 S. 4<sup>0</sup>

*Gebrüder Cloos KG, Duisburg-Ruhrort*

1851—1951. Gebrüder Cloos KG, Duisburg-Ruhrort. o. O. (1951). 28 S. 8<sup>0</sup>

*Coca-Cola-GmbH, Essen*

Schneider, G.: Getränkeindustrie. Auskunft über die Coca-Cola-GmbH. Idar-Oberstein: Das Dossier 1959

*F. J. Collin AG, Dortmund*

Denkschrift aus Anlaß des 80jährigen Bestehens der Firma F. J. Collin AG, Dortmund. Dortmund: Selbstverl. 1949. 36 S.

*Concordia Bergbau AG, Oberhausen Rhld.*

1850—1950. Concordia Bergbau. (Bielefeld 1950). 109 S. 4<sup>0</sup>

*Concordia-Elektrizitäts-AG, Dortmund*

Wir dienen der Sicherheit. 1906 CEAG 1956. Hrsg.: CEAG, Dortmund. (Darmstadt: Hoppenstedt 1956). 85 S. 4<sup>0</sup> (Festschrift aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Unternehmens)

*Continental Gummi-Werke AG, Hannover*

Continental gestern und heute. 1945. 1948. 1958. (Hrsg. :) Continental Gummi-Werke AG, Hannover. (Hannover 1958). 42. Bl. quer-8<sup>0</sup>

*Gebrüder Cosack, Beleuchtungskörper- und Metallwarenfabrik, Neheim-Hüsten*

1848—1948. Gründung und Entwicklung der Beleuchtungskörper- und Metallwarenfabrik Gebrüder Cosack, Neheim-Hüsten. Neheim-Hüsten 1948. 15 S. 8<sup>0</sup>

*Albert Cremer GmbH, Feld- und Industriebahnen-Bau, Dortmund-Hörde*

75 Jahre Feld- und Industriebahnen-Bau Albert Cremer GmbH, Dortmund-Hörde (1873—1948). Dortmund 1948. 8 S. quer-8<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*Darmstädter Bank, Darmstadt*

Cameron, Rondo E.: Die Gründung der Darmstädter Bank. Übersetzung aus:

Rondo E. Cameron. Founding the Bank of Darmstadt: Explorations in Entrepreneurial History (Harvard Univ. Cambridge, Mass.) Vol. VII (1956) 113–130. In: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmer-Biographie, Baden-Baden. 2. Jg., Febr. 1957, S. 104–131

*Herm. Dauelsberg, Hamburg*

Engelsing, R.: Herm. Dauelsberg, Schiffsmakler 1857–1957. Hamburg: Vlg. Hanseat. Merkur 1957. 99 S., 7 Taf.

*Demag AG, Duisburg*

Porträt einer Maschinenfabrik. Der Hüttenbau. (Hrsg.: Demag AG, Duisburg). (Duisburg 1956). 269 S. 4<sup>o</sup> (Umschlagt.: Demag)

*Heinrich Derner, Tischlerei, Lengerich/Westf.*

Schallenberg, Gustav: 100 Jahre Heinrich Derner. (Lengerich 1949). 51 S. 4<sup>o</sup>

*Deutsche Bau- und Bodenbank AG, Berlin*

1923–1953. 30 Jahre im Dienste der Bau- und Wohnungswirtschaft. 41 S.

*Deutsche Bausparkasse (DBS) eGmbH, Darmstadt*

Bausparen. 25 Jahre Deutsche Bausparkasse Darmstadt. (Bearb.: Helmut Müller-Wellborn). Darmstadt 1950. 44 S.

*Deutsche Bundesbahn, Frankfurt/M.*

Zehn Jahre Wiederaufbau bei der Deutschen Bundesbahn 1945–1955. (Hrsg.: Pressedienst der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn, Frankfurt/M.) Darmstadt: Röhrig 1955. 198 S. 4<sup>o</sup>

*Deutsche Continental Gas Gesellschaft, Düsseldorf*

Klass, Gert von: Deutsche Continental Gas Gesellschaft. 1855–1955. (Hrsg.: Archiv für Wirtschaftskunde, Darmstadt). 1955

*Deutsche Genossenschaftskasse, Frankfurt/M.*

Zehn Jahre Deutsche Genossenschaftskasse. In: Mitteilungen der Deutschen Genossenschaftskasse, Frankfurt/M., Jg. VIII, Nr. 5, Mai 1959, S. 1–3

*Deutsche Landesrentenbank, Bonn*

(1850–1950) 100 Jahre Landesrentenbank. (Verf.: Walter Girnth). (Hrsg.: Deutsche Landesrentenbank). (Bonn 1953). 75 S. 4<sup>o</sup>

*Deutsche Libbey-Owens-Gesellschaft für maschinelle Glasherstellung AG (Delog), Gelsenkirchen-Rotthausen*

Jebsen-Marwedel, H.: Tafelglas. Deutsche Libbey-Owens-Gesellschaft für maschinelle Glasherstellung AG (Delog), Gelsenkirchen-Rotthausen. 25 Jahre. Essen 1950. 336 S. 8<sup>o</sup>

*Deutsche Norton GmbH, Wesseling Bez. Köln*

Fünfzig Jahre Deutsche Norton GmbH. Oldenburg: G. Stalling AG, 1959

*Deutsche Tafelglas AG Detag, Fürth/Bayern*

125 Jahre Glashütte Witten-Crengeldanz. Hrsg.: Detag, Fürth. (Coburg: Rossteutscher 1951). 51 S. 8°

*Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart*

Im 110 Jahr. Almanach der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, im Jahre der Wiedererrichtung ihres Verlagshauses. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anst., 1958. 340 S.

*Deutscher Verein für öffentl. und priv. Fürsorge, Frankfurt/M.*

Beiträge zur Entwicklung der deutschen Fürsorge. 75 Jahre Deutscher Verein. Köln, Berlin: Heymann 1955. 564 S. 8°

*Diagramm-Halbach, Dortmund-Hörde*

125 Jahre Diagramm-Halbach-Dortmund-Hörde. 6. September 1957. (Text: Linde Bangert). Dortmund 1957. 39 S. 4°

*Christian Dierig AG, Augsburg*

Das Werk von fünf Generationen. 150 Jahre Dierig. (Hrsg.: Christian Dierig AG, Augsburg). Augsburg 1955. 92 S. 8°

*C. H. Diestelkamp, Westfälische Teigwarenfabrik, Gütersloh*

Friese, Franz: 1897–1947. 50 Jahre C. H. Diestelkamp, Westfälische Teigwarenfabrik, Gütersloh. (Bielefeld 1947: Gundlach). 10 Bl. 8°

*Gebr. Dieterle, Leinenwaren und Wäschefabrik, Bielefeld*

Dieterle, Hans Werner: 75 Jahre Arbeit und Aufbau. 1872–1947. Gebr. Dieterle, Bielefeld. (Bielefeld 1947: Bentrup.) 12. Bl. 8°

*Gebrüder Dietz, Frankfurt/M.*

Naumann, Bernd: Gebrüder Dietz. 1857–1957. Chronik eines Familienunternehmens. Frankfurt/M. 1957. 42 S. 8°

*Gebr. Dingerkus, Attendorn i. W.*

Kost, Hermann: Gedia. (Gebr. Dingerkus, Attendorn i. W., Federn- und Metallwarenfabrik) (1908–1958). (Attendorn i. W. 1958). 17. Bl. 4°

*Gebrüder Dippe, Saatzucht, Herford*

100 Jahre (1850–1950) Saatzucht Gebrüder Dippe. (Herford 1950). 25 S. 8°

*Dörentruper Sand- und Thonwerke GmbH, Dörentrup/Lippe*

Jubiläumsschrift zum 50jährigen Bestehen der Dörentruper Sand- und Thonwerke GmbH, Dörentrup/Lippe. (Hannover 1951: Osterwald). 55 S. 8°



*Oskar Dörffler AG, Bünde/Westf.*

1902–1952. 50 Jahre Dörffler Würstchen, Schinken, Dauerwurst, Fleischkonserven. (Text von Heinr. Fricke u. Dietr. Fricke). (Braunschweig 1952: Wehrt). 16 Bl. 8<sup>o</sup>

*Dortmund-Hörder-Hüttenunion AG, Dortmund*

100 Jahre Dortmund-Hörder-Hüttenunion AG. 1852–1952. (Essen 1952: Ruhrl. Dr.). 116 S. 8<sup>o</sup>

*Dortmunder Brückenbau C. H. Jucho, Dortmund*

Dortmunder Brückenbau C. H. Jucho, Dortmund, 75 Jahre. Dortmund 1952. 5 Bl. 8<sup>o</sup>

*Dortmunder Hafen AG, Dortmund*

50 Jahre Dortmundener Hafen 1899–1949. (Dortmund 1949: Busche). 8 Bl. 4<sup>o</sup>

*Dortmunder Hansa-Brauerei AG, Dortmund*

50 Jahre Dortmundener Hansa-Brauerei AG. 1902–1952. (Von Günther Tilse). (Dortmund 1952: Busche). 60 S. 4<sup>o</sup>

*Ferdinand Drenhaus, Spezial-Kinder- und Jugend-Schuh-Fabrik, Bochum-Linden*

50 Jahre – 1899–1949 – Ferdinand Drenhaus, Bochum-Linden. (Hattingen 1949: Hundt). 8 Bl. 8<sup>o</sup>

*Druffel, Modenhaus, Wiedenbrück*

Aus dem gewerblichen Leben der Stadt Wiedenbrück. Hundert Jahre Modehaus Druffel. 1846–1946. Üherr. v. Clemens Druffel. Wiedenbrück. (Oelde 1946: Holterdorf). 21 S. 8<sup>o</sup>

*Ferd. Dümmlers Verlag, Bonn*

Brauer, A.: Dümmler-Chronik. Aus anderthalb Jahrhundert Verlagsgeschichte. Hrsg.: Aus Anlaß d. 150. Gründungstages d. Verl. am 20. Oktober 1958. Bonn, Hannover, Hamburg, München: Dümmler (1958). 300 S., 8 Farbtaf. 4<sup>o</sup>

*Duisburger Kupferhütte, Duisburg*

Greiling, Walter und Kurt Horalek: 75 Jahre Duisburger Kupferhütte 1876 bis 1951. (Düsseldorf: Schwann 1951). 191 S. 22 Taf. 4<sup>o</sup>

*Dyckerhoff & Widmann KG, München*

von Klass, Gert (Mitarb.: Ernst Voegelé): Weit spannt sich der Bogen. Die Geschichte der Bauunternehmung Dyckerhoff und Widmann KG (1865–1955). (Darmstadt: Arch. f. Wirtschaftskunde 1955). 234 S. 4<sup>o</sup>

*Edeka „Mittelrhein“, Bad Godesberg*

Schickling, Willi: 50 Jahre Edeka „Mittelrhein“. Die Geschichte einer rührigen Genossenschaft, (1907–1957). (Bad Godesberg 1957). 55 S. 8<sup>o</sup>

*M. F. Ehring, Münster i. Westf.*

125 Jahre M. F. Ehring, Münster i. Westf. 1826—1951. o. O. (1951).

4 Bl. 8<sup>o</sup>

*Eickmeyer & Gehring, Schokoladenfabrik, Herford i. W.*

1921—1951. 30 Jahre Dal Gara Schokolade. Schokoladenfabrik Eickmeyer & Gehring, Alleininhaber: Friedrich Gehring, Herford i. W. (Herford 1951).

4 Bl., quer-8<sup>o</sup>

*Einkaufskontor des Großhandels GmbH, Essen*

25 Jahre Einkaufskontor des Großhandels GmbH, Essen. Essen 1950: Woeste. 23 S. Anh. 8<sup>o</sup>

*Einrichtungshaus Theodor Hötten, Bottrop-Eigen*

Durch das Auf und Ab eines halben Jahrhunderts. (Münster 1952: Westf. Vereinsdr.) 5 Bl. 4<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Eisenhütte Westfalia, Lünen*

Die Eisenhütte Westfalia (Wethmar b. Lünen). (Bielefeld: Gundlach 1951). 130 S. 4<sup>o</sup>

*Eisenwarenhandlung A. Laucht & Co., Dortmund*

30 Jahre Laucht. (Dortmund 1949: Brandt). Faltbl. 8<sup>o</sup>

*Eisenwerk Steele GmbH, Essen-Steele*

Hundert Jahre Eisenwerk Steele (1856—1956). Neuschottland-Eisenwerk Steele. Wechsel und Handel. (Darmstadt: Hoppenstedt 1956). 70 S. 4<sup>o</sup>

*Elektrizitätswerk Bielefeld*

50 Jahre Elektrizitätswerk Bielefeld. (Bielefeld 1950: Thomas). 30 Bl. 4<sup>o</sup>

*Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg GmbH, Herford*

Festschrift hrsg. anl. des 40jährigen Bestehens am 4. März 1949. (Herford 1949: Heidemann). 39 S. 4<sup>o</sup>

*Emschergenossenschaft, Essen*

Ramshorn, Alexander: Die Emschergenossenschaft. Essen 1951. 25 Bl.

*Emschergenossenschaft Essen*

Fünfzig Jahre Emschergenossenschaft. 1906—1956. Essen: Selbstverl. 1957. 451 S. 1 Karte 4<sup>o</sup>

*Energieversorgung Ostbayern AG, Regensburg*

Fünfzig Jahre Energieversorgung in Ostbayern. 1959

*August Ernst, Dortmund*

1902—1952. 50 Jahre August Ernst, Dortmund. (Dortmund 1952: Borgmann). 8 Bl. 8<sup>o</sup>

*Eschweiler Bergwerks-Verein*

Alt, Helmut: Schwarzes Brot, dem Eschweiler Bergwerks-Verein zu seinem hundertzwanzigsten Geburtstag. München 1958. 112 S.

*Färberei Kampschulte, Soest*

100 Jahre – 1851–1951 – Färberei Kampschulte. (Lippstadt 1951: Staats.) 12 Bl. quer-8<sup>o</sup>

*Gebr. Fahrion KG, Stuttgart-Feuerbach*

Mössner, Paul: Hundert Jahre Gebr. Fahrion, Feuerbach, 1859–1959. 1959. 49 S.

*Falter-Fahrrad-Werke M. & L. Tallardt, Bielefeld*

Falter 1927–1952. o. O. (1952). 8 Bl. 8<sup>o</sup>

*Farbfabriken Bayer AG, Leverkusen*

Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen (Startbroschüre). 1953. 112 S.

*Farbenwerke Hoechst AG vorm. Meister, Lucius & Brüning, Frankfurt/M.–Hoechst*

Fischer, Ernst: Meister, Lucius und Brüning, die Gründer der Farbwerke Höchst AG. In: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmer-Biographie, Baden-Baden, Jg. 3, Mai 1958, S. 65–78

*Feldmühle Papier und Zellstoffwerke AG, Düsseldorf*

Papier erzählt. Die Geschichte einer Papiermühle am Teutoburger Wald. Zum 150jährigen Bestehen des Feldmühlwerkes Hillegossen (Kreis Bielefeld). 1799 bis 1949. (Bielefeld: Velhagen & Klasing 1949). 93 S. 4<sup>o</sup>

*Feldmühle Papier und Zellstoffwerke AG. Düsseldorf*

Karton im Wandel der Zeit. Studien zur Kartongeschichte. Dargeboten zum 50jährigen Bestehen des Feldmühle-Werkes Arnsberg in Westfalen. 1901–1951. (Bielefeld 1951). 102 S. 4<sup>o</sup>

*Feldmühle Papier und Zellstoffwerke AG, Düsseldorf*

Die Zeitung und ihr Papier. Von Cäsar über Gutenberg bis zur Neuzeit. Zum 50jährigen Bestehen unseres Werkes Düsseldorf-Reisholz den Freunden unseres Hauses dargeboten. Düsseldorf 1955. 110 S. 4<sup>o</sup>

*Paul Virchow Nachf., Apparate- und Uhren-Fabrik AG, Frankfurt/M. – Berlin*

50 Jahre Paul Virchow Nachf., Apparate- und Uhren-Fabrik AG. Frankfurt/M.-Berlin 1957. 46 S.

*Otto Fischer, Buch- und Kunsthandlung, Bielefeld*

50 Jahre Wirken für Buch und Bild. Bielefeld: Selbstverl. 1951. 10 Bl. 8<sup>o</sup>

*A. Friedr. Flender & Co., Getriebe und Antriebsselemente, Bocholt Westf.*

Most, Otto, Josef Wilden (u. a.): Flender. 1899–1949. (Düsseldorf 1949: Bagel). 139 S. 8°

*J. D. Flügger, Hamburg*

J. D. Flügger 1783–1958.

*Franckhsche Verlagshandlung Stuttgart*

(Stuttgart: Franckh 1952). 76, 63 S.

*Frankfurter Zeitung, Frankfurt/M.*

Ein Jahrhundert Frankfurter Zeitung, begründet von Leopold Sonnemann. (1856–1956). Frankfurt/M.: Verl. Die Gegenwart 1956. 59 S. 4°

*H. C. Fricke GmbH, Bielefeld*

1877–1952 – 75 Jahre. Landmaschinen-Fabrik – Straßenwalzen-Betrieb. (Text: Ch. Anrainer). (Bielefeld-Bethel 1952: Giesecking). 16 Bl. quer-8°

*Martin Friedburg & Co., Hamburg*

Freytag von Loringhofen, Frank Baron und Carl Schmidt-Reitz: Martin Friedburg & Co., Hamburg (Bankgeschäft). (Hamburg: Verl. Hanseat. Merkur 1957). 74 S.

*Frottierweberei Vossen GmbH, Gütersloh*

25 Jahre Frottier-Vossen, Gütersloh. (Bielefeld 1950: Gundlach). 9 Bl. quer-8°

*Josef Fuchs, Paderborn*

50 Jahre Goldschmiedekunst Josef Fuchs, Paderborn. o. O. (1951). 6 Bl. quer-8°

*C. G. Funcke Sohn, Hammerwerk, Hagen-Eckesey (Westf.)*

1702–1952. 250 Jahre Hammerwerk Funcke. (Text: Winkhaus). (Lüdenschheid 1952: Spannagel & Caesar). 37 S. 18. Bl. 4°

*G. L. Gaiser, Hamburg*

Hieke, Ernst: G. L. Gaiser, Hamburg-Westafrika. 100 Jahre Handel mit Nigeria. Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Hamburgische Wirtschaftsgeschichte, Band 2. Hamburg 1959. 148 S.

*J. D. Geck GmbH, Altrogenrahmede*

100 Jahre Arbeit. (Duisburg: Lange 1952). 15 Bl. 8°

*GEHAG Gemeinnützige Heimstätten-AG, Berlin*

GEHAG Gemeinnützige Heimstätten-AG, Berlin. Hrsg. v. d. GEHAG. 1957. 178 S.

*Gewerkschaft Vereinigte Constantin der Große, Bochum*

Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Gewerkschaft Ver. Constantin der Große, Bochum. (Essen 1949: Industriedr.) 76 S. 8 Anl. 4<sup>o</sup> (Umschlagt.: 100 Jahre Gewerkschaft Ver. Constantin der Große, Bochum).

*Gewerkschaften Diergardt-Mevissen, Rheinhausen*

40 Jahre Diergardt-Mevissen. (Homberg 1949: Meister-Dr.) 19 S. 8<sup>o</sup> (Nachrichten an die Belegschaft. H. 1)

*Gewobag Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt/M.*

Im Kampf gegen Vermassung. Aus der Werkstatt eines gemeinnützigen Wohnungsunternehmens, Gewobag 1924–1954. Hrsg. von der Gewobag, Frankfurt/M. Hamburg: Hammonia Verl. (1954). 80 S. 4<sup>o</sup>

*Heinrich Giersieper, Oberbrügge*

Lesser, Otto: 1875–1950. Heinrich Giersieper, Oberbrügge. (Lüdenscheid 1950: Hosenfeld). 12 Bl. quer-8<sup>o</sup>

*Emil Giesow, Klischeeanstalt, Stempelfabrik, Bielefeld*

1925–1950. Emil Giesow, Bielefeld. (Entwurf: Kurt Klaus). (Bielefeld 1950: Gundlach). 12 S. 4<sup>o</sup>

*Gladbacher Wollindustrie AG vorm. L. Josten, M. Gladbach*

75 Jahre Gladbacher Wollindustrie AG vorm. L. Josten, M. Gladbach. 1882 bis 1957. Vom Wachsen des Werks und von den Wandlungen der Zeit. M. Gladbach 1957. 69 Bl. 4<sup>o</sup>

*Glas- und Spiegel-Manufaktur AG, Gelsenkirchen Schalke*

1873–1948. Glas- und Spiegel-Manufaktur AG, Gelsenkirchen Schalke. (Gelsenkirchen 1948: Neuhaus & Giesecking). 38 Bl. quer 8<sup>o</sup>

*Glasfabrik Gernheim, Gernheim*

Schrader, Gerhard: Gernheim. Die Gründung Johann Christoph Schraders. Ein Beitrag z. westf. Wirtschaftsgeschichte im 19. Jh. Minden: Bruns (1951). 64 S. 8<sup>o</sup> (Mindener Beiträge H. 3)

*Glaswerke Ruhr AG, Essen-Karnap*

Gedenkschrift zum 25jährigen Bestehen der Glaswerke Ruhr AG, Essen-Karnap, am 4. August 1948. (Essen 1948: Industriedr.) 19 S. 5 Taf., 8<sup>o</sup> (Umschlagt.: 25 Jahre Ruhrglas)

*H. Gossen, Stahlhoch- und Brückenbau, Eisengroßhandel, Berlin*

H. Gossen 1881–1956. 24 S.

*Gransauer Mühle, Gransau*

100 Jahre Gransauer Mühle, 1850, 26. Juli 1950. (Gransau: Selbstverl. 1950). 11 Bl. 8<sup>o</sup>

*Gebrüder Grote, Hagen i. Westf.*

125 Jahre im Verkehrsgewerbe. 2. Oktober 1950. Gebrüder Grote, Hagen. (Hagen 1950: Thiebes). 27 S. 8<sup>0</sup>

*Grottemeyer, Zuckerbäckerei, Münster i. Westf.*

Werland, Peter: 100 Jahre Zuckerbäckerei Grottemeyer. Münster (1950). 40 S. quer-8<sup>0</sup>

*Grüner Metallwarenfabrik Otto Adolf Oventrop GmbH, Grüne Krs. Iserlohn*

(1851–1951). 100 Jahre Oventrop. (Ennepetal-Milspe 1951: Kugeldruck). 28 S. 4<sup>0</sup>

*E. Gundlach AG, Bielefeld*

1847–1947. 100 Jahre E. Gundlach AG, Bielefeld. (Bielefeld: Gundlach 1947). 10 Bl. 8<sup>0</sup>

*Gutehoffnungshütte Oberhausen AG, Oberhausen*

Erinnerungsschrift zum 125jährigen Bestehen des GHH Dampffördermaschinenbaues. Von Heinrich Koch. (Dortmund 1949: Busche). 54 S. 4<sup>0</sup>

*Gutehoffnungshütte Oberhausen AG, Oberhausen*

100 Jahre GHH-Brückenbau. Von Philipp Stein. Hrsg.: GHH Oberhausen AG, Werk Sterkrade. (Bielefeld) 1951: (Gundlach). 206 S. 4<sup>0</sup>

*Habermann, Bergwerksmaschinen, Bochum*

1927–1952. 25 Jahre Habermann. o. O. (1952). Faltbl. 8<sup>0</sup>

*Wilhelm Hähn, Rostebau, Ferndorf*

1875–1950. Wilhelm Hähn, Rostebau, Ferndorf. (Ewersbach/Dillkreis 1950). 34 S. 8<sup>0</sup>

*C. Hahne KG, Mühlenwerke, Melbergen bei Bad Oeynhausen*

100 Jahre C. Hahne KG. Melbergen. (Bearb.: Wilhelm Eilbracht). (Bielefeld 1948: Gundlach). 9 Bl. 8<sup>0</sup>

*G. Haindl'sche Papierfabriken, Augsburg*

von Müller, Karl Alexander: Hundert Jahre G. Haindl'sche Papierfabriken, eine Gedenkschrift (1849–1949). (München 1949)

*Halberg Maschinenbau und Gießerei GmbH, Ludwigshafen/Rhein*

75 Jahre Halberg, Ludwigshafen/Rhein (1861–1956). (Ludwigshafen/Rhein 1956). 42 S. 4<sup>0</sup>

*Hamburger Börse, Hamburg*

Vierhundert Jahre Hamburger Börse. 1558–1958. (Hrsg. von der Handelskammer Hamburg und dem Gesamt-Börsenvorstand der Hamburger Börse. (Text und Auswahl der Bilder und Dokumente: Gottfried Klein). Hamburg 1958. 47 S. 4<sup>0</sup>

*Hamburger Hafenmühle J. P. Lange Söhne, Hamburg*

Segebrecht, Reinhold: 225 Jahre Hamburger Hafenmühle J. P. Lange Söhne. Hamburg 1952. 78 S.

*Handelsbank in Lübeck*

Molsen, Käthe: Die Handelsbank in Lübeck 1856—1956. (Hamburg: Hanseatischer Merkur 1956). 144 S. 4<sup>o</sup>

*Handwerkskammer Dortmund, Dortmund*

1945—1955. Zehn Jahre Tätigkeit der Handwerkskammer. Dortmund 1955. 23 S. 8<sup>o</sup>

*Hanfwerke Füssen-Immenstadt AG, Füssen/Bayern*

Umgarnter Alltag. 100 Jahre Hanfwerke Füssen-Immenstadt AG. 1857—1957. Darmstadt: Hoppenstedt 1957. 65 S. 4<sup>o</sup>

*Haniel & Cie. GmbH, Duisburg-Ruhrort*

Haniel (Hrsg.: Franz Haniel & Cie., GmbH). Duisburg-Ruhrort 1956. 49 Bl.

*Hannoversche Maschinenbau AG vormals Georg Egestorff, Hannover-Linden*

Metzeltin, Erich: Erinnerungen aus der Geschichte der „Hanomag“. In: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmer-Biographie, Baden-Baden. 2. Jg., August 1957, S. 277—280

*Hansa-Druckerei GmbH, Münster i. W.*

(Liehr, Friedrich): 25 Jahre Hansa-Druckerei GmbH, Münster i. W. Die Geschichte einer Buchdruckerei 1927—1952. (Münster: Hansa-Dr. 1952). 10 Bl. 8<sup>o</sup>

*Harburger Oelwerke Brinckmann & Mergell, Hamburg*

Schmidt-Reitz, Carl: Harburger Oelwerke Brinckmann & Mergell, Hamburg. Hamburg 1956. 116 S.

*Hardy & Co. GmbH, Frankfurt/M.*

Achterberg, E.: Berliner Banken im Wandel der Zeit.

*Hardy & Co. GmbH, Frankfurt/M.*

Preusker, V. E.: Wirtschaftsbilanz eines Jahrhunderts. Zum 75jährigen Bestehen des Bankhauses Hardy & Co. 1954

*Harpener Bergbau-AG, Dortmund*

Mariaux, Franz: Gedenkwort zum hundertjährigen Bestehen der Harpener Bergbau-AG. 1956. 464 S. 4<sup>o</sup> (Rückent.: Mariaux. Hundert Jahre Harpen)

*Hauhinco Maschinenfabrik G. Hausherr, Jochums & Co., Essen*

50 Jahre Hauhinco (1908—1958). (Hrsg.: Hauhinco Maschinenfabrik G. Hausherr, Jochums & Co., Essen). (Mitarb.:) Hermann Lieder (u. a.). Essen 1958: Rohden. 45 S. 8<sup>o</sup>

*Jost Hinr. Havemann & Sohn, Lübeck*

Aus der Geschichte der Firma Jost Hinr. Havemann & Sohn, Lübeck, Holzimport und Hobelwerk. 1733–1958. Text bearb.: Walther Schärffe. (Lübeck 1958). 71 S. 4<sup>0</sup>

*J. Hecking Buntspinnerei und Weberei, Neuenkirchen bei Rheine i. W.*

100 Jahre J. Hecking. Buntspinnerei und Weberei, Neuenkirchen bei Rheine in Westf. (1858–1958). (Neuenkirchen 1958). 49 S. u. Abb. 4<sup>0</sup>

*Fritz Heißenberg, Oerlinghausen*

Reuter, August: Über 200 Jahre Fritz Heißenberg, Oerlinghausen. (Bielefeld 1951: Dt. Heimat-Verl.). 23 S. 8<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*Friedrich Hengst & Co., Offenbach/Main*

Ein Privatbankhaus in seinem Wirtschaftsraum. 1832–1957. Hrsg. anläßl. des 125jährigen Bestehens des Bankhauses S. Merzbach – Friedrich Hengst & Co. (Mitarb.: Gerhard Gutsch u. a.) o. O.: (Hoppenstedt 1957). 77 S. 8<sup>0</sup>

*Henkel & Cie. GmbH, Düsseldorf*

Von a bis z durchs Henkelwerk. (1955)

*Herforder Kleinbahnen GmbH, Herford*

Festschrift, hrsg. anl. des 50jährigen Bestehens am 10. Aug. 1950. (Herford 1950: Groll.) 40 S. 4<sup>0</sup>

*Heyda-Werk Schlegel & von der Heyden, Hagen*

50 Jahre Heyda-Werk Schlegel & von der Heyden, Hagen, Geschäftsbüchereifabrik 1902–1952. (Hagen 1952). 12 Bl. 8<sup>0</sup>

*Von der Heydt-Kersten & Söhne, Elberfeld*

200 Jahre von der Heydt-Kersten & Söhne 1754–1954. Elberfeld 1954. 179 S., 27 S. Abb.

*Hochtief AG für Hoch- und Tiefbauten, vorm. Gebr. Helfmann, Essen*

75 Jahre. (Heppenheim: Hoppenstedt 1950). 55 S. 8<sup>0</sup>

*Hoesch AG, Dortmund*

12. Oktober 1946. 100 Jahre Hoesch AG, Abteilung Hohenlimburg. A. O. (1946). 2 Bl. 8<sup>0</sup>

*Hoesch AG, Dortmund*

80 Jahre Eisen- und Stahlwerk Hoesch (Dortmund. 1871–1951). (Heidelberg, Duisburg): Rau 1951. 90 S. 8<sup>0</sup>

*Hoffmann's Stärkefabriken AG, Bad Salzuflen*

Sartorius, Otto: 100 Jahre Hoffmann's Stärkefabriken, Bad Salzuflen. Ein Gedenkbuch . . . Bielefeld (1950): Küster. 94 S., 22 Bl. quer-8<sup>0</sup>



*Matth. Hohner AG, Trossingen/Württ.*

100 Jahre Matth. Hohner (1857–1957. Bearb.: Heinz Hartwig u. a. Hrsg.: Die Direktion der Matth. Hohner AG, Trossingen/Württ.). (Trossingen 1957.) 109 S. 8<sup>o</sup>

*Fritz Holzkamp, Dörentrup*

50 Jahre. 1. August 1900 bis 1. August 1950. Fritz Holzkamp, Dörentrup. Getreide, Düngemittel. (Lemgo 1950: Mai). 2 Bl. 8<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Konrad Hornschuch AG, Urbach/Württ.*

50 Jahre Konrad Hornschuch. (1905–1955). Die Landschaft, das Geschlecht, das Werk, das Jubiläum. (I. A. von Willy Hornschuch bearb. u. gestaltet von Hermann Ströle). (Urbach/Württ. 1956). 395 S., 1 Taf. 8<sup>o</sup>

*Hudtwalcker & Co. GmbH, Hamburg*

Hieke, Ernst: Hudtwalcker & Co., Hamburg (Tran raffinerie). Hamburg 1953. 16 S.

*Gebr. Hüttenes KG, Düsseldorf-Heerdt*

50 Jahre Gebr. Hüttenes KG. 1959

*Hüttenwerk Rheinhausen AG, Rheinhausen*

von Klass, Gert: Stahl vom Rhein. Die Geschichte des Hüttenwerkes Rheinhausen 1897–1957. (Darmstadt: Archiv f. Wirtschaftskunde 1957.) 131 S. 4<sup>o</sup>

*Hüttenwerke Siegerland AG, Siegen*

Marke, Emmy: Die Geschichte des Werkes Hüsten der Hüttenwerke Siegerland AG, Siegen. [Dortmund o. J. (um 1949): Stahldruck.] III. 96 S. 8<sup>o</sup>

*Hermann Hunecke, Eisenwaren-Großhandlung, Kassel*

50 Jahre Hermann Hunecke — 1899–1949 — Eisenwaren-Großhandlung, Kassel, Bad Salzufflen, Bielefeld. o. O. (1949.) 61 S. 8<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Hydraulik GmbH, Duisburg*

Ein Jahrhundert Hydraulik im Spiegel des 50. Gründungstages der Hydraulik GmbH. Duisburg 1959. 89 S.

*Hydrawerk AG, Berlin*

Hruda, K. und W. Leser: 50 Jahre Hydrawerk AG. 1899–1949. Berlin-Borsigwalde: Vlg. f. Radio-Foto-Kino-Technik 1949. 87 S.

*Theodor Hymmen, Maschinenfabrik, Bielefeld*

1892–1952. Theodor Hymmen, Maschinenfabrik, Bielefeld. Am 2. Februar 1952 60 Jahre im Dienst des Handwerks und der Industrie. (Bielefeld 1952: Krämer). 4 Bl. quer-8<sup>o</sup>

*C. Illies & Co., Hamburg*

Molsen, Käthe: C. Illies & Co. 1859–1959. Ein Beispiel zur Geschichte des deutsch-japanischen Handels. (Hamburg): Vlg. Hanseat. Merkur 1959. 91 S.

*Ilseder Hütte, Peine*

Treue, Wilhelm: Die Ilseder Hütte und der Staat in den Jahren 1916 bis 1919. (Gekürzter Vorabdruck eines Kapitels aus der im Verlag F. Bruckmann, München, erschienenen Geschichte der Ilseder Hütte 1858–1958 des Verfassers). In: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmer-Biographie, Baden-Baden. 3. Jg., August 1958, S. 129–140

*Ilseder Hütte, Peine*

Treue, Wilhelm: Ilseder Hütte 1858–1958. Ein Unternehmen der eisen-schaffenden Industrie. Hrsg.: Ilseder Hütte, Peine. München: Vlg. F. Bruckmann 1958. 144 S.

*Industrie- und Handelskammer Aachen*

150 Jahre Industrie- und Handelskammer Aachen. (1955).

*Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg*

Die Wirtschaft am bayerischen Untermain. Hrsg. von der Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg anl. ihres 10jährigen Bestehens. Aschaffenburg 1956. 322 S. 8<sup>0</sup>

*Industrie- und Handelskammer zu Bochum*

Mariaux, Franz: Gedenkwort zum hundertjährigen Bestehen der Industrie- und Handelskammer zu Bochum. Bochum: Selbstverl. 1956. 571 S.

*Industrie- und Handelskammer Düsseldorf*

125 Jahre Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf 1831–1956. (Beiträge zur Geschichte der Industrie- und Handelskammer und der Düsseldorfer Wirtschaft. 1. Karl Albrecht: Vorspiel und frühes Beginnen. 2. Wilhelm Treue: Düsseldorfs Wirtschaft seit hundert Jahren). Düsseldorf 1956. 178 S. 4<sup>0</sup>

*Industrie- und Handelskammer Freiburg*

1880–1955. Eine Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Industrie- und Handelskammer Freiburg. Hrsg.: Dr. Adolf Sauter, Freiburg. 1955. 136 S.

*Industrie- und Handelskammer Heilbronn*

100 Jahre Industrie- und Handelskammer Heilbronn. 1855–1955. Hrsg.: Industrie- und Handelskammer Heilbronn. (Sondernummer des Wirtschaftsdienst. Nachrichtenblatt d. Industrie- und Handelskammer Heilbronn). (Heilbronn 1955). 25 S. 4<sup>0</sup>

*Industrie- und Handelskammer Karlsruhe*

Karlsruhe, Wirtschaftszentrum am Oberrhein. In 140 Jahren von der Handelsstube zur Industrie- und Handelskammer Karlsruhe. Hrsg.: Industrie- und Handelskammer Karlsruhe. (Redaktion: Walter Gerrads). (Karlsruhe 1953). 197 S. 4<sup>0</sup>

*Industrie- und Handelskammer Köln*

Kuske (Festschrift zur 150 Jahrfeier 1947)

*Industrie- und Handelskammer Krefeld*

Die Industrie- und Handelskammer zu Krefeld 1804–1954. Festschrift zur Feier des 150jährigen Bestehens. Krefeld 1955. 233 S. 4<sup>o</sup>

*Industrie- und Handelskammer Reutlingen*

Industrie- und Handelskammer Reutlingen 1855–1955. In: Sondernummer der „Mitteilungen“ der Industrie- und Handelskammer Reutlingen (1955)

*Industrie- und Handelskammern Stuttgart, Heilbronn, Reutlingen, Ulm*

Mosthaf, Walter: Die württembergischen Industrie- und Handelskammern Stuttgart, Heilbronn, Reutlingen, Ulm, 1855–1955. Festschrift zum 100jährigen Bestehen. Bd. I: Die Handels- und Gewerbekammern 1855–1899. Hrsg.: Industrie- und Handelskammern Stuttgart . . . Stuttgart 1955. 374 S. 4<sup>o</sup>

*Industrie- und Handelskammer Wuppertal, Wuppertal-Elberfeld*

125 Jahre Industrie- und Handelskammer Wuppertal. 1831–1956. Jubiläums-Sonderausgabe der Wirtschaftlichen Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Wuppertal Nr. 2/56. (Wuppertal-Elberfeld: Bergische Verl.-Ges. 1956). 256 S. 4<sup>o</sup>

*Industrie- und Handelskammer Wuppertal, Wuppertal-Elberfeld*

Industrie- und Handelskammer Wuppertal 1831–1956. Festschrift zum 125jährigen Jubiläum am 17. Januar 1956. (Hrsg.: Industrie- und Handelskammer Wuppertal in Verb. mit Wolfgang Köllmann). (Wuppertal-Elberfeld 1956). 305 S. 4<sup>o</sup>

*Isar-Amperwerke AG, München*

Die Isar-Amperwerke. 50 Jahre im Dienste der oberbayerischen Stromversorgung. 1908–1958. (München 1958). 169 S. 4<sup>o</sup>

*Isophon E. Fritz & Co. GmbH, Berlin*

Isophon GmbH. Sonderdruck a. d. Zentralarchiv Handel und Industrie. Berlin 1954

*J. Jaksch & Co., Minden i. Westf.*

Zum 100jährigen Bestehen der Firma J. Jaksch & Co., Riga, Posen, Minden. Maschinenschr. 1951. 6 Bl. 4<sup>o</sup>

*v. Jaminet & Meyer, Zigarrenfabriken, Bergkirchen bei Bad Oeynhaus*

75 Jahre v. Jaminet & Meyer, Zigarrenfabriken, Bergkirchen. (Bad Oeynhaus 1950: Scherer). 8 Bl. 8<sup>o</sup>

*A. Jeurgens KG, Lederwarenfabrik, Goch und Grevenbrück i. W.*

75 Jahre im Dienst der Deutschen Lederwarenindustrie. 1872–1947. (Von Herbert Thiewissen). (Düsseldorf 1947: Schwann). 22 Bl. 8<sup>o</sup>

*Kalle & Co. AG, Wiesbaden-Biebrich*

Cellophan, Erfindung und Welterfolg. Hrsg. zum 50jährigen Arbeitsjubiläum von Adolf Todt bei der Kalle & Co. AG, Wiesbaden-Biebrich 29./30. Juni 1956. (Text von Franz Ulrich Gass, Zusammenstellung u. Bearb. Artur O. Grünewald). (Wiesbaden-Biebrich 1956). 117 S. 8<sup>0</sup>

*Kammgarnspinnerei Kaiserslautern, Kaiserslautern*

Einhundert Jahre Kammgarnspinnerei Kaiserslautern. 1857–1957. (Text: Kraft Sachisthal). (Kaiserslautern 1957). 116, IV S. 4<sup>0</sup>

*Rudolf Karstadt AG, Hamburg*

Aus der Chronik der Rudolf Karstadt AG. (Verwaltungsstellen: Hamburg, Essen, Berlin). (1881–1951). Flensburg 1951: Wolff. 45 S. quer-8<sup>0</sup>

*Rudolf Karstadt AG, Hamburg*

Erinnerungen, den Frauen gewidmet. Die Frau von gestern und heute. Zusammengestellt von Dr. h. c. Oleander. 1956. 170 S.

*Kaufhaus Carl Bürmann, Sundern/Sauerland*

1891–1951. 60 Jahre Kaufhaus Carl Bürmann, Sundern/Sauerland. o. O. (1951). 4 Bl. 4<sup>0</sup>

*Kaufhof AG, Köln*

75 Jahre Kaufhof (AG, Köln). 1879–1954. (Hrsg.: Kaufhof AG, Köln). (Die Kaufhof-Illustrierte Nr. 31. Jubiläums-Sonderheft). (Köln 1954: Ziegler Beckmann). 39 S. 4<sup>0</sup>

*Fritz Keimeyer, Bielefeld*

50 Jahre Fritz Keimeyer, Bielefeld. 1899–1949. (Lüdenscheid 1949: Linnepe). 6 Bl. 8<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*A. Kirsten, Hamburg*

Möring, Maria: A. Kirsten, Hamburg. (Schiffsmakler und Schiffseigner). Hamburg 1952. 214 S.

*Wilhelm Kisker, Halle/Westf.*

220 Jahre Wilhelm Kisker, Halle/Westfalen (Kornbrennerei). o. O. (1952). Faltbl. 8<sup>0</sup>

*Kissing & Möllmann, Iserlohn*

125 Jahre. 1826–1951. Kissing & Möllmann, Iserlohn. o. O. (1951). 4 Bl. 4<sup>0</sup>

*Klemme & Bleimund GmbH, Bielefeld*

30 Jahre Großbuchbinderei Klemme & Bleimund GmbH, Bielefeld. (Bielefeld 1949: Krämer). 15 Bl. 8<sup>0</sup>

*Franz Klingenthal, Paderborn*

75 Jahre Klingenthal 1874–1949. (Textilkaufhaus). (Paderborn 1949: Bonifacius-Dr.) 19 Bl. 8<sup>0</sup>

*Julius Klinke GmbH, Neuenrade*

Julius Klinke GmbH, Neuenrade. 1847–1947. (Reden und Ansprachen auf der Gedenkfeier am 11. Juli 1947). (Altena 1947: Santz). 28 S. 8° (Umschlagt.)

*Anton Klocke GmbH, Bielefeld*

25 Jahre Anton Klocke GmbH. (Bielefeld 1949: Thomas-Dr.) 4 Bl. 8° (Umschlagt.)

*Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln*

100 Jahre Humboldt — (Hrsg. v. d. Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln). (Werks-Rundschau der Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln, Sonderausgabe Oktober 1956). (Köln 1956). 31 S. 4°

*Theodor Klusendick, Metallwarenfabrik, Menden Krs. Iserlohn*

1900–1950. 50 Jahre Theodor Klusendick, Menden/Krs. Iserlohn. (Niederense 1950). 10 Bl. 8°

*Knapsack-Griesheim AG, Knapsack bei Köln*

von Niebelschütz, Wolf: Knapsack. Zum 50jährigen Bestehen der Knapsack-Griesheim AG, Knapsack. Hrsg.: Knapsack-Griesheim AG, Knapsack. (Knapsack bei Köln). 1957. 88 S. 4°

*Knorr-Bremse AG, München*

Neher, Franz Ludwig: Fünfzig Jahre Knorr-Bremse 1905–1955. (Hrsg.: Knorr-Bremse AG). 1955. 193 S.

*Köster & Bömcke, Dortmund*

75 Jahre Köster & Bömcke, Dortmund, Mineralöle und Fette, Chemikalien, Farben und Lacke. (Dortmund 1948). 4 Bl. 8°

*Hermann Köster, Halver i. Westf.*

(1851–1951) Einhundert Jahre Hermann Köster, Halver i. Westf. (W. Barmen 1951: Ley & Wiegandt). 8 Bl. 8°

*Kommunales Elektrizitätswerk Mark AG, Hagen/Westf.*

50 Jahre Elektromark. Kommunales Elektrizitätswerk Mark AG, Hagen i. Westf. 1906–1956. (Hrsg.: Gert von Klass). (Darmstadt: Archiv f. Wirtschaftskunde 1956). 123 S. 4°

*Heinrich Koppers GmbH, Essen*

Koppers. 1901–1951. Ein halbes Jahrhundert im Dienste der Kohleveredelung. (Essen 1951: Rohden). 140 S. 4°

*Korkfabrik J. H. Tönnjes, Delmenhorst-Stickgras*

125 Jahre Korkfabrik J. H. Tönnjes, Delmenhorst-Stickgras. 1832–1957. (Delmenhorst-Stickgras 1957). 16 S. 8°

*Kortenbach & Rauh, Schirm-Furnituren-Fabrik, Solingen-Weyer*

100 Jahre Schirmfurnituren (1955)

*Krämer & von der Laden, Duisburg-Meiderich*

(1911–1951) Krämer & von der Laden, Holzgroßhandlung, Säge- und Hobelwerk, Holzimport. o. O. (1951). 6 Bl. quer-8<sup>0</sup>

*Krankenversicherung, Lüdenscheid*

120 Jahre Krankenversicherung in Lüdenscheid. Von August vom Orde. (Lüdenscheid 1948: Hüskes). 40 S. 8<sup>0</sup>

*J. & Otto Krebber, Oberhausen und Krebber's Asphalt GmbH, Oberhausen*

75 Jahre Krebber. Oberhausen. Entstehung und Geschichte der Firmen J. & Otto Krebber und Krebber's Asphalt GmbH, Oberhausen. Bearb. von Gustav Dechamps. (Oberhausen). 1950: (Storck). 30 S. 8<sup>0</sup>

*W. Kreffft AG, Gevelsberg i. Westf.*

Vor 60 Jahren. Plaudereien nach alten Chroniken. 60 Jahre Kreffft Gasgeräte. o. O. (1950) 23 S. 8<sup>0</sup>

*Kreissparkasse Altötting-Burghausen*

Beger, F.: Kreissparkasse Altötting-Burghausen (1853–1953)

*Kreissparkasse zu Halle (Westfalen)*

Kreissparkasse zu Halle (1856–1956) rd. 100 S.

*Kreissparkasse Höxter*

Östreich, Gerhard: Kreissparkasse Höxter (1848–1948)

*Kreissparkasse Minden*

Brinkmann, G., und G. Henke: Kreissparkasse Minden (1855–1955)

*Kreissparkasse Nürnberg*

Tischer-Winkelhaid, F., und F. Leberzammer: Kreissparkasse Nürnberg. (Festschrift aus Anlaß der Einweihung des neuen Verwaltungsgebäudes im Dezember 1952). 1952

*Kreissparkasse Saarbrücken*

Kloevekorn, Fritz: Hundert Jahre Kreissparkasse Saarbrücken 1858–1958. (Saarbrücken 1958). 148 S.

*Kreissparkasse Schwäbisch-Hall*

Schimmel, Joh. C.: Kreissparkasse Schwäbisch-Hall. (100jähriges Jubiläum)

*Kreissparkasse Tübingen*

Bechert, Fritz, und E. Laun: Kreissparkasse Tübingen (1853–1953)

*Kreissparkasse Wiedenbrück*

Kreissparkasse Wiedenbrück (100jähriges Jubiläum)

*Fried. Krupp, Essen*

Die Krupp-Werke in Essen. Kurzer Überblick über Geschichte, Aufbau und gegenwärtige Lage des Unternehmens. (Essen 1950: Krupp). 46 S. 8<sup>o</sup>

*Fried. Krupp, Essen*

Krupp heute. (1955)

*Fried. Krupp, Essen*

Alfred Krupps Generalregulativ. (Vorbemerkung und Kommentar von Ernst Schröder). In: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmer-Biographie, Baden-Baden. 1. Jg., Okt. 1956, S. 35–57.

*Gebr. Künнемeyer, Horn in Lippe*

(Wunderlich): 25 Jahre Gebr. Künнемeyer, Sperrholz- und Faserplattenwerke, Horn in Lippe. (Lage 1951: Haberbeck). 14 Bl. 4<sup>o</sup>

*F. Küppersbusch & Söhne AG, Gelsenkirchen*

F. Küppersbusch & Söhne AG, Gelsenkirchen. (In: Die Leistung. Jg. 2, 1952, H. 11.)

*Landesversicherungsanstalt Westfalen, Münster*

Werden und Wirken der Landesversicherungsanstalt Westfalen. 1890–1950. (Dortmund 1950: Westfalendr.) 79 S. 4<sup>o</sup>

*Gebr. Landmann, Herford*

Werden und Wirken. 200 Jahre Hausrat. (Herford 1948: Heidemann). 50 S. 8<sup>o</sup>

*Landré & Bartels, Bad Oeynhausen*

1876–1951. 75 Jahre Landré & Bartels. (Holzimport und Hobelwerk, Sperrplatten, Bad Oeynhausen, Rheme a. d. Weser). o. O. (1951.) 4 Bl. 8<sup>o</sup>

*G. und H. Lange, Benninghausen*

1924–1949. 25 Jahre G. u. H. Lange, Benninghausen. (Text: Franziskus Pre-deek). o. O. (1949). 7 Bl. 4<sup>o</sup> (Umschlagt).

*Langenscheidt KG, Berlin*

Brücken zu fremden Völkern. Hrsg.: Langenscheidt KG. Berlin 1956. 47 S.

*C. Jos. Laumanns, Lippstadt i. W.*

1848–1948. 100 Jahre J. C. Laumanns, Lippstadt i. W. Verlagshaus, Buchdruckerei, Buchbinderei. (Lippstadt: Laumanns 1948). 8 Bl. quer-8<sup>o</sup>

*Laupheimer Werkzeugfabrik GmbH, Laupheim/Württ.*

Festrede zum hundertjährigen Bestehen der Laupheimer Werkzeugfabrik GmbH, Laupheim/Württ. Gehalten am 24. Oktober 1959 von Aufsichtsratsmitglied Herrn Rechtsanwalt und Notar Dr. Offtermatt-Ravensburg. (Laupheim 1959). 13 S. Schreibm. vervielf.

*Lederfabrik Carl Simon Söhne GmbH, Kirn/Nahe*

Leder lebt. (Festschrift). 1957.

*Gerhard Lehnhoff KG, Mülheim-Ruhr*

1876–1951. Seit 75 Jahren Gerhard Lehnhoff KG, Mülheim-Ruhr, Fleischerwäschefabrik und Jackenstrickerei. o. O. (1951). 2 Bl. 4<sup>o</sup>

*Lennewerk Altena GmbH, Schrauben- und Nietenfabrik, Altena/W.*

Lennewerk Altena GmbH, 1709–1959. 1959. 29 S.

*Gebrüder Lensing, Dortmund*

75 Jahre Gebrüder Lensing. Ruhr-Nachrichten 30. 12. 1950. Sonderbeil.

*Johs. Link KG, Wingshausen, Kr. Wittgenstein*

1875–1950. Johs. Link KG, Wingshausen (Schlaginstrumentenfabrik). o. O. (1950). 2 Bl. 4<sup>o</sup>

*Carl v. d. Linnepe, Lüdenscheid i. W.*

Liss, Konrad: Heimat und Werk. Die hundertjährige Geschichte einer Großdruckerei. Lüdenscheid 1949: Privatdr. 58 S. 8<sup>o</sup>

*Linotype GmbH, Berlin-Frankfurt/M.*

Der 100. Geburtstag O. Mergenthalers am 11. Mai 1954. Hrsg.: Linotype GmbH, Berlin-Frankfurt/M. 1954. 57 S.

*Linotype GmbH, Berlin-Frankfurt/M.*

Mengel, Willi: Die Linotype erreichte das Ziel. Hrsg.: Linotype GmbH, Berlin-Frankfurt/M.

*Anton Lippe, Mühlenwerke, Borchen*

100 Jahre Mühlenwerke Anton Lippe, Borchen. (Detmold 1950: Welge). 12 Bl. 8<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Lippeverband, Dortmund*

Ramshorn, Alexander: Der Lippeverband. Dortmund-Essen 1951. 20 Bl.

*Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt, Detmold*

200 Jahre Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt (1752–1952). (Detmold 1952: Tölle.) 4 Bl. (Kopft.)

*C. Lorenz AG, Stuttgart*

75 Jahre Lorenz. 1880–1950. Festschrift der C. Lorenz AG, Stuttgart. Stuttgart 1955. 272 S. 4<sup>o</sup>

*Wilhelm Maaso HG, Homberg*

1902–1952. 50 Jahre Wilhelm Maaso HG, Bauunternehmung für Hoch-, Tief-, Stahlbetonbau, Zimmerei, Bau- und Möbelschreinerei, Homberg (Niederrhein). 1952. 8 Bl. quer-8<sup>o</sup>

*Mainzer Aktien-Bier-Brauerei, Mainz*

Mainzer Gold im Glas. Die Geschichte der Mainzer-Aktien-Bier-Brauerei, erzählt im Jahre ihres hundertjährigen Bestehens. MAB 1858–1959. Hrsg.:



Mainzer Aktien-Bier-Brauerei. (Text: Karl Schramm.) Mainz 1959. 27 S., mit Abb. 8<sup>o</sup> (Umschlagt.) 100 Jahre Mainzer Aktien-Bier-Brauerei

*Mannesmann AG, Düsseldorf*

Mannesmann Verbund. In: Mannesmann-Werkzeitung, Düsseldorf. Hrsg.: Mannesmann AG, Düsseldorf. 1955. 23 S.

*Mannesmannröhren-Werke AG, Düsseldorf*

Mannesmannröhren-Werke. Steinkohlenbergwerke. (Die letzten 50 Jahre). (Gelsenkirchen 1951; Sproll). 16 Bl. 8<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Th. Martens & Co.*

Die ersten zehn Jahre. München: Martens (1958). 224 S.

*Maschinen- und Werkzeugfabrik Vogel & Schemmann AG, Hagen-Kabel*

1891–1951. 60 Jahre Pionierarbeit zum Nutzen der Industrie. Maschinen- und Werkzeugfabrik Kabel. (Hagen 1951: Wiesemann). 48 S. quer-8<sup>o</sup>

*Maschinenfabrik Korfmann GmbH, Witten/Ruhr*

Die tausend Hände des Bergmanns. Hrsg. v. d. Maschinenfabrik Korfmann GmbH, Witten/Ruhr, anl. ihres 75jähr. Bestehens. 1880–1955. (Darmstadt: Hoppenstedt 1955). 67, 17 S. 8<sup>o</sup> (Vort.:) 75 Jahre Maschinenfabrik Korfmann GmbH, Witten

*Maybach-Motorenbau G.m.b.H., Friedrichshafen*

Fünzig Jahre Maybach zu Wasser, zu Lande, in der Luft. Hrsg.: Maybach Motorenbau GmbH, Friedrichshafen. 1959

*Melitta-Werke Bentz & Sohn, Minden*

Geschichte und Geschichten um Melitta. Geröstet, gemahlen und gefiltert. Zum 50jährigen Bestehen der Melitta-Werke Bentz & Sohn in Minden. (Mit-arb.: Hans-Günther Oesterreich u. a.). (Minden 1958). 34 Bl. 8<sup>o</sup>

*Friedrich Menzefricke, Versmold, Westfälische Dauerwurstfabrik*

50 Jahre Friedrich Menzefricke, Versmold, Rückblick und Ausblick 1948. (Text: Otto Sartorius). Bielefeld 1948: Küster. 32 S. 8<sup>o</sup>

*H. J. Merck & Co., Hamburg*

Schramm, Percy, Ernst: Hamburg, Deutschland und die Welt. 1. Aufl. München 1943. 2. Aufl. (verkürzt) Hamburg 1952

*Merkel & Kienlin GmbH, Kammgarnspinnerei, Esslingen-Neckar*

von Klass, Gert: Die Wollspindel – ein schwäbisches Familienportrait. (125-jähriges Jubiläum) 1955

*Messe- und Ausstellungsgesellschaft mbH, Frankfurt/M.*

Am Straßenkreuz Europas. Frankfurter Messen u. Ausstellungen in Vergangenheit u. Gegenwart. (Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Messe- und

Ausstellungsgesellschaft mbH, Frankfurt/M. am 22. November 1957. (Mitarb.: Ursula Haver u. a.). Frankfurt a. M. 1957. 163 S. 4<sup>0</sup>

*Meteor-Apparate Paul Schmeck GmbH, Siegen/Westf.*

Meteor. 25 Jahre Qualität und Leistung. (Meteor-Lampen-Gesellschaft, Apparatbau Paul Schmeck GmbH, Siegen). (Düsseldorf 1948: Industrie-Atelier). 20 S. 8<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*Meteor-Apparate Paul Schmeck GmbH, Siegen/Westf.*

75 Jahre im Dienste der Photographie (Meteor-Apparatbau Paul Schmeck GmbH, Siegen). o. O. (1951). 6 Bl. 8<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart*

Aus der Welt des Barocks, Geschichte der J. B. Metzlerschen Verlagsbuchhandlung. Stuttgart: Selbstverlag 1957

*J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart*

Metelmann, Ernst: J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung 1682–1957. In: Tradition. Zeitschrift f. Firmengeschichte und Unternehmer-Biographie, Baden-Baden. 2. Jg. August 1957, S. 247–264.

*Arnold Otto Meyer, Hamburg*

Zur Geschichte der Firmen Behn, Meyer & Co., gegr. in Singapore am 1. Nov. 1840 und Arnold Otto Meyer, gegr. in Hamburg am 1. Juni 1857. (Text von Emil Helfferich). (Veröffentlichungen der wirtschaftsgeschichtlichen Forschungsstelle e. V. Hamburg, Bd. 19) Hamburg: Christians (1957) 154 S. 8<sup>0</sup>

*F. Meyer, Dinslaken*

(1761–1951) 190 Jahre im Dienst der Wirtschaft. Fast zwei Jahrhunderte Arbeit am Werk (F. Meyer, Dinslaken, Eisen- und Stahlindustrie). (Duisburg 1951: Sanderwerbung). 18 Bl. 4<sup>0</sup>

*F. Meyer & Schwabedissen, Maschinenfabrik, Herford*

75. 1. April 1872–1947 Schwabedissen Holzbearbeitungsmaschinen. (Herford 1947: A. Kaufmann). 4 Bl. quer-8<sup>0</sup>

*H. W. Meyer, Kleiderfabrik, Werther/W.*

50 Jahre Kleiderfabrik H. W. Meyer, Werther/W. (Bielefeld 1949: Gräfe). 8 Bl. quer-8<sup>0</sup>

*Mielewerke AG, Gütersloh/Westf.*

50 Jahre Miele 1899–1949. (Gütersloh 1949: Flottmann). 88 S. 4<sup>0</sup>

*Herm. Milke KG, Soest/Westf.*

Der Betonstraßenbau. Deutsche Großbetriebe. Bd. 1. Berlin: Reisner 1957

*Mindener Kreisbahnen, Minden*

50 Jahre Mindener Kreisbahnen 1898–1948. (Minden 1948: Bruns.) 20 S. 4<sup>0</sup>

*Mitteldeutsche Creditbank, Frankfurt/M.*

Lerner, Franz: Hundert Jahre im Dienste der Deutschen Wirtschaft. Ein Rückblick zur Erinnerung an die Gründung der Mitteldeutschen Creditbank am 29. Februar 1856. (Hrsg.: Commerz- und Creditbank AG, Frankfurt/M.) Frankfurt/M. 1956: (Brönnert.) 66 S. 8<sup>0</sup>

*Mix & Genest, Abt. der Standard Elektrizitäts-Gesellschaft AG, Stuttgart*

75 Jahre Mix & Genest. 1879–1954. (Hrsg. :) Mix & Genest, Abt. der Standard Elektrizitäts-Gesellschaft AG, Stuttgart. Stuttgart 1954: Klett. 114 S. 8<sup>0</sup>

*Molkerei-Zentrale Bayern eGmbH, Nürnberg*

(25 Jahre Molkerei-Zentrale Bayern). Zum 25jährigen Bestehen unserer Absatzzentrale. (Hrsg. :) Molkerei-Zentrale Bayern eGmbH, Nürnberg. (Nürnberg 1955). 18 Bl. 4<sup>0</sup>

*F. W. Moll Söhne, Witten-Ruhr*

Erinnerungsschrift zum 125jährigen Bestehen der Firma F. W. Moll Söhne, Witten-Ruhr. (1825–1950). (Dortmund 1950). 39 S. 4<sup>0</sup>

*Hermann A. Monsees, Malereigroßbetrieb GmbH, Bremerhaven*

1850–1950. 100 Jahre Hermann A. Monsees. Malereigroßbetrieb GmbH, Bremen, Dortmund-Kirchhörde. (Dortmund 1950: Westfalendr.) 8 Bl. 8<sup>0</sup>

*Gebrüder Moser KG, Möbelfabrik, Minden/Westf.*

25 Jahre Moser-Möbel, Minden. (Minden 1950: Bruns). 6 Bl. 4<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*J. G. Mouson & Co., Frankfurt/M.*

Gedenkblätter zum 150jährigen Bestehen des Hauses J. G. Mouson & Co. 1798–1948. (Frankfurt/M. 1948)

*J. G. Mouson & Co., Frankfurt/M.*

Das Haus der Postkutsche. J. G. Mouson & Co., Frankfurt/M. – seit 1798. Vollendung des Wiederaufbaues im Jahre 1958. (Von August Mouson). In: Frankfurt. Lebendige Stadt. Vierteljahresshette für Kultur, Wirtschaft und Verkehr. Jg. 3 (1958), H. 3

*Heinrich Mühlenforth, Inh. August Mühlenforth, Herford*

50 Jahre Dachdeckerei, Isolierung, Asphaltierung, Neuzeitlicher Straßenbau Heinrich Mühlenforth, Inh. August Mühlenforth, Herford. (Herford 1949: Busse). 4 Bl. 4<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*C. Heinrich Mühlenweg & Co., Brackwede*

1870–1950. 80 Jahre Mühlenweg, Brackwede (Kohlengroßhandel). (Bielefeld 1950). 22 Bl. quer-8<sup>0</sup>

*Franz Müller Maschinenfabrik, M.-Gladbach*

Hundert Jahre Franz Müller Maschinenfabrik, M.-Gladbach. 1856–1956. 1956. 84 S.

*Hch. Muermann KG, Minden/Westf.*

Becker, Gerhard: Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Hch. Muermann KG in Minden am 20. August 1952. (Wiesbaden 1952: Koehler & Henne-mann). 18 Bl. 8°

*Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG, Eßlingen/Neckar*

Licht, Kraft, Wärme. Hrsg. anläßl. d. 50jährigen Bestehens d. Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG, Eßlingen/Neckar. (Darmstadt: Hoppenstedt 1955). 71 S. 8°

*M. Neufeld & Co., Berlin*

Lerner, Franz: 100 Jahre M. Neufeld & Co. (Getreidehandel). 1858–1958. Berlin, Frankfurt/M., Hamburg 1958. 60 S. 4°

*Neuwalzwerk AG, Böisperde i. Westf.*

1827–1952. Neuwalzwerk AG, Böisperde i. Westf. o. O. (1952). 8 Bl. 4°

*Niederrheinische Hütte AG, Duisburg*

v. Klass, Gert: 100 Jahre Niederrheinische Hütte AG, Duisburg. 1851 – Duis-burg – 1951. (Darmstadt: Hoppenstedt 1951). 89 S. 8°

*Niederrheinische Industrie- und Handelskammer, Duisburg-Wesel*

125 Jahre Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel. Verwaltung und Wirtschaft am Niederrhein. Hrsg. von der Industrie- und Handelskammer (Duisburg 1956.) 210 S. 4°

*C. W. Niemeyer, Buchdruckerei und Verlag, Hameln/Weser*

Niemeyer, G.: Eine Chronik der Firma C. W. Niemeyer, Hameln. (Hameln: Niemeyer 1956). 51 S. m. zahlr. Abb.

*Norddeutsche Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg*

Die Geschichte der „Nord-Deutsche Versicherungs-Gesellschaft zu Hamburg“. 1857–1957. (Hamburg 1957). 170 S. 8° (Rückent. :) 100 Jahre Nord-Deutsche Versicherungs-Gesellschaft

*Norddeutscher Lloyd, Bremen*

Bessell, Georg: 1857–1957. Norddeutscher Lloyd. Geschichte einer bremischen Reederei. Bremen: Schünemann (1957). 234 S. 8°

*Norddeutscher Lloyd, Bremen*

Die Vorgeschichte der Gründung des Norddeutschen Lloyd. In: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmer-Biographie, Baden-Baden, 2. Jg. Februar 1957, S. 77–103

*Ph. Nordmann, Möbelfabrik, Gütersloh*

50 Jahre Ph. Nordmann, Möbelfabrik, Gütersloh. (Gütersloh 1950). 11 Bl. quer-8<sup>0</sup>

*Nordwalder Baumwollspinnerei Gebrüder Wattendorff, Nordwalde (Bez. Münster)*

Die Nordwalder Baumwollspinnerei Gebrüder Wattendorff. Ein Rückblick anl. d. 25jährigen Bestehens der Dreizylinder-Spinnerei im Jahre 1951. (Text: Anton Henze). (Greven 1951: Cramer). 22 Bl. 8<sup>0</sup>

*Nürnberger Lebensversicherung AG, Nürnberg*

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg. 75 Jahre Nürnberger Lebensversicherung AG. 1884—1959. (1959). 133 S.

*Dr. August Oetker, Bielefeld*

Eine Marke hat Geburtstag („Hellkopf“ — Marke der Firma Dr. Oetker, Bielefeld, 50 Jahre eingetragen). (Bielefeld 1949). 16 S. 8<sup>0</sup>

*Ohly's Neue Apotheke. Lübbecke*

Hundert Jahre (Ohly's) Neue Apotheke (Carl Leue), Lübbecke. 1851—1951. o. O. (1951). 26 S. quer-8<sup>0</sup>

*R. Oldenbourg, München*

Schröter, M.: Die Geistesgebiete des Verlages R. Oldenbourg 1858—1958. Eine wissenschaftsgeschichtliche Übersicht. München: Oldenbourg 1958. VIII, 147 S.

*R. Oldenbourg, München*

Werden und Wesen des Hauses R(udolf) Oldenbourg, München. Ein geschichtl. Überblick 1858—1958. Dem Text liegt ein Abschnitt aus J. Hohlfeld: Das Geschlecht Oldenburg zu Oldenburg und die Verlegerfamilie Oldenburg zu grunde. (München: Oldenbourg 1958.) 146 S.

*Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft, Oldenburg i. O.*

Hundert Jahre Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft. (1957)

*Olympia-Werke AG, Wilhelmshaven*

Morgenbesser, H.: Die Schreib- und Rechenmaschinen-Fabrikation. Deutsche Großbetriebe. Bd. 4. Berlin: Reisner 1958/59. 80 S.

*Adam Opel AG, Rüsselsheim*

Auch das ist Opel. (1958.)

*Hubert Optelaak & Sohn OHG, Essen*

1871—1951. 80 Jahre Hubert Optelaak & Sohn OHG. (Hochofenschlacke und Baustoffe), Essen. o. O. (1951.) 2 Bl. 8<sup>0</sup>

*Osram GmbH KG, Berlin*

Osram nach dem Wiederaufbau. (Hrsg.): Osram GmbH KG, Berlin. Berlin 1953. 48 S.

*Osram GmbH KG, Berlin*

Osram 1945–1955. Sonderausgabe der Osram-Nachrichten, Werkzeitschrift für die Angehörigen der Osram GmbH KG. Berlin 1955.

*Gottlieb Ott Sohn, Samtfabrik, Ehingen/Württ.*

Schickling, Willi: Ein Wundergewebe durchwandert die Welt. 1954.

*Heinrich Paas, Essen*

Hundert Jahre Erfahrung weisen den Weg zur freiwilligen Kette. Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum der Kolonialwaren-Import-Großhandlung Heinrich Paas in Essen für Kunden, Betriebsangehörige und Freunde. (Hrsg. :) Europäische Union. VeGe(-Verkaufs-Gemeinschaft). (Essen 1958: Industriedruck). 22 Bl. 8<sup>o</sup> (Umschlagt. :) 100 Jahre Heinrich Paas Essen

*Papierfabrik GmbH vorm. Brüder Kämmerer, Osnabrück*

Sporhan-Krempel, Lore: Einhundertfünfzig Jahre Papiermacherei an der Hase zu Osnabrück. Geschichte der Papierfabrik GmbH vorm. Brüder Kämmerer 1808–1958. (Osnabrück: A. Fromm 1958). 39 S. 24 Taf. 8<sup>o</sup>. (Gekürzte Ausg. von Sporhan-Krempel: Chronik der Papiermacherei im Raum Osnabrück)

*Papierfabrik Scheufelen, Oberlenningen*

Hundert Jahre Scheufelen in Oberlenningen. 1855–1955. (Oberlenningen 1955). 203 S. 4<sup>o</sup>

*Pass & Co., Weidenau*

Pass & Co. (100 Jahre Blechwarenfabrikation, Weidenau. Text: Lothar Irle). (Hachenburg 1952: Hachenburg). 40 S. quer-8<sup>o</sup>. (Umschlagt.)

*Friedr. Pelzer & Co., Bielefeld*

Friese, Franz: 60 Jahre Friedr. Pelzer & Co., Bielefeld. (Bielefeld 1950: Eilers). 6 Bl. 8<sup>o</sup>

*C. J. Peters, Adler-Brennerei, Dortmund*

1901–1951. 50 Jahre Adler-Brennerei C. J. Peters, Dortmund. (Dortmund 1951: Westfalendruck). 6 Bl. 8<sup>o</sup>

*Philipp Peters & Sohn, Ledergroßhandlung, Duisburg*

135 Jahre Ledergroßhandlung Philipp Peters & Sohn, und goldenes Inhaberejubiläum von Philipp Peters. (Duisburg 1951: Rhein. National-Dr.) 6 Bl. 8<sup>o</sup>

*Phoenix Gummierwerke AG, Hamburg-Harburg*

Samhaber, Ernst und Otto A. Friedrich: Hundert Jahre Weltwirtschaft im Spiegel eines Unternehmens. Freiburg i. Br.: Klemm, Seemann 1956. 127 S. 8<sup>o</sup>

*Photo-Rotholz, Berlin-Charlottenburg*

25 Jahre Aufbau 1930–1955. 80 S.

*Pickhardt & Gerlach GmbH, Werdohl*

Evers: 50 Jahre Pickhardt & Gerlach GmbH, Kaltwalzwerk und Metallwarenfabriken, Werdohl-Neuenrade-Balve Westf. (Dortmund 1952: Ruhfus). 12 Bl. 8<sup>o</sup>

*Gebrüder Piel KG, Steinhagen i. W.*

50 Jahre Piel-Erzeugnisse. Gebrüder Piel KG, Steinhagen i. W. und Zweigwerk, Kloster-Oesede, Bez. Osnabrück. Holzwarenfabriken. 1. 6. 1897 bis 1. 6. 1947. (Versmold 1947: Kolbe). 4 Bl. 8<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Polysius GmbH, Neubeckum*

Polysius, Neubeckum, 1859—1959. Vom Schraubstock zum Großmaschinenbau. 1959

*Pintsch-Bamag AG*

100 Jahre BAMAG Köln-Bayenthal. (Hrsg.: Pintsch-Bamag). Archiv für Wirtschaftskunde 1956. 65 S.

*Portlandzement- und Kalkwerke „Elsa“ AG, Neubeckum i. Westf.*

(1899—1949.) Portlandzement- und Kalkwerke „Elsa“ AG, Neubeckum i. Westf. (Oelde 1949: Holterdorf). 8 Bl. 4<sup>o</sup>

*Johann Postert, Bauunternehmung, Erwitte*

50 (Jahre) Johann Postert, Bauunternehmung, Erwitte, 1902—1952. Werden und Wirken vom 29. März 1902 bis 29. März 1952. (Erwitte 1952: Wagner). 14 Bl. quer-8<sup>o</sup>. (Umschlagt.)

*Adolf Pott, Schötmar (Lippe)*

50 Jahre Textilien Adolf Pott, 1950. Zugeeignet den Freunden des Textilhauses Adolf Pott in Schötmar (Lippe) aus Anlaß seines fünfzigjährigen Bestehens. 1900—1950. (Schötmar 1950). 6 Bl. 8<sup>o</sup>

*H. W. Pott & Körner, Hamburg*

Möring, Maria: H. W. Pott & Körner. 175 Jahre Schiffsmakler und Reederei-Agenten zu Hamburg. Hamburg 1952. 86 S.

*Puhl & Co., Seifen- und Chemische Fabrik, Berlin*

75 Jahre Puhls feine Seifen. Hrsg.: Kunstdruckwerkstatt Paul Schulze, Berlin. 1947

*Quarzlampen Gesellschaft mbH, Hanau*

1906—1956. 50 Jahre Original Hanau. (Hrsg.: Quarzlampen Gesellschaft mbH, Hanau. (Hanau 1956). 4 Bl. 4<sup>o</sup>

*Raab Karcher GmbH, Karlsruhe*

Pudor, Fritz: Wachstum in 110 Jahren. Raab Karcher 1848—1958. Essen: West-Verl. 1958. 87 S.

*Reclam-Verlag GmbH, Stuttgart*

Meiner, A.: Reclam. Geschichte eines Verlages. Stuttgart: Reclam 1958. 96 S. (Universal-Bibliothek Nr. 8300)

*Philipp F. Reemtsma, Hamburg*

Schneider, G.: Zigarettenindustrie. Auskunft über Philipp F. Reemtsma. Idar-Oberstein: Das Dossier 1959.

*Reflex-Papier-Fabrik Felix Heinr. Schoeller GmbH, Düren/Rhld.*

Nadolny, Burkhard: Felix Heinrich Schoeller und die Papiermacherkunst in Düren. Ein Lebensbild aus der Gründerzeit. (Hrsg.: Reflex-Papier-Fabrik Felix Heinr. Schoeller, Düren, 1857–1957). Baden-Baden: Klein (1957). 239 S., 2 Taf., 1 Falttaf.

*Regensburg, Verlagsbuchhandlung, Münster i. W.*

360 Jahre Regensburg. Eine Festgabe. Mit Beitr. v. Karl Zuhorn, Hans Thiekkötter. 1591–1951. Münster: (Regensburg 1951). 63 S. 8<sup>0</sup>

*J. W. Reichart & Sohn, Hamburg*

J. W. Reichart & Sohn. Hrsg.: Wirtschaftsgeschichtliche Forschungsstelle e. V., Hamburg. In: Hamburger Wirtschafts-Chronik, Hamburg, Heft 4.

*Rekuperator KG Dr.-Ing. Schack & Co., Düsseldorf*

25 Jahre Rekuperator KG Dr. Ing. Schack & Co. 1931–1956. (Hrsg.: Rekuperator KG). (Darmstadt: Hoppenstedt 1956). 27 S. 8<sup>0</sup> (Umschlagt.) Rekuperator KG 1931–1956

*Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, Essen*

Das RWE nach seinen Geschäftsberichten 1898–1948. (Essen 1948). 72 S. 1 Taf. 4<sup>0</sup>

*Rheinische Papierindustrie Hermann Kleine-Möllhoff KG, Essen*

50 Jahre Papiergroßhandel 1897–1947. (Essen 1947: Rohden). 16 S. 8<sup>0</sup>

*Rheinpreußen AG für Bergbau und Chemie, Homberg (Niederrhein)*

Hundert Jahre Bergbau am linken Niederrhein. Aus der geschichtlichen Entwicklung der Rheinpreußen AG für Bergbau und Chemie, Homberg. (1857 bis 1957). (Darmstadt: Hoppenstedt 1957). 122 S. 4<sup>0</sup>

*Rickmers Werft, Bremerhaven*

125 Jahre Rickmers. Ein Buch von Schiffbau und Schifffahrt. 1834–1959. (Bremerhaven: Rickmers-Werft 1959). 126 S., 16 Bl. Abb. 8<sup>0</sup>

*Gebr. Robinsohn, Hamburg*

Robinsohn, Hans J.: Ein Versuch, sich zu behaupten. In: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmer-Biographie, Baden-Baden, Jg. 3, November 1958, S. 197–206



*Röhm & Haas GmbH, Chemische Fabrik, Darmstadt*

In memoriam Dr. Otto Röhm von Kasimir Edschmid. Zum 50jährigen Bestehen der Chemischen Fabrik Röhm & Haas Darmstadt (1907–1957). Hrsg.: v. der Firma Röhm & Haas GmbH, Chemische Fabrik, Darmstadt). (Darmstadt: Hoppenstedt 1957). 75 S. 8<sup>o</sup>

*Rothe Erde, Eisenwerk, Dortmund*

Rothe Erde, gestern, heute und morgen. (Dortmund: Selbstverl. 1951). 47 S. 8<sup>o</sup>

*Ruhrgas AG, Essen*

25 Jahre Ruhrgas AG, Essen 1926–1951. (Essen: Classen 1951). 118 S. 4<sup>o</sup>

*Ruhrstahl AG, Witten*

25 Jahre Ruhrstahl AG 1930–1955. (Witten 1955). 55 S. 8<sup>o</sup>

*Ruhrstahl AG Henrichshütte, Hattingen (Ruhr)*

Ein Jahrhundert Henrichshütte Hattingen. (1957)

*Samson Apparatebau AG, Frankfurt/Main*

50 Jahre Samson-Regler. (1907–1957. Hrsg. zum 50jährigen Jubiläum der Samson Apparatebau AG, Frankfurt/M.) Frankfurt/M. 1957. 62 S. 4<sup>o</sup>

*Sartori & Berger, Reederei und Schiffsmaklerei, Kiel*

Hundert Jahre Sartori & Berger, Reederei und Schiffsmaklerei, Kiel. 1858 bis 1958. (1959). 171 S.

*Johann W. Sasserath, Tuchfabrik, Rheydt*

(Neumeister): Die Geschichte der Firma Johann W. Sasserath, Tuchfabrik, Rheydt. (Dortmund 1952: Busche). 29 S. 15 Bl. Abb. 8<sup>o</sup>

*Sauers Mühle, Neunkirchen Kr. Siegen*

Hundert Jahre Sauers Mühle. 1851–1951. o. O. (1951) 2 Bl. quer-8<sup>o</sup>

*Jos. Sauerwald Söhne, Seifen- und Chemische Fabrik, Nuttlar/Ruhr*

1824–1949. 125 Jahre Jos. Sauerwald Söhne, Seifen- und Chemische Fabrik, Nuttlar/Ruhr. Hannover 1949: H. Osterwald. 12 Bl. 8<sup>o</sup>

*Conrad Schaper, Bielefeld*

1900–1950. Conrad Schaper, Fabrik für Textilbedarf, Technische Großhandlung, Bielefeld. (Bielefeld 1950). 10 S. 8<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Scheibler & Co., Krefeld (Samt-, Plüsch- und Wollstoff-Weberei)*

Festschrift (1959)

*Carl Schenck Maschinenfabrik GmbH, Darmstadt*

Im Zeichen der Waage. (Biographie über Carl Schenck). (Hrsg. von der Carl Schenck Maschinenfabrik GmbH, Darmstadt, anlässlich des 75. Jahrestages der Werksgründung). (Darmstadt) 1956. 46 S. 4<sup>o</sup>

*Schering AG, Berlin*

Holländer, Hans: Geschichte der Schering AG. 1953.

*Schiffs- und Maschinenbau AG, Mannheim*

SCHIMAG. Schiffs- und Maschinenbau AG, Mannheim. (Seit 1897). Mannheim 1958. 31 S. quer-8°

*Schleipen & Erkens, Jülich*

Schleipen & Erkens, Jülich. 80 Jahre. (1874–1954). (Mitarb. A. Vollmer u. a.). Jülich 1954. 79 S. 8°

*Gebr. Schlingmann, Möbelfabrik, Lemgo (Lippe)*

50 Jahre Möbelschaffen 1897–1947. (Lemgo 1947). 18 Bl. 8° (Umschlagt.)

*J. A. Schlüter Söhne, Hamburg*

Kühn, Gisela: J. A. Schlüter Söhne 1807–1957. (Hamburg:) Hanseatischer Merkur (1957). 217 S. 8° (Veröffentlichungen der Wirtschaftsgeschichtlichen Forschungsstelle e. V., Hamburg, Bd. 18)

*Schmidt & Co. KG, Metallwarenfabrik und Kunstpresswerk, Schwelm/Westf.*

Hundert Jahre Schmidt & Co. (1858–1958). Vlg. f. Deutsche Wirtschaftsbiographien 1958

*Karl Schmidt Bankgeschäft, Hof/Saale*

125 Jahre Karl Schmidt Bankgeschäft 1828–1953. Hof/Saale 1953. 63 S.

*J. H. Schmitz/Söhne, Homberg (Niederrhein)*

Seit 90 Jahren. 1861–1951. (J. H.) Schmitz/Söhne. (Duisburg 1951). 6 Bl. 4°

*R. & G. Schmöle, Metallwerke, Menden*

Däbritz, Walter. 1953

*Schneider & Sohn GmbH, Miederfabrik, Heubach (Württ.)*

100 Jahre Susa-Mieder. 1859–1959. (Hrsg.:) Schneider & Sohn GmbH, Heubach. Heubach 1959. 52 S. 8°

*Schubert & Salzer Maschinenfabrik AG, Ingolstadt*

75 Jahre Textilmaschinenbau Schubert & Salzer Maschinenfabrik AG, Ingolstadt. Das Portrait eines Industriebetriebes. Ingolstadt: Vlg. Donau Kurier 1958. 64 S. 8°

*Alfred H. Schütte KG, Köln-Deutz*

Bilder vom Schütte-Werk und bemerkenswerte Daten zur Firmengeschichte. (Hrsg.: Alfred H. Schütte KG). 1955. 95 S.

*Schwan-Bleistift-Fabrik, Nürnberg*

Hundert Jahre Schwan-Bleistift-Fabrik, Nürnberg. 1855–1955. Nürnberg 1955. 6 S. 8°

*Seilwerke Heinr. Puth KG, Blankenstein/Ruhr*

1848—1948. Hundert Jahre Seilwerke Heinr. Puth KG, Blankenstein/Ruhr. (Essen-Steele: Webels 1948). 24 Bl. 4<sup>o</sup>

*Siemens Konzern*

Siemens, Georg: Geschichte des Hauses Siemens. 3 Bände. Freiburg und München: Vlg. Alber 1947—1951

*Siemens Konzern*

Das Haus Siemens. Berlin 1953. 101 S.

*Siemens Konzern*

Traditionspflege im Hause Siemens im Spiegel der Geschichte seines Archivs. Bearbeitet unter Benutzung von Studien Friedrich Heintzenbergs. Mitteilung aus dem Siemens-Archiv. In: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmer-Biographie, Baden-Baden, Jg. 2, Mai 1957, S. 222—228

*Siemens-Schuckertwerke AG, Berlin-Siemensstadt*

Die Entwicklung der Starkstromtechnik bei den Siemens-Schuckertwerken. (Berlin-Erlangen: SSW-Selbstverlag 1953)

*Carl Sieper, Gevelsberg*

100 Jahre CASIGE. (Text: Gedat-Wiebe). (Gevelsberg 1952: Baltin). 14 Bl. 8<sup>o</sup>

*Siepmann-Werke AG, Belecke-Möhne*

1891—1951. 60 Jahre Siepmann-Werke AG (Gesensschmiede), Belecke-Möhne. (Von Walter Dalhoff u. Ernst L. Siepmann). (Oelde-Westf. 1951: Holterdorf). 191 S. 8<sup>o</sup>

*E. Sommer, Verlagsanstalt, Ahlen*

Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Hauses Sommer 1849—1949. 50 Jahre E. Sommer, Verlagsanst., Buchhandlung, Bürobedarf und Verlag der Ahlener Volkszeitung 1898—1948. (Ahlen: Sommer 1949). 25 Bl. 4<sup>o</sup>

*Spar- und Leihkasse Kiel*

Grünewald, Karl und Joh. Paulsen: Die früheren Ämter Bordesholm, Kiel und Cronshagen. (110jähriges Bestehen). 1955.

*Sparkasse in Bremen*

Roelecke, W.: Sparkasse in Bremen (1825—1950)

*Sparkasse Heidenheim/Brenz*

Laun, E., Kuhn und F. Schneider: Sparkasse Heidenheim/Brenz. (100jähriges Jubiläum)

*Sparkasse Hof*

Sparkasse Hof (1845—1955)

*Sparkasse Kempten*

Sparkasse Kempten (1825—1950)

*Sparkasse München*

Sparkasse München (1824—1949). 45 S.

*Sparkasse Rosenheim*

Gumpp, Josef: Sparkasse Rosenheim (1855—1955)

*Sparkasse zu Schwerte*

Fentrup, Horst: Sparkasse zu Schwerte (Festschrift)

*Sparkasse der Stadt Castrop-Rauxel*

Hartung, Karl: (Jubiläumsbericht 1875—1950)

*Sparkasse der Stadt Hagen*

Rosenbaum, K.: (Festschrift zur Eröffnung des neuen Geschäftsgebäudes)

*Sparkasse der Stadt Kleve*

Sparkasse der Stadt Kleve (1825—1950)

*Sparkasse der Stadt Köln*

Klersch, Josef: Sparkasse der Stadt Köln (1826—1951)

*Sparkasse der Stadt Münster*

Lehmköster: Sparkasse der Stadt Münster (1829—1954)

*Paul Spindler-Werke KG, Hilden*

Entwicklung und Gestaltung der Spindler-Werke. (Zum 125jährigen Jubiläum von den Paul-Spindler-Werken KG, Hilden, herausgegeben). Hilden 1957. 211 S. 8<sup>o</sup>

*Spinnerei Vorwärts. Brackwede bei Bielefeld*

Hundert Jahre Spinnerei Vorwärts. 1850—1950. Eine Gedenkschrift. Von Otto Sartorius. (Bielefeld 1950). 28 S. 8<sup>o</sup>

*Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen*

Augustiny, Waldemar: 75 Jahre im Dienste von Staat und Wirtschaft. 1883 bis 1958. Hrsg.: Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen. Oldenburg: Stalling 1958. 133 S. 4<sup>o</sup>

*Stachelhaus & Buchloh GmbH, Duisburg-Ruhrort*

75 Jahre Stachelhaus & Buchloh GmbH, Duisburg-Ruhrort/Mannheim. 29. Dezember 1950. (Essen 1950). 32 S. 4<sup>o</sup>

*Stadtsparkasse Augsburg*

Stadtsparkasse Augsburg (Bericht zum 130jährigen Bestehen)

*Stadt-Sparkasse Bielefeld*

Stadt-Sparkasse Bielefeld (1825—1950)

*Stadt-Sparkasse Gelsenkirchen*

Abeler, G. und W. Wehrenpfennig: (Festschrift zur Eröffnung des neuen Sparkassengebäudes am 8. September 1951). 1951

*Stadtsparkasse Höxter*

Stadtsparkasse Höxter (1852–1952)

*Stadtsparkasse Kassel*

Hopf, Unverzagt, Heß: (Jubiläumsschrift zum 120jährigen Bestehen 1832 bis 1952). 1952

*Stadtsparkasse zu Rinteln*

Feige und F. Nickel: 125 Jahre Stadt-Sparkasse zu Rinteln (1828–1953)

*Stadtsparkasse Würzburg*

Stadtsparkasse Würzburg. Festgabe (aus Anlaß der Einweihung des neuen Gebäudes am 14. April 1951). 1951

*Städtische Sparkasse Bad Kreuznach*

Ruß, A.: Städtische Sparkasse Bad Kreuznach (1852–1952)

*Städtische Sparkasse Coesfeld*

Frohne, L. und H. Feldhege: Städtische Sparkasse Coesfeld (1854–1954). 1954

*Städtische Sparkasse Detmold*

Moes, R.: (Festschrift zum 50jährigen Bestehen)

*Städtische Sparkasse Göttingen*

van Kempen: Städtische Sparkasse Göttingen. (Festschrift aus Anlaß des 150jährigen Bestehens)

*Städtische Sparkasse zu Schwelm*

111 Jahre Städtische Sparkasse zu Schwelm. (Überreicht anlässlich der Wiedereröffnung des Sparkassengebäudes im August 1957. Hrsg.: Städtische Sparkasse zu Schwelm). (Schwelm 1957). 95 S. 4<sup>o</sup>

*Städtische Sparkasse Stuttgart*

75 Jahre Stuttgart. Beiträge zu seiner Kultur- und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Städt. Sparkasse Stuttgart. Hrsg.: Städt. Sparkasse u. Städt. Girokasse Stuttgart. Stuttgart 1959: Scheufele. 292 S.

*Städtische Verkehrsbetriebe Bielefeld*

50 Jahre Städtische Verkehrsbetriebe Bielefeld. (Bielefeld 1950: Thomas). 27 Bl. 4<sup>o</sup>

*Stahlwerke Bochum AG, Bochum*

Unser neues Breitband-Kaltwalzwerk (1956)

*C. H. Steinbach, Oberbrügge i. Westf.*

Jubiläums-Festschrift 1952. C. H. Steinbach, Oberbrügge i. W., Eisenwarenfabrik und -großhandlung. (Oberbrügge 1952). 7 Bl. 4<sup>o</sup>

*C. H. Steinbach, Oberbrügge i. Westf.*

125 Jahre Steinbach, Oberbrügge (Jubiläumskatalog 1952). (Oberbrügge: Steinbach 1952). 112 S. 4<sup>0</sup>

*Steine und Erden GmbH, Goslar*

Die Gewinnung von Straßenbaumaterial aus Hochofenschlacke. Deutsche Großbetriebe. Bd. 5. Berlin: Reisner 1958/59. 80 S.

*Steingutfabrik Damm bei Aschaffenburg*

Stenger, Erich: Steingutfabrik Damm bei Aschaffenburg. 1827—1884. (Aschaffenburg 1949)

*Steinicke & Weinlig, Hamburg*

Segebrecht, Reinhold: 100 Jahre Steinicke & Weinlig. Hamburg 1953. 80 S.

*Steinkohlenbergwerk Friedrich Heinrich AG, Kamp-Lintfort Krs. Moers*

von Haller, Hans: 50 Jahre Steinkohlenbergwerk Friedrich Heinrich AG. 1906—1956. Kamp Lintfort 1956. 118 S.

*David Stempel AG, Frankfurt/M.*

Chronik der Schriftgießerei David Stempel AG. Sechzig Jahre im Dienste von Lettern. 1955

*Matth. Stinnes GmbH, Mülheim/Ruhr*

150 Jahre Matth. Stinnes (1808—1958). Hrg. aus Anlaß des Firmenjubiläums (von der Firma Matth. Stinnes GmbH. Text: Herbert Sinz). (Darmstadt: Hoppenstedt 1958). 121 S. 4<sup>0</sup>

*Stock & Hausmann KG, Mühlenwerke, Homberg/Ndrh.*

100 Jahre Mühlenwerke Wilhelm Bird, Bird & Hausmann, H. C. Hausmann, Stock & Hausmann (Homberg) 1851—1951. (Homberg 1951: Hadtstein). 22 S. quer-8<sup>0</sup>

*Stolberg Zink AG, für Bergbau und Hüttenbetrieb, Aachen*

Die Geschichte eines Metalls. (1957)

*J. Strobel & Söhne, Spezial-Nähmaschinen-Fabrik, München*

J. Strobel & Söhne. Der Werdegang einer Firma zur Weltgeltung. 1883—1958. (München 1958). 102 S. 8<sup>0</sup> (Umschlagt.): 75 Jahre Strobel

*H. C. Stülcken Sohn, Hamburg*

Hieke, Ernst: H. C. Stülcken Sohn, Ein deutsches Werftschicksal. Hamburg: Vlg. Hanseatischer Merkur 1955. 375 S.

*Stuttgarter Karosseriewerk Reutter & Co. GmbH, Stuttgart*

Stuttgarter Karosseriewerk Reutter & Co. GmbH. 1906—1956. Stuttgart 1956. 64 S. 8<sup>0</sup>

*Süddeutsche Zeitung, München*

Süddeutsche Zeitung 1945–1955. (1956)

*Südwestfälische Industrie- und Handelskammer zu Hagen*

Beutin, Ludwig: Geschichte der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen und ihrer Wirtschaftslandschaft. Hagen: v. d. Linnepe Verlagsges. (1956). 334 S. 8<sup>0</sup>

*Sundwiger Messingwerk (vorm. Gebr. von der Becke) KG, Hemer-Sundwig*

Vom Fingerhut zum Halbzeugwerk. 1698–1948. 250 Jahre Sundwiger Messingwerk vorm. Gebr. von der Becke KG, Hemer-Sundwig. (Von Eberhard Winkhaus). (Hagen 1948: Wiesemann). 70 S. quer-8<sup>0</sup>

*Tacke und Piekenbrock, Bocholt*

100 Jahre Tacke und Piekenbrock. In: Unser Bocholt 1952, März. 2 Bl. 4<sup>0</sup>

*Teekanne GmbH, Düsseldorf*

Morgenbesser, H.: Die Teewirtschaft. Deutsche Großbetriebe. Bd. 2. Berlin: Reisner 1957

*Telefunken-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie mbH, Berlin*

Festschrift zum 50jährigen Jubiläum der Telefunken-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie mbH, gleichzeitig als 100. Ausgabe der Telefunkenzeitung, Jg. 26, Mai 1953, 131 S.

*Julius Thebille Söhne, Iserlohn*

Hartmann, Karl: 50 Jahre Werkzeugbau. (Iserlohn 1950: Beutler). 20 S. 8<sup>0</sup>

*K. Thienemanns Verlag KG, Stuttgart*

Rossa-Fischer, D.: 110 Jahre Dienst am Jugendbuch. Eine Chronik. Stuttgart: Thienemann 1958. 40 S.

*F. Thörl's Vereinigte Harburger Oelfabriken AG, Hamburg-Harburg*

75 Jahre Thörl. (1883–1958). (Hrsg.: F. Thörl's Vereinigte Harburger Oelfabriken AG). (Berlin 1958: Eisnerdr.). 252 S. 8<sup>0</sup>

*Thomas Druck und Verlag, Bielefeld*

40 Jahre Thomas Druck und Verlag Bielefeld. (Bielefeld: Thomas 1948). 4 Bl. 8<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*Thuringia-Versicherungs-AG, München*

Thuringia. 100 Jahre einer deutschen Versicherungsgesellschaft. (1853–1953). München 1953. 299 S. 4<sup>0</sup> (Rückent.:) Hundert Jahre Thuringia-Versicherung

*Thyssen & Co., Mülheim*

Helmrich, Wilhelm: August Thyssen ein Unternehmer des Ruhrreviers. In: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmer-Biographie, Baden-Baden. 3. Jg., August 1958 S. 141–150.

*Arthur Tiencken, Lengerich Westf.*

Schallenberg, Gustav: 1899–1949. 50 Jahre Arthur Tiencken, Lengerich West. (Lengerich: Märkischer Verlag 1949). 12 S. 8<sup>0</sup>

*Karl Titgemeyer, Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Herford*

VACTEW 50 Jahre Karl Titgemeyer, Buchdruckerei u. Verlagsanstalt . . . , Herford 1902–1952. (Herford: Selbstverl. 1952). 6 Bl. 4<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*J. H. Tönnjes, Korkfabrik, Delmenhorst-Stückgras*

Korkfabrik J. H. Tönnjes 1832–1957.

*C. G. Trinkaus, Düsseldorf*

Wilden, Josef: C. G. Trinkaus 1785–1950. Düsseldorf 1950. 14 S.

*Türger & Lürmann, Beschlagfabrik, Iserlohn*

Türger & Lürmann, Beschlagfabrik, Iserlohn (1901–1951). (Iserlohn 1951: Wichelhoven). 2 Bl. 4<sup>0</sup>

*Uhe & Niemöller, Möbelfabrik, Detmold*

50 Jahre Uhe & Niemöller. Geschichte der Detmolder Möbelfabrik von 1902 bis 1952. Hrsg. aus Anl. des 50jährigen Geschäftsjubiläums am 1. März 1952. (Lage 1952: Haberbeck). 23 S. 8<sup>0</sup>

*Uhlmann & Co., Hamburg*

Möring, Maria: Das Lebenswerk Carl Wilhelm Uhlmanns. Hamburg 1953. 80 S.

*Veltins, Wiethoff & Co., Strumpfwarenfabriken, Schmalleberg/Sauerland*

Wiethoff, Paul, Eine Kulturgeschichte des Strumpfes. (Hrsg. von Veltins, Wiethoff & Co., Strumpfwarenfabriken, Schmalleberg/Sauerland, anl. des 80jährigen Bestehens). Detmold: Schmitt 1949. 68 S. 8<sup>0</sup>

*Verbands-Wasserwerk GmbH, Bochum*

(Friesen und Gdanitz), Fünfzig Jahre Verbands-Wasserwerk GmbH, Bochum. (Bochum 1952: Laupenmühlen & Dierichs). 20 Bl. 4<sup>0</sup>

*Vereinigte Asbestwerke Danco-Wetzell & Co. AG, Dortmund*

Festschrift zum 50jähr. Bestehen der Vereinigte Asbestwerke Danco-Wetzell & Co. AG, Dortmund. (Dortmund-Hörde 1950: Halbach). 24 Bl. 8<sup>0</sup>

*Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-AG, Hamburg*

VEBA 1929–1954. Hamburg 1954. 147 S.

*Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG, Dortmund*

25 Jahre VEW. 1925–1950. (Dortmund 1950: Westfalendr.) 141 S. 4<sup>0</sup>

*Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG, Wuppertal-Elberfeld*

60 Jahre Glanzstoff. 60 Jahre Chemiefasern in Deutschland. In: Wir vom Glanzstoff, Frankfurt/M., 19. Jg., Heft 9/10, S. 1–36



*Vereinigte Kunstanstalten AG, Kaufbeuren/Allg.*

Hundert Jahre Vereinigte Kunstanstalten AG, Kaufbeuren/Allg. (Kaufbeuren/Allg.: Vereinigte Kunstanst.). 1958. 123 S. m. 9. Bl. Abb. und 15 Taf. 4<sup>o</sup>

*Vereinigte Trikotfabriken Vollmoeller AG, Stuttgart-Vaihingen*

75 Jahre Vollmoeller. 1881–1956. Von den „Unaussprechlichen“ zum Petti-coat. Vom Trikot zur Sportswear. Hrsg. aus Anlaß des 75 jährigen Bestehens der Firma Vereinigte Trikotfabriken Vollmoeller AG, Stuttgart-Vaihingen. Darmstadt: Hoppenstedt 1956. 57 S. quer-8<sup>o</sup>

*Vereinsbank in Hamburg, Hamburg*

Hundert Jahre Vereinsbank in Hamburg. 1856–1956. (Mitarb.:) Franz Scholl u. a. Hamburg: Vereinsbank 1956. 182 S. 8<sup>o</sup>

*Veritas Gummiwerke AG, Gelnhausen*

100 Jahre Veritas Gummiwerke AG. (Darmstadt: Verl. Hoppenstedt). 32 S.

*Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz Buch- und Kunstdruckerei AG., München*

Meiner, A. und G. J. Manz: Person und Werk. 1830–1955. Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz Buch- und Kunstdruckerei AG, München-Dillingen, ihren Freunden zum 125. Jahr. München und Dillingen: Manz (1957). 251 S.

*Versuchsgrubengesellschaft mbH, Dortmund-Derne*

25 Jahre Versuchsgrube. Dortmund 1952. 164 S.

*Vestische Straßenbahnen GmbH, Herten i. Westf.*

Fünzig Jahre Vestische Straßenbahnen 1901–1951. (Recklinghausen 1951: W. Bittner). 84 S. 4<sup>o</sup>

*Victoria zu Berlin. Allgemeine Versicherungs-AG, Berlin*

Hamann, K. und W. Knochenhauer: Hundert Jahre Victoria-Versicherung. 1853–1953. Berlin 1953: Hartmann. 259 S.

*Fritz Vietmeier, Sägemühle, Brake Krs. Lemgo*

Vietmeier, Karl: 100 Jahre Vietmeier in der Sägemühle zu Brake. 1846–1946. Lemgo 1946: Wagener. 41 S. 8<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Volksbank Lemgo-Brake eGmbH, Lemgo*

Volksbank Lemgo-Brake eGmbH, Lemgo. 1872–1947. (Zsgest. v. Karl Meier). (Detmold: Maximilian-Verl. 1948). 18 S. 8<sup>o</sup> (Umschlagt.)

*Volkswagenwerk GmbH, Wolfsburg*

Fest-Programm zur Feier des millionsten Volkswagens am 6. August 1955 in Wolfsburg. Hrsg.: Volkswagenwerk GmbH, Wolfsburg. 1955. 19 Bl.

*Volkswohnheim Gemeinnützige AG, Berlin-Charlottenburg*

Horlitz A.: 50 Jahre Volkswohnheim. 1955

*Fritz Voltz Sohn, Frankfurt/M.*

Von der Kupferschmiede zum Apparatebau. 1858—1958.

*Vorwerk & Co., Wuppertal-Barmen*

Die Teppichindustrie. Deutsche Großbetriebe. Bd. 6. Berlin: Reisner 1958/59. 80 S.

*von Wangenheim & Co., Kassel*

Hundert Jahre Privatbankhaus in Kassel. 1854—1954. S. J. Werthauer jr. Nachfolger 1854—1938, von Wangenheim & Co. 1938—1954. Kassel 1954. 32 S.

*Carl Warmann & Co., Zigarrenfabrik, Bünde i. Westf.*

Gedenkblatt zum 50jährigen Bestehen der Firma Carl Warmann & Co., Zigarrenfabrik, Bünde i. Westf. am 28. März 1948. o. O. (1948). 2 Bl. 8<sup>0</sup>

*A. Victor Wehling, Bielefeld*

25 Jahre Buch- und Zeitschriften-Großvertrieb. 1927—1952. (Bielefeld 1952: Bentrup). 45 S. 8<sup>0</sup>

*Fritz Werner AG, Berlin-Marienfelde*

Der Fräsmaschinenbau. Deutsche Großbetriebe. Bd. 7. Berlin: Reisner 1958/59. 80 S.

*Westdeutsche Finanzierungsgesellschaft mbH, Köln*

Moderne Investitions-Finanzierung. Festschrift zum 10jährigen Bestehen der Westdeutschen Finanzierungsgesellschaft mbH unter Mitwirkung von Günter Schmölders, Heinrich Rittershausen, hrsg. v. d. Westdeutschen Finanzierungsgesellschaft mbH, Köln. Köln 1958. 126 S. 8<sup>0</sup>

*Westfälische Drahtindustrie, Hamm i. Westf.*

Westfälische Drahtindustrie 1856—1956. WDI. (Text von Ernst Schnabel, Zeichnungen von Alfred Mahlau). Hamm Westf. (1956). 72 S. 4<sup>0</sup>

*Westfälische Essenzenfabrik F. W. Baecker KG, Dortmund*

Vierzig Jahre WEF. Aufbau und Entwicklung der Westfälischen Essenzenfabrik F. W. Baecker KG in Dortmund. 1911—1951. o. O. (1951). 6 Bl. 4<sup>0</sup>

*Westfälische Glasmanufaktur Fricke & Ahlert KG, Bielefeld*

1900—1950. Westfälische Glasmanufaktur Fricke & Ahlert KG, Bielefeld. (Bielefeld 1950). 7 Bl. 8<sup>0</sup>

*Westfälische Landeseisenbahn, vorm. Warstein-Lippstadter Eisenbahn, Lippstadt*

Die Westfälische Landeseisenbahn im Hauptbahnhof Münster. Festschrift hrsg. v. d. Direktion der Westf. Landes-Eisenbahn, Lippstadt, aus Anl. der Einführung der Strecke Warendorf—Neubeckum—Münster in den Hauptbahnhof Münster am 15. Mai 1949. Münster 1949: Aschendorff. 16 Bl. 8<sup>0</sup>

*Westfälische Metallwarenfabrik Christophery GmbH, Iserlohn i. Westf.*

100 Jahre Christophery (Dortmund 1951: Ruhfus). 4 Bl. 8°

*Westfälische Sand- und Tonwerke Dr. Müller & Co., Dorsten*

Fünzig Jahre Dorstener Quarzsand und Quarzkie. Vom Werden der Westf. Sand- und Tonwerke Dr. Müller & Co., Dorsten. (Essen 1947: Girardet). 56 S. 8°

*Franz Wetekamp Nachf., Inh. G. Stricker und C. Neitzert, Lippstadt*

1848 – 100 Jahre – 1948 Farben-Wetekamp. (Text: Otto Sartorius). (Lippstadt 1948: Staats.). 5 Bl. 8°

*Wickrather Lederfabrik vorm. Z. Spier AG, Wickrath (Rhld.)*

100 Jahre Wickrath-Leder. Wickrather Lederfabrik vorm. Z. Spier AG. 1855 bis 1955. (Darmstadt: Hoppenstedt 1955). 60 S. 8°

*Wiemer & Trachte, Dortmund*

Bauliche Bewährung durch fünf Jahrzehnte. 1909–1959. Darmstadt: Hoppenstedts Wirtschafts-Archiv 1959

*Windenfabrik J. D. Neuhaus, Witten-Heven*

Wüstenfeld, Wilhelm: Erinnerungsschrift der Windenfabrik J. D. Neuhaus. 1745–1955. Witten-Heven. (Witten 1955): Märk. Druckerei. 80 S.

*Windmüller & Hölscher, Maschinenfabrik, Lengerich i. Westf.*

Schallenberg, Gustav: 80 Jahre Papiersack-Maschinen Windmüller & Hölscher, Maschinenfabrik, Lengerich i. Westf. (Bielefeld: Gundlach 1949). 83 S. 4°

*F. W. Winkhaus, Metallwarenfabrik, Dahle über Altena i. Westf.*

F. W. Winkhaus: Metallwarenfabrik, Dahle über Altena i. Westf. 100 Jahre. o. O. (1952). 4 Bl. 8° (Umschlagt.)

*J. C. Witt KG, Hamburg*

Witt, Friedrich: Hamburgs Straßen und ihre Geschichte. Hamburg 1954. 250 S.

*Witwen- und Waisen-Kasse, München*

... um der Sorge und der Not zu wehren. (Aus Anlaß des 75jährigen Bestehens) Darmstadt: Hoppenstedts Wirtschaftsarchiv 1959

*I. C. Wolters – C. J. Pollock, Hamburg*

Segebrecht, Reinhold: I. C. Wolters – C. John Pollock, Assecuranz-Makler zu Hamburg. Hamburg 1954. 63 S.

*Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart*

Verbriefte Sicherheit. Eine Frage unserer Zeit. 1867–1957. Dargest. anläßl. d. 90jährigen Bestehens der Württembergischen Hypothekenbank, Stuttgart. (Mitarb.:) Peter Wolfframm (u. a.) Stuttgart 1957. 35 S. 8°

*Württembergische Uhrenfabrik Bürk Söhne, Schwenningen am Neckar*

Neher, Franz Ludwig: Johannes Bürk, ein schwäbischer Wegbereiter industrieller Fertigung. Zum hundertjährigen Bestehen der Württembergischen Uhrenfabrik Bürk Söhne, Schwenningen am Neckar. 1855–1955. (Schwenningen am Neckar 1955). 154 S. 8<sup>0</sup>

*Württembergischer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Stuttgart*

Sicherheit durch Versicherung. (Hrsg. aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Württembergischen Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit, Stuttgart. 1908 bis 1958). Darmstadt: Hoppenstedt 1958. 100 S. 8<sup>0</sup>

*Wulff & Co. KG Druckerei- und Verlagsgesellschaft, Dortmund-Lütgendortmund.*

1901–1951. Druckerei- und Verlagsgesellschaft, Wulff & Co. KG, Dortmund-Lütgendortmund. (Dortmund 1951). 8 Bl. 8<sup>0</sup>

*Hermann Wunderlich, Eisenwaren, Siegen i. Westf.*

1865–1899–1950. Hermann Wunderlich, Eisenwaren, Siegen i. Westf. (Siegen 1950: Branscheidt). 11 S. quer-8<sup>0</sup>

*J. W. Zanders, Feinpapierfabrik GmbH, Bergisch-Gladbach*

v. Niebelschütz, Wolf: Die weiße Kunst. 1954

*Zeche Alstaden, Oberhausen (Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, Herne i. Westf.)*

100 Jahre Alstaden. In: Schriftenreihe für die Mitarbeiter der „Hibernia“-Betriebe. Heft 15/1957, 48 S.

*Zeche General Blumenthal, Recklinghausen (Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, Herne i. Westf.)*

Drissen, Alfred: Alt-Blumenthal. Festschrift zum 75jährigen Bestehen des Steinkohlenbergwerks General Blumenthal 1873–1948. Recklinghausen 1948: Vesdruvag. 91 S. 4<sup>0</sup>

*Zechen Hannover und Hannibal, Bochum (Steinkohlenbergwerke Hannover-Hannibal AG, Bochum-Hordel)*

Lange, Fritz und Hermann Kleinhorst: Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Zechen Hannover und Hannibal, Bochum, den 18. Dezember 1947. Essen 1947: Graph. Anst. 64 S. 4<sup>0</sup>

*Zeche Königsborn, Unna-Königsborn (Klößner-Werke AG)*

75 Jahre Klößner-Werke AG, Zeche Königsborn. (Geleitw.: Maiweg). (Essen 1949: Girardet.) 43 S., 1 Kt. quer-8<sup>0</sup>

*Zeche Königsgrube, Wanne-Eickel (Steinkohlenbergwerke Hannover-Hannibal AG, Bochum-Hordel)*

Zum hundertjährigen Bestehen der Zeche Königsgrube. In: Die Grubenlampe. Werkszeitschrift der Steinkohlenbergwerke Hannover-Hannibal AG, Bochum-Hordel. Nr. 5/1955, S. 337–459

*Zeche Radbod, Bochum-Hövel Bez. Münster (Altenessener Bergwerks AG, Essen-Altenessen)*

50 Jahre Zeche Radbod. 1905–1955. Bochum-Hövel 1955. 83 S.

*Zeche Sachsen, Heessen i. Westf. (Märkische Steinkohlengewerkschaft, Heessen i. Westf.)*

40 Jahre Zeche Sachsen. (Hamm 1952: Griebtsch.) 19 S. 4<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*Zeche Schlägel & Eisen, Recklinghausen (Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, Herne i. Westf.)*

Drissen, Alfred: Alt-Schlägel & Eisen. Wappen-, sprach- und heimatgeschichtliche Darstellung, eine personal-, betriebs- und wirtschaftstechnische Abhandlung, eine . . . Denkschrift zum Jubiläum des Steinkohlenbergwerks Schlägel & Eisen 1847–1949. (Recklinghausen 1949: Bauer). VII, 139 S. 4<sup>0</sup>

*Zeche Shamrock I/2, Herne i. Westf. (Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, Herne i. Westf.)*

100 Jahre Shamrock I/II. In: Schriftenreihe für die Mitarbeiter der „Hibernia“-Betriebe, Heft 14/1957, 72 S.

*Zeche Waltrop, Waltrop (Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, Herne i. Westf.)*

50 Jahre Steinkohlenbergwerk Waltrop. Waltrop 1953

*Zeche Werne, Unna-Königsborn (Klöckner-Bergbau Königsborn-Werne AG, Unna-Königsborn)*

50 Jahre Zeche Werne. Ein Abriß der Geschichte unserer Schachtanlage von 1899–1949. (Werne 1949: Beckmann). 24 S. 4<sup>0</sup> (Umschlagt.)

*Zeche Wilhelmine-Victoria, Gelsenkirchen (Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, Herne i. Westf.)*

100 Jahre Wilhelmine-Victoria. In: Schriftenreihe für die Mitarbeiter der „Hibernia“-Betriebe, Heft 10/1956, 64 S.

*Zeche Westerholt, Westerholt i. Westf. (Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, Herne i. Westf.)*

50 Jahre Schachtanlage Westerholt. In: Schriftenreihe für die Mitarbeiter der „Hibernia“-Betriebe, Heft 17/1957, 61 S.

*Zeidler & Wimmel Steinbruch- und Steinmetzbetriebe, Kirchheim bei Würzburg*

175 Jahre Zeidler & Wimmel. 1951. 80 S.

*Zigarettenfabrik Haus Neuerburg, Köln a. Rh.*

50 Jahre Haus Neuerburg. (1958?)

*F. F. Zumwinkel, Gütersloh i. Westf.*

F. F. Zumwinkel, Gütersloh i. Westf. 125 Jahre, 1824—1949, Spieker. Porzellan, Keramik, Glas. (Gütersloh: Niemeyer 1949) 11 S. 8<sup>o</sup>

## AUTORENVERZEICHNIS

*Kauders, Martin*, Redakteur bei der Wochenzeitung „Die Wirtschaft“.

*Obermann, Karl*, Dr., Professor, Leiter der Abt. 1789–1871 am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

*Pach, Zs, P.*, Dr., Professor mit Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte an der Karl-Marx-Universität der Wirtschaftswissenschaften, Budapest.

*Kuczynski, Jürgen*, Dr., Professor, Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

*Radandt, Hans*, Dr., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

*Wächtler, Eberhard*, Dr., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

*Jonas, Wolfgang*, Dr., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter der Abt. Wirtschaftsgeschichte des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

*Steglich, Walter*, Wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.

*Thieme, Horst*, Dr., Wissenschaftlicher Archivar beim Deutschen Zentralarchiv, Abt. Merseburg.

*Šotia, Jan*, Dr., Stellvertretender Direktor des Instituts für Sorbische Volksforschung in Bautzen bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

*Nussbaum, Manfred*, Dr., Wissenschaftlicher Assistent der Abt. Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

*Fischer, Alfred*, Leiter der Bibliothek des Deutschen Wirtschaftsinstituts, Berlin.